

V&R **unipress**

Thomas Becker (Hg.)

Zwischen Diktatur und Neubeginn

Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der
Nachkriegszeit

V&R unipress
Bonn University Press



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern,
kontrollierten Herkünften und
Recyclingholz oder -fasern
Zert.-Nr. GFA COC 1229
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

„Dieses Hardcover wurde
auf FSC-zertifiziertem
Papier gedruckt. FSC (Forest
Stewardship Council)
ist eine nichtstaatliche,
gemeinnützige
Organisation, die sich
für eine ökologische und
sozialverantwortliche
Nutzung der Wälder
unserer Erde einsetzt.“

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89971-440-1

**Veröffentlichungen der Bonn University Press
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

© 2008, V&R unipress in Göttingen / www.vr-unipress.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile
dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich
gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und
Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Titelbild: Wiederaufbau am Hofgartenflügel des Hauptgebäudes 1950 (Foto: Klapdor)

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier

Inhalt

EINLEITUNG	7
TEIL I – UNIVERSITÄT UND NATIONALSOZIALISMUS	
KLAUS HILDEBRAND	
Universitäten im ›Dritten Reich‹. Eine historische Betrachtung.....	13
WOLFRAM KINZIG	
Wort Gottes in Trümmern. Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor und nach dem Krieg	23
ERWIN GATZ	
Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit.....	59
MATHIAS SCHMOECKEL	
Insel der Seligen? Der juristische Fachbereich der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zwischen 1933 und 1945.....	79
RALF FORSBACH	
Die Medizinische Fakultät in der NS-Zeit	123
RUTH HEFTRIG	
Facetten der Bonner Kunstgeschichte im Nationalsozialismus.....	141
GEORG RUDINGER, RALPH STÖWER	
Die Psychologie an der Universität Bonn im Nationalsozialismus	159
WALTER PURKERT	
Ein dionysischer Mathematiker. Felix Hausdorff – Paul Mongré.....	185

TEIL II – NEUBEGINN IN TRÜMMERN

JOACHIM SCHOLTYSECK

Stunde Null?

Die deutschen Universitäten im Wiederaufbau 209

CHRISTIAN GEORGE

Neubeginn in Trümmern.

Die Universität Bonn von ihrer Zerstörung bis zur Absetzung des ersten
Nachkriegsrektors Heinrich M. Konen 223

GERD KLEINHEYER

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät nach der Stunde Null 245

RALF FORSBACH

Der Kampf um Gerechtigkeit.

Zur Erneuerung der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn
nach dem Ende der NS-Herrschaft 253

LAURA HANNEMANN

»Sehr fleißig und im Examen recht gut«.

Displaced Persons an der Universität Bonn 1945–1950 273

THOMAS BECKER

Zeiten des Hungers.

Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität 301

MICHAEL HERKENHOFF

Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek 321

AUTORENVERZEICHNIS 335

Einleitung

Zwei Ereignisse jährten sich im Jahre 2005 zum sechzigsten Mal: Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Wiedereröffnung der 1944 geschlossenen Bonner Universität. Das Kriegsende hatte die Universität als ein Trümmerfeld gesehen, von ihren vielen Bauten waren nur noch wenige unzerstört, die beiden schmucken Schlösser in der Bonner Innenstadt und in Poppelsdorf bis auf die Außenmauern von Feuer und Bomben zerstört. Der letzte Rektor der NS-Zeit, der Mineraloge Karl Franz Chudoba, hatte aus Furcht vor dem erwarteten schnellen Vorstoß amerikanischer Panzerverbände die Universität zum Wintersemester 1944/45 gar nicht mehr eröffnet und sich mit der Spitze der Universitätsverwaltung und seinem engsten Mitarbeiterstab nach Göttingen in Sicherheit gebracht. So blieb es der Universität erspart, daß am 18. Oktober, dem Tag, an dem die Bonner Universität für gewöhnlich feierlich die Eröffnung des akademischen Jahres zu zelebrieren pflegt, das Hauptgebäude zum Massengrab für Studierende und Lehrende geworden wäre. Kaum jemand befand sich der Schließung wegen im alten Schloß, als an diesem Tag englische Kampfflugzeuge ihren Bombenteppich über der Bonner Innenstadt ausbreiteten. Die Schäden an Bauwerken und Material waren dagegen immens. Daß trotz der enormen Zerstörungen, die dieser und weitere Bombenangriffe angerichtet hatten, die Universität nur ein halbes Jahr nach dem Ende des Krieges den Betrieb wieder aufnehmen konnte, und daß sich inmitten des Durcheinanders und der Zerstörung so schnell ein Neuanfang organisieren ließ, das war für das Rektorat der Universität Bonn Grund genug, das Universitätsarchiv damit zu beauftragen, diesen Neubeginn und die damit verbundenen Entwicklungen näher zu beleuchten.

Eine Beschäftigung mit der Zeit nach 1945 ist aber immer auch eine Beschäftigung mit der Zeit davor. Daher war es von vorne herein klar, daß auch die Jahre des »Dritten Reiches« in den Blick genommen werden sollten. Das Universitätsarchiv hat daher gemeinsam mit dem Studium Universale im Sommersemester 2005 eine Ringvorlesung organisiert, in der einzelne Fakultäten, einzelne Institute oder aber einzelne Personen in der NS-Zeit untersucht werden sollten. So gelang es, kompetente Referenten für die Geschichte der Evangelisch-Theologischen, der Rechts- und Staatswissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät zu gewinnen. Im Falle der Evangelisch-Theologischen Fakultät konnte es gelingen, den Vortrag fast genau auf das Datum des 70. Jahrestages der Suspendierung von Karl Barth zu legen, der zum besonderen Gegenstand dieses Beitrags gewählt wurde. Ein besonderer Glücksfall war es, daß für die Publikation der Beiträge noch ein weiterer Aufsatz hinzugewonnen werden konnte, in dem Prof. Dr. Erwin Gatz die Katholisch-Theologische Fakultät untersucht.

Der Philosophischen Fakultät wurden mehrere Beiträge gewidmet, die sich mit verschiedenen Instituten beschäftigten, so dem Psychologischen oder dem Kunsthistorischen Institut. Streng genommen gehörten Mathematik und Naturwissenschaften bis 1936 auch noch zu dieser Fakultät. Ihrem Mitglied Felix Hausdorff war der letzte Vortrag der Ringvorlesung gewidmet. Hausdorff steht zugleich für das Leben eines genialen Wissenschaftlers, für die faszinierende Fülle eines phantasievollen Geistes, der in der Mathematik ebenso zuhause ist wie in der Schriftstellerei und nicht zuletzt für das ergreifende Schicksal eines jüdischen Angehörigen der Universität Bonn, dem am Ende nichts bleibt als die Wahl zwischen Freitod und Abtransport ins Vernichtungslager.

Die Universität Bonn hat die Beschäftigung mit der Zeit des »Dritten Reiches« nicht bis ins 21. Jahrhundert aufgeschoben. 1974 erschien die umfangreiche Studie von Paul Egon Hübinger über »Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte«. Wegweisend war die im Jahre 2000 erschienene 589 Seiten starke Arbeit von Hans-Paul Höpfner über »Die Universität Bonn im Dritten Reich« mit dem Untertitel »Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft«. Diese erste Gesamtdarstellung der Geschichte der Bonner Universität in der NS-Zeit mußte mit dem Mangel kämpfen, daß die meisten Sachakten aus der Zeit der Weimarer Republik und des »Dritten Reiches« in dem schwerem Bombenangriff vom 18. Oktober 1944 ein Raub der Flammen geworden sind. Die Personalakten haben diese Vernichtung überlebt, sie sind als Quelle zur Geschichte dieser Zeit reichlich vorhanden, Akten über Studium, Forschung, Lehre, Haushalt, Bauangelegenheiten, Institutsverwaltung, Disziplinarmaßnahmen, Hörfrequenzen und vieles andere mehr sind leider nicht mehr vorhanden.

Das Buch von Hans-Paul Höpfner war eine wertvolle Bereicherung für die Erforschung der Geschichte der Universität Bonn. Aber es war auch ein Ansporn dafür, sich in einzelnen Bereichen der Universität weiter und tiefergehend mit der NS-Geschichte zu beschäftigen. So haben Studierende und Dozenten des Kunsthistorischen Instituts einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich über die Grenzen Bonns hinweg mit der Geschichte ihres Faches im »Dritten Reich« beschäftigt. Eine Wanderausstellung mit dem Titel »Kunstgeschichte im Nationalsozialismus« mit einem von Nikola Doll herausgegebenen bemerkenswerten Begleitband zeigte im Jahre 2005 das Ergebnis ihrer Studien. Noch vor dem Erscheinen des Buches von Herrn Höpfner hatte die Medizinische Fakultät ein umfangreiches Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, das sich mit der eigenen NS-Geschichte auseinandersetzen sollte. Das Ergebnis war die eindrucksvolle über 700 Seiten starke Studie von Privatdozent Dr. Ralf Forsbach über »Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹« (München 2006). Nur zwei Jahre vorher war der nicht weniger umfangreiche, von Prof. Dr. Mathias Schmoeckel herausgegebene Sammelband »Die Juristen der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹« herausgekommen. Weitere wichtige Arbeiten, etwa die Studie von Ralph Stöwer über Erich Rothacker, sind im Entstehen begriffen.

Es war also an der Zeit, die Fortschritte, die in den letzten Jahren im Bereich der Erforschung der NS-Geschichte der Universität Bonn erzielt worden sind, einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Leider kann man gleiches von der Erforschung der Nachkriegsgeschichte noch nicht sagen. Hier war in vielen Fällen Neuland zu betreten. Erste Vorarbeiten wie die exzellente Magisterarbeit von Christian George, waren zwar schon vorhanden, aber insgesamt stellen die Beiträge, die sich im zweiten Teil dieses Buches der Geschichte der Universität Bonn ab 1945 widmen, Pionierarbeiten dar. Sie erwuchsen aus einem eintägigen Kolloquium, das vom Universitätsarchiv unter dem Titel »Neubeginn in Trümmern« am 24. Oktober 2005 als Folgeveranstaltung zu der genannten Ringvorlesung im Uniclub der Universität Bonn veranstaltet wurde. Insbesondere war es möglich, einen Beitrag von Laura Hannemann über die »Displaced Persons« an der Universität Bonn einzuwerben, ein Thema, das im Gegensatz zu den zahlreichen Arbeiten zu Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg von der Geschichtsforschung bisher weitgehend vernachlässigt worden ist. Aber auch die übrigen Beiträge können sich nicht auf eine breite Literaturbasis stützen und operieren in einem noch weitgehend unerforschten Raum. Daß sich hier Kontinuitäten zur Geschichte vor 1945 auf tun, ist evident. Einige Beiträge, die sich im ersten Teil des Buches befinden, namentlich die beiden Darstellungen zur Geschichte der Theologischen Fakultäten, bleiben bei der Zäsur des Kriegsendes nicht stehen, sondern führen die Untersuchung ihres Gegenstandes bis in die Nachkriegszeit fort. Andere Beiträge aus dem zweiten Teil greifen natürlich auch auf die Geschehnisse in der Zeit vor März 1945 zurück. Es war eben das besondere Bestreben dieses Buches, die Geschichte der Universität Bonn nicht einfach mit Kriegsende stehen zu lassen, so als ob es eine gedachte »Stunde Null« auch tatsächlich gegeben hätte, sondern die Kontinuitäten und die Brüche zu betrachten, die der Neuanfang mit sich brachte. Es war von besonderem Interesse, diese Geschichte nicht nur aus Büchern und Akten zu rekonstruieren, sondern die besondere Chance zu nutzen, auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die an diesem Neuanfang selber mitgewirkt haben. Und so war es ein großer Gewinn für dieses Buch, daß wir mit Herrn Prof. Dr. Gerd Kleinheyer, dem emeritierten Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Bonn, einen Autor gewinnen konnten, der die Zeit des Wiederaufbaus nicht nur aus der beobachtenden Perspektive des Historikers, sondern zugleich auch aus der Betroffenheit des Zeitzeugen schildern konnte.

Der hier vorliegende Band konnte um zwei Beiträge vermehrt werden, die nicht auf die Veranstaltungen des Jahres 2005 zurückzuführen sind. Einmal ist dies der einführende Beitrag von Herrn Prof. Dr. Klaus Hildebrand (»Universitäten im ›Dritten Reich‹. Eine historische Betrachtung«), zum anderen der schon erwähnte Aufsatz von Herrn Prof. Dr. Erwin Gatz (»Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit«). Beiden Herren sei an dieser Stelle für die Bereitschaft gedankt, Ihre Beiträge für das vorliegende Buch zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag von Klaus Hildebrand war ursprünglich an einer anderen Stelle erschienen, nämlich in der Dokumentation der Feierstunde, in

welcher die Universität Bonn am 9. November 1996 des sechzigsten Jahrestages der Pogromnacht gedachte. Herr Professor Hildebrand hat aber seine damals gehaltene Festrede noch einmal überarbeitet und mit Fußnoten versehen, wofür ihm besonders gedankt sei. Ein gleicher Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Mathias Schmoeckel, dessen Beitrag über die »Insel der Seligen« schon in seinem oben erwähnten Sammelband über die »Juristen der Universität Bonn im ›Dritten Reich« erschienen war. Herr Professor Schmoeckel hat es sich nicht nehmen lassen, diesen Beitrag eigens für den hier vorliegenden Band noch einmal zu überarbeiten und mit einem Nachwort zu versehen. Den beiden Verlagen, in denen die Aufsätze erschienen waren, dem Bonner Bouvier Verlag und dem Böhlau Verlag in Köln, gilt unser Dank für die großzügige Bereitschaft, den Wiederabdruck zu genehmigen. Die bibliographischen Angaben der ursprünglichen Erscheinungsorte sind im Anhang dieses Buches aufgeführt.

Es wurden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus fast allen Fakultäten der Universität Bonn für das hier präsentierte Projekt gewonnen, die Geschichte ihrer Universität in der NS-Zeit und in der Zeit des Wiederaufbaus zusammenschauen. Dabei stießen unterschiedliche Wissenschafts-Traditionen und -kulturen aufeinander. Bei der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge wurde der Weg gewählt, zwischen redaktioneller Anpassung und schriftstellerischer Freiheit des Autors einen Mittelweg zu wählen. Wie weit uns dies gelungen ist, wird der Leser zu beurteilen haben.

Unser Dank gilt zum Schluß dem Rektorat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, namentlich dem Rektor Mattias Winiger und dem Kanzler Reinhardt Lutz, die durch die Beauftragung mit den Veranstaltungen des Jahres 2005 die Vorarbeiten zu diesem Buch ermöglicht haben, und dem Verlag V&R unipress, namentlich der Geschäftsführerin Susanne Franzkeit, für die vorzügliche Betreuung während der redaktionellen Bearbeitung. Dem wissenschaftlichen Beirat von »Bonn University Press« sei schließlich für seine Bereitschaft gedankt, dieses Buch in das Verlagsprogramm aufzunehmen.

Bonn, im Januar 2008

Thomas Becker

Teil 1 Universität und Nationalsozialismus

Klaus Hildebrand

Universitäten im ›Dritten Reich‹

Eine historische Betrachtung

I.

Als die nationalsozialistische »Machtergreifung«, abrupt und allmählich zugleich, vom 30. Januar 1933 an das Deutsche Reich in das »Dritte Reich« verwandelte, wurden davon auch die Universitäten ergriffen. Diese Feststellung bezieht sich auf ihre Organisation, auf die universitäre Verwaltung wie auf die akademische Selbstverwaltung.

Umgehend setzte aber auch jene weltanschauliche Indoktrination ein, der beträchtliche Teile der Studierenden schon seit längerem anheimgefallen waren: Denn seit dem Grazer Studententag im Juli 1931 wurde die Deutsche Studentenschaft vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund geführt. Wie fast immer warf auch dieses Mal das Kommende seine Schatten voraus. Insofern hatte es mit Thomas Manns düsterer Prophezeiung vom 27. Dezember 1931 mehr auf sich, als man ahnen konnte oder sich eingestehen mochte; der berühmte Autor prognostizierte nämlich, ohne übrigens viel Bedauern für das potentielle Opfer aufzubringen, seinem Freund, dem Kölner Germanisten Ernst Bertram, der sich gleich nach der Zäsur des Jahres 1933 tief in das verbrecherische Treiben der braunen Jakobiner hineinziehen ließ: »Glauben Sie mir, die Tage Ihrer ›Universitäten‹ sind auch gezählt«¹.

Anders als in anderen Ländern der europäischen Zwischenkriegsära war der Nationalsozialismus kein unmittelbares Produkt universitärer Entwicklung, wie das für ähnliche Bewegungen in Rumänien und Belgien beispielsweise der Fall gewesen ist. Entstehung und Aufstieg des Nationalsozialismus vollzogen sich vielmehr in vergleichsweise großer Entfernung zu den Hochschulen. Selbstverständlich blieb das nicht so, nachdem die marschierende Bewegung den Staat und die Gesellschaft ihrem Regiment unterworfen hatte.

Jetzt wurden die Universitäten durch ein ganz unnatürlich zusammengesetztes Bündnis in die Zange genommen: Dazu gehörten auf der einen Seite die Partei und der Staat und auf der anderen Seite eine kleine Minderheit professoraler Eife-

1 Thomas Mann an Ernst Bertram. Briefe aus den Jahren 1910–1955, hg. von Inge Jens, Pfullingen 1960, S. 173 (Brief vom 27. Dezember 1931). – Für seine Hilfe bei der Überprüfung des Manuskripts danke ich Herrn Thomas Wagner (Bonn).

rer und eine stattliche Zahl studentischer Aktivisten. Fanatiker aus der Studentenschaft gingen voran: Sie störten Vorlesungen und Seminare politisch oder, wie es in der vom Ungeist der Zeit verformten Sprache des »Dritten Reiches« lautete, rassistisch mißliebiger Hochschullehrer; sie forderten, die Universitäten zu revolutionieren; sie wollten den Muff der Tradition austreiben; und sie planten, einen neuen Akademikertypus zu schaffen, der sich mit Wissenschaft nur am Rande befaßte, der die Wehrkunde ernst nahm, der sich ganz dem SA-Hochschuldienst zur Verfügung stellte und der beim Sport hingebungsvoll mitmachte.

Unruhe, Verwirrung und einsetzende Anarchie forderten den Eingriff des Staates geradezu heraus. Wie von selbst und dennoch aktiv herbeigeführt, bot sich die willkommene Gelegenheit, das Bestehende, die alte Ordinarienuiversität, als lange überlebt, ja als offensichtlich gescheitert zu verurteilen, um das Neue zu etablieren, das dem Regime willfährig war. Humboldts Universität jedenfalls wurde erst einmal für tot erklärt. An ihre Stelle sollte eine so genannte »völkisch-politische Universität« treten. Mit geradezu gläubigem Pathos wurde diese Forderung von Ernst Kriek erhoben, der ursprünglich Volksschullehrer gewesen war und dann als Professor an der Pädagogischen Akademie Frankfurt am Main gelehrt hatte, 1933 an die dortige Universität berufen und sogleich zum Rektor erhoben wurde, und der nach zeitgenössischem Kollegenurteil nicht viel mehr als »eine programmwerfende Null«² war. Von Stund an würden, wie dem neuen Postulat eines zweifelhaften Realitätsbezugs Ausdruck verliehen wurde, »die Hochschulen ... nicht über, sondern in der Volksgemeinschaft stehen«³.

Wahrheitsfindung als verpflichtender Auftrag der Universitäten hatte anderen Werten zu weichen, die sich, teilweise unverzüglich, teilweise erst nach und nach, als ausgesprochen unsinnig, letztlich sogar gefährlich, auf jeden Fall aber als niveausenkend erwiesen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder das perverse Ansinnen zitiert worden, zu dem sich der zum bayerischen Kultusminister aufgestiegene Parteigenosse Hans Schemm, bereits seit 1923 Mitglied der NSDAP und im Volksmund der »schöne Hanni« genannt, gleich 1933 in einer berühmterbüchtigten Rede vor Münchener Professoren verstiegen hat: »Von jetzt an kommt es für Sie nicht darauf an festzustellen, ob etwas wahr ist, sondern ob es im Sinne der nationalsozialistischen Revolution ist«⁴. Konsequenterweise wurde daher, weil eine nationalsozialistische Universität ein Widerspruch in sich selbst war, auch der hergebrachte Name, zumindest parteioffiziell, durch den Begriff Hochschule ersetzt.

2 Karl Reinhardt, Akademisches aus zwei Epochen, in: Ders., Vermächtnis der Antike. Gesammelte Essays zur Philosophie und Geschichtsschreibung, hg. von Carl Becker, Göttingen 1960, S. 389.

3 Hans Peters, Hochschulen, in: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36, hg. von Erich Volkmar, Alexander Elster und Günther Küchenhoff, Berlin/Leipzig 1937, S. 268.

4 Zitiert nach Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 197.

Allein, alle Versuche, aus den alten Universitäten neue Kaderschmieden zu machen, führten, um das Resultat einer zwölf Jahre währenden Auseinandersetzung zu benennen, letztlich nicht zu dem Erfolg, den das Regime gewünscht hatte. Zwar leistete die Ordinariuniversität keinerlei nennenswerten Widerstand gegen die Diktatur. Doch zum immer wieder lautstark bekundeten Mißfallen der Nationalsozialisten ließ sie sich auch nicht gerade leicht instrumentalisieren und bewahrte sich durchgehend so etwas wie einen Rest von Eigenständigkeit.

Der differenzierte Befund beschreibt alles andere als ein Ruhmesblatt für die Universität, deren Verhalten und Versagen den anderen Einrichtungen und Repräsentanten in Deutschland mit beschämender Ähnlichkeit gleich: »Das Erschütterndste von all' den grauenhaften Dingen, die heute in Deutschland vor sich gehen«, schrieb der junge Historiker Karl Dietrich Erdmann unter dem Datum des 27. Februar 1933 an seine Verlobte Silvia Pieh, »ist das absolute Stillschweigen, in das sich die Vertreter der jetzt entrechteten Kulturwelt hüllen«⁵. Die viel später so verzweifelt aufgeworfene Frage, ob Humanismus denn vor gar nichts schütze, wurde von einzelnen durchaus schon damals gestellt. Sie ist bis heute immer wieder laut geworden und hat vor einigen Jahren in der gar nicht zu überhörenden Anklage des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft eine unmißverständliche Kommentierung erfahren: »Vorzuhalten ist der deutschen wissenschaftlichen Elite nicht«, urteilt Hubert Markl, »daß sie unter Terrordrohung und Kriegsrecht nur wenige Märtyrer hervorbrachte, sondern ihre teils bedrückt oder ängstlich schweigende, teils staatshörige oder schlicht bedenken- und mitleidslose Anpassungsbereitschaft zu einer Zeit, als ihr entschiedener Widerspruch gegen das Unrecht vielleicht noch hätte den Weg in den Abgrund beeinflussen können«⁶.

Die »schwere Mitschuld der deutschen Universitäten⁷, an den 1933 eingekehrten Verhältnissen, die der Bonner Historiker Paul Egon Hübinger in seinem großen Werk »Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte« bereits vor über zwei Jahrzehnten unterstrichen hat, ist also gar nicht zu bestreiten. Wie es dazu gekommen ist und ob es Alternativen zur vorwaltenden Tendenz der Anpassung gegeben hat, beschäftigte die Wissenschaft, zumal die Öffentlichkeit nach Aufklärung verlangt, immer wieder aufs neue.

Manches, freilich längst nicht alles, erklärt sich aus dem, was mit dem Versuch der nationalsozialistischen »Gleichschaltung« der Universitäten einherging. Die

5 Zitiert nach Martin Kröger/Roland Thimme, Karl Dietrich Erdmann: Utopien und Realitäten. Die Kontroverse, in: ZfG 46 (1998), S. 607.

6 Hubert Markl, Blick zurück, Blick voraus. Ansprachen des Präsidenten Prof. Dr. Hubert Markl auf der Festveranstaltung zum 50jährigen Gründungsjubiläum der Max-Planck-Gesellschaft, in: MPG-Spiegel, Sonderausgabe 2/1998, S. 8.

7 Thomas Mann an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn am 1. Januar 1937, zitiert nach Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1955, München/Wien 1974, S. 562.

Kollegialverfassung wurde vom »Führerprinzip« abgelöst, das heißt nicht zuletzt: Senate und Fakultäten büßten ihre angestammten Rechte ein und traten sie an Rektoren und Dekane ab, die als »Führer« ihrer Einrichtungen der Befehlsgewalt des Staates unterlagen.

Das nahm sich im universitären Alltag, der oftmals in ganz traditioneller Art und Weise überdauerte, weniger dramatisch aus als im offiziellen Auftrag, der immerhin Gesetzeskraft hatte; das wurde zudem durch ein geradezu wildwüchsiges Chaos institutioneller Verantwortlichkeiten gemildert, deren gegenseitige Blockade durchaus Freiräume schuf. Nichtsdestoweniger existierte und wirkte die regimegewollte Tendenz, die Universitäten dem neuen Staat zu unterwerfen und ihre freiheitliche Autonomie zu liquidieren.

Davon wurden nicht zuletzt auch die Promotionsordnungen der Fakultäten beeinflusst, und zwar vor allem im Hinblick auf diejenigen Teile, die den Entzug akademischer Grade regelten. Vor 1933 war dies nur möglich, so hat Paul Egon Hübinger in dem erwähnten Standardwerk den beschämenden Sachverhalt dargestellt, »wenn der Doktorgrad durch Täuschung der Fakultät erschlichen oder sein Inhaber wegen ehrenrühriger Handlungen rechtskräftig verurteilt worden war. Zuständig für die Aberkennung war die Fakultät, die darüber mit Mehrheitsbeschluß entschied. Die Nationalsozialisten führten einen bisher niemals erwogenen Tatbestand in die Promotionsordnung ein, um auch in anderen Fällen den Entzug der Doktorwürde zu ermöglichen. Die Initiative hierzu ging nicht von den Universitäten aus, auch nicht vom Ministerium, sondern von einem Funktionär der Deutschen Studentenschaft«⁸. Der »Kreisleiter Bayern« dieser Organisation forderte am 18. September 1933, die Hochschulen des Landes anzuweisen, grundsätzlich vom Recht der Entziehung der Doktorwürde auch bei solchen Personen Gebrauch zu machen, denen als »Landesverrätern« die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen worden sei. Zugleich beantragte er, die entsprechende Weisung an die bayerischen Universitäten auch den Hochschulreferenten der anderen Länder im Reich zugehen zu lassen, »damit dort gleichartige Maßnahmen getroffen würden. Der Bayerische Kultusminister entsprach diesen Forderungen schon am 3. Oktober 1933. Ihm schloß sich der Preußische Kultusminister am 2. November an«⁹.

Die Entwicklung, welche die kleine Schar von Gegnern der »gewollten Bösartigkeit«¹⁰ einfach überließ, während sie der großen Mehrheit von Mitläufern bald schon als die neue Normalität vorkam, durchlief verschiedene Phasen: Auf den revolutionären Umbruch der frühen dreißiger Jahre folgte eine Zeit scheinbarer Beruhigung in der zweiten Hälfte der Dekade. Und weil das Regime im Weltkrieg seine Aufmerksamkeit auf ganz andere Erfordernisse zu richten hatte, konnten die

8 Ebd., S. 108.

9 Ebd., S. 108 f.

10 Viktor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941, hg. von Walter Nojowski, Berlin 1995, S. 359 (Eintrag vom 11. Juni 1937).

Universitäten, wenn es nicht im engeren Sinne um Politisches ging, sogar einen gewissen Manövrierraum zurückgewinnen und die eine oder andere Überlebensnische ausbilden: Diese dienten einem in sich ganz unterschiedlich gearteten Bedarf, dessen Erfordernisse vom Banalen über das Verzagte bis zum Tapferen reichten.

Insgesamt vollzog sich die »Gleichschaltung«, die oberflächlich und durchgreifend in einem wirkte, oftmals existenzzerstörend und in seltenen Fällen sogar tödlich verlief, ohne nennenswerten Widerstand: Die überwiegende Mehrzahl der Professoren war ihrer Gesinnung nach unpolitisch und national, nicht selten auch nationalistisch, aber kaum nationalsozialistisch eingestellt. Allein, das eine genügte, um sich mit dem anderen zu arrangieren und auf abschüssiger Bahn, wie einmal festgestellt worden ist, in eine »erschreckende Normalität der Produktion und des Einsatzes von Wissenschaft unter totalitärer Herrschaft« abzuirren¹¹.

Eben dieser Irrweg, den die deutschen Universitäten gemeinsam mit anderen Institutionen und Vertretern gegangen sind, war das Ergebnis von individuellem Versagen und institutioneller Perversion: Totalitäre Regime sind ja nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet, daß sie zum Schuldigwerden kaum Alternativen übrig lassen. Denn bekanntlich öffnen sie die Grenzen zwischen gut und böse, erklären letztlich selbst das Gute für böse und das Böse für gut; sie sind, weil sie Geist und Gemüt verwirren, in einem ganz wörtlichen Sinne diabolisch. Daher wird seinem Gewissen zu folgen, ganz anders als unter rechtsstaatlichen Verhältnissen, leicht zu einer existentiellen Probe für das materielle und persönliche Überleben. Sie verlangt über Gebühr oft einen ausnehmend starken Charakter und erfordert je nachdem sogar Heldenmut.

Weil man im totalitären Unrechtsstaat, diametral verschieden vom demokratischen Rechtsstaat, auch nicht annähernd abzusehen vermag, was einen bei abweichendem, oppositionellem, gar widerständigem Verhalten erwartet – unter Umständen nichts Ernstes, aber mit gleicher Ungewißheit auch das Schlimmste –, weil tyrannische Willkür berechenbare Verfahren verdrängt, werden Bürger, weil sie nun einmal Menschen sind, leicht zu »Feiglingen aus Instinkt«¹². Daher beschreibt Kollaboration eher die Regel des Verhaltens als Widerstand; treibt Angst um Status und Pension zur Anpassung; verführen die verlockenden Gelegenheiten des Regimes zum Mitmachen; gilt alles in allem das, was ist, als das Richtige, das Zeitgemäße und das Überlegene. Gerade Intellektuelle, so altfränkisch sie zuweilen auch daherkommen und so hilflos sie dem Elementaren oftmals begegnen, haben nicht selten einen fatalen Hang zu dem, was ihnen modern erscheint. Mit jeder neuen Bewegung sind sie angestrengt Schritt zu halten bemüht, ungeachtet der dann vernachlässigten Tatsache, daß sich mancher Fortschritt schon unterwegs

11 Ulfried Geuter, Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1984, S. 15.

12 Vgl. The Arden Edition of the Works of William Shakespeare, The First Part of King Henry IV., ed. by A. R. Humphreys, London/Cambridge (Mass.) 1965, S. 71.

als Gleichschritt oder sogar als Rückschritt entlarvt. So zu handeln, wirkt vor dem Hintergrund einer durch Meinungsvielfalt charakterisierten Demokratie zwar abstoßend, aber nicht unmittelbar gefährlich; in einer totalitären Diktatur dagegen, die ihre ruchlosen Ziele beständig steigert und selbst den Rückfall in das Atavistische als den Gipfel des Progressiven aus gibt, ist derlei abstoßendes Gebaren geradezu gemeingefährlich.

Im Vergleich mit den wenigen Gläubigen und den vielen Gleichgültigen ist daher die kleine Zahl derjenigen nicht hoch genug zu schätzen, die mutig widerstanden haben. Der Bonner Mediävist Wilhelm Levison, der 1935 als Ordinarius der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität aufgrund der »Nürnberger Gesetze« zwangspensioniert wurde und im Frühjahr 1939 nach England emigrieren mußte, hat sie als diejenigen hervorgehoben, die »das Knie vor Baal nicht beugten, sondern treu blieben«¹³. Daß der jüdische Mathematiker Otto Toeplitz, der gleichfalls an dieser Universität arbeitete, im Mai 1933 bekannte, die schwierige Zeit habe ihm »mehr Charakter offenbart als Enttäuschungen«¹⁴, verweist mit Gewißheit eher auf einige rühmensewerte Ausnahmen als auf den trüben Durchschnitt jener Zeit. Denn Ehrgeiz, Neid und Mißgunst, Verlogenheit, Heuchelei und Strebertum, die nun einmal zur menschlichen Natur gehören, können in der Despotie beinahe beliebig um sich greifen, während sie im Rechtsstaat letztlich doch auf Grenzen stoßen.

Die nationalsozialistische Attacke auf die deutschen Universitäten endete schließlich in einem »Gemisch aus Durchsetzung und Mißlingen«¹⁵. Doch wie im allgemeinen Zusammenhang der tyrannischen Zeit, so wird auch auf diesem Feld, zumindest der Tendenz nach, deutlich, daß der einzelne in einer Diktatur kaum Chancen besitzt, wirklich etwas zu verhindern, was die Staatsmacht durchsetzen will. Diese Tatsache festzustellen, entbindet nicht davon, sondern verpflichtet gerade dazu, wenn die Geschichte des »Dritten Reiches« zur Debatte steht, Unrecht beim Namen zu nennen, Verantwortungslosigkeit zu beklagen, Gesinnungsfestigkeit zu preisen und Widerstand zu bewundern. Vor allem aber drängt sie dazu, sich mit dieser nach wie vor gegenwärtigen Vergangenheit auseinanderzusetzen.

13 Wilhelm Levison, *England and the Continent in the Eighth Century*, Oxford 1946, S. VII (deutsche Übersetzung nach Paul Egon Hübiger, *Wilhelm Levison 1876–1947*, in: *Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaften*, Bonn 1968, S. 327).

14 Zitiert nach Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 474.

15 Hellmut Seier, *Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat*, in: *Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft*, hg. von Klaus Malettke, Göttingen 1984, S. 148.

II.

Die Wissenschaft, allen voran die Geschichtswissenschaft, hat das durchaus bereits getan. Dieser genuinen Aufgabe hat sie sich zudem, insgesamt jedenfalls, in der Überzeugung genähert, daß Schweigen nicht nützt, sondern vielmehr schadet. Unmittelbar nach der bald so genannten »deutschen Katastrophe«¹⁶, welche die Überlebenden nach dem einsichtsvollen Wort von Theodor Heuss »erlöst und vernichtet«¹⁷ in einem zurückließ, hielt sie auf dem Trümmerfeld Umschau und machte sich an die Aufklärung des Unfaßbaren. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung ist dabei, gerade was die Untersuchung der Entstehung, Existenz und Folgen der nationalsozialistischen Diktatur angeht, mit dem Namen des Bonner Gelehrten Karl Dietrich Bracher seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts aufs engste und eindrucksvoll verbunden.

Und der schon mehrfach zitierte Paul Egon Hübinger urteilte bei allem Bemühen um historisches Verständnis für den widrigen Gegenstand mit kaum zu verkennender Entschiedenheit, als er das mit der Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Mann im Jahre 1936 zugefügte Unrecht untersuchte und den verhängnisvollen Ursprüngen für die Entscheidung nachging. Denn im rückblickenden Urteil erscheint bereits der 8. November 1933 als »dies ater« der Philosophischen Fakultät; was sich erst später so unheilvoll entfaltete, wurde schon früh und bereitwillig eingeleitet. Bereits bei ihrer ersten Sitzung im Wintersemester dieses verhängnisvollen Jahres nahm die Fakultät »ohne erkennbare Regung, ohne Widerspruch, ja selbst ohne Bedenken zu äußern, den Erlaß des Kultusministers ›zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung‹ vom 28. Oktober zur Kenntnis, der ihre sonst eifersüchtig gehüteten, unverzichtbar mit dem Wesen einer wissenschaftlichen Korporation zusammenhängenden Fundamentalrechte beseitigte«. Indem sie sich so dem ›Führerprinzip‹ unterwarf, »hatte sie sich ihre verbrieften Rechte nehmen lassen«, stellt Hübinger fest und fährt ganz unmißverständlich fort: »Sie konnte damit aber nicht der moralischen und politischen Verantwortung für alles entschlüpfen, was künftig aufgrund dieser Tatsache in ihrem Namen geschehen sollte. Darin liegt ihr Teil Verantwortung für den Entzug von Thomas Manns ›Dr. phil. h.c.‹ im Dezember 1936«¹⁸. Daß diese weltweit beachtete causa als einzigartig gelten kann, ist ohne Zweifel so richtig, wie ihre paradigmatische Bedeutung darüber nicht verkannt werden darf: Sie liegt darin, daß das damit verbundene Unrecht – ungeachtet aller Differenzen im einzelnen gegenüber den vielen, lange

16 Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

17 Verhandlungen des Parlamentarischen Rates. Stenographischer Bericht. Sitzung 1–12. 1948/1949, Bonn 1949, S. 210: Theodor Heuss am 8. Mai 1949 in der 10. Sitzung (Neudruck 1969).

18 Hübinger, Thomas Mann (wie Anm. 7), S. 316.

Zeit namenlos gebliebenen Opfern – weit über eine Fakultät auf alle anderen, weit über eine Universität auf die Gesamtheit der Hohen Schulen verweist.

Die Verantwortlichen dieser Universität, allen voran Rektor und Senat, stellten sich, und zwar unmittelbar nach dem Ende des »Dritten Reiches« im Jahre 1945, auf den eindeutigen Standpunkt, »daß wir das Unrecht der Nazi-Zeit als gesetzwidrig und nicht weiter wirkend betrachten«¹⁹.

Daß es inzwischen möglich geworden ist, konkreter zu urteilen und dementsprechend zu handeln, hat mit den zugenommenen Erkenntnissen und der gewachsenen Einsicht, mit der vorangeschrittenen Zeit und ihrem gewandelten Geist zu tun. Denn jede Zeit kann nun einmal nur »die Sprache sprechen, die sie versteht«, die Dinge verwirklichen, »die sie begriffen hat und wünscht und die die Mehrheit akzeptiert«²⁰.

In der Öffentlichkeit wird dagegen immer wieder behauptet, daß das, was getan worden ist, nicht ausreiche: Zu spät, zu wenig, zu unentschlossen, lautet der bekannte Vorwurf. Er ist in gewisser Hinsicht erklärbar und bis zu einem gewissen Grad sogar richtig, weil es das Wegsehen, Verschweigen und Vertuschen gegeben hat und gibt. Gleichwohl hat sich die Historiographie von 1945 bis heute auf durchaus intensive Art und Weise mit der Geschichte der Universitäten im »Dritten Reich« beschäftigt. Das ist eine Tatsache, die oftmals aus dem Blickfeld gerät, wenn über Halbherzigkeiten geklagt wird. Das dabei zutage tretende Unbehagen hat aber wohl auch damit zu tun, daß es gar nicht einfach ist, wie Thomas Mann einmal sinngemäß geäußert hat, »es zugleich der Wahrheit und den Leuten recht zu machen«²¹ mit anderen Worten: Der verdächtigen Selbstgewißheit und moralischen Rigorosität derjenigen, die als scharf richtende Erben der wieder aufgebauten *civitas* die böse Vergangenheit nur schwarz und weiß zu malen vermögen, kann Geschichtswissenschaft bei aller Eindeutigkeit ihrer Ablehnung der nationalsozialistischen Diktatur einfach nicht genügen, weil sie andernfalls das Bild vom Gesamten verzerren würde. Das ist beileibe kein Plädoyer dafür, in konturenlosem Grau alle, Schuldige und Unschuldige zumal, verschwimmen und verschwinden zu lassen. Dahinter steht vielmehr die Überzeugung, durch eine kritische, also im eigentlichen Sinne des Wortes unterscheidende Darstellung dessen, was zwar nicht immer, aber doch sehr häufig miteinander verbunden, ja ineinander verstrickt war, die ganze Wirklichkeit zu ergründen. Auf diese Art und Weise vorzugehen, vermag allein zu den gesicherten Resultaten zu führen, die es schließlich

19 Universitätsarchiv Bonn, PA 3778 (Personalakte Paul Kahle), Brief des Rektors Professor Dr. Heinrich Konen an Professor Dr. Paul E. Kahle vom 5. Dezember 1945.

20 Notker Hammerstein, Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Band I. 1914 bis 1950, Neuwied/Frankfurt am Main 1989, S. 581.

21 Thomas Mann. Briefe 1948–1955 und Nachlese, hg. von Erika Mann, Frankfurt am Main 1965, S. 117 (Brief an G. W. Zimmermann vom 7. Dezember 1949).

erlauben, ganz unzweideutig die einen von den anderen, die Missetäter von den Mißhandelten, abzuheben.

Alles in allem: Die zeitgeschichtlichen Erträge zur Lage der Universitäten im ›Dritten Reich‹ sind ansehnlich, wenn man allein die Auseinandersetzung mit dem einschlägigen Forschungsstand Revue passieren läßt, die Manfred Funke schon vor gut 20 Jahren dem Publikum in der Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹ vor Augen geführt hat²². Daß diese Ergebnisse offenbar nicht in vollem Umfang zur Kenntnis genommen worden sind, mag manche Mahnung erklären. Um nicht mißverstanden zu werden: Noch sehr viel an Feldforschung ist zu tun, bis das »ganze Werk«²³ (F. Epstein) über die Universitäten im ›Dritten Reich‹ geschrieben werden kann. Unsere Universität sollte auf dem eingeschlagenen Weg, sich die Erforschung ihrer Vergangenheit angelegen sein zu lassen, weitergehen, um durch Einzeluntersuchungen und eine Gesamtdarstellung dem Spezifischen der eigenen Existenz im Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung auf die Spur zu kommen.

Weit über den speziellen Untersuchungsgegenstand hinaus können solche Darstellungen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die verfaßten Bedingungen unseres Gemeinwesens nicht in Frage gestellt, sondern gefestigt werden. Denn sie sind in erster Linie dazu geeignet, Bürger gegen totalitäre Versuchungen zu schützen, die nun einmal per definitionem zu einer freiheitlichen, pluralistischen Demokratie gehören. Mit anderen Worten: Menschen sind durch Gesetz und Institutionen davor zu bewahren, über die Maßen leicht, ohne die einen mit den anderen gleichzusetzen, entweder Täter oder Opfer zu werden, und selbst noch das »Davonkommen« mit »Schuld«²⁴ bezahlen zu müssen.

»Die einzige Art, dem Abgrund zu entinnen«, hat Cesare Pavese uns gelehrt, liegt darin, »ihn zu betrachten, zu messen, auszuloten und hinabzusteigen«²⁵. Selbst die niederschmetterndsten Wahrheiten zu erforschen und darzustellen, dient nicht zuletzt dem überlebensnotwendigen Zweck, unsere Wachsamkeit für die Tatsache zu schärfen, daß der Teufel die Bühne stets in anderem Gewand und durch eine andere Tür zu betreten pflegt und sich fast immer als das Attraktive, das Moderne, das Fortschrittliche geriert.

22 Manfred Funke, Universität und Zeitgeist im Dritten Reich. Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten. Literaturhinweise zum aktuellen Forschungsstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitschrift ›Das Parlament‹ B 12/86 vom 22. März 1986, S. 3–14.

23 Zitiert nach Hübinger, Thomas Mann (wie Anm. 7), S. 103.

24 Friedrich Dürrenmatt, Zur Dramaturgie der Schweiz. Fragment 1968/70, in: Ders., Politik. Essays, Gedichte und Reden, hg. in Zusammenarbeit mit dem Autor, Zürich 1980, S. 69.

25 Zitiert nach Günter Blöcker, Die neuen Wirklichkeiten. Linien und Profile der modernen Literatur, Berlin 1957, S. 112.

Um stets die Grenze vor Augen zu haben, die über Gedeih und Verderb einer Republik entscheidet, die für die Existenz einer Universität ebenso maßgeblich ist wie für die anderen Einrichtungen des Staates, gilt es daher, sich immer wieder die Warnung des Polybios ins Gedächtnis zu rufen: »Und solange noch welche da sind, die die Gewaltherrschaft der Oligarchen ausgekostet haben, sind sie mit dem augenblicklichen Zustand zufrieden und schätzen Gleichheit und Redefreiheit am höchsten. Wenn aber eine neue Generation heranwächst und die Demokratie den Enkeln übergeben wird, schätzen sie die Errungenschaften der Gleichheit und Redefreiheit nicht mehr hoch, da sie ihnen zur Gewohnheit geworden sind«²⁶. Ob uns die Worte des antiken Historikers einleuchten können und ob sie beherzigt werden, ist allein unsere Entscheidung.

26 Polybios, Historien VI, 9, 4f. (deutsche Übersetzung nach der Ausgabe von Karl Friedrich Eisen, Stuttgart 1973, S. 16).

Wolfram Kinzig

Wort Gottes in Trümmern

Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor
und nach dem Krieg¹

Wer das Album Professorum der Bonner Evangelisch-Theologischen Fakultät aufschlägt, findet dort im zweiten Band auf Seite 17 folgenden Eintrag: »Indem ich mich noch kürzer fasse als mein Vorredner, rufe ich in Erinnerung, dass ich auf das Sommersemester 1930 nach Bonn berufen, am 26. November 1934 suspendiert, am 20. Dezember 1934 durch die Dienststrafkammer bei der Regierung zu Köln mit Dienstentlassung bestraft, am 14. Juni 1935 durch das Oberverwaltungsgericht zu Berlin-Charlottenburg dieser Strafe enthoben, am 22. Juni 1935 durch den Herrn Minister Dr. Rust auf Grund von § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung ...² in den Ruhestand versetzt, am 25. Juni 1935 durch den Regierungsrat des Kantons Baselstadt zum ordentlichen Professor an der Universität Basel ernannt wurde.«³

-
- 1 Um die Fußnoten erweiterter Vortrag aus Anlass des 70. Jahrestages der Zwangspensionierung von Karl Barth am 28. Juni 2005 in der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Rahmen der Ringvorlesung »Universität und Nationalsozialismus. Neuere Arbeiten zur Geschichte der Universität Bonn in der NS-Zeit«. Der Vortragsstil wurde beibehalten. – Für zahlreiche Auskünfte danke ich Herrn AOR Dr. Thomas Becker und Herrn Christian George M.A. im Bonner Universitätsarchiv sowie meinen Kollegen Prof. Dr. Heiner Faulenbach und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gerhard Sauter. Der Nachlasskommission des Karl Barth-Archivs und dem Leiter des Archivs, Herrn Dr. Hans-Anton Drewes, danke ich für den Hinweis auf die Familienbriefe Barths und die Erlaubnis der Einsichtnahme sowie für die Druckerlaubnis für den im Anhang wiedergegebenen Brief. – Die Abkürzungen in den Fußnoten folgen Siegfried M. Schwertner, Internationales Abkürzungsverzeichnis für Theologie und Grenzgebiete, 2. Aufl. Berlin 1993 = Nachdr. TRE. Abkürzungsverzeichnis, 2. Aufl. Berlin/New York 1994. Darüber hinaus finden folgende Abkürzungen Verwendung: UAB = Universitätsarchiv Bonn; DAB = Dekanatsarchiv der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; KBA = Karl Barth-Archiv, Basel; PA = Personalakte; PNA = Personalnebenakte.
 - 2 Gemeint ist das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom April 1933.
 - 3 Heiner Faulenbach, Das Album Professorum der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1818–1933, Bonn 1995 (Academica Bonnensia 10), S. 274f.

Mit diesen knappen Worten bezeichnete Karl Barth am 11. Juli 1935 die größte Krise in seiner bisherigen akademischen Laufbahn und die schmerzlichste Tragödie in der Geschichte der Fakultät. Den Grund für diesen damals unerhörten Vorgang, der die gesamte theologische und kirchliche Welt weit über Deutschlands Grenzen hinaus erregte, übergibt Barth: seine Weigerung, den Führeid in der vorgeschriebenen Form abzulegen.

Noch unglaublicher ist allerdings Datum und Ort dieses Eintrags, von Barth sorgsam vermerkt: Er befand sich zu dem Zeitpunkt, als er dies schrieb, bereits in Basel. Das kann nur bedeuten, dass man ihm nach seiner Vertreibung das Album in die Schweiz nachgesandt hat mit der Bitte, den noch fehlenden Eintrag nachzuholen!

Es war allerdings nicht Barths letztes Wort im Album. Am 12. August 1946 notierte er im Anschluss an das Zitierte: »Die Sündflut ging 1945 vorbei<,> wie sie 1933 gekommen war. Im Sommer 1946 durfte ich von Basel zu einem Gastsemester zurückkehren und will nun meine 1935 in diesem Band niedergelegten kriminalistischen Mitteilungen gerne durch ein paar friedlichere Worte ergänzen.«⁴ Es folgen konventionell gehaltene Ausführungen zum Lebenslauf, bis Barth folgendermaßen schließt: »1932 begann ich hier in Bonn mit der Fixierung meiner ziemlich gross angelegten ›Kirchlichen Dogmatik‹, an der ich nach den Ereignissen von 1933–1935 in Basel weitergearbeitet habe. Mit ihrer Fortsetzung möchte ich die Zeit, die mir nach Erreichung meines 60. Lebensjahres noch gelassen ist, zubringen. Die Arbeit mit der theologischen Jugend von 1946 hat mich doch so stark interessiert, dass es mir aufrichtig leid tut, mich nicht verdoppeln und hier das Meinige zum Neuaufbau von Kirche und Staat beitragen zu dürfen.«⁵

Der »Fall Barth« – einer der beiden Anlässe für das heutige Gedenken – ist im kollektiven Gedächtnis des Rheinlands fest verankert und in der Forschung in allen seinen Facetten gründlich aufgearbeitet. Nachdem schon Karl Kupisch in der Festschrift für Ernst Wolf im Jahre 1962 »Karl Barths Entlassung« rekonstruiert⁶ und Ernst Bizer im Jahre 1968 zwar knapp, aber ohne irgendwelche Retuschen die Ereignisse in ihren Implikationen für die Fakultät nachgezeichnet hatte⁷, dokumentierte Hans Prolingheuer darüber hinaus die kirchlichen Weiterungen und Verirrungen in wünschenswerter Ausführlichkeit.⁸ Zum 100. Geburtstag Barths

4 Ebenda, S. 275.

5 Ebenda, S. 276.

6 Karl Kupisch, Karl Barths Entlassung, in: Helmut Gollwitzer/Hellmut Traub (Hgg.), Hören und Handeln. Festschrift für Ernst Wolf zum 60. Geburtstag, München 1962, S. 251–275.

7 Ernst Bizer, Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919–1945, in: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, S. 227–273, hier S. 255–261.

8 Hans Prolingheuer, Der Fall Karl Barth 1934–1935 – Chronologie einer Vertreibung, Neukirchen-Vluyn 1977 (danach zitiert); 2. Aufl. 1984.

hat J.F. Gerhard Goeters am Dies Academicus des Sommersemesters 1986 Barths Bonner Zeit Revue passieren lassen.⁹ Wenige Jahre später hat Hermann Dembowski die gesamte Bonner Fakultät in den Jahren 1930 bis 1935 in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt. Vor wenigen Jahren hat Kurt Meier in seiner Darstellung der theologischen Fakultäten im Dritten Reich die wesentlichen Ereignisse noch einmal zusammengefasst¹⁰. Gleiches gilt für Hans-Paul Höpfner in seiner Darstellung der Universität Bonn im Dritten Reich¹¹. Natürlich hat sich auch der Barth-Biograph Eberhard Busch dieses Themas angenommen¹². Die denunziatorische Rolle Emanuel Hirschs im »Fall Barth« hat Heinrich Assel vor einiger Zeit eindrucksvoll dokumentiert¹³. Den theologischen Hintergrund und Kontext hat jüngst Caren Algner rekonstruiert¹⁴. Daher möchte ich mich im folgenden darauf beschränken, in einem ersten Teil relativ knapp die wesentlichen Fakten zu rekapitulieren.

Viel weniger bekannt als der »Fall Barth« ist die Tatsache, dass Barth sehr bald nach Kriegsende für zwei Semester an die Bonner Universität zurückkehrte. Diese zweite Bonner Zeit, die einigen älteren Bonner Pfarrern durchaus noch vor Augen steht, soll darum am heutigen Tage, an dem wir nicht nur Barths Entlassung, sondern auch des Kriegsendes in seinen Auswirkungen auf unsere Universität und auf die Evangelisch-Theologische Fakultät gedenken, in einem längeren zweiten Teil im Mittelpunkt meiner Ausführungen stehen.

9 J.F. Gerhard Goeters, Karl Barth in Bonn 1930–1935, in: *EvTh* 47 (1987), S. 137–150.

10 Kurt Meier, *Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich*, Berlin/New York 1996 (de Gruyter Studienbuch), S. 82–86. Vgl. auch Kurt Meier, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. II: *Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher »Rechtshilfe«*, Göttingen 1976, S. 396 f. (wie Anm. 150); Helmut Heiber, *Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 1: Der Prof. im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München etc. 1991, S. 157–163; Gerhard Besier, »Selbstreinigung« unter britischer Besatzungsherrschaft. *Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Landesbischof Marahrens 1945–1947*, Göttingen 1986 (SKGNS 27), S. 40–43 (der jedoch S. 42 ungenau von einer Entlassung Barths spricht). – Sehr viel Material enthält auch die leider unveröffentlichte Staatsexamensarbeit von Ina Maria Bessai »Emil Pfennigsdorf als Theologe und Kirchenpolitiker. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II«, Bonn 1999.

11 Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999 (*Academica Bonnensia* 12), S. 34–37, 146–180.

12 Eberhard Busch, *Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten*, München 1975; unveränderte Neuaufl., Zürich 2005, S. 268–275.

13 Heinrich Assel, »Barth ist entlassen...« Emanuel Hirschs Rolle im Fall Barth und seine Briefe an Wilhelm Stapel, in: *ZThK* 91 (1994), S. 445–475.

14 Caren Algner, *Kirchliche Dogmatik im Vollzug. Karl Barths Kampf um die Kirche im Spiegel seiner und Charlotte von Kirschbaums Korrespondenz mit Eduard Thurneysen 1930–1935*, Neukirchen-Vluyn 2004, bes. S. 72–79.

Mit dem Eintritt Barths zum Sommersemester 1930 begann für die Fakultät eine kurze Blütezeit, wie sie sie in ihrer über 100jährigen Geschichte noch nicht erlebt hatte. Ende der zwanziger Jahre war die Fakultät durch verschiedene Vakanzzeiten dezimiert. Verblieben waren¹⁵ der Praktische Theologe Emil Pfnennigsdorf (1868–1952),¹⁶ der Systematiker und Neutestamentler Hans Emil Weber (1882–1950),¹⁷ der Kirchenhistoriker Wilhelm Gustav Goeters (1878–1953)¹⁸ und der Neutestamentler und Kirchenhistoriker Erik Peterson (1890–1960), der kurze Zeit später in einem Aufsehen erregenden Vorgang zum Katholizismus konvertieren und Bonn verlassen sollte¹⁹. Hinzu kamen der frisch ernannte außerordentliche Professor Johann Wilhelm Schmidt-Japing (1886–1960; Systematische Theologie, Religionsphilosophie)²⁰, die Privatdozenten und späteren Extraordinarien Friedrich Horst (1896–1962; Altes Testament, ao. Prof. 1930)²¹, Paul Erfurth (1873–1944; Innere Mission, ao. Prof. 1931, bereits 1933 nach einem Zusammenbruch aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden)²² und Walter Ruttenbeck (1890–1964; Systematische Theologie; ao. Prof. 1930)²³ sowie die Dozenten und Privatdozen-

15 Vgl. Andreas Mühlhng, Karl Ludwig Schmidt. »Und Wissenschaft ist Leben«, Berlin/New York 1997 (AKG 66), S. 67f.

16 Otto Wenig, Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, Bonn 1968, S. 225; Heiner Faulenbach, Die kirchenpolitische Bestrafung des BK-Theologen Hans Hellbardt, in: Ders. (Hg.), Standfester Glaube. Festgabe zum 65. Geburtstag von Johann Friedrich Gerhard Goeters, Köln 1991; S. 401–429; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 228–231; Bessai 1999.

17 Wenig (wie Anm. 17), S. 328; Ernst Bizer, Hans Emil Weber 1882–1950. in: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, Bonn 1968, S. 169–189; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 225–227; Klaus-Gunther Wesseling, Art. Weber, Hans Emil, in: BBKL, Bd. XIII, 1998, Sp. 400–404; <http://www.catalogus-professorum-halensis.de/weberhansemil.html> (Stand: 16.05.2005).

18 Wenig (wie Anm. 17), S. 91; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 232–235; Hans-Georg Ulrichs, Art. Goeters, Wilhelm, in: BBKL, Bd. XXIV, 2005, Sp. 715–719; <http://www.catalogus-professorum-halensis.de/goeterswilhelm.html> (Stand: 16.05.2005).

19 Vgl. Barbara Nichtweiß, Erik Peterson. Neue Sicht auf Leben und Werk, 2. Aufl. Freiburg i. Br. etc. 1994.

20 Wenig (wie Anm. 17), S. 270f.

21 Wenig (wie Anm. 17), S. 127; Klaus Koenen, Unter dem Dröhnen der Kanonen. Arbeiten zum Alten Testament aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, Neukirchen-Vluyn 1998, S. 103 mit Anm. 175; Smend 2000.

22 Wenig (wie Anm. 17), S. 68; Bizer (wie Anm. 8), S. 234f; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 4 mit Anm. 8.

23 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 254f.; Heiner Faulenbach, Theologisches Fernstudium im II. Weltkrieg. Die Lehrbriefe und Feldunterrichtsbrieft der Bonner theologischen Fakultäten, Bonn 1987, S. 20 mit Anm. 43; Höpfner (wie Anm. 12), S. 163f.; <http://www.catalogus-professorum-halensis.de/ruttenbeckwalter.html> (Stand: 16.05.2005).

ten Martin Thilo (1876–1950, Altes Testament)²⁴, und Hermann Schlingensiepen (1896–1980; Praktische Theologie)²⁵..

Die personelle Erneuerung begann mit den Berufungen des liberalen Alttestamentlers Gustav Hölscher (1877–1955)²⁶ im Frühjahr 1929 und des von der dialektischen Theologie beeinflussten Neutestamentlers Karl Ludwig Schmidt (1891–1956)²⁷ noch im selben Jahr. Schmidt drang bei seinen Verhandlungen mit der Fakultät darauf, Barth nach Bonn zu holen, was Hölscher sehr entgegenkam. Im Verbund mit Erik Peterson gelang es, die Berufung gegen die übrigen Fakultätsmitglieder durchzusetzen²⁸. Barth kam zum Sommersemester 1930 nach Bonn, wo er in die Siebengebergsstraße 18 zog²⁹. Hölscher, Schmidt und Barth sorgten im Verbund dafür, dass die nächsten Berufungen in ihrem Sinne vollzogen wurden. Als Peterson konvertiert war, rückte im Jahre 1931 Goeters in dessen Stelle ein, während der blutjunge Kirchenhistoriker Ernst Wolf (1902–1971)³⁰ wiederum Goeters ersetzte. Mit dem Orientalisten Fritz Lieb (1892–1970)³¹ kam 1930 ein unmittelbarer Barth-Schüler zunächst als Dozent, seit 1931 als außerordentlicher Professor für »Östliches Christentum in Vergangenheit und Gegenwart« hinzu. Durch die Habilitation des Neutestamentlers Ernst Fuchs (1903–1983)³², Schmidts Assistenten, im Jahre 1932 wurde das Personaltableau komplettiert.

Mit Hölscher, Schmidt, Barth und Wolf zog ein neuer, von der dialektischen Theologie geprägter Geist in die Bonner Fakultät ein. Hinzu kam, dass – mit bedingt durch die allgemeine Zunahme der Studierenden in der Evangelischen Theologie in Deutschland – die Zahl der Immatrikulierten von 95 im Wintersemester 1926/27 auf 450 im Sommersemester 1932 steil anstieg.³³ Der »frische Wind« bedeutete aber auch, dass die Fakultät sich nun theologisch gespalten hatte, und

24 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 310f; Faulenbach (wie Anm. 24), S. 31.

25 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 265.

26 Friedrich Wilhelm Bautz, Art. Hölscher, Gustav, in: BBKL, Bd. II, 1990, Sp. 932; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 261–269.

27 Vgl. Mühling (wie Anm. 16); derselbe, Art. Schmidt, Karl Ludwig, in: TRE, Bd. XXX, 1999, Sp. 231–233; Otto Merk, Art. Schmidt, Karl Ludwig, in: RGG, 4. Aufl., Bd. VII, 2004, Sp. 934.

28 Zu den Einzelheiten Nichtweiß (wie Anm. 20), S. 520–525.

29 Heute Heußallee 18, Ecke Winston-Churchill-Straße; vgl. Prolingheuer (wie Anm. 9), S. 47, Anm. 1; Goeters (wie Anm. 10), S. 140.

30 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 342; Wolfgang Maaser, Art. Wolf, Ernst, in: BBKL, Bd. XVI, 1998, Sp. 1495–1501.

31 Wenig (wie Anm. 17), S. 177; Martin Rohkrämer (Hg.), Freundschaft im Widerspruch. Der Briefwechsel zwischen Karl Barth, Josef L. Hromádka und Josef B. Soucek, 1935–1968, Zürich 1995; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 4, Anm. 9; Friedrich Wilhelm Graf, Art. Lieb, Fritz, in: RGG, 4. Aufl., Bd. V, 2002, Sp. 335.

32 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 82; Hans Dieter Betz, Art. Fuchs, Ernst, in: RGG, 4. Aufl., Bd. III, 2000, Sp. 406.

33 Vgl. Mühling (wie Anm. 16), S. 89f.

zwar in eine zunehmend dem Nationalsozialismus zuneigende Minderheit, der Pfennigsdorf und seit 1933 auch die Extraordinarien Schmidt-Japing und Ruttenbeck³⁴ zuzurechnen waren, und einer Mehrheit, die von den deutschnational gesinnten Weber und Goeters über den liberalen Hölscher zu den an der dialektischen Theologie orientierten Sozialdemokraten Schmidt und Barth mit ihren Anhängern aus dem Kreis der Privatdozenten reichte. Diese Spaltung sollte unter den neuen politischen Bedingungen des Dritten Reiches fatale Folgen zeitigen, zumal in einem Teil der Studierendenschaft ebenfalls deutliche Radikalisierungstendenzen nach rechts sichtbar wurden³⁵. Heiner Faulenbach resümiert: »Die deutschchristlich und pronationalsozialistisch eingestellten Mitglieder der engeren und weiteren Fakultät obsiegt über die sozialdemokratisch orientierten und schließlich auch über die deutschnational-konservativen älteren Fakultätskollegen. Die theologisch-kirchliche Neuorientierung in der gesamten Arbeit der Fakultät seit 1929, in der wesentliche Voraussetzungen für die Bekennende Kirche gelegt wurden, unterlag dem völkisch-politischen Willen im Rahmen der mit dem Dritten Reich gleichgeschalteten Universitäten und Fakultäten.«³⁶

Die Stationen dieser Gleichschaltung sind hinreichend bekannt:³⁷ Sie begann mit der Wahl Pfennigsdorfs zum Dekan und »Fakultätsführer« zu Beginn des Sommersemesters 1933³⁸. Dieser war zwar kein Mitglied der NSDAP, gehörte aber der am Nationalsozialismus orientierten »Glaubensbewegung Deutsche Christen« an und vertrat einen kompromisslosen Kurs der Anpassung an das neue Regime³⁹. Schon im September 1933 wurde Karl Ludwig Schmidt aufgrund von §4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD und weiterer Vorwürfe entlassen⁴⁰. Damit geriet auch Schmidts Assistent Ernst Fuchs, der noch kurz zuvor versucht hatte, die Seiten zu wechseln, und mit dem es darob zum Zerwürfnis gekommen war, zwischen die

34 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 163f.

35 Vgl. Meier 1996, S. 233–235; Höpfner (wie Anm. 12), S. 150f.

36 Faulenbach (wie Anm. 4), S. 19.

37 Vgl. zum Folgenden Bizer (wie Anm. 8), S. 254–261; Höpfner (wie Anm. 12), S. 146–180.

38 Vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 254f. Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 254–261.

39 Vgl. Annette Hinz-Wessels, Die Evangelische Kirchengemeinde Bonn in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945), Bonn 1996 (SVRKG 119 = Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 57), S. 103ff; Höpfner (wie Anm. 12), S. 148f; Bessai (wie Anm. 11), S. 24–46.

40 Zu den Einzelheiten vgl. Heiner Faulenbach, Heinrich Josef Oberheids theologisches Examen im Jahr 1932 und das Geschick seines Prüfers Karl Ludwig Schmidt im Jahr 1933, in: Jörn-Erik Gutheil/Sabine Zoske (Hgg.), »Daß unsere Augen aufgetan werden...«, Festschrift für Hermann Dembowski, zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main etc. 1989, S. 57–97; Mühlring (wie Anm. 16), S. 138–163.

Fronten und wurde ebenfalls entlassen⁴¹ Dann ging es Schlag auf Schlag: Noch 1933 folgte die Entlassung Liebs, ebenfalls wegen Zugehörigkeit zur SPD. Im Frühjahr 1934 wurde Hölscher ohne Angabe von Gründen nach Heidelberg zwangsversetzt und diese Versetzung zwei Semester später vollzogen. Schließlich traf es Barth: Am 26. November 1934 wurde er wegen seiner Weigerung, den Führeid in der im Gesetz über die Vereidigung von Beamten vom 20.08.1934 vorgeschriebenen Form zu leisten, zunächst suspendiert. Barth hatte insistiert, den Eid auf Hitler durch den Zusatz »soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann« zu ergänzen. Als er sich schließlich doch bereit erklärte, den Eid gewissermaßen mit einem mentalen Vorbehalt zu leisten, war es zu spät. Am 20. Dezember 1934 wurde auch er entlassen. Hiergegen legte er mit Unterstützung des damaligen Justizassessors Otto Bleibtreu (1904–1959)⁴² Berufung ein, und wurde zunächst vom Berliner Oberverwaltungsgericht am 14. Juni 1935 in zweiter Instanz bei geringer Gehaltskürzung faktisch freigesprochen. Die Analyse des Urteils, die der Vorinstanz in zwei Anklagepunkten Verfahrensfehler vorhält und das Verfahren in diesen Punkten einstellt, wäre eine eigene Untersuchung durch einen Rechtshistoriker wert⁴³ Hier nur so viel: Im entscheidenden Anklagepunkt, der Verweigerung des Beamteneides in seiner vorgeschriebenen Form, räumten die Richter noch im Juni 1935 ein, dass der Beamte ein Prüfungsrecht hinsichtlich der »Übereinstimmung dienstlicher Befehle mit religiösen und sittlichen Grundsätzen« habe und »von keinem Beamten eine Handlung gegen göttliches Gebot und gegen sein Gewissen verlangt werden« könne. Das Gericht fügte in einer vieldeutigen Bemerkung hinzu: »Bei Ausübung dieses *Prüfungsrechts* handelt allerdings nach ständiger Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts der Beamte insofern auf eigene Gefahr, als er sich disziplinarisch strafbar macht, wenn seine Weigerung von der zur Beurteilung zuständigen Dienststelle als unberechtigt festgestellt wird.«⁴⁴

Die Freude über diese unerwartete Wende währte indes nur kurz: Schon wenige Tage später, am 21. Juni 1935, mithin vor fast genau siebzig Jahren, wurde Barth aufgrund von §6 des Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt⁴⁵ und ging nach Basel.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Ernst Wolf nach Halle und Goeters nach Münster versetzt worden und Schlingensiefen hatte seine Lehrbefugnis verloren.

41 Vgl. Mühling (wie Anm. 16), S. 160f mit Anm. 575; zum »Seitenwechsel« von Fuchs vgl. ebenda, S. 148–152.

42 Zu Bleibtreu vgl. Prolingheuer (wie Anm. 9), S. VI; ferner <http://www.munzinger.de>, s.v. Otto Bleibtreu (Stand: 16.05.2005).

43 Nachzulesen bei Prolingheuer (wie Anm. 9), S. 362–368.

44 Prolingheuer (wie Anm.9), S. 365 (Hervorhebung im Original).

45 Prolingheuer (wie Anm.9), S. 197f und UAB, PA Karl Barth. Die Angabe von Barth selbst im Album Professorum, er sei erst am 22. Juni 1935 pensioniert worden (s.o.), ist unzutreffend.

Im August wurde Weber ebenfalls nach Münster versetzt und kurze Zeit später von seinen Pflichten entbunden. Anfang 1936 wurde als letzter auch der Extraordinarius Friedrich Horst entlassen. In den meisten Fällen wurde dabei als Versetzungs- oder Entlassungsgrund die Teilnahme an illegalen Veranstaltungen oder Prüfungen der Bekennenden Kirche angegeben.

Die Folgen waren auch auf studentischer Ebene für die Fakultät desaströs. Die Bekennende Kirche forderte die Studierenden auf, die Bonner Fakultät fortan zu meiden, was dazu führte, dass deren Zahl binnen eines Jahres von 309 im Wintersemester 1934/35 auf 86 im Wintersemester 1935/36 sank⁴⁶. Nach Kriegsbeginn unterschritt sogar die Zahl der Studierenden die der Lehrenden⁴⁷.

Insgesamt waren somit von den 14 Fakultätsmitgliedern 10 entlassen oder zwangsversetzt worden⁴⁸. Übrig blieben Dekan Pfennigsdorf, Schmidt-Japing sowie die beiden im Kirchenkampf »neutralen« Dozenten Martin Thilo und Extraordinarius Walter Ruttenbeck. Die Entlassenen wurden im wesentlichen durch linientreue Nationalsozialisten ersetzt. Noch 1933 kam für Schmidt Ethelbert Stauffer (1902–1979; Neues Testament)⁴⁹, der den Deutschen Christen nahestand. Der Alttestamentler Hölscher wurde 1935 durch Anton Jirku (1885–1972)⁵⁰ ersetzt, während der Kirchenhistoriker Ernst Kohlmeyer (1882–1959)⁵¹ an die Stelle Ernst Wolfs trat. Gleichzeitig avancierte Schmidt-Japing zum Nachfolger Webers. Ebenfalls 1935 kam der Systematische Theologe Hans Wilhelm Schmidt (1903–1991) auf den verwaisten Lehrstuhl Barths⁵². Er verließ die Fakultät aber bereits 1939 wieder, weil er nach Wien versetzt worden war⁵³. Mit der Berufung des Kirchenhistorikers Helmut Lothar (1898–1970)⁵⁴ für Goeters und des Praktischen

46 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 160.

47 Höpfner (wie Anm. 12), S. 177. Vgl. die Übersicht bei Meisiek 1993, S. 419.

48 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 163.

49 Wenig (wie Anm. 17), S. 300; Faulenbach (wie Anm.24), S. 31, 34f; Klaus-Gunther Wesseling, Art. Stauffer, Ethelbert, in: BBKL, Bd. X, 1995, Sp. 1245–1250; <http://www.catalogus-professorum-halensis.de/staufferethelbert.html> (Stand: 16.05.2005).

50 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 135; Jendris Alwast, Art. Jirku, Anton, in: BBKL, Bd. III, 1992, Sp. 105. – Zum Niederschlag der völkischen Theologie in den fachwissenschaftlichen Schriften Jirkus vgl. Koenen (wie Anm. 22), S. 33–37, 96

51 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 157; Faulenbach (wie Anm. 24), S. 30f mit Anm. 81; Höpfner (wie Anm. 12), S. 170.

52 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 268; Gottfried Michaelis, Der Fall Vischer. Ein Kapitel des Kirchenkampfes. Ein Beitrag zur Geschichte Bethels 1932 bis 1946, Bielefeld 1994, S. 140–183, bes. 159–161; Höpfner (wie Anm. 12), S. 171f.

53 Vgl. Karl W.Schwarz, »Grenzbürg« und »Bollwerk«. Ein Bericht über die Wiener Evangelisch-theologische Fakultät in den Jahren 1938–1945, in: Leonore Siegele-Wenschkewitz/Carsten Nicolaisen, (Hgg.), Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus, Göttingen 1993, S. 361–389, S. 366–374.

54 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 183; Höpfner (wie Anm. 12), S. 172f.

Theologen Werner Schütz (1901–1992)⁵⁵ für den emeritierten Pfennigsdorf war die nationalsozialistische Gleichschaltung der Fakultät im Jahre 1936 abgeschlossen. Mit Ausnahme Stauffers, der stärker taktisch verfuhr und dabei auch vor Denunziationen wie im Falle Barths nicht zurückschreckte,⁵⁶ und des insgesamt zurückhaltenden Kohlmeyer waren alle Neuberufenen linientreue Parteigenossen⁵⁷. Ernst Bizer vermerkt in seiner Fakultätsgeschichte trocken: »Was diese Männer verband, war zunächst die oft bezeugte nationalsozialistische Gesinnung, aber die Fakultät vermochten sie nicht wieder zum Blühen zu bringen.«⁵⁸ Doch nicht nur dies: Auch die verbliebene NS-Fakultät zerstritt sich nach 1936 infolge der Radikalisierung von Teilen der Deutschen Christen und aufgrund von Besetzungsfragen tief greifend. Man bespitzelte sich gegenseitig. Die beiden Kirchenhistoriker Kohlmeyer und Lothar bekämpften sich mit immer neuen Beschwerden bei Rektor und Minister⁵⁹. Der »gemäßigte« Deutschchrist Stauffer wurde etwa von Dekan Jirku, der den radikalen Thüringer Deutschen Christen angehörte, wegen angeblich kritischer Bemerkungen gegenüber dem NS-Regime in einem Vortrag im Januar 1943 denunziert. Jirku schlug dem Rektor vor, Stauffer zur Wehrmacht einzuziehen, »was zweifellos eine gute erzieherische Wirkung auf ihn ausüben würde«, und ihm bis auf weiteres »jede Vortragstätigkeit« zu verbieten. Stauffer kam jedoch mit einem allgemeinen Vortragsverbot und einer strengen Verwarnung davon⁶⁰.

Es ist nach dem, was hier nur angedeutet werden konnte, offensichtlich, dass sich die Fakultät bei Kriegsende in einem denkbar desolaten Zustand befand, da alle Mitglieder des Lehrkörpers durch ihre Nähe zum Nationalsozialismus erheblich kompromittiert waren. Von fünf noch im Amt befindlichen Ordinarien mussten drei nach Kriegsende wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP aus dem Dienst ausscheiden: der den Thüringer Deutschen Christen zuzurechnende Anton Jirku; Johann Wilhelm Schmidt-Japing, ehemaliger Scharführer der SA, der »bis weit in den Krieg [...] für die Vereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus« eingetreten war⁶¹; und der ehemalige Heeresoberpfarrer und spätere Wehrmächtsdekan Werner Schütz, der seine Antrittsvorlesung im Jahre 1936 unter den Titel »Christentum und völkischer Wehrwille« gestellt hatte. Kohlmeyer war 1944 aus

55 Vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 282; Höpfner (wie Anm. 12), S. 175.

56 Vgl. Prolingheuer (wie Anm.9), S. 135, 144f.

57 Zur Mitgliedschaft dieser Professoren in der NSDAP vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 266; Faulenbach (wie Anm. 4), S. 8, Anm. 24.

58 Bizer (wie Anm. 8), S. 261.

59 Vgl. das umfangreiche Dossier in UAB PA Helmut Lothar.

60 Bizer (wie Anm. 8), S. 265; Heiber (wie Anm.11), S. 268f.; Höpfner (wie Anm. 12), S. 168f. Da wir jedoch den Originaltext des Vortrages nicht mehr besitzen und Jirku und Stauffer zu diesem Zeitpunkt bereits verfeindet waren, ist unklar, inwiefern hier tatsächlich »Unbotmäßigkeit« Stauffers vorliegt und was auf Jirkus Missgunst zurückgeht.

61 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 173, Anm. 2.

Krankheitsgründen emeritiert worden. Ebenfalls entlassen wurde der Extraordinarius Walter Ruttenbeck, der Rottenführer der SA, Förderndes Mitglied der SS, Blockleiter der NSDAP und Mitglied einer Reihe weiterer NS-Organisationen gewesen war⁶². Das Mitglied der »Deutschen Christen« und Parteimitglied Helmut Lothar hatte man suspendiert⁶³. Lediglich Privatdozent Martin Thilo wurde auch nach 1945 noch im Personalverzeichnis der Fakultät geführt⁶⁴.

Stauffer war unter den noch aktiven Ordinarien der einzige Nicht-Pg, stand aber durch seine denunziatorischen Aktivitäten im »Fall Barth« und seine Sympathien mit den Deutschen Christen ebenfalls im Zwielficht. Diesem Mann fiel nun die Aufgabe zu, die Fakultät nach Kriegsende wiederaufzubauen. Stauffer machte sich schon Ende März 1945, also unmittelbar nach Besetzung Bonns durch die Amerikaner, ans Werk und verfasste ein umfangreiches Memorandum zur Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeit an der Evangelisch-Theologischen Fakultät⁶⁵. Unterstützt wurde er bei seinen Aktivitäten seit dem Sommersemester 1946 von dem blutjungen, stramm deutschnational ausgerichteten Fakultätsassistenten Ernst Bammel (1923–1996), der 1944 mit einer Arbeit über die »Mitteleuropafrage in der Frankfurter Nationalversammlung« in der Philosophischen Fakultät bei dem Historiker Fritz Kern zum Dr. phil. promoviert worden war⁶⁶.

Karl Barth war bereits unmittelbar nach Kriegsende Ende August/Anfang September 1945 in Deutschland gewesen und hatte in Frankfurt an der Sitzung des Reichsbruderrates und im Anschluss daran in Treysa an der Gründung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland teilgenommen⁶⁷. Dabei hatte er auf der Rückreise auch Bonn besucht⁶⁸. Schon damals hatte man ihn darum gebeten, ins Rheinland zurückzukehren,⁶⁹ ein Ansinnen, das Dekan Stauffer offenbar zu hinter-

62 UAB PA Walter Ruttenbeck.

63 Fakultätssitzung vom 10.05.1946 (DAB Protokollbuch).

64 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 72–75 (1945–48), S. 478.

65 Datiert 31.03.1945; erhalten in: UAB UV 69 Nr. 34: Evang.-theol.Fakultät (Allgemeines) 1951–1945.

66 Vgl. Johanna Hirschfelder, Bonner Professoren der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1946–1950, aus dem Blickwinkel einer (ehemaligen!) Studentin betrachtet, Pro facultate. Mitteilungen der »Freunde der Evangelisch-Theologischen Fakultät Bonn e.V.«, Nr. 2 (Winter 2004/05), S. 5–22, S. 6f; Ernst Bammel, Die Mitteleuropafrage in der Frankfurter Nationalversammlung, Diss. phil., Bonn 1944.

67 Vgl. dazu Karl Herbert, Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945, Stuttgart 1989, S. 33–57.

68 Die Einzelheiten bei Busch (wie Anm. 13), S. 341f.

69 Die Anregung geht auf Heinrich Held zurück; vgl. Gerhard Besier/Hartmut Ludwig/Jörg Thierfelder, (Hgg.), Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Eine Dokumentation, Weinheim 1995 (Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg 24), S. 92f, 127; ferner Ludwig 1996, S. 167.

treiben suchte, allerdings vergeblich⁷⁰. Barth sah sich dadurch vor die Alternative gestellt, »entweder endgültig nach Deutschland zurückzukehren und die mir noch verbleibende Zeit und Kraft ganz und ausschließlich den deutschen Fragen und Aufgaben zuzuwenden oder nun doch wieder an meine eigentliche Arbeit, die Fortsetzung und vielleicht Vollendung der ›Kirchlichen Dogmatik‹ zu gehen und meine direkte Mitwirkung an den Dingen in Deutschland, wie die allfällig auch in anderen Ländern geforderte, auf einzelne Gelegenheiten zu beschränken«⁷¹. Barth entschied sich für letzteres, hat dies aber auch in den Briefen an seine Familie aus Deutschland nicht selten bedauert, gebe es doch hier so viel für ihn zu tun⁷².

Immerhin erklärte er sich bereit, für ein oder zwei Semester in Bonn zu lehren, wofür er großzügigerweise vom Basler Erziehungsdepartement bezahlten Urlaub erhielt. Zunächst wollte er zum Sommersemester 1946 an seine alte Wirkungsstätte zurückkehren. Den Dingen, die ihn in Deutschland erwarteten, sah er durchaus beklommen entgegen. Er befürchtete, »auf eine Mauer von Zurückhaltung und Mißtrauen zu stoßen«, weil er während der Naziherrschaft »wohl auch im Urteil vieler deutscher Gegner des Nationalsozialismus – um von den Anhängern und Mitläufern nicht zu reden – an energischer Stellungnahme des Guten nun doch zu viel getan hatte«⁷³. An Josef Soucek schrieb Barth im April 1946: »Wahrscheinlich habe ich merkwürdige Erfahrungen vor mir, aber der Versuch soll nun gewagt sein.«⁷⁴

Am 4. Mai gelangte er, auf dem Rheinschlepper »Via mala« in Begleitung seiner Assistentin und Sekretärin Charlotte von Kirschbaum (1899–1975) reisend, in Bonn an⁷⁵. Im Gepäck hatte er nicht nur reichlich Proviant für die kommenden Wochen, sondern auch eine große Anzahl von Büchern für die deutschen Studie-

70 Vgl. Hartmut Ludwig, Die Auseinandersetzung mit der Schuldfrage in den Evangelischen Studentengemeinden nach 1945, in: Bernhard Hey/Günther van Norden, Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945–1949), Köln 1996 (SVRKG 123), S. 159–182, S. 167f.

71 In: How my mind has changed, 1939/49; dt. bei Barth 1961, S. 196 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch Busch (wie Anm. 13), S. 345.

72 Vgl. die Briefe vom 02.06.1946 (KBA 9246.195) und vom 20.06.1946 (KBA 9246.225/1).

73 Barth in seinem »Gruß an die Bonner Studenten« bei Karl Barth, Offene Briefe 1945–1968, hg. von Diether Koch, Zürich 1984 (Karl Barth GA V), S. 108. Vgl. auch die Äußerungen in seinem Brief an die Familie (07.05.1946, KBA 8246.168).

74 Barth an Josef B. Soucek, 26.04.1946, in: Rohkrämer (wie Anm. 32), S. 92.

75 Für seinen Beginn in Bonn vgl. den Brief an die Familie (07.05.1946, KBA 9246.168) sowie das Schreiben an Arthur Frey (24.05.1946), in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 64–76. – Zu Charlotte von Kirschbaum vgl. Renate Köbler, Schattenarbeit. Charlotte von Kirschbaum – Die Theologin an der Seite Karl Barths, Köln 1987; Suzanne Selinger, Charlotte von Kirschbaum und Karl Barth. Eine biografisch-theologiegeschichtliche Studie, Zürich 2004.

renden⁷⁶. Dort wurden sie von Otto Bleibtreu, dessen Frau und dessen Vetter Günther Dehn begrüßt und fanden nach einer unbefriedigenden Zwischenstation in der Argelanderstraße⁷⁷ Unterkunft in zwei Zimmern in der Schlossstraße 14. Der neu berufene Praktische Theologe Dehn (1882–1970)⁷⁸, der sich im Kirchenkampf sehr exponiert hatte und seinen Mut mit mehrmonatigem Gefängnisarrest hatte bezahlen müssen, war zuletzt Pfarrer in Ravensburg gewesen und kurz vor Barth in Bonn angekommen⁷⁹.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Fakultät bereits am 7. März 1946 in einer Professoriumssitzung neu konstituiert⁸⁰. Neben Stauffer nahmen an dieser Sitzung die neu berufenen Professoren Martin Noth (1902–1968, Altes Testament),⁸¹ Heinrich Schlier (1900–1978, Neues Testament und Geschichte der Alten Kirche)⁸² und Hermann Schlingensiepen teil. Noth hatte seit 1930 in Königsberg gelehrt und das Kriegsende als Soldat erlebt. Von Königsberg aus hatte er sich – unter Verlust seiner Bibliothek und seines ganzen wissenschaftlichen Besitzes – nach Leipzig durchgeschlagen. Den Ruf nach Bonn nahm er »ohne Zögern und ohne Vorbe-

76 Barth an Frey (24.05.1946), in: Barth, *Offene Briefe* (wie Anm. 74), S. 74f.

77 Vgl. Barths Brief an die Familie (07.05.1946, KBA 9246.168).

78 J.F. Gerhard Goeters, Art. Dehn, Günther, in: TRE, Bd. VIII, 1981, S. 390–392; Friedrich Wilhelm Bautz, Art. Dehn, Günther, in: BBKL, Bd. I, 1990, Sp. 1242–1248; Rüdiger Weyer, Günther Dehn, in: ders., *Kirche – Staat – Gesellschaft in Autobiographien des Kirchenkampfes*, Waltrop 1997, S. 190–203; Ulrich Schwab, Art. Dehn, Günther, in: RGG, 4. Aufl., Bd. II, 1999, Sp. 614.

79 Vgl. dazu die Memoiren Dehns, bes. Günther Dehn, *Die alte Zeit – die vorigen Jahre*, München 1962, S. 335–348.

80 Protokollbuch der Fakultät (DAB). Vgl. zum Folgenden neben der Fakultätsgeschichte Bizers auch Norden in: Günther van Norden/Heiner Faulenbach, *Die Entstehung der Evangelischen Kirche im Rheinland in der Nachkriegszeit (1945–1952)*, Köln 1998 (SVRKG 134), S. 111–114.

81 Vgl. Winfried Thiel, Art. Noth, Martin, in: BBKL, Bd. VI, 1993, Sp. 1023–1032; Rudolf Smend, Art. Noth, Martin (1902–1968), in: TRE, Bd. XXIV, 1994, S. 659–661; Horst Seebass, Martin Noth (1902–1968), in: Dietrich Rauschnig/Donata von Nérée (Hgg.), *Die Albertus-Universität zu Königsberg und ihre Professoren. Aus Anlaß der Gründung der Albertus-Universität vor 450 Jahren* herausgegeben, Berlin 1995 (JAUk 29 [1994]), S. 827–836; Rudolf Smend, Art. Noth, 1. Martin, in: RGG, 4. Aufl., Bd. VI, 2003, Sp. 398f; Udo Rütterswörden (Hg.), *Martin Noth – aus der Sicht der heutigen Forschung*, Neunkirchen-Vluyn 2004 (BThSt 58), S. 1–20. – Zu Noths wissenschaftlichem Schrifttum unter dem Nationalsozialismus vgl. Koenen (wie Anm. 22), S. 40f, 49–51, 75–77, 109–112 u.ö.

82 Vgl. Reinhard von Bendemann, Heinrich Schlier. Eine kritische Analyse seiner Interpretation paulinischer Theologie, Gütersloh 1995 (BEvTh 115); Klaus-Gunther Wesseling, Art. Schlier, Heinrich, in: BBKL, Bd. IX, 1995, Sp. 282–289; Reinhard von Bendemann, Art. Schlier, Heinrich, in: RGG, 4. Aufl., Bd. VII, 2004, Sp. 923f.

halt« an, wobei Bonn einer Berufung nach Jena nur um wenige Tage zuvorkam⁸³. – Schlier hatte als Dozent für Neues Testament an der Kirchlichen Hochschule der Bekennenden Kirche in Wuppertal-Elberfeld und nach Schließung dieser Hochschule durch die Gestapo im Dezember 1936 als Pfarrer der dortigen lutherischen Bekenntnisgemeinde und theologischer Lehrer im Untergrund gewirkt⁸⁴. – Schlingensiepen war der einzige, der über frühere Verbindungen zur Bonner Fakultät verfügte. Er hatte – nach einem Zwischenspiel als Seminardirektor beim Auslandsseminar der Deutschen Evangelischen Kirche in Ilsenburg (Harz) – eine Anstellung als Pfarrer in Siegen gefunden⁸⁵.

Darüber hinaus hatte es Versuche gegeben, die nach Barths Vertreibung zerschlagene Fakultät so weit wie möglich in alter Form zu rekonstituieren. Dies gelang nur teilweise: Nicht nur die Verhandlungen mit Barth führten nicht zum Erfolg; auch Fritz Lieb (mittlerweile in Basel) und Ernst Wolf mochten nicht mehr zurückkehren⁸⁶. Letzterer ging stattdessen nach Göttingen. Karl Ludwig Schmidt wäre grundsätzlich gekommen, wollte sich die Dinge aber zunächst vor Ort genauer ansehen. Dazu kam es aus ungeklärten Gründen nicht⁸⁷. Gustav Hölscher – mittlerweile 69jährig – sagte aus Altersgründen ab⁸⁸. Auch der in Jena lehrende Alttestamentler Gerhard von Rad (1901–1971) entzog sich den Bonner Avancen und folgte ebenfalls einem Ruf nach Göttingen⁸⁹. Hingegen kehrten der Systematiker und Neutestamentler Hans Emil Weber und der Kirchenhistoriker Wilhelm Goeters an ihre alte Fakultät zurück. Goeters blieb indessen nur kurze Zeit, da er die Altersgrenze erreicht hatte. An seine Stelle sollte zum Wintersemester 1947/48 Ernst Bizer (1904–1975) treten⁹⁰. Friedrich Horst, der als Pfarrer in Steeg bei Bacharach überwintert hatte, wurde im August 1945 als nichtbeamteter Extraordinarius zurück berufen, blieb aber ebenfalls nicht lange, sondern wechselte 1948 auf den alttestamentlichen Lehrstuhl in Mainz⁹¹. Seine Restitution war wie die von Ernst Fuchs aus finanziellen Gründen gescheitert⁹².

Die nach dem Krieg entlassenen bzw. suspendierten Kollegen wurden hingegen nicht wieder in ihre Ämter eingesetzt, und es ist sicher kein geringes Verdienst,

83 Bizer (wie Anm. 8), S. 267; vgl. auch Rudolf Smend, Martin Noth (1902–1968). Person und Werk, in: Udo Rütterswörden (wie Anm. 82), S. 4f.

84 Vgl. Bendemann (wie Anm. 83), S. 42–52.

85 Vgl. Meier (wie Anm. 11), S. 366; Höpfner (wie Anm. 12), S. 37, 161.

86 Vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 270, 272.

87 Vgl. Mühlung (wie Anm. 16), S. 218–220.

88 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 160 mit Anm. 3. Vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 267.

89 Vgl. Rudolf Smend, Art. Rad, Gerhard von, in: TRE, Bd. XXVIII, 1997, S. 89–91;

Johannes Madey, Art. Rad, Gerhard von, in: BBKL, Bd. XVI, 1999, Sp. 1307–1309;

Rolf Rendtorff, Art. Rad, Gerhard v., in: RGG, 4. Aufl., Bd. VII, 2004, Sp. 15f.

90 Vgl. Oswald Bayer, Art. Bizer, Ernst, in: RGG, 4. Aufl., Bd. I, 1998, Sp. 1633f.

91 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 163.

92 So Bizer (wie Anm. 8), S. 27; Höpfner (wie Anm. 12), S. 180.

dass sich die neue Fakultät allen Anmutungen, irgendeine Form von wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit ihnen wieder aufzunehmen, standhaft widersetzt hat⁹³. Anton Jirku wurde im Entnazifizierungsverfahren⁹⁴ zunächst in Kategorie III, §8,I, d.h. als »geringerer Übeltäter« mit der Sanktion der Entlassung unter Verlust jeden Anspruches auf Ruhegehalt eingestuft⁹⁵. Auf seinen Einspruch hin wurde er am 22.08.1949 als »Anhänger« in Kategorie IV C I ohne Vermögenssperre eingestuft mit der Maßgabe, nicht mehr als Dozent tätig sein zu dürfen⁹⁶. Jirku, der unter kümmerlichen Verhältnissen als Privatgelehrter arbeitete, wurde auch nicht wieder eingestellt, sondern zum 1. September 1949 pensioniert⁹⁷. Im Jahre 1959 wurde er schließlich, »nachdem er auf alle damit verbundenen Rechte in der Fakultät verzichtet hatte«, emeritiert⁹⁸. – Auch Helmut Lother wurde im Entnazifizie-

93 Vgl. zum Folgenden auch Faulenbach, in: Norden/Faulenbach (wie Anm. 81), S. 188f.

94 Vgl. dazu allgemein Clemens Vollnhals, (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991; Cornelia Rauh-Kühne, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70; für Nordrhein-Westfalen Krüger (wie Anm. 14), zur Entnazifizierung in den Hochschulen vgl. z.B. Cornelia Wegeler, »...wir sagen ab der internationalen Gelehrtenrepublik«. Altertumswissenschaft und Nationalsozialismus. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921–1962, Wien etc. 1996, S. 259–276; zur Entnazifizierung in den Kirchen auch Besier (wie Anm. 11, Hannover; dort S. 16 auch ältere Lit.); Norden in: Faulenbach/Norden (wie Anm. 81), S. 36–46 und Faulenbach in: ebenda, S. 173–198 (Rheinland). – Die einschlägigen Vorschriften für Nordrhein-Westfalen sind (unvollständig) gesammelt bei Irmgard Lange (Hg.), Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C/II). Es fehlt insbesondere Verordnung Nr. 110 vom 01.10.1947; dazu Krüger (wie Anm. 14), S. 55–57.

95 Schreiben des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Stadtkreises Bonn an den Dekan, 13.04.1949 (DAB II 10 Entnazifizierung von Professoren – Schriftwechsel 1949). Zur rechtlichen Grundlage vgl. Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 54 vom 30.11.1946 bei Lange (wie Anm. 95), S. 285 i.V. mit der Durchführungsanweisung vom April 1947, ebenda, S. 371.

96 Schreiben der Hauptverwaltung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität an den Dekan vom 22.08.1949 (UAB PA Anton Jirku; ebenso DAB PNA Anton Jirku). Der Zusatz C I bedeutete gem. Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 54, dass Personen dieser Kategorie verpflichtet waren, »sich bei der deutschen Polizei eintragen zu lassen« und »besondere Meldebücher« erhielten. Vgl. Lange (wie Anm. 95), S. 295.

97 UAB PA Anton Jirku.

98 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 170; ungenau Alwast (wie Anm. 51). – Zum rechtlichen Hintergrund bezüglich der Versorgung von zunächst entlassenen bzw. suspendierten Beamten vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 69–100; Anikó Szabó, Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000, S. 289–309.

rungsverfahren entlastet (Kat. V)⁹⁹, gleichwohl am 10. November 1949 ebenfalls in den Ruhestand versetzt¹⁰⁰. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits in den Dienst der Evangelischen Kirche im Rheinland getreten und arbeitete seit 1947 als Pfarrer in Düsseldorf-Oberkassel, wo er bis 1961 wirkte. Im selben Jahr erfolgte seine akademische Emeritierung, bei der Lothar ebenfalls auf weitere Lehrtätigkeit verzichtete¹⁰¹. In dieser Zeit betätigte er sich auch noch wissenschaftlich und verfasste pikanterweise den Artikel »Germanen« für das Evangelische Kirchenlexikon¹⁰². – Auch Werner Schütz wurde 1949 in den Ruhestand versetzt (31.08.)¹⁰³. Er bemühte sich jahrelang um Rehabilitierung, bis die Nachkriegsfakultät dies im Jahre 1952 wegen seiner früheren Nähe zum NS-Regime endgültig ablehnte. Gleichwohl wurde er im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V als entlastet eingestuft (22.04.1952)¹⁰⁴. Eine neue berufliche Heimstatt fand er zunächst ebenfalls in der Rheinischen Kirche, wo er als Pfarrer in Almersbach im Westerwald und ab 1951 – wie Lothar – in Düsseldorf arbeitete. »Als die rheinische Kirche 1957 wegen einer Bonner Pfarrstelle für Schütz eine Stellungnahme einholte, ließ die Fakultät wissen, daß sie dies als Affront betrachten würde.«¹⁰⁵ 1959 wurde er schließlich in Münster Professor für Praktische Theologie und lehrte dort bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1969¹⁰⁶. – Johann Wilhelm Schmidt-Japing wurde zunächst – wie Jirku – in Kat. III §8,I eingestuft¹⁰⁷ und wie die anderen pensioniert (08.10.1949)¹⁰⁸. Er kam dann als Pfarrer in der Braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche unter, die ihn ihrerseits im Entnazifizierungsverfahren, ebenfalls im Jahre 1949, als »entlastet« (Kategorie V) eingestuft hatte¹⁰⁹. 1949 wurde er Pfarrverwalter an St. Ulrici in Braunschweig und landeskirchlich Beauf-

99 UAB PA Helmut Lothar.

100 UAB PA Helmut Lothar; ebenso DAB PNA Helmut Lothar.

101 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 173; UAB PA Helmut Lothar; ebenso DAB PNA Helmut Lothar.

102 Lothar 1956.

103 DAB PN Werner Schütz.

104 DAB PN Werner Schütz.

105 Höpfner (wie Anm. 12), S. 175.

106 Vgl. Meier (wie Anm. 11), S. 373; Höpfner (wie Anm. 12), S. 175. – Eine Peinlichkeit unterlief der Bonner Fakultät im Jahre 1975, als sie anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der Promotion die Ausfertigung eines goldenen Doktordiploms beschloss und der Prodekan eigens zur Überreichung nach Münster fuhr. Vgl. Beschluss der Engeren Fakultät vom 16.04.1975 (TOP 1; DAB Stammbuch der Evangelisch-Theologischen Fakultät). Vgl. ebenda 22.10.1975 (TOP 3). Ferner Höpfner (wie Anm. 12), S. 175, Anm. 4 nach einer Mitteilung Heiner Faulenbachs.

107 Wie oben Anm. 96.

108 DBA PNA Johann Wilhelm Schmidt-Japing.

109 Entscheidung des kirchlichen Entnazifizierungs-Hauptausschusses für ev.-luth. Geistliche in Hannover vom 31.07.1949 (DBA PNA Johann Wilhelm Schmidt-Japing).

tragter für Volksmission und Männerarbeit¹¹⁰. Schon im Juli 1946 hatte er auf der ersten Jahresversammlung des Braunschweiger Pfarrvereins nach dem Krieg den Hauptvortrag über »Schuld und Schicksal« gehalten und war ebenda für seine »tiefschürfenden Ausführungen« gelobt worden¹¹¹. 1953 wurde auch er offiziell emeritiert¹¹². Schmidt-Japing war noch bis 1960 im Pfarrdienst tätig. – Walter Ruttenbeck war von der Nachrichtenkommission der Universität milde beurteilt¹¹³ und im Entnazifizierungsverfahren in Kat. IV eingestuft worden¹¹⁴. Die Fakultät befürwortete sein Restituierungsgesuch ebenfalls nicht. Ruttenbeck fristete jahrelang ein bescheidenes Auskommen als Klinikseelsorger¹¹⁵. Schließlich wurde er am 1. Oktober 1950 pensioniert¹¹⁶. – Im Falle des Führer-Dekans Emil Pfennigsdorf verzichtete die Fakultät aus Altersgründen auf einen Antrag auf Entnazifizierung¹¹⁷. Er »wurde pensioniert, aber nicht mehr im Vorlesungsverzeichnis geführt, obwohl Stauffer sich für ihn eingesetzt und ihm u.a. bescheinigt hatte, daß er als Dekan die Fakultät nach wissenschaftlichen und nicht nach politischen Gesichtspunkten zu besetzen versucht habe.«¹¹⁸ Über Schmidt-Japing und Ruttenbeck existiert die Abschrift eines Briefes Barths an den Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses der Bonner Universität, Professor Friedrich Becker, der beiden ein äußerst ungünstiges Zeugnis ausstellt (abgedruckt im Anhang).

Schließlich konnte sich auch der wendige Ethelbert Stauffer in Bonn nicht mehr lange halten, weil er in den Jahren 1933 und 1935 in zwei Schriften seine deutschchristlichen und nationalsozialistischen Sympathien zu erkennen gegeben¹¹⁹ und sich an der Zerschlagung der Fakultät insbesondere durch Bespitzelung

110 Faulenbach in: Norden/Faulenbach (wie Anm. 81), S. 188.

111 Dietrich Kuessner, Skizze der Geschichte des Braunschweiger Pfarrvereins, Kirche von Unten 19/20, Dezember 1986/Januar 1987, S. 45–53; zit. nach: <http://bs.cyty.com/kirche-von-unten/archiv/kvu019/pfarrerverein.html> (Stand: 16.05.2005), S. 51.

112 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 173.

113 Vgl. UAB UV 139–311, s.v. Ruttenbeck.

114 Einreihungsbescheid vom 08.04.1948 (UAB PA Walter Ruttenbeck); ferner Dekan Bizer an Rektor, 26.07.1950 (ebenda; ebenso DAB PNA Walter Ruttenbeck).

115 Vgl. Höpfner (wie Anm. 12), S. 164.

116 UAB PA Walter Ruttenbeck.

117 Vgl. Dekan Schlingensiepen an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss, Stadtkreis Bonn, 05.11.1948 (UAB PA Emil Pfennigsdorf).

118 Bizer (wie Anm. 8), S. 273. Das Zeugnis Stauffers vom 21.01.1946 in UAB PA Emil Pfennigsdorf. Die Fakultät weigerte sich, Pfennigsdorf als Emeritus im Vorlesungsverzeichnis zu führen; vgl. Dekan Bizer an den Rektor, 03.11.1949; ebenda. – Zum Leben im Hause Pfennigsdorf nach dem Krieg vgl. auch den Bericht des Enkels Martin Lohmann, Meine Erinnerungen an das Leben im Haus Poppelsdorfer Allee 108, <http://stiftung-pfennigsdorf.de/> (Stand: 24.06.2005).

119 Ethelbert Stauffer, Unser Glaube und unsere Geschichte. Zur Begegnung zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Berlin o.J. [1933] (Stimmen aus der deutschen christlichen Studentenbewegung 86); Ethelbert Stauffer, Theologisches Lehramt in Kirche und

Barths beteiligt hatte¹²⁰. Die Nachrichtenkommission der Universität, die u.a. damit befasst war, »Gutachten über das Verhalten einzelner Mitglieder des Lehrkörpers während des Nationalsozialismus« zu erstellen,¹²¹ hatte dem Prüfungsausschuss schon im Juli 1945 empfohlen, Stauffer in eine Dozentur rückzuversetzen, »mit der Aussicht, in etwa 2 Jahren erneut den ordentlichen Lehrstuhl zu erhalten, der für ihn frei bleibt«¹²². Es gibt Hinweise darauf, dass Barth bei dem Fall Stauffers seine Hand im Spiel gehabt hat¹²³. Jedenfalls trat der Dekan aus nicht mehr ganz durchsichtigen Gründen mit Schreiben an den Rektor am 1. Juni 1946 zurück¹²⁴ und gab seinen Entschluss in der Fakultätssitzung am 5. Juni 1946 bekannt, wobei er seinen angegriffenen Gesundheitszustand ins Feld führte¹²⁵. Unmittelbar zuvor hatte er noch geschwind in einem Rundbrief an die Dekane mehrerer philosophischer Fakultäten für eine erneute Berufung des jüdischen Religionshistorikers Hans Joachim Schoeps (1909–1980) geworben, der seit 1938 in Schweden im Exil saß¹²⁶. Schließlich erhielt Stauffer im Dezember 1947 einen Ruf nach Erlangen, nachdem ihm Rektor Konen in einem Schreiben an den Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Erlangen, Friedrich Baumgärtel, noch einen »Persilschein« ausgestellt hatte¹²⁷. Stauffer verließ Bonn jedoch erst im

Reich. Ein Wort zur geschichtlichen Stellung und Aufgabe der Theologischen Fakultäten, Bonn 1935 (Bonner Reden und Aufsätze 4). Zur Analyse vgl. Gary Lease, Nationalsozialismus und Religion. Eine Mythologie unserer Zeit, ZRGG 40 (1988), 97–111, S. 105–110.

120 Vgl. hierzu die Dokumente bei Prolingheuer (wie Anm. 9), S. 135, 144f.

121 Christian George, Der Wiederaufbau des Lehrkörpers der Universität Bonn 1945–1947, Magisterarbeit, Bonn 2004 (Exemplar in UAB), S. 27.

122 UV 139–312 (Nachrichtenkommission der Universität); Gutachten vom 24. Juli 1945; vgl. auch den undatierten Schriftsatz der Nachrichtenkommission, UAB UV 69, Nr. 34: Evang.-theol. Fakultät (Allgemeines) 1951–1945.

123 Vgl. Busch (wie Anm. 13), S. 279, 349. Zu Barths Rolle beim Sturz Stauffers ebenda, S. 269 sowie die Andeutungen in den Briefen an die Familie vom 02.06.1946 (KBA 9246.195), vom 20.06.1946 (KBA 9246.225/1) und vom 07.07.1946 (KBA 9246.252/1). Vgl. auch Barths Charakterisierung der Person Stauffers an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 68–70.

124 Brief an Rektor Konen vom 01.06.2005 (DAB PNA Ethelbert Stauffer).

125 Protokollbuch 05.06.1946. – Zur Haltung der Evangelischen Kirche im Rheinland in dieser Frage vgl. Norden in: Norden/Faulenbach (wie Anm. 81), S. 111f.

126 Der Rundbrief vom 17.05.1946 ist abgedruckt bei Gary Lease, Der Briefwechsel zwischen Karl Barth und Hans-Joachim Schoeps (1929–1946), in: Menora 2 (1991), 105–137, hier S. 131. Leary sieht den Brief durch Barth veranlasst (vgl. S. 137; S. 129–131 ein entsprechender Bittbrief von Schoeps an Barth vom 08.04.1946). – Zu Schoeps allg. vgl. Bettina Kratz-Ritter, Art. Schoeps, Hans-Joachim, in: TRE, Bd. XXX, 1999, S. 359–361.

127 Konen an Baumgärtel, 20.03.1947 (UAB PA Ethelbert Stauffer); zit. bei Bizer (wie Anm. 8), S. 269 als »politisches« Zeugnis. – In Erlangen war mittlerweile auch

Herbst 1948. Hans Emil Weber bemerkte gegenüber Ernst Wolf im Hinblick auf Stauffer resigniert: »Wir versagen, indem wir weder die Kraft des Zorns noch die Kraft der Liebe haben.«¹²⁸ In Erlangen war Stauffer dann noch fast zwanzig Jahre lang als Ordinarius tätig. 1962 wurde ihm eine Festschrift überreicht mit Beiträgen des jüdischen Religions- und Rechtshistorikers David Daube (1909–1999) und des vom Judentum zum Christentum konvertierten Neutestamentlers und späteren Bischofs von Birmingham, Hugh Montefiore (1920–2005)¹²⁹. Stauffer revanchierte sich seinerseits sechzehn Jahre später mit einem Beitrag zu Daubes Festschrift¹³⁰. Kurz vor seiner Emeritierung im Jahre 1967 geriet er noch einmal in eine Kontroverse mit dem Wiener Rabbiner Meir Koffler (1918–1990), der Stauffers Bild des Judentums nach 1945 mit dem seines Artikels »Theologisches Lehramt in Kirche und Reich« von 1935 verglich, und ihm einen durchlaufenden Antijudaismus in der Darstellung nachwies¹³¹.

Summa summarum bleibt festzuhalten, dass es einer Reihe von Bonner Theologen, die sich im Dritten Reich erheblich kompromittiert hatten, gelang, entweder im kirchlichen Dienst unterzukommen oder sogar erneut Lehrstühle zu übernehmen – ein trauriges Kapitel in der weithin noch ungeschriebenen Geschichte der Kontinuitäten in der wissenschaftlichen Theologie über das Ende des Dritten Reiches hinaus.

Mit dem endgültigen Abgang der nationalsozialistischen Theologen war in Bonn der Weg endgültig frei für einen weit gehend unbelasteten Neuanfang: Hierzu hat sicher auch nicht unerheblich die Tatsache beigetragen, dass der zuständige Bonner Universitätsoffizier (University Education Control Officer) von September 1946 bis Oktober 1947 ein schottischer Pfarrer namens Ronald Gregor Smith (1913–1968) war, der später Primarius Professor of Divinity an der Universität Glasgow wurde¹³². Er war bereits als Übersetzer von Martin Bubers »Ich und Du«

Schoeps untergekommen. Ob ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen besteht (so vermutet von Leary, Briefwechsel, S. 137), ist bisher nicht bekannt. Schoeps selbst führte seinen Ruf nach Erlangen in seinen Memoiren auf den dortigen Dekan der Philosophischen Fakultät Michael Kirsch zurück (vgl. Hans-Joachim Schoeps, Die letzten dreißig Jahre. Rückblicke, Stuttgart 1956, S. 149). Stauffer erwähnt er nicht.

128 Zit. bei Bizer, Weber (wie Anm. 18), S. 179 (undatiert).

129 Donum gratulatorium.

130 Stauffer, Ethelbert, Eine Bemerkung zum griechischen Danieltext, in: E[rnst] Bammel/C. K[ingsley] Barrett/W[illiam] D[avid] Davies (Hgg.), Donum Gentilicium. New Testament Studies in Honour of David Daube, Oxford 1978, S. 27–39.

131 Vgl. Evelyn Adunka, Die jüdische Beteiligung am jüdisch-christlichen Dialog in Österreich (1960 bis 1985), in: Dialog Du Siach Nr. 45, Dez. 2001, S. 15–37 (non vidi); download unter: <http://www.jcrelations.net/de/?id=839> (Stand: 16.05.2005).

132 Zu Smith allg. vgl. Long, Introduction, in: Eugene Thomas Long (Hg.), God, Secularization, and History. Essays in Memory of Ronald Gregor Smith, Columbia, South Carolina 1974, S. 3–8. – Zu seiner Zeit in Bonn vgl. Joachim Horn, Der Wiederaufbau

hervorgetreten¹³³. Unmittelbar bei Kriegsende war seine Übertragung von Barths Büchlein »Die Deutschen und wir« in London erschienen¹³⁴. Aus späterer Zeit verdanken wir ihm englische Übersetzungen u.a. von Karl Jaspers, Gerhard Ebeling, Sören Kierkegaard und wieder Martin Buber und Karl Barth. Auch Ethelbert Stauffers Buch »Christus und die Cäsaren« übertrug Smith später ins Englische¹³⁵. Barth nannte ihn »eine Seele wie Espenlaub, voll guten Willens<, > aber viel zu fein für diese Welt und für die deutsche Professoreska<, > mit der er es hier zu tun hat.«¹³⁶ Smith setzte sich für die Fakultät ein, indem er ihr u.a. im Juni 1947 ein Studierendenstipendium des New College der Universität Edinburgh vermittelte¹³⁷.

In diesem Zusammenhang ist eine undatierte Anekdote von Bedeutung, die Hermann Schlingensiepen in seinem Eintrag im Album Professorum festgehalten hat: »Unvergeßlich ist mir der Tag, an dem Gregory Smith, der damalige »education officer« unsrer Universität, der heute Theologieprofessor in Glasgow ist u. viel für das Bekanntwerden Rudolf Bultmanns in Großbritannien getan hat, den Kollegen Klausen¹³⁸ u. mich mit nach Düsseldorf nahm, wohin eine Delegation englischer Kirchenführer gekommen war, die mit uns beraten wollte, wie sie uns beim Wiederaufbau des kirchlichen Lebens in Deutschland unterstützen könne. Sie war geführt von dem Lordbischof von Chichester, diesem großen Friedensfreund,¹³⁹

der Universität Bonn 1945–1947. Wissenschaftliche Arbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, o.O. [Bonn], o.J. (Exemplar in UAB), S. 95; Corine Defrance, *Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949*, Paris 2000 (CNRS Histoire), S. 54; George (wie Anm. 122), S. 16.

133 Martin Buber, *I and Thou*, Edinburgh 1937.

134 Karl Barth, *The Germans and Ourselves*, o.O. [London] 1945.

135 Ethelbert Stauffer, *Christ and the Caesars. Historical Sketches*, London 1955.

136 Barth an seine Familie (26.05.1947); teilw. zit. bei Busch (wie Anm. 13), S. 351. Ähnlich bereits im Brief vom 09.05.1947 (KBA 9247.135/1). – Nach seinem Tod erschien eine Gedenkschrift, zu der u.a. auch Helmut Gollwitzer und Eberhard Bethge Aufsätze beisteuerten; vgl. Long (wie Anm. 133).

137 Brief Smiths an den Rektor vom 30.06.1947 (UAB UV 69, Nr. 34: Evang.-theol. Fakultät [Allgemeines] 1951–1945). – Dies entsprach der Empfehlung im Report britischer Kirchenführer von 1947 (s. dazu gleich im Text); vgl. *The Task of the Churches in Germany. Being a Report from a Delegation of British Churchmen after a visit to the British Zone October 16th–30th, 1946, Presented to the Control Office for Germany and Austria*, London 1947, S. 16f, 22.

138 Gemeint ist Theodor Klausen (1894–1984), Professor für Alte Kirchengeschichte (kath.), Christliche Archäologie und Liturgiegeschichte, damals Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät; zu ihm vgl. Achim Budde, Art. Klausen, Theodor, in: *BBKL*, Bd. XVII (2000), Sp. 791–805.

139 Gemeint ist George Kennedy Allen Bell (1883–1958). – Zu seinem Verhältnis zu den deutschen Kirchen vgl. Ronald C. D. Jasper, , George Bell. Bishop of Chichester, London etc. 1967, bes. S. 288–314; Edwin Robertson, *Unshakeable Friend. George Bell and the German Churches*, London 1995; Andrew Chandler (Hg.), *Brethren in*

umfaßte aber Vertreter aller Denominationen, u.a. auch den römischen Bischof von Nottingham, der mit goldnem Kreuz auf seiner lila bekleideten Brust u. einem kurzen Pfeifchen unter uns saß¹⁴⁰. Für mich war dieser Tag einer der glücklichsten meines Lebens, weil es gelang, unsre engl. Gäste davon zu überzeugen, daß das Verbot des Studiums ehemaliger aktiver Offiziere zum mindesten für die theol. Fakultäten untragbar sei, da die Entscheidung darüber, wer Theologie studieren dürfe u. solle, ja im letzten Grunde eine geistliche sei, die frei bleiben müsse. Wir würden uns unglaublich machen, wenn wir der Besatzungsmacht widerspruchslos eine Kompetenz einräumen würden, die wir dem Hitlerregime als weltlicher Obrigkeit unnachgiebig abgestritten hätten unter dem Hinweis darauf, daß es für uns an diesem Punkte in der Bekennenden Kirche um den ›status confessionis‹ gehe. Nach ihrer Rückkehr schickten uns unsre Gäste ihren Bericht an die englische Regierung, in dem sie darum baten, die Entscheidung über die Immatrikulation an den Universitäten der britischen Besatzungszone den Fakultäten zu überlassen, nun aber allen Fakultäten, was dann geschah.«¹⁴¹ Die von Schlingensiepen nicht datierte Begegnung fand am 18. Oktober 1946 statt, als sich Bischof Bell gemeinsam mit einer ökumenischen Delegation britischer Kirchenmänner auf einer Erkundungsreise durch Deutschland befand, die zu einem umfangreichen Bericht führte¹⁴².

Schon kurz nach seiner Ankunft nahm Barth an der ersten regulären Fakultätsitzung am 10. Mai 1946 teil, bei der er außer den bereits Genannten den mittlerweile emeritierten Kohlmeier vorfand, neben Stauffer das einzige Überbleibsel

Adversity. Bishop George Bell, the Church of England and the Crisis of German Protestantism 1933–1939, Woodbridge/Rochester 1997 (Church of England Record Society 4).

140 Edward Ellis (1899–1979); vgl. <http://www.catholic-hierarchy.org/bishop/bellise.html> (Stand: 21.05.2005).

141 DAB Album Professorum, Bd. II, S. 46f.

142 The Task 1947 (wie Anm. 138). Vgl. Jasper (wie Anm. 140), S. 302f, sowie Brief von Rektor Konen an die Dekane der Theologischen Fakultäten Klauser und Noth vom 14.10.1946; UAB UV 69, Nr. 34: Evang.-theol. Fakultät (Allgemeines) 1951–1945. – Zum Hintergrund auch Besier (wie Anm. 11), S. 41–53 u.ö. – Zur Situation an den Universitäten vgl. Task 1947, S. 13d: »As in this country, the war has resulted in a great shortage of young ordinands as well as of young teachers. In the British Zone and Berlin the destruction of university buildings, equipment and libraries has greatly handicapped all the faculties, including the theological faculties, and reduced the number of admissions to meagre proportions. The number has been further reduced by the slow process of denazification, and in the Russian Zone by the low limit set to the number of theological students. The delegation were told by professors that the quality of the men seeking ordination was good. In this connection the delegation wish to forward the strong pleas from rectors and professors for the restoration of communications with British universities both through exchange of visits of staff and students and by the sending of periodicals and books.«

der gleichgeschalteten Fakultät, der ein Semester lang den vakanten Lehrstuhl für Kirchengeschichte vertrat¹⁴³. Es war Barths 60. Geburtstag, und als Zeichen der Anerkennung »begrüßte ihn der Dekan mit einer Adresse, die als einzigen Schmuck das alte große Siegel mit seinem Hinweis auf Joh. 1,4 trug«¹⁴⁴. Damit war der harmonische Teil des Zusammentreffens aber auch bereits vorüber. Ein heftiger Disput entspann sich um ein Problem, das uns heute in mehr als einer Hinsicht bizarr anmuten mag. Der kommissarische Dekan Stauffer scheint nämlich der Auffassung gewesen zu sein, der Dekan habe – mangels eines neuen Universitätsgesetzes – bei der Führung der Fakultät rebus sic stantibus unverändert allein das Sagen; dies hätte aber bedeutet, dass das Führerprinzip noch in Kraft gestanden hätte, und wurde daher von den Kollegen auf das Entschiedenste abgelehnt. Barth schlug vor, das alte Korporationsrecht wenigstens fakultätsintern wieder in Kraft zu setzen, eine Lösung, die Stauffer schließlich annahm¹⁴⁵.

Barths 60. Geburtstag wurde ansonsten in denkbar bescheidenem Rahmen gefeiert. Am Vormittag, vor besagter Fakultätssitzung, empfing Barth einen Strom von Besuchern aus Stadt und Kirche, darunter die Fakultätskollegen¹⁴⁶. Dehn erinnerte sich: »Es gab einen bescheidenen selbstgebackenen Kuchen, wozu wir den von uns sehr bewunderten, aus der Schweiz mitgebrachten Nescafé tranken.«¹⁴⁷ Dehn selbst überreichte zehn Pfund Kartoffeln. Am Abend hatten Bleibtreu und seine Frau außer Barth und Charlotte von Kirschbaum Hans-Emil Weber mit Gattin und Ernst Wolf, der eigens zu diesem Ereignis unter widrigen Umständen aus Göttingen angereist war, zum Abendessen eingeladen. Barth berichtete in einem Brief an seine Familie von einer Platte von Kartoffeln und Salat und bemerkte, es sei »das mindestens ebenso sinnvoll und erfreulich« gewesen, »als es die schönste, mir nun eben entgangene Torte an der Pilgerstraße hätte sein können.«¹⁴⁸ Am nächsten Tag erschien der Schweizer Generalkonsul Franz-Rudolph von Weiss (1885–1960) aus Godesberg mit einem »Kistchen Moselwein«, »das nun hier langsam, ganz langsam ausgeschlürft werden wird«¹⁴⁹.

Barth hatte also sofort nach seiner Ankunft wieder Anschluss an die Bonner Gesellschaft gefunden, insofern diese noch existierte. Zweimal traf er bei besagtem Generalkonsul mit Konrad Adenauer zusammen, Gespräche, die unter keinem günstigen Stern standen, zumal Charlotte von Kirschbaum einmal Adenauer fast

143 Vgl. Barths Schilderung im Brief an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 68–71.

144 Goeters, Vorwort. Vgl. auch Anlage zum Brief Barths an seine Familie (17.05.1946, KAB 9246.171 bzw. 9246.174/1); Bizer (wie Anm. 8), S. 268.

145 Vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 268.

146 Vgl. Barth an seine Familie (17.05.1946; KBA 9246.174/1).

147 Dehn (wie Anm. 80), S. 349. Ebenso Barth an seine Familie (17.05.1946; KBA 9246.174/1).

148 Brief vom 17.05.1946 (KBA 9246.174/1). Vgl. auch Busch (wie Anm. 13), S. 349.

149 Barth an seine Familie (17.05.1946; KBA 9246.174/1).

ein Glas Rotwein über die Hosen gegossen hätte¹⁵⁰. Hinzu kamen die Kontakte zum Ehepaar Bleibtreu und zu den Fakultätskollegen mit Ausnahme Stauffers. Insbesondere lernte er Goeters neu schätzen. Er sah in ihm »das personifizierte Rheinland mit allem seinem Glanz und mit allen seinen Schwächen.«¹⁵¹ So verfasste Barth auf Bitten Otto Webers einen offenen Brief zu Goeters' 70. Geburtstag am 9. Januar 1948, der anschließend von 86 Theologen unterzeichnet wurde. Aus demselben Anlass widmete er ihm sein 1949 erschienenes Buch »Die christliche Lehre nach dem Heidelberger Katechismus«, das auf der Bonner Vorlesung vom Sommer 1947 basierte, von der noch zu sprechen sein wird¹⁵². In einem Kondolenzbrief an seine Frau schrieb er nach Goeters' Tod im Jahre 1953: »Er hat eine ganze Welt in sich dargestellt: das Rheinland, die alte reformierte Kirche, ein ganzes Heer von regulären und irregulären Geistern vergangener Zeiten mit allen ihren deutlichen und verworrenen Beziehungen untereinander, mit ihrer Weisheit und Wunderlichkeit ... Wie gern habe ich ihm immer zugehört, wenn er, was da Alles in ihm lebte, wie wenn es heute wäre, auszubreiten begann.«¹⁵³

150 Busch (wie Anm. 13), S. 346. – Zu den politischen Hintergründen vgl. ebenda sowie Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, 2. Aufl., München 1972, S. 66f u.ö. – Die Antipathie zwischen Barth und Adenauer war gegenseitig: Adenauer schrieb am 13. Juli 1946 an den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings: »Übrigens habe ich Herrn Professor Barth vor einiger Zeit getroffen und war von der Persönlichkeit wenig angetan« Hans-Peter Mensing (Bearbeiter), Adenauer – Briefe 1945–1947, Berlin 1983 (Adenauer – Rhöndorfer Ausgabe), S. 284. Vgl. ferner Rudolf Morsey, Adenauer und Kardinal Frings 1945–1949, in: Dieter Albrecht/Hans Günter Hockerts/Paul Mikat/Rudolf Morsey (Hgg.), Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 483–501; auch in: Rudolf Morsey, Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, hgg. von Ulrich von Hehl, Hans Günter Hockerts, Horst Möller und Martin Schumacher, Paderborn etc. 1997 (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft NF 80), S. 686–702 (danach zitiert), S. 692 mit Anm. 37. – Zu Weiss' Rolle als Vermittler und Adenauer-Freund vgl. Hanns Jürgen Küsters/Hans Peter Mensing, (Hgg.), Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945, München 1986 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 4); Markus Schmitz/Bernd Haunfelder, Humanität und Diplomatie. Die Schweiz in Köln 1940–1949, Münster 2001.

151 Barth an seine Familie (17.05.1946; KBA 9246.174/1); vgl. auch den Brief vom 02.06.1946 (KBA 9246.195).

152 Barth 1949; Widmung und Vorwort, S. 7f. Vgl. Diether Koch in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 136–139 mit dem Text des Geburtstagsbriefes.

153 Zit. bei Busch (wie Anm. 13), S. 349.

Hans Emil Weber wiederum stand ganz unter dem Eindruck Barths, dessen Gesellschaft er und seine Frau suchten¹⁵⁴. Ernst Wolf gegenüber bemerkte er am 12. Mai 1947: »Wenn man Barth »erlebt«, dann empfindet man immer wieder: in der deutschen Theologie ist viel guter Durchschnitt, aber sehr wenig Überraschendes«¹⁵⁵.

In Barths Herberge in der Schlossstraße riss der Besucherstrom in diesen Frühlingstagen nicht ab: Pfarrer, Vertreter der neu formierten Studentengemeinde¹⁵⁶ und Einzelpersonen gaben sich die Klinke in die Hand. In dem Oberkasseler Pfarrer und unerschrockenen Anhänger der Bekennenden Kirche, Edgar Boué (1898–1974), der gleichzeitig als neuer Superintendent des Kirchenkreises Bonn fungierte, fand Barth einen Vertrauensmann in der örtlichen Pfarrerschaft¹⁵⁷. Auch wurde er gebeten, in Bonn und Umgebung zu predigen und Vorträge zu halten, was er denn auch tat¹⁵⁸. Hier in Bonn entstand u.a. auch sein berühmter Vortrag »Christengemeinde und Bürgergemeinde«¹⁵⁹.

Im Sommersemester 1946, das am 14. Mai begann, las Barth dann vor etwa 120 Studierenden in Hörsaal XVI im ersten Stock des Westteils des Hauptgebäudes,¹⁶⁰ eine »Dogmatik im Grundriß«, die sich in ihrer Struktur am Apostolicum orientierte. Er hat den Beginn seiner Vorlesung in einem Brief an seine Familie folgendermaßen geschildert: »Eine etwas vorsichtige<,> aber freundliche Begrüßung, worauf ich wie einst die Losung verlas..., um alsbald und ohne besondere Eröffnungsrede auf das Wesen und den Zweck der Dogmatik zu reden zu kommen.«¹⁶¹ Die Vorlesung erschien im folgenden Jahr dann auch als Buch, basierend auf einer »leicht geglätteten und verbesserten stenographischen Nachschrift«¹⁶². Im Vorwort zu diesem Buch hat er die Zustände, unter denen er seine Lehrveranstaltung abhalten musste, anschaulich geschildert: Die »Vorlesungen wurden in den

154 Vgl. hierzu die Bemerkungen Barths in seinen Briefen an die Familie vom 07.05.1946 (KBA 9246.168) und vom 17.05.1946 (KBA 9246.174/1).

155 Zit. bei Bizer, Weber, (wie Anm. 18), S. 179.

156 Zum Hintergrund vgl. Ludwig (wie Anm. 71), S. 167–174.

157 Vgl. die Schilderung bei Barth an Frey (24.05.1946), in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 71f. Ferner Hinz-Wessels (wie Anm. 40), S. 464 mit Anm. 1. Zur Rolle Boués in der Bekennenden Kirche ebenda, Personenregister, s.v.

158 Vgl. Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 8f; ferner die Briefe Barths an seine Familie vom 02.06.1946 (KBA 9246.195) und am 20.06.1946 (KBA 9246.225/1).

159 Karl Barth, Christengemeinde und Bürgergemeinde, Zürich 1946 (ThSt[B] 20); 3. Aufl. (mit »Rechtfertigung und Recht«) ebenda 1998.

160 Barth an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 66f.

161 Barth an seine Familie (17.05.1946; KBA 9246.174/1), auch zit. bei Busch (wie Anm. 13), S. 349. Vgl. auch Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 7f.

162 Karl Barth, Dogmatik im Grundriß. Vorlesungen gehalten im Sommersemester 1946 an der Universität Bonn, Zollikon 1947 = ders., Dogmatik im Grundriß im Anschluß an das apostolische Glaubensbekenntnis. Vorlesung im Sommer 1946 an der Universität Bonn, Stuttgart 1947 (TARWPV III/2); vgl. Vorwort, S. 5.

Halbruinen des einst so stattlichen Kurfürstenschlosses in Bonn, in dem sich später die Universität niedergelassen hatte, gehalten: morgens um sieben Uhr, nachdem wir jeweils zu unserer Ermunterung einen Psalm oder ein Kirchenlied gesungen. Um acht Uhr begann sich im Hof der Wiederaufbau durch das Rasseln einer Maschine bemerkbar zu machen, mit der man Trümmer zerkleinerte. (Ich darf berichten, daß ich auf meinen neugierigen Wegen durch den Schutt auf eine unversehrte Schleiermacher-Büste stieß, die dann sichergestellt und irgendwo wieder zu Ehren gebracht wurde¹⁶³.) Die Zuhörerschaft bestand zur Hälfte aus Theologen, zur stärkeren Hälfte aus Studenten der übrigen Fakultäten. Die meisten Menschen im heutigen Deutschland haben je in ihrer Weise und an ihrem Ort fast über die Maßen viel mitgemacht und durchgemacht. Das war auch meinen Bonner Studenten anzumerken. So waren sie mir mit ihren ernsten Gesichtern, die das Lächeln erst wieder lernen mußten, nicht minder eindrucksvoll als ich ihnen als (von allerhand Gerüchten aus älterer Zeit umgebener) Fremder merkwürdig sein mußte. Die Situation wird mir unvergeßlich bleiben.¹⁶⁴

Gegenüber Arthur Frey beschrieb er die Situation wie folgt: »Man könnte hier unmöglich geradlinig nur akademischer Lehrer sein wollen (ich war das freilich wohl überhaupt nie und passe darum nicht übel in diese Position), sondern muß zu beträchtlichen anderen Teilen eine Art Missionar, Sonntagsschullehrer, Volksredner, Menschenfreund sein. Denn du liebe Zeit, meine Studenten sind zwar alle höchst interessiert und bewegt und schlürfen einem die Worte fast von den Lippen – es wäre ja schon schön, wenn die Schweizer auch ein bißchen begieriger wären, aber das ist nun eben nicht zu verlangen – dafür kann man sich die bildungsmäßigen Voraussetzungen, die sie aus ihren Gefangenenlagern und weiterher aus ihren Feldzügen in Rußland, in der Normandie usw. und noch weiterher aus ihren im N.S. zugebrachten Jugendjahren mitbringen, nicht primitiv genug vorstellen.«¹⁶⁵

Gleichwohl genoss Barth diese erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber seiner Person. Er schloss sein Vorwort mit der Bemerkung: »Wenn ich das Buch Jemandem widmen wollte, so würde ich es meinen Bonner Studenten und Zuhörern vom Sommer 1946 widmen, mit denen ich – das ist unzweideutig sicher – über dieser Vorlesung eine gute Zeit gehabt habe.«¹⁶⁶

Dieses Buch, dem Barth inhaltlich keinen großen Stellenwert in seinem Œuvre beimaß – im Vorwort bemerkte er, es enthalte »kaum viel materiell Neues« –, war für die Bonner gleichwohl von erheblicher Bedeutung, da es aufgrund der Zerstörungen kaum Lehrbücher gab¹⁶⁷. Barth stimmte im August 1946 einer kostenlosen

163 Die Schleiermacher-Büste ist noch heute im Besitz des Evangelisch-Theologischen Seminars.

164 Ebenda, S. 5; vgl. auch Busch (wie Anm. 13), S. 349f.

165 Barth an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 67

166 Barth, S. 6.

167 Vgl. zum Folgenden das Geleitwort von Goeters zur Sonderausgabe von Barth, Dogmatik im Grundriß, 1947.

Sonderausgabe für seine Hörer und die Mitglieder des Rheinischen Wissenschaftlichen Predigervereins zu, der damit seine Arbeit wieder aufzunehmen versuchte, die 1934 zum Erliegen gekommen war. Die schwedische Kirchenspende »Till Bröders Hjälp« versprach im September Papier, das dann aber offenbar nicht eintraf. Stattdessen erschien die Sonderausgabe in Höhe von 5000 Exemplaren im Mai 1947 bei W. Kohlhammer in Stuttgart, nachdem Barths deutscher Hausverlag Chr. Kaiser in München ebenfalls seine Zustimmung gegeben hatte. Bemerkenswert ist diese Sonderausgabe, weil sie eine lateinische Widmung enthält, die das Werk dem »Konvent Bonner Theologen« zueignet und auf den 10. Mai 1946, also Barths 60. Geburtstag, datiert ist.¹⁶⁸ Darunter steht ein offenbar von Barth selbst ausgewähltes Epigramm des niederländischen Humanisten und Dichters Jacob van Zevecote (Jacobus Zevecotius; 1596–1642):

›Hoc decet Heroes generoso sanguine claros
Cuncta pati potius, quam nova jura pati,
Perjuro toties quam deservire tyranno
Subdereque immani libera colla jugo.«

Es lässt sich vielleicht am besten folgendermaßen wiedergeben: »Dies ziemt sich den Helden, berühmt durchs edle Geblüt: alles lieber zu leiden als neuartiges Recht zu erdulden. Meineidig werde ich allemal lieber, als dem Tyrannen eifrig zu Diensten zu stehen und den freien Nacken unter das grausame Joch zu beugen.«

Es folgt schließlich ein kunstvolles lateinisches »Epiphonem«, in dem in elegischen Distichen der Neuanfang Bonns beschworen, Barths Geburtstag besungen und sein 50. Semester auf dem Katheder gefeiert wird¹⁶⁹. Es dürfte von Goeters stammen¹⁷⁰.

168 »Theologorum Bonnensium conventui auspicali die VI. ante Idus Maias
M.D.CCCCXLVI«.

169 Epiphonema

ostra dies sollemnis erit, Venerabilis Ordo!
Lurida cessit hiems, post tenebras nova lux.
Stat Verbum Domini ut gladius, monet ergo: age, surge,
Persiste! arbiter est, meta tui stadii.
›Verbum in principio est hominum lux, vita per ipsum‹
Prisca sigilla tenent, testificantur adhuc.

Splendida lux radiat coelo, bona causa triumphat;
Bonna, attolle oculos, undique aves revolat;
Saxo petit, Westphalus avet, Rhenanus anhelat
Contentitque Ubium Rauricus ad studium.

Lux natalis ave! Praeclare surgis amico,
Quippe operosus amat sic celebrare diem.
Jam quantum peragit lustrum divina docendo;

Neben der Vorlesung hielt Barth ein Seminar, in dem die Studierenden zunächst in kleinen Arbeitsgemeinschaften den Vorlesungsstoff unter sich diskutierten, bevor er im Plenum besprochen wurde. In einer Sozietät behandelte er darüber hinaus die Barmer Erklärung und an einem Abend auf Wunsch der Studierenden politische Fragen¹⁷¹.

Die Erfahrungen, die Barth in seinem ersten Bonner Semester nach dem Krieg machte, waren trotz der widrigen Umstände für ihn fast durchweg positiv. Er hat sie im August in einem »Gruß an die Bonner Studenten«, der am 18. Oktober 1946 in der Bonner Universitäts-Zeitung erschien, festgehalten¹⁷². Darin beschrieb er die Bonner Studierenden folgendermaßen: »Der Bonner Student von 1946 ist allerdings ein recht anderes Wesen als der von 1932 (um von dem noch älterer Zeiten gar nicht zu reden!). Aber ich kann im ganzen nicht finden, daß er sich zu seinen Ungunsten verändert hat. Er zeigt allerdings viele Merkmale einer etwas merkwürdig verbrachten Jugendzeit. Er bringt etwas weniger Wissensstoff und auch Ausdrucksfähigkeit mit, als es damals üblich war. Er denkt und redet in seinen positiven und negativen Urteilen leicht noch etwas propagandamäßig. Er wird an die Weltliteratur (nicht auch an die deutsche Literatur?) und an die Weltgeschichte, wie sie wirklich war, wohl erst wieder so recht herankommen und an ein richtiges akademisches Disputieren der Dinge sich erst wieder gewöhnen müssen. Und dann ist er ja auch so geplagt mit den Nahrungs- und Wohnungssorgen, unter denen heute ganz Deutschland zu seufzen hat, und darüber hinaus mit Büchersorgen und so manchen anderen rein materiellen und bürokratischen Sorgen, von denen der Student draußen – er weiß gar nicht, wie gut er es hat, ich werde ihm aber davon erzählen! – keine Ahnung hat. Die Frage, die man mir draußen mit größter Neugierde stellen wird: ob der deutsche Student von heute wohl heimlich noch immer ein »Nazi« sei?, habe ich nun allerdings grundsätzlich niemandem gestellt und so auch niemandem die andere, für die Menschen draußen ebenfalls sehr dringliche: ob und inwiefern der deutsche Student nun wohl im Begriffe stehe, ein guter Demokrat zu werden? Ich habe mir nämlich gedacht, das alles werde sich finden, wenn er sich erst wieder einmal auf ganz sachlichem Boden unvoreingenommen angedet, ernst genommen und zugleich ein wenig erheitert finden sollte. Darum habe ich mich in den vergangenen Monaten bemüht und habe

Jubilo, nunc iterans hic tibi, Bonna, redit.

Vernat ager, viret alma seges foecunda colenti;

Dum seritor, metitur. Mens pia, carpe diem.

170 Ein ähnliches »Epimetrum ad acta facultatis theol. ev. Bonnens. die X maio 1946« findet sich auch als Anlage zum Brief Barths an seine Familie (17.05.1946, KAB 9246.171 bzw. 9246.174/1).

171 Vgl. Busch (wie Anm. 13), S. 351. Ferner Barth an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 67f.

172 Abgedruckt bei Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 107–110.

gefunden, daß ich dabei ebenso schnell (oder fast noch schneller) mit ihm aufs rechte Geleise kam wie einst mit seinen Vorgängern. Ich entdeckte eine überraschend große Offenheit, Willigkeit und Bereitschaft, ein rasch wachsendes Verständnis für Gegenstand und Methode und zuletzt eine mich tief bewegende Dankbarkeit und wollte nichts lieber, als daß ich mit vielen der jungen Menschen, denen ich hier begegnet bin, nun gleich Semester um Semester weiterarbeiten könnte. Wer weiß, ob die lange Entbehrung der freieren Geistigkeit nicht auch ihr Gutes gehabt haben könnte, weil diese offenbar um so mehr geschätzt und gesucht werden kann?¹⁷³

Im Vorwort zur Druckausgabe der »Dogmatik im Grundriß« resümierte Barth im Februar 1947 im Rückblick auf das vergangene Sommersemester: »Es war zufällig mein fünfzigstes Dozentensemester. Und als es vorbei war, stand ich unter dem Eindruck, es sei für mich bis jetzt das schönste gewesen.«¹⁷⁴

Sätze wie diese sind um so bemerkenswerter, als die äußeren Umstände bei Barths erstem Aufenthalt alles andere als angenehm waren. Abgesehen von den Einsichten, die sich hierzu aus dem Aktenbestand der Archive ergeben, sind wir hierüber neuerdings durch eine lebendige Beschreibung des Neubeginns nach dem Krieg durch die damalige Studentin Johanna Hirschfelder, geb. Holzmann, unterrichtet¹⁷⁵. Der Lehrbetrieb hatte bereits im Verlauf des Wintersemesters 1945/46 mit 43 Studenten begonnen¹⁷⁶. Stauffer war der erste, der am 15. November seine Vorlesungstätigkeit wieder aufnahm; es folgten Schlier am 27. November sowie Schlingensiepen;¹⁷⁷ Noth begann unmittelbar nach seiner Ankunft im Januar 1946 mit einer Geschichte Israels und des Judentums und einem Anfängerkurs in Hebräisch¹⁷⁸. Noch keiner der Neuberufenen verfügte zu diesem Zeitpunkt über eine Ernennungsurkunde!¹⁷⁹ Über die Zustände berichtet uns Ernst Bizer in seiner Fakultätsgeschichte: »Die Vorlesungen fanden in einem großen Zimmer der Staufferschen Wohnung, Gneisenaustraße 21, statt. Die Professoren lasen der Kälte wegen in Mänteln. Noch brauchte man Lebensmittelkarten, noch herrschte Mangel an elektrischem Strom und an Heizung in der zerstörten Stadt, das Hauptgebäude der Universität lag noch in Trümmern, die meisten Institute waren noch nicht benützbar, die Zulassung durch einen Numerus clausus beschränkt und an die Ableistung einer praktischen Dienstzeit bei Bauarbeiten gebunden. In dem

173 Ebenda, S. 109.

174 Ebenda, S. 5; vgl. auch Busch (wie Anm. 13), S. 349f.

175 Hirschfelder (wie Anm. 67).

176 Brief Heinrich Schliers an Rudolf Bultmann (08.12.1945), bei Bendemann (wie Anm. 83), S. 55, Anm. 148. – Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1945/46, das nicht gedruckt wurde, bei George (wie Anm. 122), S. 81.

177 Vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 267.

178 Vgl. Smend (wie Anm. 84), S. 5.

179 Die Berufungsurkunden wurden erst im März 1946 ausgestellt; vgl. Bizer (wie Anm. 8), S. 267.

Haus Gneisenaustraße 21 befand sich auch die Bibliothek des evangelischen Stifts, in einem Zimmer, dessen Dach durch eine Fliegerbombe undicht geworden war. Die Seminarbibliothek war zum größten Teil erhalten geblieben, war aber noch nicht aufgestellt und darum nicht benützlich. Das Seminar fand eine vorläufige Unterkunft im Nordwestturm des Hauptgebäudes.«¹⁸⁰

Die unerträglichen Zustände führten zu vielfachen Klagen. Heinrich Schlier schrieb am 8. Dezember 1945 an Rudolf Bultmann: »Ich lese nun also in Bonn. Das Auditorium besteht aus 10 Männern, alle erste Semester bis auf einen, aber alle mit altem u. müdem Gesicht. Im Ganzen haben sich 43 ev. Theologen gemeldet, die fast ausnahmslos noch eine oder gar zwei Sprachen lernen. Die wenig eindeutige Haltung der bisherigen Fakultät in den letzten Jahren und die Ungewissheit, ob Bonn u. seine ev. theol. Fakultät überhaupt in diesem Semester beginnt, haben manchen Studenten abgeschreckt. In Wuppertal ist die Theol. Schule von fast 80 Theologen besucht. Leider sind auch die ganzen Umstände in Bonn bis jetzt nicht dazu angetan, für Universität u. Fakultät zu werben. Die Stadt ist noch Ende vorigen Jahres u. im März 45 sehr mitgenommen worden. Das Universitätsgebäude fast gänzlich zerstört, ebenso das Bibliotheksgebäude u. manche Institute. Der Bücherbestand ist grossenteils gerettet, aber noch nicht wieder hervorgeholt oder aufgestellt. Die Fakultäten lesen an verschiedenen Orten, z. T. in grossen Privathäusern u. fast alle in ungeheizten Räumen. Das Anziehende einer Universitas, die Gemeinsamkeit verschiedener Wissenschaften, kommt so leider kaum zur Geltung...«¹⁸¹

Im Sommersemester 1946 stieg die Zahl der Studierenden auf 100, die sich in Stauffers Wohnung in der Gneisenaustraße in das Dekanatsbuch einzutragen hatten.¹⁸² 30 Studenten, die mit Barth zum Sommersemester aus der Schweiz nach Bonn kommen wollten, erhielten keine Einreiseerlaubnis¹⁸³. Barth selbst las, wie gesehen, bereits wieder im Hauptgebäude. Ihm gelang es außerdem dank seiner guten Verbindungen zu alliierten Stellen, einen Konvoi mit Hilfsgütern aus der Schweiz zu organisieren, der Anfang Juni in Bonn eintraf, begleitet von Schweizer Militär, »die dann samthaft mit ins Kolleg kamen und dort natürlich nicht wenig Aufsehen erregten«¹⁸⁴. Darüber hinaus organisierte er Freixemplare seiner Kirchlichen Dogmatik und weitere Bücher¹⁸⁵. Doch auch die *very important person* Barth blieb von den Widrigkeiten des täglichen Lebens nicht verschont. Er beklagte sich in seinen Familienbriefen über den Nahrungsmangel und forderte die Lieben daheim auf, ihn nur ja ausreichend mit Lebensmitteln, Nescafé und – Tabak

180 Bizer (wie Anm. 8), S. 273.

181 Zit. bei Bendemann (wie Anm. 83), S. 55, Anm. 148.

182 DAB Fakultätsalbum.

183 Bizer (wie Anm. 8), S. 273. Busch spricht nur von sechs Studierenden; vgl. Busch (wie Anm. 13), S. 346. Ferner Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 6.

184 Barth an seine Familie (02.06.1946; KBA 9246.195); auch zit. bei Busch 1977, S. 351.

185 Vgl. auch Barth an Frey, 24.05.1946, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 74f.

zu versorgen. Sonntags ging Barth regelmäßig zum Gottesdienst in die Poppelsdorfer Lutherkirche und jammerte hinterher über die schlechten Predigten der Pfarrer Helmut Gützloff (1890–1966) und – vor allem – Friedrich Frick (1880–1952)¹⁸⁶. Den Bonner Geistlichen warf er vor, das Abhalten akademischer Gottesdienste mit allerlei Ausflüchten systematisch zu hintertreiben¹⁸⁷.

Ein großes Problem war die eisige Kälte im Winter 1946/47. Man heizte die Seminarräume im Turm und Hörsaal 18 von den Kohlevorräten der Fakultät mittels eines Pottofens, dessen Ofenrohr zum Fenster hinausragte¹⁸⁸. Schlier jammerte im Dezember in einem Brief an Bultmann über die niedrigen Temperaturen und die Lebensmittelknappheit: »Bis heute hat die Universität Bonn noch keine Kohlen für Institute u. Hörsäle [sic], u. Studenten u. Professoren frieren zu Hause. Die ev. theol. Fakultät hatte im vorigen Sommer sich freilich mit 100 Ztr Briketts vorgesorgt, u. verheißt nun diese geringe Summe für 2 Räume, in denen sie liest, u. für 7 Professoren, denen sie je 5 Ztr zubilligte. So haben wir bis jetzt notdürftig durchgehalten; aber reichen vielleicht noch einen Monat für die Allgemeinheit [sic], und etwa 10 Tage für den einzelnen Lehrer. Die Studenten aber können ausserhalb der Vorlesungen nirgendwo arbeiten u. legen sich meist ins Bett. Vom Hungern will ich Ihnen keine ebenso ausführliche Schilderung geben, da er [sic] ja wohl auch in Marburg trotz der angeblich oder wirklich ›reicheren‹ amerik. Zone sehr bekannt ist ...«¹⁸⁹

Hans Emil Weber klagte gegenüber Ernst Wolf über die Büchernot und die damit verbundenen Erniedrigungen: »Dies Bettelnüssen ist gräßlich. Man schüttelt sich. Aber der Mangel an Büchern ist auch sehr schwer zu tragen. Zur vita Christiana gehört auch unter Umständen das Bittenmüssen«. Und wieder: »Es ist schmerzlich, nach solcher Hilfe ausschauen zu müssen, aber ohne solche Hilfe ist es ja bei so radikaler Ausplünderung schier unmöglich, noch den nötigsten Apparat zu bekommen. Entschuldigen Sie die Seufzer!«¹⁹⁰

Dieses Problem stellte sich deshalb in verschärfter Form, da die Vorlesungsskripte und Bibliotheken fast aller Professoren dem Krieg zum Opfer gefallen waren und die Lehrveranstaltungen neu erarbeitet werden mussten¹⁹¹. Dehn gelang

186 Vgl. Briefe vom 07.05.1946 (KBA 9246.168); 02.06.1946 (KBA 9246.195); 07.07.1946 (KBA 9246.252/1). – Zu den Personen vgl. Hinz-Wessels (wie Anm. 40), bes. S. 61–63 (Frick und Gützloff); Ludwig (wie Anm. 71), S. 167–173 (Frick).

187 Vgl. den Brief Barths an seine Familie vom 17.05.1946 (KBA 9246.174/1); ferner auch den Brief vom 26.05.1947 (KBA 9247.173/1).

188 Bizer (wie Anm. 8), S. 273; Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 16.

189 Schlier an Bultmann (17.12.1946) bei Bendemann 1995, S. 55, Anm. 148; vgl. auch Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 16.

190 Zit. bei Bizer, Weber, 1968, S. 180 (undatiert).

191 Vgl. für Dehn dens. (wie Anm. 80), S. 350; für Goeters Diether Koch, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 138, Anm. 4; für Schlier Bendemann (wie Anm. 83), S. 55, Anm. 148; für Noth Smend (wie Anm. 84), S. 5.

es immerhin, sich die wichtigsten Bücher in Tübingen und an der Bonner Universitätsbibliothek zu leihen, so dass er arbeiten konnte¹⁹². Der tatkräftige Noth schaffte es sogar, im Winter 1946/47, »als in der winzigen Wohnung nur die Küche halbwegs warm war«, »dort den größten Teil der ›Überlieferungsgeschichte des Pentateuch‹ an dem Tisch zu Papier [zu bringen], unter dem gleichzeitig die beiden jüngeren Kinder Kasperletheater spielten.«¹⁹³

Ähnlich schwierig waren auch die Wohnverhältnisse der anderen Kollegen in der völlig zerstörten Stadt. Als Dehn im Frühjahr 1946 in Bonn ankam, hatte Dekan Stauffer veranlasst, dass er als »Zwangsmieter« in einer unzerstörten Wohnung unterkommen konnte. Dehn berichtet darüber in seinen Memoiren: »Hier begrüßte mich der empörte Hausvater mit den Worten: ›Ich werde Ihnen das Leben zur Hölle machen‹, was er in der Tat gut verstand. [...] Zufällig gelang es mir, bald ein anderes Zimmer zu bekommen, wo ich es immerhin etwas besser gehabt habe. Als ich zu Beginn des Wintersemesters wieder ohne Bleibe war und mich vergebens nach einem Unterkommen umsah, nahm mich der bekannte Geologe Hans Cloos¹⁹⁴ für mehrere Wochen auf. Er war ein großzügiger Mensch, voller Güte, und seine Frau stand ihm in keiner Weise nach. Als meine Frau Anfang Dezember aus Ravensburg nach Bonn kam, erhielten wir durch Vermittlung von Cloos Unterkunft im geologischen Institut, ausreichend auch für unseren Sohn. Ein Zimmer konnte sogar geheizt werden. Wir blieben dort bis zum März 1947, um nun die eigne Wohnung beziehen zu können.«¹⁹⁵ Professor Cloos half auch Barth, wo er konnte, und versuchte, ihm den Aufenthalt in der zerstörten Stadt so angenehm wie möglich zu machen¹⁹⁶. Auch Goeters hatte es beschwerlich: Er wohnte bis 1950 in Wickrathberg bei Rheydt und musste für seine Vorlesungen immer eigens nach Bonn reisen¹⁹⁷. Webers wohnten mit ihrem Pflegesohn in einer »Bude, die statt Fenstern mehrheitlich Bretter hat«¹⁹⁸. Frau Weber litt unter den Bonner Verhältnissen so sehr, dass Weber seufzte: »Wäre ich doch nie wieder hierher gekommen!«¹⁹⁹

Auf den eiskalten Winter 1946/47 folgte ein glühend heißer Sommer. Es gelang der Fakultät, den geretteten Teil der Seminarbibliothek mit studentischer Hilfe aus einem Tiefkeller am Stockentor wieder ans Tageslicht zu bringen und der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen. Trotzdem litten die Studierenden unter der Buchknappheit ebenso wie unter dem Nahrungs- und Kleidungsmangel.

192 Dehn (wie Anm. 80), S. 350.

193 Smend (wie Anm. 84), S. 5.

194 Hans Cloos (1885–1951); vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 47.

195 Dehn (wie Anm. 80), S. 350f.

196 Vgl. die Briefe Barths an seine Familie vom 17.05.1946 (KBA 9247.174/1), 02.06.1946 (KBA 9246.195) und 20.06.1946 (KBA 9246.225/1).

197 Vgl. Diether Koch, in: Barth, Offene Briefe (wie Anm. 74), S. 138, Anm. 4.

198 Barth an seine Familie am 17.05.1947 (KBA 9246.174/1).

199 Brief an Wolf vom 08.03.1947 bei Bizer (wie Anm. 18), S. 179.

Zu seinem zweiten Bonner Gastsemester gelangte Barth erneut auf einem Rheinschiff, diesmal auf der »Diavolezza«. Er und Charlotte von Kirschbaum logierten nun im Geologischen Institut in der Nuß-Allee 2, vermutlich in den Zimmern, die Dehn kurz zuvor geräumt hatte. Von seinem Schreibtisch aus blickte er hier »direkt auf eine gewaltige Ceder vom Libanon«²⁰⁰. Er hielt nun eine vierstündige Privatvorlesung über »Die christliche Lehre nach dem Heidelberger Katechismus«, die – wiederum in Bearbeitung eines Stenogramms – später auch gedruckt wurde²⁰¹, und eine weitere einstündige öffentliche Vorlesung über den »Christlichen Begriff der Offenbarung«²⁰². Hinzu kam ein zweistündiges Seminar über Kirche und Staat. Ort der Veranstaltungen war das Chemische Institut in der Meckenheimer Allee 98, das Barth nur nach Verhandlungen in rheinischer Manier mit der Institutsverwalterin, bei der »Schweizerpakete« eine nicht unbeträchtliche Rolle spielten, offen stand²⁰³. Hier sprach er jeden Morgen um 7 Uhr in der Frühe, »umgeben von allerlei auffallend geformten Gläsern und Apparaten, wie eine kuriose Neuauflage des Dr. Faust«²⁰⁴.

Die Situation hatte sich gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Zahl der Zuhörer hatte sich erheblich vermehrt, da die britische Militärregierung auswärtige Studierende großzügiger einreisen ließ. Allerdings notierte Barth »in der geistigen Haltung der Studenten eine inzwischen eingetretene Veränderung, ja eine gewisse Widerspenstigkeit bei aller Aufmerksamkeit, in der sie mir folgten«. Es habe ihn »eine gewisse Mühe« gekostet, diese zu überwinden, sei dann aber zum Ende des Semesters gelungen²⁰⁵. Johanna Hirschfelder berichtet von zunehmenden Polarisierungen unter den Studierenden in Barthianer und Nichtbarthianer, auf die Barth zu Beginn einer Vorlesung mit der Bemerkung reagierte: »Hier in Bonn soll es eine Reihe so genannter ›Barthianer‹ geben, ich möchte eins klarstellen, ich bin keiner!«²⁰⁶ Im Seminar soll es zu regelrechten Ausfällen Barths gegenüber Studierenden gekommen sein²⁰⁷.

200 Barth an seine Familie (09.05.1947; KBA 9247.135/1); auch zit. bei Busch (wie Anm. 13), S. 357.

201 Karl Barth, Die christliche Lehre nach dem Heidelberger Katechismus. Vorlesung gehalten an der Universität Bonn im Sommersemester 1947, Zollikon 1948; München 1949 (danach zitiert).

202 Vgl. Busch (wie Anm. 13), S. 357.

203 Barth an seine Familie am 09.05.1947 (KBA 9247.135/1); dazu Busch (wie Anm. 13), S. 357.

204 Barth 1949, Vorwort, S. 7.

205 Zitate nach Busch (wie Anm. 13), S. 357.

206 Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 10.

207 Vgl. dazu auch Hirschfelder (wie Anm. 67), S. 10f.

Rektor und Fakultät haben sich in der Folgezeit vergebens bemüht, Barth auch für das Sommersemester 1948 zu bekommen²⁰⁸. Ja, ihm wurde das Angebot gemacht, das Rektorat der Bonner Universität zu übernehmen. Barth hat abgelehnt, da er seinen letzten Aufenthalt »als einen Mißerfolg in Erinnerung« hatte. An Wilhelm Niesel schrieb er einige Zeit später: »Ich habe meine Sache wohl nicht gut gemacht, das rechte Wort nicht gefunden.«²⁰⁹ Überdies missfielen ihm die immer stärker sichtbar werdenden restaurativen Tendenzen beim Wiederaufbau der deutschen Landeskirchen. All dies zusammengenommen führte dazu, dass Barth einige Jahre lang deutschen Boden nicht mehr betrat²¹⁰.

Gleichwohl ist die Geschichte des großen Schweizer Theologen mit der Universität Bonn nach dem Krieg eine Geschichte der Versöhnung, die dadurch erleichtert wurde, dass sich die Fakultät von allen belasteten und belastenden Kollegen getrennt und einen vollständigen Neuanfang mit Theologen gewagt hatte, die sich in der nationalsozialistischen Zeit nichts hatten zuschulden kommen lassen. Als der Senat der Universität im März 1966 Barth die Würde eines Ehrensenators antrug, die höchste Auszeichnung, welche die Universität zu vergeben hat, antwortete dieser am 7. März 1966 an Dekan Konrad: »Es ist selbstverständlich, dass ich diese hohe Auszeichnung annehme: in der Bescheidenheit, die sich mir in meinem Alter im Rückblick auf alles, was ich versucht, getan und unterlassen habe, mehr und mehr von selbst aufdrängt, aber auch in der aufrichtigen Freude, dass ich gerade in Bonn, mit dem mich die schönsten und interessantesten Erinnerungen meines Lebens verbinden, nicht vergessen bin und nun gerade von dorthier einer so ausserordentlichen Würde teilhaftig werden soll.«²¹¹

208 Vgl. Brief des Rektors an die Regens der Universität Basel, 25.08.1947 (UAB PA Karl Barth); Brief des Bonner Dekans an den Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Basel, 19.08.1947 (DAB PN Karl Barth).

209 Barth an Niesel, 08.08.1950; zit. nach Busch (wie Anm. 13), S. 363f.

210 Vgl. Busch (wie Anm. 13), S. 364.

211 DAB PNA Barth.

Anhang¹

[maschinenschr.]

A b s c h r i f t !²

Prof. Dr. Karl Barth
gust 1947

Bonn, Nuss-Allee 2, 14. Au-

Herrn Prof. Dr. Becker³
Bonn

[handschr. am linken Rand]

z.d.A.

Dehn

[maschinenschr.]

Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie haben mich gebeten, mich zu der Frage der Wiedereinstellung der Professoren Schmidt-Japing und Ruttenbeck zu äussern.

Meine Entscheidung müßte und würde, hätte ich mitzureden, in diesen beiden Fällen unbedingt negativ ausfallen.

Ich schicke meiner Begründung voraus, daß in dieser Frage nach meiner Einsicht Universitätsprofessoren einer strengeren Beurteilung zu unterwerfen sind als andere Beamte und unter den Universitätsprofessoren die Theologen noch einmal einer strengeren Beurteilung als die Angehörigen der andern Fakultäten. Theologieprofessoren hätten 1933 unter allen Umständen wissen sollen, was sie zu tun und zu lassen hatten.

1 DAB PNA Walter Ruttenbeck.

2 Der Verbleib des Originals ist unbekannt.

3 Gemeint ist wohl der Astronom Friedrich Becker (1900–1985), der maßgeblich an der Entnazifizierung des Bonner Lehrkörpers beteiligt war. Schon seit den Frühjahr 1945 war er Mitglied der Nachrichtenkommission unter Friedrich Behn, seit 1946 dann Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses an der Bonner Universität; vgl. Wenig (wie Anm. 17), S. 15. Freundliche Auskunft von Christian George M.A., Universitätsarchiv Bonn.

Die Herren Schmidt-Japing und Ruttenbeck haben sich damals nicht so verhalten, daß man es heute verantworten dürfte, sie aufs Neue zu Lehrern der theologischen Jugend zu machen.

Prof. Schmidt-Japing war nach meinem fest eingepprägten Erinnerungsbild geradezu der Typus des allzu wendigen deutschen Intellektuellen der damaligen Übergangszeit. Und das besonders Fatale des Falles Schmidt-Japing liegt darin, daß er sich damals – scheinbar oder wirklich – in kurzer Zeit gleich zweimal gewandelt hat. Politisch von dem nationalistischen Frontkämpfertum der Jahre nach 1918 und wissenschaftlich von der entsprechend theologisch aufgemachten Geschichtsphilosophie herkommend, fand er sich inmitten der durch den Zuzug von Prof. Hoelscher, Prof. K.L. Schmidt, Prof. Wolf, mir selbst u.A. veränderten und erneuerten Fakultät Bonn um 1931/32 zunächst zu einer Mauserung nach links veranlasst, die so weit ging, daß er, wie ich mich bestimmt erinnere, um die Wende von 1932/33 sogar seinen Beitritt zur SPD in nahe Aussicht stellen zu sollen glaubte. Wie er sich denn auch wissenschaftlich einem aus der damaligen jüngeren Fakultät gebildeten Kränzchen⁴ angeschlossen hatte. Als dann die »Machtergreifung« kam, verschwand Schmidt-Japing schleunigst aus diesem kompromittierenden Kreise. Dafür sah man ihn schon nach wenigen Wochen im S.A.-Kostüm theologische »Lager« leiten. Und ich erinnere mich noch sehr wohl, wie er in einer Promotionsprüfung den zur bekennenden Kirche gehörigen Kandidaten mit der damals heiklen Frage nach der sittlichen Berechtigung der »Euthanasie« aufs Glatteis zu locken versuchte. Ich bin überzeugt, daß er heute – vielleicht auch schon lange, ich würde mich nicht wundern, wenn er allerlei Zeugnisse dafür aufzubringen wüßte – auch wieder anders kann. Aber der Gedanke, daß dieser Mann jetzt in Bonn wieder sollte systematische Theologie lesen dürfen, erscheint mir als eindeutig absurd. Er würde die Konfusion, in der sich die meisten heutigen Studenten begreiflicherweise befinden, nur vermehren, die vorhandenen Ansätze zum Besseren nur stören können.

Der Fall von Prof. Ruttenbeck liegt einfacher, aber ebenso klar. Ich habe ihn nie für besonders intelligent gehalten. Er lief irgendwo in der Mitte des Stromes der Theologie und der Politik der Vor-Hitlerzeit und ist dann wahrscheinlich, als die Stunde schlug, wie im Schlaf Pg geworden und in die übrigen NS-Organisationen geraten, denen er<, > wie ich von Ihnen vernahm, angehört hat.

4 Zu diesem »Kränzchen« vgl. den Brief Karl Ludwig Schmidts an Erich Seeberg, 23.10.1932: »Am Samstag abend ist regelmäßig bei Barth, der nicht gerne seinen Bau verläßt, ein zwangloser Austausch bei Bier, Pfeife und Zigarren. Teilnehmer sind: Wolf, Schmidt-Japing, Lieb, Fuchs und ich. Ich bin verhältnismäßig selten da. Gestern aber hatten Barth, Lieb, Fuchs und ich eine Debatte von gut drei Stunden über das Wunder im allgemeinen und über die Jungfrauengeburt im besonderen. Ich nenne das nur als exemplum« (zit. bei Mühling (wie Anm. 16), S. 87, Anm. 319). Vgl. auch ebenda, S. 87f und Hermann Dembowski, Die Evangelisch-Theologische Fakultät zu Bonn in den Jahren 1930 bis 1935, in: MEKGR 39 (1990), S. 335–361, hier S. 347f.

Einem Briefträger oder einem Straßenbahnschaffner würde ich solche Besinnungslosigkeit nachträglich zu Gute halten. An einem Theologieprofessor halte ich sie für unverzeihlich. Auch diese Figur gehört m.E. entschieden nicht mehr in den Lehrkörper der ev. Theol. Fakultät Bonn und vor die einer sichern und zuverlässigen Führung bedürftigen heutige Studentengeneration.

Mit den besten Grüßen und Empfehlungen

Ihr

gez. Karl Barth

Erwin Gatz

Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit

Die Katholisch-Theologische Fakultät der im Jahr 1818 gegründeten Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn war für die wissenschaftliche Ausbildung des rheinischen Klerus nach den in Preußen geltenden Normen bestimmt¹. Daher standen dem Erzbischof von Köln als zuständigem Ordinarius bei der Berufung der Professoren und bei der Aufstellung der Lehrpläne bestimmte Rechte zu, soweit es um kirchliche Lehre und Disziplin ging². Für die Unterbringung und damit für die Ermöglichung des Studiums einer begrenzten Zahl von Priesteramtskandidaten bestand seit 1827 in einem Flügel des Universitätsgebäudes ein halbstaatliches Konvikt, auf das der Erzbischof ebenfalls begrenzten Einfluss hatte³. Im Laufe des 19. Jahrhunderts gelang es den Erzbischöfen mit der Zurückdrängung der staatlichen Kirchenhoheit einen immer stärkeren Einfluss auf die Priesterausbildung zu gewinnen. Das geschah seit der Beilegung des Kulturkampfes vor allem durch die vollständige Erfassung aller Priesteramts-Kandidaten im 1887 eingerichteten Erzbischöflichen Theologen-Konvikt Collegium Albertinum, neben das 1903 angesichts der großen Zahl von Studierenden das Erzbischöfliche Colle-

Mein Dank gilt Herrn Ltd. Dekanatsangestellten Norbert M. Borengässer für zahlreiche Hinweise. Öfters zitiert: AKThFB = Archiv der Katholisch-Theologischen Fakultät Bonn. BBKL = Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon I (Hamm 1975) ff.

- 1 Zusammenfassend: Eduard Hegel, in: Erwin Gatz (Hg.), *Priesterausbildungsstätten der deutschsprachigen Länder zwischen Aufklärung und Zweitem Vatikanischem Konzil*, Freiburg u.a. 1994, S. 108–112. Eine neuere Gesamtdarstellung zur Geschichte der Universität fehlt. Eine Skizze bietet: Max Braubach, *Kleine Geschichte der Universität Bonn 1818–1968*, Bonn 1968. Zahlreiche bibliographische Hinweise bei: Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 553–578. Zu den Seminaren der Katholisch-Theologischen Fakultät: *Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität*, Bd. 2: *Institute und Seminare 1818–1933*, Bonn 1933, S. 10–30.
- 2 Dazu: Heinz Mussinghoff, *Theologische Fakultäten im Spannungsfeld von Staat und Kirche. Entstehung und Auslegung der Hochschulbestimmungen des Konkordats mit Preußen von 1929, dargelegt unter Berücksichtigung des Preußischen Statutenrechts und der Bestimmungen des Reichskonkordats*, Mainz 1979, S. 31–40.
- 3 Wilfried Evertz (Hg.), *Im Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche. 100 Jahre Priesterausbildung im Collegium Albertinum, Siegburg 1992*. Der Band bietet wiederabgedruckte Beiträge zur Geschichte der Bonner Konvikte seit 1827.

gium Leoninum trat⁴. Im Anschluss an das Universitätsstudium erhielten die Priesteramtskandidaten im Erzbischöflichen Priesterseminar zu Köln ihre abschließende Ausbildung bis zur Weihe⁵. Der Gegensatz zwischen der zeitweise von theologischen Auseinandersetzungen erschütterten Bonner Fakultät (1835 päpstliche Verurteilung der Schriften des Dogmatikers Georg Hermes [+ 1831], nach dem Ersten Vatikanischen Konzil Verbleib von drei Ordinarien beim Altkatholizismus) und dem Erzbischöflichen Priesterseminar führten zeitweise zu schweren Spannungen. 1907 musste z.B. Erzbischof Antonius Kardinal Fischer, als er seinen Theologen unter Überschreitung seiner rechtlichen Befugnisse den Besuch der Lehrveranstaltungen des konfliktfreudigen Kirchenhistorikers Heinrich Schrörs untersagte, zurückstecken⁶.

Im Sommersemester 1933 zählte der Lehrkörper der Fakultät zwölf Ordinarien, drei ao. nichtbeamtete Professoren und vier Privatdozenten. Elf, darunter acht Ordinarien, waren Mitglied der Zentrumsparterie, allerdings nur drei, nämlich der Moralthologe Fritz Tillmann⁷, der Fundamentalthologe Arnold Rademacher⁸ und der Pastoraltheologe Albert Lauscher⁹ öffentlich hervorgetreten. Tillmann und Rademacher waren 1919/21 bzw. 1928/29 Rektor der Universität und Lauscher seit 1919 Mitglied des Preußischen Landtages und zeitweise des Reichstages gewesen. Unter den Mitgliedern der Fakultät ragten als Gelehrte neben Tillmann und

4 Dazu zusammenfassend: Gatz (wie Anm. 1), S. 113–116.

5 Dazu: Norbert Trippen (Hg.), *Das Kölner Priesterseminar im 19. und 20. Jahrhundert*, Siegburg 1988.

6 Norbert Trippen, *Fakultät und Erzbischof. Der Konflikt um den Bonner Kirchenhistoriker Heinrich Schrörs im Jahre 1907*, in: Wilfried Evertz (wie Anm. 3), S. 171–203.

7 Fritz Tillmann (1874–1953), 1898 Priesterweihe Köln, Studentenseelsorger, 1905 Dr. theol., 1908 Habilitation für Neutestamentliche Exegese Bonn, 1913–1940 o. Prof. für Moralthologie in Bonn, 1924 Gründer des Bonner Studentenhauses; Werner Schöllgen, Fritz Tillmann, in: *Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Katholische Theologie (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968)*, Bonn 1968, S. 94–104; Gabriele Lautenschläger, Tillmann, in: *BBKL* 12 (1997), S. 123–125.

8 Arnold Rademacher (1873–1939), 1898 Priesterweihe Köln, 1912 ao. Prof., 1917 pers. Ordinarius, 1919–1939 o. Prof. für Philosophische Einleitung in die Theologie und Apologetik Bonn; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei. Julien Ries, Arnold Rademacher, in: *Bonner Gelehrte* (wie Anm. 7), S. 78–93.

9 Albert Lauscher (1872–1945), 1897 Priesterweihe Köln, 1902 Dr. theol. Münster, 1917–1934 o. Prof. der Pastoraltheologie Bonn; 1919–1933 Mitglied des Deutschen Reichstages und des Preußischen Landtages, 1931 Nichtresidierender Domkapitular Köln; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei. Otto Wenig (Hg.), *Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968* (Bonn 1968), S. 173; Thomas Becker, in: Winfried Becker u.a., *Lexikon der Christlichen Demokratie*, Paderborn u.a. 2002, S. 309.

Rademacher der Kirchenhistoriker Franz Josef Dölger¹⁰ und der Dogmatiker Bernhard Geyer¹¹ hervor.

Der Fakultät gehörten ferner als ordentliche Professoren an: Franz Feldmann¹², Heinrich Vogels¹³, Wilhelm Neuß¹⁴, Wilhelm Schwer¹⁵, Peter Junglas¹⁶ und Franz Joseph Peters¹⁷, ferner als nichtbeamtete außerordentliche Professoren Heinrich

-
- 10 Franz Joseph Dölger (1879–1940), 1902 Priesterweihe Würzburg, 1904 Dr. theol., 1906 Habilitation Würzburg, 1911 ao., 1918 o. Prof. Münster, 1926 o. Prof. Breslau, 1929–1940 o. Prof. für Kirchengeschichte, Christliche Archäologie, Patrologie, allgemeine Religionsgeschichte und vergleichende Religionswissenschaft Bonn; Theodor Klauser, Franz Josef Dölger (1879–1940). Sein Leben und sein Forschungsprogramm »Antike und Christentum«, Münster 1980.
 - 11 Bernhard Geyer (1880–1974), 1904 Priesterweihe Köln, 1908 Dr. theol. Münster, 1914 Habilitation Bonn, 1921 o. Prof. Breslau, 1927–1949 o. Prof. für Dogmatik, Dogmengeschichte und Patrologie Bonn; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei; Wenig (wie Anm. 9), S. 88; Wolfgang Kluxen, Bernhard Geyer, in: LThK³ 4 (1995), S. 635.
 - 12 Franz X. Feldmann (1866–1944), 1891 Priesterweihe Paderborn, 1896 Dr. theol. Freiburg i. Br., 1901 Prof. Paderborn, 1902 ao. Prof., 1908–1934 o. Prof. für Alttestamentliche Theologie und Exegese Bonn; Wenig (wie Anm. 9), S. 72. BBKL 2 (1990), S. 7.
 - 13 Heinrich Vogels (1880–1972), 1902 Priesterweihe Köln, 1906 Dr. theol. Münster, 1911 Habilitation München, 1917 o. Prof. Straßburg, 1919 Gastprof., 1921–1946 o. Prof. für Neutestamentliche Exegese Bonn; Klaus-Gunther Wesseling, Vogels, in: BBKL 12 (1997), S. 1563–1566.
 - 14 Wilhelm Neuß (1880–1965), 1903 Priesterweihe Köln, 1911 Dr. theol. Bonn, 1913 Habilitation Bonn, 1917 ao. Professor, 1920 pers. Ordinarius, 1929–1949 o. Professor für Christliche Archäologie und Kunstwissenschaft, Kölnische und Allgemeine Kirchengeschichte Bonn, 1936 Nichtresidierender Domkapitular Köln; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei. Eduard Hegel, Neuß, in: LThK³ 7 (1998), S. 786 f.; Norbert M. Borengässer, Die Vertretung der Kirchengeschichte in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn 1929 bis 1962 bzw. 1965, in: Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein 203 (2000), S. 155–181, hier S. 164–169. Eine eingehende Biographie fehlt.
 - 15 Wilhelm Joseph Schwer (1876–1949), 1900 Priesterweihe Köln, 1904 Dr. theol. Münster, 1904 Generalsekretär des Verbandes katholischer Gesellenvereine Köln, seit WS 1916 sozialwissenschaftliche Vorlesungen am Priesterseminar Köln, 1919 Lehrauftrag Bonn als Vertreter von Prof. Anton Lauscher, 1921–1941 pers. Ordinarius für Christliche Gesellschaftslehre, Caritaswissenschaft und soziale Pastoral Bonn; Wenig (wie Anm. 9), S. 288; Hermann Joseph Hecker, Chronik der Regenten, Dozenten und Ökonomen im Priesterseminar des Erzbistums Köln 1615–1950, Düsseldorf 1952, S. 248 f.
 - 16 Peter Junglas (1876–1937), 1900 Priesterweihe Trier, 1907 Dr. theol. Breslau, 1922–1937 o. Prof. für Dogmatik Bonn; Wenig (wie Anm. 9), S. 137.
 - 17 Franz Joseph Peters (1875–1957), 1897 Priesterweihe Köln, 1913–1924 Prof. Priesterseminar Köln, 1918 Dr. theol. Freiburg i. Br., 1924–1941 o. Prof. für Katechetik, Liturgik, Pastoraltheologie Bonn; Hecker (wie Anm. 15), S. 241 f.

Herkenne¹⁸, Friedrich Andres¹⁹ und Josef Greven²⁰ und als Privatdozenten Theodor Klauser²¹, Gottlieb Söhngen²², Werner Schöllgen²³ und Adolf Kalsbach²⁴. Das Durchschnittsalter der Ordinarien lag bei 57,5 Jahren.

Von den im Sommersemester 1933 neunzehn Mitgliedern der Fakultät gehörten dreizehn dem Kölner, je einer dem Augsburger (Albert Michael Koeniger²⁵), dem Paderborner (Franz Feldmann), dem Würzburger (Dölger) und zwei dem Trierer

-
- 18 Heinrich Herkenne (1871–1948), 1897 Priesterweihe Köln, 1897 Dr. theol. Münster, 1903 Habilitation Bonn, 1916 Tit. Prof., 1921 ao. Prof. für Alttestamentliche Exegese Bonn, 1927 Stiftskanoniker Aachen, 1930 Residierender Domkapitular Aachen, 1935 Verzicht auf die *Venia legendi*; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei; Wenig (wie Anm. 9), S. 115.
 - 19 Friedrich Andres (1882–1947), 1906 Priesterweihe Trier, 1913 Dr. theol. Breslau, 1920 Habilitation Bonn, 1922 ao. Prof. für Allgemeine Religionswissenschaft, Religionsgeschichte und Religionspsychologie Bonn; Martin Persch, in: *BBKL* 15 (1997), S. 21 f.
 - 20 Josef Greven (1883–1934), 1907 Priesterweihe Köln, 1911 Dr. theol., 1922 Habilitation, 1928 ao. Prof. für Kirchengeschichte Bonn; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei; Wenig (wie Anm. 9), S. 96.
 - 21 Theodor Klauser (1894–1984), Priesterweihe in Paderborn für Gerleve OSB, 1925 Dr. theol. Münster, 1931 Habilitation Bonn, 1940–1945 Vertreter des Lehrstuhls für Alte Kirchengeschichte, 1945–1962 o. Prof. für Alte Kirchengeschichte und Christliche Archäologie Bonn, 1948/50 Rektor der Universität Bonn; Achim Budde, Klauser, in: *BBKL* 17 (2000), S. 791–805.
 - 22 Gottlieb Söhngen (1892–1971), 1914 Dr. phil. München, 1917 Priesterweihe Köln, 1924 Geschäftsführer der Albertus-Magnus-Akademie Köln, 1929 Dr. theol. Tübingen, 1931 Habilitation für Philosophische Propädeutik und Fundamentaltheologie Bonn, 1937 o. Prof. Braunsberg, 1945 Gastprof. Bonn, 1947–1958 o. Prof. für Fundamentaltheologie München; Wolfgang Klausnitzer, Gottlieb Söhngen, in: *BBKL* 21 (2003), S. 1446–1454; Josef Graf, Gottlieb Söhngen, in: Sebastian Cüppers (Hg.), *Kölner Theologen. Von Rupert von Deutz bis Wilhelm Nyssen*, Köln 2004, S. 454–475.
 - 23 Werner Schöllgen (1893–1983), 1921 Priesterweihe Köln, 1926 Dr. phil. Freiburg, 1930 Dr. theol., 1932 Habilitation, 1939–1945 Vertreter des Lehrstuhls für Moralthologie, 1945–1961 o. Prof. der Moralthologie Bonn; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei; Gerhard Mertens, Schöllgen, in: *LThK*³ 9 (2000), S. 204.
 - 24 Adolf Kalsbach (1888–1974), 1911 Priesterweihe Köln, 1922 Dr. theol. Freiburg i.Br., 1932 Habilitation, 1946 HonProf. für Kirchengeschichte Bonn; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei.
 - 25 Albert Michael Koeniger (1874–1950), 1899 Priesterweihe Augsburg, 1904 Dr. theol., 1907 Habilitation München, 1911 ao. Prof. Bamberg, 1918 o. Prof. Braunsberg, 1919 Extraordinarius, 1923–1939 o. Prof. für Kirchenrecht und kirchliche Rechtsgeschichte Bonn; Heinrich Flatten, Koeniger, in: *Bonner Gelehrte* (wie Anm. 7), S. 105–113; Höpfner (wie Anm. 1), S. 190–194; Vgl. auch Ludger Müller, *Kirchenrecht in Bonn*, in: *ZRGkan* 71 (1985), S. 215–283. Dort S. 274–283 über Koeniger als Gelehrter und Hochschullehrer in Bonn. Über sein gespanntes Verhältnis zur Fakultät ist dort nichts gesagt.

(Friedrich Andres, Peter Junglas) Diözesanklerus an²⁶. Außerdem waren weitere acht Kölner Diözesanpriester als Professoren an anderen Universitäten bzw. Hochschulen tätig²⁷. Der Kölner Diözesanklerus war also im akademischen Bereich gut vertreten. Ordensgeistliche und Laien gab es 1933 im Bonner Lehrkörper nicht.

Das Promotionsrecht besaß die Fakultät erst seit 1905. Daher hatten die älteren aus dem Erzbistum stammenden Professoren ihr theologisches Doktorat außerhalb von Bonn, vor allem in Münster und Freiburg i. Br. erworben. Die von 1924 bis 1931 von Schwer und Tillmann im Auftrag der Fakultät herausgegebene »Bonner Zeitschrift für Theologie und Seelsorge« war aus Mangel an Abonnenten eingegangen.

Die Zahl der im Sommersemester 1933 für katholische Theologie eingeschriebenen Studenten belief sich auf 506 und damit auf 8,4 Prozent aller an der Universität immatrikulierten Studenten. Bei den Theologen handelte es sich überwiegend um Priesteramtskandidaten des Erzbistums Köln und des Bistums Aachen. Aber auch andere Gruppen waren vertreten. So unterhielt die Abtei Maria Laach von 1909 bis 1941 in Bonn ein Studienhaus für ihre Mitglieder²⁸. Es gab in Bonn ferner stets eine Reihe von Ordenspriestern zum Promotionsstudium, die später an ihren Ordenshochschulen lehren sollten. Nachdem es um die Mitte der 20er Jahre eine »Krise« bei den Neuanmeldungen gegeben hatte – im Wintersemester 1924/25 waren nur 326 Theologen eingeschrieben –, kam es nach 1930 zu einem regelrechten Ansturm auf den Priesterberuf, und zwar nicht nur in Köln, sondern in allen rheinisch-westfälischen und einigen anderen deutschen Diözesen. Das lag an der Motivierung der noch fest in der katholischen Lebenswelt beheimateten Gymnasiasten durch die katholischen Jugendverbände, die viele junge Menschen banden²⁹.

Das Fakultätsalbum, in das sich damals alle Neuimmatrikulierten eintragen mussten, gibt über die Gesamtzahl der Studienanfänger hinaus auch Auskunft über deren regionale, soziale und schulische Herkunft³⁰. Von den 2148 Immatrikulierten, die sich von 1930 bis 1940 eintrugen, kamen 1347 (62,7 %) aus dem Erzbistum Köln, 423 (19,7 %) aus dem Bistum Aachen und 262 (12,2 %) aus den Bistümern Münster, Paderborn und Trier. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit 1931 ein Teil der Aachener Priesteramtskandidaten in Frankfurt-St. Georgen studierte.

26 Directorium und Personalschematismus für die Erzdiözese Köln 1933, Düsseldorf 1933.

27 Hans Barion (Braunsberg), Karl Eschweiler (Braunsberg), Franz Gescher (Breslau), Josef Koch (Breslau), Josef Löhr (Tübingen), Theodor Müncker (Breslau), Karl Theodor Schäfer (Regensburg), Theodor Steinbüchel (Gießen).

28 Vgl. Marcel Albert, Die Benediktinerabtei Maria Laach und der Nationalsozialismus, Paderborn u.a. 2004, S. 216 f.

29 Vgl. dazu: Erwin Gatz, Zum rheinischen Priesternachwuchs vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil, in: Evertz (wie Anm. 3), S. 301–338.

30 Fakultätsalbum, AKThFB.

Von den Kölnern kamen 56 % aus Städten und 44 % aus ländlichen Gemeinden, aus dem ländlicher strukturierten Bistum Aachen dagegen nur 38,3 % aus Städten. Im Einzelnen kamen aus den Städten Köln 333, aus Essen 202, aus Düsseldorf 166, aus Aachen 78, aus Bonn 65 und aus Krefeld und Mönchengladbach je 42 Studienanfänger.

Das einzige für die soziale Herkunft verwendbare Kriterium ist der Beruf des Vaters der Neuimmatrikulierten, wobei dieser für eine umfassende soziale Einordnung natürlich nicht ausreicht. Den Beruf des Vaters mussten alle neu Immatrikulierten beim Eintrag in das Fakultätsalbum nennen. Die entsprechende Angabe stützt sich also auf die Erklärung des Studenten und nicht auf objektiv überprüfbare Fakten. Um eine ungefähre Vorstellung des sozialen Herkunftsprofils anzudeuten, seien wenigstens einige Berufsgruppen der Väter genannt. 104 waren Akademiker, 48 Unternehmer, 163 Landwirte, 258 Kaufleute, 147 Volksschullehrer, 383 Handwerker, 119 Fabrikarbeiter und 37 Bergleute. Die Studierenden waren also in der ganzen Breite der Gesellschaft verankert.

Die Zeit der NS-Diktatur verlief für die Bonner Fakultät einigermmaßen glimpflich³¹ und auch die beiden Theologenkonvikte erlitten keine direkten Zwangsmaßnahmen³². Allerdings ging die Zahl der Studierenden im Laufe des Krieges wie an den anderen Fakultäten drastisch zurück. Während 1939 erst 26 Kölner Theologen im Wehrdienst standen, waren es 1941 bereits 198 und nur noch 30 studierten damals tatsächlich in Bonn.

Für den Kurs der Fakultät waren vor allem die Dekane zuständig³³. Im Gegensatz zu allen anderen Bonner Fakultäten wählte die Katholisch-Theologische Fakultät im SS 1933 als Dekan keine Persönlichkeit, die dem Nationalsozialismus nahestand, da es eine solche in ihr nicht gab. Ihre Wahl fiel auf Schwer. Auch als im WS 1933/34 das Führerprinzip eingeführt wurde, wonach der Dekan zwar von der Fakultät vorgeschlagen, dann aber vom Rektor ernannt wurde, gelangte kein Nationalsozialist an ihre Spitze. Dort amtierten vielmehr 1934/35 Fritz Tillmann, 1935/36 Friedrich Nötscher³⁴ und 1936/40 Bernhard Geyer, also »reine Fachge-

31 Vgl. dazu: Höpfner (wie Anm. 1), S. 181–217. Der Autor hat für das Kapitel über die Katholisch-Theologische Fakultät das Fakultäts- und das Universitätsarchiv, ferner die einschlägigen Bestände der Bundesarchive Berlin und Koblenz und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin herangezogen. Ich selbst habe eingesehen: Archiv der Katholisch-Theologischen Fakultät Bonn, II/3: Protokolle der Fakultäts-sitzungen 1920–1953, III/2: Besetzung der Professuren 1920–1942, III/7: Habilitationen.

32 Zum Albertinum: Guido Falkenberg, in: Evertz (wie Anm. 3), S. 205–261.

33 Dazu Hans-Paul Höpfner (wie Anm. 1), S. 84–92.

34 Friedrich Nötscher (1890–1966), 1912 Priesterweihe Würzburg, 1915 Dr. theol. Würzburg, 1922 Dr. phil. Berlin, 1923 Habilitation Würzburg, 1927 ao. Prof. Würzburg, 1929 o. Prof. Wien, 1935–1958 o. Prof. für Altes Testament Bonn; Wenig (wie Anm. 9), S. 212 f.

lehrte ohne politische Ambitionen«³⁵, die von ihrer Führerkompetenz keinen Gebrauch machten. Das änderte sich erst nach der Berufung des der NSDAP angehörenden Kanonisten Hans Barion³⁶ im Jahre 1939. Barion amtierte 1940/45 als Dekan, nahm das Führerprinzip sehr ernst und verhandelte bei Neuberufungen auch, ohne die Fakultät zu informieren.

Diese blieb jedoch von größeren Zwangsmaßnahmen des NS-Regimes verschont und ihre Mitglieder versuchten sich auch nicht an katholischen Zugängen zum Nationalsozialismus. Das galt auch für Barion. Einige Mitglieder bzw. aus der Fakultät hervorgegangene Hochschullehrer setzten sich sogar früher als anderwärts offensiv mit der nationalsozialistischen Weltanschauung auseinander. Am 6. Juni 1945 schrieb der damalige Dekan Neuß an Erzbischof Joseph Frings, »dass es keine Fakultät in Deutschland [gebe], die so früh und so erfolgreich die nationalsozialistischen Weltanschauungssirrtümer bekämpft [habe], wie die Bonner theologische.«³⁷ Das betraf die Stellungnahme zur Veröffentlichung des »Mythus des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg, dem Hitler am 24. Januar 1934 die Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront und der gleichgeschalteten Verbände übertragen und den er damit zum Chefideologen seiner Partei bestellt hatte³⁸. Dominik Burkard schreibt über den »Mythus«: »Die entscheidende Stoßrichtung des Mythus [...] war eine ätzende Kritik an der Kirche, die, nach Rosenberg, als Erbin, Sammelbecken und ›Kloake‹ den ›Niederschlag des Völkermorastes‹ in sich aufgenommen und mit Hilfe von ›Zauberkulten und Judenbibel‹ über das Abendland hin verbreitet hatte.«³⁹ Burkard hat die Reaktionen aus dem deutschen Katholizismus, seitens einiger Bischöfe und nicht zuletzt von Seiten Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli auf den »Mythus« und schließlich dessen Indizierung am 9. Februar 1934 dargestellt. Zum etwa gleichen Zeitpunkt reagierte der Kölner Erzbischof Karl Josef Kardinal Schulte (1920–1941) mit der Errichtung einer Abwehr-

35 Höpfner (wie Anm. 1), S. 86.

36 Dazu die gründlich recherchierten Arbeiten von Marie-Therese Kleinwächter, *Das System des göttlichen Kirchenrechts. Der Beitrag des Kanonisten Hans Barion (1899–1973) zur Diskussion über Grundlegung und Grenzen des kanonischen Rechts*, Würzburg 1996, und Thomas Marschler, *Kirchenrecht im Bannkreis Carl Schmitts. Hans Barion vor und nach 1945*, Bonn 2004; Ders., Barion, in: *BBKL* 22 (2003), S. 53–56.

37 Zit. Borengässer (wie Anm. 14), S. 166 f.

38 Dazu: Bernhard Stasiewski, *Zur Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem »Mythos des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg*, in: Karl Delahaye/ Erwin Gatz/ Hans Jorissen (Hg.), *Bestellt zum Zeugnis. Festgabe für Bischof Dr. Johannes Pohl-schneider zur Vollendung des 75. Lebensjahres und zur Feier des 50jährigen Priesterjubiläums*, Aachen 1974, S. 379–400 und zuletzt: Dominik Burkard, *Häresie und Mythus des 20. Jahrhunderts. Rosenbergs nationalsozialistische Weltanschauung vor dem Tribunal der Römischen Inquisition*, Paderborn u.a. 2005.

39 Burkard (wie Anm. 37), S. 29.

stelle gegen die antichristliche Propaganda, die u.a. eine von Neuß angeregte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rosenberg unter dem Titel »Studien zum Mythos des XX. Jahrhunderts« erarbeitete. Ihre Beiträge stammten im wesentlichen von aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern der Bonner Fakultät, nämlich neben Neuß von Dr. Josef Steinberg⁴⁰, damals Repetent am Collegium Leoninum, dem ehemaligen Bonner Privatdozenten und nunmehrigen Professor für Neues Testament in Braunsberg Karl Theodor Schäfer⁴¹ und dem Bonner Privatdozenten für Moraltheologie Werner Schöllgen. Da Schulte der Veröffentlichung der Studien als Beilage zum Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln aus Ängstlichkeit zunächst die Zustimmung verweigerte, erfolgte diese ohne Nennung der Autoren als Beilage zum Amtsblatt der Diözese Münster und schließlich aller Bischöflichen Amtsblätter in Deutschland. Die Studien dokumentierten die wissenschaftliche Haltlosigkeit Rosenbergs und wurden in hohen Auflagen verbreitet. Es gelang Rosenberg und der Gestapo nicht, die Autoren zu enttarnen.

Am 9. Februar 1934 wurde Rosenbergs »Mythus« indiziert. Burkard hat in seiner erwähnten Studie die katholische Reaktion auf diese Veröffentlichung, den römischen Prozess und das Zustandekommen der Indizierung eingehend dargestellt. Die römische Stellungnahme hatte aber wohl kaum jene Breitenwirkung, die der Antimythus der Kölner erreichte.

Eine Außenseiterrolle in der Fakultät spielte der 1919 als persönlicher Ordinarius für Kirchenrecht und Kirchengeschichte nach Bonn berufene Albert Michael Koeniger, der seit 1929 in Spannungen zur Fakultät stand, weil diese seiner Meinung nach seinen Lehrveranstaltungen zu wenig Raum zugestand. Seit Februar 1933 nahm er an den Fakultätssitzungen nicht mehr teil und im November 1933 trat er als einziges Mitglied der Fakultät dem NS-Lehrerbund bei. Die Spannungen zur Fakultät wurden bis zu seiner Emeritierung 1938 nicht ausgeräumt. Dennoch folgte die Fakultät seinem Votum für die Bestellung seines Nachfolgers.

Wenn auch die Bonner Fakultät keinen frontalen Angriffen des NS-Regimes ausgesetzt war und von größeren Konflikten verschont blieb, so geriet sie doch im Laufe der Jahre unter zunehmenden Druck, wobei das Regime zunächst auf eine Reduzierung der Lehrstühle und letztlich auf eine Liquidierung der Fakultät hinarbeitete⁴². Der erste Schritt in dieser Richtung bestand in ihrer allmählichen Aus-

40 Joseph Steinberg (1904–1981), 1929 Priesterweihe Köln, 1932–1935 und 1937–1943 Repetent Collegium Leoninum Bonn, 1935 Dr. theol. Bonn, 1943 Studentenseelsorger Köln, 1945 Studentenseelsorger Bonn, 1957 Direktor der Thomas-Morus-Akademie Bensberg; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei.

41 Karl Theodor Schäfer (1900–1974), 1924 Priesterweihe Köln, 1928 Dr. theol., 1931 Habilitation Bonn, 1932 ao. Prof. Regensburg, 1937 o. Prof. Braunsberg, 1946–1965 o. Prof. für Neues Testament Bonn, 1948/50 und 1959/60 Dekan, 1956/57 Rektor der Universität; Nachruf im AKThFB; Udo Borse, Schäfer, in: LThK³ 9 (2000), S. 102.

42 Vgl. Höpfner (wie Anm. 1), S. 194–217. Die Fuldaer Bischofskonferenzen haben sich nach Ludwig Volk (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–

trocknung. So wurde Lauscher 1934 nach dem Ende seiner Mitgliedschaft im Reichstag und im Preußischen Landtag zwangsemeritiert, da sich die Doppelbesetzung des Faches Pastoraltheologie mit ihm und Peters erübrigt hatte. Im Jahre 1934 erfolgte die Besetzung des Lehrstuhls für Altes Testament mit Nötscher jedoch nach dem konventionellen Berufungsverfahren völlig problemlos. Der Kurator der Universität Hans Naumann hatte dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 2. August 1934 zu Nötscher und zu dem ebenfalls zur Diskussion stehenden Friedrich Stummer geschrieben, bei beiden handle es sich »nicht nur um ausgezeichnete Wissenschaftler, sondern auch um sehr charaktervolle Männer, die dem politischen Katholizismus immer sehr ablehnend gegenüber gestanden haben und unter Wahrung dieser ihrer Unabhängigkeit sehr viel zu leiden hatten.«⁴³ Auch die Habilitation von Anton Antweiler⁴⁴ für Systematische Theologie verlief 1935 ohne Schwierigkeiten, kam aber nicht in Bonn zum Abschluss. Der Erziehungsminister ermächtigte zwar den Kurator der Universität Bonn am 10. August 1935, die Habilitation auszusprechen, doch sollte die öffentliche Lehrprobe (Antrittsvorlesung) in Braunsberg erfolgen, wo Antweiler sich um einen Lehrstuhl beworben hatte, nachdem 1934 der dortige Dogmatiker Karl Eschweiler a divinis suspendiert worden war⁴⁵. Seit 1937 bekam die Fakultät jedoch die inzwischen schärfer gewordene Hochschulpolitik zu spüren. Diese zielte u.a. auf die Errichtung neuer, ideologisch geförderter Fachrichtungen durch die Umwidmung theologischer Lehrstühle. Bereits zwei Tage nach dem Tod des Dogmatikers Junglas am 17. Dezember 1937 wandte sich Koeniger vertraulich an den zuständigen Referenten im Reichserziehungsministerium und schlug die Einziehung des »überflüssigen« Lehrstuhles vor, da die Fakultät in Geyer ohnehin einen Dogmatiker habe. Am 18. Dezember 1937 schrieb Rektor Rudolf Keussen an den Minister, die Bestellung des zweiten Dogmatikers Geyer sei 1927 nur deshalb erfolgt, weil Junglas völlig versagt habe. Von 200 in Frage kommenden Studenten hätten nur zehn sein Kolleg besucht⁴⁶. Näheres dazu geht aus einem

1945, Bd. IV: 1936–1939 und Bd. V: 1940–1942, Mainz 1981, 1983, nur am Rande mit dieser Problematik befasst.

43 Bundesarchiv Berlin, REM R 4901/14652: Die Professoren der Kath-Theologischen Fakultät der Uni Bonn. Freundliche Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Dominik Burkard.

44 Anton Antweiler (1900–1981), 1924 Dr. phil. Bonn, 1925 Priesterweihe Köln, 1933 Dr. theol., 1935 Habilitation, 1950 ao Prof. Bonn, 1953 o. Prof. Eichstätt, 1954 o. Prof. für Religionswissenschaft Münster; Diözesanarchiv Köln, Personalkartei; Eduard Hegel, Geschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster 1773–1964, Bd. 2, Münster 1971, S. 3 f.

45 AKThFB III/7; Gerhard Reifferscheid, Das Bistum Ermland und das Dritte Reich, Köln u.a. 1975, erwähnt Antweiler nicht. Möglicherweise war die Berufung Antweilers nach Braunsberg nach der 1935 erfolgten Rekonziliation Eschweilers gegenstandslos geworden.

46 Beleg wie Anm. 42.

Schreiben des Leiters der Studentenschaft Prof. Dr. Karl Chudoba vom 9. Mai 1938 an den damaligen Rektor der Universität hervor. Darin heißt es⁴⁷: »Die Professur wurde bisher dazu benutzt, beiden Professoren für Dogmatik in Bonn (Junglas und Geyer) eine weitgehende Einschränkung ihrer Vorlesungstätigkeit zu ermöglichen; statt entsprechend den beiden Professuren jeweils zwei vollständige Vorlesungen anzusetzen, wurde nur eine Vorlesung in Dogmatik gehalten, in die sich die beiden Professoren teilten. Eine Wiederbesetzung käme daher nur dann in Frage, wenn diese Art des Vorlesungsbetriebes beseitigt würde. Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß die Professur nicht völlig eingezogen werden kann. Von kirchlicher Seite wird immer darauf hingewiesen, daß die systematische Theologie, die mindestens zwei Professuren für Dogmatik aufweisen müsse, mangelhaft vertreten sei. Damit wird versucht, die staatlichen katholisch-theologischen Fakultäten als wissenschaftlich unzulänglich hinzustellen. Wenn man daher die kirchenrechtliche Gleichberechtigung der deutschen und der römischen Theologischen Fakultäten erhalten will, muß dem normalen Ordinariat für Dogmatik eine zweite Professur für dieses Fach zur Seite gestellt werden. Es ist jedoch nicht notwendig, daß diese zweite Professur ein Ordinariat ist. Ein Extraordinariat genügt.« Diesem Kompromissvorschlag wurde jedoch nicht stattgegeben. Der Lehrstuhl ging vielmehr an die Philosophische Fakultät für das Fach Vor- und Frühgeschichte.

In grundsätzliche Schwierigkeiten geriet die Fakultät aber erst Ende 1938, nachdem das NS-Regime nach dem Anschluss Österreichs die Theologischen Fakultäten in Innsbruck und Salzburg aufgehoben hatte. Vor diesem Hintergrund spielten sich seitdem auch die Verhandlungen über die Besetzung vakant gewordener Bonner Lehrstühle ab. Dabei wurde die Entwicklung weniger von den Vorschlägen der Bonner Fakultät als von der Aufhebung der Münchener Theologischen Fakultät bestimmt, deren Mitglieder nun anderweitig untergebracht werden mussten⁴⁸.

Am 30. November 1938 verhandelte die Bonner Fakultät unter dem Vorsitz von Dekan Geyer und in Anwesenheit des Dozentenschaftsführers Chudoba über die Neubesetzung der Lehrstühle für Fundamentaltheologie und für Kirchenrecht nach der Emeritierung von Rademacher und Koeniger⁴⁹. Für Fundamentaltheologie schlug sie an erster Stelle *pari passu* die Professoren Gottlieb Söhngen (Braunsberg) und Josef Karl Koch (Breslau), beide Priester des Erzbistums Köln, an zweiter Stelle die Professoren Friedrich Andres (Bonn), Fritz Hofmann (München) und Hans Pfeil (Würzburg) vor. Ihr Wunschkandidat war Gottlieb Söhngen,

47 AKThFB III/2.

48 Darüber jetzt ausführlich: Manfred Weitlauff, Kardinal Faulhaber und der »Fall Barion«. Die Schließung der Münchener Theologischen Fakultät durch das NS-Regime 1939, in: *Münchener Theologische Zeitschrift* 54 (2003), S. 296–332.

49 Das Folgende nach AKThFB III/2.

der, wie Geyer am 3. Dezember an den Minister schrieb, 1931–1937 Mitglied der Bonner Fakultät gewesen sei und den erkrankten Rademacher »mit größtem Erfolg« vertreten habe. Koch sei »ein Gelehrter, der auch im Ausland ein großes Ansehen« genieße. Für die Nachfolge Koenigers stellte die Fakultät, auf ein minutiöses Votum Koenigers gestützt, folgende Liste auf: 1. Prof. Dr. Hans Barion (Braunsberg, München), Prof. Dr. Johannes Vincke (Freiburg i. Br.), 3. Dr. Theodor Gottlob (Studienrat im Erzbistum Köln) und Priv.Doz. Dr. Karl Hofmann (München)⁵⁰.

Barion war Priester des Erzbistums Köln, 1930 in Bonn als Schüler Koenigers für das Fach Kirchenrecht habilitiert, 1931 Dozent und 1933 Professor an der staatlichen Akademie in Braunsberg (Ostpreußen) geworden. Im gleichen Jahr war er wie die meisten seiner Braunsberger Kollegen der NSDAP beigetreten⁵¹. Er äußerte sich zwar publizistisch nicht im nationalsozialistischen Sinn, gutachtete aber in staatskirchenrechtlichen Fragen vertraulich zu Gunsten des Regimes. Wohl aus diesen Grund wurde er 1934 zusammen mit seinem Kollegen, dem Dogmatiker Karl Eschweiler, ohne vorherige Konsultation des Ortsbischofs Maximilian Kaller und ohne Bekanntgabe von Gründen durch die Konzilskongregation a divinis suspendiert, 1935 dann aber zusammen mit Eschweiler nach Abgabe einer Loyalitätserklärung wieder in sein Amt eingesetzt. Barion geriet in der Folge nicht mehr mit dem kirchlichen Lehramt in Konflikt. Seine persönliche Lebensführung war untadelig. Als der Reichserziehungsminister ihn dann aber 1938 gegen das Votum der dortigen Fakultät und des Rektors der Universität als Nachfolger Eduard Eichmanns nach München versetzte, protestierte Kardinal Michael von Faulhaber als Ortsbischof (1917–1952), von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli unterstützt, wegen der früheren Suspension Barions und untersagte seinen Theologen den Besuch von dessen Lehrveranstaltungen. Daraufhin erfolgte zum Ende des Wintersemesters 1938/39 am 16. Februar 1939 die Aufhebung der Münchener Fakultät und der Minister versetzte den dortigen Fundamentaltheologen Albert Lang⁵² als Nachfolger Rademachers nach Bonn. Eine Nachfrage bei Kardinal Schulte hatte ergeben, dass es von dessen Seite keine Bedenken gab⁵³. Folgenrei-

50 Karl Hofmann (1900–1954), 1924 Priesterweihe, 1929 Dr. theol., 1933 Habilitation München, 1939 Dozent für Kirchenrecht Bamberg, 1945 o. Prof. für Kirchenrecht Dillingen, 1946 Tübingen; Karl August Fink, Hofmann, in: ThQ 134 (1954) 129–133; Johannes Neumann, Hofmann, in: ThQ 150 (1970) 152–156.

51 Zum Ganzen: Reifferscheid (wie Anm. 43) und Hans Preuschhoff, Bischof Kaller, die Braunsberger Akademie und der Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde des Ermlandes 40 (1980), S. 105–133.

52 Albert Lang (1890–1973), 1919 Priesterweihe Regensburg, 1924 Dr. theol., 1928 Habilitation München, 1929 ao. Prof. Regensburg, 1935 o. Prof. München, 1939–1959 o. Prof. für Fundamentaltheologie, Theologische Erkenntnislehre und Scholastik Bonn; Abraham Peter Kustermann, Lang, in: LThK³ 6 (1997), S. 636 f.

53 Bundesarchiv Berlin (wie Anm. 42).

cher war jedoch die Versetzung von Barion nach Bonn, gegen den Kardinal Schulte im Gegensatz zu Kardinal Faulhaber ebenfalls keine Bedenken erhob und in einem Gespräch mit dem eben zum Papst gewählten Pius XII. auch die römischen Vorbehalte ausräumte. Lang und Barion begannen ihre Bonner Lehrtätigkeit mit dem Sommersemester 1939. Am 23. Juni 1939 nahmen sie erstmals an einer Fakultätssitzung teil. Barion war Gegner des politischen Katholizismus und plädierte wie der von ihm verehrte Staatsrechtler Carl Schmitt für eine strenge Scheidung zwischen Weltlichem und Geistlichem. Auch lehnte er den Pluralismus der Weimarer Republik ab und plädierte wie jener für einen »totalen«, straff geführten Staat. Vom Frühjahr 1940 bis zur kriegsbedingten Schließung der Universität im Herbst 1944 amtierte Barion in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen als Dekan. Mit den Erzbischöfen Schulte und Josef Frings (1942–1969) kam es nicht zu offenen Konflikten⁵⁴.

Barion hatte auf alle folgenden Berufungen maßgebenden Einfluss. Angesichts der staatlichen Pläne zur künftigen Schließung der Theologischen Fakultäten kam es jedoch bis zum Ende des Krieges nur noch in Ausnahmefällen zur definitiven Besetzung von Lehrstühlen, statt dessen meist zur Bestellung von Lehrstuhlvertretern. Der erste Fall betraf die Nachfolge des zum 1. April 1940 zu emeritierenden Moraltheologen Tillmann. Bereits am 14. Juli 1939 stellte die Fakultät noch unter dem Vorsitz von Dekan Geyer folgende Liste für die Nachfolge auf⁵⁵: Prof. Dr. Theodor Steinbüchel⁵⁶ (München), 2. Prof. Dr. Theodor Müncker⁵⁷ (Freiburg i. Br.), 3. Dozent Dr. Werner Schöllgen (Bonn). Alle Genannten waren Priester des Erzbistums Köln. Im Reichskirchenministerium sah man die Dinge jedoch anders. Bereits am 20. Juli 1939 schrieb nämlich Joseph Roth, Priester des Erzbistums München und Ministerialdirigent, an den Ministerialdezernenten für die Katho-

54 In der neuerdings vorgelegten monumental Biographie: Norbert Trippen, Josef Kardinal Frings (1887–1978). Bd. I: Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland, Paderborn u.a. 2003, ist von der Bonner Fakultät nur am Rande die Rede.

55 AKThFB III/2.

56 Theodor Steinbüchel (1888–1949), 1911 Dr. phil. Straßburg, 1913 Priesterweihe Köln, 1920 Dr. theol., 1922 Habilitation Bonn, 1924 Dozent Universität Frankfurt, 1926 ao. Prof. Gießen, 1935 o. Prof. für Moraltheologie München, 1941–1945 Vertreter des Lehrstuhls für Moraltheologie Tübingen, 1945–1949 o. Prof. für Moraltheologie Tübingen, 1946/48 Rektor der Universität Tübingen; Andreas Lienkamp, Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialethische Relecture, Paderborn u.a. 2000.

57 Theodor Müncker (1887–1960), 1911 Priesterweihe Köln, 1914–1922 Rendant Leoninum, 1922 Dr. theol., 1923 Habilitation Bonn, 1929 ao. Prof. Passau, 1932 o. Prof. Breslau, 1935 o. Prof. der Moraltheologie Freiburg i. Br.; Konrad Hilpert, Müncker, in: LThK³ 7 (1998), S. 527.

lisch-Theologischen Fakultäten im Erziehungsministerium Prof. Schwarz⁵⁸: »Mit unnötiger Eile wird in Bonn die Besetzung der noch nicht erledigten Professur mit Steinbüchel-München betrieben. Auf der bereits fertig gestellten und wohl auch schon eingereichten Liste stehen: Steinbüchel-München, Müncker-Freiburg, Schöllgen-Bonn. Eine Berufung Steinbüchels würde ich nicht begrüßen, auch wenn damit wieder ein feiernder Münchener untergebracht würde. Ich würde vielmehr die Versetzung Steinbüchels nach Tübingen begrüßen, um diese Fakultät mal aufzulockern, nachdem mit ihrer Aufhebung bzw. Transferierung nach Freiburg in nächster Zeit wohl noch nicht zu rechnen ist. Müncker-Freiburg verdient keinerlei Beförderung, die seine Berufung nach Bonn bedeuten würde. Ich möchte vielmehr vorschlagen, die Moralprofessur in Bonn zunächst mit einem Vertretungsauftrag für Schöllgen weiterzuführen. (Schöllgen ist antirömisch und deshalb nicht Liebkind bei der kirchlichen Behörde).« Diesem Vorschlag wurde stattgegeben. So wurde nach der Emeritierung Tillmanns 1940 Schöllgen wie Klauser nur Lehrstuhlvertreter und erst 1945 Ordinarius.

Während damit immerhin das Lehrangebot erhalten blieb, kam es 1941 nach der Emeritierung des Pastoraltheologen Peters, als die Fakultät am 11. September 1940 über die Neubesetzung diskutierte, zu Meinungsverschiedenheiten⁵⁹. Einigkeit bestand lediglich darüber, dass die Zahl der Pflichtstunden für die Studierenden mit insgesamt wöchentlich 20 sehr hoch sei. Der als Dekan fungierende Barion sprach sich im Gegensatz zur Fakultät sogar gegen eine Neubesetzung aus. Daher ging der Lehrstuhl der Fakultät verloren⁶⁰. Zusammen mit dem Reichserziehungsministerium veranlasste Barion nach der Emeritierung des Ordinarius für Christliche Gesellschaftslehre Schwer 1941 ferner die Abtretung des Lehrstuhls an die Philosophische Fakultät. Im Zusammenhang mit dem Tod des Kirchenhistorikers Dölger 1940 und der Regelung seiner Nachfolge war es schon vorher zu einer grundsätzlichen Debatte Barions mit den universitären und staatlichen Behörden über die Neuordnung der kirchengeschichtlichen Lehrstühle gekommen. Die staatliche Seite strebte dabei eine weitere Zurückdrängung der theologischen Disziplinen an⁶¹. Schon 1939 hatte der Minister den Verbleib der Christlichen Archäologie in der Theologischen Fakultät abgelehnt und ihre Umbenennung in Spätromische Archäologie sowie ihre Plazierung in der Philosophischen Fakultät vorgesehen,

58 Beleg wie Anm. 42.

59 AKThFB II/3; Zum Folgenden ferner: Norbert M. Borengässer, Zur Geschichte der Pastoraltheologie an der Bonner Katholisch-Theologischen Fakultät, in: Ulrich Feeser-Lichterfeld/Reinhard Feiter (Hg.), Dem Glauben Gestalt geben. Festschrift für Walter Fürst, Münster 2006, S. 347–365, hier 358–360.

60 Dazu Albert Gerhards, Zur Geschichte der Liturgiewissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät Bonn, in: Franz Kohlschein/Peter Wünsche (Hg.), Liturgiewissenschaft – Studien zur Wissenschaftsgeschichte, Münster 1996, S. 291–304, hier S. 300–302.

61 Zum Folgenden: Borengässer (wie Anm. 14), S. 164 f., 168.

während Dölger und Neuß deren theologischen Charakter verteidigt hatten⁶². Am 9. Mai 1941 verpflichtete das Ministerium jedenfalls die Theologischen Fakultäten, ihre Lehrveranstaltungen streng auf theologische Inhalte zu beschränken. Barions Position wurzelte in seinem von Rudolf Sohm beeinflussten Kirchenverständnis und der daraus folgenden Ablehnung alles Politisch-Katholischen, wie sich später auch in seinem insgesamt ablehnenden Urteil über das Zweite Vatikanische Konzil zeigen sollte⁶³.

Der wissenschaftliche Betrieb der Fakultät ging trotz der immer stärkeren kriegsbedingten Einschränkungen weiter. Vom SS 1933 bis zum WS 1944/45 erfolgten insgesamt 62 Promotionen⁶⁴. Als Erstgutachter lagen dabei Neuß mit 14, Geyer mit 11 und Rademacher mit 9 Doktoren weit an der Spitze. Obwohl die Bonner Innenstadt und mit ihr das Universitätshauptgebäude am 18. Oktober 1944 durch einen Bombenangriff weitgehend zerstört worden waren, erfolgten bis zum Kriegsende immerhin noch acht Promotionen, darunter als letzte am 14. Februar 1945 die des Barion-Schülers Heinrich Flatten. Viele der in Bonn Promovierten schlugen eine akademische Laufbahn an staatlichen, bischöflichen oder an Ordenshochschulen ein. Nach Kriegsausbruch hatte die Fakultät am 10. November 1939 entschieden, dass sie trotz der erschwerten Umstände keine qualitativen Abstriche bei den Dissertationen machen wolle⁶⁵. Für die Aushändigung des Doktordiploms war allerdings seitdem nicht mehr der Druck der Dissertation Voraussetzung.

Am 6. Februar 1945 fand die letzte Fakultätssitzung unter dem Vorsitz von Barion statt. Mit der Besetzung Bonns durch amerikanische Truppen am 9. März 1945 endete Barions Funktion und Neuß übernahm das Dekanat kommissarisch. Barion blieb dagegen die Rückkehr auf seinen Lehrstuhl versagt, obwohl er 1948 nach dreijährigem Entnazifizierungsverfahren als »entlastet« eingestuft wurde⁶⁶. In den bis 1957 andauernden gerichtlichen Auseinandersetzungen um seine Wiederanstellung unterlag er. 1961 wurde er formell emeritiert. Er lebte bis zu seinem Tod 1973 als Privatgelehrter und Publizist in Bonn. Sein Verhältnis zur Kirche blieb intakt⁶⁷.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen setzte eine dichte Folge von Fakultätsitzungen ein⁶⁸. Die erste fand am 18. April 1945 unter dem Vorsitz von Neuß in Anwesenheit von Schwer, Andres, Peters und Schöllgen statt. Barion und Vogels waren entschuldigt, die übrigen Mitglieder nicht ortsanwesend. Neuß teilte zu-

62 Ebd. S. 161–163.

63 Marschler (wie Anm. 35), S. 442–463.

64 Das Promotionsverzeichnis befindet sich ohne Signatur im AKThFB.

65 AKThFB II/3.

66 Marschler (wie Anm. 36), S. 311–313.

67 Vgl. Heinrich Flatten, Hans Barion †, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 142 (1973), S. 71–79.

68 AKThFB II/3: Fakultätsratsitzung 1943–1953.

nächst mit, dass der Geschäftsführende Rektor der Universität Prof. Dr. Theodor Brinkmann ihm »mit ausdrücklicher Zustimmung des bisherigen Dekans Barion« die Führung der Dekanatsgeschäfte übertragen habe. Schwer und Peters habe er eingeladen, weil sie Fachvertreter von Disziplinen seien, die der Fakultät nach deren Emeritierung 1941 genommen worden seien. Die Anwesenden billigten einstimmig die Übernahme des Dekanates durch Neuß. Dazu erklärte Schöllgen: »Als katholische Theologen hat für uns jene Auffassung des Amtseides, wie sie von der Moraltheologie vorgetragen wird, in ihrer typisch religiösen Begründung zu gelten. Wir dürfen uns in unserem Gewissen nicht fesseln lassen durch eine wesensfremde, formal-juristische Definition des Eides. Zudem liegt völlig klar, dass mit dem Augenblick, wo planmäßig die Hoheitsträger der Partei und des Staates zurückgerufen wurden, ein juristisches Vakuum entstanden ist, in dem sich nun eine neue Ordnung bilden muss.« Neuß teilte mit, dass vorläufig die Stadt Bonn als Träger der Universität fungiere. Im übrigen berichtete er über seine Kontaktaufnahme mit Erzbischof Joseph Frings, über die geplanten Kurse für Theologen sowie die Suche nach Studienanfängern durch Vermittlung der Dechanten. An der Wiederaufnahme der Arbeit sollten sich auch Schwer und Peters beteiligen.

Auf der Sitzung vom 7. Mai bestätigte die Fakultät noch einmal die mittlerweile von Vogels in Frage gestellte Legitimation der Übernahme des Dekanates durch Neuß. Dieser berichtete über seine Kontaktaufnahme mit dem Vertreter der Besatzungsmacht, die vorläufig noch keine Lehrveranstaltungen wünsche. Im übrigen vermerkt das Protokoll: »Alle Anwesenden sind sich darüber einig, dass die Fakultätsarbeit in vertrauensvoller enger Fühlung mit dem Herrn Erzbischof und der erzbischöflichen Behörde geschehen soll.« Sie hofften auf eine baldige Begegnung mit dem Erzbischof und auf die Rückgewinnung der 1941 eingezogenen Lehrstühle für Pastoraltheologie und der damit verwandten Fächer sowie für Christliche Sozialwissenschaft.

Die folgenden Sitzungen befassten sich mit der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, der Klärung des Status der vom NS-Regime emeritierten Professoren sowie der Vorbereitung des Lehrbetriebes. Am 16. Juli berichtete Neuß, der Erzbischof habe sich eindeutig für die Erhaltung der Fakultät ausgesprochen. Auch sollten die Lehrstühle für Pastoral und Christliche Gesellschaftslehre wiederhergestellt, die Bestellung von Dozenten dagegen vorerst zurückgestellt werden.

Am 2. Oktober 1945 sprach sich die Fakultät für die Neubesetzung des nun für »Alte Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Patrologie« umschriebenen Lehrstuhls mit Klauser aus, den dieser schon seit 1941 als Dozent vertreten hatte. Die Ernennung von Klauser und des Moraltheologen Schöllgen, der den Lehrstuhl ebenfalls schon seit 1941 vertreten hatte, zu Ordentlichen Professoren erfolgte zum 1. November 1945⁶⁹. Am 24. Oktober erteilte die Fakultät Nikolaus Monzel

69 Die Curricula vitae dieser und der später ernannten Professoren befinden sich im Album der Professoren, AKThFB.

(Fundamentaltheologie)⁷⁰, Adolf Kolping (Dogmatik)⁷¹ und Josef Klein (Kirchenrecht)⁷² anstandslos die *Venia legendi*. Für den bereits 1934 habilitierten Antweiler blieb diese dagegen nach langer Diskussion vor allem aus persönlichen Gründen zunächst noch offen. Als Neuß der Fakultät jedoch am 4. Januar 1946 mitteilte, er habe die Ernennung Antweilers zum Dozenten erwirkt, gab Lang seinen Protest »gegen das Geschäftsgebahren des Dekans« zu Protokoll. Im Verlauf der erbitterten Debatte bot Neuß wiederholt seinen Rücktritt an.

Trotz der großen Notlage, die nicht einmal den Druck eines Vorlesungsverzeichnisses erlaubte, wurde der Lehrbetrieb am 17. November wieder aufgenommen. Bis auf Barion, dessen Rückkehr in die Fakultät wegen seiner NS-Vergangenheit offen blieb, konnten alle Mitglieder ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Wegen der Zerstörung des Universitätshauptgebäudes fanden die Lehrveranstaltungen in den Theologenkonvikten statt⁷³. Im Wintersemester 1945/46 waren 197 Theologen eingeschrieben. Das waren 7,8 Prozent aller an der Universität eingeschriebenen Studierenden⁷⁴.

Die Fakultät begann aber auch schon wieder mit ihrem Ausbau und nahm am 25. März 1946 auf Vorschlag von Klauser die Umhabilitation des mit diesem vom gemeinsamen Studienaufenthalt in Rom befreundeten Hubert Jedin⁷⁵ von Breslau nach Bonn vor. Jedin hatte sich 1930 in Breslau für Kirchengeschichte habilitiert, 1933 aber die *Venia legendi* verloren, da seine Mutter Jüdin war. Er hatte seither

70 Nikolaus Monzel (1906–1960), 1932 Priesterweihe Köln, Pfarrseelsorger, 1938 Dr. theol., Dr. theol. habil. und 1945 *Venia legendi* für Fundamentaltheologie, seit 1946 Lehrstuhlvertreter für Christliche Gesellschaftslehre, 1948 Extraordinarius und 1949 pers. Ordinarius für Christliche Gesellschaftslehre und Allgemeine Religionssoziologie Bonn, 1955 München; Franz Groner, Monzel, in: Bonner Gelehrte (wie Anm. 7), S. 131–137; Thomas Hausmanning, Monzel, in: LThK³ 7 (1998), S. 449.

71 Adolf Kolping (1909–1997), 1936 Priesterweihe Köln, 1938 Dr. theol., 1942 Dr. theol. habil., 1945 Privatdozent Bonn, 1949 ao. Prof., 1960 o. Prof. für Fundamentaltheologie, theol. Propädeutik, Dogmengeschichte und Dogmatik in Münster, 1962–1978 Prof. für Fundamentaltheologie Freiburg i.Br.; Eduard Hegel, Geschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster 1773–1964, Bd. 2, Münster 1971, S. 42–44.

72 Peter Josef Klein (1896–1976), 1922 Priesterweihe Köln, Pfarrseelsorger, 1926–29 Studium und 1928 Dr. iur.can. Rom, 1929 Prof. für Kirchenrecht, Ritus, Rubrizistik, seit 1937 auch Moralthologie am Priesterseminar in Bensberg, 1940 Dr. theol., 1945 Dozent und 1945–49 Lehrstuhlvertreter für Kirchenrecht Bonn, 1949 Professor für Philosophie Göttingen; Hecker (wie Anm. 15), S. 269.

73 Wilfried Evertz, Das Konvikt zwischen Zweitem Weltkrieg und Zweitem Vatikanischen Konzil, in: ders. (wie Anm. 3), S. 263–289, hier 266 ff.

74 Gatz (wie Anm. 29), S. 327.

75 Hubert Jedin (1900–1980), 1924 Priesterweihe und 1925 Dr. theol. Breslau, Studienaufenthalt in Rom, 1930 Habilitation für Kirchengeschichte Breslau, 1933 Entzug der Lehrbefugnis, dann der *Venia legendi* durch das NS-Regime, seit 1939 erneuter Studienaufenthalt Rom; zuletzt: Borengässer (wie Anm. 14), S. 177–181.

viele Jahre in Rom gelebt und die Geschichte des Konzils von Trient erforscht. Nachdem die Umhabilitation die Zustimmung aller Instanzen gefunden hatte, schlug Klausner der Fakultät am 10. Mai 1946 vor, Jedin zum Honorarprofessor zu ernennen. Die Fakultät stimmte dem einstimmig zu. Im Sommersemester zählte die Fakultät wieder elf ordentliche, davon drei emeritierte, sowie einen außerordentlichen Professor und sechs Dozenten⁷⁶. 1946/47 war Klausner Dekan und 1948/50 Rektor der Universität.

Nachdem die Fakultät durch die Ernennung Klausners und Schöllgens zu Ordinarien und die Reaktivierung von Peters und Schwer ihre Verluste aus der Zeit der NS-Herrschaft ausgeglichen hatte, erfolgte 1946 nach der Emeritierung des Neutestamentlers Vogels erstmals wieder eine ordentliche Neubesetzung. Die Wahl der Fakultät fiel auf Karl Theodor Schäfer, der sich 1931 in Bonn für Neues Testament habilitiert hatte. Zum 21. Mai 1946 wurde er mit der Vertretung des Lehrstuhls betraut und zum 1. Oktober 1946 ord. Professor. Seitdem waren nur noch die Lehrstühle für Kirchenrecht und nach der endgültigen Emeritierung von Peters und Schwer die für Pastoraltheologie und Christliche Gesellschaftslehre (1946 Lehrstuhlvertretung durch Monzel) unbesetzt.

Die Lehrstuhlvertretung für Kirchenrecht nahm seit 1945 der im gleichen Jahr zum Dozenten ernannte Klein wahr. Ihm folgte 1950 Heinrich Flatten⁷⁷, Professor für Kirchenrecht am Kölner Priesterseminar. In der Fakultät war die Meinung über Barion geteilt. Insbesondere Nötscher war sein erbitterter Gegner, während Klausner und Schöllgen, die ihm ihre Bestellung zu Lehrstuhlvertretern 1941 verdankten, für seine Wiedereinsetzung plädierten, sich damit gegen die Mehrheit der Fakultät jedoch nicht durchsetzen konnten. Am 18. Dezember 1946 stellte die Fakultät folgende Liste für die Neubesetzung des Lehrstuhls auf: Prof. Dr. Karl Hofmann (Tübingen)⁷⁸, Prof. Dr. Josef Klein (Bensberg) und Vizeoffizial Dr. Peter Linden (Köln)⁷⁹. Am 21. Mai 1947 drängte sie in einem mit vier gegen drei Stimmen beschlossenen Schreiben beim Minister auf die Wiederbesetzung. Darin hieß es: »Die lange Nichtbesetzung hat zudem in der Öffentlichkeit den Verdacht erweckt, die Fakultät wolle die Stelle für den früheren Inhaber offenhalten. Die Fakultät legt Wert darauf festzustellen, dass sie eine Rückkehr des ehemaligen Inhabers der Professur nicht für möglich hält.«

76 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Sommer-Semester 1946.

77 Heinrich Flatten (1907–1987), 1929 Dr. phil. Bonn, 1934 Priesterweihe Köln, Religionslehrer, 1945 Dr. theol. Bonn, 1949 Prof. für Kirchenrecht Priesterseminar Bensberg, 1955 Tübingen, 1963 Bonn, 1964/65 Dekan; Hubert Müller, Flatten, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 156 (1987), S. 121–126.

78 Karl Hofmann († 1954)

79 Peter Linden (1895–1980), 1922 Priesterweihe Köln, 1937 Dr. theol. Bonn, 1940 Ehebandsverteidiger und 1946 Vizeoffizial Köln; Hans Waldenfels, P. Linden zum Gedenken, in: Archiv für katholisches Kirchenrecht 149 (1980), S. 122 f.

Am 27. Oktober 1948 erklärte sie in der gleichen Sache: »Die Fakultät muss an ihrer (wiederholt dem Ministerium bekanntgegebenen) Auffassung unbedingt festhalten, und erklärt, dass sie das zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit erforderliche Vertrauen zur Person Herrn Barions nicht hat, und seine erneute Zugehörigkeit zur Fakultät angesichts seiner in weiten Kreisen des In- und Auslandes bekannten Haltung als eine unerträgliche Belastung empfinden müsste.« Klausner und Schöllgen blieben dagegen bei ihrem abweichenden Standpunkt.

Nachdem Klein 1949 an die Universität Göttingen berufen worden war – er trat später zur evangelischen Kirche über – und der Lehrstuhlvertretung durch Flatten, erfolgte schließlich zum 1. Mai 1951 die Bestellung Lindens zum Lehrstuhlvertreter und zum 1. September 1951 zum ordentlichen Professor.

Ordnungsgemäß neubesetzt worden waren nach der Emeritierung von Geyer und Neuß 1949 ferner die Lehrstühle für Dogmatik mit Johann Auer⁸⁰ und für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte mit Jedin. Schwierigkeiten bereitete dagegen noch die Besetzung des 1947 der Fakultät zurückgegebenen Lehrstuhls der Pastoral. Dafür hatte die Fakultät am 7. November 1946 folgende Liste aufgestellt: Dr. Johannes Pinsk (Berlin)⁸¹, Prof. Dr. Anton Stonner (München)⁸² und Dr. Paul Ramatschi (Görlitz)⁸³. Da Stonner inzwischen wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit durch die Militär-Regierung vom Dienst in München suspendiert worden war⁸⁴, stellte die Fakultät am 18. Dezember 1946 eine neue Liste mit

80 Johann Auer (1910–1989), 1936 Dr. phil. München, 1936 Priesterweihe Regensburg, 1940 Dr. theol. Münster, 1947 Habilitation München, 1947 Dozent für Dogmatik in Freising, dann München, 1950–68 o. Prof. der Dogmatik Bonn, 1968–77 Regensburg; Ulrich Lehner, Auer, in: BBKL 20 (2002), S. 74–79.

81 Johannes Pinsk (1891–1957), 1915 Priesterweihe und 1923 Dr. theol. Breslau, 1927 Studentenseelsorger und 1939 Pfarrseelsorger Berlin, 1954 Hon.Prof. für Katholische Theologie Freie Universität Berlin. Exponent der Liturgischen Bewegung; Andrzej Wojcik, Johannes Pinsk (1891–1957), in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin 44/45 (2004/05), S. 135–149.

82 Anton Stonner (1895–1973), 1914–28 Mitglied der Gesellschaft Jesu, 1922 Priesterweihe, dann Akademikerseelsorger Wien, dort Dr. theol., 1935 Habilitation für Katechetik und Pädagogik München, 1940–45 Lehrtätigkeit Deutsche Universität Prag, dann wieder in München; Borengässer (wie Anm. 57), S. 360 f.

83 Paul Ramatschi (1898–1975), 1922 Priesterweihe, 1923 Dr. theol. Breslau, 1927 Subregens, 1935 Regens Priesterseminar Breslau, 1932 Privatdozent Pastoraltheologie Breslau, 1947 Regens Priesterseminar Königstein, 1948–67 Neuzelle; K. Engelbert (Hg.), Geschichte des Breslauer Domkapitels im Rahmen der Diözesangeschichte vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Hildesheim 1964), Reg; Josef Pilvousek, Theologische Ausbildung und gesellschaftliche Umbrüche. 50 Jahre Katholische Theologische Hochschule und Priesterausbildung in Erfurt, Leipzig 2002, S. 148 f.

84 Dazu: Georg Denzler, Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester, Bischöfe und Theologen im Dritten Reich, Zürich 2003, S. 74–82.

Pinsk, Ramatschi und Adolf Heuser⁸⁵ auf. Da nun Frings der Fakultät am 14. Februar 1947 mitteilte, Pinsk sei ihm nicht genehm, da er sich gegen die Devotionsbeichte ausgesprochen habe, verzögerte sich die Neubesetzung weiter. Die Wahl fiel schließlich auf Stonner. Er las seit dem Sommersemester 1948, wurde aber erst zum 1. März 1951 Ordinarius. Damit war die Aufarbeitung der NS-Schäden bis auf die zweite Professur für Dogmatik, die erst 1959 mit Ludwig Hödl besetzt wurde, für die Fakultät endgültig abgeschlossen. Im Sommersemester 1951 zählte sie vierzehn Ordinarien, davon fünf Emeriti, zwei Honorar-, einen apl. Professor, einen Privatdozenten⁸⁶ und 322 Studierende⁸⁷.

85 Adolf Heuser (1900–1980), 1924 Priesterweihe Köln, Religionslehrer, 1930 Dr. phil., 1936 Dr. theol., 1946 Dozent an der Pädagogischen Akademie Oberhausen, 1953 Prof. an der Pädagogischen Akademie Münster, 1954 an der Pädagogischen Akademie Aachen; Freundliche Mitteilung des Diözesanarchivs Aachen.

86 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1951, Bonn 1951, S. 18 f.

87 Gatz (wie Anm. 29), S. 327.

Mathias Schmoeckel
Insel der Seligen?
Der juristische Fachbereich der Rechts- und
Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zwischen 1933 und
1945

Möglichkeit eines Fakultätsprofils?¹

Der Juristische Fachbereich der Bonner Universität im Dritten Reich wird als »Insel der Seligen« beschrieben, da hier die nationalsozialistische Lehre kaum Einzug hielt und die Verhältnisse für Lehrkörper und Studenten insgesamt ruhig blieben². Inmitten der braunen Universität hielt sich der Geist der Weimarer Republik bis zum Ende des Nationalsozialismus. Hierdurch wird wie generell bei Stellungnahmen zur Universitätsgeschichte jedoch unterstellt, dass Universität und Fakultät nicht nur äußere Formen sind, sondern dass sie überhaupt einheitliche Geschichten haben. Will man das Fakultätsprofil erstellen, stößt man auf die Frage, welche Faktoren zu berücksichtigen sind und ob sie sich zu einer einheitlichen Geschichte zusammenfassen lassen.

Juristische Fakultäten leisten die wissenschaftliche Entwicklung von Juristen, welche in den nächsten Jahrzehnten die technische Seite des Staates zu steuern

-
- 1 Es fehlen in großem Maße Archivalien, die des Bonner Rektorats etwa sind im Krieg verbrannt. Vorhanden und herangezogen wurden folgende, offensichtlich unvollständige Akten: aus dem Archiv der Fakultät (FA/Bonn) die Protokolle der Fakultätssitzungen und -beschlüsse (FB, zitiert nach Datum der Sitzung) sowie die PAn (PA), die noch vorhandenen Restbestände des Universitätsarchivs (UA/Bonn), die Akten des Geheimen Staatsarchivs (GStA), welche nicht an das Reich übergeben wurden, sowie die Akten des Bundesarchivs Lichterfelde (BA/Berlin). Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung (i.F.: PrKuMi) verlor am 11.5.1934 seine Kompetenz an das Reichsministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Erziehung, zum 20.12.1934 wurde es in das Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung umbenannt. Dessen Akten werden im Folgenden einheitlich als REM abgekürzt. – Wichtige Hinweise verdanke ich einem Gespräch mit Herrn Dr. Walter Barkhausen am 26.11.2003.
 - 2 Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich, Bonn 1999 (Academia Bonnensia 12), S. 247.

haben. Dies gilt auch für die 1818 gegründete Bonner Fakultät³. Diese Funktion erhielt sich, als die Juristen und Nationalökonomien 1928 in einer »Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät« zusammengefasst wurden⁴. Traditionell werden Fakultäten vom Staat errichtet und finanziert. Die Fakultät ist damit einerseits mit dem Staat verquickt, andererseits ist sie jedoch eine Plattform für selbständig denkende und agierende Dozenten sowie für diverse Aufgaben und Studierende unterschiedlichster Ausrichtung. Schon aus diesen Gründen erscheint es problematisch, die Fakultät als selbstständige Einheit zu behandeln und von den Eigenschaften oder der Geschichte »der Fakultät« zu sprechen. Ist die Fakultät aber etwas anderes als die Universität und der sie unterhaltende Staat oder muss man auf die einzelnen Personen abstellen, die in der Fakultät wirken? Dann zerfließt die Einheit in eine heterogene Vielfalt. Gerade in der Reaktion auf politische Vorgaben, insbesondere in schwieriger Zeit, zeigt sich jedoch die Fähigkeit und Kraft der Fakultät zu korporativen Handlungen. Der geschichtliche Rückblick auf den Nationalsozialismus mag daher als Bestätigung für die Existenz der Fakultät mit ihren charakterisierenden Eigenheiten dienen.

Kann es aber überhaupt eine Kontinuität in der Fakultät geben? Wäre nur auf die Gesamtheit der Beteiligten abzustellen, wäre »die Fakultät« mit jeder personellen Veränderung existenziell verändert und eine Tradition wäre allenfalls Illusion. Dann wäre die Geschichte der Fakultät nur ein Gemengelage aus der Geschichte der Dozenten, Studenten und Verwaltung eines bestimmten Zeitabschnitts. Es fragt sich, ob sich diese heterogenen, oft auch widersprüchlichen und konträren Elemente zu einer Geschichte zusammenfügen lassen. Dabei ist zunächst nach den Handlungsträgern zu fragen, dann nach der Möglichkeit, ein Profil der Fakultät zu zeichnen.

Sicherlich wird eine Fakultät geprägt von ihren Professoren, insbesondere von denen, die bekannt und angesehen sind, die von der Politik gehört werden und die es vermögen, aus anderen Orten Studenten oder Gastwissenschaftler anzulocken. Fragt man nach Fakultäten, fallen meist nur solche prominente Namen. In den bisherigen Fakultätsgeschichten wurden daher regelmäßig Dozenten mit ihren Veranstaltungen und ihrem Erfolg aufgelistet. Andererseits vertreten und vertraten

3 Statuten der Bonner juristischen Fakultät von 1834, UA/Bonn, A13, § 1: »Die juristische Fakultät ist diejenige Abteilung der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, welche für die Cultur und Pflege der gesammten Rechtswissenschaft, wie für den Unterricht in derselben bestimmt ist. Ihr allgemeiner Zweck besteht in der Ergründung, Ausbildung und Erweiterung der gesammten Rechtswissenschaft, ihr besonderer Zweck geht darauf, durch gründliche Lehre und Unterricht die der Rechts-Wissenschaft sich widmenden Studierenden zum practischen Leben im Staatsdienste wissenschaftlich auszubilden und vorzubereiten.«

4 S. dazu 75-Jahr-Feier der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Reden am 31. Oktober 2003 in der Aula der Universität, (Bonner Akademische Reden 88), Bonn 2004.

die Fakultätsangehörigen, auch die Professoren, unterschiedliche wissenschaftliche und politische Auffassungen. Die Fakultät wird sicherlich auch nicht charakterisiert durch den kleinsten gemeinsamen Nenner der Dozenten-Positionen, sondern erhält durch Differenzen und der Art, diese zu beheben oder mit ihnen zu leben, nur weitere Facetten.

Wenn also nur durch Addition ein Bild der Fakultät gebildet werden kann, werden weitere Beteiligten zu untersuchen sein. Nach § 2 der Statuten von 1834 trat jedoch neben die engere Fakultät, die nur aus den ordentlichen Professoren bestand, eine »weitere Fakultät«, in welcher alle wissenschaftlichen Dozenten versammelt waren: von den ordentlichen Professoren⁵ über die Honorarprofessoren bis hin zu den Privatdozenten. Auch vor der Einführung der Gremienuniversität wird man die Zugehörigkeit der Assistenten, meist »Fakultätsassistenten«, zur Fakultät nicht leugnen können. Richtet sich der Zweck der Fakultät auf die Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchts, ist dieser integraler Bestandteil der Organisation ohne Rücksicht darauf, welches Stimmrecht oder sonstigen Mitsprachemöglichkeiten ihm zustehen. Das gleiche gilt auch für das übrige Personal, deren Spuren allerdings oft verblasster sind und kaum noch nachgezeichnet werden können.

Die Studenten schließlich erwarben sich nach den Bonner Universitäts-Satzung von 1923 ein akademisches Bürgerrecht, sie bildeten als Organ der Universität die »Studentenschaft«⁶. Sie waren damit Teil der Universität und bildeten die ebenfalls einen Teil der Fakultät⁷. Auch von ihnen sind wenig sichere und gut überlieferte Spuren zu finden.

Letztlich noch einflussreicher als die verschiedenen Gruppierungen sind die Vorgaben der Politik, die über die Anzahl der Lehrstühle ebenso entscheiden wie über die notwendig zu lehrenden Fächer. Fraglich ist, ob eine intellektuell anspruchsvolle Fakultät über längere Zeit hinweg ihr Profil wahren kann; unzweifelhaft gelingt ihr dies nicht, wenn die Stellen gestrichen, die Bibliotheks- u.a. Mittel gekürzt werden und im Vergleich zu anderen in- und ausländischen Lehrbetrieben Ärmlichkeit den Ton angibt.

Verschiedene Akteure prägen also zusammen die Geschicke und das Ansehen der Fakultät und die Zweifel verstärken sich, nur ein einziges Profil der Fakultät entwerfen zu können. Der Historiker hat sicherlich den verschiedenen Personen und ihrem Einfluss nachzugehen. Bezieht man auch die Assistenten und Studenten ein, wächst die Aufgabe und wird dabei angesichts fehlender Quellen teilweise geradezu undurchführbar. Doch entsteht kein Bild der Fakultät durch schlichte

5 In § 8 der Satzung von 1923 kommen die außerordentlichen Professoren und die beauftragten Dozenten als Lehrer hinzu, vgl. Karl Theodor Schäfer, Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960, Bonn 1968, S. 470.

6 §§ 64 und 68, vgl. Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 5), S. 483 f.

7 § 26 der Satzung von 1923 bei Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 5), S. 474.

Zusammenziehung der Lebensläufe. Nur das Miteinander der verschiedenen Faktoren vermittelt einen angemessenen Eindruck von der Wirkungsstätte »Fakultät«, in der zahlreiche Kräfte aufeinanderstoßen. Erst wenn die Fakultät als Ort der Zusammenkunft verstanden wird, gibt es die Chance, dass nicht nur Individuen die Fakultätsgeschichte prägen. Dann gibt es die Möglichkeit, dass ein korporativer Geist entsteht, welcher sich sogar über Jahrzehnte stärker halten kann, als dies die Vorlesungsverzeichnisse vermuten lassen.

Die Erfahrung eines Bonner Neuberufenen Anfang der 1980er Jahre ist nicht nur ein Witz: Bei seiner ersten Fakultätssitzung wandte er sich an einen älteren Kollegen mit der Bitte um Aufklärung merkwürdiger Fakultätspraktiken; dieser erwiderte, er könne die Frage auch nicht beantworten, da er selbst erst seit zehn Jahren Fakultätsmitglied sei. Wird die spezifische Verfahrensweise einer Fakultät nur langsam erlernt, so ändert sie sich auch nur sehr langsam. Gerade im transpersonellen Spannungsverhältnis ganz heterogener Kräfte mag ein Umstand liegen, der tatsächlich Charakteristika einer Fakultät entstehen lässt und damit Kontinuitäten annehmen lässt und Historiographie erlaubt⁸.

Die Beschreibung einer Fakultät lässt also zunächst wie ein Kaleidoskop ein buntes Bild heterogener Elemente entstehen. Notwendigerweise müssen jedoch Entscheidungen gemeinsam getroffen und Kompromisse gefunden werden. Daher besteht die Hoffnung, dass sich einige Charakteristika der Gesamtheit erkennen lassen, die möglicherweise sogar über mehrere Jahrzehnte überdauern können. Zuerst ist daher nach der äußeren Organisation und Struktur der Fakultät in der Zeit von 1933 bis 1945 zu fragen (dazu 2.), dann nach den Reaktionen sowohl der Fakultät insgesamt als auch der verschiedenen Personen auf die Vorgaben der Politik (dazu 3.). Schließlich soll nach den staatlichen Absichten hinsichtlich der Bonner Rechtswissenschaften gefragt werden (dazu 4.).

Organisation

Die Gliederung der Fakultät

Die Ähnlichkeit der Strukturen der Universitäten der 1930er Jahre und der Gegenwart bringt die Gefahr mit sich, vorschnell große Kontinuität anzunehmen. Doch haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert. Die folgende Skizze

8 Dieser Auffassung ähnelt der Ansatz in Gert Melville (Hg.), *Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigung kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart*, Köln/Weimar/Wien 2001, handelt man von Institutionen als »symbolischen« Ordnungseinheiten, in denen die Vielzahl der Beteiligten eine Spannungsbalance herstellen, welche nach außen eine charakteristische Stilisierung enthält, vgl. etwa den dortigen Beitrag von Karl-Siegbert Rehberg, *Weltrepräsentanz und Verkörperung*, S. 3–49, 10, 13.

kann nur der Beginn einer solchen Historisierung sein, bei der Vollständigkeit von vornherein nicht angestrebt werden kann.

Als selbständige Organisationen innerhalb der Fakultät bestand seit 1872 das Juristische Seminar⁹. Der reguläre Jahresetat für Bücheranschaffung betrug 1930 RM 38000, wurde aber 1930 zeitweilig um 10 % gekürzt, Einnahmen von Studenten in Höhe von 1200,- RM sowie Berufungsgelder kamen hinzu. Immer wieder wurde das Ministerium wegen dringender Anschaffungen angegangen, zuletzt erhielt Vogt im Jahr 1944 5000 RM zur Anschaffung westeuropäischer Literatur¹⁰. Dabei äußerte Kunkel 1939 als Chef des Juristischen Seminars, dass Bonn hinsichtlich juristischer Literatur schlecht ausgestattet sei¹¹. Sein Nachfolger in dieser Funktion Zycha verzeichnete 1941 immerhin 21.000 Bände der Seminarbibliothek¹². 600 RM wurden jährlich für den »Diener« bzw. »Bibliothekswart« ausgegeben, der die Bibliothek 57,5 Stunden in der Woche offen und in Ordnung hielt¹³. Im Sommersemester 1933 wurden besonders zahlreiche 676 Seminarbesucher registriert¹⁴.

Hinzu kam 1920 das für Heinrich Göppert gegründete »Industrierechtliche Seminar«, das 1948 in das Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht umgewandelt wurde, sowie das 1928 für Richard Thoma errichtete »Institut für Internationales Recht und Politik«¹⁵. Das 1904 von Ulrich Stutz begründete »Kirchenrechtliche Seminar«¹⁶ hatte mit Stutz' Weggang nach Berlin seine Selbständigkeit verloren; 1932 wurde wieder die rechtliche Selbständigkeit verfügt¹⁷. 1938 wurde das »deutschrechtliche Institut« unter der Leitung von Karl August Eckhardt gegründet. Dieses »deutschrechtliche Institut des Reichsführers SS« wurde durch die

9 Adolf Zycha, Das allgemeine juristische Seminar, in: Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn am Rhein, Band 2: Institute und Seminare, Bonn 1933, S. 47–51.

10 Schreiben von Göppert vom 24.06.1944, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424.

11 Schreiben von Kunkel vom 9.5.1939, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 171 im Hinblick auf die UB/Bonn.

12 Zycha, Schreiben vom 29.10.1941, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424.

13 Genauer von 8–1 h und 14.30–20 h offen hielt, am Sonnabend von 8–1 h, Göppert (wie Anm. 10).

14 Zycha, Chronik der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn 1933/1934, Bonn 1934, S. 36.

15 Zu den Instituten vgl. die Beiträge von Adolf Zycha, Richard Thoma und Heinrich Göppert in: Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn (wie Anm. 9), S. 47–55.

16 Vgl. Ulrich Stutz, Das kirchenrechtliche Seminar an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (1904–1917), ein Beitrag zur Geschichte der Bonner Universität und des Rechtsunterrichtes sowie zur Frage der Reform des Rechts- und Staatswissenschaftlichen Studiums, Weimar 1920.

17 Heyer, Chronik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität 1933/34 (wie Anm. 14), S. 37.

Beziehungen Eckhardts zu Himmler möglich, der das Institut als Teil des »SS-Ahnenerbes« finanzierte¹⁸. Am 25.9.1940 beschloss die Fakultät die Errichtung eines Kriminologischen Instituts, das 1943 gegründet wurde¹⁹.

Das politische Schwergewicht in der Fakultät ruhte eindeutig bei den Ordinarien. Allerdings wurde die Wahrung der Ideologie während des Nationalsozialismus auch in der Universität organisatorisch gesichert. An allen Universitäten wurde die Dozentenschaft organisatorisch erfasst, deren Führer die Wahrung weltanschaulicher Belange sicherzustellen hatte²⁰. Sie beteiligten sich insbesondere an der Personalpolitik, nahmen Stellung zu Habilitationen und schlugen die Ernennung von nichtbeamteten Hochschullehrern vor²¹.

Ordinarien

Der juristische Fachbereich in Bonn verfügte über zehn etatmäßige Ordinariate²². Neben diesen zehn etatmäßig festen Ordinariatsstellen gab es noch drei besondere Fälle. Durch die Hochschulreform von 1921 waren alle Extraordinarien in persönliche Ordinariate umgewandelt worden. Davon gab es in Bonn mindestens zwei. Sie hatten die Stellung von Ordinarien, aber im Fall ihres Ausscheidens fiel auch ihre Professur weg²³. Im Fall von Kipp widersprechen sich allerdings die amtlichen Quellen, da in verschiedenen Fällen seine Stelle als Extraordinariat bezeichnet wurde. Da nur in Berlin solche Extraordinariate beibehalten werden sollten²⁴,

18 Das Institut wurde in Godesberg angesiedelt, zunächst neben Eckhardts Haus in der Zietenstraße, dann bezog es das Haus in der Lützowstr. 17. Die Mittel waren ausreichend zur Beschaffung einer germanistischen Bibliothek, eine Sekretärinnenstelle fehlte. Diese Angaben verdanke ich Dr. Walter Barkhausen.

19 FB vom 25.9.1940.

20 Wilhelm Ebel etwa wird im FB vom 04.12.1935 als örtlicher Dozentenführer genannt.

21 Vgl. FB vom 28.1.1942, hier wurde eigens vermerkt, dass seitens des Dozentenführers keine Einwände gegen Habilitation von Vogt bestanden. Des Weiteren schlug er Dres. jur. habil. Kampf und Zipperer als nichtbeamtete Hochschullehrer vor.

22 Gerechnet werden die romanistische Professur von Bruck (später Kunkel), die germanistischen von Eckhardt und Zycha, die kirchenrechtliche von Heckel, die später nicht wieder fest besetzt wurde, sowie die ebenfalls kirchenrechtliche von Heyer, die strafrechtliche von Graf Dohna, die öffentlich-rechtliche von Thoma und Kaufmann (bis 1935), die handelsrechtliche von Göppert (später Rauch), die kriminologische von Grünhut (später v. Hentig und v. Weber).

23 In FB vom 26. November 1931 wurde mitgeteilt, dass das persönliche Ordinariat von Dölle in etatmäßiges Ordinariat umgewandelt werde und gleiches für Heckel beantragt sei.

24 Dies wird von Anna-Maria Gräfin von Lösch, *Der nackte Geist*, (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, 26), S. 58, als Berliner Besonderheit bezeichnet.

ist davon auszugehen, dass auch Kipp die Stelle eines persönlichen Ordinariats²⁵ bekleidete und nur veraltete Terminologie genutzt wurde. In Bonn bestand damit eine der großen Fakultäten des Reiches, wenn sie auch kleiner als die Berliner war²⁶.

Das Beamtenrecht der Professoren wurde durch das Hochschullehrergesetz vom 13.12.34 neu gefasst. Damit verbunden war die Übertragung der Kompetenz in Hochschulsachen von den Ländern auf das Reichsministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Erziehung. Durch Erlass vom 23.3.1935 wurden alle Berufungsangelegenheiten vom Land Preußen an den Reichserziehungsminister übergeben²⁷. Dabei unternahm man es, das Verfahren der Berufung zu regulieren²⁸. Weiterhin sollte es Berufungsvorschläge durch die Fakultäten geben, aber insbesondere aus politischen Gründen behielt sich das Ministerium völlige Freiheit in der Besetzungspolitik vor. So wurde etwa die Berufung von Hentigs nach Bonn der Fakultät zunächst mitgeteilt, danach fragte man sie, ob Einwände bestünden²⁹; später wurden auf diese Weise Bley aus Graz gegen Rauch aus Bonn ausgetauscht³⁰.

Die Fakultät durfte nach einem Runderlass von 1938³¹ eine Dreierliste aufstellen, zu welcher der örtliche Dozentenführer Stellung beziehen musste. Die Liste wurde dann vom Dekan an den Rektor weitergegeben. Dieser leitete sie im Fall der Zustimmung an das Ministerium weiter. Das Votum des Stellvertreters des Führers war einzuholen³². Strittig war, ob dem Reichsdozentenbund oder dem Ministerium die entscheidende Stimme zukommen sollte. Auch der Gaudozentenführer und der Reichsstatthalter maßen sich verbindliche Stellungnahmen an. Einmischungen von Studenten hielt man für unzulässig, nur Anregungen durch Rektoren wollte man entgegennehmen. Weitere Stellen wollten ebenfalls gehört werden, die Kirchen konnten sich immerhin auf Konkordate berufen³³. Da schließ-

25 Vgl. Brief des Dekan an PrKuMi vom 14.12.1933, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 115 mit der Bitte, Kipp nunmehr als Ordinarius zu ernennen im Hinblick auf seine Qualität in der Lehre und aufgrund der Bedeutung eines Vertreters des französischen Rechts in der Tradition von Crome.

26 Zu den oftmals parallelen Entwicklung in Berlin vgl. von Lösch (wie Anm. 24), passim.

27 Zur Hochschulreform nach der Machtergreifung s. Geoffrey J. Giles, Die Idee der politischen Universität, in: Manfred Heinemann (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2, Stuttgart 1980, S. 50–60.

28 Zu Gesprächen o.O.o.D., BA/Berlin, R 4901 13856, Bl. 98 (23) unter Einbeziehung der NSDAP in Person von Bormann.

29 Vgl. FB vom 27.7.1934 und 15.10.1934.

30 Vgl. FB vom 5.7.1941.

31 Ministerieller Runderlass vom 7.1.1938, BA/Berlin, R 4901 13856, Z II a 5523/37 (b).

32 Schreiben des REM vom 6.10.1939, BA/Berlin, R 4901 13856, Bl. 235: wonach die Zustimmung des Stellvertreters des Führers nach Fristablauf unterstellt wurde.

33 REM v. 27.3.1935, BA/Berlin, R 4901 733, Bl. 102 ff.

lich auch die schlichte Versetzung von Professoren an andere Universitäten möglich blieb, wurde die Bestellung neuer Ordinarien weiterhin nicht einheitlich durchgeführt.

Ordinarien waren seit den Statuten von 1923 zu Vorlesungen berechtigt, mindestens alle zwei Jahre war eine öffentliche Vorlesung abzuhalten³⁴. Das klingt jedoch nach mehr Freiheit, als tatsächlich bestand, da das notwendige Unterrichtsprogramm von der Fakultät zu gewährleisten war. Tatsächlich wurden üblicherweise acht bis zehn Stunden unterrichtet, oft weniger, gelegentlich mehr. Die Vorlesungen waren bis auf einige Hauptvorlesungen nicht unbedingt stark besucht, diese hingegen konnten in Berlin bis zu 1000 Studenten anlocken. – Die Emeritierung wurde gewährt, noch bestand keine feste Altersgrenze, ab der es darauf einen Rechtsanspruch gab³⁵.

Das Gehalt von ordentlichen Professoren variierte stark. Spitzenverdiener der Fakultät waren Graf Dohna und Richard Thoma³⁶. 1933 wurden mit der Neuregelung des Besoldungsrechts von Beamten die Höchstgrenzen verbindlich neu definiert, daraufhin mussten diese Leistungen 1934 gekürzt werden³⁷. Der Überflieger der Fakultät, Karl August Eckhardt, wusste, wie diese Höchstgrenze durch Zulagen noch zu übertreffen war³⁸. Diese Zahlen geben zunächst Aufschluss darüber, für wie wichtig das Ministerium die Forscherpersönlichkeit erachtete. Erstaunlich

34 Vgl. etwa die Standardformulierung der Vorlesungspflicht in der PA Wolfgang Kunkel, BA/Berlin, ZB II K 249, Bl. 18, Schreiben des Reichs- und Preuß. Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 7.11.1936: »Sie sind gehalten, Ihr Lehramt in Vorlesungen und Übungen angemessen wahrzunehmen und in jedem Semester mindestens eine private, alle zwei Jahre ein öffentliche Vorlesung zu halten.«

35 Vgl. Schreiben Göpperts vom 22.5.1934, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 66. Hier bat Göppert um Entpflichtung nach Ablauf seines 66. Lebensjahrs. Die Anfrage des Ministers, warum das Gesuch so vorzeitig gestellt werde, beantwortete der Kurator mit Schreiben vom 13.6.1934, Bl. 68, Göppert sei wegen Ausschluss von Prüfungsausschüssen, es herrsche merkwürdigerweise Rechtsauffassung man habe nach 65 ohne weiteres Recht auf Emeritierung, wird abgelehnt, 28.6.1934, Bl. 70.

36 So wurden Thoma in der Vereinbarung vom 17.4.1928, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 27 f., zugesichert: ein Grundgehalt 16.400 RM, dazu gesetzliche Zuschläge, Kolleggeldzusage von jährlich 10.500 RM, ferner eine besondere Remuneration von 500 RM, ein besonderer Lehrauftrag für Staatslehre in Höhe von 30 % der Grundvergütung, dem Direktor des Instituts für Internationales Recht und Politik standen ab 1928 500 RM Jahresdotation zu.

37 Brief des PrKuMi an Thoma vom 9.2.1934, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 9: statt 16400 nur noch 136000, Remuneration von 500,- fällt weg = Reichsrichtlinien vom 07.11.1933 als Ausführung des § 44 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allg. Beamten-, des Besoldungs- und Versorgungsrechts vom 30.06.1933; von Lösch (wie Anm. 24), S. 155.

38 PA Eckhardt, BA/Berlin, BDC REM WI p A 26, Bl. 9028 (3).

wenig wurden dabei ideologische Momente berücksichtigt³⁹. Zumindest diese höchst bezahlten Dozenten hätten aufgrund ihrer Wertschätzung auch in Berlin unterrichten können. Nimmt man dies als Maßstab, konnte die Bonner Fakultät zwar nicht in der Zahl, wohl aber in der Qualität mit einigen Berliner Kollegen Schritt halten. Allerdings war keiner der Bonner Professoren dieser Zeit Mitglied einer wissenschaftlichen Akademie⁴⁰.

Aufschlussreich sind diese Zahlen weiterhin hinsichtlich des Verhältnisses der Ordinarien untereinander. Zwar waren die Ordinarien in der Fakultät juristisch gleichberechtigt, aber als Zeichen der offiziellen Wertschätzung erscheint das Gehalt auch als verlässlicher Indikator für die Machtverhältnisse in der Fakultät.

Bei der Nennung der Namen von Graf Dohna und Thoma fällt eine politische Färbung der Fakultät auf⁴¹. Thoma war nicht nur einer der bedeutendsten Vertreter des Weimarer Staatsrechts, sondern auch als Zentrumsmitglied eindeutig ein Demokrat. Auch Graf Dohna war als DVP-Mitglied Demokrat, wenn auch nur aus Vernunftgründen. Konservativer waren sicherlich Zycha und Göppert (DNVP), welcher immerhin zusammen mit Thoma lange Stadtverordneter Bonns gewesen war. Es entspricht wohl auch nicht allein dem Querschnitt der Hochschullehrer jener Zeit und kann kein Zufall sein, dass die preußische Hochschulpolitik konservative Demokraten in Bonn sammelte.

Die genannten Zahlen lassen nicht das Maß und die Anzahl finanzieller Schwierigkeiten erahnen, welche dem Ministerium vorgetragen wurden. Ganz allgemein trug die Fakultät 1933 vor, die verringerten Kolleggeledeinnahmen führten zu einem gravierenden Einkommensrückgang. Die Professoren, die sich nur die Miete von Stockwerkswohnungen leisten konnten, könnten diese langfristigen Mietverträge jedoch nicht kündigen⁴². Durch weitere Rufe konnten Ordinarien ihr Gehalt aufbessern. Dafür mussten sie jedoch grundsätzlich dem neuen Ruf folgen;

39 Etwa bei der Beurteilung von Franz Wieacker, PA Wolfgang Kunkel, BA/Berlin, ZB II K 249, Bl. 29 f.: Maßgeblich hier waren Fleiß, Innovation, nur zusätzlich auch modernrechtliche Forschung oder Leistungen im NS-Recht.

40 Dies mag auch geographisch zu begründen sein, da die Berliner Akademie weit entfernt, die Nordrhein-Westfälische natürlich noch nicht gegründet war. Allerdings war niemand auch nur korrespondierendes Mitglied einer auswärtigen Akademie.

41 Der Orientalist Paul Kahle, Bonn University in Pre-Nazi and Nazi Times (1923–1939), London 1945, S. 9, 14, erachtete die Juristen durchweg als demokratisch geprägt und meinte, Eckhardt sei erst später nach Bonn gekommen.

42 Schreiben vom 18.12.1933, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12. Konkret wurde dies vorgerechnet in einem Schreiben von Dölle, 18.12.1933, Bl. 6, der eine durchschnittliche Jahreseinnahme von 9–9600 RM und jährliche Mietzinsschuld von 3000 RM vortrug; ähnlich ein Schreiben Kipps an den Minister vom 18.12.1933, Bl. 79.

dies blieb aber strittig⁴³. Dies führte beispielsweise auch zum Weggang Kunkels aus Bonn⁴⁴.

Weitere Dozenten

Während Bonn mit seinen 10 juristischen Ordinariaten nicht viel weniger Stellen hatte als Berlin, wo es 13 gab, zeigt sich die Differenz der Größen im übrigen Personal der Fakultät, das so zahlreich nur in Berlin versammelt war⁴⁵. Eine Besonderheit Bonns war die starke Tradition des französischen Rechts, die der bedeutende Zivilrechtler Carl Crome (1859–1931) bis in das 20. Jahrhundert hinein gepflegt hatte. Seit 1927 hatte der Belgier und ehemalige Professor für Zivilrecht und Rechtsgeschichte in Gent Johannes Eggen van Terlan (1883–1952) einen Lehrauftrag für französisches Recht in Bonn, daneben unterrichtete er Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung⁴⁶. Für Studenten aus Luxemburg war Bonn eine der nächstgelegenen Universitäten. Durch die Möglichkeit, hier das auch in Luxemburg geltende französische Recht zu studieren, zog es traditionell Luxemburger nach Bonn. Um diesen Zuzug zu intensivieren, wollte das Reichserziehungsministerium einen Luxemburger Dozenten gewinnen. Der Hinweis der Fakultät, dass das französische Recht bereits durch Professor Eggen van Terlan unterrichtet werde⁴⁷, konnte daher aufgrund der politischen Erwägungen nicht gelten. Statt seiner erhielt daher 1934 der katholische Theologe Dr. Nikolaus Majerus (1892–1944) einen Lehrauftrag und wurde zwei Jahre später auch Honorarprofessor.

Wenige Praktiker erhielten Lehraufträge, gelegentlich unterrichtete der OLG-Rat Neuß, regelmäßig aber Dr. Hans Dachs (sen.), der neben Klausurenkursen und Examinatorien vor allem zivilprozessuale Vorlesungen las. Privatdozenten unterrichteten in erheblichem Maße, dies gilt für den früh nach Kiel berufenen Ernst Rudolf Huber, noch mehr für Ernst Friesenhahn, der sich insbesondere in der Kriegszeit zur Stütze der Fakultät entwickelte. Für Gallas beantragte die Fakultät sogar ein Extraordinariat⁴⁸. Auch einige ältere Assistenten wie Gerhard Schiedermair, der »Bauernrecht« las, erhielten Lehraufträge. Grundsätzlich traf Assistenten

43 Schreiben WA 800 vom 8.5.1941, BA/Berlin, R 4901 13856, Bl. 376.

44 Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, vom 15.1.1943, PA Wolfgang Kunkel, BA/Berlin, ZB II K 249, Bl. 29.

45 Vgl. bei Gräfin von Lösch (wie Anm. 24), S. 47.

46 Zu Eggen vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 39. Er hatte im Ersten Weltkrieg mit den deutschen Besatzern kollaboriert und darauf seinen Lehrstuhl verloren. 1950 erhielt er wieder einen Lehrauftrag für französisches Zivilrecht.

47 Schreiben der Fakultät an den Minister vom 2.2.1934, GSStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 16 ff.; zum Vorgang auch Höpfner (wie Anm. 2), S. 40.

48 FB vom 24. November 1933.

jedoch keine Lehrverpflichtung, allenfalls sollten sie einen kurzfristig verhinderten Dozenten vertreten.

Aus anderen Fakultäten wurden Spezialisten gewonnen, um den Studenten besondere Kenntnisse zu vermitteln. Eine Einführung in die Volks- und Betriebswirtschaft gehörte zum Pflichtprogramm für Juristen, die Kräfte hierfür wurden aus der eigenen Fakultät gewonnen. Der belgische Phonetiker Paul Menzerath (1883–1954) und Extraordinarius der philosophischen Fakultät⁴⁹ unterrichtete »Französisch für Juristen« und der Pathologe und spätere Rektor Friedrich Pietrusky (1893–1973)⁵⁰ »gerichtliche Medizin«. Nach 1933 wurden neue rassenkundliche Fächer eingeführt, die in der medizinischen Fakultät gelesen wurden. Insgesamt wurde das recht umfangreiche und vielfältige Programm von recht wenig Kräften geleistet.

Der wissenschaftliche Nachwuchs

Die Anzahl der Bonner Assistenten war im Vergleich zu Berlin geradezu bescheiden⁵¹. Die Zahl fluktuiert in den Jahren, 1934 wurden etwa acht Assistenten nachgewiesen, wobei die meisten nur halbe Stellen innehatten⁵². Hinzu kamen dann die Stellen, welche nur über die Institute abgerechnet wurden; das Deutschrechtliche Institut Eckhardts verfügt etwa noch über einen Oberassistenten und zwei Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte⁵³. Ein gewisser Teil der Assistentenschaft waren immer Frauen⁵⁴. Assistenten waren grundsätzlich nicht an einen Lehrstuhl gebunden, sondern waren Fakultätsassistenten, soweit nicht die Institute und Seminare über fest zugewiesene Assistentenstellen verfügten. Immer wieder wurde auf die großen Studentenzahlen und den hohen Korrekturaufwand hingewiesen⁵⁵, zunächst

49 Zu ihm vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 374.

50 Vgl. Höpfner (wie Anm. 2), 68 ff.

51 Gräfin von Löesch (wie Anm. 24), S. 489 ff.

52 BA/Berlin, R 4901 14298, Bl. 09: Boldt, Ebel, Friesenhahn, Röder, Schiedermaier, Schornstein, Wecker, Schroeder, Stratenwerth.

53 Zu Falk Zipperer s.u. Anmerkung 75 und nach Anmerkung 200; daneben die Assistenten Walter Barkhausen und Günther Ullrich, vgl. H. Planitz/G. Ullrich (Hg.), Zwickauer Rechtsbuch, (Germanenrechte, neue Folge), Weimar 1931.

54 Genannt werden v.a. Frau Dr. Tula Simons, Irmgard Verbeek am industrierechtlichen Seminar sowie Frau Dr. phil. Marianne Ullrich am deutsch-rechtlichen Institut, Ehefrau von Eckhardts Assistenten Günther Ullrich; Tula Simons (3.3.1905–19.7.2000) heiratete Ernst Rudolf Huber, vgl. Matthias Maetschke, Ernst Rudolf Huber, in: Mathias Schmoekkel (Hg.), Bonner Juristen im »Dritten Reich«, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 367–386.

55 Z.B. schrieb Göppert für die Fakultät dem Minister am 6.11.1930, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 58 f., im vergangenen Wintersemester seien in den Übungen mit schriftlichen Hausarbeiten insgesamt etwa alle drei Wochen 1000 Hausarbeiten abgege-

um die nur befristet zugewiesenen Assistentenstellen zu erhalten, dann auch, um möglichst bei jedem Professor eine Assistentenstelle zu schaffen⁵⁶. Der Trend ging hier also dahin, die Assistenzen an Lehrstühle zu binden⁵⁷. Wegen der gesunkenen Studentenzahlen wurden die Gesuche um Verlängerung und Ergänzung ab 1938 zunehmend abgelehnt⁵⁸, ohne dass allerdings die Anzahl der Assistenten zunächst spürbar zurückging⁵⁹, bis der Krieg auch ihre Ränge leerte⁶⁰.

Die finanzielle Situation der Assistenten wurde oft als prekär beschrieben. Ein Assistent erhielt monatlich brutto 165 RM und netto 150 RM, studentische Mitarbeiter wurden geringer bezahlt⁶¹. Die 150 RM entsprachen einem Monatswechsel für Studenten und dem Referendarzuschuß, reichten zum Unterhalt einer Familie aber nicht aus⁶². Auffällig war hier bereits die Diskrepanz zu den Verdienstmöglichkeiten in anderen juristischen Berufen. Die Besoldung war jedoch nicht einheitlich, hinzu trat die Möglichkeit von Nebeneinnahmen⁶³. Daneben gab es Habilitationsstipendien, die nur 100 RM einbrachten. Eine dagegen an den Minister

ben worden, hinzu traten durchschnittlich 250 Examensarbeiten von Bonner Studenten, die im JPA Köln und Düsseldorf eingereicht und in Bonn korrigiert wurden.

56 Vgl. etwa bereits Schreiben der Fakultät an Minister vom 4.2.1926, Bl. 2, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424.

57 Die Assistenten trafen sich gemäß der freundlichen Mitteilung von Dr. Walter Barkhausen mittags in der Mensa zu einem gemeinsamen Runde und konnten so immerhin Informationen über die Fakultät austauschen.

58 Vgl. Schreiben des Ministers vom 31.1.1938, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 162.

59 Als wissenschaftlicher Nachwuchs wurden 1940 benannt, BA/Berlin, BDC Wi 17484: a.pl. Prof. Dr. Ernst Friesenhahn, der allerdings als Lehrstuhlvertreter besoldet wurde, Dr. phil. Dr. jur. Erich Fechner, Privatrecht, Referendar Dr. Josef Mühlhoyer, Privatrecht und Rechtsgeschichte, Assessor Dr. Vogt, Römisches Recht, Assessor Karl Nüßgens, Privatrecht, Referendar Fritz Brecher, Privatrecht, Dr. phil. Joseph Hering, Handelsrecht, Referendar Dr. Haupt, Privatrecht, zu ergänzen sind Frau Dr. phil. Marianne Ullrich, Assistentin am Deutschrechtlichen Institut, sowie am Industrierechtlichen Seminar neben Dr. Hering noch Frau Irmgard Verbeek und Dr. Werner Meyer.

60 1941 bat der Universitätskurator den Minister in einem Schreiben vom 22.12.1941, BA/Berlin, R 4901 14298, Bl. 219, Dr. Vogt für unabkömmlich zu stellen. Er sei der einzig verbliebene Assistent, der auch Kipp vertrete, für die Verwaltung zuständig sei, und gesundheitliche Probleme habe.

61 Erlass des REM vom 27.1.1940.

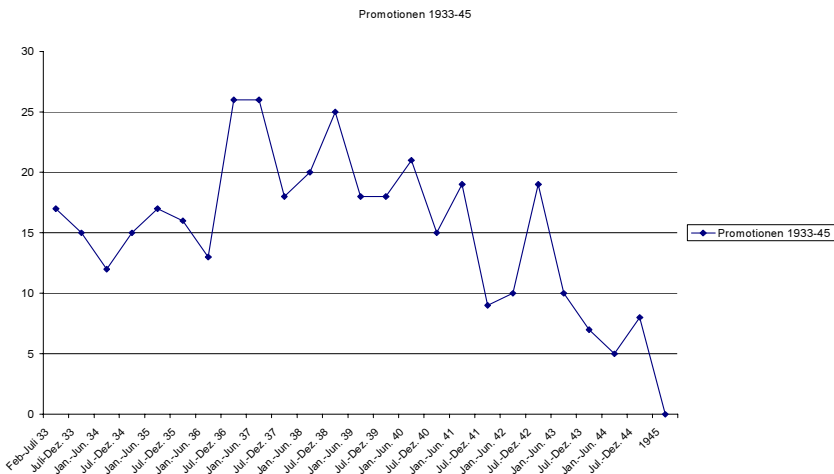
62 Stellungnahme des Leiters der Dozentenschaft der Universität Bonn, 3.11.1937, BA/Berlin, R 4901 14298, Bl. 126 f.

63 Schreiben des Min an das RMF vom 18.7.1935, zur Genehmigungspflicht und zu Sonderregelungen für Haupt- und Nebenverdienste der Referendare und Assessoren, BA/Berlin, R 4901 13868.

gerichtete Beschwerde von G. Schiedermaier von 1934⁶⁴ führte zu einer heftigen Missbilligung durch die Fakultät⁶⁵. Das Zerwürfnis war jedoch nur von kurzer Dauer, immerhin wurde Schiedermaier 1941 auf der Nachfolge Dölles an dritter Stelle platziert.

Fraglich war, ob auch wissenschaftliche Hilfskräfte den Eid auf den Führer abzulegen hätten⁶⁶, offensichtlich war man hierzu nicht schon prophylaktisch freudig bereit. Gerungen wurde um die Dauer der Anstellung: Vorgesehen waren eigentlich längerfristige Verträge, in Bonn wurde das zur Verfügung stehende Geld jedoch jährlich neu unter den Professoren aufgeteilt und entsprechend wurden nur Jahresverträge abgeschlossen.

Am 26.7.1934 wurde angeordnet, dass Assistentenstellen Ariern vorbehalten seien. Auch die Aberkennung der Doktorwürde war seit dem 17.7.1934 möglich, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Seit dem 15.4.1937 wurde verboten, »Juden deutscher Staatsangehörigkeit« zur Doktorprüfung zuzulassen⁶⁷.



In Bonn wurden von 1933 bis 1945 379 Promotionen durchgeführt, davon waren fünf Absolventen Frauen. Die Kandidaten hatten gelegentlich noch nicht das erste Staatsexamen abgelegt. Wenige Male wurden noch nichtarische Juristen promoviert, so der prominente Fall des späteren Philosophen Werner Marx⁶⁸. Im Januar

64 Schreiben Schiedermaier an Minister 3.3.1934, GSStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 111.

65 FB vom 30.4.1934.

66 Schreiben vom 8.9.1941, BA/Berlin, R 4901 14298, Bl. 335.

67 Manfred Funke, Universität und Zeitgeist im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/1986 vom 22.3.1986, S. 3–14, 6 f.

68 Vgl. Ernst Friesenhahn in: Reden zum 50. Doktorjubiläum von Werner Marx, gehalten am 18.11.1983 von Josef Isensee, Ernst Friesenhahn, Werner Marx, Bonn 1984, S. 9 ff.

1934 wurde mitgeteilt, dass die Promotion von Nicht-Ariern noch möglich sei, soweit diese Promotion vor dem 15.12.1933 angemeldet worden sei⁶⁹. Während in der medizinischen Fakultät im Februar 1934 eine letzte nichtarische Zahnärztin durch den Dermatologen betreut und von der Fakultät promoviert wurde⁷⁰, fand die letzte Promotion eines nichtarischen Juristen im Juni 1935 statt. Der später nach Australien ausgewanderte Otto Konrad Strauss wurde mit »sehr gut« promoviert, also einer Note, die damals nicht selten vergeben wurde.

In Bonn lassen sich zwischen 1933 und 1942 fünf Habilitationen feststellen⁷¹: Habilitiert wurden Wilhelm Ebel⁷², August Lösch⁷³, Bernhard Rehfeldt⁷⁴, Falk Zipperer⁷⁵ und Heinrich Vogt, der als einziger nach dem Krieg Ordinarius in Bonn wurde. Die Habilitation selbst wurde 1934 grundlegend in der Reichshabilitationensordnung vom 13.12.1934 neu geregelt⁷⁶. Grundsätzlich verlangte man nun den Ariernachweis. Die Zulassung zur Habilitation wurde nicht mehr nach Bedarf an Hochschullehrern hoheitlich gewährt, sondern fand bedarfsunabhängig nach der Anfertigung einer Habilitationsschrift und einem Vortrag vor der Fakultät statt. Die Fakultät entschied über den Erfolg und die Lehrbefähigung, der Habilitand erhielt dann den Grad des Dr.jur.habil. Die Fakultät bestimmte ferner, welche Venia verliehen werden konnte, und stellte anschließend einen entsprechenden Antrag beim Reichserziehungsministerium.

Dieses entschied über die Lehrbefugnis und erteilte gegebenenfalls den Titel des Privatdozenten. Voraussetzung dafür war der Nachweis der didaktischen Qualität, dahinter standen letztlich aber politische Gründe. Denn einerseits konnte der Nachweis der Lehrqualität durch eine in der Regel dreistündige Lehrprobe vor der

69 FB vom 24.1.1934.

70 Vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 129.

71 FB vom 27.6.1935, 29.4.1936, 28.3.1941, 28.6.1941, 28.1.1942.

72 Forschungen zur Geschichte des lübischen Rechts, (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, 14,1), Lübeck 1950.

73 Die räumliche Ordnung der Wirtschaft: eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel, Stuttgart 1940.

74 Die Habilitationsschrift lautet: Todesstrafen und Bekehrungsgeschichte: zur Rechts- und Religionsgeschichte der germanischen Hinrichtungsbräuche, Berlin 1942. Rehfeldt erhielt nur die venia für Deutsche Rechtsgeschichte.

75 Zipperers Habilitationsschrift behandelt »Eschwege. Eine Siedlungs- und verfassungsgeschichtliche Untersuchung«, veröffentlicht in: Festgabe für Heinrich Himmler, Darmstadt 1941, S. 215–292; der Rest ist wohl nie veröffentlicht worden, vgl. Karl August Eckhardt, Quellen zur Rechtsgeschichte der Stadt Eschwege, I Marburg 1959, S. IX.

76 Dazu s. Volker Losemann, Zur Konzeption der NS-Dozentenlager, in: Manfred Heinemann (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2, Stuttgart 1980, S. 87–109, hier S. 89 ff.; Ahron F. Kleinberger, Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?, in: Manfred Heinemann (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2, Stuttgart 1980, S. 1–30, hier S. 16, mit Hinweis auf die Neufassung der Reichshabilitationensordnung von 1939.

heimischen oder einer auswärtigen Fakultät erbracht werden, aufgrund vorangegangener Lehrerfahrungen konnte hierbei auch weniger verlangt werden. Andererseits traten verpflichtende Aufenthalte in einem Gemeinschaftslager oder einer Dozentenakademie hinzu.

Ziel war die Herausbildung eines neuen Hochschullehrertyps, der die politisch-weltanschauliche Funktionalisierung der Universitäten sichern sollte⁷⁷. Es bestand eine Lagerdienstpflicht für die Dozenten, Ausnahmen wurden nur restriktiv gewährt⁷⁸. Letztlich ergab sich hierüber auch die Möglichkeit, älteren Privatdozenten die Lehrbefugnis wieder zu entziehen und die Universität so zu »säubern«⁷⁹; so sollen zwischen 18 % und 32 % der Dozenten im Reich vorwiegend aus rassistischen Gründen entlassen worden sein⁸⁰. Eine vergleichbare Zahl lässt sich jedoch nach den Bonner Quellen nicht ermitteln, zumal der wissenschaftliche Nachwuchs ohnehin nur zeitlich begrenzte Verträge hatte. Zur Unterstützung ihres Nachwuchses verwandte sich die Fakultät dagegen gelegentlich im Ministerium und versuchte die Verleihung der Privatdozentur zu beschleunigen. War dies geschehen, hatte der Privatdozent noch eine Antrittsvorlesung zu halten.

Studenten

Im Hinblick auf die Zahl der Studenten war die Bonner Universität die viertgrößte im Reich⁸¹. Während des Dritten Reichs nahmen die Zahlen jedoch insgesamt kontinuierlich ab, wobei sich insbesondere eine Flucht aus den kleineren Universitäten abzeichnet, in denen kein Rückzug in die Anonymität mehr möglich war⁸². In Bonn wurde dadurch der Studentenschwund gebremst. Auch die Zahl der Jurastudenten nahm deutlich ab. Gab es im SS 1932 in Bonn noch 1332 Studenten, waren es im WS 1937/38 nur mehr 282⁸³.

77 Zum neuen Dozententyp s. Volker Losemann, Reformprojekte der NS-Hochschulpolitik, in: Karl Strobel (Hg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, 5), Vierow 1994, S. 97–115, 105 f.

78 Losemann, Zur Konzeption (wie Anm. 76), S. 93.

79 Für Bonn vgl. die Fälle bei Höpfner (wie Anm. 2), S. 32.

80 So Cornelia Vismann, Hochschulrechtliche Reformen in der NS-Zeit, Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung 19 (1986), S. 193–206, hier S. 195.

81 Höpfner (wie Anm. 2), 143; der Anteil der Studentinnen lag bei 20 %.

82 Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995, S. 274.

83 Brief der Fakultät an Reichserziehungsminister vom 5.7.1938, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 166: SS 32 – 1332, Mittel: 15.800,34 RM; WS 32/3 – 1071, SS 33 – 1060, Mittel: 16.670,56 RM; WS 33/4 – 855, SS 34 – 710, Mittel: 12.274,20 RM; WS 34/5 – 613, SS 35 – 541, Mittel: 10.140 RM; WS 35/6 – 415, SS 36 – 387, Mittel: 9975 RM; WS 36/7 – 353, SS 37 – 284, Mittel: 10310 RM; WS 37/8 – 282. Diese Zahlen stimmen nicht ganz überein mit Höpfner (wie Anm. 2), S. 145: 1930 – 1495, 1930/1 – 1164, 1931 – 1307, 1931/2 – 1024, 1932 – 1085, 1932/3 – 875, 1933 – 861, 1933/4 – 727, 1934 –

Politisch fiel es den Nationalsozialisten seit Jahren schwer, in der Bonner Studentenschaft Fuß zu fassen. Klare Aussagen zu den Juristen lassen sich jedoch kaum noch treffen, da diese weder in der einen noch in der anderen Richtung besonders hervortraten. In Bonn wurde eine von katholischen Korporationen und dem Wohlwollen der Universität getragene Allgemeine Studentische Arbeitsgemeinschaft (ASTAG) zur Vertretung der Studenten gewählt, die traditionell gegen die Nationalsozialisten ausgerichtet war⁸⁴. Nur 1932 konnte der »Bund nationalsozialistischer deutscher Studenten« (NSDStB) 26,2 % der Stimmen erreichen⁸⁵, schon 1933 mussten sie wieder 5 Sitze aufgeben⁸⁶ und alle anderen Vertretungen schlossen einen Bund gegen die Nationalsozialisten. Davon unbeeindruckt erklärte sich der Anführer des NSDStB am 5.3.1933 zum »Führer der Studentenschaft« der Universität⁸⁷. Überwiegend lösten sich die anderen Listen auf, die Vertreter traten dem NSDStB bei.

Juristen findet man bei den Störungen des Vorlesungsbetriebs weder bei den Tätern noch bei den Opfern; Zycha reagierte als Rektor gegen diese Aktionen mit Protest⁸⁸. Übergriffe gegen jüdische Studenten fanden kaum statt, 29 nichtarische Studenten wurden von der Universität ausgeschlossen; im Verhältnis zu den anderen Universitäten ist dies als geringe Anzahl zu betrachten⁸⁹. Überwiegend verließen sie die Universität und das Reich als Reaktion auf die gezielte Diskriminierung⁹⁰.

Verstärkt agierte der NSDStB nun gegen die Korporationen. Mit 30 % war der Anteil korporierter Studenten in Bonn im Vergleich zu anderen Universitäten wie Marburg, Tübingen oder auch Berlin nur schwach⁹¹. Der NSDStB erwies sich

610, 1934/5 – 521, 1935 – 427, 1935/6 – 429, 1936 – 358, 1936/7 – 343, 1937 – 282, 1937/8 – 280, 1938 – 275, 1938/9 – 277, 1939 – 274, 1940 I. Trimester – 103, 1940 I. – 127, 1940 II. – 239, 1941 I. – 186. Der Anteil der Studentinnen der Universität betrug bei Kriegsbeginn nur 10 %, Höpfner (wie Anm. 2), S. 143.

84 S. Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Studentenbund*, Band 2, Düsseldorf 1973, S. 44.

85 Vgl. Grüttner (wie Anm. 82), Anteil der NS an ASTAG-Wahlen 1930 8,2 %, 1931 19,1 %, 1932 26,2 %, 1922 22,0 %. Verfrüht sah die Essener Nationalzeitung Bonn schon als Hochburg Hitlers an, vgl. Klaus Oldenhage, *Die Bonner Korporationen vom Beginn der Weimarer Republik bis zu ihrer Auflösung in den Jahren 1935/36*, in: *Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn*, Haltern 1989, S. 83–119, hier S. 111.

86 Die ASTAG-Wahlergebnisse s. bei Höpfner (wie Anm. 2), S. 116.

87 Höpfner (wie Anm. 2), S. 118.

88 Höpfner (wie Anm. 2), S. 122.

89 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich* (wie Anm. 82), S. 504.

90 Höpfner (wie Anm. 2), 129; Grüttner, *Studenten im Dritten Reich* (wie Anm. 82), S. 216.

91 Nach Geoffrey J. Giles, *Die Verbändepolitik des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes*, in: Christian Probst u.a. (Hg.), *Darstellungen und Quellen zur Ge-*

jedoch als wenig erfolgreich im Kampf gegen Korporationen. 1936 gehörten in Bonn von 4000 Studenten nur 400 dem NSDStB an⁹². In Bonn traten insbesondere Vertreter der katholischen Studentenverbindungen Alemannia und Frankonia mutig dem Verlangen nach Ausschluss der jüdischen Mitglieder entgegen⁹³. Die Korporationen wurden dann nach 1934 zwar reichsweit aufgelöst⁹⁴, aber dies besserte die Stellung des NSDStB noch nicht⁹⁵.

Während besondere politische Interessen von Studenten in Bonn nur vereinzelt vertreten wurden⁹⁶, traten Ressentiments gegen den Nationalsozialismus zumindest aus religiösen Gründen deutlich hervor. Die Mehrheit der Bonner Studenten waren Katholiken⁹⁷, allerdings handelt es sich nur um eine dünne Mehrheit: 1930 standen neben 53,9 % Katholiken 41,7 % Protestanten, 3,0 % jüdische Studenten, im übrigen noch weitere 1,4 %⁹⁸. Berühmt wurde die Aktivität von Karl Barth, der die Gegner der Deutschen Christen in Bonn um sich sammelte⁹⁹. Entsprechend wurde vom Gaustudentenfürher die Existenz beider theologischer Fakultäten als belastend angesehen¹⁰⁰. Die Katholizität mag nach 1945 stärker betont worden sein, bis 1945 war sie in Bonn nicht bestimmend. Vielmehr war die Bonner Universität seit ihrer Gründung durch ihre Satzung auf die Wahrung der Parität der Konfessionen verpflichtet.

schichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, Heidelberg 1981, S. 97–157, hier S. 145, waren in Bonn 1930/31 von 5049 männliche Studenten 1526 korporiert, in Marburg betrug der Anteil 63 %, in Tübingen 62 % und sogar in Berlin noch 38 %.

92 Giles, Die Verbändepolitik (wie Anm. 91), S. 142.

93 Oldenhage, Die Bonner Korporationen (wie Anm. 85), S. 95 ff.; Grüttner, Studenten im Dritten Reich (wie Anm. 82), S. 297.

94 Vgl. auch Michael Rothhoff, Die katholischen Studentenverbindungen und -vereine in Bonn im 19. und 20. Jahrhundert, in: Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 57–72, hier S. 68 f.

95 Höpfner (wie Anm. 2), 138. Nach Grüttner, Studenten im Dritten Reich (wie Anm. 82), S. 502, waren im WS 1937/8 gerade 15,4 % der Studenten im NSDStB organisiert, SS 1938 waren es 18,8 %.

96 Zu nennen ist etwa die kommunistische Gruppe um Walter Markov, vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 128; Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert, Köln 1990, 43 ff. Zum geringen politischen Interesse der Bonner Studenten Grüttner, Studenten im Dritten Reich (wie Anm. 82), S. 273.

97 Darauf weist nachhaltig hin Grüttner, Studenten im Dritten Reich (wie Anm. 82), S. 42. In der Mehrheit waren Katholiken noch in Münster, Würzburg, Köln und München.

98 Grüttner (wie Anm. 82), S. 495.

99 Höpfner (wie Anm. 2), S. 35, 154 ff.; Hermann Dembowski, Die Evangelisch-Theologische Fakultät zu Bonn in den Jahren 1930 bis 1935, in: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 39 (1990), S. 335–361.

100 S. bei Höpfner (wie Anm. 2), S. 136.

Die religiöse Einstellung führte in Bonn jedoch nicht zu politischem Widerstand. Der Rektor zeigte sich zufrieden mit dem Studentenfürher¹⁰¹. Umgekehrt zeigen sich wenig Spuren vom Studentenfürher¹⁰², desgleichen ist kaum etwas von einem »Führer der Fachschaft Rechtswissenschaft« zu finden¹⁰³. Insgesamt werden die Bonner Jurastudenten als wenig nationalsozialistisch beschrieben, die wenigen Nationalsozialisten seien bekannt gewesen. Graf Dohna achtete in seinem Seminar darauf, diese nicht aufzunehmen¹⁰⁴.

Die Machtergreifung brachte den Studenten zunächst mehr Sport¹⁰⁵. Für die ersten vier Semester wurde 1933 zum großen Missfallen der Studenten ein 10-wöchiger Arbeitsdienst eingeführt, hinzu kamen Unterrichtseinheiten für die körperliche und geistige Erziehung¹⁰⁶. Hitler hatte der SA 1933 diese Erziehung der Studierenden übertragen, im Sommer 1933 wurde daher in Bonn ein SA-Hochschulamt gegründet¹⁰⁷. Wehrsport, Turnen, Aufmärsche und andere Aktionen und politische Schulungen konnten bis zu 20 Wochenstunden in Anspruch nehmen¹⁰⁸. Für diesen Zweck wurden der Mittwoch und der Sonnabendnachmittag durch Beschluss der Fakultät von anderen Lehrveranstaltungen freigehalten¹⁰⁹.

Mit der Autorität der Zentralregierung wurde auch auf das juristische Studium selbst eingewirkt. Mehrfach wurde den Studenten eingeschärft, nicht zum Einpauker zu gehen¹¹⁰, später wurde es gar verboten¹¹¹. Statt dessen wurde eine stärkere Verbindung zur Praxis verlangt, etwa durch die Einführung neuer Arbeitsgemeinschaften¹¹². Die neue Regierung schuf auch bald nach ersten kleineren Eingriffen¹¹³

-
- 101 Schreiben des Rektor Pietrusky vom 14.10.1935, Bl. 2, in Bezug auf den Studentenfürher Neyer, BA/Berlin R 4901/14344.
- 102 Über die Studentenfürher der Uni Bonn 1933–45 ist sonst kaum etwas bekannt, die Beteiligung von Juristen ist nicht ersichtlich, s. Höpfner (wie Anm. 2), S. 119.
- 103 Die FB vermerken am 24. November 1933 als »Führer der Fachschaft« einen »stud.jur. Reinholz«.
- 104 Erinnerung von Dr. Hubert Claessen, ehemals Fakultätsassistent und tätig bei Graf Dohna, Gespräch mit Stefan Stolte und Alexander Morell am 26.9.2002.
- 105 S. auch bei Vismann, Hochschulrechtliche Reformen (wie Anm. 80), S. 201 ff.; von Lösch (wie Anm. 24), S. 289.
- 106 Höpfner (wie Anm. 2), S. 131.
- 107 Hugo Fischer, Der Weg ins Reich, 1933–1937, Wir tragen das Banner der Freiheit. 10 Jahre Kampf um eine Hochschule, Festschrift zur 10-Jahresfeier des NSD-Studentenbundes, Bonn 1938, S. 47.
- 108 Höpfner (wie Anm. 2), S. 131.
- 109 FB, Beschluss vom 24.1.1934.
- 110 Schreiben des REM v. 11.01.1939, BA/Berlin R 4901 12915.
- 111 Schnellbrief an Rektoren des Reichsministers, 28.12.1941, W J 3690 (b), BA/Berlin R 4901 12915.
- 112 Eine zivilrechtliche Arbeitsgemeinschaft leitete Landgerichtsrat Dr. Fritz Cochems, die strafrechtliche Hellmuth von Weber, vgl. Vorschläge des RMJ für SS, 1944 Bl. 188, BA/Berlin, R 4901 886; s. auch Rüdiger Pamp, Das Landgericht Bonn und

eine Neuordnung des juristischen Studiums, die maßgeblich von Karl August Eckhardt betrieben wurde und meist mit seinem Namen identifiziert wird¹¹⁴. Sie wurde zum Sommersemester 1935 umgesetzt und veränderte das Vorlesungsverzeichnis nachhaltig, nicht nur in den Überschriften und Untergliederungen.

Die Vorlesung zum Allgemeinen Teil wurde abgeschafft, an die Stelle trat eine propädeutisch angelegte Vorlesung über die Jurisprudenz des täglichen Lebens. Die rechtshistorische Ausbildung wurde neu auf die Vorlesungen römische und deutsche Rechtsgeschichte und Privatrechtsgeschichte der Neuzeit aufgeteilt¹¹⁵. Letztere stieß bei den Rechtshistorikern auf große Zustimmung. Neu wurden rassekundliche Vorlesungen wie »Rassenlehre«, »Volk und Rasse« aufgenommen. Ferner gab es die Pflicht zur Teilnahme an zwei Fachschaftsarbeiten der Deutschen Studentenschaft; der hier erteilte Schein bildete die Voraussetzung für staatliche und akademische Prüfungen¹¹⁶. Schon im Oktober 1934 hatte die Fakultät auf Wunsch der Studenten beschlossen, eine Vorlesung zum Reichserbhofgesetz abhalten zu lassen¹¹⁷; G. Schiedermaier erhielt dazu einen Lehrauftrag. Die Studenten, die hier ausnahmsweise mit einem eigenen Willen aufscheinen, hätten bevorzugt, diese Vorlesung in jedem Semester zu hören, statt dessen konnte sie nur jährlich angeboten werden.

Die Eckhardtsche Studienreform brachte zweifellos deutliche Veränderungen in den Lehrbetrieb¹¹⁸, Umsetzungsdefizite sind jedoch kaum zu erkennen¹¹⁹. Mit

sein Bezirk in der Zeit des Nationalsozialismus, 150 Jahre Landgericht Bonn, Bonn 2000, S. 95–142, 111, wonach auch Dölle 25 Herren aus Wissenschaft und Praxis im Rahmen des NSRB zu einer Arbeitsgemeinschaft verband, die alle sechs Wochen Vorträge und Diskussionen zu straf-, zivil- und rechtsgeschichtlichen Themen abhielt.

113 Zur Juristenausbildungsordnung von 1934 s. Andrea Pientka, Juristenausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus, dargestellt am Beispiel der Universität Tübingen und des OLG-Bezirks Stuttgart, Diss.jur. Freiburg 1990, S. 41 ff.

114 Dazu s. Ralf Frassek, Weltanschaulich begründete Reformbestrebungen für das juristische Studium in den 30er und 40er Jahren, ZRG GA 111 (1994), S. 564–591, hier S. 569 ff.; insbesondere zur Rolle von Eckhardt ders., Steter Tropfen höhlt den Stein – Juristenausbildung im Nationalsozialismus und danach, ZRG 117 (2000), S. 394–361, S. 300 ff., Wiederabdruck des Gesetzes S. 343 ff.; Gräfin von Lösch (wie Anm. 24), S. 279 ff.

115 Vgl. auch Karl August Eckhardt, Das Studium der Rechtswissenschaft, (Der deutsche Staat der Gegenwart, 11), Hamburg 1935.

116 Schreiben des REM vom 12.2.1936, BA/Berlin, R 4901 886, Bl. 209.

117 FB vom 15.10.1934.

118 So erscheinen Vorlesungen mit den Titeln »Geschichte«, »Volk«, »Stände«, »Staat«, »Rechtsverkehr«, »Rechtsschutz« statt Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht, Kirchenrecht etc.

119 Frassek, Weltanschaulich begründete Reformbestrebungen (wie Anm. 114), S. 572 f., verweist auf Kritik und Umsetzungsdefizite an einigen Fakultäten. Davon ist in den

den Vorlesungen wurde jedoch recht unterschiedlich umgegangen, insbesondere Familienrecht wurde recht unterschiedlich gelesen¹²⁰: Kipp und Bruck hielten eine Vorlesung mit dem Titel »Familienerbe«, teilweise wurde eine einstündige Veranstaltung »Familie« angekündigt, Heyer las dagegen nach der Verabschiedung des nationalsozialistischen Ehegesetzes »kanonisches Eherecht« durchaus mit rechtsvergleichenden Absichten.

Im Übrigen ähneln die Ankündigen sehr denen der Nachkriegszeit bis zum Ende des Jahrhunderts, so wurden etwa Anfänger- und Vorgerücktenübungen abgehalten. Nur wurden deutlich weniger Seminare angeboten, insofern eigentlich nur je ein Seminar für jedes Fach angekündigt wurde.

Gelegentlich vermerkten die Vorlesungsverzeichnis, dass einzelne Stunden gratis gelesen wurden. Dies erinnert daran, dass die Studenten für den Vorlesungsbesuch Kolleggeld zu entrichten hatten.

Die Rufe nach einer Reform des Jurastudiums sollten damit jedoch nicht verstummen, die neue Studienordnung erschien selbst schon bald reformbedürftig. Das Studium sollte auf das Wesentliche konzentriert werden, später sollten auch die kriegsbedingten Engpässe an den deutschen Fakultäten berücksichtigt werden. Die neue Studienreform trat am 1.10.1944 in Kraft, wurde jedoch aufgrund des Kriegsendes nicht mehr wirksam¹²¹.

Der Kriegsausbruch nahm einen Grossteil des politischen Drucks hinweg, insofern die Scharfmacher die Universität verließen¹²². Dafür entstanden andere Probleme. Als Reaktion auf den Krieg hatte man 1940 eine Trimestereinteilung eingeführt, die sich jedoch schon aufgrund der geringen Studentenzahl als Fehlschlag erwies und bald wieder abgeschafft wurde¹²³. Für die Kriegsteilnehmer wurden 1943 weitere Erleichterungen geschaffen wie zum Beispiel eine Verkürzung des Studiums oder eine Zusammenführung mit dem volkswirtschaftlichen Studium¹²⁴.

Haltung und Stimmung

Politik des Fachbereichs

Mehrfach beriet der Fachbereich, wie sie sich auf die neue Politik einstellen sollte. Erst im Oktober 1933 beschloss die Fakultät, dass es erwünscht sei, jede Vorle-

Bonner Vorlesungsankündigungen wenig zu sehen, vielleicht auch wegen der Anwesenheit Eckhardts.

120 Stefan Christoph Saar, Familienrecht in NS-Staat – ein Überblick, in: Peter Salje (Hg.), Recht und Unrecht im Nationalsozialismus, Münster 1985, S. 80–108.

121 Zur vorangehenden Diskussion vgl. Frassek, Weltanschaulich begründete Reformbestrebungen (wie Anm. 114), S. 577 ff.

122 Höpfner (wie Anm. 2), S. 142.

123 Höpfner (wie Anm. 2), S. 141.

124 Schnellbrief des Reichsministers v. 22.3.1943, BA/Berlin R 4901 12915.

sung mit dem »Deutschen Gruß« zu beginnen: Auf dem Katheder stehend sei der rechte Arm zu heben und ganz auszustrecken¹²⁵. Diese Vorlesungseröffnung scheint sich jedoch nicht eingebürgert zu haben¹²⁶. Erich Bley beschwerte sich in der Kriegszeit, dass der »Deutsche Gruß« zu wenig praktiziert wurde und wurde daraufhin von den Studenten in ironisch-übertriebener Weise mit diesem Gruß bedacht¹²⁷. Insgesamt war dieser Gruß unter den Bonner Juristen nicht üblich¹²⁸.

Einige weitere Indizien legen nahe, dass die Vorlesungen wenig politisiert durchgeführt wurden. So monierte die Fakultät etwa nach dem Krieg, dass Bley in seinen Vorlesungen prononciert nationalsozialistische Töne angeschlagen habe¹²⁹. Bley wird insoweit in durchaus plausibler Weise als Ausnahme hingestellt¹³⁰. Auch die wenigen Denunziationen bestätigen diesen Eindruck vom unpolitischen Klima in den Vorlesungen. Verschiedene Vorlesungen waren von Distanz zum Regime geprägt¹³¹, trotzdem kam es nur selten zu Denunziationen¹³². An einem Vortrag von Graf Dohna wurde moniert, dass bei der Nennung von Taten des Reichs kein Beifall, dieser jedoch beim Spruch »Justitia est fundamentum regnorum« lebhaft gespendet wurde¹³³, hier fanden sich 11 Studentinnen und ein Student zur Denunziation bereit¹³⁴. Diese Beschwerde richtete sich jedoch nicht nur gegen Graf Dohna, sondern auch gegen sein Auditorium. Die Professoren lasen offenbar nicht ganz am Empfängerhorizont vorbei. Statt dessen schlug die Fakultät konservative Töne an, nicht nur durch die Konzentration auf den Stoff und strikte Technizität. So wurden die Professoren 1938 an ihre Pflicht erinnert, Talare zu tragen¹³⁵, und es wurden neue Talare angefertigt. Offenbar war dies bislang lax behandelt worden und diese Tradition begann, unüblich zu werden.

125 FB vom 27.10.1933.

126 Vgl. für den staatswissenschaftlichen Fachbereich das Zeugnis von Ilse Brinkhues, ihr Gruß sei vom Assistenten kommentiert worden mit den Worten: »Laß nur, wir sind Rheinländer, die haben es nicht so mit dem Strammstehen«, in: Annette Kuhn, u.a. (Hg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Ebersbach 1996, S. 230.

127 Ernst Friesenhahn, Juristen und Nationalökonomien an der Universität Bonn, (Alma mater, 25/26), Bonn 1970, S. 31.

128 Erinnerung von Dr. Hubert Claessen (wie Anm. 104).

129 Vgl. FB vom 11.10.1948.

130 So wohl auch die Auffassung von Friesenhahn (wie Anm. 127), S. 31.

131 So auch Friesenhahn (wie Anm. 127), S. 29.

132 Zu diesen allgemein Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1, München u.a. 1991, S. 319 ff.

133 So wohl auch die Auffassung von Friesenhahn (wie Anm. 127), S. 30.

134 Ernst Friesenhahn, Juristen an der Universität Bonn, in: ders./Max Gutzweiler/M. Ernst Kamp (Hg.), Juristen und Nationalökonomien an der Universität Bonn, 1970, S. 30.

135 FB vom 30.11.1938.

Als Dekan schlug Eckhardt vor, dass die Fakultät korporativ dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen¹³⁶ beitreten solle, wogegen sich in der Fakultät kein Widerstand regte¹³⁷. Dies war jedoch noch nicht genug. Im Oktober berichtete Eckhardt, ohne es sich zu eigen zu machen, von der Erwartung des Münchner Dekans Kisch, dass alle Dozenten der Bonner Fakultät dem BNSDJ persönlich beitreten sollten, um so ihre Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus zu demonstrieren; zusätzlich werde der Beitritt in den NS-Lehrerverband lebhaft erwünscht¹³⁸. Die Fakultät konnte sich hierfür nicht sofort entschließen, sondern wollte sich erst umhören, wie sich andere Fakultäten verhalten würden. Später wurde bekannt gegeben¹³⁹, dass die Beitrittserklärungen der Fakultätsmitglieder zum BNSDJ als Individuen von der Fakultät weitergeleitet würden; alle bis auf die nichtarischen Mitglieder und ein weiterer Ordinarius hätten den Antrag gestellt. Doch dass aus dieser Tatsache keine Schlüsse gezogen werden dürfen, zeigt die Notiz des nächsten Jahres, wonach die Mehrheit der Fakultätsmitglieder den zugesandten Personalbogen des BNSDJ noch nicht ausgefüllt habe, weil man darin eine Verletzung des Dienstgeheimnisses sah¹⁴⁰. Dem wurde nicht widersprochen und weitere Schritte wurden in dieser Angelegenheit nicht mehr unternommen. Offenbar hatte man einen verwaltungstechnischen Ausweg gefunden. Diskutiert wurde ebenso der Beitritt der Fakultät in die Akademie für Deutsches Recht, zu dem die Fakultät durch den Münchner Dekan Kisch eingeladen wurde¹⁴¹. Später beschloss die Fakultät, der jeweilige Dekan solle kraft Amtes Mitglied der Akademie für Deutsches Recht sein¹⁴².

Im Januar 1934 erreichte die Bonner der Vorschlag der Juristischen Fakultät Gießen, Benito Mussolini zum Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Offen sprach man sich dagegen aus und lehnte diese Idee eindeutig ab¹⁴³.

Weitere spektakuläre politische Maßnahmen wurden der Fakultät nicht mehr abverlangt und es wurde zunehmend ruhig um die Fakultät und ihre Mitglieder. Von den Professoren ist ausgesprochen wenig zu hören, wie dies oben schon für ihre Studenten festgestellt wurde. Bei der Bücherverbrennung etwa, die vom Reich vorgegeben in Bonn am 10.5.1933 bei starkem Regen stattfinden musste¹⁴⁴, sind weder auf der Täter noch auf der Opferseite Beteiligung von Juristen bekannt.

136 Dazu Michael Sunnus, *Der NS-Rechtswahrerbund (1928–1945)*, Frankfurt a.M. 1990, S. 25 ff., 55 ff.

137 FB vom 01.6.1933.

138 FB vom 27.10.1933.

139 FB vom 24.11.1933.

140 FB vom 27.7.1934.

141 FB vom 27.10.1933, sub 10.

142 FB vom 24.11.1933.

143 FB vom 24.1.1934.

144 Dazu Helmut Heyer, *Kultur in Bonn im Dritten Reich*, Bonn 2002 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 62), S. 21 ff.; Höpfner (wie Anm. 2), S. 125 f.

Wieder einmal fehlt jeder Hinweis auf die Präsenz von Juristen bei den politischen Aktionen in der Universität.

Die Fakultät präsentierte sich in den nächsten Jahren als routinemäßig agierende Verwaltungsbehörde ohne über den wissenschaftlichen Anspruch hinausgehende Aspirationen. Hierin zeigt sich ein Prozess der Gleichschaltung der Fakultäten, den der seinerseits vertriebene Orientalist Paul Kahle¹⁴⁵ beschrieben hat, der so aber nicht ganz für den juristischen Fachbereich in Bonn zutrifft: Nach der Vertreibung der »jüdischen« Fakultätsangehörigen trat als nächster Schritt die Neubefugung von Nationalsozialisten. In Bonn wurden zwar mehrere Mitglieder entlassen, jedoch rückten keine Nationalsozialisten in die Lehrstühle nach. Auch die von Kahle beschriebene Hinwendung alter Fakultätsmitglieder zum Nationalsozialismus fand in Bonn nur ausnahmsweise statt. Kahle konnte unter den Juristen nur Dölle nennen, dessen Fall jedoch näher zu untersuchen bleibt. Sehr deutlich ist an den Fakultätsprotokollen immerhin abzulesen, wie seit 1935 immer weniger in der Fakultät besprochen und entschieden wurde¹⁴⁶. Hieran lässt sich sicher ein Machtverlust der Fakultät erkennen, erhalten bleibt aber eine deutlich erkennbare Solidarität, ein »Corpsgeist«, unter den Fakultätsmitgliedern.

Dies zeigt sich zunächst bei der Entlassung »jüdischer« Fakultätsmitglieder. »Nichtarische« Dozenten wurden aufgrund der 2. Verordnung zum Reichsbürgergesetz aus der Lehre an wissenschaftlichen Hochschulen entlassen, Professoren wurden durch das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« betroffen¹⁴⁷. In Bonn wurde zunächst Max Grünhut 1934 entlassen, tragischerweise fehlten ihm dabei nur wenige Monate zur Ruhegehaltberechtigung. Die Fakultät, die gegen die Entlassung selbst nicht vorgehen konnte, setzte sich aber intensiv dafür ein, dass Grünhut ein Ruhegehalt erhielt. Thoma wurde beauftragt, ein Rechtsgutachten in dieser Frage zu erstellen. Dieses sollte einem Schreiben der Fakultät an das Ministerium beigelegt werden, worin diese ihrem einhelligen Wunsch Ausdruck verlieh¹⁴⁸. So geschah es, ohne dass sich allerdings der gewünschte Erfolg einstellte. Am 27.11.1935 wurde daher eine erneute Verwendung der Fakultät zugunsten Grünhuts beschlossen.

In ähnlicher Weise loyal verhielt sich die Fakultät zu Eberhard Bruck, der 1936 ebenfalls aus rassistischen Gründen entlassen wurde. Allerdings gab es in diesem Fall keinen direkten Anlass für die Fakultät, sich für Bruck zu verwenden, ebenso wenig in den anderen Entlassungsfällen von Erich Kaufmann und Heinrich Göppert. Die Mitglieder der Fakultät hielten eine Beziehung zu Bruck aufrecht, der

145 Zu ihm bzw. seiner Familie s. Katrin Conrad, in: Annette Kuhn u.a. (Hg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Ebersbach 1996, S. 183 ff.

146 Kahle, Bonn University (wie Anm. 41), S. 11, 14, 16, 18.

147 Vgl. dazu allgemein Höpfner (wie Anm. 2), 31 f. Zur Frage, wer Jude sei, vgl. Bryan Mark Rigg, Hitlers Jüdische Soldaten, Paderborn u.a. 2003, S. 6 ff.

148 FB vom 24.1.1933.

wie Grünhut, Kaufmann und von Hentig emigriert war, so dass kein Mitglied der engeren Fakultät Opfer der Rassenverfolgung wurde. Auch Max Grünhut wurde nach dem Krieg alsbald wieder berufen¹⁴⁹. Deutlich bemühte sich die Fakultät nach dem Krieg um die Rückberufung fast aller Vertriebenen. Auch hierin zeigt sich ein gewisser Corpsgeist der Fakultät, der die Ausgeschlossenen umfasste.

Nur gegenüber dem von der Fakultät unerwünscht 1934 von Kiel nach Bonn versetzten und schon 1935 wieder aus politischen Gründen entlassenen Hans von Hentig wurde nach dem Krieg eine gewisse Distanz deutlich, insofern man sich seiner erneuten Berufung nach Bonn zunächst widersetzte. Zum einen war die nationalbolschewistische Vergangenheit von Hentigs, die ihn 1936 eingeholt hatte, auch nach 1945 in den westlichen Zonen problematisch. Zum anderen harmonierte der eigenwillige, im Referendarexamen gescheiterte Vielschreiber in wissenschaftlicher Hinsicht nicht unbedingt mit den Fakultätskollegen¹⁵⁰.

Nach Ausbruch des Kriegs äußerte sich der Lehrbeauftragte Nikolaus Majerus kritisch zur Besetzung Luxemburgs. Dies führte dann zu seiner Entlassung, damit wurde er das letzte Opfer der nationalsozialistischen Säuberungspolitik in der Bonner Fakultät¹⁵¹.

In bemerkenswerter Weise setzte sich die Fakultät für Ernst Friesenhahn ein. Nachdem er das Angebot seines Lehrers Carl Schmitt als Schriftleiter der »Deutschen Juristen-Zeitschrift« 1934 abgelehnt und so einen Bruch mit Schmitt herbeigeführt hatte, verschlechterten sich sein Chancen auf eine Ernennung zum Professor im Reich dramatisch. In Bonn schätzte man aber weiterhin die fachlichen Qualitäten Friesenhahns, nicht einmal die zunehmende Distanz Friesenhahns zu Vertretern des Regime konnte daran etwas ändern. Nach dem Weggang von Johannes Heckel aus Bonn beschloss die Fakultät eigenartiger Weise, diese Professur nicht erneut zu besetzen. Zum einen wurde daraus über längere Zeit eine betriebswirtschaftliche Professur gezahlt, zum anderen musste so der öffentlich-rechtliche Lehrbedarf durch Verteilung von Lehraufträgen abgedeckt werden¹⁵². Tatsächlich wurde Ernst Friesenhahn so über Jahre finanziert. Die vielfältigen Vorlesungen und Veranstaltungen sowie Aufgaben, die Friesenhahn für die Fakultät vornahm, ließen ihn immer wichtiger für die Fakultät werden. Hierin zeigt sich nicht nur die Verbundenheit mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs und Corps-

149 FB vom 15.1.1947.

150 Schreiben der Fakultät an PrKuMi vom 16.10.1934, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 173, Bl 174: Die Arbeiten von Hentigs seien eher feuilletonistisch, er sei kein ausgesprochener Jurist und könne nicht Zivilprozessrecht lesen, er sei daher keine Ergänzung neben Graf Dohna.

151 Vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 40.

152 FB vom 2.11.1935; vgl. ferner Ernst Friesenhahn, Ulrich Scheuner 75 Jahre, Bonn 1979, S. 22. Durch Beschluss vom 21.3.1939 verzichtete die Fakultät darauf, ein Extraordinariat beim Ministerium zu beantragen, um statt dessen weiterhin Friesenhahn, der die Professur kaum erhalten würde, über Lehraufträge versorgen zu können.

geist, sondern auch Sympathie mit dem Katholiken Friesenhahn, der auf eine Karriere aus politischen Gründen verzichtet hatte.

Als er nach 1945 ordentlicher Professor der Fakultät wurde, konnte er gerade als politisch Unbelasteter eine wesentliche Rolle in der Arbeit zum Wiederaufbau übernehmen. Neben Thoma und Zycha half er dabei, die Traditionen der Fakultät zu wahren. Nach seinem Tod im Jahr 1948 wollte die Fakultät die Gedächtnisreden publizieren, obgleich Zychas überaus voluminösen Festschrift erst 1941 erschienen war; nur Geldmangel verhinderte die Publikation¹⁵³. In der finanziell bedürftigen Zeit war dies zweifellos ein Kraftakt, der umso ungewöhnlicher wirkt. Zu erklären ist dies nicht allein mit dem wissenschaftlichen Renommee Zychas, sondern auch mit dem Gefühl der Verbundenheit unter den Fakultätsmitgliedern, welches in schwerer Zeit entstanden war.

Klar distanzierte sich die Fakultät nach dem Krieg dagegen von zwei Mitgliedern, die in besonderer Weise als Nationalsozialisten hervorgetreten waren. Unabhängig vom Ergebnis des Entnazifizierungsgerichts sollten Bley und Eckhardt nicht mehr Mitglieder der Fakultät sein¹⁵⁴. Zwar stellte die Distanzierung zu Nationalsozialisten nach 1945 nichts ungewöhnliches mehr dar, allerdings beschloss hier eine Gruppe, die mit der Fakultät bis 1945 personell noch weitgehend übereinstimmte. Der Corpsgeist erfasste also die beiden Genannten nicht. Erich Bley wollte allerdings wieder zurück. Daraufhin erinnerte die Fakultät daran, dass er sich in Vorlesungen besonders nationalsozialistisch geäußert hatte¹⁵⁵. Dies konnte offenbar nicht verziehen werden.

Die nationalsozialistische Haltung Eckhardts¹⁵⁶ war unmissverständlich und blieb dies unverändert bis zum Kriegsende. Andererseits waren die wissenschaftlichen Leistungen Eckhardts nicht zu bestreiten; einige Fakultätskollegen mögen es auch als praktisch angesehen haben, einen hochrangigen SS-Mann in den eigenen Reihen zu wissen. Zudem war er über viele Jahre ein vehementer Streiter für die Belange der Bonner Fakultät und dies sogar schon vor seiner ersten Berufung nach Bonn¹⁵⁷. Während seiner Beschäftigung im Reichserziehungsministerium sprang Eckhardt teilweise recht selbstherrlich mit seiner ehemaligen und zukünftigen

153 FB vom 4.1.1949.

154 FB vom 8.11.1947: »Fakultät ist einstimmig der Auffassung, dass gleichgültig, wie die Kategorisierung ausfällt, eine Wiederbesetzung der Herren Bley und Eckhardt in ihre alten Lehrstühle nicht in Betracht kommt.«

155 FB vom 11.10.1948.

156 Zu ihm s. Hermann Nehlsen, Karl August Eckhardt †, ZRG GA 104 (1985), S. 497–536, auch in: ders./G. Brun (Hg.), Münchner rechtshistorische Studien zum Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1996, S. 181–223; Gräfin von Lösch (wie Anm. 24), S. 405 ff.

157 Vgl. den Beitrag von Christian Dreißigacker, Karl Theodor Kipp, in: Schmoeckel (wie Anm. 54), S. 425–453.

Fakultät¹⁵⁸ um und betrieb die Entlassung der »nichtarischen« Mitglieder. Bei verschiedenen Gelegenheiten wie im Fall der Berufung von Hentigs nach Bonn handelte Eckhardt gegen den ausdrücklichen Willen der Fakultät¹⁵⁹, die sich gegen ihn nicht durchsetzen konnte. In den Fakultätssitzungen konnte man in dieser Zeit jeweils nur noch die Entscheidungen Eckhardts zur Kenntnis nehmen¹⁶⁰. Nach seiner Rückkehr nach Bonn trennte Eckhardt so deutlich zwischen Universität und Politik, dass seine Assistenten von seinem Kontakt zu Himmler kaum etwas erfuhren und es zu keinem politischen Gespräch mit seinen Mitarbeitern kam¹⁶¹.

In dieser Zeit hatte der Bonner Dekan Spiethoff¹⁶² eine Rückkehr Eckhardts nach Bonn jedoch rundweg abgelehnt und ihn als untragbar für Bonn erklärt¹⁶³, erhebliche Vorbehalte gegen Eckhardt bestanden also schon in der Zeit des Nationalsozialismus. Eckhardt seinerseits muss sich Bonn verbunden gefühlt haben, sonst hätte er sich bei seiner Berufung in das Ministerium nicht für den Fall der Entlassung aus dem Ministerium die Rückkehr nach Bonn vorbehalten¹⁶⁴. Auch hätte er nach seiner Entlassung aus dem Reichserziehungsministerium nicht die Berliner Professur aufgeben müssen, um nach Bonn zurückzukehren. Ab diesem Zeitpunkt nutzte Eckhardt wieder seine Kontakte, um sich für die Bonner Belange einzusetzen¹⁶⁵. Es ist daher unwahrscheinlich, dass es fachliche oder persönliche Gründe waren, die zur vehementen Stellungnahme der Fakultät gegen die Rückkehr Eckhardts führten, vielmehr muss die politische Ausrichtung entscheidend gewesen sein. Umgekehrt bildete Bonn ein Umfeld, das die Wissenschaft über die Politik stellte und so ein gutes Milieu für Eckhardts mit neuem Elan betriebene Studien darstellte. Nach 1945 verzichtete er seinerseits, für seine Rückkehr in die Fakultät zu kämpfen.

In zarter, aber unmissverständlicher Weise schloss sich die Fakultät nach 1933 nicht dem herrschenden Ton der Zeit an. Nur das unbedingt Notwendige wurde zugestanden, weitergehende Forderungen wurden durch juristische Erwägungen

158 Die PA Eckhardt, BA/Berlin, BDC REM WI p A 26, enthält die Zusage der wohlwollenden Prüfung der Rückversetzung nach Bonn nach dem Ausscheiden aus dem REM.

159 Antwort der Fakultät an Ministerium 16.10.1934, Bl. 173, Bl. 174.

160 FB vom 2.11.1935: »Professor Eckhardt teilt mit [...]«.

161 So Dr. Walter Barkhausen in einem Gespräch mit dem Verf. am 26.11.2003.

162 Zu ihm (1873–1957) s. M. Ernst Kampf und Friedrich H. Stamm, Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn, Band 4: Staatswissenschaften, (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1958), Bonn 1969, S. 26–44.

163 S. Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil II.2, München u.a. 1992, S. 632.

164 Ernennungsverfügung vom 15.1.1935, PA Eckhardt, BA/Berlin, BDC REM WI p A 26.

165 Schreiben von Eckhardt vom 11.2.1941, um Dölle in Bonn zu halten, BA/Berlin, BDC A 479.

hintertrieben. Bei mehreren Gelegenheiten machte die Fakultät, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Graf Dohna und Richard Thoma, ihre Loyalität zu den Vertriebenen deutlich. Dem aus politischen Gründen in der Karriere behinderten Friesenhahn wurde das berufliche Fortkommen ermöglicht. Schließlich wurden noch verhältnismäßig lang Nichtarier promoviert.

Professoren¹⁶⁶

Die nur wenig ergiebigen Aktionen der Fakultät zeigen, dass für eine eingehende Würdigung der Fakultät die einzelnen Professoren näher zu betrachten sind. Offensichtlich gab es retrospektiv zwei wirkliche Nationalsozialisten¹⁶⁷, hinzuzuzählen ist der früh nach München abgewanderte Johannes Heckel.

Eckhardt war gleichzeitig einer der bedeutendsten Germanisten seines Jahrhunderts und ein echter Kämpfer der NSDAP der frühen Stunde. Schon 1930 wurde er Nationalsozialist und trat 1931 in die SA-Gruppe eines Freundes ein. Der junge Kieler Ordinarius leistete Saalsicherungen, Protestaktionen sowie die Aufbewahrung von Waffen und dergleichen¹⁶⁸. Er folgte 1932 einem Ruf nach Bonn, um aus dem alten Kreis zu entkommen, arbeitete aber als Kraftfahrer und Parteiredner für die SA. Erstaunt sah ihn die Bonner Fakultät erstmals am 30.1.1933 in SA-Uniform. Nach seinem erneuten Ruf nach Kiel 1933 trat er in die SS ein und wurde auch in der Niederschlagung der so genannten Röhmer-Revolution eingesetzt. Von dort ließ er sich in das Reichserziehungsministerium versetzen, um in dem neu mit Kompetenzen ausgestatteten und neu zu prägendem Ministerium¹⁶⁹ Einfluss auszuüben¹⁷⁰. Nach dem Scheitern seiner großen Ambitionen kehrte er nach Bonn zurück, nicht jedoch ohne ganz den Ehrgeiz zu verlieren. So wollte er sich 1940 umhabilitieren lassen¹⁷¹ und beantragte erfolgreich eine zusätzliche Professur in der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn¹⁷². Eckhardt erklärte, er wol-

166 Im Folgenden wird nicht eigens auf die folgenden Beiträge verwiesen, in denen die einzelnen Sachverhalte detailliert mit Nachweisen dargestellt und analysiert werden.

167 So Friesenhahn, Juristen (wie Anm. 127), S. 29.

168 Vgl. Lebenslauf vom 30.11.1935, Bl. 2, PA Eckhardt, BA/Berlin BDC SSD 352.

169 Notker Hammerstein, Die deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, München 1999, S. 121, die sonst wichtige Homogenität der Beamten im Ministerium war aufgehoben durch Konkurrenzdenken.

170 Vgl. etwa die eigene Belange nicht vergessende Verfügung: Abschrift für die Akten W I p : Juristische Fakultät Berlin, »1) Triepel emeritieren (Stelle kommt an Carl Schmidt, dessen Stelle an mich), 2) Stutz verlängern bis Ende WS 35/36 gez. Eckhardt«, PA Eckhardt, BA/Berlin, BDC REM WI p A 26, Bl. 14.

171 Schreiben von Professor Harmjan an Rektor vom 11.10.1940, Eckhardt wolle seine Venia ändern lassen in Germanische Rechtsgeschichte, Religionsgeschichte und Familienforschung, da er sich eigentlich von der germanischen Rechtsgeschichte abwenden und ganz der Religionsgeschichte zuwenden wolle.

172 Beantragt von der Fakultät durch FB vom 15.10.1940.

le weg vom Spezialistentum und daher Religions- und Rechtshistoriker sein¹⁷³. Bis zum Ende des Kriegs hielt Eckhardt seine gute Verbindung zu Himmler und beantragte noch 1944 die Versetzung aus der Wehrmacht in die Waffen-SS: Er wolle lieber SS-Führer als Oberleutnant sein¹⁷⁴. Zuletzt war er SS-Sturmbannführer. Der Nachruf von Hermann Nehlsen verdeutlicht Eckhardts geradezu kompromisslos für den Nationalsozialismus eintretende Haltung. Es kann daher nicht überraschen, dass er auch in Bonn für den Nationalsozialismus warb¹⁷⁵.

Der Kirchenrechtler Johannes Heckel näherte sich dem Nationalsozialismus über seine Verbindungen zu den Deutschen Christen, insbesondere zu Bischof Oberheid¹⁷⁶. Heckel war 1938 Parteimitglied und daneben Mitglied in verschiedenen anderen nationalsozialistischen Organisationen geworden¹⁷⁷. Die Beurteilung Heckels durch das Regime fiel daher insgesamt ungemein positiv aus¹⁷⁸. Bereits im Sommersemester 1933 verließ Heckel jedoch Bonn und zog nach München.

Im Sommersemester 1943 wurde Erich Bley nach Bonn versetzt, der in den Vorlesungen deutlich als Nationalsozialist hervortrat. Er war zudem Parteimitglied und ebenso, wie man schon bis 1945 munkelte, auch Mitarbeiter des Sicherheitsdienst. Damit waren wieder zwei artikulierte Vertreter des Nationalsozialismus in der Fakultät vertreten¹⁷⁹.

Neben dieser Gruppe ist eine Reihe von Fakultätsmitgliedern zu isolieren, die sich nur eher oberflächlich mit dem Nationalsozialismus einließen, bei denen allerdings keine tiefgreifenden nationalsozialistischen Überzeugungen festzustellen sind. Der Zivilrechtler und spätere Direktor des Max-Planck-Instituts Hans Dölle wurde bereits genannt als jemand, der sich dem Nationalsozialismus zu-

173 Schreiben von Eckhardt an REM vom 26.10.40, PA Eckhardt, BDC REM WI p A 26, Bl. 74 ff.: »Die Rechtsdogmatik habe ich schon als Student nicht geschätzt; um ein Haar wäre ich durch das Referendarexamen gefallen. Promoviert habe ich rein historisch. Ich habilitierte mich zunächst nur für Deutsche Rechtsgeschichte und habe erst nachträglich die venia für Bürgerliches und Handelsrecht erworben, weil diese Kombination für die meisten Lehrstühle Voraussetzung war. Wie wenig ich mich als »Jurist« fühle, mögen Sie daraus ersehen, daß ich nicht einmal dem NS-Rechtswahrerbund beigetreten bin.«

174 Nehlsen, Karl August Eckhardt (wie Anm. 156), S. 198.

175 So Paul Kahle, Bonn University (wie Anm. 41), S. 14.

176 Schreiben des Dekans an Minister, 23.2.1934, Bl. 144, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12.

177 Schreiben des Gaupersonalamtsleiter vom 29.7.1938, genannt werden NSRB, RDB und NSDStB, Parteikorrespondenz, BA/Berlin 4462.

178 Beurteilung von Johannes Heckel vom 31.3.1939: »Er ist zur NSDAP durchaus positiv eingestellt und für Reich und Bewegung stets einsatzbereit. Irgendwelche versteckte Gegnerschaft besteht keinesfalls, wie auch in Bezug auf kirchliche Bindungen nichts Nachteiliges bekannt ist.«, Parteikorrespondenz, BA/Berlin 4462, NSDAP.

179 So auch Ernst Friesenhahn, Juristen und Nationalökonom an der Universität Bonn, Bonn 1970 (Alma mater, 25/26), S. 29.

wandte. Dölle wurde Parteimitglied und publizierte zu Themen, die zu nationalsozialistischer Propaganda genutzt wurden wie etwa zum Reichserbhofgesetz. Immerhin war Dölle aber der Doktorvater einer der letzten »nichtarischen« Promovenden, nämlich Werner Marx. Eine antisemitische Einstellung lässt sich bei Dölle nicht feststellen. Wohl aber unterließ Dölle alles, was ihn in Misskredit bringen konnte. Schon Kahle vermutete, dass sich Dölle anpasste, um den Nebenverdienst als Dozent der Verwaltungsakademie nicht zu verlieren¹⁸⁰. Noch umfassender kann man vielleicht sagen, dass er nicht bereit war, sich aufgrund politischer Probleme Karrierechancen zu verderben. Und zweifellos waren sein Fleiß und Geschick von Erfolg gekrönt.

1968 wurde Hellmuth von Weber, der 1937 nach Bonn wechselte, offen wegen seines Verhaltens im Nationalsozialismus angeklagt. Von Weber war Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, aus dieser Tatsache allein dürfen jedoch keine Schlüsse auf seine politische Einstellung gewonnen werden. In seinem Gutachten zum Reichstagsbrandprozess hatte er sich gegen eine Rückwirkung der Straferhöhung ausgesprochen. In seiner Bonner Zeit wahrte er Distanz zum Regime und äußerte sich sogar insofern skeptisch, dass der Schuldgrundsatz als Voraussetzung der Strafe vernachlässigt oder gebrochen würde. Möglicherweise war er zunächst angetan von Mitwirkungsmöglichkeiten und der Aussicht, die Rechtsentwicklung in seinem Sinne beeinflussen zu können, und vernachlässigte dabei politische Bedenken, die ihn erst in Bonn am Ende der 30er Jahre größeren Abstand zum Regime finden ließen.

Der Zivilrechtler Karl Theodor Kipp war im gesamten Zeitraum Mitglied der Bonner Fakultät. Da dieser nach seiner Habilitationsschrift nichts mehr veröffentlichte, setzte er sich jedenfalls nicht wissenschaftlich für die neue Regierung ein. Dafür wurde er 1935 Rektor sowie wiederholt Dekan und sorgte in diesen Eigenschaften für einen reibungslosen verwaltungstechnischen Ablauf; allerdings galten diese Einsätze wohl eher der Fakultät und der Universität als dem Regime. Aus der gesamten Zeit sind keine Aktionen bekannt, die ihn als Nationalsozialisten ausweisen, vielmehr stellte sich massiv schützend vor Graf Dohna, als dieser wegen nicht-nationalsozialistischer Ausführungen denunziert wurde. Als Rektor wurde er durch den »Stürmer« in einen handfesten Skandal verwickelt, als publiziert wurde, dass seine Frau bei einem jüdischen Metzger kaufte¹⁸¹. Darin lag sicherlich kein Akt des Widerstands¹⁸², zumal wenn man dort das beste Fleisch in der Stadt erwerben konnte. Die gezielte Denunziation Kipps zeigt vielmehr das Misstrauen ihm gegenüber und die Distanz, welche die Nationalsozialisten am Ort zum Rektor empfanden. Die Affäre hätte für Kipp unglücklicher enden können,

180 Kahle, Bonn University (wie Anm. 41), S. 16.

181 Zur Grüneberg-Affäre vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 72.

182 Heiber, Universität unterm Hakenkreuz (wie Anm. 163), II.2, S. 629, s. ferner II.1, S. 540, spricht allerdings von erheblichem Schneid.

insofern der Kurator¹⁸³ der Universität das Ministerium fragte, ob Kipp trotz der Belastung noch in der Universität gehalten werden könne¹⁸⁴, Kipp selbst stellte den Antrag, als Oberkriegsgerichtsrat in der Wehrmacht eingestellt zu werden. Interessant daran ist, dass dieser Wechsel im Ministerium nicht als notwendig angesehen wurde. Tatsächlich verbrachte Kipp dann doch den wesentlichen Teil in Wehrübungen und im Krieg. Insofern ähnelt er eher dem Typ des Soldaten, der sich für den Staat engagierte unabhängig davon, wie sehr ihm die Regierung gefiel.

Wolfgang Kunkel war seine Distanz zum Nationalismus von Anfang an bewusst. Sein deutliches Festhalten am wissenschaftlichen Kontakt mit »Juden« und seine konsequenten Bemühungen um größtmögliche Sachlichkeit, um sowohl nichts für das Regime, aber auch nichts Verfüngliches zu sagen, fielen schon ab 1933 der Göttinger Fakultät auf. Seit dieser Zeit wartete man auf die Gelegenheit, dieses politische »Relikt« der Weimarer Zeit in eine größere Universität abschieben oder emeritieren zu können. Andeutungen mangelnder Regimefreundlichkeit schreckten etwa die Marburger ab, Kunkel zu berufen. Als sich Bonn 1939 um ihn bemühte, waren sowohl die Göttinger und Bonner Fakultät als auch das Ministerium zufrieden. Allen Beteiligten war deutlich, dass wiederum ein dem Regime kritisch Gesonnener nach Bonn gelangt war.

Der Großteil der Ordinarien war schon in der Weimarer Zeit sehr erfolgreich gewesen und hatte sich damals bereits für den demokratischen Staat eingesetzt. Der Germanist und Handelsrechtler Karl Rauch wurde 1934 als Nachfolger Göpperts nach Bonn berufen, doch war er kein ausgewiesener Nationalsozialist, vielmehr wurde er gerade aufgrund mangelnden Enthusiasmus' aus Kiel entfernt. Anfeindungen durch Nationalsozialisten waren Rauch nicht neu, schon am Ende der Weimarer Zeit war er als erfolgreicher Manager mit antisemitischen Vorwürfen konfrontiert worden. Dies führte dazu, dass er sich besonders vorsichtig zeigte und in politischen Fragen zurückhielt¹⁸⁵. Erst in Bonn scheint er sich dem Nationalsozialismus etwa in seiner Antrittsrede genähert zu haben. Allerdings sind die Versuche, mit den aktuellen politischen Doktrinen auf die Aktualität der germanischen Rechtsgeschichte aufmerksam zu machen, gut mit den Bemühungen des Fachvertreters zu begründen, der für sein Fach, weniger für die Politik werben will. Auch seine Freundschaft zu Eckhardt, der dann später sein Schwiegersohn

183 Dazu s. Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz* (wie Anm. 163), S. 260 ff., 388 ff. speziell für Bonn.

184 Der Universitätskurator, Brief vom 18.2.1937, BA/Berlin, PA Karl Theodor Kipp, ZB II 1997 A. 2, Bl. 40.

185 Zu Karl Rauch s. BA/Berlin BCD Ahnenerbe, B 282, wonach vor der Machtübernahme nichts genaues über ihn bekannt sei. In Thüringen habe er sich unfreundlich gegenüber dem Nationalsozialismus geäußert. »Nach der Machtübernahme ist R. politisch weder günstig noch ausgesprochen nachteilig in Erscheinung getreten. Er hält sich politisch ganz bewusst zurück und geht allen Unterhaltungen, bei denen er eine politische Meinung zu äußern gezwungen ist, grundsätzlich aus dem Wege«.

wurde, ist nicht wirklich ein Zeichen für eine nationalsozialistische Einstellung. Rauch war Mitglied in dem als regimekritisch verdächtigten »Geisterklub«¹⁸⁶, einem privaten Debattierclub der Bonner Professoren, allerdings spielten hier wohl eher gesellschaftliche als politische Erwägungen eine Rolle. Wenig spricht daher für ein inneres Engagement Rauchs für den Nationalsozialismus, mehr hingegen dafür, dass er vorsichtig austestete, wie sehr er sich der Bewegung nähern oder einzelne Versatzstücke zu eigen machen konnte, ohne seine eigenen Überzeugungen zu verraten. Aus der Sicht der Nationalsozialisten galt er jedenfalls als verdächtig¹⁸⁷.

Mit dem Kirchenrechtler und Kanonisten Friedrich Heyer liegt ein zweiter Fall vor, in dem das eigene Schrifttum fehlt; auch er publizierte nach seiner Berufung nach Bonn im Jahr 1932 kaum noch etwas. Trotzdem zeigte er sich nicht nur durch den Verzicht auf prominente Stellungnahmen gegenüber dem Nationalsozialismus deutlicher reserviert als Kipp. Er war Doktorvater des letzten »jüdischen« Doktoranden¹⁸⁸. Aufschlussreich ist ebenso seine Vorlesungstätigkeit. Indem er das kanonische Eherecht anstelle des neuen Ehegesetzes las, machte er seine Distanz zum nationalsozialistischen Recht deutlich, ohne dass er dies explizieren musste; er setzte sich damit darüber hinweg, als Professor das jeweils aktuelle Recht und damit auch das nationalsozialistische lehren zu müssen. Dennoch wurde er von Studenten denunziert, die teilweise den Widerspruch deutlich empfanden und nicht zu tolerieren bereit waren. Heyer, der gut mit Papst Pius XII. bekannt war, fand aufgrund seiner katholischen Position die Kraft, solche leisen Zeichen zu setzen. Insoweit ist er ein typischer Vertreter des rheinischen Katholizismus, der sich nur selten zum aktiven Widerstand aufraffte, aber durchaus Distanz zum Regime wahrte. Gegen Rosenbergs »Mythos des 20. Jahrhunderts«¹⁸⁹ protestierten der Erzbischof von Köln und der Bischof von Münster, einige Wissenschaftler publizierten sogar einen Band mit Widerlegungen. In den Bonner Buchhandlungen, vor allem in der Universitätsbuchhandlung, galt Rosenbergs Buch als vergriffen und nicht mehr erhältlich¹⁹⁰.

186 »Der Mitgliederkreis dieses Klubs, der vorwiegend gesellschaftliche und wissenschaftliche Interessen zu haben vorgibt, setzt sich durchweg aus politisch und weltanschaulich negativen Persönlichkeiten der Universität Bonn zusammen«, BA/Berlin BCD Ahnenerbe, B 282, Karl Rauch.

187 Schreiben des SS-Obersturmbannführers an den Kurator des »Ahnenerbes« vom 14.9.1941, wonach Rauch in politischer Hinsicht nicht als in jeder Beziehung einwandfrei anzusehen sei, BA/Berlin BCD Ahnenerbe, B 282, Karl Rauch.

188 Vgl. o. wie Anm. 70.

189 Dazu s. Karl Gutzmer, Der Bonner Buchhandel im Überblick mit besonderer Berücksichtigung des Dritten Reichs, in: Heyer (wie Anm. 144), S. 321 ff.

190 Brief des Stabsleiter zum Bericht nach Reise im Rheinland vom 22.3.1935, NS 8 177, Bl. 65.

Eine Reihe von Professoren war sehr konservativ und national eingestellt, jedoch nicht nationalsozialistisch. Erich Kaufmann wurde zu einem der regelmäßig konsultierten Experten des Staatsrechts am Ende der 1920er Jahre. Zwar blieb er zunächst nach 1933 weiter beratend tätig, wurde aber als Jude 1935 emeritiert und musste 1939 untertauchen. Auch Heinrich Göppert war als ehemaliger hoher Beamter ein Exponent der Weimarer Zeit; durch seine Tätigkeit als Stadtrat war »Exzellenz Göppert« eine über die Fakultätsgrenzen hinaus bekannte Persönlichkeit der Stadt. Aufgrund seiner DNVP-Mitgliedschaft hätte er sich den neuen Machthabern anschließen können. Allerdings scheint es, dass Göppert in seiner Zeit als Bonner Stadtverordneter antidemokratische Ressentiments abbaute. Sein frühes Entlassungsgesuch nach Ausschluss aus dem Kreis der Prüfer im Examen zeigt, dass er nicht bereit war, sich anzupassen. Es überrascht daher nicht, dass er ein Jahr später und nur wenig verfrüht emeritiert wurde; dies ist kaum seiner teilweise jüdischen Herkunft anzulasten. Adolf Zycha war als ehemaliger Rektor der Deutschen Universität Prag ebenfalls national eingestellt und überwiegend konservativ. Vielleicht war es jedoch gerade seine Ausrichtung auf die slawische Welt, die ihn von der Rassenlehre Abstand halten ließ.

Richard Thoma, einer der prominentesten Vertreter des Weimarer Staatsrechts und Mitglied der Zentrumspartei, fand gelegentlich sogar die Kraft, eigene dem Regime widersprechende Positionen zu beziehen. Recht geschickt verband er das mit dem von ihm immer wieder behandelten Grenzland-Thema¹⁹¹. Dabei war er durchaus kein Widerstandskämpfer, aber mit seiner Publikation zur Wiedereingliederung des Rheinlands ins Deutsche Reich schmälerte er die offiziell behauptete zentrale Bedeutung Hitlers. Wie riskant die Angelegenheit trotz aller immer wieder vom Ministerium gezeigten Geduld gegenüber den wenig nationalsozialistischen Bonner Professoren war, zeigt die Folge, dass Thoma anschließend bis zum Ende des Dritten Reiches nicht mehr Staatsrecht lesen durfte. Noch mutiger äußerte sich Graf Dohna, der als DVP-Mitglied einer der wenigen Liberalen der Fakultät war. Auch die schon erwähnte Denunziation brachte ihn nicht zum Schweigen. Jeder, der es wahrnehmen wollte, konnte seine Distanz zum Regime spüren und in seinen Vorlesungen jene Grundsätze lernen, die im nationalsozialistischen Staat verletzt wurden.

Die bekennenden Nationalsozialisten wie Eckhardt, Heckel und Bley wurden ergänzt von Dölle und durch – zumindest vor seiner Bonner Zeit – von Weber, die sich engagieren ließen. Ihnen steht dagegen eine Mehrheit von Professoren gegenüber, die eine deutliche Distanz zum Regime wahrten. Auch wenn die Distanz weniger aus Taten denn der Atmosphäre zu entnehmen war, so prägte diese Mehrheit doch eine eigene Stimmung an der Bonner Fakultät. Die Verteidigung des wissenschaftlichen Anspruchs verband diese Mehrheit und verkörperte einen

191 Vgl. die Errichtung der »Arbeitsgemeinschaft für Grenzlandfragen« durch die Fakultät, FB vom 1.6.1933.

Geist, der sich nicht einfach dem politischen Diktat unterwerfen wollte¹⁹². Insoweit bedurfte es keines besonderen Gespürs, um das Fehlen eines nationalsozialistischen Geistes festzustellen, wie dies ein Bericht der 30er Jahre im Gau Aachen-Köln bemerkte¹⁹³. Erstaunlich und fraglich ist vielmehr, warum sich in Bonn durch die ganze Zeit des Dritten Reichs hinweg so wenig änderte.

Assistentenschaft

Der Blick auf die älteren und der Tradition eher verpflichteten Professoren zeichnet aber vielleicht ein zu freundliches Bild von den Bonner Juristen. Ohnehin fiel schon auf, dass gerade die jüngeren Professoren wie Bley, Eckhardt und Heckel sich deutlich zum Nationalsozialismus bekannten. So mag es gerade aus der Sicht des Regimes die Überalterung der Fakultät gewesen sein, die sie Abstand vom Nationalsozialismus wahren ließ. Tatsächlich werden andere Einstellungen deutlich, wenn man den wissenschaftlichen Nachwuchs der Fakultät betrachtet. Zwar gab es auch hier einige konservative, eher der politischen Einstellung der Lehrer verpflichtete Wissenschaftler; auf Ernst Friesenhahn wurde bereits hingewiesen. Wenn im Folgenden drei Bonner Assistenten vorgestellt werden, ist dies einerseits eine willkürliche Auswahl, andererseits der Hinweis auf eine mögliche andere Sichtweise der Bonner Fakultät.

Ernst Rudolf Huber war im hier untersuchten Zeitraum nur wenige Monate als Privatdozent Mitglied der Bonner Fakultät. Schon zum Sommersemester 1933 wurde er nach Kiel berufen. Dort wurde er ein prominentes Mitglied der so genannten Kieler Schule¹⁹⁴, also einer Gruppe von Professoren, die besonders um die nationalsozialistische Erneuerung des Rechts bemüht war. Insbesondere sein »Verfassungsrecht des Großdeutschen Reichs« ist ein groß angelegter Versuch, dem Dritten Reich eine juristische Struktur abzugewinnen. Aufgrund des Œuvres dieses überaus intelligenten und gebildeten Juristen kann kein Zweifel daran bestehen, dass er seine Arbeit in den Dienst des Dritten Reichs stellte.

Wilhelm Ebel (1908–1980)¹⁹⁵ ist ein Schüler von Zycha. Er war offensichtlich der erste Assistent, der in den Sommerferien 1934 am Gemeinschaftsdienst der Dozenten »Hanns-Kerrl« teilnahm¹⁹⁶. Er wird auch als einziger Jurist Dozenten-

192 Hierzu vgl. die Ausführungen zur Stellung Bonns im Schlussteil dieses Textes.

193 Bericht aus dem Gau Aachen-Köln, NS 15246, Bl. 0354657.

194 Jörn Eckert, Was war die Kieler Schule, in: Franz Jürgen Säcker (Hg.), Recht und Rechtslehre im Nationalsozialismus, Baden-Baden 1992, 37–70; ders., Die Kieler Rechtswissenschaftliche Fakultät – »Stroßtruppfakultät«, in: Heribert Ostendorf/Uwe Danker (Hg.), Die NS-Strafjustiz und ihre Nachwirkungen, Baden-Baden 2003, S. 21–55.

195 Götz Landwehr, Geleitwort, in: Studien zu den germanischen Volksrechte. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S. 7–10.

196 FB vom 27.7.1934.

fürer in Bonn¹⁹⁷. In den jüngeren Publikationen wird betont, dass er auch nachdem er 1939 Professor in Göttingen geworden war, enge Verbindungen zur Partei und ihren Gliederungen behielt¹⁹⁸. 1941 trat er in die Waffen-SS ein, war allerdings nur einen einzigen Tag im Kampf an der Westfront beteiligt, dies brachte ihm aber bereits das Eiserne Kreuz ein. 1943 wurde er im Rahmen des Reichssicherheitshauptamts in das SS-Ahnenerbe versetzt¹⁹⁹. Hier offenbaren sich gute Beziehungen zu Himmler. Weitere Verwicklungen Ebels zeigte Joachim Rückert auf²⁰⁰.

Falk W. Zipperer wurde am 24.12.1899 geboren und war Schulfreund und Klassenkamerad von Heinrich Himmler. Er wollte in München eine wissenschaftliche Laufbahn bei Konrad Beyerle einschlagen, gab diesen Plan zunächst aber nach dem Tod Beyerles und seinem Fehlschlag in der Assessorprüfung auf und arbeitete in der SS; zuletzt hatte er den Rang eines Obersturmbannführers inne. Durch Himmler wurde er jedoch bestimmt, weiter zu arbeiten, und Himmler wies ihn Eckhardt als Schüler zu. Als Schüler Eckhardts wurde Zipperer 1937 in Kiel promoviert²⁰¹. Da Zipperers Habilitation in der Festschrift für Himmler erscheinen sollte, befand sie sich während der Votierung bereits im Druck; Eckhardt bat den Zweitkorrekter folglich in seinem Gutachten um die Genehmigung zum Druck vor der Votierung. Nach der problemlosen Habilitation wurde Zipperer am 26.6.1944 zum außerordentlichen Professor in Innsbruck ernannt und geriet dann in Gefangenschaft. Die Fakultät bescheinigte ihm 1947, politisch nicht hervorgetreten zu sein²⁰². Nach dem Krieg war er im höheren Dienst in der Bundesbibliothek für die wissenschaftliche Katalogisierung zuständig²⁰³.

Erstaunlich sind die Parallelen zu Eckhardt; Zipperer wirkt in manchem wie ein Zerrbild seines Lehrers. Die Beziehungen zu Himmler verbinden beide zusätzlich mit Ebel. Gerade die Vertreter der Deutschen Rechtsgeschichte, mit der Ausnahme Zychas und Rauchs, erscheinen wie die nationalsozialistische Speerspitze in der Fakultät.

197 S. FB vom 4.12.1935.

198 Vgl. Robert P. Ericksen, Denazification at Göttingen, Vortrag Oslo 2000, <http://www.oslo2000.uio.no/AIO/AIO16/group%209/Ericksen.pdf>, S. 10 f.

199 Dazu Michael H. Kater, Das »Ahnenerbe« der SS 1935–1945, München 1997, S. 195.

200 Zu verweisen ist auf seinen unpublizierten Vortrag von 1990 auf Schloss Ringberg.

201 Das Haberfeldtreiben, Weimar 1938.

202 Angaben nach der PA Zipperer, FA/Bonn. Im Kürschner von 1951 sind keine Angaben über Zipperer zu finden, seine Spuren verlieren sich. Herrn Dr. Walter Barkhausen danke ich für die Angabe über die Nachkriegstätigkeit.

203 Gerhard Hahn, Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte, Düsseldorf 1997, S. 582.

Im Übrigen war der Erfolg der Dozentenlager in Bonn mäßig. Trotz der namentlichen Einladung Eckhardts etwa zum Kitzeberger Lager²⁰⁴ wurde sie von keinem Bonner besucht. Nur Ebel nahm an der erwähnten Tagung teil, ebenso fuhren Boldt und Schiederemair zu einem Dozentenlehrgang²⁰⁵. Bonner Absenz wurde auch gemeldet vom Gemeinschaftslager Schloss Tännich²⁰⁶.

Die Stellung der Bonner Fakultät im Reich

Welche Stellung kam der Bonner Fakultät im Rahmen der zwölf preußischen Fakultäten zu, welche Rolle sollte Bonn in der neuen nationalsozialistischen Hochschulpolitik spielen? Ohne jede Frage war Berlin nicht nur die größte²⁰⁷ und bestausgestattete Fakultät des Reichs, sondern auch intellektuell die führende Universität des Reichs. Mehr Professoren, wesentlich mehr Dozenten und eine weitaus größere Zahl von Studenten markieren die quantitative Seite. Hinzu trat die Verbindung der Universität zur Politik, sie profitierte von der Hauptstadtrolle Berlins. So lagen etwa die Kaiser-Wilhelm-Institute (später Max-Planck-Institut) in Berlin, so dass schon aufgrund dieser besonderen Ausstattung die bedeutendsten Forscher nach Berlin als Institutsdirektoren berufen wurden und gleichzeitig eine Stellung an den Berliner Fakultäten erwarben. Im Bereich des öffentlichen Rechts kam die fachgegebene Vernetzung mit der Politik hinzu. Kaufmann war lange in Bonn beurlaubt, um die Ministerialbeamten in Berlin beraten zu können. Er sollte nach Berlin versetzt und von seinen weiteren Pflichten entbunden werden, um ganz der Regierung beratend zur Seite stehen zu können²⁰⁸.

Die gute Ausstattung und die Nähe zur Macht sind Gründe dafür, dass besonders renommierte Wissenschaftler in Berlin lehrten und wirkten. Dies wurde weiter unterstützt durch eine aktive Politik des preußischen²⁰⁹, später des Reichsministeriums. Es ist jedoch schwierig, eine eigene nationalsozialistische Hochschulpolitik auszumachen²¹⁰. Dennoch gibt es einige politisch motivierte Tendenzen, die für

204 Schreiben Eckhardts vom 10.5.1935 im Namen des REM, BA/Berlin, R 4901 886, Bl 75 f.; Zum Kitzeberger Lager vgl. Franz Wieacker, *Zivilistische Schriften* (1934–1942), *Ius Commune Sonderheft* 137, Frankfurt a.M. 2000, S. 163–175.

205 Schreiben von Boldt vom 7.3.1934, GStA, I. HA Rep. 76 (D), Nr. 424, Bl. 113 ff.

206 FB vom 22.1.1936; inhaltlich zu dieser Tagung s. Losemann, *Zur Konzeption* (wie Anm. 76), S. 98.

207 Zu den Studentenzahlen vgl. Kleinberger, *Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?* (wie Anm. 76), S. 28.

208 Eckhardt für Minister: Schreiben vom 9.11.1934 Bl. 179, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12.

209 Zur Hochschulpolitik bis 1933 vgl. Wolfgang Wittwer, *Hochschulpolitik und Hochschulreform in Preußen 1918 bis 1933*, in: Hartmut Boockmann u.a. (Hg.), *Geschichte und Gegenwart*, Kiel 1980, S. 313–325.

210 Vgl. Kleinberger, *Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?* (wie Anm. 76), S. 26 ff. Zu den Bemühungen Rosenbergs um eine »Hohe Schule«, insbesondere zum

die Zeit nach 1933 charakteristisch wurden. Politische Zweifel hinderten das Reichsministerium etwa daran, Wissenschaftler nach Berlin zu berufen. Heckel etwa sollte 1938 nach Berlin berufen werden, um im Bereich des Kirchenrechts so zu wirken, wie es sich das Kirchenministerium wünschte. Es entstanden jedoch Bedenken bezüglich der Vorlesungen Heckels im Staats- und Verwaltungsrecht. Hier vertrete er keine eigene Meinung und neige Kompromisslösungen zu. Diese Vorlesungen würden ihm daher nicht liegen und es sei tunlicher, ihn in München zu halten²¹¹. Man achtete also darauf, in Berlin nur linientreue Dozenten zu versammeln. Dabei sollte jedoch das Renommee der Berliner Universität als führende im Reich erhalten bleiben.

Allerdings gab es Fakultäten, die hinter Berlin nicht wesentlich zurückstehen sollten. Zunächst ertönten vornehmlich aus dem süddeutschen Bereich Stimmen, die über die Stellung z.B. von Leipzig, München und Freiburg eifersüchtig wachten. Visionen einer bewussten Hochschulpolitik im Bereich Rechtswissenschaften zeigen sich in einem Schreiben an das sächsische Volksbildungsministerium aus dem Jahr 1934: Nur eine geringe Anzahl aktiver jüngerer Kräfte seien bei der Neugestaltung der Universitäten

»für den Einsatz in der nationalsozialistischen Bewegung vor allem die Grenzuniversitäten Breslau, Königsberg und Kiel in Aussicht genommen und besonders die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät dieser 3 Universitäten [sind] weitgehend personell umgestaltet worden. Andererseits scheint es mir richtig, die altangesehenen großen Universitäten wie Berlin, Leipzig, München usw. in ihrer bisherigen wissenschaftlichen Zusammensetzung zu erhalten und nach Möglichkeit nur langjährig bewährte, wenn auch selbstverständlich politisch positive, Dozenten dorthin zu berufen.«²¹²

Einerseits also sollten die klassischen, bedeutenden Fakultäten erhalten bleiben und nicht aufgrund von ideologischer Vorgaben ihr wissenschaftliches Renommee riskieren. Auch Eckhardt achtete streng auf wissenschaftliche Kompetenz und Niveau. Ältere, bewährte, wissenschaftlich ausgewiesene Dozenten sollten in diesen bekannten Stätten des Geistes lehren; ihre politische Einstellung spielte nur eine sekundäre Rolle, sie durften nicht als Gegner des Nationalsozialismus gelten.

Andererseits benannte Eckhardt Universitäten in Grenzgebieten des Reiches wie Breslau, Königsberg und Kiel, in denen eine weitgehende politische Umgestaltung vorgenommen werden sollten. Vor allem jüngere Professoren sollten hier

Ansatz einer juristischen Realisierung in Marburg s. Losemann (wie Anm. 77), S. 106 ff., S. 112 ff.

211 Schreiben des Reichsamtleiters an den Stellvertreter des Führers vom 27.9.1938, Parteikorrespondenz, BA/Berlin 4462.

212 Referentenschreiben an sächsisches Volksbildungsministerium, Entwurf von Eckhardt vom 3.11.1934, GStA, I Rep. 76 V a, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 4, Bd. 8, Bl. 237 f.

wirken. Eckhardt fährt daher fort: »Sollten wir aber unserem Nachwuchs Gelegenheit geben, an einer kleineren Universität und unbeschwert von alter wissenschaftlicher Tradition kämpferisch zu wirken und grundlegend Neues zu gestalten.«

In den Grenzlanduniversitäten sollten die alte wissenschaftliche Tradition also aufgebrochen werden, hier galt es, vorrangig die neue Ideologie zu entwickeln und ihre Implikationen für die wissenschaftlichen Materien zu entdecken. Hinter der »Kieler Schule« stand also eine bewusste Konzeption, die auch Königsberg und Breslau betraf. Entsprechend findet sich in den Akten des Bundesarchivs ein Merkzettel²¹³ zur Eckhardtschen Studienreform mit Richtlinien für das Studium der Rechtswissenschaft mit dem folgenden Aufruf an die Studenten: »Bevorzugt zunächst die rechtswissenschaftlichen Fakultäten in Kiel, Breslau und Königsberg, die als politischer Stoßtrupp ausersehen sind!« Allerdings wurde es Kiel verwehrt, mit seiner Stoßtrupp-Qualität zu werben. Diese Art Universitäten sollten den anderen Universitäten nicht zusätzliche Konkurrenz machen, sie sollten dort keine Studenten abwerben²¹⁴.

Eine Sonderstellung nahm die Reichsuniversität Straßburg ein, die aus politischen Gründen besonders gefördert wurde²¹⁵. Hierher wurden Dozenten mit besonders hohen Gehältern gelockt und scharf wehrte man sich dagegen, dass der Sächsische Minister für Volksbildung etwa den Verlust von Wieacker und Gadamer durch eine Höherstufung in Leipzig verhindern wollte²¹⁶. Besonders in diesem Fall brachte das Berliner Ministerium seine Hoheit in Hochschulsachen in Erinnerung, so deutlich wie sonst kaum nahm das Reichserziehungsministerium hier eine zentrale Kompetenz zur Personalpolitik betreffend Professoren in Anspruch²¹⁷.

213 Merkzettel, gez. 18.1.1935 durch Minister, BA/Berlin R 4901 12915.

214 REM vom 19.12.1934, Bl. 2, gegen den Kieler Kurator, wonach sich die Universitäten sich nicht als besonders politisch zuverlässig anpreisen durften, BA/Berlin R 4901 636.

215 Herwig Schäfer, *Juristische Lehre und Forschung an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944*, Tübingen 1999 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, 23), S. 227 ff.

216 Sächsisches Min. für Volksbildung, Schreiben vom 20.2.1941, BA/Berlin, R 4901 13856.

217 Zentrale Planstelle zum Dienort von Professoren, REM vom 8.5.1041, BA/Berlin, R 4901 13856, Bl. 371: »Der Einsatz von Hochschulprofessoren an den deutschen wissenschaftlichen Hochschulen (einschl. der ihre Besoldung betreffenden Fragen) ist Gegenstand umfassender Planung einer einzigen Stelle, nämlich des Amtes Wissenschaft meines Reichsministerium. Es ist daher kein Raum für Versuche, einen Professor, zu dessen Einsatz an bestimmter Stelle ich – sein Einverständnis vorausgesetzt – unter mir angemessen erscheinenden Zugeständnissen oder ohne solche entschlossen bin, durch Gegenangebote, die ohne meinen Willen gar nicht wirksam werden können, zum Verbleiben an seiner bisherigen Hochschule zu bewegen, d.h. ihm eine Zusage zu geben, daß ihm bei mir für den letzteren Fall irgendwelche Zugeständnisse

Anfragen hinsichtlich der nach Straßburg zu berufenden Professoren verbat man sich daher²¹⁸. Mit der gleichen Kompetenz plante man die Verlegung der Universität Gießen nach Salzburg²¹⁹ und Neugründungen in Trier und Krefeld.

Fraglich bleibt die Stellung Bonns in diesem Gesamtplan. Einerseits war auch Bonn eine Universität im Grenzland zu Frankreich, andererseits nahm sie seit ihrer Gründung eine Berlin vergleichbare Stellung ein, die sich schon in der Namensgebung ausdrückte. Wie Breslau im Osten sollte die Humboldtsche Studienreform im Westen zu einer Eingliederung der Bevölkerung bzw. der Intelligenzia in das vergrößerte Preußen bewirken²²⁰. Dabei nahm Bonn zwar nicht den Rang Berlins ein, galt aber als »Vorhof« zur Universität der Reichshauptstadt. Dies wurde etwa im Fall Genzmer deutlich, dem Bonn angeboten werden sollte, nach den Notizen im Ministerium kam möglicherweise jedoch sogar seine Berufung nach Berlin in Betracht²²¹. Bonn nahm dadurch durchaus einen Rang ein, den es von Bonn aus zu verteidigen galt. Für den Fall einer Versetzung Kipps wollte der Bonner Kurator erreichen, dass Kipp jedenfalls an eine Fakultät »mindestens im Rang der Bonner« versetzt würde²²². Immer wieder betonte Bonn seine preußische Tradition, vor allem um das wissenschaftliche Niveau zu halten und den Zustrom parteihöriger Dozenten zu behindern. Der Nationalökonom Arthur Spiethoff (1873–1957) etwa holte historisch weit aus, um konkret gegen die Berufung von Hentigs zu protestieren²²³.

Diese Position Bonns wurde in Berlin jedoch grundsätzlich geteilt. Auch in Berlin war man nicht bereit, die anderen preußischen Fakultäten mit Tradition untergehen zu lassen. Auch wenn Eckhardt etwa den Vorhaltungen Spiethoffs scharf entgegnet, vertrat er doch inhaltlich eine ähnliche Position. Gerade Eck-

erwirkt würden, und sodann die Verwirklichung mit dem Druckmittel des Hinweises auf eine geführte Verhandlung, getroffene Vereinbarung, Zustimmung des Landesfinanzministers, bei mir durchzusetzen.«

218 Dies wurde auch als Schnellbrief an alle Rektoren versandt, vgl. BA/Berlin, R 4901 13856, WA 800, 08.05.1941, Bl. 376.

219 WA 3307 38, Bl. 51.

220 Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870, Bonn 1920, S. 63 ff.

221 BA/Berlin, B0506, Bl. 207.

222 PA Kipp, BA/Berlin, ZB II 1997 A.2, Bl. 41.

223 Schreiben der Fakultät an das REM vom 16.10.1934, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 175: »Die Universität Bonn ist nach den Befreiungskriegen begründet worden, um in dem neugewonnenen katholischen Grenzlande eine Pflanzstätte preußischen Geistes zu bilden. Auch das neue Reich stellt ihr Kampfaufgaben, deren wirksame Erfüllung und das hierfür unentbehrliche Ansehen der Universität muß auf das schwerste beeinträchtigt werden, wenn man fortfährt, Männer hierher zu versetzen, die für andere Universitäten als ungeeignet befunden worden sind.« Zu diesem Vorgang s. auch Höpfner (wie Anm. 2), S. 232.

hardts Neigung, im Fall seines Ausscheidens aus dem Ministerium nicht nach Kiel oder an die Berliner Universität, sondern nach Bonn zurückzukehren, spricht dafür, dass er das Bonner wissenschaftliche Niveau schätzte und zu halten gewillt war. Das war eine Auffassung, die wohl vom Großteil des Ministeriums geteilt wurde. Bonn sollte gerade nicht in eine Stoßtruppfakultät umgewandelt werden, vielmehr wollte man in Anerkennung des wissenschaftlichen Ranges hier mindestens für eine Übergangszeit das Fehlen wirklich nationalsozialistischer Dozenten in Kauf nehmen. Die Programmschrift von Ernst Anrich, die forderte, Bonn als geistige Grenzfestung umzubauen²²⁴, entsprach daher gerade nicht den Absichten Berlins.

Dem Widerstand gegen die Ernennung von Hentigs und ähnlichen Berufungen bzw. Versetzungen aus Kiel lag ein Missverständnis zugrunde: Während die Bonner Seite vermutete, mit parteinahen Dozenten überschwemmt zu werden und zum Kieler Schuttablageplatz zu mutieren, säuberte das Ministerium Kiel von den Dozenten, die nicht auf der Parteilinie lagen, und wies sie einstweilen den traditionelleren Universitäten zu, wobei aber auf die fachliche Qualität noch geachtet wurde. Dies geht deutlich aus den Notizen des Ministeriums hervor. Der Auffassung des Referenten im Reichserziehungsministerium Kasper, Bonn müsse »leider – mangels ausreichender guter Kräfte – auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft doch etwas vernachlässigt werden«, wurde im Ministerium hinzugesetzt²²⁵:

»An sich wäre nicht erfreulich, gerade nach Bonn einen Gegner des Nationalsozialismus wie Herrn v. Hentig zu setzen, da die dortigen Zustände sowieso höchst unerfreulich sind. Ist nicht eine jur[istische] Fakultät [zu] finden, in der ein so aktiver Dekan amtiert, daß Leute vom Schlage v. H. keinen Boden gewinnen können?«

Keineswegs sollte von Hentig die nationalsozialistische Front in Bonn stärken, umgekehrt war man bereit, ihn trotz mangelnder ideologischer Anpassung noch weiter zu beschäftigen. Allerdings besorgte sich Eckhardt für diesen Schritt Rückendeckung bei Carl Schmitt, der ihm die weltanschauliche Unbedenklichkeit von Hentigs bescheinigte²²⁶. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Qualität versetzte man ihn daher nach Bonn, wobei man dem ideologisch suspekten Beamten aber deutlichen machte, dass dies trotz des Rangs der Bonner Fakultät keine Beförderung sein sollte. Dies wurde auch in der Entlohnung ausgedrückt. Aus

224 Dazu Höpfner (wie Anm. 2), S. 19 ff.; ders., Bonn als geistige Festung an der Westgrenze?, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen, Band 2, Münster u.a. 2003, S. 673–687.

225 Zusatz durch MDir Vahlen, GStA, I Rep 76 V a, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 22, Bl. 266.

226 »Gegen eine Berufung von Prof. v. Hentig in Kiel auf die o. Professur für Strafrecht und Strafprozeß an der Universität Bonn habe ich keine weltanschaulichen Bedenken. Berlin, den 8. Nov. 1934, Prof. Dr. Carl Schmitt, für Amt Rosenberg.«, GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 189.

ähnlichen Motiven war das Ministerium 1939 mit der Berufung Kunkels nach Bonn einverstanden. Hier mehrten sich die Regime-Skeptiker, aber die Zustände waren sowieso »unerfreulich«, dafür entledigte sich Göttingen eines Kollegen, den man schon lang in politischer Hinsicht als Problemfall empfand.

Es blieb das Problem der mangelnden weltanschaulichen Ausrichtung Bonns, das sich immer wieder an Details zeigte. So wollte die Fakultät als Nachfolger Grünhuts entweder Eberhard Schmidt oder Erik Wolf berufen. Beide wären aus wissenschaftlicher Sicht ohne Zweifel eine große Bereicherung gewesen, sie galten jedoch in Berlin durchaus zu Recht als politisch verdächtig, auch wenn Schmidt in Hamburg als Rektor fungieren konnte. Eckhardt bot daher an, der Fakultät daher bei passender Gelegenheit eine Zurechtweisung zukommen lassen²²⁷ und nur wenig abgemildert erfolgte ein Rüffel des Ministers²²⁸: »Eine Fakultät, die eine Strafrechtsliste Eberhard Schmidt – Hamburg und Erik Wolf – Freiburg einreicht, hat die Berücksichtigung politischer Belange mir zu überlassen.«

Auch dem Sicherheitshauptamt fiel die traditionelle, liberalistische Stellung der »überalterten« Bonner rechtswissenschaftlichen Professoren auf²²⁹. Dabei handelte es sich nicht nur um »positives Nichtstun«, um Schäden abzuwenden²³⁰, sondern um eine grundsätzlich distanzierte Haltung, die allerdings nicht in Akte des Widerstandes kulminierte. Da nicht überall die raren, kostbaren jüngeren Dozenten wirken konnten, sondern Pflanzstätten des neuen Geistes gebildet werden sollten, nahm man also übergangsweise Fakultäten hin, in denen ganz konservativ die wissenschaftliche Ausrichtung den Richtwert geben sollte.

Den Bonner Juristen blieb eine Gleichschaltung erspart, weil die Fakultät einerseits genügend weit von Berlin entfernt war, um die politische Dissonanz zu lindern, und andererseits ausreichend groß und anerkannt war, um durch sein wissenschaftliches Renommee für das Reich zu werben. Für eine Übergangszeit war die Wissenschaftspolitik des Reiches bereit, solche Widersprüche zu dulden; letztlich fehlte ihr die Zeit, alle Fakultäten neu zu gestalten. Auch im Reich wurde bekannt, dass die Bonner Juristen nicht systemkonform dachten, und dies bewog einige Studenten zu einem Wechsel nach Bonn²³¹.

227 Eckhardt an Staatssekretär 23.10.1934, I. HA Rep. 76 Kultusministerium (M), Sekt. 3 Tit. IV Nr. 38 Bd. 12, Bl. 176 f.: Spiethoff nicht ernstzunehmen, hielt Eckhardt für politisch untragbar für Fakultät, »Ich bitte schreiben zu dürfen, daß eine Fakultät, die einen Berufungsvorschlag Eberhart Schmidt-Hamburg und Erik Wolf-Freiburg vorzulegen wagt, sich das Recht verscherzt hat, politische Bedenken zu erheben.«

228 Im Schreiben des Ministers vom 7.11.1934, wie Fn. 227. Dazu s. Heiber (wie Anm. 163), S. 632.

229 Meldungen aus dem Reich, II 127, zitiert nach: Grüttner (wie Anm. 82), S. 182.

230 So das Fazit von Giles (wie Anm. 27), S. 57.

231 Auskunft von Dr. Hubert Claessen, s.o. Anm. 104.

In seiner Geschichte der Universität Bonn beschreibt Höpfner den juristischen Fachbereich als »Insel der Seligen«²³², die im Vergleich zu den anderen Bonner Fakultäten wesentlich weniger in das Fahrwasser der nationalsozialistischen Politik geriet. Aber auch im Vergleich zu den anderen juristischen Fakultäten des Reichs gelang es der Bonner Rechtswissenschaft nicht zuletzt durch den Schutz Eckhardts, gleichsam eine Insel der Tradition und der Wissenschaft zu bilden, in die der Zeitgeist nur in geringem Maße Eingang fand.

Schluss

Gerade also der Blick auf die Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums zeigt, dass es trotz einer verwirrenden Vielzahl heterogener Elemente einen Stil der Bonner Juristen durchaus gibt. Aus Berliner Sicht stand dieser Fachbereich einerseits für wissenschaftliche Qualität, andererseits und vor allem aber auch für Lehrkräfte, die noch Ideen der Weimarer Zeit angingen. Zu wenig, so meinte man, taten die Bonner Rechtswissenschaftler, um sich der neuen Zeit zu öffnen. Tatsächlich zeigte sich die Fakultät gerade dann bemüht, wenn es um die Sicherung von Bestehendem ging. Nach dem Ausscheiden Brucks ließ man sich von ihm beraten, wer de facto Nachfolger werden sollte, und setzte diese Idee erfolgreich um. Große Pläne wurden in dieser Zeit sonst nicht verfolgt.

Von wenigen Fällen abgesehen ist die Geschichte der Bonner Juristen im Dritten Reich nicht spektakulär: Es gibt keine berühmten Widerstandskämpfer und nur ganz wenige ausgesprochene Nationalsozialisten. Vor allem fehlen eindrucksvolle Vorgänge, welche die Fakultät betreffen. Die Juristen stehen abseits oder nur im Hintergrund, wenn in Bonn politische Veranstaltungen stattfinden, ebenso wenig gehen in dieser Zeit spektakuläre Ideen der Rechtserneuerung von Bonn aus. Im Bonner juristischen Fachbereich bleibt es ruhig, noch ruhiger als angesichts der doch teilweise bedeutenden Namen zu erwarten und insoweit doch wieder auffällig ruhig.

Wenn auch die Bekenntnisse gegen den Nationalsozialismus fehlen, gibt es doch gerade in Zeiten der Diktatur ein beredtes Schweigen. Die kühle Sachlichkeit der Vorlesungen Kunkels verstand man als Distanz zum Regime. Gleiches gilt für die Veranstaltung Heyers zum kanonischen Eherecht statt zum Ehegesetz von 1938 sowie die Vorträge Graf Dohnas, welche die Zuhörer an der falschen Stelle zum Applaus veranlassten. Die Studenten, die Universität und schließlich auch das Berliner Ministerium sahen darin deutliche Zeichen der Ablehnung.

Der bei vielen Dozenten zu entdeckende Versuch, durch Nüchternheit und fehlendes Pathos der Pflicht zwar nachzukommen, ohne die eigene Auffassung zu verraten, war durchaus erfolgreich. Dies zeigen sowohl die Denunziationen als auch ihre Erfolglosigkeit. Immerhin konnte so die Fakultät größere Eingriffe in ihre Strukturen abwenden und auch in den Vorlesungen ihren Stil bis 1945 weitgehend

232 Höpfner (wie Anm. 2), S. 247.

durchhalten, so dass das nationalsozialistische Gebaren Bleys auffiel und offenbar auch unter den Studenten verbreitet auf Ablehnung stieß.

Es gab also Ausnahmen, durchaus aber auch einen Stil der Fakultät. Prägend waren wohl auch durch ihre gesellschaftlichen Bemühungen Graf Dohna und Richard Thoma und überhaupt der geschlossene Kreis älterer konservativer Professoren, der es dem Außenseiter Eckhardt kaum erlaubte, bestimmenden Einfluss zu nehmen²³³. Eine stille Kraft im Hintergrund bildete vielleicht noch der Rheinländer Heyer. Die Bedeutung der Wissenschaft wurde umso größer, als damit die Bedeutung der Ideologie in den Hintergrund gedrängt wurde. Aber selbst Eckhardt passte sich nach 1936 dem Stil der Konzentration auf die Wissenschaft an und schien sich hier wohl zu fühlen.

Betrachtet man die Fakultät als Kräftefeld und achtet man auf die bestimmenden Einflüsse, dann bilden die Betonung der Wissenschaft und eine selbstbewusste Unabhängigkeit in politischer Hinsicht ihre Charakteristika. Diese Merkmale beruhen zum einen auf der bewussten Entscheidung der Mehrheit der Fakultätsmitglieder. Sie entschieden sich damit, die Traditionen der Zeit vor 1933 fortzuführen und im Dritten Reich lebendig zu halten. Die genannten Wesenszüge konnten zum anderen aber nur deswegen beibehalten werden, weil sie auf die Akzeptanz der Studenten stießen und durch das Ministerium toleriert wurden. Die historisch entstandenen Charakteristika der Fakultät erwiesen sich also als resistent gegen die Gleichschaltung. Nicht nur durch die Bemühungen um die Rückgewinnung der ausgeschiedenen Kollegen strebten Zycha, Thoma und vor allem Friesenhahn nach 1945 an, diese Traditionen der Fakultät beizubehalten. Gerade weil hier das Erbe Weimars noch lebte, fühlte man sich verpflichtet, dieses bei der Neugründung nach dem Krieg wieder fruchtbar werden zu lassen. Der Wechsel von Studentengenerationen und Neuberufungen sind dann keine Bedrohung der Identität, sondern Mittel, das Anliegen der Fakultät und ihr wissenschaftliches Credo über Generationen hinweg zu realisieren.

Nachtrag

2005 hat die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät beschlossen, ihre Dokumentation in einem eigenen Fakultätsarchiv vorzunehmen. In diesem Zuge wurde das im Keller der Fakultät ruhende Material durch die Herrn stud.jur. Thomas Hellmich und stud.jur. Philipp Hümmerich monatelang gesichtet, erfasst und in einem Findbuch zusammengetragen. Ich danke dem Leiter des Universitätsarchivs, Herrn Dr. Thomas Becker für die Beratung und Anleitung, so dass die Arbeiten professionell und kompatibel mit dem Universitätsarchiv ausgeführt wurden²³⁴. Aus

233 Ebenso die Einschätzung von Dr. Hubert Claessen, vgl. Anm. 104.

234 Vgl. Findbuch RSt_Fak. Archiv der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 2005, mit einem erläuternden Vorwort von Dr. Thomas Becker, im Institut für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte einsehbar unter der Signatur K6 112.37.

den verstaubten Kisten entstand eine bis in die Anfänge der Fakultät reichende, zwar nicht lückenlose, aber doch wirklich reichhaltige Überlieferung. Selbst Material, das im Universitätsarchiv 1944 verbrannte und auch in Berlin vergeblich gesucht wurde, findet sich hier als Parallelüberlieferung. Hier ruhen die Quellen für zahlreiche künftige wissenschaftliche Arbeiten.

Zu den meisten bisherigen Arbeiten der Fakultätsgeschichte lassen sich dadurch weitere Facetten hinzufügen. Insbesondere findet sich hier vieles von dem, dessen Fehlen in Anm. 1 bemängelt wurde – mehr jedenfalls, als ich mir von der Material-sichtung erhoffen konnte. Als Herr Dr. Thomas Becker mich bat, meinen Überblicksbeitrag zur Fakultätsgeschichte im Dritten Reich erneut abdrucken zu lassen, wollte ich mich angesichts des Dokumentationsanliegens der Universität nicht entziehen. Allerdings hatte ich nicht die Gelegenheit, die neu entdeckten Archivalien in dem von mir angestrebten Stil der dichten Beschreibung einzuarbeiten. Das so reichlich sprudelnde Material erfordert eigentlich eine neue Bearbeitung.

Im Rahmen einer oberflächlichen Sichtung zeigte es sich immerhin, dass das entworfene Gesamtbild durch die zusätzlichen Archivalien nicht revidiert werden muss. Insbesondere die These, dass man sich in Bonn durch Zurückhaltung auf Distanz zum Regime begab, kann weiter aufrechterhalten werden. Auch die neu erschlossenen Stellungnahmen der Fakultät zeigen die Tendenz einer vorsichtigen, verbindlichen Distanz²³⁵. Die Akten enthalten kaum politische Themen oder gar Bekenntnisse, vielmehr war die Fakultät mit Alltagsorgen beschäftigt, beispielsweise für die finanzielle Unterstützung von unbemittelten oder begabten Studenten und wissenschaftlichem Nachwuchs oder der Assistentenschaft zu sorgen. Zu dieser wäre jetzt vieles nachzutragen, da sich Namen, Schicksale und Arbeitsbedingungen jetzt vollständiger abbilden lassen. Deutlich wird das Bemühen der Fakultät, sich schützend vor die Assistenten zu stellen. Zur politischen Zuverlässigkeit der Assistenten befragt, schrieb die Fakultät einen kurzen Brief, in dem sie sich pauschal für alle Assistenten aussprach. Im Rahmen eines Anstellungsverfahrens wurde die Bitte der Partei um Begutachtung eines Assistenten durch W. Kunkel durchgeführt.

Einige Fälle könnten jetzt viel genauer geschildert werden. Einen eigenen Ordner füllt das zunächst kritische, dann freundliche Verhältnis der Fakultät zu Prof. Dr. jur.can. Nicolaus Majerus, der ein katholischer Priester war und zunehmend in seiner Diözese eingesetzt wurde, aber dann, als die Fakultät ihn unterstützte, aus ideologischen Gründen nicht mehr dozieren durfte²³⁶. Auch zu Karl August Eck-

235 Vgl. das Schreiben des Dekans an die Reichsgeschäftsstelle des BNSDJ vom 12.3.1934, Fach 19, Mappe 101, Blatt 5: »Zur Politischen Ordnung hat die Bonner Fakultät das beste Verhältnis, obwohl keines ihrer gegenwärtigen ordentlichen Mitglieder der Partei angehört.«

236 Vgl. Fach 07, Mappe 47.

hardt ließen sich noch Details ergänzen, der die Fakultät in ihrer Ausrichtung auf die Wissenschaft gegenüber dem Staat in vielerlei Weise unterstützte.

1939 wurde dreimal der juristische Doktorgrad wegen Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit entzogen²³⁷, doch hierin waren die Fakultäten gebunden²³⁸; zudem sind nur drei Fälle signifikant wenig. Dafür kümmerte sich die Fakultät intensiv um die »nichtarischen« Doktoranden, sobald sie vom Ministerium über den letztmöglichen Termin für Promotionsgesuche dieser Doktoranden erfuhr. Es wurde ein Verzeichnis der konkreten Fälle angelegt und man bemühte sich darum, diese Fälle zum Abschluss zu bringen²³⁹.

Insgesamt zeigt sich vielleicht nunmehr noch klarer eine Geschlossenheit des Milieus um die Fakultät herum hinsichtlich der politischen Abschottung, die umso erstaunlicher ist, je stärker in dieser Hinsicht der Unterschied zu den anderen Bonner Fakultäten ausfällt. So konnte sich die Fakultät etwa auf die Kooperation mit dem Dozentenführer Busch stützen. Dieser hatte sich beispielsweise mit dem Rektor für eine Emeritierung von Richard Thoma erst zu dessen 68. Geburtstag eingesetzt, doch die Reichsamtseitung wollte ihn schon mit 65 in den Ruhestand schicken. Nach dem 66. Geburtstag Thomas schrieb Busch dem Dekan, dass man jetzt zwar das Nachfolgeverfahren beginnen müsse, doch solle dies so schonend wie möglich geschehen, damit nicht wieder Unruhe in die Fakultät hineingetragen würde²⁴⁰. Hieran zeigt sich, dass selbst der politisch verdächtige Thoma vom Dozentenführer in Zusammenarbeit mit Fakultät und Rektor gehalten wurde, solange es ging. Dieser Dozentenführer scheint sich in diesem Fall mehr um die Ruhe der Fakultät als um die Interessen der Reichsamtseitung gekümmert zu haben.

Auch mit der Studentenschaft gab es offensichtlich interne Absprachen, die sich ihrer Natur nach nicht in einem Archiv finden lassen. Doch in einem Schreiben des Fachschaftssprechers von 1934 stimmte dieser dem Dekan zu, dass es zu einer Katastrophe führen könne, dass sich auf einen Parteiaufruf zur Teilnahme an einer Kundgebung seitens der Bonner Studentenschaft nur ein Student gemeldet habe. Daher sollten flugs weitere »Freiwillige« gefunden werden²⁴¹. Hier zeigt sich ein tiefes Einvernehmen zwischen Dozenten und Studierenden in der politischen Einstellung, die einerseits deutliche Vorbehalte gegenüber dem Regime verrät, andererseits aber auch das Bemühen, sich durch Unauffälligkeit zu schützen.

237 Fach 11, Mappe 193 enthält ein Verzeichnis der Fälle im Reich.

238 Margit Szölloosi-Janze/ Andreas Freitrag, »Doktorgrad entzogen!«. Aberkennung akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945, Nümbrecht 2005, S. 19 ff. Aufgrund schleppender Umsetzung in den Promotionsordnungen wurde diese Pflicht 1939 reichseinheitlich geregelt (S. 26).

239 Fach 10, Mappe 89.

240 Schreiben des Dozentenführers Busch vom 7.10.1940 an den Dekan, Fach 07, Mappe 43.

241 Schreiben der Fachschaft vom 12.2.1934, Fach 19, Mappe 96.

Ralf Forsbach

Die Medizinische Fakultät in der NS-Zeit

I.

Zur Geschichte der Universität Bonn, ihrer Fakultäten, Institute und Seminare sind zahlreiche zum Teil voluminöse Einzelstudien höchst unterschiedlichen Charakters erschienen¹. Die meisten jedoch beschäftigen sich mit den Anfängen in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung durch die preußische Regierung 1818, als es, so Heinz Schott, zu einer produktiven »Wechselwirkung von klinischer Medizin, romantischer Naturphilosophie und empirisch-experimenteller Naturforschung« kam². Eine komprimierte Darstellung der Geschichte der »Bonner Uni-

1 Als Beispiel ist für den Bereich der Geschichte vor 1933 zu nennen: Willi Hirdt (Hg. i. Zusammenarbeit m. Richard Baum u. Birgit Tappert), Romanistik. Eine Bonner Erfindung, Teil I: Darstellung. Teil II: Dokumentation, Bonn 1993 (Academia Bonnensia, 8/I u. 8/II). – Als Darstellungen innerhalb von Universitätsgeschichten vgl. Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität [sic] zu Bonn am Rhein, Bd. 2, Institute und Seminare, 1818–1933, Bonn 1933; Max Braubach, Kleine Geschichte der Universität Bonn 1818–1968, Bonn 1968, S. 45 ff. – Mit dem Bonner Universitätsleben im »Dritten Reich« steht im Zusammenhang: Guido Falkenberg, Das Collegium Albertinum im Spannungsfeld zweier Weltkriege und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1912–1945, in: Wilfried Evertz (Hg.), Im Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche. 100 Jahre Priesterausbildung im Collegium Albertinum, Siegburg 1992 (Studien zur Kölner Kirchengeschichte 26), S. 205–261; Hans Böhm (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Geographie an der Universität Bonn. Herausgegeben anlässlich der Übergabe des neuen Institutsgebäudes in Bonn-Poppelsdorf, Bonn 1991 (Colloquium Geographicum 21). Vgl. auch biographische Arbeiten zum Beispiel über den im Konzentrationslager Bergen-Belsen gestorbenen Philosophen Johannes Maria Verweyen, der sich 1928 in der Medizinischen Fakultät als Student einschrieb, etwa Helmut Hellberg, Johannes Maria Verweyen. Wahrheitssucher und Bekenner, in: Bonner Geschichtsblätter 31 (1979), S. 122–154, insbes. S. 131, oder Karl Kamps, Johannes Maria Verweyen. Gottsucher, Mahner und Bekenner, Wiesbaden 1955, passim. Vgl. zudem Max Braubach, Jüdischer Anteil an der Bonner Gelehrsamkeit, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 32 (1968), S. 402–418. – Eine umfassende »Bibliographie zur Geschichte der Medizinischen Fakultät und der Universität Bonn« zum Stichtag 1. Januar 1993 findet sich in Heinz Schott (Hg.), Medizin, Romantik und Naturforschung. Bonn im Spiegel des 19. Jahrhunderts. Anlässlich der 175-Jahrfeier der Universität Bonn, Bonn 1993 (Studium Universale 18), S. 154–223.

2 Schott (wie Anm. 1), S. 9.

versitätskliniken 1818–1945« hat in der 2000 herausgegebenen »Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Neuanfangs« Hans-Paul Höpfner geliefert³. Sie ergänzt seine Bonner Krankenhausgeschichte von 1992⁴.

Die Reihe der Publikationen, die sich ausgiebig mit dem Geschehen an der Universität Bonn während des »Dritten Reichs« befassen, ist noch überschaubar. Meilensteine setzten 1974 Paul Egon Hübinger mit seiner Studie über den Thomas Mann verliehenen und entzogenen Ehrendoktorgrad und 1999 Hans-Paul Höpfner, als er unter dem Titel »Die Universität Bonn im Dritten Reich« nicht nur »Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft«, sondern auch Erkenntnisse über die Struktur der Hochschule konzentriert vorlegte⁵.

Mit Blick auf die Mediziner sind der interessierten Öffentlichkeit vor allem die mit den Namen Kantorowicz und Löwenstein verbundenen Schicksale bekannt. An den aufgrund seiner Reformen berühmt gewordenen Zahnmediziner Alfred Kantorowicz⁶ ist nach dem Ende des »Dritten Reichs« immer wieder erinnert worden, in Zeitungsartikeln⁷, wissenschaftlichen Beiträgen⁸, oder auch durch die 2001 erfolgte Benennung eines Hörsaals⁹. Über den Pionier der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie Otto Löwenstein, der 1933 aus Bonn vertrieben wurde und fortan in der Schweiz und den USA tätig war, erschien 2000 eine breit rezipierte

3 Hans-Paul Höpfner, Bonner Universitätskliniken 1818–1945, in: Heinz Schott (Hg.), Universitätskliniken und Medizinische Fakultät Bonn 1950–2000. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Neuanfangs auf dem Venusberg, Bonn 2000, S. 16–22.

4 Hans-Paul Höpfner, Bonner Krankenhausgeschichte. 175 Jahre Universitätskliniken, Bonn 1992.

5 Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1995, München/Wien 1974; Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academia Bonnensia 12), S. 18.

6 Der Zahnmediziner ist nicht mit dem gleichnamigen Literaturhistoriker und Schriftsteller (1899–1979) zu verwechseln.

7 Vgl. Eva-Maria Schirge, Ein Jude mit sozialistischen Ideen: Das ging den Professoren zu weit. Auch Alfred Kantorowicz wurde aus der Universität geworfen, in: Kölner Stadt-Anzeiger/Rhein-Sieg-Anzeiger, 7.9.2001.

8 Ingeborg Rose, Alfred Kantorowicz. Sein Leben und seine Bedeutung für die Zahnheilkunde, Diss. med. Bonn 1969.

9 Am 30. Juni 2001 wurde der »Große Hörsaal« des Bonner Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in »Kantorowicz-Hörsaal« umbenannt. Eine Gedenktafel mit der irritierenden Inschrift »Prof. Dr. A. Kantorowicz 1918–1933« wurde enthüllt. Siehe auch: Medizinhistorisches Institut (MHI) Bonn, Archiv, Einladung »Festakt zur Einweihung des Kantorowicz-Hörsaales, Bonn 2001«.

medizinhistorische Doktorarbeit aus der Feder von Annette Waibel¹⁰. Auch an Löwenstein wurde auf Veranstaltungen und in Zeitungsartikeln – unter anderem aus Anlass der Verleihung der Ehrendoktorwürde an ihn 1964 – wiederholt erinnert¹¹. Die Schicksale Kantorowicz und Löwensteins wie die anderer prominenter Vertriebener haben in der vielfältigen Literatur zur Bonner Stadtgeschichte ihren Niederschlag gefunden¹². Der 1998 erschienene »Wegweiser durch die Literatur zur NS-Geschichte in Bonn« von Horst-Pierre Bothien konnte bereits über 200 Titel auflisten¹³.

Dies sei aus zwei Gründen erwähnt: Zum einen soll zumindest exemplarisch auf Arbeiten hingewiesen sein, die ein solides Fundament für die eigenen Forschungen gelegt haben¹⁴. Zum anderen ist vor dem allzu strengen Urteil zu warnen, die NS-Geschichte der Universität Bonn sei über Jahrzehnte völlig unbearbeitet geblieben. Freilich waren und sind die Defizite groß. Dies wurde an der Medizinischen Fakultät deutlich, als eine in der NS-Zeit nach England emigrierte frühere Studentin um ihr nie ausgehändigtes Doktordiplom nachsuchte. Diese Anfrage nahm 1990 der damalige Dekan der Medizinischen Fakultät, Hans-Jürgen Biersack, zum Anlass, im Medizinhistorischen Institut »anzuregen, ob nicht vielleicht ein Doktorand die Jahre unserer Medizinischen Fakultät 1933–1945 einmal »sichtet«¹⁵. Institutsdirektor Heinz Schott antwortete positiv: »Wie Sie wissen,

10 Annette Waibel, Die Anfänge der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bonn. Otto Löwenstein und die Provinzial-Kinderanstalt 1926 bis 1933, Köln/Bonn 2000 (Rheinprovinz, 13).

11 Vgl. für viele [Renate] Mre[schar], Deutschlands erste Jugendpsychiatrie entstand 1926 in Bonn. Neues Buch schließt Lücke in der Bonner Medizingeschichte, in: General-Anzeiger, 19.10.2000; Ralf Forsbach, [Rezension zu] Annette Waibel, Die Anfänge der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bonn. Otto Löwenstein und die Provinzial-Kinderanstalt 1926–1933, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 65 (2001), S. 515–518 (der Rezension liegt eine Rede anlässlich der Buchpräsentation während einer öffentlichen Veranstaltung am 18. Dezember 2000 in den Rheinischen Kliniken Bonn zu Grunde).

12 Vgl. etwa Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948), in: Dietrich Höroldt/Manfred van Rey (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden, Bd. 4, Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, Bonn 1989, S. 437–638, S. 525 f.

13 Horst-Pierre Bothien, Wegweiser durch die Literatur zur NS-Geschichte in Bonn. Eine Bibliographie, Bonn 1998.

14 Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006.

15 UA Bonn, MF 68/38, Dekan Biersack an Schott/Direktor des Medizinhistorischen Instituts, 20.2.1990. – Zur Einladung Glees' nach Bonn vgl. mehrere Dokumente in UA Bonn, MF 68/38. Die Finanzierung des Glees-Besuchs von 1990 durch von Biersack angeworbene Industriespenden wurde 2001 zum Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen (Hermann Horstkotte, »Grotesk und peinlich«. Wie aus einer Wiedergut-

war die betreffende Problematik bis vor wenigen Jahren ein absolutes Tabu. Es ist nun überfällig, daß entsprechende Nachforschungen, die bereits vor Jahrzehnten auf der Tagesordnung standen, nun endlich nachgeholt werden«¹⁶. Bald stellte sich heraus, dass die Aufgabe im Rahmen einer medizinischen Doktorarbeit kaum zu leisten war. 1998 begann der bereits habilitierte und mit einer Arbeit über das nationalsozialistische Erziehungsprojekt Lebensborn bekannt gewordene Historiker Georg Lilienthal mit den ersten Archivrecherchen¹⁷.

II.

Der zentrale ideologische Baustein des Nationalsozialismus war der Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen: Antisemitismus, Biologismus, Sozialdarwinismus, Rassenhygiene und »Eugenik« bestimmten die Politik des »Dritten Reiches«¹⁸. Um diesen Rassismus zügig und umfassend verwirklichen zu können, bedurfte es der Hilfe der Medizin. Möglichst viele Angehörige der medizinischen Berufe hatten sich von überkommenen ethischen Vorstellungen abzuwenden. Das

machungsfeier für eine emigrierte Ärztin ein Fall für den Staatsanwalt wird, in: *General-Anzeiger*, 22.5.2001).

16 UA Bonn, MF 68/136, Schott an Biersack, 1.3.1990.

17 Georg Lilienthal, Die Medizinische Fakultät im Dritten Reich. Ein laufendes Forschungsprojekt, in: Schott, *Universitätskliniken*, S. 30–36. – Das Projekt wurde bald darauf vom Verfasser übernommen und mündete in: Forsbach (wie Anm. 14).

18 Vgl. Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 48), S. 66 ff.; Jürgen Simon, *Kriminalbiologie und Zwangssterilisation. Eugenischer Rassismus 1920–1945*, Münster u. a. 2001 (Internationale Hochschulschriften 372), S. 28; Gereon Wolters, *Philosophie im Nationalsozialismus: der Fall Oskar Becker*, in: Annemarie Gethmann-Siefert/Jürgen Mittelstraß (Hg.), *Die Philosophie und die Wissenschaften. Zum Werk Oskar Beckers*, München 2002 (Neuzeit & Gegenwart, o. Bd.), S. 27–64, S. 32 f.; Benno Müller-Hill, *Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken*, Reinbek 1984, S. 26; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, 6., neubearb. Aufl. München 2003 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 17), S. 104; Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969, S. 86 und passim; Andrea d’Onofrio, *Rassenzucht und Lebensraum: zwei Grundlagen im Blut- und Bodengedanken von Richard Walther Darré*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 49 (2001), S. 141–157, S. 141 u. passim; Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main 1991, S. 367 ff., 407 ff. u. ö. Vgl. auch Andreas Lüddecke, *Rassen, Schädel und Gelehrte. Zur politischen Funktionalität der anthropologischen Forschung und Lehre in der Tradition Egon von Eickstedts*, Frankfurt am Main u. a. 2000 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 880), S. 13 ff., wo eingehend der Rassismus als Besonderheit des Nationalsozialismus erläutert, dann aber doch der Begriff »deutsch-faschistische Rassenhygiene« eingeführt wird.

Lindern von Schmerzen und das Heilen von Krankheiten ohne Ansehen der Person durfte nicht mehr die richtungweisende Handlungsmaxime sein. Vielmehr wurde erwartet, menschliches Leben zu bewerten und gegebenenfalls auszulöschen. Die Wissenschaft legitimierte den »Glauben an die Möglichkeit«, so Richard Toellner, »ein gesundes, schönes starkes Volk zu züchten«¹⁹. Unrechtsbewusstsein schwand. Hingegen wuchs die Bereitschaft, um des vermeintlich hehren Zieles willen Menschen zu sterilisieren, auf andere Weise zu quälen oder sogar zu töten – zumal durch derartige Verbrechen gleichzeitig soziale Probleme lösbar erschienen²⁰. Nicht nur genuin nationalsozialistische Wissenschaftler, sondern auch nachdenkliche Skeptiker wie Viktor von Weizsäcker sahen zunächst keinen Anlass zum Widerspruch und glaubten an einen notwendigen Modernisierungsschritt²¹.

Ein den Klinikdirektoren zugestellter Brief des Wohlfahrtsamtes markiert nach einem Wort des Direktors der Medizinischen Klinik Paul Martini den »Beginn der allge.[meinen] Inhumanität« in Bonn. In diesem Brief vom 15. November 1933 heißt es:

»Auf Grund der Richtlinien der N.S. Gesundheitspflege ist es nicht erwünscht, daß Kranke, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind und auch nicht werden, also dem Staate und der Volksgemeinschaft nichts mehr leisten und auch keine Werte schaffen, eine stationäre Behandlung erfahren und dadurch der Allgemeinheit außerordentliche hohe Kosten verursachen. Da der Haushaltsplan der Stadt Bonn für die geschlossene Fürsorge für diese Art Kranke einen Betrag von 280 000 Rm. aufweist, die Gemeindeverwaltungen aber gehalten sind, äußerste Sparsamkeit zu üben, um ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, bitte ich, nur in den allerdringendsten Fällen eine stationäre Behandlung eintreten zu lassen. Bei Anwendung dieses Grundsatzes dienen wir der All-

19 Richard Toellner, Ärzte im Dritten Reich, in: Johanna Bleker/Norbert Jachertz (Hg.), *Medizin im »Dritten Reich«*, 2. erw. Aufl. Köln 1993, S. 11–24, S. 15. Vgl. Karl Heinz Roth, *Schöner neuer Mensch. Der Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des »Dritten Reichs«*, in: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.), *Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik*, Nördlingen 1986 (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts 1), S. 11–63, passim.

20 Vgl. Walter Wuttke, *Ideologien der NS-Medizin*, in: Jürgen Peiffer (Hg.), *Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich*, Tübingen 1992, S. 157–171, S. 161; Martin Rüter, *Ärztliches Standeswesen im Nationalsozialismus 1933–1945*, in: Robert Jütte (Hg.), *Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 143–193, S. 168 ff.

21 Vgl. Wuttke, *Ideologien*, S. 159 f. und ausführlich zur Rassenpolitik im Lichte der Modernisierungsdebatte Riccardo Bavaj, *Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung*, München 2003, S. 174 ff.

gemeinheit und verringern die ungeheuren Kosten für Menschen, die dem Staate nichts mehr leisten.«²²

Umgesetzt wurde nun, was Vordenker des Nationalsozialismus bereits zur Jahrhundertwende formuliert hatten. 1895 prägte Alfred Ploetz den Begriff »Rassenhygiene« und forderte die »scharfe Ausjätung des schlechteren Theiles« der Menschen²³. In eine ähnliche Richtung zielte im selben Jahr Adolf Jost, als er den Tod als »Nullwerth« bezeichnete, der »gegenüber einem negativen Lebenswerth noch immer der Bessere« sei²⁴. Der Freiburger Mediziner Alfred Hoche legte 1920 gemeinsam mit dem Leipziger Juristen Karl Binding eine Schrift vor, die unter dem Titel »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens« für eine Ausweitung der erlaubten Möglichkeiten zur Tötung von Menschen plädierte²⁵. Und Walter Haecker, ein ehemaliger Pfarrer, verlangte 1907, »daß die moralisch Minderwertigen an der Zeugung gehindert werden sollen«²⁶.

Als aufschlussreich gilt gemeinhin ein Blick in die Statistiken über NSDAP-Mitgliedschaften. Freilich sagt die Mitgliedschaft in der NSDAP allein wenig über die innere Haltung eines Menschen zum Nationalsozialismus aus. Die gesellschaftlichen Folgen des persönlichen Dilemmas beschrieb der bereits erwähnte Klinikdirektor Paul Martini nach dem Ende des NS-Regimes eindringlich und lehnte eine Bewertung der einzelnen Handlungsweisen ab. Im Oktober 1946 erklärte er:

»Den Assistenten der Hochschule wurde in den Jahren nach 1933 klar gemacht, dass, besonders wenn sie nicht Mitglied der Partei selbst geworden waren, die Zugehörigkeit zur S.A. die Mindestbedingung ihrer weiteren Tätigkeit an der Hochschule sei. Der größte Teil von ihnen empfand diese Mitgliedschaft zwar als widerwärtig [...],[,] glaubte aber diese Belästigung umso mehr auf sich nehmen zu sollen, als so die Parteimitgliedschaft vorerst vermieden wurde. Ausserdem wurde die Bindung, die dadurch zur Partei eingegangen wurde, in den ersten Jahren nur als sehr locker angesehen. Ich gestehe offen,

22 MHI Bonn, NL Martini, 1933–1938, Der Oberbürgermeister/Wohlfahrtsamt, i. V. gez. Gremer an Martini/Bonn, 15.11.1933 mit Anmerkung Martinis.

23 Vgl. Alfred Ploetz, Grundlinien einer Rassen-Hygiene. I. Theil. Die Tüchtigkeit unsrer [sic] Rasse und der Schutz der Schwachen. Ein Versuch über Rassenhygiene [sic] und ihr Verhältniss [sic] zu den humanen Idealen, besonders zum Socialismus, Berlin 1895, S. 116.

24 Adolf Jost, Das Recht auf den Tod. Sociale Studie, Göttingen 1895, S. 26.

25 Vgl. Andreas Funke, Der Psychiater Alfred Erich Hoche und »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens«, in: Bernd Grün/Hans-Georg Hofer/Karl-Heinz Leven (Hg.), Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt am Main u. a. 2002 (Medizingeschichte im Kontext 10), S. 76–91, passim.

26 Walter Haecker, Die erbten Anlagen und die Bemessung ihres Wertes für das politische Leben, Jena 1907 (Natur und Staat 9), S. 276; vgl. Richard Fuchs, Das Geschäft mit dem Tod. Plädoyer für ein Sterben in Würde, Düsseldorf 2001, S. 117.

dass ich trotz meiner, auch nach aussen nie verleugneten Gegnerschaft zur Partei weder damals noch später meinen Assistenten einen Vorwurf daraus gemacht habe, wenn sie, um nicht aus der wissenschaftlichen Laufbahn herausgedrängt zu werden, in die S.A. und später zwangsläufig in die Partei eingetreten sind. Hätten ich und meine gleichgesinnten Kollegen anders gehandelt, so wäre die Folge gewesen, dass nach einiger Zeit überhaupt keine anständig und human denkenden Wissenschaftler mehr in Deutschland gewesen wären, sondern lediglich wirkliche Nationalsozialisten, vor allem solche, die aus der SS stammten. Vom heutigen Standpunkt aus mag das harmlos erscheinen, nachdem der Nationalsozialismus schon nach 12 Jahren die Herrschaft über Deutschland wieder verloren hat, vor dem Kriege wusste aber noch niemand, wie lange diese Gewaltherrschaft dauern würde. Bei einer Lebensdauer des Nationalsozialismus von mehreren Jahrzehnten wären dann nach seinem Abtreten überhaupt keine nicht-nationalsozialistischen Akademiker in Deutschland gewesen, die an die Stelle der Nationalsozialisten hätten treten können.«²⁷

Viele Ärzte entschlossen sich jedoch nicht nur, wie es Martini hier nahelegt, zu formellen Kompromissen, sie stellten angesichts der permanenten Bedrohung häufig ihre Fähigkeiten und ihre Zeit NS-Organisationen zur Verfügung. Außerdem ist zu bedenken, dass die vermeintlichen Zwangssituationen keineswegs einer Entscheidung zwischen Leben oder Tod gleichkamen. An den Universitäten ging es in der Regel um die Frage, ob man sich als Arzt in die Privatpraxis »zurückzog« oder weiter in der Klinik, in der Forschung tätig bleiben und eine wissenschaftliche Karriere anstreben wollte. »Ohne Alternative« waren weder die angehenden noch die etablierten Ärzte, sofern sie nicht rassistisch oder politisch verfolgt wurden. Es liegt zudem in der Natur der Überlieferung, dass von denjenigen, die aus ethischen Gründen auf eine vergleichsweise enge Kooperation mit dem NS-System, wie sie in den Universitätskliniken erforderlich war, stillschweigend verzichteten, nur selten Quellen verfügbar sind. Der Direktor des Bonner Anatomischen Instituts und Dekan von 1934 bis 1936, Philipp Stöhr, erklärte im September 1948: »Ich selbst habe jedenfalls während meiner damaligen Dekanatszeit mehr als einem jungen Mann, der Dozent werden wollte, sich aber mit dem geistigen Gedankengut des Nationalsozialismus schlecht verstand, geraten[,] von der Hochschule zu verschwinden.«²⁸

Mit Blick auf die Parteimitgliedschaft der Ärzte kann Bonn nach den Auswertungen Uwe Zimmermanns unter den rheinischen Städten als die am wenigsten »belastete« Stadt gelten: Während in der benachbarten Bezirksvereinigung Sieg-

27 HStA Düsseldorf, NW 1005-G 32-744, NL Martini, Gutachten über Heymer, 22.10.1946, Abschrift. Siehe ähnlich: MHI Bonn, NL Martini, Ernährungsgutachten, Martini an Captain Luebbers/Militärregierung, 19.4.1945, Abschrift.

28 UA Bonn, MF-PA 96 Harting, Gutachten Stöhrs, 21.9.1948.

burg 70,7 Prozent der Ärzte der NSDAP angehörten, waren es in Bonn lediglich 45,2 Prozent²⁹.

Die Medizinische Fakultät der Universität war von den klassischen Fakultäten diejenige, die in ihren Reihen die meisten Mitglieder der NSDAP hatte. Lediglich für die Landwirtschaftliche Fakultät, ein Hort der Blut- und Boden-Ideologie, lässt sich ein noch höherer prozentualer Anteil von Parteimitgliedern an der Professorenenschaft feststellen. 1933 war die Medizinische Fakultät mit 67 Mitgliedern die größte. Diesen Rang behielt sie bis 1945, als ihr noch 62 Mitglieder angehörten. 1933 waren 23 Professoren, also 34 %, 1945 dann 42 Professoren, also 68 %, NSDAP-Mitglieder. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Entwicklung der NSDAP-Mitgliedschaft von Angehörigen der einzelnen Fakultäten in den Jahren 1933 und 1945:³⁰

29 Vgl. Martin Rüther, Geschichte der Medizin, Ärzte im Nationalsozialismus. Neu Forschungen und Erkenntnisse zur Mitgliedschaft in der NSDAP, in: Deutsches Ärzteblatt 98 (2001), S. C 2561–C 2562, hier S. C 2561 f.

30 Höpfner (wie Anm. 5), S. 18. (ohne emeritierte Hochschullehrer und Lehrbeauftragte). Vgl. zudem Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Klaus König/Hans-Werner Laubinger/Frido Wagener (Hg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag am 26. Februar 1977, Köln u. a. 1977, S. 111–133, hier S. 132.

1933	Ev ThF	Kath ThF	RStF	MedF	PhilF	MathNatF	LandF	Zu- sam- men
FakMitgl	16	19	20	67	64	44	22	252
NSDAP	0	0	3	23	10	12	9	57
entspricht	0 %	0 %	15 %	34 %	16 %	27 %	41 %	23 %
1945	Ev ThF	Kath ThF	RStF	MedF	PhilF	MathNatF	LandF	Zu- sam- men
FakMitgl	7	11	15	62	56	39	20	210
NSDAP	5	1	10	42	24	26	16	124
entspricht	71 %	9 %	66 %	68 %	43 %	67 %	80 %	59 %

Wie sehr einige Mediziner bereit waren, für die NSDAP zu werben, zeigt vor allem der Aufruf »Für Adolf Hitler«, der am 4. März 1933 im General-Anzeiger erschien³¹. Von den vierzehn Unterzeichnern gehörte die Hälfte der Medizinischen Fakultät an, neben den Initiatoren Walter Blumenberg und Walter Poppelreuter Friedrich Pietrusky, Erich Hoffmann, Rudolf Stempel, Hugo Selter und Paul Römer³².

Untypisch ist die Bonner Medizinische Fakultät wie die Bonner Universität als ganze mit Blick auf die nationalsozialistische Infiltrierung der Studentenschaft. Wie auch anderswo war »die Hinwendung der Universität zum NS-Staat von den NS-Studenten ausgegangen«³³. Sie verbreiteten an der Bonner Hochschule die neue Ideologie. Doch während bei den Astag-Wahlen an anderen Universitäten der NSDStB oft weit mehr als fünfzig Prozent der Stimmen erreichte, waren es in Bonn am 2. Februar 1932 nur 26,4 % und am 7. Februar 1933 gar nur 21,8 % der Stimmen, das schlechteste Ergebnis reichsweit³⁴. Unter Führung des Rings Katho-

31 Faksimile in: Höpfner (wie Anm. 5), nach S. 302.

32 Vgl. Höpfner (wie Anm. 5), S. 11 ff. und allgemein zu derartigen Aufrufen Wolfgang Keim, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur, I, Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung*, Darmstadt 1995, S. 161 f.

33 Hellmut Seier, *Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat*, in: Klaus Malettke (Hg.), *Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft*, Göttingen 1984, S. 143–165, S. 145.

34 UA Bonn, Kuratorium, F 2, o. D., Sitzverteilung in der Allgemeinen studentischen Arbeitsgemeinschaft 1933 (1932): Nationalsozialisten 14 (19), Ring katholischer Korporationen 15 (18), Bonner Waffenring 9 (11), Katholische Freistudentenschaft 9 (10), Na-

lischer Korporationen blieb de facto eine große »Koalition gegen den NSDStB« bestehen³⁵.

III.

Wie immer birgt der Blick auf nackte Zahlen die Gefahr, die einzelnen Schicksale auszublenken. Daher sei im Folgenden von den Opfern der NS-Tyrannie an der Bonner Universität die Rede sein.

Ein frühes und eines der prominentesten Opfer war der bereits erwähnte Jude und Sozialdemokrat Alfred Kantorowicz, der die Zahnmedizin in Bonn zu einer Blüte geführt hatte, auf die seine Schüler lange Zeit mit Wehmut zurückblickten³⁶.

tionaler Hochschulblock 3 (6), Katholische Theologen 3 (4), Republikanischer Block 3 (4), Evangelische Studentenschaft 4 (-), Konservative katholische Liste 2 (-), Deutsche Wehrstudenten 2 (-). Vgl. auch Anonymus, Die neue Bonner Studentenkammer. Ruhiger Verlauf der gestrigen Astag-Wahl. – Geringere Wahlbeteiligung. – Verluste der alten, Gewinne der neuen Listen, in: General-Anzeiger, 8.2.1933 (auch in: Willi-Ferdinand Becker/Franz Josef Stauf/Dorothee van Rey/Manfred van Rey, Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in Bonn 1932/33. Eine Dokumentation aus Bonner Zeitungen, Bonn 1983); vgl. ausführlich Höpfner (wie Anm. 5), S. 111 ff. Eine Aufspaltung nach Fakultäten ist nicht möglich; vgl. zudem Heinrich Lützel, »Jut verahren«, in: Als Hitler kam... 50 Jahre nach dem 30. Januar 1933. Erinnerungen prominenter Augenzeugen, Freiburg u. a. 1982, S. 101–109, S. 106 und für Erlangen Franze, Manfred: Die Erlanger Studentenschaft 1918–1945, unveränd., um ein Register erw. Neudruck der Auflage von 1972, Neustadt/Aisch 1993 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte 30), S. 157 ff. u. S. 400 f.

35 Höpfner (wie Anm. 5), S. 117.

36 Alfred Kantorowicz wurde am 18. Juni 1880 in Posen geboren. Von 1897 bis 1900 studierte er Zahnheilkunde in Berlin, anschließend bis 1905 Medizin in Berlin, München und Freiburg. Als Praktikant und Assistent arbeitete er am Rudolf-Virchow-Krankenhaus Berlin, am Robert-Koch-Institut Berlin und an der Chirurgischen Klinik Bonn. 1911 habilitierte er sich in Göttingen. Ein Jahr später folgte die Umhabilitierung nach München. Nach dem Kriegsdienst als Chirurg in Reservelazaretten (1914–1918) wurde er 1918 Titularprofessor, Leiter des noch privaten Zahnärztlichen Instituts und der Städtischen Schulzahnklinik. 1921 schloss sich seine Ernennung zum außerordentlichen Professor und Direktor des verstaatlichten Zahnärztlichen Instituts und der Schulzahnklinik an. 1923 wurde ihm eine ordentliche Professur zuerkannt. 1926 erhielt er den Titel eines Dr. med. dent. h. c. 1933 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen, drei Monate im Bonner Gefängnis inhaftiert und in die Konzentrationslager Börgermoor und Lichtenstein verbracht. Am 5. November wurde er entlassen. 1934 konnte er eine Professur an der Universität von Istanbul übernehmen, wo er Direktor der dortigen Zahnklinik wurde. 1947 und 1948 hielt er bereits Gastvorlesungen in Bonn. 1948 kehrte er endgültig zurück und wurde Zahnärztlicher Berater beim Sozialminister von Nordrhein-Westfalen. Er starb am 6. März 1962. – Literatur: Gustav Korkhaus, Alfred Kantorowicz 1880–1962, in: Johannes Steudel/Nikolaus Mani (Hg.), Bonner Gelehrte. Beiträge

Der in Posen geborene Kantorowicz meldete sich im Ersten Weltkrieg freiwillig zum Heeresdienst und übernahm die Leitung der Chirurgie und der Zahnstation im Reservelazarett Hagenau/Elsaß³⁷. Im März 1918 wurde Kantorowicz an das zahnärztliche Privatinstitut am Bonner Römerplatz berufen. Er trat die Nachfolge des 1917 verstorbenen Privatdozenten Max Eichler an, dem es mit großem Engagement gelungen war, im Haus Am Hof 14 das Niveau der zahnärztlichen Ausbildung deutlich zu heben, ohne einer Professur für würdig erachtet worden zu sein. Kantorowicz erzielte rasche Erfolge. Er erhielt den Professorentitel und die Leitung der Schulzahnklinik übertragen. 1926 verlieh ihm die Fakultät den Ehrendoktor der Zahnmedizin. Zugleich entstand, so sein Schüler Gustav Korkhaus, »die große und angesehene zahnärztliche Lehr- und Forschungsstätte der ›Bonner Schule‹, die in der ganzen Welt zu einem Begriff geworden ist und an der unzählige deutsche und ausländische Zahnärzte Ausbildung und Fortbildung genossen haben«³⁸. 1929 wurden die von Kantorowicz formulierten Grundsätze zur Schulzahnpflege nach vier Jahre wählender konkreter Vorbereitung realisiert. Bonn entwickelte sich rasch zum »Mekka der Jugendzahnpflege« mit großer Vorbildfunktion nicht nur innerhalb Deutschlands³⁹.

Kantorowicz's politischer Einsatz beschränkte sich nicht auf Universität und Zahnheilkunde. Als sozialdemokratisches Stadtratsmitglied suchte er eine breite politische Basis für seine sozial- und gesundheitspolitischen Ideen. 1923 ließ er zu, daß sich das Direktorenzimmer der Zahnklinik am Römerplatz zu einer Zentrale des Widerstandes gegen den rheinischen Separatismus entwickelte⁴⁰.

zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Medizin, Bonn 1992 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn 1818–1968 o. Bd.), S. 409–420; Gustav Korkhaus, Professor Dr. Dr. h. c. Alfred Kantorowicz 70 Jahre, in: Deutsche Zahnärztliche Zeitschrift, 5 (1950), S. 869–873, passim; H.[erbert] Kremer/H.[ubertus] Büchs (Mitarb.): Geschichte der Klinik und Poliklinik für Mund-, Zahn- und Kieferkrankheiten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bonn 1967, S. 49 ff.; Helga Fremerey-Dohna/Renate Schoene (Hg.), Jüdisches Geistesleben in Bonn 1786–1945. Eine Bibliographie, Bonn 1985 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 37), S. 108–110; Anonymus, Professor Alfred Kantorowicz, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Chronik und Bericht über das Akademische Jahr 1961/62, Jg. 77, N. F. Jg. 66, S. 15; Wolfgang Kirchhoff, Prof. Kantorowicz als Moorsoldat im KZ Börgermoor, in: Der Artikulator. Zahnmedizin im Faschismus, Sondernummer April 1983, S. 35–38 u.v.a.

37 UA Bonn, PA 8623 Kantorowicz, Personalbogen, o. D.

38 Korkhaus, Kantorowicz (wie Anm. 36), S. 413.

39 Korkhaus, Kantorowicz 70 Jahre (wie Anm. 36), S. 872.

40 Korkhaus, Kantorowicz 70 Jahre (wie Anm. 36), S. 871. Ebd. betont Korkhaus, im Direktorenzimmer sei »die berühmte Proklamation der Regierung der Rheinischen Republik« entstanden, »in der die einzelnen Kabinettsmitglieder sich der Bevölkerung vorstellten und sich dabei als Diebe, Totschläger und Sittlichkeitsverbrecher entlarvten«.

Das Verhalten der Medizinischen Fakultät während der Verfolgung ihres Mitglieds Alfred Kantorowicz war beschämend. Kantorowicz wurde in seinem traditionellen korporatistischen Glauben an die Solidarität der Fakultät mehrfach bitter enttäuscht. Lange Zeit wollte er ganz offensichtlich nicht wahrhaben, dass sich die Fakultät nicht nur dem politischen Druck der Machthaber beugte, sondern in Teilen auch aus eigener Überzeugung gegen ihn vorging.

Sechs Wochen nach der Machtübertragung an Hitler wurde die Medizinische Fakultät erstmals aktiv; sie verquickte von Anfang an das Schicksal des untergetauchten Kantorowicz mit dem seiner Tochter Thea, einer Medizinstudentin⁴¹. Dekan Theodor Gött trat am 13. März 1933 an den Kurator mit der Bitte heran, »es möge bei den maßgeblichen Behörden um Auskunft darüber gebeten werden, ob irgendwelche Verfehlungen des Genannten selber« und »seiner angeblich in Schutzhaft genommenen Tochter« »bekannt geworden« seien. Man habe von »Anschuldigungen« aus »Kreisen der Stadt, der Universität und der Studentenschaft [...] bisher nur gerüchteweise und unbestätigte Kenntnis« erhalten⁴². Wie die handschriftlichen Anmerkungen mehrerer Fakultätsmitglieder zeigen, sorgte man sich weniger um den ungeliebten Kantorowicz als um die Betreuung der Studierenden und insbesondere der Doktoranden⁴³. Am 26. März 1933 beantragte die

41 Zu den Vorkommnissen im Zusammenhang mit der »Machtergreifung« in Bonn, Bad Godesberg und Beuel vgl. Peter Sonnet, Die »Machtergreifung« in Bonn 1933, in: Matzerath, Bonn, S. 281–289. – Am 3. März 1933 berichtete der »Westdeutsche Beobachter« über »Massenverhaftungen« in Bonn. Viele von den am 1. März Verhafteten, vor allem kommunistische Funktionäre, wurden in der SS-Dienststelle Viktoriastraße 27 gefoltert, unter anderem der am 11./12. Juli 1933 zu Tode gequälte Josef Messinger. Vgl. Roland Binner/Ursula Bremm/Thomas Gerhards/Christoph Rother/Regina Schmitz-Teske/Norbert Volpert, Geschichte des Oscar-Romero-Hauses in Bonn. Kantongefängnis – Frauengefängnis – SS-Dienststelle/Folterkeller. Heute Treffpunkt von Initiativ- und Basisgruppen, Bonn 1989, S. 52 ff.

42 UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, Gött an Kurator, 13.3.1933.

43 UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, Gött an Kurator, 13.3.1933, Anmerkung Sobottas: »Herr K. soll geflohen sein?!« – Ebd., Anmerkung Hoffmanns: »Der Antrag ist durch die Ereignisse überholt (Flucht?). Sollte ein Vertreter zu nennen sein, wäre zu erwägen, ob Dr. Schmidhuber, der nicht nur Zahnarzt, sondern auch Arzt [...] und Chirurg ist, dafür in Betracht kommt.« – Ebd., Anmerkung: »In Berlin gibt es 3 [...] Ordinariate für Zahnheilkunde u. nur 1 Ordinariat für Chirurgie. Das ist ein unerhörter Zustand.« – Vgl. UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, undatierte Notiz Hoffmanns: »Herr K. ist öffentlich von einem student. Vertreter der N.S.D.A.P. unter Zustimmung der Volksmenge beschimpft worden. Ich war leider Zeuge der für die Fakultät u. Universität unerträglichen Szene bei Hissung der Fahnen.« – Vgl. zudem ebd., MF-PA 150 Kantorowicz, Aktennotiz Gött's zur Kenntnisnahme, 14.3.1933, Anmerkung Schultze: »Ist es vor allem richtig, daß, wie ich höre, Herr Prof. Kantorowicz jetzt Kommunist geworden ist?«

Fakultät folgerichtig, für Promotionsfälle Vertreter Kantorowicz zu bestellen⁴⁴. Die Ausführungen des Dekans zu Kantorowicz hätten den Unvoreingenommenen glauben lassen können, dieser habe sich unerlaubterweise auf eine Urlaubsreise begeben⁴⁵. In Wirklichkeit hatte er sich nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten zunächst versteckt, sich dann aber der Polizei gestellt. Am 1. April 1933 wurde er in sogenannte »Schutzhaft« genommen und in die Lager Börgermoor und Lichtenstein verbracht. Dennoch ereilte Kantorowicz ein vergleichsweise mildes Schicksal. Nachdem er am 23. September 1933 auf der Grundlage des offen antisemitischen »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« aus der Universität ausgestoßen worden war, wurde er am 5. November 1933 aus der Haft entlassen. Wie viele vom NS-Regime verfolgte Wissenschaftler fand er in der Türkei Schutz und Anstellung. Bald darauf konnte er eine Professur an der Universität von Istanbul übernehmen, wo er Direktor der dortigen Zahnklinik wurde.

In der Zeit von Verfolgung und Exil verzichteten Universität und Fakultät nicht nur darauf, Kantorowicz beizustehen, sondern trugen aktiv zu seiner Demütigung bei. Einstimmig entzog ihm die Fakultät die 1926 verliehene Ehrendoktorwürde und verweigerte ihm noch 1936 die Nachsendung wissenschaftlicher Literatur.

44 UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, Dekan Gött an REM durch Kurator, 26.3.1933, Abschrift (Original in: GStA PK Berlin, Rep. 76 V a, Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 39, Bd. XVI).

45 Tatsächlich war Kantorowicz ordnungsgemäß »um einen vierzehntägigen Urlaub eingekommen« (UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, Aktennotiz Gött zur Kenntnisnahme, 14.3.1933). – Zusammenfassend berichtete Kurator Proske dem Wissenschaftsministerium in Berlin am 18. März 1933 (GStA PK Berlin, Rep. 76, Va, Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 39, Bd. XVI): »Prof. Dr. Kantorowicz hat am 10. d. Mts. abends dem Unterzeichneten telefonisch mitgeteilt, dass er sich am 11. auf Urlaub nach Berlin begeben. Einige Tage später kam im Auftrage des neuen Bonner Staatskommissars als Polizeichef ein Kriminalkommissar zu dem Unterzeichneten, der mitteilte, dass gegen K. ein Schutzhaftbefehl erlassen sei, weil er zu den festzunehmenden leitenden Persönlichkeiten der sozialistischen Partei gehöre. Er stehe auch im Verdacht, kommunistische Propaganda getrieben zu haben. Kriminell liege nichts vor. Der Staatskommissar liesse mich bitten, Prof. K. einmal den Urlaub zu entziehen und ihm sodann das Gehalt zu sperren. Eine Entziehung des Urlaubs ist nicht möglich, weil die Professoren nach der Universitätssatzung während der Ferien einer Urlaubsgenehmigung nicht bedürfen. Eine Sperre des Gehalts ist ohne Anordnung der Staatsanwaltschaft auch nicht möglich. Dagegen habe ich angeordnet, dass das Gehalt Herrn K. nur persönlich ausgezahlt wird [...]. Eine Gehaltssperre habe ich also nicht verhängt, sondern nur einen Zahlungsmodus bestimmt, der voraussichtlich nur vorübergehende Geltung haben dürfte. Denn es ist wohl anzunehmen, dass der Schutzhaftbefehl in kurzer Zeit wieder aufgehoben werden wird. [...] Auch die Tochter des Herrn K., Studentin der Medizin, die sich vor einigen Wochen an einem kommunistischen Umzug beteiligt hatte, ist in Schutzhaft genommen worden. Auch gegen sie liegt kriminell nichts vor.«

Kantorowicz wurde in erster Linie als Jude verfolgt. Ihn hätten aber auch die Sanktionen gegen Sozialdemokraten betroffen. Als der SPD nahe stehende Personen, die öffentliche Gelder bezogen, ihren Abbruch der Beziehungen zur SPD bestätigen sollten, konnte Dekan Gött im August 1933 aber mitteilen, »daß in der medizinischen Fakultät – abgesehen von dem beurlaubten Prof. Kantorowicz – sich Niemand befindet, der zu der vom Herrn Minister geforderten Erklärung aufgefordert werden müsste«⁴⁶.

Das Schicksal Kontorwiczs ist hier nur exemplarisch und nur in einigen wenigen Aspekten vorgestellt worden. Viele weitere Beispiele müßten genannt werden, so wäre an das Unrecht zu erinnern, das den Psychiatern Otto Löwenstein, Hans Küng und Alfred Meyer, dem Neurologen Samuel Last, dem Anatomen Werner Jacobson, dem Zahnmediziner Reinhold Waldsachs und dem Chirurgen Adolf Nußbaum widerfuhr.

IV.

Die Perspektive soll an dieser Stelle gewechselt und sich den Patienten zugewandt werden. Damit werden die Schicksale von Studierenden übergangen, die aus politischen oder rassischen Gründen relegiert wurden, Jungwissenschaftlern, denen der Dokortitel entzogen oder verweigert wurde, Zwangsarbeitern, die als Ärzte Dienst tun mußten oder als Zuchthausinsassen Kriegsschäden beseitigen mußten. Hier ist auch nicht von den als »kriegswichtig« eingestuften Forschungsprojekten an der Medizinischen Fakultät die Rede, die von Druckexperimenten zur Kunststoffherstellung über Arbeiten zur Läusebekämpfung bis zur Malariaforschung zugunsten des Afrikacorps reichten⁴⁷.

Die Rede sein soll hingegen von den Opfern der nationalsozialistischen Sterilisierungspolitik.

Nach dem Inkrafttreten des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933 wurden die Universitätsfrauenklinik und die Chirurgische Klinik zu Hauptschauplätzen der NS-Verbrechen. Aus einem auf den 12. Oktober 1934 datierten Brief geht klar hervor, dass sich der Direktor der Frauenklinik, Otto von Franqué, der Dimension des neuen Aufgabenbereichs nach anfänglicher Fehleinschätzung bewusst war. Franqué schrieb, »die Klinik« sei »in ganz unerwarteter Weise mehr belastet« worden: »Wir mußten seit Ende Mai dieses Jahres bis jetzt 108 Sterilisationen ausführen; es versteht sich von selbst, daß diese verantwortungsvollen Operationen nicht alle von dem Direktor der Klinik durchgeführt werden können und auch nur erfahrenen und in operativer Hinsicht erprobten Kräften anvertraut werden können. Nach den Mitteilungen der für die Bonner Klinik zuständigen Erbgesundheitsgerichte und Pflege- und Heilanstalten ist eine

46 UA Bonn, MF 79/70, Dekan Gött an Kurator, 8.8.1933, Abschrift.

47 Zu diesen Themen vgl. Forsbach (wie Anm. 14).

Abnahme des Zudrangs solcher Patientinnen innerhalb der nächsten Jahre noch nicht zu erwarten«⁴⁸.

Festzuhalten ist: In knapp fünf Monaten, in den ersten Monaten der Zwangssterilisierung, wurden bereits 108 entsprechende Operationen in der Universitätsfrauenklinik durchgeführt⁴⁹.

Auch unter Franqués Nachfolger Harald Siebke, anders als Franqué NSDAP-Mitglied, wurden die Sterilisierungen den Gesetzen des nationalsozialistischen Deutschland gemäß durchgeführt. In wenigstens einem Einzelfall verstieß die an der Frauenklinik gängige Praxis sogar gegen NS-Gesetze. So war die Zwangssterilisierung von Mädchen und jungen Frauen, deren Vater ein französischer oder amerikanischer Besatzungssoldat mit dunkler Hautfarbe gewesen war, durch das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« nicht gestattet. Erfasst wurden Krankheiten und Behinderungen, aber keine rassistischen Merkmale⁵⁰. Das NS-Regime entschloß sich, die verächtlich sogenannten »Rheinlandbastarde« geheim und ohne die sonst vielfach übliche scheinlegale Gesetzesgrundlage sterilisieren zu lassen. Für Bonn hat Reiner Pommerin bereits 1979 einen Fall aus den erhalten gebliebenen Akten des Reichsministeriums des Innern gehoben: Die 1922 in Koblenz geborene B. war fünfzehn Jahre alt, als Klinikdirektor Harald Siebke das völlig gesunde Mädchen im Juni 1937 operierte. Mit einem formalisierten, von

48 GStA PK Berlin, Rep. 76, NW 5, Nr. 498, Bd. XVII, Franqué an Kurator, 12.10.1934.

49 Dass die Sterilisierungen allenfalls in ganz wenigen Ausnahmefällen nicht als Zwangssterilisierungen bezeichnet werden können, zeigt am Beispiel Bremen Norbert Schmacke/Hans-Georg Güse, Zwangssterilisiert. Verleugnet – Vergessen. Zur Geschichte der nationalsozialistischen Rassenhygiene am Beispiel Bremen, Bremen 1984, S. 84 ff. Vgl. auch die Falldokumentationen in Bock, Zwangssterilisation, S. 209 ff. sowie ebd., S. 270 ff.

50 Vgl. Reiner Pommerin, »Sterilisierung der Rheinlandbastarde«. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979, S. 52; Alexandra Przyrembel, »Rassenschande«. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 190), S. 60 f. – Vgl. zudem Christian Ganssmüller, Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung, Köln/Wien 1987, S. 85 ff.; Fatima El-Tayeb, Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890–1933, Frankfurt/New York 2001, S. 178 ff. – Obwohl keine rassistischen Merkmale erwähnt werden, gehört das »Erbgesundheitsgesetz« zur »Rassengesetzgebung im engeren Sinne«. Deren Zweck war die Erhaltung der »Rassereinheit« nicht nur durch Ausschaltung von »Nichtariern«, sondern auch durch eine gegen als krank angesehene »Arier« gerichtete »Erbgesundheitspflege« (Diemut Majer, »Fremdvölkische« im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981 (Schriften des Bundesarchivs 28), S. 180.

Siebke per Hand selbst als »geheim« klassifizierten Schreiben teilte er am 17. Juni 1937 der verantwortlichen Stelle mit, dass die Operation erfolgreich verlaufen sei.

Die Gesamtzahl der Opfer wird wahrscheinlich nie ermittelt werden können, da wichtige Unterlagen vernichtet worden sind. Sicher aber ist, daß sich mehrere Hundert Menschen einer Sterilisierungsoperation unterziehen mussten. Einige der sterilisierten Patienten dürften bei einer reichsweiten Todesrate, die mit zwischen 1 und 5 Prozent angegeben wird, gestorben sein⁵¹. Es muß zudem als höchstwahrscheinlich gelten, daß es an der Frauenklinik auch zu Zwangsabtreibungen gekommen ist.

Vor allem Psychatriepatienten drohte nicht allein die Sterilisierung, sondern auch der Tod. Die Bonner Psychiatrieprofessoren Kurt Pohlisch und Friedrich Panse waren an der sogenannten »Euthanasieaktion T 4« beteiligt und entschieden aufgrund der Aktenlage, ob Patienten getötet werden sollten. Selbst nachsichtig wertende Gerichte sind von mindestens 25 Tötungen ausgegangen, die entweder auf Pohlischs oder auf Panses Entscheidung zurückzuführen sind. Es ist von einer deutlich höheren Zahl auszugehen.

Panse und Pohlisch waren nicht nur an der Universität, sondern auch an der Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, dem späteren Landeskrankenhaus, tätig. Hier wurden während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Menschen extrem unterversorgt. Die allgemeine Sterblichkeitsentwicklung hätte, gemessen am Extremjahr 1944, allenfalls eine Erhöhung der Todeszahlen in der Anstalt um etwa 50 % erklären können, von etwa 150 auf etwa 225. Schon 1940 wurde dieser Extremwert überschritten. Der Tod von weit mehr als eintausend Patienten ist nach den Erhebungen von Raimund Hillebrand auf die spezifischen Bedingungen des »Dritten Reichs« zurückzuführen und insofern typisch für die Behandlung psychisch Kranker⁵². Zudem starben in der Tötungsanstalt in Hadamar mindestens 171 Menschen, die sich als Patienten zuvor wenigstens einmal in der Bonner Provinzialanstalt (einschließlich Kinderanstalt) befunden hatten⁵³.

51 Vgl. Schmacke/Güse (wie Anm. 49), S. 133. Vgl. auch Manfred Stürzbecher, Der Vollzug des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 in den Jahren 1935 und 1936, in: Das öffentliche Gesundheitswesen, 36 (1974), S. 350–359, hier S. 355 f., wo offizielle zeitgenössische Zahlen unkritisch referiert werden und die Todesrate mit deutlich unter 1 % angegeben wird. Vgl. auch Ingrid Richter, Katholizismus und Eugenik in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Zwischen Sittlichkeitsreform und Rassenhygiene, Paderborn u.a. 2001, S. 463 ff. und zu den »Zwischenfälle[n]« in der Bremer Frauenklinik« Schmacke/Güse (wie Anm. 49), S. 122 ff. – Einige unerwartete Operationsverläufe, teilweise mit Todesfolge sowie Klagen von Sterilisierten über Komplikationen sind dokumentiert in: ALVR Rheinland, MF 14, Nr. 14871.

52 Vgl. Heinz Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg 1998, S. 395 f.

53 UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Gutachten des universitätsinternen Prüfungsausschusses von Weber/von Redwitz/Ceelen/Martini, 2.5.1946.

Der Universität als Dozent verbunden war Hans Aloys Schmitz, der ärztliche Leiter der Rheinischen Kinderanstalt für seelisch Abnorme beziehungsweise der Rheinischen Landeslinik für Jugendpsychiatrie⁵⁴. In seiner Amtszeit sind mindestens 160 Kinder aus der Landeslinik in die so genannten »Kinderfachabteilungen« abtransportiert worden⁵⁵. Bis auf wenige Ausnahmen wurden sie dort getötet⁵⁶.

In der Verantwortung von Universitätsprofessoren wurden nicht nur Patienten getötet, verstümmelt oder ihrer ungeborenen Kinder beraubt, auch der Umgang mit Leichen ist wohl nur mit den spezifischen Bedingungen im »Dritten Reich« zu erklären. So beteiligte sich der hochrenommierte Bonner Anatom Johannes Sobotta schon 1933 an einem makabren Streit um die Zuteilung der Leichen Hingerichteter, deren Zahl rasch stieg. Ganz offensichtlich war Sobotta gewillt, den Rigorismus des neuen Regimes zu Gunsten seines Instituts zu nutzen. Freilich blieb es zunächst bei einer relativ geringen Zuweisung. Erst mit Kriegsbeginn änderte sich die Situation grundlegend. Der Höhepunkt wurde 1943 erreicht. In jenem Jahr gelangten 61 Leichen an das Bonner Anatomische Institut. In der Praxis bedeutete dies, daß sich Bonner Institutsangehörige früh morgens im Kölner Gefängnis Klingelpütz einfanden und nach der Hinrichtung die Leiche entgegennahmen. Manchmal wurde sie vor Ort seziiert, meist sofort nach Bonn transportiert. Nicht nur an diesen verhältnismäßig geordneten Verfahren nahmen Vertreter der Bonner Universitätsanatomie teil, sondern auch an von der Gestapo vorgenommenen »Sonderbehandlungen«, also geheimen Erschießungen an abgelegenen Orten, etwa in einem Waldstück.⁵⁷

V.

Dies ist ein Beitrag, der sich mit dem Unrecht an der Bonner Medizinischen Fakultät befaßt und nur wenige Aspekte berühren kann. Gleichwohl ist auch in einem solchen kurzen Artikel zumindest in einigen abschließenden Worten anzudeuten, wie die Situation in Bonn zu beurteilen und wie schwierig bisweilen die biographische Einordnung ist⁵⁸. Selbst die aktiv an den NS-Morden beteiligten

54 UA Bonn, PA 8894 Schmitz; HStA Düsseldorf, NW 1049-54541; Archiv der Rheinischen Kliniken Bonn, PA Schmitz; ALVR, MF 14, Nr. 14821; vgl. Linda Orth, Die Transportkinder aus Bonn. »Kindereuthanasie«, Köln/Bonn 1989 (Rheinprovinz o. Bd.), S. 18 und passim.

55 Vgl. Orth (wie Anm. 54), S. 69 f.

56 Vgl. Orth (wie Anm. 54), S. 70; vgl. Peter Zöhren, Die »Kinderfachabteilung« Waldniel, in: Ralf Seidel/Wolfgang Franz Werner (Hg.), Psychiatrie im Abgrund. Spurensuche und Standortbestimmung nach den NS-Psychiatrie-Verbrechen, Köln/Bonn 1991, S. 74–77, hier S. 77.

57 Vgl. Forsbach (wie Anm. 14), S. 527 ff.

58 Vgl. zu den nachfolgenden Themen ausführlich Forsbach (wie Anm. 14), passim.

Psychiater Kurt Pohlisch und Friedrich Panse konnten nach dem Ende des NS-Regimes nicht ganz zu Unrecht behaupten, andere hätten an ihrer Stelle noch mehr Menschen töten lassen. Und ein Operateur wie Harald Siebke konnte darauf verweisen, dass er Patienten die Möglichkeit zur Flucht gab, Priestern die Erlaubnis zur Seelsorge erteilte und nichtdeutsche Schwangere bei Luftalarm den Aufzug benutzen ließ. Selbstverständlich war dies im »Dritten Reich« nicht.

Es gab auch Opposition, und man muß nicht allein an den Medizinstudenten Willi Graf erinnern, der noch wenige Wochen vor seiner Verhaftung und Hinrichtung an seinem ersten Studienort Bonn Station machte und wohl auch hier die Ideen der Weißen Rose zu verbreiten suchte. Der Einspruch der Professoren bezog sich meist nicht auf das auch in Bonn verübte oder bekannte Unrecht. Man erhob ihn in der Regel dann, wenn Belange des Betriebsablaufs gefährdet waren. In diesem engen Segment wurden die Unterschiede deutlich. Einige schwiegen auch hier, andere fanden den Mut, umfassende Protestschreiben zu verfassen und Gegenkonzepte zu entwerfen – vor allem bei Finanzangelegenheiten und Personalfragen im Zusammenhang mit dem Assistentenmangel und der Kündigung konfessionell gebundener Schwestern. Kategorien zu bilden, fällt schwer. Denn auch die mutigen Nichtangepassten luden Schuld auf sich: der Chirurg Erich von Redwitz als Chef der Chirurgischen Klinik, in der Menschen zwangssterilisiert wurden, der Internist Paul Martini als wenig zurückhaltender Berater der Wehrmacht, der Pathologe Wilhelm Ceelen als Dekan während der Vertreibung Alfred Kantorowicz. Dennoch zählen von Redwitz, Martini und Ceelen zu denjenigen, die das nationalsozialistische Wirken in ihrer verbrecherischen Dimension erkannten, verachteten und in seinen Folgen zu minimieren suchten. Mit Abstand wird man auch Otto Grütz und Otto von Franqué hier einreihen können.

Neben den während des »Dritten Reiches« an der Universität Bonn tätigen Ärzten, mit deren Motiven für ihr Verhalten sich zu befassen lohnt, stehen diejenigen, deren Handeln ganz offensichtlich von niedriger Gesinnung bestimmt war. Zu nennen sind Walter Poppelreuter, der Vertreter Otto Löwensteins, und der SS-Scherge Heinrich Müller, der in der Zahnklinik nicht linientreue oder jüdische Patienten in übelster Weise beschimpfte und zuletzt als SS-Hauptsturmführer im SD den Terror in Bonn und die Deportation der Juden mitzuorganisieren half.

Zugute kann man der Fakultät halten, dass fünf von 14 Ordinarien gegen ihren Willen (beziehungsweise im Falle Friedrich Proells ohne ihre Zustimmung) ihren Lehrstuhl in Bonn einnahmen. Darunter waren wissenschaftlich nachrangige Professoren wie der Pädiater Hans Knauer und Exponenten des NS-Systems wie Kurt Pohlisch, Theodor Nüßmann, Friedrich Tiemann und Friedrich Proell. Bemerkenswert ist, dass mit dem Pädiater Otto Ullrich 1943 erstmals seit 1935 wieder ein Nichtnationalsozialist berufen wurde.

Ruth Heftrig

Facetten der Bonner Kunstgeschichte im Nationalsozialismus

Dieser Beitrag beleuchtet schlaglichtartig ausgewählte Facetten der Geschichte des Faches Kunstgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur. Das unter dem Ordinariat Paul Clemens (Abb. 02) ab 1902 maßgeblich erweiterte Kunsthistorische Institut galt zu Beginn der 1930er Jahre als traditionsreiche, wissenschaftlich renommierte Einrichtung und besaß mit einer umfangreichen Bibliothek ungewöhnlich gute Arbeitsbedingungen.¹ Das Agieren der Bonner Kunsthistoriker unter den neuen politischen Rahmenbedingungen ab 1933, das sowohl das konkrete wissenschafts- und kulturpolitische Engagement als auch inhaltliche Aspekte der Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit umfaßte, wird seit 2000 von einer studentischen Projektgruppe am Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn untersucht.² Neben den gemeinschaftlichen Erkenntnissen dieser Arbeitsgemeinschaft stützt sich der vorliegende Beitrag auf Teilergebnisse des interdisziplinären Forschungsprojekts »Geschichte der Kunstgeschichte im Nationalsozialismus«³ sowie auf

-
- 1 Vgl. Paul Clemen, Das Kunsthistorische Institut in Bonn, Bonn 1933; Alfred Stange, Lehrstuhl und Institut der Kunstgeschichte an der Universität Bonn, in: Bonner Mitteilungen, 16 (1937), S. 1–17.
 - 2 Die Projektgruppe »Kunstgeschichte im Nationalsozialismus« stellte ihre Zwischenergebnisse im Mai 2003 anlässlich einer von der Stadt Bonn initiierten Veranstaltungsreihe zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung sowie als Mitorganisatoren der Wanderausstellung »Kunstgeschichte im Nationalsozialismus« vor; Stationen 2005: Bonn, München, Tübingen, Karlsruhe 2006: Kiel, Berlin; siehe Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte einer Wissenschaft zwischen 1930 und 1960, Weimar 2005 (Begleitband zur Wanderausstellung).
 - 3 Der vollständige Titel des seit Oktober 2004 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts lautet »Aufbau eines themenorientierten Netzwerks: Geschichte der Kunstgeschichte im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche einer Wissenschaft zwischen der Weimarer Republik und der Gründungsphase beider deutscher Staaten«; die Verfasserin arbeitete bis 2006 als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Kunsthistorischen Instituts der Universität Bonn für dieses Projekt, an dem darüber hinaus die kunsthistorischen Institute der Universitäten Berlin (HU), Hamburg und München (LMU) sowie das Institut für Softwaresysteme der TU Hamburg-Harburg beteiligt sind.

Forschungen Nikola Dolls, die vor allem Aspekte der Bonner Kulturraumforschung unter dem 1935 berufenen Ordinarius Alfred Stange untersucht hat⁴. Dabei kann auf eine recht gute Quellenlage in Bonn (Universitätsarchiv und Archiv des Kunsthistorischen Instituts), Pulheim-Brauweiler (Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland), Düsseldorf (Landesarchiv NRW, Hauptstaatsarchiv) und Berlin (Bundesarchiv) zurückgegriffen werden. Überdies stehen wichtige Quellen zur Geschichte des Bonner Instituts wie auch zur Geschichte weiterer kunsthistorischer Institute und Seminare auf der Internet-Plattform GKNS-WEL zur Verfügung⁵.

I. Bonner Kunsthistoriker zwischen Wissenschaft und Politik

Der Bonner Kunsthistoriker Eugen Lütghen brachte sich auf zweierlei Weise als Anhänger des Nationalsozialismus in das öffentliche Bewußtsein der Universität wie auch der Bonner Bevölkerung. Neben zwei offensichtlich ideologisch ausgerichteten Vorlesungen mit den Titeln »Rasse und bildende Kunst« im Wintersemester 1933/34 sowie »Kunst und Rasse« im Sommersemester 1935 trat er bei der Bonner Bücherverbrennung öffentlich in Erscheinung. Durch eine agitatorische »Feuerrede« schuf er zusammen mit dem Germanisten Hans Naumann den propagandistischen Rahmen für die Veranstaltung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) auf dem Bonner Marktplatz am 10. Mai 1933⁶. Hierin kritisierte er u.a. die Entfremdung von Wissenschaft und Volk. Während

4 Nikola Doll, Die »Rhineland-Gang«. Netzwerke kunsthistorischer Forschung im Kontext des nationalsozialistischen Kunst- und Kulturgutraubes in Westeuropa (1939-1945), in: Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit den Kulturgütern aus ehemaligem jüdischen Besitz. Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg, Bd. 2, Magdeburg 2002, S. 51-80; dies., Politisierung des Geistes. Der Kunsthistoriker Alfred Stange und die Bonner Kunstgeschichte im Kontext nationalsozialistischer Expansionspolitik, in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen. Die ›Westforschung‹ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), 2 Bde., Münster u. a. 2003, Bd. 2, S. 979-1015; dies., »[...] das beste Kunsthistorische Institut Großdeutschlands«. Das Kunsthistorische Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Nationalsozialismus, in: Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus (wie Anm. 2), S. 49-60.

5 Die GKNS-WEL ist Ergebnis des o.g. Forschungsprojekts (s. Anm. 3). Die netzbasierte Quellenedition enthält über 1.200 Dokumente zur Geschichte der Kunstgeschichte im Nationalsozialismus, s. www.welib.de/gkns.

6 Vgl. Kampf wider den undeutschen Geist, von Prof. Dr. Hans Naumann und Prof. Dr. phil. et jur. Eugen Lütghen. Reden gehalten bei der von der Bonner Studentenschaft veranstalteten Kundgebung wider den undeutschen Geist auf dem Marktplatz zu Bonn am 10. Mai 1933, Bonn 1933 (Bonner Akademische Reden, 17).

der Weimarer Republik habe ein materialistisch-liberalistisches Weltbild zur Entstehung einer Wissenschaft geführt, die nur um ihrer selbst Willen, und nicht mehr zum Dienst des Volkes existiert habe⁷. Ähnliches behauptete Lüthgen von der Kunst: »So werfen wir auch im Geiste hinein in diese Flammen die wurzellosen Machwerke der bildenden Kunst, die Spiegelbilder der Zeit der Korruption und Zersetzung, allen Schmutz und Schund, der dem unkünstlerischsten Grundsatz folgte, den es je in weiter Welt gab, dem Grundsatz der Formzertrümmerung.«⁸

Die Ablehnung moderner Kunst, wie z.B. des Expressionismus – nichts anderes hat Lüthgen wohl mit dem Schlagwort der »unkünstlerischen Formzertrümmerung⁹ gemeint – erscheint auf den ersten Blick als typisch nationalsozialistische Haltung, wie sie sich u.a. in der Münchener Ausstellung »Entartete Kunst« von 1937 manifestierte⁹. Doch ist zu beachten, daß zwischen Feuerrede und der Münchner Ausstellung ein Zeitraum von vier Jahren lag.

Parallel zu den ersten Femeausstellungen ab 1933 wurde ein ideologischer Kampf um die »wahre deutsche⁹ Gegenwartskunst innerhalb der Künstlerschaft, der Kunstpublizistik, der Kunstpolitik und zum Teil auch der Kunstwissenschaft ausgetragen. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand die Frage, ob und wie sich der deutsche Expressionismus in die nationalsozialistische Ideologie eingliedern lasse. Ein Nebenschauplatz dieser Debatte war das Kunsthistorische Institut Bonn der Jahre 1933 bis 1935. Die beiden Protagonisten, der junge aufstrebende Professor Hans Weiger¹⁰, und der ältere Professor Eugen Lüthgen¹¹ (Abb. 04), waren überzeugt, mit ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit einen positiven Beitrag zur »nationalsozialistischen Bewegung⁹ zu leisten. Schon vor der Berufung Alfred Stanges, von dem später noch die Rede sein wird, haben diese

7 »Einmütig hat die deutsche Studentenschaft dem undeutschen Geist den Kampf erklärt. Mitten in das geistige Leben der Nation hinein gestellt, erlebte sie am unmittelbarsten die Schäden und Folgen des materialistisch-liberalistischen Weltbildes. Die Fiktion der Freiheit der Persönlichkeit hatte den Einzelnen verführt, den Zweck um des Zweckes willen zu wollen. So entstand, losgelöst vom Boden, entfremdet der Volksgemeinschaft, durchsetzt von artfremden Wesen eine Wissenschaft nur um der Wissenschaft willen, eine Kunst um der Kunst willen.« Ebd., S. 7f.

8 Ebd., S. 11.

9 Vgl. Stephanie Barron (Hg.), »Entartete Kunst«. Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland, München 1992; Christoph Zuschlag, »Entartete Kunst«. Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland, Worms 1995; Peter-Klaus Schuster (Hg.), Die »Kunststadt« München 1937. Nationalsozialismus und »Entartete Kunst«, München 1988 (5. Aufl. 1998).

10 Hans Weigert (1896-1967): Promotion bei Wilhelm Pinder in Leipzig 1924, Habilitation bei Richard Hamann in Marburg 1928, Privatdozent bzw. n.b.a.o. Professor Universität Bonn 1929-1936, Versetzung nach Breslau 1936, Kriegsgefangenschaft in England (diesem Hinweis verdanke ich Dr. Jochen Briegleb), nach 1945 Publikationstätigkeit.

11 Eugen Lüthgen (1882-1946): Privatdozent bzw. a.o. Professor in Bonn 1917-1936; a.o. Professor in Münster 1937-44.

beiden Dozenten die Ideologisierung der Bonner Kunstgeschichte eingeleitet¹². Hans Weigert hielt im Wintersemester 1932/33 und im Sommersemester 1933 eine Vorlesung über »Die heutige Kunst als Zeitspiegel«, aus der ein Buch hervorging, das 1934 im Seemann-Verlag in Leipzig unter dem Titel »Die Kunst von heute als Spiegel der Zeit« erschien. Hierin forderte Weigert, daß sowohl der Expressionismus als auch das Neue Bauen als Grundlage für nationalsozialistische Kunst betrachtet werden sollten, da sie typisch deutsche Kunstrichtungen seien. Dies läßt sich exemplarisch anhand des Abbildungsverzeichnisses aufzeigen, in das Weigert sowohl Beispiele des sog. Neuen Bauens¹³ als auch Hauptwerke offizieller NS-Architektur¹⁴ aufnahm. Die kulturpolitisch ambitionierte Publikation stand 1935 im Zentrum eines parteigerichtlichen Verfahrens gegen Weigert, das schließlich in seinem Ausschluß aus der NSDAP und seiner Versetzung an die Universität Breslau 1936 mündete¹⁵. Lüthgen wurde im gleichen Jahr der Münsteraner Universität zugeteilt.

Die Auslöser dieser Ereignisse sind innerhalb der lokalen Verhältnisse an der Bonner Universität, insbesondere am Kunsthistorischen Institut zu suchen. Eugen Lüthgen schrieb am 18. Juni 1935 an den Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes (NSDB) Bonn, Professor Karl Schmidt, Weigerts Buch »Die Kunst von heute als Spiegel der Zeit« sei für den Nationalsozialismus untragbar. Er wundere sich darüber, daß diese Publikation nicht allgemeine Ablehnung hervorrufe. Er selbst sei zu diesem Urteil berufen, weil er den »Kampf für

12 Eine ausführliche Analyse des Parteigerichtsprozesses wurde bereits an anderer Stelle publiziert: Ruth Heftrig, Neues Bauen als deutscher »Nationalstil«? Modernerezeption im »Dritten Reich« am Beispiel des Prozesses gegen Hans Weigert, in: Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), Kunstgeschichte im Nationalsozialismus (wie Anm. 2), S. 119–137; der Aufsatz ist die Zusammenfassung meiner von Prof. Dr. Barbara Schellewald betreuten Magisterarbeit »Der Fall Hans Weigert. Ein Beitrag zur Geschichte der Kunstgeschichte im Dritten Reich«, die 2002 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eingereicht wurde.

13 Z.B. Bauten des Bauhauslehrers Walter Gropius sowie die Pädagogische Akademie in Bonn: Hans Weigert, Die Kunst von heute als Spiegel der Zeit, Leipzig 1934, Abb. 4 u. 7.

14 Z.B. Haus der deutschen Kunst in München des Architekten Ludwig Troost: Ebd., Abb. 15.

15 Dieser »Fall« kann exemplarisch für die auf höchster politischer und wissenschaftlicher Ebene stattfindenden Debatte gelten. Die politische Brisanz der kunstwissenschaftlichen Auseinandersetzung läßt sich durch einige wenige Hinweise hervorheben: Auf einen »kleinen« Prozeß vor dem Gaugericht Köln-Aachen folgt ein »großer« vor dem Obersten Parteigericht, dessen Entscheidung schließlich von einem »Führerbefehl« revidiert wird.

unsere heutige Geistesauffassung schon seit 1919«¹⁶ führe. Diese Haltung sei seinen Publikationen zu entnehmen, deren Tenor im Einklang mit den Auffassungen von Bernhard Rust, Josef Goebbels und Alfred Rosenberg stehe. Weiter betonte Lüthgen, er habe seinem jungen Kollegen Weigert Zeit gegeben, um sich dem Nationalsozialismus zu nähern. Er habe ihn sogar von einer Boykottliste der Bonner Studentenschaft streichen lassen. Diese »Gnadenfrist« sei mit der vorliegenden Publikation Weigerts notwendigerweise beendet.

In zeitlicher Nähe zu Lüthgens Brief erschienen hintereinander vier negative, teilweise hetzerische und zynische Rezensionen des Weigertschen Buches in der Tagespresse,¹⁷ die möglicherweise Ergebnisse einer gezielten, von Lüthgen initiierten Verleumdungskampagne gegen Weigert waren. So jedenfalls sah es Weigert selbst, der als Reaktion auf die heftigen Angriffe in der Presse ein parteigerichtliches Verfahren beantragte, um die Hintergründe der Intrige aufzudecken. Vorhergehende Konflikte zwischen den Kollegen untermauerten diese Annahme. Aus einem Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät an den Universitätskurator vom März 1929 geht die Vermutung hervor, daß sich Lüthgen durch die Umhabilitierung Weigerts von Marburg nach Bonn aufgrund seiner schwierigen persönlichen und finanziellen Lage bedroht gefühlt habe. Ihm stünde eine untragbare Situation bevor, wenn Weigert bereits nach zwei Semestern die volle Vergütung für seinen Lehrauftrag erhielt, während dies Lüthgen mehr als zwölf Jahre lang verwehrt geblieben sei¹⁸. Das Konkurrenzverhältnis offenbart sich deutlich während eines Berufungsverfahrens an der Technischen Hochschule in Aachen 1933. Beide Kollegen hatten sich in Aachen beworben, waren aber nicht auf die Berufungsliste gekommen. Zu den Hintergründen bemerkt der Bonner Ordinarius Paul Clemen rückblickend, er sei von Lüthgen in einem Telefongespräch davor gewarnt worden, sich für Weigert einzusetzen, da dieser seiner Haltung wegen ungeeignet und darüber hinaus fachlich unkritisch sei¹⁹. Zusätzlich nutzte Lüthgen

16 Schreiben Eugen Lüthgens an Karl Schmidt, 18.06.1935: Bundesarchiv Berlin, ehem. Berlin Document Center (im Folgenden: BArch, ehem. BDC), Bestand Prozeß OPG, 01806, Hans Weigert.

17 Peter Gern, Geistige Unterwelt, in: Der Vortrupp, hg. von der Hochschulgruppe des NSD Studentenbundes und der Studentenschaft an der Universität Köln, 06.06.1935; Ilex (Pseudonym), Der Unzeitgemäße. Herr Professor Weigert, darauf haben wir gewartet!, in: Westdeutscher Beobachter, Beilage zum geistigen Leben: »Neue Zeit«, Folge 19, 05.07.1935; Walter Talmon-Gros, Immer noch Bauhaus?, in: Völkischer Beobachter, Beilage »Deutsches Schrifttum«, 07.07.1935; Peter Petry, Ja und Nein zur Kunst der Gegenwart, in: Kölnische Zeitung, Abendblatt Nr. 405, Sparte »Geistiges Leben«, 12.08.1935.

18 Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Bonn an den Bonner Universitätskurator, 08.03.1929: Universitätsarchiv Bonn (im Folgenden: UA Bonn), PA Lüthgen.

19 Schreiben Paul Clemens an Eugen Lüthgen, 24.02.1936: BArch, ehem. BDC, Bestand Prozeß OPG, 01806, Hans Weigert.

die Gelegenheit, den jungen Kollegen mit seiner umstrittenen Neuerscheinung politisch zu disqualifizieren. Sein Schreiben an den Gauschulungsleiter Carl Hubert Jentgen machte die Sache zu einer offiziellen Parteiangelegenheit, die genannten Artikel in der nationalsozialistischen Presse taten ihr Übriges. Daß Weigert im Gegenzug ein parteigerichtliches Verfahren einleitete, sollte ihm schon bald zum Verhängnis werden. Denn es blieb nicht bei einer Vernehmung auf unterster Instanz. Der mehr als dreijährige Prozeß endete im Juni 1938 mit dem Ausschluß Weigerts aus der NSDAP durch das Oberste Parteigericht²⁰. Bis dahin wurden insgesamt 17 Zeugen und Gutachter befragt, darunter so namhafte Kunsthistoriker wie Wilhelm Pinder, Alfred Stange oder Eberhard Hanfstaengl, der Maler Alexander Kanoldt, die Architekten Paul Schmitthenner und Heinrich Tessenow sowie der Mitbegründer des völkischen Kampfbundes für deutsche Kultur Paul Schulze-Naumburg. Während die Befürworter den Willen Weigerts zur Mitgestaltung eines neuen nationalsozialistischen Kunstverständnisses hervorhoben, sahen die Gegner in Weigerts Wertschätzung von Expressionismus und Neuem Bauen einen als Nationalsozialismus getarnten »Kulturbolschewismus«.

Dieser offenbar historisch singuläre Vorgang, in dem wissenschaftliche Thesen eines Kunsthistorikers vor einem Parteigericht verhandelt wurden, offenbart meines Erachtens zwei typische Verhaltensmuster von Wissenschaftlern im »Dritten Reich«: Erstens einen hohen Grad der Selbstgleichschaltung bzw. des vorausseilenden Gehorsams, der sowohl für die Kunstgeschichte als auch für andere geisteswissenschaftliche Fächer anscheinend charakteristisch war,²¹ und zweitens die Tendenz zu verleumderischen Aktionen, wie etwa durch politische Kompromittierung von Kollegen oder parteinahe Angriffe in der Presse. Zudem bekräftigt der »Fall Hans Weigert« die These von einer völlig uneinheitlichen Kunstpolitik der Nationalsozialisten²². Für das Bonner Kunsthistorische Institut ist festzuhalten, daß hier bereits unter dem Ordinariat Paul Clemens zwei Professoren forschten und lehrten, die sich sehr früh den Ideen des Nationalsozialismus öffneten und die ideologische Umgestaltung des Faches initiierten.

Wesentlich souveräner bewegte sich der Ordinarius Alfred Stange (Abb. 03) auf dem Terrain, das sich entlang der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik erstreckte²³. Schon die Umstände seiner Berufung im Jahr 1935 deuteten auf eine

20 Urteil des Obersten Parteigerichts vom 22.06.1938 Ebd..

21 Vgl. Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hg.), Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 1: Fächer – Milieus – Karrieren, Göttingen 2004; Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« von 1931-1945, Baden-Baden 1999; Frank-Rutger Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940-1945), Dresden/München 1993 (2. Aufl. Dresden/München 2002).

22 Vgl. Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg 1963.

23 Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 984.

voranschreitende Politisierung der Bonner Kunstgeschichte im Sinne des Nationalsozialismus hin. Stange, zunächst Kandidat Nr. 2 für die Nachfolge des Emeritus Paul Clemen, verdankt seine Berufung vor allem der Einflußnahme von Parteigenossen. Der Bonner Historiker und Vertreter des NSDB Ernst Anrich hatte im Frühjahr 1933 eine Denkschrift mit dem Titel »Bonn als geistige Festung an der Westgrenze« verfaßt, in der er eine Neubesetzung des kunsthistorischen Lehrstuhls im Sinne des Nationalsozialismus nahelegte. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) folgte offenbar der Empfehlung Anrichs und lehnte den renommierten Otto Schmitt, bis dahin Favorit der Kommission, mit der Begründung ab, daß dieser zwar fachlich, nicht aber weltanschaulich für den Bonner Lehrstuhl geeignet sei²⁴. Für die Berufung Stanges sprachen sich außerdem die beiden Ordinarien Wilhelm Pinder (München/Berlin) und Richard Hamann (Marburg) sowie Alfred Rosenberg aus²⁵. Mit Stange wurde also ein Ordinarius ausgewählt, der als politisch einwandfrei galt. Hinzu kam seine fachliche Kompetenz in bezug auf die Kunst des Rheinlandes und die deutsche Kunst im Allgemeinen. Seine elfbändige Publikation »Malerei der Gotik« gilt bis heute als Standardwerk auf dem Gebiet der deutschen Tafel-, Buch- und Wandmalerei des Spätmittelalters²⁶.

Der bekennende Nationalsozialist Stange wußte sein politisches Renommee geschickt für sich selbst, seine Schüler und für den Status des kunsthistorischen Faches einzusetzen. Er knüpfte an den traditionellen Forschungsschwerpunkt der mittelalterlichen (v.a. rheinländischen) Kunst an und verlieh dieser Materie anhand der antizipierten kulturellen Führungsrolle Deutschlands, speziell gegenüber Frankreich, eine ideologische Stoßrichtung. Auf Anregung des Kulturdezernenten der rheinischen Provinzialverwaltung, Hanns Joachim Appfelstaedt, plante er die Einrichtung einer Abteilung für allgemeine Volkskunst in der Institutsbibliothek²⁷.

24 Undat. Referentenbericht/Hinz, Aktenzeichen W I p 668/35: BArch Berlin, BDC, Bestand REM, PA A. Stange, Bl. 6374ff.

25 Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 984.

26 Alfred Stange, Malerei der Gotik, 11 Bde. 1934-1961.

27 Dies ist in einem Protokoll einer Sitzung der Vereinigung von Freunden und Förderern des Instituts vom Juni 1936 vermerkt. Schreiben Alfred Stanges an REM, 22.05.1939: Archiv Kunsthistorisches Institut Bonn (im Folgenden: Archiv KHI Bonn), Kriegszeiten ab 1939/40/ao. Professoren, Lehrbeauftragte, Assistenten/Hermann Bunjes. Dieses Vorhaben wurde allerdings nicht realisiert: Gisela Mühlens-Matthes, Die Bibliothek des Kunsthistorischen Instituts in Bonn, in: Anne-Marie Bonnet/Roland Kanz/Hans-Joachim Raupp u. a. (Hg.), *Le Maraviglie dell'Arte. Kunsthistorische Miscellen für Anne Liese Gielen-Leyendecker zum 90. Geburtstag*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 157-172. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit unter völkischen Gesichtspunkten hat hingegen offenbar stattgefunden, denn Stange berichtet von »zwischenfachliche[n] Arbeitsgemeinschaften, die sonderlich völkische und landeskundliche Fragen des Rheinlandes, Maasgebietes und Nordfrankreichs behandeln.«

Darüber hinaus gab Stange bekannt, daß eine enge Zusammenarbeit mit der Ordensburg Vogelsang geplant sei²⁸. Während seiner zehnjährigen Wirkungszeit in Bonn setzte sich Stange nachdrücklich für die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern ein, deren Forschungsthemen er auf seine eigenen Arbeitsinteressen abstimmte. 1936 erreichte er die Bewilligung zweier Stipendien durch das REM, denen 1937 weitere folgten²⁹. Diese und weitere Maßnahmen Stanges, wie etwa die Vergabe politisch opportuner Promotionsthemen, zielten auf eine ideologische Kulturraumforschung ab, die das »gemeinsame germanische Erbe« über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus kenntlich machen sollte³⁰. Beispielsweise der Stipendiat und Lehrbeauftragte Georg Tröscher verfolgte ähnliche Interessen, wie anhand seines Kriegsvortrages »Die Blütezeit Burgunds in der Kunst und ihr deutscher Anteil« (1940)³¹ und seiner Antrittsvorlesung 1941 über »Deutsche Künstler in Paris im Wandel der Jahrhunderte«³² deutlich wird.

Die bisher skizzierten Aktivitäten Stanges umreißen das Bild eines Wissenschaftlers, dessen Forschungsinteressen und -initiativen sich optimal in die vermeintlichen Erwartungen der NS-Kulturpolitik einfügten. Das nun folgende Beispiel bietet einen Anlaß, dieses eindeutige Bild Stanges zumindest ansatzweise zu hinterfragen. Es problematisiert zugleich den bisweilen schwierigen Umgang mit Quellen, vor allem wenn Aussagen der Nachkriegszeit hinzukommen. Es geht um den Umgang dieses Kunsthistorikers mit politisch unliebsamen Publikationen, deren Anschaffung er beim REM 1938 beantragte. Im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens betonte er gegenüber der Militärverwaltung, daß Bücher jüdischer Verfasser unter seinem Ordinariat weder in einem »Giftschrank« verschlossen noch extra gekennzeichnet, sondern vielmehr frei zugänglich gewesen seien: »Alle diese Werke waren in den Regalen aufgestellt allgemein zugänglich. Ich

28 Bericht über die Sitzung der Vereinigung von Freunden des Kunsthistorischen Institutes Bonn, Sitzungsdatum: 24.06.1936, S. 10: Archiv KHI Bonn, Vereinigung von Freunden des Kunsthistorischen Institutes Bonn.

29 Seit dem 01.04.1936 arbeitete Georg Tröscher als Stipendiat des REM am Institut; am 01.10.1937 wurde Helmut Reinecke als Stipendiat eingestellt, im Oktober 1937 beantragt Stange die Bewilligung für einen weiteren Stipendiaten, Gottfried Schlag. Schreiben Alfred Stanges an das REM, 11.10.1937: Archiv KHI Bonn, Kriegs-Zeiten ab 1939/40/ao. Professoren, Lehrbeauftragte, Assistenten/Gottfried Schlag.

30 Zum Zusammenwirken der Thesen der Bonner Kunstgeschichte und Rheinischen Denkmalpflege für den Kunstraub in Westeuropa vgl. Doll, Die »Rhineland-Gang« (wie Anm. 4).

31 Georg Tröscher, Die Blütezeit Burgunds in der Kunst und ihr deutscher Anteil, Bonn 1941 (Kriegsvorträge der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 33), S. 3-36.

32 Georg Tröscher, Deutsche Künstler in Paris im Wandel der Jahrhunderte, Bonn 1941 (Antrittsvorlesungen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), S. 17.

lehnte es ab, einen sogenannten Giftschrank einzurichten oder die Bücher jüdischer Autoren zu kennzeichnen.³³

Entgegen dieser heute nicht mehr nachprüfbaren Behauptung versicherte Stange gegenüber dem REM im Mai 1938 genau das Gegenteil: »Ich richte deshalb an den Herr[n] Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung das höfliche Ersuchen mir zu gestatten noch nachträglich solche Literatur anschaffen zu dürfen, wobei ich selbstverständlich [dafür] Sorge tragen werde, daß diese Literatur unter Verschuß bewahrt wird und keine Gefahr besteht, daß sie in unrechte Hände gerät.«³⁴

In seiner Begründung betont Stange einerseits die Notwendigkeit wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit »entarteter Kunst« an den Universitäten und hebt andererseits die Bedeutung dieser Publikationen für die Fachschaftsarbeit hervor: »Innerhalb des großen Bestandes des Kunsthistorischen Instituts ist zu befürchten, daß sich dies als eine unangenehme Lücke für künftig im Institut durchzuführende Forschungen bemerkbar machen wird und schon die Fachschaftsarbeit wäre durch diesen Umstand behindert.«³⁵ Es ist schwierig, im historischen Rückblick zu beurteilen, auf welchen Aspekt Stange größeren Wert legte. Wollte er die Lücke im Bibliotheksbestand tatsächlich aus wissenschaftlichen Beweggründen schließen? Benutzte er – so könnte man weiter spekulieren – die Studentenvertreter, die nicht zuletzt mit propagandistischen Veranstaltungen hervorgetreten waren,³⁶ in diesem Sinne lediglich als politischen Vorwand gegenüber dem Erziehungsministerium?

33 Undat. Aussage Stanges (vermutl. 1947): Landesarchiv NRW, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1049-50234, Entnazifizierung Alfred Stange. Nach dortiger Aussage befanden sich folgende Bücher unter den Erwerbungen Stanges: Peter Behrens (1935); Schardt, Franz Marc (1936); Van Gogh-Gemälde (1937); Kubin, Wilde Tiere (1938); Kandinsky, Kleine Welten (1938); Lützel, Führer zur Kunst (1938); Leder, Kandinsky (1939); Staatliches Bauhaus Weimar 1919-1923 (1939); Kandinsky, Das Geistige in der Kunst (1939); Flemming, Barlach der Dichter (1939); Barlach, Erzählte Leben (1939); 26 Hefte Junge Kunst (1939); Die Gabe, Wilhelm Hausenstein zum 50. Geburtstag (Geschenk Stange 1940); Gropius, Bauhausbauten Dessau (1940); Franz Marc, Briefe (1940); Vorträge der Bibliothek Warburg (1941); Hammacher, Chagall (Geschenk Stange 1942); Badivici, F. L. Wright (1942); Käthe-Kollwitz-Werk 1925 (1943).

34 Schreiben Alfred Stanges an das REM, 09.05.1938: BArch, ehem. BDC, Bestand REM, R 4901, Nr. 14292, Bl. 260r.

35 Ebd.

36 Ein Beispiel aus der Arbeit der kunsthistorischen Fachschaft läßt die politische Stoßrichtung dieser studentischen Einrichtung und somit evt. auch Stanges Motivation beim Bücherankauf deutlich hervortreten. Im Sommersemester 1938 veranstaltete die Fachschaft Kunstgeschichte eine Lehrveranstaltung zu den »Großbauten des Dritten Reichs«. Siehe Chronik des Kunsthistorischen Instituts Bonn, Sommersemester 1938, Archiv KHI Bonn. Dazu verwendete der Leiter der Fachschaft A. Hirth einen Satz von Großbildidias, der sich heute in der Diathek des Kunsthistorischen Instituts befindet.

Oder sah er umgekehrt in der Anschaffung von Literatur zu »entarteter Kunst« geradezu eine Gelegenheit, die politische Fachschaftsarbeit in ihrem Kampf gegen die Moderne zu unterstützen? Als alternative Interpretationsmöglichkeit ist andererseits durchaus auch ein wohlwollendes Interesse an der verfeimten Kunst denkbar, für das neben seiner ambivalenten Position im »Fall Hans Weigert« das Promotionsthema einer amerikanischen Studentin Stanges als Hinweis dienen könnte: Die »Entwicklung der Amerikanischen Malerei von 1913 bis zur Gegenwart.«³⁷ Eine abschließende Einordnung der Haltung Stanges gegenüber moderner und zeitgenössischer muß freilich noch auf breiterer Quellenbasis erfolgen. Bislang läßt sich anhand dieses Beispiels nur belegen, dass Stange sich erfolgreich für die Erwerbung von Literatur zu »entarteter Kunst« eingesetzt hat. Im Inventarbuch der Bibliothek des Kunsthistorischen Instituts sind u.a. vier Hefte der Reihe »Junge Kunst« sowie eine Barlach-Autobiographie verzeichnet.³⁸

Möglicherweise betonte Stange während seines Entnazifizierungsverfahrens Vorgänge wie das vorab geschilderte Beispiel, weil sie dazu geeignet schienen, die Besatzungsbehörden milde zu stimmen und von seinen vielfältigen Aktivitäten, die im Einklang mit nationalsozialistischer Politik standen, abzulenken³⁹. Denn auf nationaler und internationaler Ebene hat sich Stange durchaus für die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Kunstgeschichte während des »Dritten Reiches« eingesetzt. Als Hauptlektor für Kunstgeschichte und Architektur in der »Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums« und als Haupt-

37 La Vera Ann Pohl absolvierte am 22.02.1939 ihre Promotionsprüfung bei Alfred Stange, siehe Chronik des Kunsthistorischen Instituts Bonn, Bd. 2: Archiv KHI Bonn; s. auch Abb. 01, auf der der Erwerbungsvermerk ihrer Dissertation im Inventarbuch der Institutsbibliothek zu sehen ist.

38 Auszug aus dem Inventarbuch der Bibliothek des Kunsthistorischen Institutes Bonn, Band mit Eintragungen vom 15.12.1926 bis 04.01.1950, aus dem Jahr 1939. Die Anschaffung erfolgte allerdings nicht mit Mitteln des REM, sondern durch die Stiftung der Vereinigung von Freunden und Förderern des Instituts. Eine Aufforderung Stanges, Bücher aus der Reihe »Junge Kunst«, die vor allem deutsche Expressionisten behandelte, zu erwerben, war vorausgegangen und hatte offenbar Erfolg; Schreiben Alfred Stanges an die Freunde des Kunsthistorischen Institutes Bonn, 01.12.1938: Archiv KHI Bonn, Vereinigung von Freunden des KHI 1913-1938. Für das Jahr 1939 ist unter Nr. 728 der Eingang von 22 + 4 Exemplaren (d.h. 22 Bände und vier Dubletten) aus der Reihe »Junge Kunst« dokumentiert. Sie wurden beim Buchhändler Hans Trojanski (Düsseldorf) für 22,30 RM erworben. S. Abb. 01. S. vergleiche auch Stanges Arbeiten in Anm. 33.

39 Stange wurde 1945 auf Anweisung der Militärregierung entlassen, die Lehrerlaubnis wurde entzogen; 1948 folgte das Entlastungszeugnis der Militärregierung, woraufhin Stange 1949 entnazifiziert und gleichzeitig in den Ruhestand versetzt wurde; er konnte jedoch durch rechtliche Schritte erreichen, daß er bei Verzicht auf die Lehrerlaubnis volle Bezüge bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1962 erhielt. S. Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 981.

lektor für Kunstgeschichte des »Amtes Schrifttumspflege« hatte er ab 1934 unmittelbaren Einfluß auf die Veröffentlichungen seines Fachbereichs⁴⁰. Stanges Loyalität gegenüber dem Regime kommt darüber hinaus in seinem Beitrag in der Festschrift zu Hitlers 50. Geburtstag zum Ausdruck,⁴¹ in dem er die Kunstgeschichte ausdrücklich in den Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung stellte und die Ausschaltung der »jüdischen Geschäftemacher und Kunstliteraten« samt ihrer »unnatürliche[n] subjektivistische[n] Ausdeutungssucht« begrüßte⁴². Stange unterhielt zudem enge Verbindungen zum Ahnenerbe e.V. und dem selbsternannten Chefideologen des Nationalsozialismus Alfred Rosenberg⁴³. Zur Stärkung bzw. Zentralisierung des kunsthistorischen Berufsstandes verfolgte Stange ab 1938 Pläne zur Errichtung eines »Reichsinstituts für Kunstgeschichte« nach dem Vorbild des »Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland« unter der Leitung des Historikers Walter Frank⁴⁴. In einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Rheinischen Kulturdezernenten Hanns Joachim Appfelstaedt betrieb Stange ab 1933 die Gleichschaltung des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft⁴⁵.

Ein kurzer Abschnitt aus einem Brief Stanges vom November 1943 deutet seine vielfältigen Aktivitäten auf internationalem Parkett an: »Ich bin in den letzten Wochen ziemlich viel herumgereist, wieder einmal, wie alle Vierteljahre, bei meinem Sorgenkind der Kunsthistorischen Forschungsstätte in Paris, außerdem in

40 BArch, ehem. BDC, Bestand Kanzlei der NSDAP/Korrespondenz, 10776 und BArch, ehem. BDC, Bestand PA/SA, A. Stange: 01.04.1933 NSDAP-Eintritt, in kurzen zeitlichen Abständen folgen Eintritte in Reichsschaft der Hochschullehrer (01.05.1933) und die SA (26.09.1934). Seit 1934 ist Stange Hauptlektor für Kunstgeschichte und Kunstwissenschaft in der »Schrifttumspflege bei dem Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP«, seit 19.03.1934 Referent an der Reichsführerschule der SA, seit 01.01.1935 Hilfsreferent im NSDStB.

41 Alfred Stange, Kunstwissenschaft, in: Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hg.), Deutsche Wissenschaft. Arbeit und Aufgabe, Festschrift für Adolf Hitler zum 50. Geburtstag, Leipzig 1939, S. 9 f. und Wilhelm Pinder, Deutsche Kunstgeschichte, in: ebd., S. 11-13.

42 Stange, ebd., S. 9.

43 Dazu ausführlich: Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4).

44 Undat. Typoskript (1938/39): Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland Pulheim/Brauweiler (im Folgenden: ALVR), 11189.

45 Vgl. Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 990-992; Schreiben Alfred Stanges und Hanns-Joachim Appfelstaedts an den Deutschen Verein für Kunstwissenschaft e.V., Berlin, 10.01.1939, Stange und Appfelstaedt erarbeiteten gemeinsam einen neuen Arbeitsplan für den Deutschen Verein und schlagen eine Erweiterung des Vereinsvorstandes durch Vertreter des »Ahnenerbes« und der NSDAP vor: ALVR, 11189; ein Memorandum von November 1939 faßt die »neuen Aufgaben und Ziele des Deutschen Vereins für Kunstgeschichte e.V.« vor dem Hintergrund des Machtantritts der Nationalsozialisten zusammen: Archiv für Bildende Kunst, Nürnberg, I B 34.

Holland und Belgien; in Holland um das oranische Krongut zu betreuen. Dann auf einer längeren Vortragsreise durch Mittel- und Südost-Deutschland. Vorträge muß ich fast jede Woche in der näheren oder fernerer Umgebung halten, und gerade gegenüber den schwer getroffenen Städten des Westens scheint mir das eine besondere Verpflichtung.«⁴⁶ Dieser Auszug ist dem Briefwechsel zwischen Werner Körte und Alfred Stange entnommen. Zwischen Januar 1940 und Juli 1944 tauschten sich Stange und sein Freiburger bzw. Innsbrucker Kollege Werner Körte, der sich im Dienst der Wehrmacht an der Front befand, über verschiedene Angelegenheiten aus⁴⁷. Trotz erschwelter Bedingungen begab sich Stange auf zahlreiche Reisen, um Kontakte zu ausländischen Wissenschaftlern, vor allem in den skandinavischen Ländern, zu pflegen und die auf seine Anregung hin initiierten Projekte, u.a. in Frankreich, zu beobachten. An erster Stelle stand dabei die oben erwähnte Kunsthistorische Forschungsstätte (KHF) in Paris⁴⁸. Dieses dem Auswärtigen Amt unterstellte Auslandsinstitut konnte im Januar 1942 auf Initiative Stanges seine Türen für deutsche und ausländische Wissenschaftler öffnen. Die Evakuierung erfolgte 1944. Der Leiter, Hermann Bunjes, war ein von Stange geförderter Nachwuchswissenschaftler, dessen Forschungsschwerpunkte im Bereich der westlichen »Grenzlandkunst« lagen.⁴⁹ In der KHF, Pateninstitut des Kunsthistorischen Instituts Bonn, waren wissenschaftliche und kulturpolitische Funktionen vereint. Im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit stand die vermeintliche Höherwertigkeit der deutschen bzw. »germanischen« gegenüber der französischen Kultur. Zu den vielfältigen Aufgaben der Institution gehörten die Koordinierung von Fotokampagnen im besetzten Frankreich und angebundener Forschungsprojekte. Hermann Bunjes, gleichzeitig Leiter der KHF und Mitglied der Militärverwaltung in Paris, nutzte seine Position zudem als Mittelsmann für die Kunstsammlung von Hermann Göring⁵⁰.

46 Alfred Stange, Kriegsrundbrief 20.11.1943, Archiv KHI Bonn, Alfred Stange, Korrespondenz aus den Jahren 1940-1944. Was Stange hier »Betreuung« des Krongutes nennt, bezeichnet Doll treffender als »Liquidation des oranischen Kronvermögens in den Niederlanden«, an der Stange als Gutachter der deutschen Kommission seit November 1941 beteiligt war.

47 Archiv KHI Bonn, Alfred Stange: Korrespondenz aus den Jahren 1940-44. Neben privaten, freundschaftlichen Passagen enthalten die Briefe Gutachten sowie Informationen über Berufsangelegenheiten oder die wissenschaftlichen Pläne der Verfasser. Darüber hinaus offenbaren kämpferische Parolen Körtes dessen Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus und seine Hoffnung auf ein siegreiches Ende des Krieges.

48 Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 1005-1014.

49 Das Kunsthistorische Institut Bonn fungierte als Pateninstitut; wissenschaftlich war die KHF gegenüber dem REM verantwortlich, finanziert wurde sie durch das REM und die Rheinische Provinzialregierung.

50 Vgl. Doll, Die »Rhineland-Gang« (wie Anm. 4).

Die hier exemplarisch vorgestellten Initiativen Alfred Stanges schufen die Voraussetzungen für eine politische Instrumentalisierung der Kunstgeschichte im Zeichen des Nationalsozialismus nicht nur in Bonn, sondern im gesamten Deutschen Reich.

»Alfred Stanges Engagement als Kunsthistoriker und Organisator von wissenschaftlichen Strukturen innerhalb der nationalsozialistischen Kulturbürokratie zeugt von einer großen Anpassungsbereitschaft und Identifikation an die Anforderungen verschiedener kulturpolitischer Gruppierungen des NS-Regimes. Selbstzeugnisse in Form von nachgelassenen Akten und Briefen verdichten den Eindruck, daß er sich selbst eine Vorreiterrolle innerhalb der deutschen Kunstgeschichtsforschung zudachte. Innerhalb der relativ kurzen Zeit von nicht einmal zehn Jahren konnte sich Stange durch geschickte Taktieren und Ausnutzen politischer Kontakte zum REM und Alfred Rosenberg und aufgrund seiner strukturellen Verbindungen zur Rheinischen Provinzialverwaltung in Bonn auf nationaler Ebene etablieren. [...] Mit Alfred Stange vollzieht sich die bewußte Anpassung der universitären Kunstgeschichte an nationalsozialistische Ideologeme von einer Überlegenheit des ›Germanischen Erbes‹ und damit des deutschen Volkes.«⁵¹

II. Alltag am Kunsthistorischen Institut im »Dritten Reich«

Im zweiten Teil dieser Untersuchung erfolgt ein Perspektivenwechsel, der bislang noch nicht behandelte Dozenten sowie die Situation der Studierenden in Ansätzen berücksichtigt. Von der ersten Entlassungswelle als Reaktion auf das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« im April 1933 war das Kunsthistorische Institut nicht betroffen. Der bisherige Lehrkörper ohne jüdische Dozenten blieb mit dem Ordinarius und Institutsgründer Paul Clemen (1866-1947),⁵² dem Honorarprofessor Karl Koetschau (1868-1949),⁵³ dem außerordentlichen Professor Eugen Lüthgen (1882-1946), dem Lehrbeauftragten Hans Weigert (1896-1967) und der Assistentin Annie Warburg (geb. 1899)⁵⁴ unverändert.⁵⁵ Zum Lehrkörper kamen

51 Doll, Politisierung des Geistes (wie Anm. 4), S. 1014

52 Paul Clemen: Promotion 1889 an der Universität Straßburg, Habilitation 1893 bei Carl Justi in Bonn, 1894-1898 Privatdozent, anschl. bis 1901 a.o. Professor in Bonn und Dozent an der Königlichen Kunstakademie Düsseldorf, 1902-1935 Ordinarius am Kunsthistorischen Institut Bonn.

53 Karl Koetschau: Museumstätigkeit in Coburg (1897), Dresden (1902), Weimar (1907), Berlin (1909) und Düsseldorf (1913); ab 1933 Generaldirektor der Staatlichen Museum zu Berlin bis zu seinem Rücktritt am 01.04.1936; 1917 Mitbegründer des Deutschen Museumsbundes; Begründer der Zeitschrift für Museumskunde, Hrsg. des Repertoriums für Kunstwissenschaft und der Zeitschrift des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft; bis 1933 Honorarprofessor in Bonn.

54 Anna Maria Christine Warburg, verh. Warburg-Wagner: Promotion 1927 bei Paul Clemen in Bonn; anschl. apl. Hilfsassistentin; 1929-1937 planm. Assistentin; 1937 Hochzeit mit Dr. Karl-Heinz Wagner.

unter dem Ordinariat Alfred Stanges (1894-1968)⁵⁶ die Professoren Fritz Baumgart (geb. 1902),⁵⁷ Franz Graf Wolff Metternich (1893-1978),⁵⁸ Georg Tröscher (1893-1970),⁵⁹ Hermann Bunjes (1911-1945),⁶⁰ der Lehrbeauftragte Georg Hoeltje (1906-1996)⁶¹ sowie die Assistenten Helmut Reinecke (1910-1942)⁶² und Günter Bandmann (1917-1975)⁶³ hinzu. Für die Entlassung jüdischer oder politisch unliebsamer Studenten gibt es ebenso keinerlei Anzeichen. Zwar traten zwischen 1933 und 1935

-
- 55 Einzige Ausnahme stellt die Entlassung des Assistenten am Philosophischen Seminar der Universität Bonn, Heinrich Lützel im Jahr 1940 dar; er erhielt 1946 die *venia legendi* für Kunstgeschichte und wurde neben Herbert von Einem Ordinarius am Kunsthistorischen Institut.
- 56 Alfred Stange: 1921 Promotion; 1922-1926 Assistent in München; 1925 Habilitation in München; 1931-1934 a.o. Professor in München, WS 34/35 – WS 35/36: o. Professor in Erlangen, 1935 – 1945: Ordinarius in Bonn, SoSe 45: Lehrstuhlvertreter in Greifswald, 1945: des Amtes enthoben, 1947: Versetzung in den Ruhestand, 1962: Emeritierung.
- 57 Fritz Baumgart: 1926 Promotion in Berlin bei Adolph Goldschmidt, 1926 und 1931-1932 Stipendien der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an der Bibliotheca Hertziana in Rom; dort 1927-1934 Assistent von Prof. Stimmann; 1934 Habilitation in Bonn bei Paul Clemmen; 1934-1939 Privatdozent in Bonn; 1939-1945 Professor in Jena; ab 1949 Professor an der Technischen Universität Berlin.
- 58 Franz Graf Wolff Metternich: 1925 Promotion in Bonn; ab 1928 Provinzialkonservator der Rheinprovinz; ab 1933 Lehrbeauftragter und ab 1940 Honorarprofessor an der Universität Bonn; 1939-42 Kunstschutz in Frankreich; Emeritierung 1962.
- 59 Georg Tröscher: 1936-38 Stipendiat in Bonn, Lehrauftrag WS 1938/1939 bis WS 1944/1945, 1940 Habilitation in Bonn und a.o. Prof.; Tröscher wurde sogar zeitweise von Stange privat finanziell unterstützt, s. Gutachten Stanges über Troeschner an Gaudozentschaftsleiter Chudoba 12. 04.1938 (Abschrift), UA Bonn, PA 9866.
- 60 Hermann Bunjes: Lehrbeauftragter am KHI Bonn WS 1939/1940 bis 3. Trimester 1940; ab 1940 im Kunstschutz Rheinland; 1942-1945 Leiter der Kunsthistorischen Forschungsstätte Paris; ab 22.11.1944 apl. Prof. in Bonn; UA Bonn, PA 1076.
- 61 Stange plant Hoeltje 1938/39 als Stipendiat und Lehrbeauftragten nach Bonn zu holen, er tritt seine Stelle aber nicht sofort an; im WS 1939/40 Umhabilitationierung von der TH Hannover an das Kunsthistorische Institut Bonn, obwohl eigentlich keine Dozentenstelle frei ist. Seine Spuren verlieren sich nach nur einsemestriger Lehrtätigkeit in Rio de Janeiro, UA Bonn, PA 8449; nach 1945 Professor an der TH Hannover.
- 62 Helmut Reinecke: ab 1936 Stipendiat in Bonn; wiss. Assistent ab WS 1937/38, dann Lehrbeauftragter bis 1940; arbeitete zeitweise für den Kunstschutz in Frankreich und als kunstwissenschaftlicher Berater des Reichsleiters Rosenberg; am 6. März 1942 als Leutnant und Kompanieführer an der Ostfront gefallen.
- 63 Günter Bandmann: ab 1942 in Bonn; im Mai 1944 wurde ihm auf Empfehlung Stanges, der ihn als Mitarbeiter der KHF in Paris lobte, eine planmäßige Assistentenz zugesprochen; Antrag Stanges an das REM 06.05.1944, Genehmigung am 24.05.1944: UA Bonn, PA 277; ab 1949 Privatdozent in Bonn; 1965-1970 Ordinarius in Tübingen, anschl. Professor in Bonn.

geringe Schwankungen in den Studentenzahlen auf,⁶⁴ diese lassen sich jedoch nicht auf konkrete kultur- oder wissenschaftspolitische Maßnahmen zurückführen.

Während die Zusammensetzung der Studentenschaft durch die Zäsur 1933 kaum beeinflusst wurde, standen dieser Kontinuität große Einschnitte in anderen Bereichen des universitären Lebens gegenüber. Zum einen fanden Boykottaktionen gegen jüdische und politisch unerwünschte Mitglieder der Universität statt, die der NSDStB mit seinen zahlreichen neuen Mitgliedern organisierte. Zum anderen wurden im Wintersemester 1933/34 von der Sturmabteilung (SA) neue Pflichtveranstaltungen eingeführt, die der geistigen und körperlichen Schulung im Sinne des Nationalsozialismus dienen sollten. Den bis zu 20 Semesterwochenstunden einnehmenden Vorlesungen in Rassenkunde sowie Turnstunden und Aufmärsche mußten die Studenten viel Zeit opfern. Diese Tatsache kritisierte der Inhaber des kunsthistorischen Lehrstuhls, Paul Clemens, in einem Beschwerdebrief an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Erich Rothacker⁶⁵. Die männlichen Assistenten hatten sich in sog. Dozentenakademien und in Wehrsportlagern zu behaupten.⁶⁶ Ob sich die oben umrissenen politischen Ambitionen einiger Dozenten des Kunsthistorischen Instituts auch im Institutsalltag⁶⁷ oder in der Lehre niederschlugen, muß offen bleiben, da nur indirekte Quellen wie Vorlesungsverzeichnisse überliefert sind. Aus Stanges Veranstaltungstiteln lassen sich ebensowenig wie aus den meisten seiner Publikationen Affinitäten zum Nationalsozialismus ableiten. Sieht man von den schon erwähnten Vorlesungen Eugen Lüthgens über »Rasse und bildende Kunst« sowie von Weigerts kulturpolitischer Vorlesung über »Die Kunst von heute als Zeitspiegel« ab, so überwiegt der Eindruck eines konstanten Lehrangebots mit klassischen Themen der europäischen Kunstgeschichte.

64 Auffällig ist die Reduzierung der Zahlen im Wintersemester 1936/37. Im Sommersemester 1936 sind noch 41 Studierende (29 Männer, 12 Frauen), im Wintersemester 1936/37 nur noch 23 (18 Männer, 5 Frauen) Studierende vermerkt.

65 Schreiben Paul Clemens an den Dekan der Philosophischen Fakultät Erich Rothacker, 28.06.1934, UA Bonn PF 77/23.

66 Hermann Bunjes, z.B., hat am Lehrgang Nr. 36 des »Reichslagers für Beamte« in Bad Tölz teilgenommen, siehe Gesuch von Hermann Bunjes um Erlangung einer Dozentur, 12.04.1939: Archiv KHI Bonn, Kriegs-Zeiten ab 1939/40/ao. Professoren, Lehrbeauftragte, Assistenten/Hermann Bunjes.

67 Ein ehem. Stangeschüler erwähnt in der Nachkriegszeit eine Institutsversammlung, in der Stange Hitler und dessen Kunstpolitik gelobt habe; Schreiben vom 05.09.1945: UA Bonn, PF 138-161. Ein Doktorand Paul Clemens bezeugte im Rahmen des Entnazifizierungsprozesses, Stange habe zu Beginn von Lehrveranstaltungen den Hitler-Gruß abnehmen lassen und eine mit Hakenkreuzflagge geschmückte Hitler-Büste vor dem Direktorenzimmer aufgestellt; Akten des Entnazifizierungsausschusses der Universität Bonn, undatiert (Herbst 1945): UA Bonn, UV 139-312. Diesen beiden Aussagen stehen gegenteilige Behauptungen anderer ehem. Studierender gegenüber, die jeden Versuch Stanges, seine Studenten politisch zu beeinflussen, bestritten: Landesarchiv NRW, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1049-50234.

Einen grundlegenden Einschnitt in den Universitätsalltag bedeutete vor allem der Kriegsbeginn. Viele männliche Studenten wurden nach und nach in den Kriegsdienst eingezogen, wie am Rückgang der Studentenzahlen deutlich abzulesen ist⁶⁸. Einige der Frontsoldaten versuchten, ihr Studium in Heimaturlauben während der neu eingeführten Kurzsemester⁶⁹ weiter zu führen oder abzuschließen. Die Seminare und Vorlesungen wurden nur noch von wenigen »jungen Damen« besucht, Exkursionen und Übungen vor Originalen wurden im Laufe der Kriegsjahre immer seltener und fanden nach dem dritten Trimester 1940 praktisch nicht mehr statt. Einen detaillierten Eindruck vom Institutsalltag vermitteln die Kriegsbriefe Alfred Stanges, in denen er die Soldaten an der Front mit Informationen über das Institut versorgte:

»Während der Krieg immer gewaltigere Dimensionen annimmt und Ergebnisse erzeugen wird, die zu seinem Beginn niemand ahnen konnte, geht die Arbeit in den Mauern unserer Alma Mater kaum verändert weiter. Daß die Hörsäle von mehr Mädchen als Männern besucht werden, daran hat man sich gewöhnt. Sie sind sehr voll und auch viele Uniformen mischen sich darunter, zumeist Kriegsversehrte, die für einige Zeit studieren können oder vor der Entlassung stehen. Es wird Euch interessieren zu erfahren, daß mein 3-stündiges Kolleg über Dürer und seine Zeit regelmäßig von einer Anzahl Medizinnern in Uniform besucht wird, die sich diese, ihrem Beruf doch recht fernem Dinge, mit offenbar nicht wenig Genuß anhören. Und das ist schön. Mein Istdiges Rubenskolleg am Mittwoch ist auch bis auf den letzten Platz besetzt, Fr. Meurin meint eben, es wäre ein Treffen aller Fakultäten. Der Hunger nach Geistigem ist groß und nicht nur der Hunger, auch die innere Bereitschaft, Aufgeschlossenheit und das Wissen um die magischen und mythischen Kräfte, die das Menschenleben und Schicksal lenken. Das spürt man auch in der Unterhaltung mit den jungen Kommilitonen. Über ihren Fleiß ist zumeist nur Gutes zu berichten, und wenn manche, Kunsthistorikerinnen zumal, nicht ganz so aufgeschlossen sind wie früher, da ihnen eben sehr häufig das Erlebnis fehlt. Könnt Ihr Euch vorstellen Kunstgeschichte zu studieren ohne je das Original eines Dürer oder Rembrandt zu Gesicht bekommen zu haben! Begeisterte Brief [sic] bekam ich von denjenigen, die auf Studienfahrt nach Südwestdeutschland oder Wien und Prag gegangen waren. Die Wucht des

68 WS 1929/30: 24 Männer (m), 20 Frauen (w); SoSe 1930: 26m, 26w; WS 30/31: 25 m/21w; SoSe 31: 28m/34w; WS 31/32: 20m/33w; SoSe 32: 25m/34w; WS 32/33: 16m/21w; SoSe 33: 18m/24w; WS 33/34: 22m/23w; SoSe 34: 22m/21w; WS 34/35: m/17w; SoSe 35: 22m/14w; WS 35/36: 29m/12w; SoSe 36: 29m/12w; WS 36/37: 18m/5w; SoSe 37: 14m/13w; WS 37/38: 20m/6w; SoSe 38: 18m/10w; WS 39/39: 18m/10w; SoSe 39: 21m/11w; Zwischensem. 39: k. A.; 1. Trimester 40: 5m/8w; 2. Trimester 40: 5m/9w; 3. Trimester 40: 9m/8w; 1. Trimester 41: 4m/9w; 2. Trimester 41: 6m/6w; WS 41/42: 6m/6w; SoSe 42: 10m/14w.

69 Zu Beginn des Jahres 1941 wurde das System auf Trimester umgestellt; REM zum Unterrichtsbetrieb im Jahr 1941, 25.10.1940: UA Bonn, PF 138-175.

deutschen Barock hat sie zum Künstlerischen erwachen lassen. Architektur schließt junge Menschen offenbar nicht so leicht auf wie Plastik und Malerei, das ist verständlich, denn die Welt eines großen Bauwerks ist unendlich und darum auch schwerer zu erfassen, als die meisten Gemälde und Plastiken.«⁷⁰

Daß die Gefahren des Krieges andererseits auch konkret auf den Bonner Universitätsalltag einwirkten, betonte Stange in einer weiteren Passage: »Wenn die wenigen Regale, die uns [sic] noch zur Verfügung stehenden Institutsräumen nicht so leer wären, könnte man sich fast in Friedenszeiten zurück versetzt fühlen. Dann aber gibt es wieder stürmische Zonen, wie heute Nacht, mit fast 6stündigem Alarm, und das reißt einen denn doch heftig in die Gegenwart zurück.« Seit der Intensivierung des Luftkrieges bestand permanent die Angst vor Bombentreffern. Die von Clemen stark erweiterte wissenschaftliche Ausstattung des Instituts – die Bibliothek, bestehend aus 29.000 Bänden, sowie die Diathek mit 40.000 Dias und 120.000 Fotos⁷¹ – wurde vom Institut, das sich ungefähr auf die heutigen Räume im Buonretiroflügel erstreckte, am 15.09.1941 in die Kellerräume der Universität im Kuratoriumsbau evakuiert.⁷² Einzelne Materialien wurden dann zur Verwendung in Lehrveranstaltungen oder zu Forschungszwecken jeweils wieder nach oben transportiert. Während die Bibliothek auf diese Weise gerettet werden konnte, fiel ein Großteil der in der Skulpturenhalle des Erdgeschosses präsentierten Abgußsammlung dem großen Bombenangriff vom 25.10.1944 zum Opfer⁷³.

Den oben zitierten Brief, den Stange als Weihnachtspost bereits am 20. November abschickte, um den rechtzeitigen Posteingang sicherzustellen, beschloß der Ordinarius mit dem Wunsch: »Genug von diesem Alltag. Ich wünschte, ich könnte Euch allen einen Stellungsbehl zum 1. Januar bei dem Kunsthistorisch Institut anzutreten und zu melden schicken!« Ganz so abwegig, wie sich dieser Wunsch anhören mag, war eine Beurlaubung vom Frontdienst – zumindest für einzelne Studenten – nicht. Einige Kunstgeschichtsstudenten wurden aus ihren ursprünglichen Einheiten abgezogen und der Abteilung Kunstschutz zugeteilt. Sie wurden bevorzugt in den eroberten Gebieten eingesetzt, um zerstörte historische Bauten sowie ggf. deren Kunstsammlungen zu »sichern«⁷⁴. Auch wurden umfang-

70 Alfred Stange, Kriegsrundbrief 20.11.1943: Archiv KHI Bonn, Alfred Stange, Korrespondenz aus den Jahren 1940-1944.

71 Zahlen für das Jahr 1935, nach Aussagen Stanges: Alfred Stange, Lehrstuhl und Institut der Kunstgeschichte an der Universität Bonn, Sonderdruck aus: Bonner Mitteilungen 16/1937, S. 1-17.

72 Gisela Mühlhens-Matthes, Die Bibliothek des Kunsthistorischen Instituts, in: Anne-Marie Bonnet, Roland Kanz, Hans-Joachim Raupp, Georg Satzinger, Barbara Schellewald (Hg.), *Le Maraviglie dell'Arte*. (wie Anm. 28), hier S. 167.

73 Heijo Klein, Die Abguß-Sammlung des Kunsthistorischen Institutes, ebd., S. 173-184, hier S. 179.

74 Begriffe wie »Sicherung« und »Sicherstellung« wurden während des Nationalsozialismus häufig verwendet, um dem eigentlichen Tatbestand des Kunst- oder Kulturgutraubes zu

reiche Fotokampagnen durchgeführt, um Kriegsschäden zu dokumentieren sowie den Baubestand für den Fall einer späteren Zerstörung fotografisch festzuhalten. Größere Fotokampagnen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden fanden zwischen 1940 und 1944 unter der Leitung von Alfred Stange und seinem Marburger Kollegen Richard Hamann statt⁷⁵. Außerdem konnte Alfred Stange als Gutachter des Amtes Rosenberg mitentscheiden, welche Nachwuchswissenschaftler vom Militärdienst befreit werden sollten und dementsprechend eine UK-Stellung erhielten⁷⁶. Diese Tatsache macht erneut deutlich, welchen großen Einfluß Stange während des »Dritten Reiches« auf den kunsthistorischen Wissenschaftsbetrieb hatte. Das Kunsthistorische Institut der Universität Bonn kann keineswegs – wie etwa in dem Beitrag über die Juristen nahegelegt wird – als politisches Rückzugsgebiet für konservative Deutschnationale bezeichnet werden. Es war vielmehr nicht nur eine »der am stärksten nationalsozialistisch durchdrungenen Disziplinen der Bonner Universität«,⁷⁷ wie Hans Paul Höpfner so treffend formulierte, sondern wohl auch eines mit dem höchsten Maß an Selbstgleichschaltung unter allen deutschen kunsthistorischen Instituten⁷⁸.

vertuschen; vgl. Anja Heuss, *Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion*, Heidelberg 2000.

75 Zu Fotokampagnen im »Dritten Reich« siehe Judith Tralles, *Die Fotokampagnen des Preußischen Forschungsinstituts für Kunstgeschichte Marburg während des Zweiten Weltkrieges*, in: Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), *Kunstgeschichte im Nationalsozialismus* (wie Anm. 2), S. 263-282.

76 Schreiben Dr. Erxlebens (Hauptamt Wissenschaft, Amt Wissenschaftsbeobachtung und -wertung beim Beauftragten des Führers für die Überwachung des gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP) an Alfred Stange, 04.05.1943: Archiv KHI Bonn, Alfred Stange, Korrespondenz aus den Jahren 1940-1944. Schon vorher hat Stange es seinen Schülern ermöglicht, zu Forschungs- oder Lehrzwecken vom Kriegsdienst beurlaubt zu werden, z.B. den Stipendiaten Gottfried Schlag, Brief Alfred Stanges an den Dozentenführer der Universität Bonn, Prof. Klapp, 09.02.1943 und Brief Alfred Stanges an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, 25.09.1942 (Antrag auf Beurlaubung wegen Habilitation) beide: Archiv KHI Bonn, *Kriegs-Zeiten ab 1939/40/ao. Professoren, Lehrbeauftragte, Assistenten/Gottfried Schlag*.

77 Hans-Paul Höpfner: *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biografien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 548.

78 Eine Gesamtdarstellung der deutschen Kunstgeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus liegt bislang nicht vor; von den bisherigen Publikationen seien stellvertretend genannt: Heinrich Dilly, *Deutsche Kunsthistoriker 1933-1945*, München 1988; Jutta Held/Martin Papenbrock, *Kunst und Politik. Schwerpunkt Kunstgeschichte an den Universitäten im Nationalsozialismus* (Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, 5), Göttingen 2003; Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), *Kunstgeschichte im Nationalsozialismus* (wie Anm. 2).

Georg Rudinger, Ralph Stöwer

Die Psychologie an der Universität Bonn im Nationalsozialismus

Vorbemerkung

Die Psychologie an der Universität Bonn, auch für die Zeit des Nationalsozialismus, ist bereits Gegenstand von Veröffentlichungen gewesen¹. Im folgenden Beitrag wird die Geschichte der Bonner Psychologie im ›Dritten Reich‹ im Wesentlichen biographisch behandelt. Verschiedene Bonner Psychologen werden kurz vorgestellt, ansonsten ist die Untersuchung weitgehend auf die Person Erich Rothackers konzentriert. Rothacker war von 1929 bis 1954 Mitdirektor des Philosophischen Seminars und des Psychologischen Instituts der Bonner Universität. Aufgrund seiner viel beachteten Beiträge zur Historiografie und Wissenschaftslehre der Geisteswissenschaften, zur philosophischen Anthropologie, zur Geschichtsphilosophie und zur Persönlichkeitspsychologie, aber auch weil er sich frühzeitig zum Nationalsozialismus bekannte und 1933/34 wissenschaftspolitisch engagierte, gehört er zu den interessantesten und schillerndsten Gelehrten dieser Zeit. Wissenschaftshistoriker rechnen Rothacker heute zu denjenigen Geisteswissenschaftlern, die sich als wissenschaftliche »Vordenker« des nationalsozialistischen Regimes gerierten und dabei kläglich an den realpolitischen Gegebenheiten scheiterten². In unserem Beitrag beginnen wir mit der (aus Platzgründen leider knapp gehaltenen) Darstellung der politisch-weltanschaulichen und wissenschaftlichen Sozialisation Rothackers. Ausführlicher wird das wissenschaftspolitische Engagement Rothackers

-
1. Vgl. Ralph Stöwer/Christian Rietz/Georg Rudinger, Kleine Chronik des Psychologischen Instituts der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn 1898-1998, Bonn 2. Aufl. 1998; Georg Rudinger, 100 Jahre Psychologisches Institut, in: Bonner Universitätsblätter 1998, S. 45–55; Georg Rudinger/Ralph Stöwer (Hg.), Menschen – Traditionen – Perspektiven. 100 Jahre Psychologisches Institut der Universität Bonn, Bonn 1999; Ralph Stöwer, Störring – sa vie, son œuvre dans le contexte de la psychologie allemande de son époque, in: Frank Jamet/Dominique Déret (Eds), Raisonement et connaissances: un siècle de travaux, Paris 2003, p. 7–39.
 2. Vgl. Michael Grüttner, Das Scheitern der Vordenker, in: Michael Grüttner; Rüdiger Hachtmann; Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M. 1999, S. 458–481; Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academia Bonnensia 12).

kers 1933/34 beschrieben. Schließlich werden weltanschauliche Aspekte im Werk Rothackers aufgezeigt, die seine Affinität zu nationalsozialistischen Denkfiguren begründen.³

1. Erich Rothacker als nationalsozialistischer Hochschulpolitiker

Am 14. April 1933 schrieb Rothacker an den Tübinger Literaturhistoriker Paul Kluckhohn:

»Lieber Kluckhohn, Du scheinst die Zeitungsnotiz überlesen zu haben, dass ich vor einigen Tagen in das Ministerium Goebbels als Leiter der Abteil[un]g für Volksbildung berufen wurde. Wenn alles gut geht, ist das das kommende Reichskultusministerium. [...] Die Sache im Kultusministerium hat nicht geklappt, umso grossartiger, dass Goebbels sofort zugriff.«⁴

Ein Bonner Philosoph und Psychologe auf der Bühne der nationalsozialistischen Kulturpolitik! Aber wer war Erich Rothacker und wie kam es zu dieser Episode? Zunächst Biografisches im Telegrammstil:

Geboren wurde er am 12.3.1888 in Pforzheim als Sohn eines Schmuckhändlers mit Millionenvermögen und einer Kolloratursängerin, der von ihrem patriarchalischen Ehegatten die Ausübung ihres Berufs verboten wurde. 1907–1912 studierte Rothacker Philosophie und Medizin in Kiel, Straßburg und München. Er promovierte 1911 bei dem Philosophiehistoriker Heinrich Maier in Tübingen und studierte als Postdoktorand bis 1914 in München und Berlin weiter. 1916–1918 war er als Sanitätsoffizier der Reserve in der Festung Straßburg stationiert; nach Kriegsende folgte Rothacker Heinrich Maier an die Universität Heidelberg. In Heidelberg habilitierte er 1920 als Privatdozent mit der Schrift *Einleitung in die Geisteswissenschaften*, einem geistesgeschichtlichen Abriss über die Historische Schule im 19. Jahrhundert. 1924 wurde Rothacker zum außerordentlichen Professor ernannt und erhielt ein Privatdozentenstipendium der badischen Landesregierung. In den Heidelberger Jahren waren die Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts, Theorie der Geisteswissenschaften und Geschichtsphilosophie Rothackers Steckenpferde. Er verstand sich als Erbe Diltheys in dessen unvollendetem Versuch, aus der Geistesgeschichte, vor allem der Historischen Schule, eine Philosophie der Geisteswissenschaften zu gewinnen⁵.

3 Zu den rassenideologischen Aspekten im Werk Rothackers vgl. vor allem Volker Böhnigk, *Kulturanthropologie als Rassenlehre. Nationalsozialistische Kulturphilosophie aus der Sicht des Philosophen Erich Rothacker*, Würzburg 2002.

4 Rothacker an Kluckhohn, 14.4.1933. (Deutsches Literaturarchiv [künftig zitiert als DLA] Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte).

5 Vgl. Erich Rothacker, *Heitere Erinnerungen*. Bonn: Athenäum 1963, S. 45f. Eine ausführliche Selbsteinordnung Rothackers in den Forschungszusammenhang kann aus sei-

Politisch gehörte Rothacker in den zwanziger Jahren zu den nationalistisch und antidemokratisch eingestellten Gegnern der Weimarer Republik. Liberalen und sozialistischen Kollegen warf er die Hinnahme des Versailler »Schandfriedens« und der einseitigen Kriegsschuldzuweisung an das Deutsche Reich vor. Pazifismus und Internationalismus waren für ihn Symptome der Vaterlandsentfremdung. Liberale und vor allem sozialistische Intellektuelle, die zum Teil im berühmten Heidelberger Kreis um Marianne und Alfred Weber verkehrten, waren ihm schon aus politischen Gründen unsympathisch. Rothacker selbst unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu kulturnationalistisch denkenden Gelehrten, wie z.B. zu dem Historiker Willy Andreas oder dem Kunsthistoriker Carl Neumann. Durch den Germanisten Friedrich Gundolf lernte er den George-Kreis kennen, dessen heroischer Ästhetizismus ihm imponierte, weil hier »zum letzten Mal eine ›Weltanschauung‹ und ein konkretes Bildungsideal an unseren Universitäten verkündet wurde und Einfluss errang.«⁶ Die Georgianer verkörperten für ihn die originelle Neuentfaltung des im 19. Jahrhundert erblühten bürgerlichen Selbstbewusstseins, verbunden mit Traditionsbewusstsein, Patriotismus und klaren ästhetischen Idealen.

Im Laufe der zwanziger Jahre nahm Rothacker starken Anteil an den Arbeiten der aufstrebenden Volkskunde und der so genannten Volkssoziologie, beispielhaft seien hier nur Hans Freyer und Max Hildebert Boehm genannt⁷. Für diese Forschungsrichtungen war das Recht der ›Volksgemeinschaft‹ prioritär gegenüber den Rechten des Individuums und avancierte zum Kerninteresse der Staatsräson. Rothacker selbst postulierte bereits vor der ›Machtergreifung‹ öffentlich die »Nationalisierung der Soziologie« durch eine stärkere Förderung der volkskundlichen Forschungsrichtung⁸.

Der jahrelange berufliche Status als Privatdozent (1920–1923) und außerordentlicher Professor (1923–1928) ohne sicheres Gehalt war für Rothacker in mehrfacher Hinsicht eine krisenhafte Zeit: Während ihm einerseits das finanzielle Erbe des Vaters unter den Händen zerrann, zerschlugen sich andererseits Berufungsaussichten gleich mehrfach und scheiterten seine ehrgeizige kulturphilosophische Forschungspläne an der fehlenden Unterstützung der Wissenschaftsverwaltungen.

Den Ruf auf ein planmäßiges Extraordinariat für Philosophiegeschichte an der Bonner Universität 1928, im Beamtenverhältnis, erlöste Rothacker aus einer vor

nen Briefen gewonnen werden. Vgl. bes. Rothacker an Albert Dietrich, 18.6.1922. (Universitäts- und Landesbibliothek [ULB] Bonn, NL Rothacker I.

6 Rothacker (wie Anm. 5), S. 64.

7 Vgl. Hans Freyer, *Revolution von rechts*, Jena 1931; Max Hildebert Boehm, *Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften*, Göttingen 1932.

8 Vgl. Erich Rothacker, *Nationale Soziologie*, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau*, Jg. 3, Nr. 1, Januar 1933.

allem psychisch schwierigen Phase. Zur selben Zeit war in Bonn auch ein Ordinariat für Philosophie vakant, das Lehrverpflichtungen in Psychologie und die Leitung des Psychologischen Laboratoriums umfasste. Als zwei Berufungsversuche des Ministeriums an den Absagen der Kandidaten scheiterten, nutzte Rothacker seine persönlichen Verbindungen zu dem preußischen Hochschulreferenten Wolfgang Windelband und ließ sich auf diesen Lehrstuhl versetzen, obwohl er von experimenteller Psychologie damals kaum etwas verstand⁹.

Unter dem Eindruck von Protesten der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und wohl auch auf Druck einflussreicher Kulturpolitiker des Zentrums erwoog das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Rothacker einen Fachpsychologen an die Seite zu stellen. Die »katholische Front« in der Philosophischen Fakultät, allen voran »Rektor Konen und Papa Dyroff«¹⁰, der damalige Ordinarius auf dem katholischen Philosophielehrstuhl, brachten geschickt den Pädagogen Siegfried Behn auf die Fakultätsliste, obwohl dieser als Psychologe wenig Meriten erworben hatte. Als Konvertit genoss Behn jedoch die besondere Förderung Konens und Dyroffs.

»Professor Rothacker glaubt, dass die Gegenliste nur den Zweck habe, einen katholischen Kandidaten durchzusetzen, und von diesen wiederum Professor Behn. Mir will es scheinen, dass Herr Rothacker, der offenbar von diesem Verdacht ganz eingenommen ist, sich dadurch in eine etwas einseitige taktische Situation manövriert hat...«, schrieb der Bonner Universitätskurator Proske am 9. Januar an das preußische Kultusministerium¹¹.

Rothackers Favorit für die philosophisch-psychologische Vakanz in Bonn war ursprünglich der begabte Anthropologe Helmuth Plessner. Zwar meinte Rothacker: »Schrecklich, dass man sozusagen die Wahl zwischen Juden und Ka-

9 Vgl. Stöwer/ Rietz/ Rudinger (wie Anm. 1), S. 47–51.

10 Rothacker an Kluckhohn, 18.12.1929. (DLA Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte). Gemeint ist zum einen Heinrich Matthias Konen (1874–1948), Experimentalphysiker, Zentrumsmitglied, profiliertes Wissenschaftspolitiker, zweimal Rektor der Bonner Universität 1929–1931 und 1946, mehrere Jahre Mitglied im Präsidium der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, 1946/47 Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Zum anderen Adolf Dyroff (1866–1943), thomistischer Philosoph mit Schwerpunkt Philosophiegeschichte, aber auch in der Pädagogik und der Psychologie mit Lehrveranstaltungen vertreten, Universitätsrektor 1925/26. Konen war neben Albert Lauscher, dem Bonner Ordinarius für Pastoraltheologie und zeitweiligen Fraktionsvorsitzenden der Zentrumspartei im Preußischen Landtag bzw. auch zeitweiligen Reichstagsabgeordneten, einer der wichtigsten Interessenvertreter des (wissenschafts-)politischen Katholizismus in Preußen.

11 Proske an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 9.1.1930 (Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz (GStA), Rep. Va Sekt. 3, Tit. 4, Nr. 55, Bd. 11, Bl. 438–441, hier Bl. 438f.)

tholiken hat.«¹² Aber von Plessners Fähigkeiten war Rothacker überzeugt. Anfänglich wähnte er sich siegessicher, zumal Behn wissenschaftlich kein ernsthafter Konkurrent für Plessner sein konnte. Doch dass der ehemalige Mitarbeiter Oswald Külpes eine solide experimentalpsychologische Ausbildung und eine bescheidene psychologische Forschungs- und Lehrtätigkeit nachweisen konnte, reichte seinen katholischen Förderern als Argumentsgrundlage. Adolf Dyroff lieferte in einem Separatvotum gegen die Mehrheitsliste der Fakultät die argumentative Steilvorlage und wahrscheinlich war es dann Albert Lauscher, der kulturpolitisch einflussreiche Bonner Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag, der Behns Berufung im Ministerium durchboxte¹³.

Als mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 der Prozess der nationalsozialistischen Machtübernahme einsetzte, sah Rothacker eine günstige Gelegenheit, wissenschaftspolitische Maßnahmen zugunsten der »nationalpolitisch« bedeutenden Geisteswissenschaften einzuleiten, was ihm in der Weimarer Zeit noch wenig aussichtsreich erschienen war. Nachdem er im Februar 1933 brieflichen Kontakt zum kommissarischen Leiter des preußischen Kultusministeriums, Bernhard Rust, aufgenommen hatte, erhielt Rothacker im März 1933 die Gelegenheit, diesem seine hochschulpolitischen Ideen persönlich vorzutragen.

Am 22. März 1933 berichtete Rothacker dem Heidelberger Historiker Willy Andreas Folgendes über das Treffen: »Lieber Herr Andreas, ich war eben 14 Tage in Berlin, habe ausserordentlich viel erlebt u[nd] erfahren und würde Ihnen furchtbar gern vieles erzählen. [...] Dass man mir in Berlin bestimmte Hoffnungen gemacht hat und dass ich von Plänen und Reformideen bald platze, können Sie sich denken! Sie ahnen ja nicht, wie ich mich danach sehne einmal in diesem Leben zum Handeln zu kommen.«¹⁴

12 Rothacker an Kluckhohn, 18.7.1929. (DLA Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte.)

13 Im Reichserziehungsministerium (REM) wurde 1934 ein Briefwechsel zwischen Albert Lauscher und Werner Richter, ehemals Personalreferent in der Hochschulabteilung des Ministeriums herangereicht. Die Korrespondenz zeige, so der Mitarbeiter des Ministeriums, Ernst Bargheer, dass Behn »ein besonderer Liebling von Herrn Lauscher gewesen« sei. Und weiter: »In der Zeit von 1928–1932 ist Behn ein Kind seiner steten Fürsorge gewesen.« Aktenvermerk Borgheer, 8.3.1934 (Bundesarchiv [BA] Berlin, REM-Personalakte Siegfried Behn, Bl. 4207). Die Korrespondenz zwischen Richter und Lauscher konnte bisher leider nicht aufgefunden werden. Dyroffs Argumentation lässt sich durch die Akten Nr. 3111–3113, insbesondere durch 3112 der Philosophischen Fakultät (im Archiv der Universität Bonn) sowie die Akte des Ministeriums zu diesem Berufungsvorgang (GStA Berlin, II. HA, Rep. 76 Va, Sekt. 3, Tit. 4, Nr. 55, Bd. 11., Vgl. bes. Bl. 421–429) nachvollziehen.

14 Rothacker an Andreas, 22.3.1933. (NL Willy Andreas, Badisches Generallandesarchiv [GLA] Karlsruhe, 69N, Nr. 865)

Rothacker erwartete »stündlich« seine Ernennung zum Leiter der Hochschulabteilung des Kultusministeriums. Doch Rust ließ sich keine konkreten Zusagen entlocken. Aus Rothackers Sicht war er »...ein netter, feiner Mann, aber in Hochschulfragen völlig hilfloser Mann. Die Akten stapeln sich, aber er unterschreibt nichts.«¹⁵

Durch die zufällige Bekanntschaft mit einem führenden Mitarbeiter des gerade entstehenden Propagandaministeriums bekam Rothacker kurzfristig einen Termin bei Joseph Goebbels, dem neuen Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Dieser zeigte sich anfänglich an Ideen wie dem Ausbau der Heidelberger Universität zu einer Reichsuniversität oder der Gründung kulturwissenschaftlicher Forschungsinstitute und an Rothackers Aktionsplan zur nationalkulturellen Volksbildung interessiert. Er ernannte Rothacker am 8. April sogar zum Leiter einer vorerst provisorischen Abteilung für Volksbildung des Propagandaministeriums und beauftragte ihn zunächst, geeignete Standorte für Reichsuniversitäten und Forschungsinstitute zu finden. Nahezu berauscht von diesen Aussichten begab sich Rothacker sogleich auf eine mehrtägige Sondierungsreise, die ihn nach Bonn, Heidelberg und Weimar führte. Bei seiner Rückkehr am 19. April erfuhr er aber zu seiner Enttäuschung, dass er von seiner Aufgabe schon wieder entbunden sei. Hitler hatte in dem Ressortkampf zwischen Rust und Goebbels über hochschulpolitische Zuständigkeiten zugunsten des künftigen Reichserziehungsministers Rust entschieden und damit war Rothackers Aufgabe obsolet geworden.

Aber der Bonner Philosoph glaubte weiter an die Möglichkeit, einen wissenschaftspolitisch bedeutenden Posten erringen zu können und damit seine Pläne zur Förderung der Geisteswissenschaften auf die Tagesordnung der nationalsozialistischen Politik zu befördern. Der aktuellen Zuständigkeitslogik folgend wandte er sich mit seinem bildungspolitischen Aktionsplan (»Reichsvolksdienst«) und einer Denkschrift über die Rolle der Hochschulen in der »nationalpolitischen« Bildung und Erziehung erneut an Staatskommissar Rust. Als auch dieser zweite Vorstoß bei Rust ergebnislos blieb, drang Rothacker binnen weniger Tage zum Staatssekretär des ebenfalls wissenschaftspolitisch ambitionierten Reichsinnenministeriums, Hans Pfundtner, vor. Das RMI finanzierte traditionell die reichsabhängigen Forschungsinstitute und war unter dem neuen Minister Wilhelm Frick nun ebenfalls um die Erweiterung seiner wissenschaftspolitischen Kompetenzen bemüht. Rothacker wurde zum Mitglied eines »Fünferausschusses« ernannt, der für das RMI Pläne zur Zentralisierung der Hochschulverwaltung und zur Neugliederung der Forschung unter der Aufsicht der Kulturpolitischen Abteilung des Ministeriums entwarf. Er realisierte allerdings schon nach kurzer Zeit, dass er den erhofften Posten als Leiter dieser Abteilung nicht bekommen würde. Immerhin, der ihm vorgezogene neue Leiter dieser Abteilung, Ministerialdirektor Rudolf Buttmann,

15 Rothacker an Kluckhohn, 30.3.1933. (DLA Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte).

sagte Rothackers Plänen zur Reorganisation und Stärkung der volkswissenschaftlichen Forschung freundliche Unterstützung zu. Und dass Hitler erst im Frühling 1934 endgültig über die Personalie und die Ressortverantwortung des Reichserziehungsministers entschied, erachtete Rothacker bis zuletzt als »Chance für meine Pläne, auch der Wissenschaft im dritten Reiche wieder den ihr gebührenden Platz zu geben.«¹⁶ Erst als amtlich war, dass Rust der künftige Reichserziehungsminister sein würde und dass sein Ressort alle wesentlichen Kompetenzen im Wissenschaftsbereich umfassen würde, begrub Rothacker seine Hoffnungen »auf unbestimmte Zeit«¹⁷.

Rothackers Briefe und hochschulpolitische Denkschriften der Jahre 1933 und 1934 zeigen, dass er die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik umso kritischer beurteilte, je mehr sich seine Reformhoffnungen und zugleich auch seine eigenen politischen Karriereziele als nicht realisierbar erwiesen. Schon im Frühjahr 1933 kritisierte Rothacker, dass die nationalsozialistische Bewegung auf kulturpolitischem Gebiet denkbar schlecht vorbereitet sei¹⁸. Kaum mehr als ein Jahr nach dem Regierungsantritt der NSDAP zog er dann schonungslos Bilanz: »Die Hochschulen sind seit Menschengedenken nie so schlecht verwaltet worden.«¹⁹

Rothackers in den oben zitierten Briefen und Denkschriften formulierten wissenschaftspolitischen Ideen, Konzepte und Forderungen seien hier stichwortartig zusammengefasst:

- Behutsame Gleichschaltung und Zentralisierung der Hochschulverwaltung;
- Führerprinzip mit kollegialer Note bei Erhalt der Selbstverwaltung der Universitäten;
- »Hineinreissen« der Professorenschaft »in die große nationale Welle« durch »positive« Maßnahmen, Gewinnung ihrer Achtung »auf diplomatischem Wege« und »mittels sachverständigster Förderung der Universitäten«;
- politischer Druck auf die Opposition, aber ohne Gewalttätigkeit;
- rassische und politische Säuberung der Lehrkörper bei Einzelfallabwägung und »konzilianter« als in der tatsächlich durchgeführten Weise;

16 Vgl. Rothacker an Kluckhohn, 30.3.1934. (DLA Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte).

17 Rothacker an Kluckhohn, 14.5.1934. (DLA Marbach, NL Paul Kluckhohn/ Redaktionsarchiv Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte). Zum 1. Mai 1934 wurde Rust von Hitler zum Reichserziehungsminister ernannt.

18 Vgl. Rothacker an Andreas, 27.3.1933. (GLA Karlsruhe, 69N, NL Willy Andreas, Nr. 865) und Bericht Rothackers für Pfundtner, 28.4.1933. (BA Berlin-Lichterfelde, R 18/5445, Bl. 95–115).

19 Denkschrift Rothackers vom 12.3.1934. (BA Berlin-Lichterfelde, R 18/5445, Bl. 67–89, Zitat: Bl. 69).

- Gründung von Reichsuniversitäten und nationalpolitisch bedeutsamen kulturwissenschaftlichen Forschungsinstituten, dabei Heidelberg als Zentrum der historischen Volkskunde und Bonn als Zentrum der kulturphilosophisch-anthropologischen Wissenschaften;
- Sicherstellung der Fördermittel für die Geisteswissenschaften durch Aufspaltung der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft in zwei voneinander unabhängige Institutionen für Geisteswissenschaften und für Naturwissenschaften;
- Schaffung besonderer Vertrauensstellen für die Hochschullehrer;
- Übernahme deutschpropagandistischer Volksbildungsaufgaben durch die Hochschulen.

2. Bonner Psychologen und die »nationale Revolution«

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und die damit einsetzende schrittweise »Machtergreifung« der Nationalsozialisten führte in den ersten Monaten des Jahres 1933 zu einem zeitweiligen Machtvakuum an vielen Universitäten. Einerseits waren naturgemäß noch viele Funktionsträger der sogenannten »Systemzeit« im Amt, andererseits aber erfuhren diese in der politischen Umbruchphase in ihren Kultusministerien wenig Rückendeckung gegenüber radikalen Kräften unter den Studenten und Dozenten. Die NS-Studentenschaften gingen mit Drohungen, Gewalt und Boykottaktionen gegen jene Dozenten vor, die sie aus politischen oder rassischen Gründen für unerwünscht hielten und mancher nationalsozialistische Hochschullehrer setzte sich gezielt über das geltende Recht hinweg, um seine universitäre Position zu verbessern. Solches geschah auch in Bonn und damit kommen wir zu einem anderen Psychologen, der in diesen Tagen von sich reden machte.

Walther Poppelreuter war Spezialist für die Psychopathologie der Hirnverletzungen und einer der ersten deutschen Arbeitspsychologen. Er war ein Nationalsozialist der »Kampfzeit«, schon 1931 in die NSDAP eingetreten und Mitbegründer des nationalsozialistischen Lehrerbundes, dessen Bonner Obmann er im Juni 1933 wurde²⁰. Bereits im Wintersemester 1932/33 hielt er eine Vorlesung über Hitlers politische Psychologie, wofür ihm der »Führer« persönlich dankte. Poppelreuter wählte sich im Frühjahr 1933 zweifellos in einer universitätspolitisch starken Position und die nutzte er weidlich aus.

Nach den Worten des Ökonomen Spiethoff betrieb Poppelreuter »Universitätsdemolation«²¹ als er bei der Rektorenwahl Mitte April 1933 verlangte, dass der nationalsozialistische Jurist Christian Eckhardt über die geltende Wahlordnung hinweg per Akklamation zum Rektor bestimmt würde, um unverzüglich die Gleichschaltung der Universität in Angriff nehmen zu können. Nur der zur Hilfe gerufene neue Oberbürgermeister Ludwig Rickert, ebenfalls ein Parteigenosse,

20 Vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 99f.

21 Spiethoff an Rothacker, 21.4.1933. (ULB Bonn, NL Rothacker I).

konnte dies knapp verhindern. Die Gleichschaltung sollte später auf ministeriell angeordnetem Weg stattfinden.

Poppelreuters wohl übelste Aktion richtete sich schon am 10. März gegen einen Kollegen in der Medizinischen Fakultät. Hans-Paul Höpfner schreibt darüber:

»An der gesamten Universität bekannt wurde Poppelreuter, als er mit 80 SA-Leuten und Angehörigen der Kölner «Gruppe hirnerkrankter Krieger» am 10. März 1933 die Provinzial-Kinderanstalt seines Kollegen Löwenstein stürmte, dessen Wohnung verwüstete und die Hakenkreuzfahne hißte, die erste auf einem öffentlichen Gebäude in Bonn. Nach der Flucht Löwensteins wurde Poppelreuter dessen Nachfolger und richtete wieder seine Hirnerkranktenstation ein.«²²

Den Hintergrund dieser Aktion bildeten Ereignisse der zwanziger Jahre: 1926 hatte Otto Löwenstein Poppelreuters Hirnerkrankteninstitut am Kaiser-Karl-Ring zugesprochen bekommen, um darin eine psychiatrische Kinderstation aufzubauen. Der jüdische Psychiater, mit dem Poppelreuter auch in der Hirnerkranktenbetreuung konkurrierte, wurde mit einem ordentlichen Lehrstuhl ausgestattet, während Poppelreuter trotz jahrelanger Tätigkeit an der Medizinischen Fakultät in der ungesicherten Stellung eines außerordentlicher Professor blieb und – wegen zahlreicher Nebentätigkeiten – letztlich die Hirnerkranktenstation aufgeben musste. Nachdem der vertriebene Löwenstein auch offiziell entlassen worden war, konnte Poppelreuter dessen Lehrstuhl übernehmen und seine Hirnerkranktenanstalt restituieren²³.

Löwensteins Assistent am Psychopathologischen Institut der psychiatrischen Kinderklinik war seit 1929 Kurt Gottschaldt, ein Entwicklungspsychologe und Zwillingforscher aus der Berliner gestaltpsychologischen Schule, der von Rothacker hoch geschätzt wurde und unter seiner Obhut habilitierte. Nach Löwensteins Vertreibung wurde Gottschaldt als Kommunist diffamiert, vorübergehend verhaftet und trotz erfolgreicher Abwehr der Kommunismus-Vorwürfe letztlich entlassen²⁴. Rothacker sorgte schließlich dafür, dass der bedrängte Gestaltpsycho-

22 Höpfner (wie Anm. 2), S. 99.

23 Vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006, S. 347–353; Annete Waibel, Die Anfänge der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bonn. Otto Löwenstein und die Provinzial-Kinderanstalt 1926–1933, Pulheim 2000.

24 Zu Gottschaldt vgl. Forsbach (wie Anm. 23), S. 391ff.; Höpfner (wie Anm. 2), S. 334; Michael Stadler, Das Schicksal der nichtemigrierten Gestaltpsychologen im Nationalsozialismus, in: Carl Friedrich Graumann (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus, Berlin/Heidelberg 1985, S. 152ff.; Niels C. Lösche, Rasse als Konstrukt. Leben und Werk Eugen Fischers, Frankfurt a.M. 1997, S. 324ff.; Mitchell G. Ash, Kurt Gottschaldt und die psychologische Forschung vom Nationalsozialismus zur DDR, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997,

loge im September 1933 die frei gewordene Assistentenstelle des Psychologischen Instituts bekam. Überlieferte Briefe Gottschaldts an Rothacker beleuchten jene Phase des Frühjahrs 1933, als die vom Rektor geduldeten repressiven Aktivitäten der nationalsozialistischen Studentenschaft die Universität vorübergehend in einen Ausnahmezustand versetzten, deshalb nachfolgend ein längeres Zitat:

»Ich darf wohl annehmen, dass ich Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet bin. In der Angelegenheit des Studentenboykotts war ich zweimal beim Rektor. Am Montag war er relativ gleichgültig. Auch er kenne die Gründe des Boykotts nicht. Als ich darauf hinwies, dass er diesen Zettel immerhin unterschrieben habe, erklärte er, er müsse viel unterschreiben – z.B. den entsprechenden Anschlag für einen Bierabend der Studenten – obwohl er nicht damit einverstanden wäre. Inzwischen haben Herr Bender und Herr Groos, denen ich beiden dafür aufrichtig verbunden bin, mit dem Führer der Studentenschaft gesprochen. Dieser erklärte, er nehme an, dass ich Jude wäre und soll recht verlegen gewesen sein, als ihm das Gegenteil berichtet wurde. Im übrigen erklärte er sich bereit das nötige zu unternehmen. Am nächsten Tag ist die Liste dann wieder abgenommen worden. – Der Rektor liess mich am Mittwoch durch Boten noch einmal in seine Sprechstunde rufen. Er war wesentlich wärmer, versicherte mir, dass ich unter allen Umständen lesen könne und müsse und dass ich voll und ganz auf seinen Schutz rechnen könne. (Die Hörer der anderen Herren sollen z.T. durch SA-Wachen am Betreten der Hörsäle gehindert worden sein.) Meine Vorlesung verlief dann auch gänzlich ungehindert... Herr Prof. Behn, der vorsichtiger Weise in der ersten Woche nicht gelesen hat, sondern noch beurlaubt war, hat ebenfalls ungestört seine Vorlesungen am Mittwoch begonnen.«²⁵

Als Zentrumsmitglied und Protégé katholischer Hochschulpolitiker geriet Siegfried Behn in eine bedrängte Lage. Seine pädagogische Lehrtätigkeit gab er auf, denn alles andere wäre beruflicher Selbstmord gewesen. Universitätsrektor Friedrich Pietrusky setzte Behn 1933 auf die Liste der nicht länger tragbaren Dozenten und so wäre er möglicherweise nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt worden, wenn Kurator Alfons Proske, der ebenfalls Zentrumsmitglied gewesen war, sich nicht mit einer übertriebenen Darstellung Behnscher Forschungserfolge beim Ministerium für ihn verwandt hätte²⁶. Trotz Behns Nähe zum politischen Katholizismus und trotz seiner Mitgliedschaft in der Zentrumspartei seit 1927 wurde er letztlich nicht nach dem Berufsbeamtengesetz behelligt, obwohl der Referent des preußischen Kultusministeriums, Ernst Bargheer, im März 1934 Behns Versetzung nach § 5 vorgeschlagen

S. 337–359; ders. *Gestalt psychology in German culture. Holism and the request for objectivity*, Cambridge, New York, 1995.

25 Gottschaldt an Rothacker, 11.5.1933. (ULB Bonn, NL Rothacker I.)

26 Zu Proske vgl. Höpfner (wie Anm. 17), S. 93; zu dessen Einsatz für Behn a.a.O., S. 344.

hatte²⁷. § 5 ermöglichte die Versetzung von Beamten auch auf niedrigere Positionen, sofern dafür »ein dienstliches Bedürfnis« geltend machen wurde. Aber Behn blieb vorerst unbehelligt, möglicherweise, weil das Ministerium bemüht war, das Bonner Lehrangebot in katholischer Philosophie nicht zu reduzieren.

Eine Zwangsversetzung Behns hätte Erich Rothacker, der vom Wintersemester 1933/34 bis einschließlich Wintersemester 1934/35 Dekan der Philosophischen Fakultät war, durchaus begrüßt. Als das Ministerium ihn im Herbst 1934 um Vorschläge zur Einsparung einer bestehenden Professur zugunsten eines neuen Lehrstuhls für Vor- und Frühgeschichte bat, antwortete er eindeutig:

»Was die Philosophischen Lehrstühle angeht, so haben wir aus durchsichtig parteipolitischen Gründen und gegen unseren Wunsch 1931 zu Gunsten des Konvertiten Behn einen vierten Philosophischen Lehrstuhl, d.h. einen zweiten katholischen Philosophischen Lehrstuhl erhalten. Zur Beschwichtigung der öffentlichen Unruhen wurde damals auf den 4. Lehrstuhl der uns sehr wertvolle Prof. Becker berufen. Behn ist von Magnificenz Pietrusky 1933 auf die Liste der politisch nicht tragbaren Dozenten gesetzt worden, wobei ich Derjenige war, der Fürbitte für ihn einlegte. Sollte ich aber heute vor der Wahl stehen Behn oder Literaturgeschichte, so würde ich nach bestem Wissen und Gewissen nur für eine würdige Besetzung des Literaturhistorischen Lehrstuhls plädieren können, denn lebenswichtig ist der Behnsche Lehrstuhl nicht; es sei denn, Behn müsste – ungern – als Nachfolger Dyroffs akzeptiert werden. Sollten Sie sich aber entschliessen, Behn z.B. auf den in Braunsberg freien Philosophischen Lehrstuhl zu versetzen, so wäre die ganze Frage gelöst. Dann könnte Rintelen Dyroffs Nachfolger werden, äusserstenfalls auch Behn.«²⁸

Kollegialität sieht gewiss anders aus. Im ostpreußischen Braunsberg gab es damals eine kleine Staatliche Akademie, die der Priesterausbildung diene und die Rothacker wohl gemeint haben dürfte. Im Frühjahr 1937 wurde Behn dann doch noch versetzt, aber eben auf den katholischen Philosophielehrstuhl in Bonn, den zuvor Dyroff und dann Fritz-Joachim von Rintelen besetzt hatten. Behns persönliches Ordinariat wurde in einen Lehrstuhl für Vor- und Frühgeschichte umgewidmet²⁹. Zu dieser Entscheidung war es folgendermaßen gekommen: Da Dyroffs 1934 berufener Nachfolger Fritz Joachim von Rintelen nach München abgewandert war, sah Rektor Karl Schmidt im Einklang mit dem Dekan Justus Obenauer folgende Alternativen: Entweder würde Behn den katholischen Philosophielehrstuhl übernehmen oder er würde zwangsemeritiert werden, um seine Stelle frei zu machen. Die Fakultät sprach sich in einer Sitzung am 8. Januar 1937 mehrheitlich

27 Vgl. Aktenvermerk Bargheer vom 8.3.1934. (BA Berlin, REM-Personalakte Siegfried Behn, Bl. 4207).

28 Rothacker an Mattiat (REM), 12.10.1934. (GStA, II. HA Rep. 76 Va Sekt. 3 Tit. 4 Nr. 55 Bd. 13; Durchschlag in ULB Bonn, NL Rothacker IV, Bl. 54).

29 Mentzel (REM) an Behn, 2.4.1937 (BA Berlin, REM, Personalakte Siegfried Behn, Bl. 4211).

für Behns Versetzung auf den katholischen Philosophielehrstuhl aus, obwohl der Alternativkandidat Alois Dempf, der allerdings vom Dekan Obenauer als politisch heikel eingestuft wurde, »von nicht in der Sitzung anwesend gewesenen Fakultätsmitgliedern«³⁰ fachlich besser beurteilt wurde als Behn. Dass es nicht zuletzt Rothacker war, der Alois Dempf bevorzugte, kann in Anbetracht sehr positiver brieflicher Äusserungen Rothackers über Dempf als ziemlich sicher gelten. Hilfreich für Behn dürfte dagegen das relativ günstige Votum des NS-Dozentenbunds gewesen sein, der ihn damals als zwar dem Nationalsozialismus fern stehenden, aber politisch zurückhaltenden und charakterlich einwandfreien Hochschullehrer bezeichnete³¹. So blieb Behn der Bonner Universität als Professor für Philosophie und Psychologie erhalten.

Nun ein Blick auf den Mittelbau der Bonner Psychologie. Oskar Kutzner war bereits seit 1921 Institutsassistent und teilte sein Gehalt seit 1926 mit dem außerplanmäßigen Assistenten Wilhelm Roters. Im Frühling 1933 war Roters 36 Jahre alt, Kutzner bereits 51 Jahre. Kutzners Assistentenvertrag wurde im Sommer 1933 auf Grund eines ministeriellen Erlasses zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht mehr verlängert, auf seine Stelle rückte dann gemäß Rothackers Wunsch Kurt Gottschaldt. Kutzner und Roters drohte nun der Verlust zumindest eines erheblichen Teils ihrer Einkünfte und ihre Lage muss ihnen auch darum besonders düster erschienen sein, weil sie beide keine realistischen Aussichten auf eine ordentlich bezahlte Professur und daraus folgende Pensionsansprüche besaßen. Insbesondere Oskar Kutzner, der bis zu den Reichstagswahlen im März 1933 noch SPD-Mitglied gewesen war, musste um seine berufliche Existenz bangen. Beide traten zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, Roters wurde außerdem Rottenführer der SA und Kutzner trat gleich einer ganzen Reihe nationalsozialistischer Organisationen bei. Vor allem Kutzner bemühte sich, seine »positive Mitwirkung« am neuen Staat auch in Forschung und Lehre unter Beweis zu stellen. Am Ende profitierten beide Psychologen von ihrer politischen Zuverlässigkeit: 1939 wurden sie im Zuge der neuen Reichshabilitationsordnung zu verbeamteten »Diätendozenten« ernannt, wodurch sie in den Genuss gesicherter Einkünfte und Pensionsansprüche gelangten³².

Eine etwas außergewöhnliche Figur der deutschen Psychologiegeschichte war Hans Bender. Der Mediziner und Psychologe übernahm 1935 Gottschaldts Assistentenstelle am Psychologischen Institut. Rothacker unterstützte den smarten Freiburger bei seinen ungewöhnlichen Forschungen über Telepathie und andere »au-

30 Obenauer an Rektor Schmidt, 9.1.1937 (UA Bonn, PA Rintelen, zitiert nach Höpfner (wie Anm. 17), S. 356, Fn 2).

31 Reichsamtssleiter NS-Dozentenbund an Wacker (REM), 20.3.1937 (BA Berlin, REM-Personalakte Siegfried Behn, Bl. 4210). Zu dem gesamten Berufungsvorgang vgl. Höpfner (wie Anm. 2), S. 352–356.

32 Vgl. Stöwer/Rietz/Rudinger (wie Anm. 1), S. 60ff.

Bersinnliche« Phänomene, so dass die Parapsychologie in der zweite Hälfte der dreißiger Jahre zum Aushängeschild des Psychologischen Instituts wurde. Bender hatte zuweilen Mühe, seine Studien vor Okkultismuskritiken zu schützen und musste Presseangriffe, u.a. durch den Völkischen Beobachter, hinnehmen. Er trat 1937 der NSDAP bei und sicherte seinen Forschungen das Placet Erich Jaenschs, der nicht nur radikaler Nationalsozialist, sondern auch »Führer« der Deutschen Gesellschaft für Psychologie war. Benders Kontakt zu dem Historiker Ernst Anrich, einer Bonner Studentenbund-Größe, der an der Gründung der Reichsuniversität Straßburg mitwirkte, führte 1941 zu seiner Berufung an die elsässische »Grenzlanduniversität« als außerordentlicher Professor für medizinische Psychologie. Dass Bender Rothacker 1939 mitteilte, er habe dem Propagandaministerium gelegentlich fachliche Anregungen für die Rundfunkpropaganda gegeben und zugleich vorschlug, dieses Potential auszubauen, illustriert seine Umtriebigkeit. Rothacker ist darauf aber nicht eingegangen³³.

3. Der Zeitgeist in Lehre, Forschung und Berufspraxis

Lehrveranstaltungen

Die Politisierung der Studieninhalte lässt sich zum Teil bereits an Hand der Bezeichnungen der Lehrveranstaltungen erkennen. Zu beachten ist, dass Philosophie, Pädagogik und Psychologie in dieser Zeit noch institutionell miteinander verbunden waren und ein eigenes Fachstudium für Psychologie noch nicht existierte. Wer Psychologie studierte, war zumeist für Philosophie oder ein Lehramt eingeschrieben und besuchte in der Regel auch philosophische und pädagogische Lehrveranstaltungen. Erst im Spätsommer 1941 wurde der Diplom-Studiengang für Psychologie offiziell eingeführt. Aus diesem Grund beziehen wir philosophische und pädagogische Lehrinhalte in die Darstellung ein³⁴.

Poppelreuter und Rothacker waren die ersten Bonner Psychologen, die ihren Beitrag zur politischen »Grundversorgung« der Studenten leisteten. Rothacker las z.B. im SS 1933 »Soziologische Übungen über den Begriff des Volkstums an M.H. Boehms Das eigenständige Volk« und im WS 1934/35 über »Kulturphilosophie, Kultursoziologie und Kulturpolitik«. Poppelreuters Vorlesungen zur politischen Psychologie lassen sich an Hand seiner Schrift *Hitler, der politische Psy-*

33 Zu Bender in Bonn vgl. bereits Stöwer/Rietz/Rudinger (wie Anm. 1), S. 64ff.; neuerdings Frank-Rutger Hausmann, Hans Bender (1907–1991) und das Institut für Psychologie und Klinische Psychologie an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944, Würzburg 2006; ergänzend dazu die folgenden Quellen: Bender an Rothacker, 28.10.1939; Rothacker an Griewank von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft), 17.7.1935 (ULB Bonn, NL Rothacker I).

34 Zum Folgenden vgl. Universität Bonn, Vorlesungsverzeichnisse SS 1933 – WS 1944/45 (UA Bonn).

chologe einschätzen, die aus seiner Bonner Vorlesungstätigkeit hervorging. Darin erklärte er den ungeheuren Erfolg Hitlers aus seinen intuitiven Fähigkeiten als Massen- und Führungspsychologe: Emotionalisierung der Politik, bewusst eingesetzte Niveaulosigkeit, destruktive Propaganda, Inszenierung von Gemeinschaft, Symbolpolitik – Hitler war anderen Politiker der Weimarer Zeit auch in Sachen einer gezielten politischen Propagandaarbeit weit voraus. Poppelreuter hat das nicht nur früh verstanden, sondern auch begrüßt³⁵.

Der Privatdozent Rudolf Mense hielt Vorlesungen wie »Grundlinien nationalsozialistischer Philosophie und Politik« und veranstaltete Seminare über »Biopolitik und Wehrpolitik«, Erich Feldmann, Privatdozent für Pädagogik, las über »Fragen der Nationalerziehung«, später auch über Wehrerziehung, Wehrpolitik und nationalsozialistische Weltanschauung. Oskar Kutzner bot Lehrveranstaltungen z.B. über »nationalsozialistische Erziehungsliteratur«, »außerschulische Erziehung im Dritten Reich« oder »Rasse und Wert« an.

Rassenpsychologie wurde interessanterweise nicht von Fachpsychologen in engerem Sinn gelesen, sondern von einem Philosophen, der ansonsten mit Psychologie wenig fachliche Berührung hatte: Oskar Becker, der seit 1931 einen vierten Philosophielehrstuhl in Bonn besetzte und dessen Forschungsschwerpunkte die Philosophie der Mathematik, Ästhetik und Metaphysik waren, benutzte für seine rassenpsychologischen Vorlesungen Lichtbilder »nordischer«, »fälischer«, »ostischer«, »dinarischer« oder »alpiner« Menschen. Er feierte die »nordische Rasse« als Rasse der Leistungsmenschen und Idealisten, die nach absoluter Wahrheit und Naturbeherrschung streben³⁶. Seine Lehrtätigkeit in der »Rassenseelenkunde« profitierte wohl nicht zuletzt von seinen freundschaftlichen Beziehungen zu dem bekannten Rasseforscher Ludwig Ferdinand Clauss, der seit den zwanziger Jahren mit rassenphysiognomischen Arbeiten von sich Reden machte und ein umfangreiches »völkerpsychologisches« Archiv besaß.

Psychologen im Krieg

Dass die deutsche Psychologie in der nationalsozialistischen Herrschaftsphase durch Ideologisierung und Politisierung, vor allem auch durch die Vertreibung von etwa einem Drittel der Dozenten, darunter eine stattliche Zahl Spitzenforscher, erheblich an wissenschaftlicher Qualität verlor, wird niemand ernsthaft bestreiten³⁷. Andererseits hat Ulfried Geuter gezeigt, dass die Psychologie in ihren

35 Vgl. Walter Poppelreuter, *Hitler der politische Psychologe*, Langensalza 1934 (Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin, H. 1391).

36 Oskar Becker, *Nordische Metaphysik*, in: *Rasse* 5 (1938), S. 81–92. Zu Becker vgl. Höpfner (wie Anm. 17), S. 345–349.

37 Dass »die deutsche Experimentalpsychologie« aber grundsätzlich bedroht war, weil sie »kosmopolitisch« war (Werner Traxel, *Zeit der großen Worte – Aufschwung und Absturz der deutschen Psychologie im sogenannten Dritten Reich*, in: ders., *Geschichte für*

Bemühungen, sich als Fachdisziplin zu institutionalisieren, erheblich von Hitlers kriegsgerichteter Modernisierungspolitik profitierte³⁸.

Wehrmacht und Deutsche Gesellschaft für Psychologie setzten im Schulterchluss die Professionalisierung der Psychologie in zwei Schritten durch. Zunächst wurde durch Einführung einer Beamtenlaufbahn für Psychologen in der Wehrmacht im Jahr 1937 der juristische Grund für eine staatlich anerkannte Psychologenausbildung geschaffen und 1941 wurde dann durch die Einführung des Diplom-Studiengangs für Psychologie diesem Erfordernis Rechnung getragen. Deutliche institutionelle Effekte für die Hochschulpsychologie stellten sich freilich erst nach dem Krieg ein, als entsprechend den fachlichen Vorgaben der Diplom-Prüfungsordnung zunächst Lehraufträge und dann sukzessive auch neue Lehrstühle durchgesetzt werden konnten.

Die Wehrmacht hatte ein hohes Interesse an der fachpsychologischen Begutachtung ihrer Rekruten und Offiziersbewerber. Nach Einführung der Wehrpflicht 1935 erhöhte sie die Zahl der Dienststellen für psychologische Eignungsuntersuchungen erheblich, so dass es 1936 in Heer und Marine zusammen 69 Psychologenstellen gab. Die Kriegsvorbereitungen beschleunigten diesen Prozess, 1938 waren es bereits 170 Dienststellen und für Juni 1941 schätzt Geuter eine Gesamtzahl von ca. 450–500 Stellen für Wehrmachtpsychologen³⁹. Diese Entwicklung kam mit der Auflösung der Wehrmachtpsychologie in den Jahren 1942 und 1943, deren genaue Ursache ungeklärt ist, zu einem jähen Ende.

Natürlich leisteten auch Bonner Psychologen fachliche Dienste in der Wehrmacht. Schon 1935 vermittelte Rothacker seinen Assistenten am Philosophischen Seminar A, Leonhard Renthe-Fink, in die Heerespsychologie, nachdem die Studentenschaft ultimativ Renthe-Finks Entfernung von der Universität aufgrund früherer Teilnahmen an Alfred Kantorowicz' sozialistischer Arbeitsgemeinschaft gefordert hatte⁴⁰. Renthe-Fink machte schließlich Karriere als Wehrmachtpsychologe und baute in der Nachkriegszeit die Bundeswehrpsychologie mit auf. Auch Rothacker, Roters, Behn und einige Absolventen des Instituts waren im Krieg zeitweise an Dienststellen für Eignungsuntersuchungen abkommandiert.

Wie Geuter festgestellt hat, waren rassenpsychologische Konzepte, obschon es davon einige gegeben hat, dysfunktional für den Kriegseinsatz der Psychologie.

die Gegenwart. Vorträge und Aufsätze zur Psychologiegeschichte, Bd. 2, Passau 1995, S. 113–130, Zitat: S. 116f.) muss dagegen weiterhin als subjektive, nicht belegbare Meinung gelten. Weder lässt sich von »der« Experimentalpsychologie sprechen, noch liegen Quellen vor, die eine Ablehnung des psychologischen Experiments durch relevante wissenschaftsadministrative Stellen im Dritten Reich nahe legen.

38 Vgl. Ulfried Geuter, Die Professionalisierung der Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1984.

39 Vgl. a.a.O., S. 255–267.

40 Vgl. die Korrespondenz zwischen Renthe-Fink und Rothacker und diverse Schriftstücke als Beilagen (ULB Bonn, NL Rothacker I).

Auf Wunsch der Partei war die Rassenpsychologie zwar zeitweise offizieller Teil der Eignungsuntersuchungen, spielte aber de facto für die charakterologischen Beurteilungen so gut wie keine Rolle. In der Wehrmacht dominierte weiterhin das Idealbild des preußischen Soldaten und Offiziers und daran orientierte sich auch die psychologische Eignungsdiagnostik⁴¹.

Rothackers Schichtenlehre

Der bedeutendste fachliche Beitrag der Bonner Psychologie in der Zeit des Nationalsozialismus war zweifellos Rothackers Buch *Schichten der Persönlichkeit*, Erstauflage 1938⁴², das rasch zu einem Standardwerk der Persönlichkeitspsychologie wurde. Für die persönlichkeitsdiagnostische Praxis war diese Schichtenlehre insofern relevant, als sie einen theoretischen Überbau bot, an dem sich die charakterologische Praxis orientieren konnte. Dem Erfolg zuträglich war sicherlich, dass holistische Forschungsansätze wie die Gestalt- und Ganzheitspsychologien, verschiedene Arten von Persönlichkeitstypologien und die besonders durch Klages inspirierte physiognomische Charakterkunde gut in die Schichtenlehre integrierbar erschienen. Biologisch-anthropologische Prämissen und hirnanatomische Befunde schienen genauso gut ein Schichtenkonzept zu stützen wie zahlreiche kulturwissenschaftliche und völkerkundliche Forschungsbefunde. Das alltagspsychologische Denken der Zeit fand in Rothackers Schichtenlehre in bestimmten Bildern der Persönlichkeitsstruktur seinen Wiederhall und das machte die Schichtenlehre nicht zufällig in einer Phase sehr beliebt, als die Psychodiagnostik als praktisches Berufsfeld erheblich an Bedeutung gewann.

Rothackers Theorie war der Versuch, psychische Funktionen in verschiedenen Entwicklungsschichten der Persönlichkeit zu lokalisieren. Er differenzierte zwischen Schichten der Tiefenperson, in denen die biologische Natur ihr eigenständiges Leben führt, und der Person-Schicht als einem kognitiven Kontrollsystem, das die Tiefenperson mal mehr und mal weniger erfolgreich bündigt und lenkt. Die entwicklungsgeschichtlich aufeinander folgenden Tiefenschichten bezeichnete er sehr bildhaft z.B. als »Leben in uns«, »Tier in uns« oder »Kind in uns« – darunter konnte sich jeder Laie etwas vorstellen. Die unterste, »vital« genannte Schicht entsprach in ihrer biologischen Funktionalität Erscheinungsformen, die man analog in der Welt der Einzeller beobachtete. Der weiteren Differenzierung und Charakterisierung dieses »Es« widmete Rothacker den größten Teil seiner Darstellung, und darin lag auch der besondere Wert seines Buches im Vergleich zu anderen Persönlichkeitspsychologien dieser Zeit. Wohl kein Psychologe hatte bis dahin vergleichbar intensiv auf neuere Forschungen zu den biologischen Grundlagen der Persönlichkeit Bezug genommen. Der entwicklungsgeschichtlich jüngeren Person-

41 Vgl. Geuter (wie Anm. 38), bes. S. 205–210.

42 Erich Rothacker, *Die Schichten der Persönlichkeit*, Leipzig 1938. Im Folgenden beziehen wir uns auf die zweite, erweiterte Auflage von 1941.

Schicht sprach Rothacker die kognitiven Funktionen zu und, ähnlich wie in Freuds Theorie, ein kontrollierendes Ich-Zentrum als Gewissensinstanz. Dabei betonte er, dass die bewusstseinsfähigen Funktionen relativ selten, d.h. nur punktuell, in den Lebensablauf eingreifen. Letzteres verglich Rothacker mit einem Heeresführer, der sich seine Truppen organisiert. Persönlichkeitstypen konnten nach dieser Theorie leicht aus den Stärke- und Dominanzverhältnissen der niederen und höheren Schichten erklärt werden. Eine wichtige Übergangsstufe zwischen den bewusstseinslosen, als vital, vegetativ, triebhaft, animalisch und kindlich-verspielt charakterisierten Tiefenschichten und der durch Bewusstsein, Rationalität und Handlungskontrolle gekennzeichneten Person-Schicht bildete nach Rothackers Darstellung die sogenannte »beseelte Tiefenperson«. Diese Schicht hat noch kein echtes Selbstbewusstsein, keine Wachheit im Sinne eines introspektiven Wissens von den eigenen psychischen Vorgängen; sie ist keine rationale Schicht, trägt aber durch die Fähigkeit des »Innesein« schon den Keim dazu in sich. Sie ist zu einem »Selbst-Gefühl« fähig, das sich als Gesamtstimmung bemerkbar macht, vom Ich aber nur partiell bemerkt und aufgenommen wird. Die »beseelte Tiefenperson« entfaltet sich besonders gut im Traum, weil im Schlafzustand die Aufmerksamkeit nicht durch Geschehnisse der Außenwelt besetzt ist. Sie ist aber nicht nur zu reaktiven bildhaften Erlebnisse fähig, sondern spricht sich in denselben auch aktiv aus. Vermittels dieser vorrationalen und gefühlsbeladenen Persönlichkeitsschicht wirken Phantasien, Ahnungen, Dichtungen, Mythen und Ähnliches einerseits auf das Denken, Fühlen und Handeln der Gesamtperson, andererseits werden sie an diesem psychischen Ort in kreativen, oftmals künstlerischen Prozessen produziert. Die Stärke der »beseelten Tiefenperson« in Relation zu den rationalen und kontrollierenden Fähigkeiten der Person-Schicht wirkt sich auf die Formierung der Persönlichkeitstypen aus⁴³. Rothacker war überzeugt, »...daß Kinder, Frauen, Pykniker, integrierte Typen und Künstler überhaupt mehr aus dem Es, dem »Unbewußten«, dem »archaischen Menschen«, der »Seele« (Klages), dem »Herzen« heraus leben, als einmal schizoide Typen und dann als der ausgesprochen modern-rational-technische Menschentyp. Wie ja diese fünf Gruppen auch rein im Körperbau infantiler bleiben, als die übrigen.«⁴⁴

Ein anderes Beispiel für den Deutungshorizont seiner Schichtenlehre: »Die grossen Willensmenschen haben a) ein starkes Ich und) eine starke Strebung, die mit dem Ich in Einklang ist. Das gibt Stoßkraft. Zuerst ist bei diesen grossen Wil-

43 A.a.O., S. 75–89.

44 A.a.O., S. 84. Der Einfluss der berühmten Kretschmerschen Konstitutionstypologie, aber auch C. G. Jungs und Klages', ist unüberschbar. Vgl. Ernst Kretschmer, Körperbau und Charakter. Untersuchungen zum Konstitutionsproblem und zur Lehre von den Temperamenten, Berlin 1921; Carl G. Jung, Psychologische Typen, Zürich 1921; ders., Das Unbewusste im normalen und kranken Seelenleben, Zürich, 3. Aufl. 1926; L. Klages, Der Geist als Widersacher der Seele, 2 Bde., Leipzig 1932; ders., Goethe als Seelenforscher, Leipzig, 2. Aufl., 1940.

lensmenschen: die Strebung von völlig anormaler Stärke und wird durch die Willenskraft des Ich nur überholt, bestätigt, gestimmt, kontrolliert, differenziert ausgewickelt.«⁴⁵

Die Rassenkunde spielte in diesem Buch kaum eine Rolle, mit ihr hat sich Rothacker in einem anderen Zusammenhang auseinandergesetzt. Dass aber zeitgeisttypische ›rassenpsychologische‹ Charakterisierungen in seinem Schichtenmodell durchaus eine theoretische Unterbauung finden konnten, lässt sich an Einzelaussagen Rothackers erkennen:

»Dagegen stellt die Passivität der Slawen und besonders der Orientalen kompliziertere Probleme. Von Infantilität (in dem hier verwandten typologischen Sinne) oder gar von ›Herz‹ kann mindestens beim orientalischen Habitus keine Rede sein. Es liegen hier nicht jugendliche, sondern ausgesprochen späte, ausgereifte, durchkultivierte Formen eines Lebensgefühls vor, das, kurz gesagt, ›sich‹, d.h. seinen selbstanerkannten Persönlichkeitskern, mit anderen Schichten der Gesamtpersönlichkeit identifiziert als mit der modern-europäisch-amerikanischen Ichschicht des individualisierten Willens und des promethisch selbstvertrauenden Intellekts. Die Selbstidentifikation hält sich hier an viel Es-nähere Schichten des ›Lebens‹, der Gattung ›in uns‹, des Geschlechts, der Kaste, der Sippe in uns. Auch der Sinnlichkeit in uns, denn die eigentümliche Form von ›Weisheit‹, die den Orientalen (wie auch manchen europäischen Sensualisten) kennzeichnen kann, ist eine auf unendlicher ›Erfahrung‹ beruhende Überlistung und Meidekunst des Leidens, die nichts mit einer eigentlichen ›Überwindung‹ desselben zu tun hat, sondern ebenso wie die reflektierte Kunst des Genießens der Schmerzlosigkeit, an der sinnlichen Sphäre haften bleibt.«⁴⁶

Dass Rothacker den theoretischen Gehalt der Schichtenlehre relativ eng an alltagspsychologische Beobachtungen band, wobei er im Zweifelsfall eher auf theoretische Konsistenz verzichtete als auf ein gutes Beispiel, war sicherlich ein wesentlicher Grund für den Erfolg seines Buches. Rothackers Schichtenbuch erlebte bis Mitte der sechziger Jahre acht Auflagen und war ein von Kollegen, Berufspsychologen und Studenten geschätztes Standardwerk deutscher Persönlichkeitspsychologie. Zugleich kann die Nähe zum alltagspsychologischen Denken, nicht zuletzt zu Stereotypen und Klischees der Zeit, als eine generelle Erklärung für den Erfolg des Schichtenmodells gelten, das in unterschiedlichen Varianten von vielen maßgeblichen Fachvertretern im deutschen Sprachraum gelehrt wurde. Ließen

45 Unveröff. Vorlesungsmanuskript ›Psychologie‹ für das WS 1944 (ULB Bonn, NL Rothacker, Manuskriptnachlass, Kiste 32, Nr. 20c, Bl. 139).

46 Rothacker (wie Anm. 42), S. 84f. Dieser Exkurs in die psychologische Rassenkunde ist deutlich von den physiognomischen Studien Ludwig Ferdinand Clauss' geprägt. Vgl. exemplarisch Ludwig Ferdinand Clauss, Rasse und Seele. Eine Einführung in den Sinn der leiblichen Gestalt (3. Aufl.), München 1933.

sich doch durch das Schichtenmodell Erklärungen für Persönlichkeitsbilder finden, an die man schon immer geglaubt hatte.⁴⁷

Rasse und Volksgeist in der Geschichtsphilosophie Rothackers

Einen theoretischen Beitrag zum Rassendiskurs des Dritten Reiches leistete Rothacker in seiner 1934 erschienenen Geschichtsphilosophie⁴⁸. Die kulturanthropologische Grundthese des Buches lautete, dass Kulturen – und Rothacker setzte dabei voraus, dass Völker die Träger von Kulturen seien – danach streben, ihren kulturellen Wesenskern, gewissermaßen ihre individuelle historische Substanz, zu einem jeweils einzigartigen Lebensstil auszuprägen, weiterzuentwickeln und nicht zuletzt auch gegen antagonistische Kräfte »durchzuhalten«. Nach Rothackers Theorie entwickeln historische Gemeinschaften jeweils typische »Haltungen«, weil sie über die Zeit relativ stabilen und wiederkehrenden Herausforderungen der Umwelt begegnen, sich in ihrer Geschichte auf relativ konsistente Elementarbedingungen wie Klima, Landschaft, Ernährung und Feindbedrohung einstellen müssen. In »Dauerlagen« wiederholen sich »fruchtbare« Verhaltens- und Denkweisen, d.h. eben jene, die sich als erfolgreiche Problemlösungen erwiesen haben, werden beibehalten und vertieft. Sie verfestigen sich zu Dauerantworten, nämlich zu Traditionen, Sitten, Normen und Gebräuchen. Nicht nur konstante Verhaltensweisen kristallisieren sich heraus, sondern damit verknüpft auch konstante Wertvorstellungen. Rothacker sprach von dem typischen »Ethos« einer Schicksalsgemeinschaft, das aus einer spezifischen Weltsicht hervorgeht, die sich über Generationen immer weiter einschleift. Er nannte das Gesamtphänomen zusammenhängender Verhaltensweisen, Haltungen, eines Ethos und einer Weltsicht einen »Lebensstil« oder »Kulturstil«⁴⁹. Unter Berufung auf Humboldt, Dilthey und Spengler betonte Rothacker, dass Kulturgemeinschaften sich genau wie Individuen nicht mit bloßer Selbsterhaltung begnügen, sondern ihre kulturellen Entwicklungsprozesse teleologisch auf Selbststeigerung, Vereinheitlichung und Vervollkommnung gerichtet sind. Spenglers Kulturmorphologie bestärkte ihn in der Idee, dass weltgeschichtlich bedeutende »Hochkulturen« sich in ihrem historischen Entwicklungsverlauf jeweils durch die Entfaltung eines im Grunde schon ertümlich gegebenen einzig-

47 Andere bedeutende Schichtenmodelle lieferten z.B. Erich Jausch, *Grundformen menschlichen Seins*, Berlin 1929; Hermann Hoffmann, *Die Schichttheorie*, Stuttgart 1935; Philipp Lersch, *Der Aufbau des Charakters*, Leipzig 1938; Oswald Kroh, *Das Schichtenproblem in entwicklungspsychologischer Bedeutung* in: *Archiv für die gesamte Psychologie* 98 (1937), S. 203–216; Rudolf Thiele, *Person und Charakter*, Leipzig 1940. Zur Bibliographie der Schichtenliteratur vgl. Wolfgang Ruttkowski, *Typologien und Schichtenlehren*, Amsterdam 1974.

48 Erich Rothacker, *Geschichtsphilosophie*, München 1934 (Sonderausgabe aus dem *Handbuch für Philosophie*).

49 A.a.O., S. 37–84.

artigen Wesenskerns zu einem hoch entwickelten Lebensstil auszeichnen⁵⁰. Dabei betonte Rothacker aber in Abgrenzung zu Spengler die Indeterminiertheit kultureller Entwicklung. Nur Tiere lebten in (biologisch) vollkommen determinierten Umwelten, die Menschen dagegen in »erkämpften Welten«. Lebensstile entstünden aus dem Bewusstsein der Verantwortung und durch die ethischen Entscheidungen gesellschaftlicher Trägerschichten, sie entwickelten sich oftmals »über einem Meer von Blut und Tränen« und sie könnten – historisch betrachtet – auch scheitern⁵¹.

In der ursprünglichen Konzeption der Geschichtsphilosophie, die Rothacker dem Verlag Oldenbourg bereits für Weihnachten 1932 versprochen hatte, war die Bedeutung der »Rasse« für kulturelle Entwicklungen kein Gegenstand der Untersuchung. Als sich die Fertigstellung des Beitrags für das Handbuch der Philosophie des Verlags bis das Frühjahr 1933 verschob, einigten sich Autor und Verlag auf eine Überarbeitung des Manuskripts unter Berücksichtigung der veränderten politischen Verhältnisse. Rothacker zog sich nach dem Scheitern seiner wissenschaftspolitischen Aktivitäten in Berlin einige Monate in die Abgeschiedenheit der Tutzingener Akademie zurück, las dort einschlägige Literatur zum Rassethema (u.a. von Alfred Rosenberg, Walter Darré, Ludwig F. Clauss und Hans F.K. Günther) und arbeitete das Manuskript um. Seine Umarbeitung betraf einzelne verstreute Passagen, bot darüber hinaus aber auch ein ganz neues Kapitel über den Zusammenhang von »Rasse und Volksgeist« und ein Schlusskapitel mit dem Titel »Im Dritten Reich«, das Rothacker mit einer Huldigung Adolf Hitlers einleitete⁵².

Der primäre Zweck dieser später hinzugefügten Kapitel und Passagen war der Nachweis, dass zwischen Rothackers Kulturstil-Theorie und der nationalsozialistischen Rassenzucht-Ideologie kein Gegensatz, sondern vielmehr ein Komplementärverhältnis bestehe. Wenn man junge Engländer französisch, deutsch oder schwedisch erziehe, so Rothackers Gedankenexperiment, dann entwickelten sie sich entsprechend der jeweils vorgegebenen Erziehungskultur. Bei rassischer Ähnlichkeit prägen primär »Volkstum« und »Sprachtum« die Erziehung. Mache man dieses Experiment aber mit »...einem jungen Neger, gar Pygmäen oder Mongolen [...] würden diese Kinder ganz offensichtlich das geblieben sein, was sie rassisch waren und würden sich auch als dies erkennen.«⁵³ Dass die genetisch verankerte Rassenzugehörigkeit – heute würde man wohl von »Disposition« sprechen – der kulturellen Ausformung des Phänotypen einen gewissen determinierenden Rahmen setze, nannte Rothacker eine selbstverständliche Einsicht, die

50 Vgl. Otto Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München 14. Aufl. 1999

51 Vgl. Rothacker (wie Anm. 48), S. 99–112, Zitat: S. 112.

52 Zu den Hintergründen der Umarbeitung vgl. Rothackers Korrespondenz mit Manfred Schröter und seinen Brief an Arthur Spiethoff vom 11.6.1933 (ULB Bonn, NL Rothacker I).

53 Rothacker (wie Anm. 47), S. 135.

schon der gesunde Menschenverstand nahe lege. Durch ein einfaches Gedankenexperiment über nach Europa verpflanzte Neger, Pygmäen oder Mongolen sei »...eigentlich ein für allemal der Anteil der Rasse an der historischen Erscheinung evident geworden...«⁵⁴.

Grundsatzprobleme der Rassenforschung sah Rothacker darin, dass es erstens keine reinen Rassen gebe, sondern nur Rassenmischungen und dass zweitens die Forschung gar kein Bild von den Genotypen der historischen Rassen besitzen könne, weil diese der wissenschaftlichen Beobachtung nur in der phänotypischen Gestalt von Völkern zugänglich seien. Phänotypische Gestalten aber wie rassische Genotypen zu behandeln, wie dies die Praxis der Rassenstillehren Hans F.K. Günthers und Ludwig F. Clauss' sei, beruhe auf einem methodischen Missverständnis. Tatsächlich dürfe die Idee der »guten Rasse« nicht verabsolutiert werden. So habe man nicht der »nordischen Rasse«, sondern dem »Preußischen Geiste« und »dem Geiste der NSDAP«, die »aus rassisch sehr fragwürdigem Rohstoff geformt waren«⁵⁵, die nationale Revolution zu verdanken.

Dass ererbte Rasse einen irgendwie gearteten Einfluss auf kulturelles Verhalten besitzt, hielt Rothacker grundsätzlich für unzweifelhaft. Allerdings sei das Erbe-Umwelt-Problem wissenschaftlich noch so ungeklärt, dass dieser Einfluss kaum exakt bestimmbar sei. Eine Rassenbiologie kultureller Formbarkeit waren für Rothacker aus streng wissenschaftlicher Sicht ein ungelöstes Forschungsproblem⁵⁶.

Dass er sich damit auf politisch heikles Gelände begab, war Rothacker natürlich klar. Defätismus-Unterstellungen antizipierend, wiegelte er deshalb im Nachsatz ab: »Das soll selbstverständlich kein Abweichen von dem Leitziel und Wunschbild einer rassisch ebenso glänzend gezüchteten als seelisch im Lebensstile nordischer Völker fortgestalteten deutschen Kultur sein, sondern nur die Verschärfung der Forderung eugenisch guter Zucht durch die Forderung ebenso scharfer geistig-politischer-moralischer und kultureller Zucht im Sinne des überschwenglichen Erziehungsideals, auf das Nietzsche seinen neuen Adel aufbauen wollte.«⁵⁷

Rothackers kaum begründete Quintessenz war, dass eugenische (Zucht-) Politik und die politische Aktivierung der deutschen Volkstumsidee einander ergänzen müssten, um die Nation sowohl rassisch als auch kulturell zu ihrer Blüte zu führen.

»Die größten Gestalten des Lebens wie des Geistes werden also da zu finden sein, wo ein schöpferischer Einklang besteht zwischen rassisch Ererbtem, moralisch Erlebtem und erzieherisch Erlerntem, zwischen rassischer ›Anlage‹ und einer geistigen Zielsetzung, welche sich als fruchtbar genug erweist, For-

54 Ebd.

55 A.a.O., S. 138.

56 Vgl. a.a.O., S. 136ff.

57 Ebd.

men höchsten Lebens aus dieser Anlage herauszuarbeiten. Und eben um solche Zielsetzungen geht es den lebendigen Erscheinungen des rassischen Elements der Kultur: den in Jahrhunderten harter Arbeit und schwerer Entscheidungen ihren Lebensstil sich erkämpfenden Völkern.«⁵⁸

Wie oben gesagt, Rothackers Geschichtsphilosophie basierte primär auf seinem Interesse an universaler Kulturgeschichte, Kulturphilosophie und Volkskunde, wohingegen sein Interesse an der Rassenforschung vor 1933 doch eher marginal entwickelt war. Zwar hatte Rothacker bereits in seiner 1912 publizierten Dissertationsschrift die Auffassung vertreten, dass »echter« kultureller Fortschritt von dem erblich verankerten »formalen Begabungswandel« eines Volkes abhängt, also auf einer (rassen-)genetischen Grundlage beruhe, aber er hat diese These einer »völkerphysiologischen« Entwicklungsgeschichte dann zugunsten des »Volksgeist«-Begriffs der Historischen Schule fallen gelassen. In seinen Manuskripten der zwanziger Jahre taucht der Ansatz einer »Völkerphysiologie« nicht mehr auf⁵⁹.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und Anfang der dreißiger Jahre waren zahlreiche Publikationen zur Volkskunde erschienen, sie war zu einem bedeutenden interdisziplinären Arbeitsfeld gewachsen, an dem Rothacker reges Interesse zeigte, ohne selbst Bedeutendes zu veröffentlichen. Aber die Arbeiten Max Hildebert Boehms, Hans Naumanns, Josef Nadlers und zahlreicher anderer Kulturwissenschaftler sind von Rothacker mit großem Interesse, zum Teil auch mit Begeisterung aufgenommen und verarbeitet worden.

Rothackers Hinwendung zum Nationalsozialismus entsprang dem ausgeprägten Wunsch, Mitwirkender am »nationalen Aufbruch« aus der Krise der deutschen Gesellschaft zu sein. Sein Krisenbewusstsein war seit dem verlorenen Ersten Weltkrieg stetig gewachsen und mündete in die Überzeugung, dass nur eine nationalistische Phase der kulturellen »Selbstbesinnung« im Verbund mit einer autoritären politischen Revolution das Deutsche Reich aus der Depression führen werde. Dass Rothacker für dieses Ziel diskriminierende Maßnahmen sowohl gegen ganze Bevölkerungsgruppen als auch gegen Einzelpersonen in Kauf nahm, hatte eine Grundlage in habituierten rassistischen Vorurteilen, außerdem in einer fehlenden Wertschätzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in seiner Abneigung

58 Ebd.

59 Erich Rothacker, Über die Möglichkeit und den Ertrag einer genetischen Geschichtsschreibung im Sinne Karl Lamprechts, Leipzig 1912. Dies hat in Rothackers Dissertation zu rassistischen Plattheiten geführt, die allerdings Passagen seiner »Geschichtsphilosophie« von 1934 ähneln. Die angebliche kulturelle Stagnation Chinas führte er auf »eine Stagnierung des organischen Begabungswandels« zurück; die Leistung »der befreiten Neger« sei das klägliche Liberia gewesen. Niemand könne ernsthaft glauben, dass Kants und Mozarts Leistungen »von unter uns erzogenen Steinzeitbewohnern« hätten vollbracht werden können (S. 86 u. 101); vgl. auch Erich Rothacker, Einleitung in die Geisteswissenschaften, Tübingen 1920; ders., Logik und Systematik der Geisteswissenschaften, München 1926.

gegen liberales »Weltbürgertum«, gegen den politischen Katholizismus und vor allem gegen Sozialismus und, in seiner Sorge vor einer bolschewistischen Gefahr, Kommunismus, schließlich auch in der Ansicht, dass gewisse Härten und Ungechtigkeiten in einer »nationalen Revolution« unvermeidbar und eben in Kauf zu nehmen seien. Allerdings zeigen Rothackers wissenschaftspolitische Denkschriften und seine Briefe auch, dass er von der Konsequenz und Skrupellosigkeit des

Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und von der sich nach und nach verschärfenden Zensur wissenschaftlicher Publikationen unangenehm überrascht war.

4. Rothackers Denazifizierung

Am 18. Oktober 1944 legte ein alliierter Bombenangriff die Bonner Innenstadt in Schutt und Asche, das Psychologische Institut wurde dabei völlig zerstört. Im März 1945 wurde Bonn von amerikanischen Truppen besetzt, deren Oberkommando alle NSDAP-Angehörigen vom öffentlichen Dienst suspendierte. Die Amerikaner ließen Entnazifizierungskommissionen einrichten, die von der britischen Militärregierung bestätigt wurden, nachdem sie Ende Mai die Besatzung Bonns übernommen hatte. Zur einstweiligen Suspendierung »belasteter Hochschullehrer« gehörte auch die Sperrung der Gehaltszahlungen.

Der provisorische Verwaltungsrat der Universität errichtete weisungsgemäß einen universitätseigenen Politischen Gutachterausschuss, der Untersuchungen und Anhörungen durchführte und Empfehlungen an die Militärregierung aussprach, die sich natürlich die Entscheidung über die Wiederverwendung der Universitätsangehörigen vorbehielt. Diesem Gutachterausschuss wurde von einer »Nachrichtenkommission« zugearbeitet, die im Auftrag des von der Militärregierung eingesetzten Rektors Heinrich Koenen Informationen über das Verhalten der Bonner Hochschullehrer in den vergangenen zwölf Jahren sammelte. Der Leiter der dreiköpfigen Nachrichtenkommission war ausgerechnet Siegfried Behn, seine Mitstreiter waren der Kunsthistoriker Heinrich Lützel und der Astronom Friedrich Becker, alle drei übrigens Katholiken. Die Berichte der Nachrichtenkommission wurden für den internen Gebrauch verfasst, wurden aber vom Vorsitzenden des Politischen Gutachterausschusses in den Anhörungen der betroffenen Hochschullehrer faktisch wie Anklageschriften benutzt – jedenfalls war dies im Fall Rothackers so. So erfuhr Rothacker in seiner Anhörung durch den Politischen Gutachterausschuss das Urteil der Nachrichtenkommission: In deren Stellungnahme wurde er als ein fehlgeleiteter Intellektueller bezeichnet, der aus persönlichem Geltungsbedürfnis und aus ethischer Indifferenz, die auf seinen philosophischen Relativismus zurückgeführt wurde, die Gefahren des Nationalsozialismus verkannt habe. 1933 habe Rothacker sich bemüht Reichskultusminister zu werden, in der Schlussbetrachtung seiner Geschichtsphilosophie Hitler gepriesen und Rosenbergs Ideen gelobt. Auch habe er versucht, Behn »aus politischen Gründen aus

der Hochschule zu verdrängen« und »seit 1933 eine entscheidende Mitwirkung im Psychologischen Institut« beansprucht, obwohl er selbst für das Institut nichts getan, Behn es aber seit Jahren mühevoll aufgebaut habe. Zugute gehalten wurde ihm ein politischer Gesinnungswandel seit 1935, der zu recht offener Kritik am Nationalsozialismus geführt habe, ferner dass er die christliche Überlieferung nicht ablehne (sic!), dass er ein unbedingter Verteidiger wissenschaftlicher Prinzipien gewesen sei und dass er zweifellos einer der wenigen herausragenden Gelehrten der Universität sei. Die Nachrichtenkommission schlug drei Sanktionsvarianten vor: Entweder vorzeitige Emeritierung oder zweijährige Beurlaubung oder Versetzung auf ein persönliches Ordinariat. In jedem Fall möge man Rothacker die Leitung des Psychologischen Instituts entziehen⁶⁰.

Rothacker sah in diesem Gutachten einen Beweis für das erneute Streben der »Zentrumsclique« nach Beherrschung der Universität, speziell als Rache Behns und Heinrich Konens an einem unbequemen Widersacher. Schon am 24. August 1945 hatte der Rothacker eine Aktennotiz über den Besuch des Philologen Bickel in seinem Haus verfasst. Darin heißt es, Bickel habe seine Frau beschworen, ihn zum Verzicht auf die Psychologie zu bewegen, »...dann sei die ganze bedrückende Pg-Angelegenheit in Ordnung«⁶¹. Rothacker war überzeugt, dass Behn und Konen gegen seine Entnazifizierung intrigierten.⁶²

Der Politische Gutachterausschuss folgte der Ansicht der Nachrichtenkommission nur teilweise. Er betonte stärker Rothackers Gesinnungswandel schon nach kurzer Zeit und hielt den Vorwurf, er habe Behn zu schaden versucht, für unbegründet. Der Gutachterausschuss befürwortete Rothackers Wiedereinsetzung in sein Hochschullehreramt. Nachdem auch eine Befragung durch den education officer der Militärregierung positiv verlaufen war, wurde er am 17. Juni 1946 »entlastet« und durfte seinen Dienst wieder aufnehmen. Doch schon im Januar 1947 wurde Rothacker erneut suspendiert, vermutlich weil Behn und Konen sich bei der Militärregierung gegen ihn verwandt hatten. Ein weiteres Verfahren vor dem Universitäts-Unterausschuss der städtischen Entnazifizierungskommission ergab die abermalige Empfehlung einer Wiedereinsetzung, zumal nach Erkenntnis dieses Ausschusses der zweiten Suspendierung keine neuen Tatbestände zugrunde gelegen hatten. Auch Heinrich Lützeler setzte sich bei der Militärregierung für Rothacker ein. Im August 1947 wurde er dann von der Militärregierung erneut als Mitläufer klassifiziert und konnte im Wintersemester 1947/48 endgültig seine Hochschultätigkeit wieder aufnehmen⁶³.

60 Gutachten der Nachrichtenkommission, o.D. (UA Bonn, UV 69-4, Nachrichtenkommission); vgl. dazu bereits Stöwer/Rietz/Rudinger (wie Anm. 1), S. 69 f.

61 ULB Bonn, NL Rothacker I.

62 Vgl. Rothacker an Franz Kade, 2.10.1947 (ULB Bonn, NL Rothacker I).

63 Zur Entnazifizierung vgl. die Bescheinigungen der Militärregierung vom 22.6.1946 und vom 16.8.1947 (UA Bonn, Kurator, Personalakten Erich Rothacker.). Hier auch das Gutachten des Politischen Gutachterausschusses vom 11.9.1945 und das Gutachten des

Rothacker und Behn haben übrigens in der Nachkriegszeit die Streitäxte begraben. »Zu loyaler Zusammenarbeit stets herzlich bereit«, schrieb Behn seinem Kollegen am Neujahrstag 1949⁶⁴.

Schlussbemerkung

Die Geschichte der Rothacker-Behnschen Misskollegialität zieht wie ein roter Faden durch die Geschichte der Bonner Psychologie von den späten zwanziger Jahren bis in die ersten Nachkriegsjahre. Sie zeigt auf wissenschaftshistorischem Gebiet exemplarisch die Vertiefung weltanschaulicher und politischer Gräben seit der Krise der Weimarer Republik und ihre möglichen Folgewirkungen bis in die Nachkriegszeit.

Ohne diese Professorenstreitigkeit überzubewerten, darf man darin einen Fingerzeig sehen, die Geschichte der Psychologie im Nationalsozialismus (und allgemein die Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus) zeitlich nicht isoliert zu betrachten. Wichtig ist die Forschungsperspektive über Epochengrenzen hinweg zu lenken und zwar in einer kombinierten Betrachtung ihrer ideologischen Hintergründe und gesellschaftlich-sozialen Bedingungen. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für den biografischen Zugang. Die Professionalisierungspolitik der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in der NS-Zeit war durch Abbau-Erfahrungen in der Weimarer Zeit und entsprechende Sorgen um die Zukunft des Fachs motiviert, wobei ihre politische Selbstgleichschaltung 1933 und die politisch-ideologische Verlässlichkeit ihres ausgewechselten Führungpersonals für die Durchsetzung dieses Ziels nur hilfreich sein konnten. Auch die »Amerikanisierung« als Topos der deutscher Psychologendebatten Mitte dieses Jahrhunderts ist nur vor dem Hintergrund tiefgreifender Spaltungen zu verstehen, die teilweise bis in die Weimarer Zeit zurückzuverfolgen sind. Eine Gesamtbetrachtung der deutschen Psychologieentwicklung unter Berücksichtigung der mehrfach wechselnden staatlichen und gesellschaftlichen Systembedingungen bleibt ein lohnenswertes Desiderat der Forschung.

Universitäts-Unterausschusses des städtischen Hauptausschusses vom 26.8.1947. Zur Meinungsbildung der Militärregierung vgl. die Akte Rothackers beim Entnazifizierungs-Berufungsausschuss des Regierungsbezirks Düsseldorf (HStA Düsseldorf, NW 1049 – 48732). Darin Notizen des zuständigen britischen Offiziers über Rothacker. Darin auch Lützelers Schreiben an die Militärregierung vom 4.2.1947.

64 ULB Bonn, NL Rothacker I.

Walter Purkert

Ein dionysischer Mathematiker

Felix Hausdorff – Paul Mongré

In einer 1921 im »Bulletin of the American Mathematical Society« erschienenen Besprechung von Hausdorffs Hauptwerk »Grundzüge der Mengenlehre« (1914) schreibt der Rezensent, der amerikanische Mathematiker Henry Blumberg: »It would be difficult to name a volume in any field of mathematics, even in the unclouded domain of number theory, that surpasses the Grundzüge in clearness and precision.«¹ Andererseits lesen wir in einem Brief des Schriftstellers und Übersetzers Paul Lauterbach an den Musiker und Nietzsche-Herausgeber Heinrich Köselitz (Pseudonym: Peter Gast) im Hinblick auf Hausdorff: »Ein dionysischer Mathematiker, das klingt wunderbar, lassen Sie sich aber etwas von ihm schicken, und Sie wetten mit mir, dass es etwas an ihm zu erleben giebt.«²

Dionysisch – diese Bezeichnung zielt mit Blick auf den griechischen Gott Dionysos, den Gott des Weines, der Fruchtbarkeit und der Ekstase, auf das Rauschhafte, Irrationale, Ekstatische im Erlebnis der Welt oder im künstlerischen Schaffen. Ein Mensch, der einerseits mathematische Bücher von unübertroffener Klarheit und Präzision schreibt, der andererseits dionysisch genannt wird, muß eine bemerkenswerte Doppelexistenz sein – und das war Hausdorff in der Tat: Als Felix Hausdorff der bedeutende Mathematiker, dessen Werk bis in die neueste Zeit aktuell und einflußreich ist, als Paul Mongré der Literat, Philosoph und zeitkritische Essayist, den der Publizist Paul Fechter in seiner 1948 erschienenen Autobiographie »Menschen und Zeiten« als eine der merkwürdigsten Erscheinungen der ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts bezeichnet, die von der jüngeren Generation heute zu Unrecht vergessen sei³. Natürlich gibt es in dieser Doppelexistenz viele sichtbare und unsichtbare Fäden hinüber und herüber, denen nachzuspüren ist, will man den Menschen Hausdorff und sein Werk richtig verstehen.

Felix Hausdorff wurde am 8. November 1868 in Breslau geboren. Sein Vater, der jüdische Kaufmann Louis Hausdorff (1843–1896), zog im Herbst 1870 mit seiner jungen Familie nach Leipzig und betrieb am Leipziger Brühl im Laufe der

1 Henry Blumberg, Hausdorff's Grundzüge der Mengenlehre. Bull. of the AMS 27 (1921), S. 116–129, hier S. 116.

2 Paul Lauterbach: Brief an Heinrich Köselitz vom 30. 12. 1893. Goethe- und Schillerarchiv Weimar, 102/417.

3 Paul Fechter, Menschen und Zeiten. Bertelsmann 1948, S. 156.

Zeit verschiedene Firmen, darunter eine Leinen- und Baumwollwarenhandlung. Er war ein gebildeter Mann und hatte schon mit 14 Jahren den Morenu-Titel⁴ errungen. Es gibt mehrere Abhandlungen aus seiner Feder, darunter einen langen Aufsatz »Zur Geschichte der Targumin nach talmudischen Quellen« in der »Monatschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judenthums«. Louis Hausdorff war ein entschiedener Vertreter des konservativen Judentums, welches dagegen kämpfte, daß sich viele Juden in Deutschland mehr und mehr ihrer christlichen Umwelt anzupassen suchten. Er wirkte viele Jahre als Ausschußmitglied für den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund. In den Mitteilungen des Gemeindebundes erschien 1896 ein Nachruf, in dem es heißt: »Sein großes und edles Herz schlug warm für die Sache seiner Glaubensgenossen. Dabei war er ein treuer, aufopfernder Familienvater in echt jüdischem Sinne, und ebenso entsprach seine rege Wohlthätigkeit den schönsten Ueberlieferungen unseres Stammes.«⁵ Hausdorffs Mutter Hedwig (1848–1902; sie wird in verschiedenen Dokumenten auch Johanna genannt) stammte aus der weitverzweigten jüdischen Familie Tietz. Aus einem Zweig dieser Familie ging auch Hermann Tietz hervor, der Gründer des ersten Warenhauses und spätere Mitinhaber der Warenhauskette Hermann Tietz (in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur unter der Bezeichnung HERTIE »ariisiert«).

Von 1878 an besuchte Felix Hausdorff das Nicolai-Gymnasium in Leipzig, eine Einrichtung, die einen ausgezeichneten Ruf als Pflanzstätte humanistischer Bildung hatte. Er war ein ausgezeichnete Schüler, über Jahre Klassenprimus und öfter dadurch geehrt, daß er zu Schulfeiern selbstverfaßte lateinische oder deutsche Gedichte vortragen durfte. In seinem Abiturjahrgang des Jahres 1887 (mit zwei Oberprimen) war er der Einzige, der die Gesamtnote I erreichte. Das Schwergewicht der Gymnasialbildung lag auf den alten Sprachen (ca. 45 % des obligatorischen Unterrichts). Hausdorff hatte z.B. in der Abiturprüfung einen lateinischen Aufsatz zu schreiben; das Thema lautete: Cupidius quam verius Cicero dicit res urbanas bellicis rebus anteponendas esse (Frei etwa: Es entspricht mehr dem Interesse Ciceros als der Wahrheit, wenn er sagt, die Angelegenheiten des öffentlichen Wohles seien denen des Krieges voranzustellen)⁶. Die Wahl des Studienfaches mag dem so vielseitig begabten Oberprimaner Felix Hausdorff nicht leicht gefallen sein. Magda Dierkesmann, die als Studentin in Bonn in den Jahren 1926–1932 öfters im Hause Hausdorffs zu Gast war, berichtete 1967: »Seine vielseitige musische Begabung war so groß, daß er erst auf das Drängen seines Vaters

4 Morenu: hebr. unser Lehrer; Titel eines zum Rabbinat Befähigten.

5 Mittheilungen des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 44 (1896), S. 36.

6 Jahresbericht des Nicolai-Gymnasiums für das Jahr 1887, S. X–XI. Stadtarchiv Leipzig, Bestand Nicolai-Gymnasium.

hin den Plan aufgab, Musik zu studieren und Komponist zu werden.«⁷ Zum Abitur war die Entscheidung gefallen (was letztlich den Ausschlag gegeben hat, wissen wir nicht): Im Jahresbericht des Nicolai-Gymnasiums für 1887 steht in der Liste der Abiturienten in der Spalte zukünftiges Studium bei Felix Hausdorff Naturwissenschaften⁸.

Vom Sommersemester 1887 bis Sommersemester 1891 studierte Hausdorff Mathematik und Astronomie, hauptsächlich in seiner Vaterstadt Leipzig, unterbrochen durch je ein Semester in Freiburg (SS 1888) und Berlin (WS 1888/1889). Die erhalten gebliebenen Studienzeugnisse⁹ (bis auf das Freiburger Semester) weisen den Studenten Felix Hausdorff als außerordentlich vielseitig interessierten jungen Mann aus, der neben den mathematischen und astronomischen Vorlesungen auch solche aus den Gebieten Physik, Chemie und Geographie hörte, ferner Vorlesungen über Philosophie und Philosophiegeschichte, über Themen der Sprach- und Literaturwissenschaften, über die Geschichte des Sozialismus und über die Arbeiterfrage. Hinzu kam ein Kolleg über die wissenschaftlichen Grundlagen des Glaubens an einen persönlichen Gott und eines über die Beziehungen zwischen Geistesstörung und Verbrechen. In Leipzig hörte er bei dem Musikwissenschaftler Paul auch Geschichte der Musik. Seine frühe Liebe zur Musik währte ein Leben lang; in Hausdorffs Haus gab es beeindruckende Musikabende mit dem Hausherrn am Klavier, wie Äußerungen verschiedener Teilnehmer bezeugen. Schon als Leipziger Student war er ein Verehrer und exzellenter Kenner der Musik von Richard Wagner.

In den letzten Semestern seines Studiums schloß sich Hausdorff eng an Heinrich Bruns (1848–1919) an. Bruns war Ordinarius für Astronomie und Direktor der Sternwarte an der Universität Leipzig. Er war Schüler von Weierstrass und ist vor allem durch seine Untersuchungen zum Dreikörperproblem und zur Optik (Brunssches Eikonale) bekannt geworden. Bei Bruns promovierte Hausdorff 1891 mit einer Arbeit über die Refraktion des Lichtes in der Atmosphäre¹⁰. Es folgten zwei weitere Veröffentlichungen zum selben Thema und 1895 die Habilitation mit

7 Magda Dierkesmann, Felix Hausdorff. Ein Lebensbild, in: Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung 69 (1967), S. 51(127)–54(130), hier S. 51–52. Frau Dierkesmann hat in einem Gespräch mit Egbert Brieskorn versichert, daß Hausdorff selbst ihr dies so erzählt habe.

8 Jahresbericht des Nicolai-Gymnasiums für das Jahr 1887, S. XVI.

9 Universitätsarchiv (UA) Leipzig, Film Nr. 60 und Nr. 67; Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Univ.-Registatur, Littr. A, N. 6, Vol. 876, No. 28. Die letztere Angabe verdanke ich Herrn Girlich (Leipzig).

10 Felix Hausdorff, Zur Theorie der astronomischen Strahlenbrechung (Dissertation). Ber. über die Verhandlungen der Königl. Sächs. Ges. der Wiss. zu Leipzig. Math.-phys. Classe 43 (1891), S. 481–566.

einer Arbeit über die Extinktion des Lichtes in der Atmosphäre¹¹. Diese frühen astronomischen Arbeiten Hausdorffs haben – ungeachtet ihrer exzellenten mathematischen Durcharbeitung – keine Bedeutung erlangt. Zum einen hat sich die zu Grunde liegende Idee von Bruns als nicht tragfähig erwiesen (es wurden horizontnahe astronomische Refraktionsbeobachtungen benötigt, welche, wie Julius Bauschinger wenig später zeigen konnte, prinzipiell nicht mit der erforderlichen Genauigkeit beschafft werden können). Zum anderen hat der Fortschritt bei der direkten Messung atmosphärischer Daten (Ballonaufstiege) sehr bald die mühevollen Berechnung dieser Daten aus Refraktionsbeobachtungen unnötig gemacht. In der Zeit zwischen Promotion und Habilitation absolvierte Hausdorff den einjährig-freiwilligen Militärdienst und arbeitete zwei Jahre als Rechner an der Leipziger Sternwarte.

Mit der Habilitation wurde Hausdorff Privatdozent an der Universität Leipzig und begann eine umfangreiche Lehrtätigkeit auf den verschiedensten mathematischen Gebieten. Neben Lehre und Forschung in der Mathematik ging er seinen literarischen und philosophischen Neigungen nach. Ein Mann mit vielseitigen Interessen, umfassend gebildet, hochsensibel und differenziert im Denken, Fühlen und Erleben, verkehrte er in seiner Leipziger Zeit mit einer Reihe bekannter Literaten, Künstler und Verleger wie Hermann Conradi, Richard Dehmel, Otto Erich Hartleben, Gustav Kirstein, Max Klinger, Max Reger und Frank Wedekind. Die Jahre 1897 bis etwa 1904 markieren den Höhepunkt seines literarisch-philosophischen Schaffens; in dieser Zeit erschienen 18 der insgesamt 22 unter Pseudonym veröffentlichten Schriften, darunter ein Gedichtband, ein Theaterstück, ein erkenntniskritisches Buch und ein Band Aphorismen.

Der Aphorismenband war das erste unter dem Pseudonym Paul Mongré erschienene Werk Hausdorffs. Er trägt den Titel »Sant' Ilario. Gedanken aus der Landschaft Zarathustras«¹². Schon das gewählte Pseudonym ist Programm: *à mon gré* – nach meinem Geschmack. Dies zielt auf Individualität, auf geistige Unabhängigkeit, auf Ablehnung von Vorurteilen und Zwängen politischer, gesellschaftlicher, religiöser oder sonstiger Art. Der Untertitel des »Sant' Ilario« Gedanken aus der Landschaft Zarathustras spielt zunächst darauf an, daß Hausdorff sein Buch während eines Erholungsaufenthaltes an der ligurischen Küste um Genua vollendet hat und daß Friedrich Nietzsche in eben dieser Gegend die ersten beiden Teile von »Also sprach Zarathustra« schrieb; er spielt natürlich auch auf die geistige Nähe zu Nietzsche an. In einer Selbstanzeige des Sant' Ilario in der Wochenschrift Die Zukunft bekannte sich Hausdorff *expressis verbis* zu Nietzsche: »An diesem

11 Felix Hausdorff, F.: Über die Absorption des Lichtes in der Atmosphäre (Habilitationsschrift). Ber. über die Verhandlungen der Königl. Sächs. Ges. der Wiss. zu Leipzig. Math.-phys. Classe 47 (1895), S. 401–482.

12 Felix Hausdorff (P. Mongré), Sant' Ilario – Gedanken aus der Landschaft Zarathustras, Leipzig 1897.

seligen Gestade [...] bin ich dem Schöpfer Zarathustras seine einsamen Wege nachgegangen, – wunderliche, schmale Küsten- und Klippenpfade, die sich nicht zur Heerstraße breittreten lassen. Wer mich deshalb einfach zum Gefolge Nietzsches zählen will, mag sich hier auf mein eigenes Geständniß berufen.«¹³

Hausdorff hat nicht versucht, Nietzsche zu kopieren oder gar zu übertreffen – »Von Nietzsche-Nachahmung keine Spur« heißt es in einer zeitgenössischen Rezension. Er stellt sich sozusagen neben Nietzsche in dem Bestreben, individuelles Denken freizusetzen, sich die Freiheit zu nehmen, überkommene Normen in Frage zu stellen. Zum Spätwerk Nietzsches wahrte Hausdorff kritische Distanz. In seinem Essay über das vom Nietzsche-Archiv aus nachgelassenen Notizen Nietzsches kompilierte Buch »Der Wille zur Macht« heißt es: »In Nietzsche glüht ein Fanatiker. Seine Moral der Züchtung, auf unserem heutigen Fundamente biologischen und physiologischen Wissens errichtet: das könnte ein weltgeschichtlicher Skandal werden, gegen den Inquisition und Hexenprozeß zu harmlosen Verirrungen verblassen.«¹⁴ Seinen kritischen Maßstab nahm Hausdorff von Nietzsche selbst, »von dem gütigen, maßvollen, verstehenden Freigeist Nietzsche und von dem kühlen, dogmenfreien, systemlosen Skeptiker Nietzsche [...]«¹⁵

Den Inhalt eines Aphorismenbandes beschreiben zu wollen verbietet sich von selbst. Um mehr als nichts zu sagen, seien zwei Gedanken, die immer wieder thematisiert werden, genannt: Da ist zunächst die tiefe Skepsis gegen jedwede Teleologie und gegen alle Ideologien und Weltverbesserungslehren, die vorgeben, im Besitz der Wahrheit über Sinn und Ziel des Menschengeschlechts zu sein. Dazu zwei Auszüge aus den Aphorismen 1 und 3:

»In der Welt ist so empörend viel Unsinn, Sprung, Zerrissenheit, Chaos, ›Willensfreiheit‹; ich beneide Diejenigen um ihre guten und synthetischen Augen, die in ihr die Entfaltung einer ›Idee‹, einer Idee sehen.«¹⁶

»Wenn nicht die Wahrheit selbst, so ist doch der Glaube an die gefundene Wahrheit in gefährlichem Masse lebensfeindlich und zukunftsgefährlich. Noch Keiner von denen, die sich mit Wahrheit begnadet wählten, hat einen Augenblick gezögert, das grosse Finale oder den grossen Mittag oder irgend einen Endpunkt, Wendepunkt, Gipfelpunkt der Menschheit zu verkünden, d. h. jedesmal allem Künftigen sein Bild, seinen Stempel, seine Beschränktheit aufzuprägen«¹⁷.

13 Felix Hausdorff (P. Mongré), Sant' Ilario – Gedanken aus der Landschaft Zarathustras. Selbstanzeige, Die Zukunft, 20.11.1897, S. 361. Eingehend ist Hausdorffs Verhältnis zu Nietzsche behandelt bei Werner Stegmaier, Ein Mathematiker in der Landschaft Zarathustras. Felix Hausdorff als Philosoph, in: Nietzsche-Studien 31 (2002), S. 195–240.

14 Felix Hausdorff (P. Mongré), Der Wille zur Macht. Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) 13 (12) (1902), S. 1334–1338, hier S. 1336.

15 Ebd., S. 1338.

16 Hausdorff (wie Anm. 12), S. 4.

17 Hausdorff (wie Anm. 12), S. 6.

Da ist ferner die Frage des Verhältnisses von Einzelem und Masse. Für Hausdorff ist wie für Nietzsche der Einzelne keine bloße Figur in einem historischen Prozeß, welcher seine Individualität einer höheren Bestimmung unterzuordnen hat. Der Einzelne, zumal der schöpferische, soll in den Mittelpunkt gerückt, seine Rechte sollen verteidigt werden. Dazu ein Auszug aus Aphorismus Nr. 35:

»Fruchtbar ist Jeder, der etwas sein eigen nennt, im Schaffen oder Geniessen, in Sprache oder Gebärde, in Sehnsucht oder Besitz, in Wissenschaft oder Gesittung; fruchtbar ist alles, was weniger als zweimal da ist, jeder Baum, der aus seiner Erde in seinen Himmel wächst, jedes Lächeln, das nur einem Gesichte steht, jeder Gedanke, der nur einmal Recht hat, jedes Erlebniss, das den herztärkenden Geruch des Individuums ausathmet!«¹⁸

1898 erschien – ebenfalls unter dem Pseudonym Paul Mongré – Hausdorffs erkenntniskritischer Versuch »Das Chaos in kosmischer Auslese«. Die in diesem Buch vorgetragene Metaphysikkritik hatte ihren Ausgangspunkt in Hausdorffs Auseinandersetzung mit Nietzsches Idee der ewigen Wiederkunft. Es geht schließlich darum, *jede* Art von Metaphysik endgültig zu destruieren. Von der Welt an sich, vom *transzendenten Weltkern* – wie Hausdorff sich ausdrückt – wissen wir nichts und können wir nichts wissen. Wir müssen die Welt an sich als unbestimmt und unbestimmbar, als bloßes Chaos voraussetzen. Die Welt unserer Erfahrung, unser Kosmos, ist das Ergebnis der Auslese, der Selektion, die wir nach unseren Möglichkeiten der Erkenntnis unwillkürlich schon immer vorgenommen haben und weiter vornehmen. Von jenem Chaos aus gesehen wären auch beliebige andere Ordnungen, andere Kosmoi, denkbar. Jedenfalls kann man von der Welt unseres Kosmos her keinen Schluß ziehen auf eine transzendente Welt. Hausdorff formuliert dieses Programm folgendermaßen: »Wir werden die völlige Diversität beider Welten und die Unhaltbarkeit jedes Schlusses von empirischen Folgen auf transcendente Gründe [...] zu zeigen haben, und zwar in einer umfassenden Allgemeinheit, die über das Kantische Resultat auch praktisch hinausgreift [...]«¹⁹ Das Verfahren, welches diesen Nachweis liefern soll, umreißt er so: »[...] wir haben [...] einfach diejenigen transcendenten Variationen zu bestimmen, die ein gegebenes empirisches Phänomen unverändert lassen.«²⁰

Im »Chaos in kosmischer Auslese« hat er dieses Programm für die Kategorien Zeit und Raum durchzuführen gesucht. Um eine Idee davon zu geben, wie Hausdorff sich das Verfahren für den Raum denkt, sei ein Stück aus seiner Leipziger Antrittsvorlesung »Das Raumproblem« zitiert. Ausgangspunkt der Argumentation ist die Tatsache, daß man aus einer Landkarte die Gestalt des Originals nicht erschließen kann, wenn man das Projektionsverfahren nicht kennt. Dann heißt es:

18 Hausdorff (wie Anm. 12), S. 37.

19 Felix Hausdorff, (P. Mongré), Das Chaos in kosmischer Auslese – Ein erkenntniskritischer Versuch, Leipzig 1898, S. 4.

20 Ebd., S. 9.

[...] unser empirischer Raum ist solch eine körperliche Karte, ein Abbild des absoluten Raumes [absolut hier im Sinne von transzendent – d. Verf.]; aber [...] wir kennen das Projektionsverfahren nicht und kennen folglich auch das Urbild nicht. Zwischen beiden Räumen besteht eine unbekannte, willkürliche Beziehung oder Korrespondenz, eine völlig beliebige Punkttransformation. Aber der Orientierungswert des empirischen Raumes leidet darunter nicht; wir finden uns auf unserer Karte zurecht und verständigen uns mit anderen Kartenbesitzern; die Verzerrung fällt nicht in unser Bewußtsein, weil nicht nur die Objekte, sondern auch wir selbst und unsere Meßinstrumente davon gleichmäßig betroffen werden. [...]

Wenn diese Auffassung richtig ist, so muß man das Urbild einer beliebigen Transformation unterwerfen können, ohne daß das Abbild sich verändert: [...]²¹

Die einfachste solche Transformation wäre die gleichmäßige Verkleinerung oder Vergrößerung des transzendenten Raumes um einen konstanten Faktor. Aber Hausdorff geht es um beliebige Transformationen, d. h. der transzendente Raum bleibt vollständig unbestimmt und unbestimmbar – er ist ein wissenschaftlich sinnloser Begriff. Mit dem Raumproblem hat sich Hausdorff viele Jahre lang intensiv beschäftigt; im Wintersemester 1903/04 hielt er in Leipzig eine Vorlesung »Zeit und Raum«²², in der er von seiner Leidenschaft für dieses Problem spricht. Der von ihm später geschaffene fundamentale Begriff des topologischen Raumes wird in seinen Ausdifferenzierungen so gut wie jeder Situation, in der Räumliches im Sinne von Nachbarschaft eine Rolle spielt, gerecht. Er ist vielleicht auch als ein Nachklang seines philosophischen Denkens zu verstehen.

Besonders bemerkenswert am »Chaos in kosmischer Auslese« ist, daß Hausdorff hier in einer philosophischen Untersuchung Elemente der damals neuesten Mathematik, nämlich der Mengenlehre Cantors, einsetzt. Dieser wohl einzigartige, aber auch problematische Zug hat die Rezeption des Werkes sehr erschwert.

1904 erschien in der Zeitschrift »Die neue Rundschau« Hausdorffs Theaterstück, der Einakter »Der Arzt seiner Ehre«. Es ist eine derbe Satire auf das Duellwesen und auf die überkommenen Ehrbegriffe des Adels und des preußischen Offizierscorps, die in der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft immer

21 Felix Hausdorff, Das Raumproblem (Antrittsvorlesung an der Universität Leipzig, gehalten am 4.7.1903). Ostwalds Annalen der Naturphilosophie 3 (1903), S. 1–23, hier S. 15. Was mit dem physischen Inhalt bei solchen Transformationen geschieht, bleibt hier offen. In einem nachgelassenen (leider undatierten) Fragment »Transformationsprinzip« schreibt Hausdorff dazu: »Dass der phys. Inhalt an der Transformation theiligt sein soll, genauer auszuführen. Das ist vielleicht nicht so einfach. Vielleicht liesse sich das Princip auf diese Weise sogar bestreiten – wozu ich Lust hätte, seit ich es auch bei Andern (Poincaré) gefunden habe!!!« Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) Bonn, NL Hausdorff: Kapsel 49: Fasz.: 1079, Bl. 3.

22 ULB Bonn, NL Hausdorff: Kapsel 24: Fasz. 71.

anachronistischer wurden. In einer Theaterkritik des Hamburger Echo vom 15. 11. 1904 heißt es beispielsweise: »Mongré hat den Mut, das Duell in dem Licht zu zeigen, das ihm gebührt. Er behandelt es als eine Komödie, über die man sich bei einem Glase Wein sehr wohl einigen kann, wenn anders man nicht als Patentfatzke in den Fesseln des Modedämons Ehre steckt.«

»Der Arzt seiner Ehre« war Hausdorffs größter literarischer Erfolg. Es gab zwischen 1904 und 1918 weit mehr als 300 Aufführungen in Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Bromberg, Budapest, Düsseldorf, Dortmund, Elberfeld, Elbing, Frankfurt/M, Fürth, Graz, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Königsberg, Krefeld, Leipzig, Magdeburg, Mühlhausen i.E., München, Nürnberg, Prag, Riga, Straßburg, Stuttgart, Wien, Wiesbaden und Zürich²³. Daß Hausdorff um 1912 als bekannter Theaterdichter galt, mag man daraus ersehen, daß er zum Bankett zu Ehren von Frank Wedekind am 18. 6. 1912 im Berliner Hotel Esplanade in Begleitung von Max Reinhardt, Felix Holländer und Arthur Kahane erschien; die drei Genannten gehörten zur Crème der Berliner Theaterszene²⁴.

Mit diesen wenigen Streiflichtern müssen wir die philosophisch-literarischen Werke Hausdorffs verlassen; unberührt blieben seine Essays, wahre Perlen dieser Literaturgattung, die in führenden Literaturzeitschriften der damaligen Zeit erschienen sind, sowie sein Gedichtband »Ekstasen« aus dem Jahre 1900²⁵.

Hausdorff hatte 1899 Charlotte Goldschmidt, die Tochter des jüdischen Arztes Siegismund Goldschmidt aus Bad Reichenhall, geheiratet. Dessen Stiefmutter war die berühmte Frauenrechtlerin und Vorschulpädagogin Henriette Goldschmidt. Genealogische Recherchen haben übrigens ergeben, daß Charlotte Goldschmidt eine Nachfahrin des Herzogs Karl Eugen von Württemberg ist (aus einer illegitimen Verbindung mit einer italienischen Tänzerin namens Frattini). 1900 wurde Hausdorffs einziges Kind, die Tochter Lenore (Nora) geboren; sie überlebte die Zeit des Nationalsozialismus und starb hochbetagt 1991 in Bonn.

Im Dezember 1901 wurde Hausdorff zum außerplanmäßigen Extraordinarius an der Universität Leipzig ernannt. Bei der Beantragung hatte sich der Dekan veranlaßt gesehen, dem sehr positiven Votum der Fachkollegen, verfaßt von Heinrich Bruns, noch folgenden Zusatz beizufügen: »Die Fakultät hält sich jedoch für verpflichtet, dem Königlichen Ministerium noch zu berichten, dass der vorstehen-

23 Die Mitteilung der zitierten Theaterkritik und die Angaben über die Aufführungen verdanke ich Herrn U. Roth, München.

24 Frank Wedekind, Gesammelte Briefe, hrsg. von Fritz Strich. Bd.2, München 1924, S. 269. Ich verdanke den Hinweis auf diesen Wedekind-Brief Frau Ariane Martin, Mainz.

25 S. dazu Friedrich Vollhardt, Von der Sozialgeschichte zur Kulturwissenschaft? Die literarisch-essayistischen Schriften des Mathematikers Felix Hausdorff (1868–1942). Vorläufige Bemerkungen in systematischer Absicht, in: Martin Huber/Gerhard Lauer (Hg.), Nach der Sozialgeschichte. Konzepte für eine Literaturwissenschaft zwischen Historischer Anthropologie, Kulturgeschichte und Medientheorie, Tübingen 2000, S. 551–573.

de Antrag in der am 2. November d. J. stattgehabten Fakultätssitzung nicht mit allen, sondern mit 22 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Die Minorität stimmte deshalb dagegen, weil Dr. Hausdorff mosaikischen Glaubens ist.«²⁶.

Dieser Zusatz beleuchtet schlaglichtartig den unverhüllten Antisemitismus, der besonders nach dem Gründerkrach im gesamten deutschen Reich einen starken Aufschwung genommen hatte. Leipzig war ein Zentrum der antisemitischen Bewegung, insbesondere auch unter der Studentenschaft. Es mag dies ein Grund dafür gewesen sein, daß sich Hausdorff an der Leipziger Universität nicht besonders wohl fühlte; ein anderer war vielleicht das betont hierarchische Gehabe der Leipziger Ordinarien, wo der Extraordinarius nichts galt. Jedenfalls schrieb Hausdorff rückblickend aus Bonn an Friedrich Engel: »In Bonn kommt man sich, auch als Nicht-Ordinarius, förmlich existenzberechtigt vor, eine Empfindung, zu der ich mich an der Pleisse nie habe aufschwingen können.«²⁷

Hausdorff schrieb nach der Habilitation noch je eine Arbeit über Optik, über nichteuklidische Geometrie und über hyperkomplexe Zahlensysteme sowie zwei Arbeiten über Wahrscheinlichkeitstheorie. Sein Hauptarbeitsgebiet wurde jedoch bald die Mengenlehre.

Georg Cantor (1845–1918) hatte in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts das Kernstück der Mengenlehre, die Theorie der transfiniten Ordinal- und Kardinalzahlen, geschaffen. Er hatte erkannt, daß im Bereich der Mathematik das Unendliche nicht einfach die logische Negation des Endlichen ist, sondern daß es mannigfache Abstufungen im Unendlichen gibt. Cantor war es sogar gelungen, die verschiedenen Stufen des Unendlichen durch transfiniten Kardinalzahlen quantitativ zu beschreiben. Ein besonders tief liegendes Problem konnte er trotz jahrelanger intensivster Bemühungen allerdings nicht lösen, das sogenannte Kontinuumproblem. Es besteht in der Frage, welchen Platz die Kardinalzahl des Kontinuums in der Serie der transfiniten Kardinalzahlen einnimmt. Dabei kann als Repräsentant des Kontinuums die Menge der reellen Zahlen bzw. die Menge der Punkte auf einer geraden Linie genommen werden.

In der Geschichte der Mathematik ist es öfter vorgekommen, daß junge Mathematiker ein besonders schwieriges Problem angegriffen haben und, obwohl sie bei der Lösung gescheitert sind, im Ringen mit dem Problem weitreichende Theorien entwickelt haben. So war es auch mit Hausdorff und dem Kontinuumproblem. Anfangs waren es philosophische Interessen, die ihn um 1897 dazu führte, Cantors Schöpfungen zu studieren²⁸. Bereits im Sommersemester 1901 hielt Hausdorff eine

26 Archiv der Universität Leipzig, PA 547. Das Gutachten ist vollständig abgedruckt in Herbert Beckert; Walter Purkert (Hg.), *Leipziger mathematische Antrittsvorlesungen*, Leipzig 1987 (Teubner-Archiv zur Mathematik 8), S. 231–234.

27 Brief vom 21. 2. 1911. NL Engel, UB Gießen, Handschriftenabteilung.

28 S. dazu Felix Hausdorff, *Gesammelte Werke*. Band II: *Grundzüge der Mengenlehre*, Heidelberg u. a. 2002, S. 3–5.

Vorlesung über Mengenlehre; es war dies eine der ersten Vorlesungen über Mengenlehre überhaupt, nur Ernst Zermelos Kolleg in Göttingen im Wintersemester 1900/1901 war ein wenig früher. Cantor selbst hat nie über Mengenlehre gelesen. In dieser Vorlesung, welche im Nachlaß vorhanden ist, findet sich die erste mengentheoretische Entdeckung Hausdorffs. Sie bezieht sich auf geordnete Mengen, d. h. solche, in denen eine Ordnungsrelation definiert ist, so daß man von zwei verschiedenen Elementen stets sagen kann, welches in der Ordnung das frühere und welches das spätere ist. Zum Beispiel bilden die Zahlen, wenn man sie der Größe nach anordnet, eine geordnete Menge. Hausdorff hatte zunächst allen Grund zu der Annahme, mit seiner Entdeckung eine neue Strategie in der Hand zu haben, um das Kontinuumproblem zu lösen. Dies erwies sich zwar als illusorisch (das Kontinuumproblem konnte erst 1963 mit vollkommen anderen Methoden gelöst werden), aber Hausdorff vertiefte sich in den folgenden Jahren in das Studium der geordneten Mengen und schuf eine bewunderungswürdige Theorie, die heute zum Standard der modernen Mengenlehre zählt und die bis in die neueste Zeit fruchtbare Anwendungen auf verschiedenen mathematischen Gebieten hat.

Schon 1908 stellte Arthur Schoenflies in einem Bericht über die Entwicklung der Mengenlehre fest, daß man die gesamte neuere Theorie der geordneten Mengen fast ausschließlich Hausdorff verdanke²⁹. Diese Feststellung von Schoenflies mag Anlaß sein zu folgender allgemeinen Bemerkung: Die Geschichtsschreibung zur Mengenlehre hat sich bisher ziemlich einseitig auf die Grundlagenfragen konzentriert, insbesondere auf die Diskussionen um das Auswahlaxiom und auf die Versuche der verschiedenen mathematisch-philosophischen Richtungen, die Antinomienproblematik zu bewältigen. Die Erweiterung der Mengenlehre selbst, die unmittelbar nach Cantor noch erfolgt ist, ist mit Ausnahme der Arbeiten von Zermelo in der historischen Literatur relativ wenig beachtet worden; das betrifft insbesondere die Beiträge von Hausdorff und Hessenberg.

Zum Sommersemester 1910 wurde Hausdorff zum planmäßigen Extraordinarius an die Universität Bonn berufen. Wie bereits erwähnt, sagte ihm das kollegiale Umfeld in Bonn viel mehr zu als das in Leipzig. Dort hatte er seit 1901 nicht wieder über Mengenlehre gelesen, obwohl dies sein Hauptarbeitsgebiet war. In Bonn begann er sofort mit einer Vorlesung über Mengenlehre, die er im Sommersemester 1912, wesentlich überarbeitet und erweitert, wiederholte. Im Sommer 1912 begann auch die Arbeit an seinem opus magnum, dem Buch »Grundzüge der Mengenlehre«. Es wurde in Greifswald vollendet, wohin Hausdorff zum Sommersemester 1913 als Ordinarius berufen worden war, und erschien im April 1914.

Zur Mengenlehre im damaligen Verständnis dieses Gebietes zählten neben der allgemeinen Mengenlehre auch die Theorie der Punktmengen und die Inhalts- und

29 Arthur Schoenflies, Die Entwicklung der Lehre von den Punktmannigfaltigkeiten. Teil II. Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung, 2. Ergänzungsband, Leipzig 1908, S. 40.

Maßtheorie. Hausdorffs Werk war das erste Lehrbuch, welches die gesamte Mengenlehre in diesem umfassenden Sinne systematisch und mit vollständigen Beweisen darstellte. Dieses Buch ging jedoch weit über die meisterhafte Darstellung des Bekannten hinaus. Es enthielt eine Reihe bedeutender origineller Beiträge seines Verfassers, die im folgenden nur kurz angedeutet werden können.

Die ersten sechs Kapitel der »Grundzüge« behandeln die allgemeine Mengenlehre. An die Spitze stellt Hausdorff eine ausführliche Mengenalgebra mit z. T. neuen zukunftsweisenden Konzepten (Differenzketten, Mengenringe und Mengenkörper). Diese einführenden Paragraphen über Mengen und ihre Verknüpfungen enthalten z. B. auch den modernen mengentheoretischen Funktionsbegriff; sie stellen sozusagen die künftige mathematische Sprache bereit. Es folgt in den Kapiteln 3 bis 5 die klassische Theorie der Kardinalzahlen, Ordnungstypen und Ordinalzahlen. Im sechsten Kapitel »Beziehungen zwischen geordneten und wohlgeordneten Mengen« präsentiert Hausdorff unter anderem die wichtigsten Ergebnisse seiner eigenen Forschungen über geordnete Mengen.

Die Kapitel über Punktmengen – man sollte besser sagen: die topologischen Kapitel – atmen den Geist einer neuen Zeit. Hier entwickelt Hausdorff erstmals, von seinen bekannten Umgebungsaxiomen ausgehend, eine systematische Theorie der topologischen Räume, wobei er zusätzlich das später nach ihm benannte Trennungsaxiom forderte. Diese Theorie geht aus einer umfassenden Synthese von früheren Ansätzen anderer Mathematiker und eigenen Reflexionen Hausdorffs über das Raumproblem hervor. Die Begriffe und Sätze der klassischen Punktmengenlehre in Euklidischen Räumen werden – soweit möglich – auf den allgemeinen Fall übertragen und damit zum Bestandteil der neu geschaffenen allgemeinen oder mengentheoretischen Topologie. Aber Hausdorff leistet nicht nur diese Übersetzungsarbeit, sondern er entwickelt dabei auch grundlegende Konstruktionsverfahren der Topologie wie Kernbildung (offener Kern, insichdichter Kern) und Hüllenbildung (abgeschlossene Hülle), und er arbeitet die fundamentale Bedeutung des Begriffs der offenen Menge (von ihm Gebiet genannt) und des von Fréchet eingeführten Kompaktheitsbegriffes heraus. Er begründet und entwickelt ferner die Theorie des Zusammenhangs. Mittels des ersten und schließlich des zweiten Hausdorffschen Abzählbarkeitsaxioms werden die betrachteten Räume schrittweise weiter spezialisiert. Eine große Klasse von Räumen, die dem ersten Abzählbarkeitsaxiom genügen, bilden die metrischen Räume. Sie wurden 1906 von Fréchet unter der Bezeichnung *classes (E)* eingeführt. Von Hausdorff stammt die Bezeichnung »metrischer Raum«; er entwickelte in den »Grundzügen« die Theorie der metrischen Räume systematisch und bereicherte sie durch eine Reihe neuer Konzepte (Hausdorff-Metrik, Vollständigkeit, totale Beschränktheit). Fréchets Arbeit³⁰ war wenig beachtet wor-

30 Maurice Fréchet, *Sur quelques points du calcul fonctionnel*, in: *Rendiconti del Circolo Mat. di Palermo* 22 (1906), S. 1–74.

den; erst durch Hausdorffs »Grundzüge« wurden die metrischen Räume Allgemeingut der Mathematiker³¹.

Auch das Kapitel über Abbildungen und das Schlußkapitel der »Grundzüge« über Maß- und Integrationstheorie bestechen durch die Allgemeinheit des eingenommenen Standpunktes und die Originalität der Darstellung. Hausdorffs dort gegebener Hinweis auf die Bedeutung der Maßtheorie für die Wahrscheinlichkeitsrechnung hatte – obwohl von lakonischer Kürze – große historische Wirkung. Man findet in diesem Kapitel auch den ersten korrekten Beweis für das starke Gesetz der großen Zahl von Borel³². Der Anhang schließlich enthält das wohl spektakulärste Einzelresultat des ganzen Buches, das berühmte Hausdorffsche Kugelparadoxon³³.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde es zum Standard, mathematische Theorien mengentheoretisch-axiomatisch aufzubauen. Die Schaffung axiomatisch begründeter allgemeiner Theorien, wie etwa der allgemeinen Topologie, diente u. a. dazu, den gemeinsamen strukturellen Kern aus verschiedenen konkreten Fällen oder Teilgebieten herauszuschälen und dann eine abstrakte Theorie aufzustellen, die alle diese Teile als Spezialfälle enthielt und die so einen großen Gewinn an Vereinfachung, Vereinheitlichung und damit letztlich an Denkökonomie mit sich brachte. Hausdorff selbst hat diesen Gesichtspunkt in den »Grundzügen« besonders hervorgehoben³⁴. Die topologischen Kapitel der »Grundzüge« sind – so gesehen – auch methodisch eine Pionierleistung, und sie waren insofern richtungweisend für die Entwicklung der modernen Mathematik. Die Auffassung vom Wesen der Mathematik, die sich in dieser methodischen Neuorientierung manifestierte, hatte sich Hausdorff schon viele Jahre vor Niederschrift der »Grundzüge« gebildet, ja sogar geraume Zeit vor einschlägigen Versuchen von Fréchet und F. Riesz³⁵. Eine sehr wichtige Anregung dazu dürfte von den »Grundlagen der Geo-

31 Ausführliche Kommentare zu Hausdorffs Beiträgen zur allgemeinen Topologie und zur Theorie der metrischen Räume finden sich in Hausdorff, Ges. Werke (wie Anm. 28), S. 675–787.

32 Einen Kommentar zur Maß- und Integrationstheorie in den »Grundzügen« gibt S. D. Chatterji in Hausdorff, Ges. Werke (wie Anm. 28), S. 788–800.

33 Zur Wirkungsgeschichte des Hausdorffschen Kugelparadoxons s. Felix Hausdorff, Gesammelte Werke. Band IV: Analysis, Algebra und Zahlentheorie, Berlin, Heidelberg u. a. 2001, S. 11–18; s. ferner den Aufsatz von P. Schreiber in Egbert Brieskorn (Hg.), Felix Hausdorff zum Gedächtnis. Aspekte seines Werkes, Braunschweig/Wiesbaden 1996, S. 135–148, und die Monographie von Stan Wagon, The Banach-Tarski Paradox, Cambridge 1993.

34 Felix Hausdorff, Grundzüge der Mengenlehre, Leipzig 1914 [Nachdrucke: Chelsea Pub. Co. 1949, 1965, 1978], S. 211.

35 Fréchet (wie Anm. 30), Friedrich Riesz, Die Genesis des Raumbegriffs, in: Math. und Naturwiss. Berichte aus Ungarn 24 (1907), S. 309–353; ders., Stetigkeitsbegriff und abstrakte Mengenlehre. Atti del Congr. Internaz. dei Mat., Roma 2 (1908), 18–24].

metrie« ausgegangen sein, die D. Hilbert 1899 veröffentlicht hatte. In Hausdorffs Vorlesung »Zeit und Raum« aus dem Wintersemester 1903/04 heißt es im Hinblick auf die Mathematik im allgemeinen: »Die Mathematik sieht vollständig ab von der actualen Bedeutung, die man ihren Begriffen geben, von der actualen Gültigkeit, die man ihren Sätzen zusprechen kann. Ihre indefinablen Begriffe sind willkürlich gewählte Denkobjecte, ihre Axiome willkürlich, jedoch widerspruchsfrei gewählte Beziehungen zwischen diesen Objecten. Die Mathematik ist Wissenschaft des reinen Denkens, gleich der formalen Logik.«³⁶ und im Hinblick auf den Raum im besonderen: »Also: der Raum eine logische Construction, nämlich Inbegriff aller Sätze, die logisch folgen aus den willkürlich gewählten Axiomen, wobei die vorkommenden Begriffe willkürlich gewählte Denkelemente sind.«³⁷

Wenn man diese Zitate Revue passieren läßt, könnte man zunächst verwundert sein, daß Hausdorff keinen Versuch gemacht hat, das »Fundament des Fundamentes« (»Grundzüge«, S. 1) auch zu sichern, d. h. die Mengenlehre selbst axiomatisch aufzubauen. Er kannte natürlich Zermelos Axiomatisierung, hielt diesen Versuch aber noch nicht für abgeschlossen:

»Den [...] notwendigen Versuch, den Prozeß der uferlosen Mengenbildung durch geeignete Forderungen einzuschränken, hat E. Zermelo unternommen. Da indessen diese äußerst scharfsinnigen Untersuchungen noch nicht als abgeschlossen gelten können und da eine Einführung des Anfängers in die Mengenlehre auf diesem Wege mit großen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte, so wollen wir hier den naiven Mengenbegriff zulassen, dabei aber tatsächlich die Beschränkungen innehalten, die den Weg zu jenem Paradoxon abschneiden.«³⁸

Gewiß wird es Hausdorff nicht entgangen sein, daß Zermelos Begriff der definiten Eigenschaft an Präzision zu wünschen übrig ließ³⁹. Im weiteren Verlauf der »Grundzüge« geht Hausdorff auf Grundlagenfragen nicht mehr ein⁴⁰.

Die »Grundzüge« der Mengenlehre waren in einer bereits spannungsgeladenen Zeit am Vorabend des I. Weltkrieges erschienen. Im August 1914 begann der Krieg, der auch das wissenschaftliche Leben in Europa in dramatischer Weise in Mitleidenschaft zog. Unter diesen Umständen konnte Hausdorffs Buch in den ersten fünf bis sechs Jahren nach seinem Erscheinen kaum wirksam werden. Nach dem Kriege schickte sich eine junge, neue Generation von Forschern an, die Anregungen aufzunehmen, die in diesem Werk in so reichem Maße enthalten waren,

36 NL Hausdorff: Kapsel 24: Fasz. 71, Bl. 4.

37 Ebd., Bl. 31.

38 Hausdorff (wie Anm. 34), S. 2.

39 S. dazu Ulrich Felgner (Hg.), Mengenlehre, Darmstadt 1979, S. 3–8 und S. 49–91.

40 S. dazu insbesondere Peter Koepke, Metamathematische Aspekte der Hausdorffschen Mengenlehre, in: Brieskorn (wie Anm. 33), S. 71–106. Dort wird auch eine interessante Parallele zwischen mengentheoretischem Relativismus und erkenntnistheoretischem Relativismus im »Chaos in kosmischer Auslese« hergestellt.

wobei ohne Zweifel die Topologie im Mittelpunkt des Interesses stand. Eine besondere Rolle bei der Rezeption der Hausdorffschen Ideen spielte die 1920 in Polen gegründete Zeitschrift »Fundamenta Mathematicae«. Sie war eine der ersten mathematischen Spezialzeitschriften mit den Schwerpunkten Mengenlehre, Topologie, Theorie der reellen Funktionen, Maß- und Integrationstheorie, Funktionalanalysis, Logik und Grundlagen der Mathematik. Ein besonderes Gewicht hatte in diesem Spektrum die allgemeine Topologie. Hausdorffs »Grundzüge« waren in »Fundamenta Mathematicae« vom ersten Bande an in bemerkenswerter Häufigkeit präsent. Von den 558 Arbeiten (Hausdorffs eigene drei Arbeiten nicht gerechnet), die in den ersten 20 Bänden von 1(1920) bis 20(1933) erschienen sind, haben 88 die »Grundzüge« zitiert. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß Hausdorffs Begriffsbildungen zunehmend Allgemeingut wurden, so daß sie auch in einer Reihe von Arbeiten verwendet werden, die ihn nicht explizit nennen.

Auch die russische topologische Schule, die von Paul Alexandroff und Paul Urysohn begründet wurde, fußte in starkem Maße auf Hausdorffs »Grundzügen«. Davon zeugt der in Hausdorffs Nachlaß erhalten gebliebene Briefwechsel mit Alexandroff und Urysohn (nach Urysohns frühem Tod mit Alexandroff allein); davon zeugt z. B. auch Urysohns »Mémoire sur les multiplicités Cantorienes«, eine Arbeit vom Umfang eines Buches, in der Urysohn seine Dimensionstheorie entwickelt und in der die »Grundzüge« nicht weniger als 60 mal zitiert werden. Alexandroff verglich Hausdorff sogar mit einem der größten Klassiker in der Kulturgeschichte der Menschheit, mit Beethoven. Anlässlich einer Gastvorlesung über Topologie, die er 1926 in Göttingen hielt, schrieb er an Hausdorff: »Übrigens merke ich bei meiner jetzigen Vorlesung in Göttingen, daß ich Ihre Grundzüge bereits auswendig zitiere (so dirigieren gute Dirigenten z. B. die Beethovenschen Symphonien auch ohne Partitur).«⁴¹

Einen ähnlichen Vergleich hatte auch schon der eingangs erwähnte Henry Blumberg am Ende seiner Rezension gezogen. In Bezug auf mögliche Klagen darüber, daß Hausdorffs Buch so absolut streng und vollendet geschrieben sei, so daß beim Leser Bewunderung entstände aber vielleicht wenig Anregung zu eigener Betätigung, schreibt Blumberg: »But such remonstrance would be like quarrelling with Beethoven for having written symphonies instead of operas.«⁴² Noch lange nach dem II. Weltkrieg hat ein lebhafter Bedarf nach Hausdorffs Buch bestanden. Das zeigen die drei Nachdrucke bei Chelsea aus den Jahren 1949, 1965 und 1978.

41 NL Hausdorff: Kapsel 62.

42 Henry Blumberg, Hausdorff's Grundzüge der Mengenlehre, in: Bull. of the AMS 27 (1921), S. 116–129, hier S. 129.

Im Jahre 1916 lösten Hausdorff und Alexandroff unabhängig voneinander das Kontinuumproblem für Borelmengen⁴³: Jede Borelmenge in einem vollständigen separablen metrischen Raum ist entweder höchstens abzählbar oder sie hat die Mächtigkeit des Kontinuums. Der Satz von Alexandroff und Hausdorff war ein kräftiger Impuls für die weitere Entwicklung der deskriptiven Mengenlehre⁴⁴.

Aus den Veröffentlichungen Hausdorffs in der Greifswalder Zeit ragt die Arbeit »Dimension und äußeres Maß«⁴⁵ besonders hervor. Sie ist bis heute hoch aktuell geblieben und die in den letzten Jahren wohl meistzitierte mathematische Originalarbeit aus dem Jahrzehnt von 1910 bis 1920. Der darin eingeführte Hausdorffsche Dimensionsbegriff ist ein feines Instrument zur Charakterisierung und Vergleichung »stark zerklüfteter« Mengen. Die Begriffsbildungen aus »Dimension und äußeres Maß« haben Anwendungen und Fortentwicklungen in zahlreichen Gebieten erfahren wie z. B. in der Theorie der dynamischen Systeme, der geometrischen Maßtheorie, der Theorie selbstähnlicher Mengen und Fraktale, der Theorie stochastischer Prozesse, der harmonischen Analyse, der Potentialtheorie und der Zahlentheorie⁴⁶. Leider brachte es der Boom der Fraktaltheorie auch mit sich, daß Hausdorffs Begriffsbildungen und ihre Konsequenzen öfter mißverstanden und mißinterpretiert wurden⁴⁷.

Die Universität Greifswald war eine kleine preußische Provinzuniversität mit lediglich lokaler Bedeutung. Das mathematische Institut war klein; im Sommersemester 1916 und im Wintersemester 1916/17 war Hausdorff der einzige Mathematiker in Greifswald! Dies brachte es mit sich, daß er in der Lehre durch die Grundvorlesungen fast vollständig ausgelastet war. Es bedeutete eine wesentliche Verbesserung seiner wissenschaftlichen Situation, als Hausdorff 1921 nach Bonn berufen wurde. Hier konnte er eine thematisch weitgespannte Lehrtätigkeit entfalten und immer wieder über neueste Forschungen vortragen. Besonders bemerk-

43 Felix Hausdorff, Die Mächtigkeit der Borelschen Mengen, in: *Mathematische Annalen* 77 (1916), S. 430–437, Paul Alexandroff, Sur la puissance des ensembles mesurables B, in: *Comptes rendus Acad. Sci. Paris* 162 (1916), S. 323–325. Den Ausdruck Borelsche Menge im heutigen Sinne führte Hausdorff in den »Grundzügen« ein. Schoenflies hatte nur sehr viel speziellere Mengen als Borelsche Mengen bezeichnet.

44 Paul Alexandroff/Heinz Hopf, *Topologie*, Berlin 1935, S. 20. Für nähere Angaben s. den Kommentar von V. Kanovei und P. Koepke in Hausdorff, *Ges. Werke* (wie Anm. 28), S. 773–787.

45 Felix Hausdorff, Dimension und äußeres Maß. *Math. Annalen* 79 (1919), S. 157–179.

46 Zur Wirkungsgeschichte von »Dimension und äußeres Maß« s. die Artikel von Bandt/Haase und Bothe/Schmeling in Brieskorn (wie Anm. 33), S. 149–183 und S. 229–252 sowie den Kommentar von S.D. Chatterji in: *Ges. Werke* (wie Anm. 28), S. 44–54 und die in diesen Arbeiten angegebene Literatur.

47 S. dazu K. Steffen, Hausdorff-Dimension, reguläre Mengen und total irreguläre Mengen, in: Brieskorn (wie Anm. 33), S. 185–227.

kenswert ist z. B. eine Vorlesung über Wahrscheinlichkeitstheorie⁴⁸ vom Sommersemester 1923, in der er diese Theorie axiomatisch-maßtheoretisch begründete, und dies 10 Jahre vor A. N. Kolmogoroffs Buch »Grundbegriffe der Wahrscheinlichkeitsrechnung«, auf welches man gewöhnlich eine solche Begründung der Wahrscheinlichkeitstheorie zurückführt. In Bonn hatte Hausdorff mit Eduard Study und später mit Otto Toeplitz herausragende Mathematiker als Kollegen und auch als Freunde.

In die zweite Bonner Zeit fallen bedeutende analytische Arbeiten Hausdorffs (Summationsmethoden, Momentenproblem, Hausdorff-Youngsche Ungleichung). 1927 erschien Hausdorffs Buch »Mengenlehre«. Es war als 2. Auflage der »Grundzüge« deklariert, in Wirklichkeit aber ein vollkommen neues Buch. Hausdorff hat hier erstmalig den damals aktuellen Stand der deskriptiven Mengenlehre dargestellt. Diese Tatsache sicherte dem Buch eine fast ebenso intensive Rezeption, wie sie die »Grundzüge« erfahren hatten, vor allem in »Fundamenta Mathematicae«. Als Lehrbuch war es sehr beliebt; 1935 erschien eine erweiterte Neuauflage; diese wurde 1944 bei Dover nachgedruckt. Eine englische Übersetzung erschien 1957 mit Nachauflagen 1962, 1967, 1978 und 1991. Es gibt auch eine russische Ausgabe (1937), welche allerdings nur teilweise eine treue Übersetzung, teilweise eine Neubearbeitung durch Alexandroff und Kolmogoroff ist. 1928 erschien eine Rezension der »Mengenlehre« aus der Feder von Hans Hahn, Hausdorffs Vorgänger im Bonner Ordinariat. Möglicherweise hatte Hahn schon die Gefahr des deutschen Antisemitismus im Auge, wenn er diese Besprechung mit folgendem Satz schloß: »Eine in jeder Hinsicht mustergültige Darstellung eines schwierigen und dornigen Gebietes; ein Werk von der Art derer, die den Ruhm der deutschen Wissenschaft über die Welt getragen haben und auf das mit dem Verfasser alle deutschen Mathematiker stolz sein dürfen.«⁴⁹

Hausdorff hatte die politische Entwicklung am Ende der Weimarer Zeit mit großem Widerwillen verfolgt. In einem Brief vom 21. 1. 1932 an David Hilbert aus Anlaß von dessen 70. Geburtstag schreibt Hausdorff:

»Da der Titel princeps mathematicorum bereits vergeben ist, würde ich vorschlagen, Sie zum dux mathematicorum zu ernennen, wenn nicht der Name dux, duce, Führer heute politisch so diskreditiert wäre durch Leute, die sich auf Grund selbst erteilten Führerscheins zur Führung des deutschen Volkes anbieten. Ich möchte Sie lux mathematices nennen, und beim Licht läßt sich nicht vermeiden, an das Auge zu denken, sei es an das sonnenhafte Auge oder an Turandots Rätsel vom Krystall:

48 NL Hausdorff: Kapsel 21: Fasz. 64.

49 Hans Hahn, F. Hausdorff, Mengenlehre, in: Monatshefte für Mathematik und Physik 35 (1928), S. 56–58, hier S. 58.

Und doch ist, was er von sich strahlet,
Oft schöner, als was er empfing.⁵⁰

Der Antisemitismus wurde mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten Staatsdoktrin. Von dem 1933 erlassenen berüchtigten Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums war Hausdorff zunächst nicht unmittelbar betroffen, da er schon vor 1914 deutscher Beamter war. Es blieb jedoch auch ihm vermutlich nicht erspart, daß eine seiner Vorlesungen von nationalsozialistischen Studentenfunktionären gestört wurde. Im Manuskript der Vorlesung Infinitesimalrechnung III vom Wintersemester 1934/35 steht auf Blatt 16: Abgebrochen 20. 11.⁵¹. Unter der Überschrift »Partei erzieht den politischen Studenten« berichtet der Westdeutsche Beobachter am 22. 11. 1934, daß an der Bonner Universität »in diesen Tagen« eine Arbeitstagung des nationalsozialistischen Studentenbundes stattgefunden habe. Der Schwerpunkt der Arbeit in diesem Semester sei das Thema »Rasse und Volkstum«. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß Hausdorffs Abbruch der Vorlesung, welche ebenfalls im Hauptgebäude der Universität stattfand, mit diesem Ereignis zusammenhängt, denn er hat nie sonst in seiner langen Laufbahn als Hochschullehrer eine Vorlesung abgebrochen.

Zum 31. 3. 1935 wurde Hausdorff nach einigem Hin und Her schließlich doch noch regulär emeritiert. Ein Wort des Dankes für 40 Jahre erfolgreiche Arbeit im deutschen Hochschulwesen fanden die damals Verantwortlichen nicht. Er arbeitete unermüdlich weiter und publizierte neben der schon erwähnten erweiterten Neuauflage seiner »Mengenlehre« noch sieben Arbeiten zur Topologie und deskriptiven Mengenlehre, die alle in polnischen Zeitschriften erschienen: eine in »Studia Mathematica«, die übrigen in »Fundamenta Mathematicae«.

Auch der Nachlaß Hausdorffs zeigt, daß er in den immer schwieriger werdenden Zeiten ständig mathematisch arbeitete und die aktuelle Entwicklung auf den ihn interessierenden Gebieten zu verfolgen suchte. Dabei hat ihn Erich Bessel-Hagen selbstlos unterstützt, indem er nicht nur der Familie Hausdorff in Freundschaft die Treue hielt, sondern auch Bücher und Zeitschriften aus der Institutsbibliothek besorgte, die Hausdorff als Jude nicht mehr betreten durfte.

Mehrere Artikel würden nicht ausreichen, um alle die perfiden Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen usw. zu nennen, welche zum Zweck der Diskriminierung, Isolierung, Enteignung und Entrechtung der Juden erlassen und durchgesetzt wurden; die Historiker haben sie gezählt – es sind bis zum Novemberpogrom 1938 schon über 500 gewesen. Man fragt sich, warum Hausdorff als ein international anerkannter Gelehrter unter diesen Bedingungen zunächst nicht versucht hat zu emigrieren. Die Antwort bleibt Vermutung: Hier war sein Haus, seine Bibliothek, seine Arbeitsmöglichkeit, einige treue Freunde, und obwohl in seiner Geisteshaltung immer ein Skeptiker, hatte selbst er es wohl nicht für mög-

50 Universität Göttingen, Handschriftenabteilung, NL Hilbert Nr. 136.

51 NL Hausdorff: Kapsel 19: Fasz. 59.

lich gehalten, daß das Regime sogar Menschen im Greisenalter ihre in einem langen Leben erarbeiteten Existenzgrundlagen entziehen und ihnen schließlich selbst nach dem Leben trachten würde. Das Novemberpogrom, die sogenannte Reichskristallnacht, machte aber gerade dies mit unverhüllter Brutalität deutlich. Der über 70-jährige unternahm nun einen Versuch zu emigrieren. In einem Brief vom 10. 2. 1939 schreibt er in die USA emigrierte und dort sehr einflußreiche Mathematiker Richard Courant an den ebenfalls emigrierten Hermann Weyl: »Dear Weyl, I just received the enclosed short and very touching letter from Professor Felix Hausdorff (which please return), who is seventy years old and whose wife is sixty-five years old. He certainly is a mathematician of very great merit and still quite active. He asks me whether it would be possible to find a research fellowship for him.«⁵² In einer Stellungnahme von Weyl und von John v. Neumann, die vermutlich für amerikanische Stellen oder Kollegen gedacht war, hebt Weyl Hausdorffs große Verdienste um die Mathematik hervor, dann heißt es: »A man with a universal intellectual outlook, and a person of great culture and charm.« Weyls und von Neumanns Bemühungen haben aber offenbar keinen Erfolg gehabt.

Über die Demütigungen, denen Hausdorff und seine Familie insbesondere nach dem November 1938 ausgesetzt waren, wissen wir einiges aus verschiedenen Quellen, z. B. aus den Briefen von Bessel-Hagen⁵³. Mitte 1941 schließlich wurde damit begonnen, die Bonner Juden in das Kloster Zur ewigen Anbetung in Bonn-Endenich, aus dem man die Nonnen vertrieben hatte, zu deportieren. Von dort erfolgten später die Transporte in die Vernichtungslager im Osten. Nachdem Felix Hausdorff, seine Frau und die bei ihnen lebende Schwester seiner Frau, Edith Pappenheim, im Januar 1942 den Befehl erhalten hatten, in das Endenicher Lager überzusiedeln, schieden sie gemeinsam am 26. Januar 1942 durch Einnahme einer Überdosis Veronal aus dem Leben. Ihre letzte Ruhestätte befindet sich auf dem Friedhof in Bonn-Poppelsdorf.

Manche seiner jüdischen Mitbürger haben sich möglicherweise über das Lager Endenich noch Illusionen gemacht; Hausdorff selbst nicht. E. Neuenschwander entdeckte im Nachlaß Bessel-Hagen auch den Abschiedsbrief, den Hausdorff an den jüdischen Rechtsanwalt Hans Wollstein schrieb⁵⁴; wir geben hier den Anfang und das Ende dieses Briefes wieder:

52 Courant papers, Bobst Library. Wir verdanken die Kopie dieses Briefes Herrn R. Siegmund-Schultze, Kristiansand. Den Originalbrief Hausdorffs konnte Herr Siegmund-Schultze nicht auffinden.

53 Erich Neuenschwander, Felix Hausdorffs letzte Lebensjahre nach Dokumenten aus dem Bessel-Hagen-Nachlaß, in: Brieskorn (wie Anm. 33), S. 253–270.

54 Universitätsarchiv Bonn, NL-Fragment Hausdorff. Abgedruckt in Brieskorn (wie Anm. 33), S. 263–264 und im Faksimile S. 265–267.

»Lieber Freund Wollstein!

Wenn Sie diese Zeilen erhalten, haben wir Drei das Problem auf andere Weise gelöst – auf die Weise, von der Sie uns beständig abzubringen versucht haben. Das Gefühl der Geborgenheit, das Sie uns vorausgesagt haben, wenn wir erst einmal die Schwierigkeiten des Umzugs überwunden hätten, will sich durchaus nicht einstellen, im Gegenteil:

auch Endenich

Ist noch vielleicht das Ende nich!

Was in den letzten Monaten gegen die Juden geschehen ist, erweckt begründete Angst, dass man uns einen für uns erträglichen Zustand nicht mehr erleben lassen wird.«

Nach dem Dank an Freunde und nachdem er in großer Gefäßtheit letzte Wünsche bezüglich Bestattung und Testament geäußert hat, schreibt Hausdorff weiter:

»Verzeihen Sie, dass wir Ihnen über den Tod hinaus noch Mühe verursachen; ich bin überzeugt, dass Sie tun, was Sie tun können (und was vielleicht nicht sehr viel ist). Verzeihen Sie uns auch unsere Desertion! Wir wünschen Ihnen und allen unseren Freunden, noch bessere Zeiten zu erleben.

Ihr treu ergebener
Felix Hausdorff«

Es bleibt noch hinzuzufügen, daß sich dieser letzte Wunsch Hausdorffs nicht erfüllte: Rechtsanwalt Wollstein wurde in Auschwitz ermordet.

Hausdorffs Bibliothek wurde von seinem Schwiegersohn und alleinigem Erben Arthur König verkauft. Der handschriftliche Nachlaß wurde von einem Freund der Familie, dem Bonner Ägyptologen Hans Bonnet, zur Aufbewahrung übernommen. Bonnet schilderte das weitere Schicksal des Nachlasses:

»Gerettet waren sie [die Manuskripte – d. Verf.] noch nicht; denn im Dezember 1944 zerstörte eine Sprengbombe meine Wohnung und die Manuskripte versanken im Schutt einer zusammenstürzenden Mauer. Aus ihm barg ich sie, ohne auf ihre Ordnung achten zu können, und gewiß auch nicht ohne Verluste. Dann mußte ich im Januar 1945 selbst Bonn verlassen [...]. Als ich im Sommer 1946 zurückkehrte, war das Mobiliar fast völlig verschwunden. Dagegen waren die Papiere Hausdorffs im wesentlichen erhalten geblieben. Sie waren eben für Schatzgräber wertlos. Verluste werden sie immerhin erlitten haben und vollends geriet die Folge loser Blätter immer mehr durcheinander. Aus dem wohlgeordneten Kosmos war ein Chaos geworden.«⁵⁵

Es ist das große Verdienst des verstorbenen Professors Günter Bergmann (Münster), den nach offensichtlichen Verlusten (z. B. sind nur relativ wenig Briefe erhal-

⁵⁵ Hans Bonnet, Geleitwort, in: Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung 69 (1967), S. 75 (151)–76(152), hier S. 76 (152).

ten geblieben) noch vorhandenen Nachlaß im Umfang von 25978 Blatt in jahrelanger Kleinarbeit geordnet, durch sachgemäße Aufbewahrung physisch gesichert und 1980 an die Universitätsbibliothek Bonn übergeben zu haben. Bergmann publizierte auch eine Reihe von Stücken in zwei Faksimile-Bänden⁵⁶. Der Nachlaß wurde in den Jahren 1993–1995 katalogisiert; das entstandene Findbuch gibt inhaltliche Beschreibungen aller Faszikel und ist im Internet zugänglich : (www.aic.uni-wuppertal.de/ fb7/ hausdorff).

Bereits relativ früh gedachte man in Bonn Felix Hausdorffs als eines der zahlreichen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Am 26. Januar 1949 veranstaltete das Mathematische Institut eine »Gedächtnisstunde« für Felix Hausdorff in feierlichem Rahmen. Ernst Peschl würdigte den Mathematiker Hausdorff, Hans Bonnet sprach Worte zum Gedächtnis. Im gleichen Jahr begründete die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät den Hausdorff-Gedächtnispreis, der in der Regel jährlich für besondere wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Mathematik verliehen wird, gegenwärtig vor allem für sehr gute Dissertationen. Ebenfalls im Jahre 1949 beschloß der Rat der Stadt Bonn, die Hindenburg-Straße, in der Hausdorff gewohnt hatte (Nr. 61), in Hausdorff-Straße umzubenennen. Heute befinden sich vor dem Haus Nr. 61 drei »Stolpersteine« des Kölner Künstlers Gunter Demnig, die an Felix Hausdorff, Charlotte Hausdorff und Edith Pappenheim erinnern.

Zum 100. Geburtstag Hausdorffs am 8. 11. 1968 fand an seinem Grabe auf dem Poppelsdorfer Friedhof eine Gedenkstunde statt. Der Oberbürgermeister der Stadt Bonn sowie die Dekane der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät legten Kränze nieder. Über das Ereignis berichteten die lokalen Zeitungen; Hausdorff wurde in einem Artikel als »eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der Geschichte der Universität« gewürdigt. Am Mathematischen Institut gab es am 7. 2. 1969 »zum Gedächtnis des 100. Geburtstages von Felix Hausdorff« ein Kolloquium, in dem neben Wolfgang Krull (Bonn) und Günter Bergmann (Münster) Hans Freudenthal aus Utrecht zum Thema »Hausdorffs wissenschaftliche Bedeutung« referierte.

Am 25. Januar 1980 wurde in einer Feierstunde mit Studenten, Assistenten und Professoren des Mathematischen Instituts in Anwesenheit des Rektors der Universität und in Anwesenheit von Hausdorffs Tochter eine Gedenktafel im Eingangsbereich des Instituts in der Wegelerstraße 10 enthüllt. Die Tafel trägt folgende Inschrift: »An dieser Universität wirkte 1921 – 1935 der Mathematiker Felix Hausdorff, 8. 11. 1868 – 26. 1. 1942. Er wurde von den Nationalsozialisten in den Tod getrieben, weil er Jude war. Mit ihm ehren wir alle Opfer der Tyrannei. Nie wieder Gewaltherrschaft und Krieg!« Die Initiative für diese Gedenktafel war von

56 Felix Hausdorff, Nachgelassene Schriften. 2 Bde., hg. von Günter Bergmann, Stuttgart 1969.

den Studierenden ausgegangen. Die Kosten von über 4000 DM wurden durch Spenden der Studierenden und des Lehrkörpers aufgebracht.

1992 jährte sich Hausdorffs Todestag zum 50. Male. Aus diesem Anlaß wurde auf Initiative und unter Leitung von Egbert Brieskorn in Bonn eine Ausstellung gestaltet, die auf großes Interesse, auch in nichtmathematischen Kreisen, stieß. Als Ergebnis eines aus dem gleichen Anlaß stattfindenden Kolloquiums entstand der schon mehrfach zitierte Sammelband (Felix Hausdorff zum Gedächtnis. Aspekte seines Werkes, s.o. Anm. 33). Parallel zu diesen Aktivitäten gab es Bemühungen, die Arbeit an einer Werkausgabe Hausdorffs in Gang zu bringen. Bekannte Mathematiker wie Egbert Brieskorn, Stefan Hildebrandt, Friedrich Hirzebruch und Reinhold Remmert engagierten sich für das Projekt, welches jetzt von der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften finanziert wird. An der Kommentierung der Hausdorffschen Schriften arbeiten 16 Mathematiker, vier Mathematikhistoriker, zwei Literaturwissenschaftler, ein Philosoph und ein Astronom mit. Die Mitarbeiter kommen aus Deutschland, der Schweiz, Rußland, der Tschechischen Republik und Österreich. Verantwortliche Herausgeber der Gesamtausgabe sind E. Brieskorn, F. Hirzebruch, R Remmert, W. Purkert und E. Scholz. Es sind insgesamt die folgenden neun Bände geplant⁵⁷:

- | | |
|-----------|---|
| Band I | Biographische Skizze. Hausdorff als akademischer Lehrer.
Arbeiten zur Mengenlehre |
| Band II | »Grundzüge der Mengenlehre« (1914) |
| Band III | »Mengenlehre« (1927, 1935). Arbeiten zur deskriptiven
Mengenlehre und Topologie |
| Band IV | Analysis, Algebra und Zahlentheorie |
| Band V | Astronomie, Optik und Wahrscheinlichkeitstheorie |
| Band VI | Geometrie, Raum und Zeit |
| Band VII | »Sant' Ilario« (1897). »Das Chaos in kosmischer Auslese«
(1898). Essays zu Nietzsche |
| Band VIII | »Ekstasen« (1900). Übriges literarisches Werk |
| Band IX | Korrespondenz |

⁵⁷ Die Bände erscheinen bei Springer und werden auch einzeln verkauft. Bisher sind erschienen: Band IV (2001), Band II (2002), Band VII (2004), Band V (2006). Band III erscheint im Januar 2008.

Im Oktober 2006 erhielt die Universität Bonn im Rahmen der Exzellenzinitiative die Zusage für ein Exzellenzcluster Mathematik. Es wurde im Januar 2007 als »Hausdorff Center for Mathematics« offiziell eröffnet. Als Bestandteil dieses Zentrums wurde ein »Hausdorff Research Institute for Mathematics« gegründet, welches im Rahmen thematischer Semester die Zusammenarbeit junger Mathematiker aus aller Welt mit international führenden Forschern organisiert.

Teil 2 Neubeginn in Trümmern

Joachim Scholtyseck

Stunde Null? Die deutschen Universitäten im Wiederaufbau

Das in Deutschland vorherrschende Gefühl bei Kriegsende hat Theodor Heuss einmal treffend mit den Worten beschrieben, die Deutschen seien »erlöst und vernichtet in einem gewesen«¹. Aber trotz des Zusammenbruchs im Mai 1945, der von Friedrich Meinecke als »deutsche Katastrophe« bezeichnet worden ist, regenerierte sich das kulturelle Leben erstaunlich rasch – und dies vor allem im lokalen und regionalen Raum. Die Städte, und nicht zuletzt die Universitätsstädte, wurden schon bald zum »wichtigsten Ort der Kulturentfaltung und -vermittlung«².

Der Lehrbetrieb der Universitäten war Ende 1944 in allen Teilen Deutschlands gleichermaßen zum Erliegen gekommen. Lediglich den in der Mitte des Landes liegenden Universitätsstädten wie Göttingen, Halle und Berlin sowie den süddeutschen Universitäten München, Freiburg und Tübingen war noch eine Gnadenfrist von wenigen Monaten, ja Wochen gegeben. Dennoch war die Phase, in der Lehre und Forschung brachlagen, erstaunlich kurz – in Tübingen arbeitete die Universitätsverwaltung beispielsweise schon wieder Mitte August 1945, in Bonn begann das Wintersemester bereits im November 1945. In vielen Universitätsstädten war der Lehrbetrieb damit noch nicht einmal für ein Jahr unterbrochen. Allein diese kaum glaubliche Kontinuität verweist darauf, daß es eine »Stunde Null« an den deutschen Universitäten, etwa einen kompletten Austausch des Personals oder einen radikalen Umbau der Struktur, nicht gab und, aus durchaus erklärlichen Gründen, auch gar nicht geben konnte. Ohnehin ist die sprichwörtliche »Stunde Null« ein recht unglücklicher Begriff³.

Der schwierige Wiederaufbau

Betrachtet man den Alltag des Neuaufbaus nach 1945, dann erscheint es wie ein Wunder, daß ein Lehrbetrieb überhaupt wieder in Gang kam. Unter den Argusaugen der jeweiligen Besatzungsmacht mußten die Verwaltung geordnet, die Vertei-

-
- 1 Parlamentarischer Rat. Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen 1948/49, Bonn 1949, Neudruck 1969, S. 210.
 - 2 Frank-Lothar Kroll, Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 31.
 - 3 Zusammenfassend zur Zäsur des Jahres 1945 siehe Gerhard A. Ritter, Über Deutschland, München 1998, S. 13–76; vgl. auch Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 22–28, bes. S. 24.

lung der Vorlesungssäle organisiert, Immatrikulationsverzeichnisse erstellt und den Studenten entsprechende Bescheinigungen erteilt werden. Günstig vor allem für die ersten kritischen Anfangsmonate war es, wenn die Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt funktionierte, denn deren finanzielle Unterstützung war eine *conditio sine qua non*, um Veranstaltungen überhaupt organisieren zu können. Diese Kooperation zwischen »town and gown« war vor allem in den ersten Monaten bis 1946 wichtig, weil danach die sich allmählich bildenden Länderverwaltungen ihre ursprüngliche Verantwortung wieder übernahmen. Jedenfalls waren diese ersten Monate die »Blütezeit der Improvisation«, wie eine zeitgenössische Veröffentlichung diese durchaus bunte und kaum verallgemeinerungsfähige Episode genannt hat⁴.

Die Kommunikationsmöglichkeiten waren bescheiden, die Züge fuhren unregelmäßig, viele derjenigen, die an die Universitäten zurückkehren sollten, waren tot, verschollen, in Kriegsgefangenschaft oder in einem Internierungslager. Und wenn diese Dozenten und Studenten zurückkamen, dann war es nicht verwunderlich, daß im Alltag die Kriegserlebnisse noch nachwirkten. Der Freiburger Mediävist Gerd Tellenbach berichtet in seinen Erinnerungen von seinen Erfahrungen mit der jungen und wißbegierigen Studentengeneration, die froh darüber war, dem »Heldentod fürs Vaterland« entgangen zu sein: »Sie alle hatten nach hartem Leiden das Leben gerettet, hatten, zum geringen Teil dem System gläubig, zum größeren in schicksalhafter Not, ihre Pflicht getan und suchten nun, vielfach angefochten, eine äußere und innere Existenz zu begründen. Daß man 1945 von einem Heimkehrer zu hören bekam, er hätte durch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus seine Ideale verloren, war eine Ausnahme. Eher erfuhr man von elementaren menschlichen Erlebnissen, während von den Leiden wenig geredet wurde, von den eisigen Weiten der russischen Ebenen, von dem Sternhimmel über der afrikanischen Wüste, von guten und bösen Erfahrungen beim Zusammenleben im Gefangenenlager, vom Kampf gegen die Leere des Gefangenenalltags.«⁵ Der Bonner Kunsthistoriker Heinrich Lützel, dem 1940 unter den Nationalsozialisten die *venia legendi* entzogen worden war und der schon zum 1. Juni 1945 wieder in seine akademischen Rechte gesetzt wurde, hat ebenfalls diese spätere Studentengeneration gelobt: »Gewiß zeigten sich besonders bei den Kriegsteilnehmern Wissenslücken. Aber es ergab sich auch, daß die aus langem Soldatendienst Heimkehrten oft als unschätzbaren Gewinn menschliche Reife mitbrachten, die sie relativ schnell Wissensmängel ausgleichen ließ und eine straffere Durchführung des Studiums ermöglichte.«⁶ Die überall registrierte »vehemente geistige Neugier«

4 Wolfgang Bargmann, Wiederaufbau und Gestaltung der deutschen Universitäten 1945 bis 1955, in: *Universitas* 10 (1955), Heft 6, S. 649–659, hier S. 653.

5 Gerd Tellenbach, *Aus erinnerter Zeitgeschichte*, Freiburg im Breisgau 1981, S. 119.

6 Heinrich Lützel, *An der Bonner Universität 1921–1968*, in: *Ein Gruß von Heinrich Lützel*, Privatdruck Bonn 1969, S. 40–71, hier S. 66.

der Studenten ging mit einer »Ernsthaftigkeit« einher, die den Neubeginn nachhaltig prägte⁷.

Um überhaupt einen geregelten Universitätsbetrieb zu ermöglichen, mußten zunächst die zerstörten Bauwerke wieder instand gesetzt werden. In Aachen waren fast 70 Prozent der Gebäude unbenutzbar, in Münster und Bonn traf dies auf etwa zwei Drittel der Hörsäle und Seminarräume zu. In vielen Universitätsstädten war die Verpflichtung zur Mithilfe beim Wiederaufbau eine Voraussetzung zur Immatrikulation. Die Arbeitspflicht betrug in Münster drei Monate vor Studienbeginn, an der TU Berlin waren 100 Stunden nachzuweisen.

Das studentische Leben war alles andere als einfach. Die männlichen Studenten hatten anfangs häufig nichts anderes als ihre Uniform, von der allerdings die Rangzeichen entfernt worden waren. Es gab kein Radio, es gab, zunächst wenigstens, keinen Strom und abends lernte man bei Kerzenschein. Gewohnt wurde zum Teil in Sammelunterkünften, in der Mensa gab es das Essen aus dem Blechnapf. Die erste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks unter den rund 116.000 Studierenden in Westdeutschland und Berlin ergab selbst noch für das Jahr 1951, daß mehr als 13 Prozent in nicht beheizbaren Zimmern lebten.

Schon früh wurden die Studentenorganisationen wieder rege – die wichtigsten waren der Christlich-Demokratische Hochschulring und der Sozialistische Studentenbund, die schon 1946 überregional auftraten. Auch der nach demokratischen Prinzipien verfaßte AStA wurde neugegründet. Und bereits Ende der vierziger Jahre luden kirchliche Organisationen wie die Quäker die ersten deutschen Studenten in die USA ein. Dies vermochte der Internationalität der deutschen Universitäten einen mächtigen Schub zu geben. Die Erfahrungsberichte von den aus den USA zurückkehrenden Studenten ließen erkennen, wie sinnvoll es war, die Universitäten auch zum Ausland hin zu öffnen.

Entnazifizierung

Der Hintergrund des Umgangs mit dem Erbe des »Dritten Reiches« ist nicht nur für das Feld Universität umstritten. In einer häufig holzschnittartigen und polarisierenden Argumentation wird bisweilen sehr pauschal davon gesprochen, daß es nach 1945 praktisch durchgängig eine Verdrängung der NS-Vergangenheit gegeben habe. Beispielsweise wird dann eine »Totalität der Reintegration« der nationalsozialistischen Eliten in die bundesrepublikanische Gesellschaft behauptet und die erst mit Verspätung einsetzende kritische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus als »bis heute nicht überwundene Erbsünde« bezeichnet⁸. Eine »offizielle Pauschal дистанzierung« habe eine kompensierende Funktion gehabt; die wirkli-

7 Peter Respondek, *Besatzung, Entnazifizierung, Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945–1952*, Münster 1995, S. 131 f.

8 Ulrich Herbert, »Deutsche Eliten nach Hitler«, in: *Mittelweg* 36 (1999), S. 66–82, hier S. 74.

che Frage nach Schuld und Mitverantwortung sei dagegen unbeantwortet geblieben⁹.

In dieser Einfachheit ist die These jedoch falsch. Entgegen mancher gängiger Ansichten hat es in der Nachkriegszeit keineswegs ein umfassendes Beschweigen der Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus gegeben. Und der Historiker kann auch recht gut erklären, warum in der Öffentlichkeit und auch an den Universitäten ein ernsthaftes und ehrliches Nachdenken über die Vergangenheit zwar zunächst stattfand, aber dann doch wieder in den Hintergrund trat¹⁰. Man sollte daher besser von einer »Ambivalenz« der späten vierziger und fünfziger Jahre sprechen: Einerseits gab es eine unvollständige Strafverfolgung, aber andererseits hat die Integration der großen Gruppe der politisch Belasteten in die bundesrepublikanische Demokratie »eine beachtliche Leistung der deutschen Nachkriegsgesellschaft« dargestellt¹¹. Sicherlich, eine wirkliche Auseinandersetzung fand im privaten Kreis nur in den seltensten Fällen statt, und auch die Öffentlichkeit verlor seit den späten vierziger Jahren zumindest der Tendenz nach das Interesse an den Hitlerjahren. Der Philosoph Hermann Lübbe hat diese weitverbreitete Vernachlässigung der Jahre von 1933 bis 1945 zu ergründen gesucht. Ihm zufolge kann das Phänomen der »Verdrängung« der nationalsozialistischen Vergangenheit als ein »sozialpsychologisch und politisch nötiges Medium der Verwandlung der Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland« interpretiert werden. Nur durch die »gewisse Stille« sei es den Deutschen gelungen, sich gleichermaßen selbst zu reformieren und auf den Weg des Rechts und der Moral zurückzukehren: Die Mehrheit der Deutschen war Hitler gefolgt, und die Integration vieler derjenigen, die den Nationalsozialismus unterstützt hatten, sei ohne das »kommunikative Beschweigen« in den fünfziger Jahren schwerlich möglich gewesen. »Gegen Ideologie und Politik des Nationalsozialismus mußte der neue deutsche Staat eingerichtet werden. Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden.«¹²

Mit Blick auf die Universitäten nach ihrer Neugründung wird man von einem »kommunikativen Beschweigen« aber noch nicht einmal sprechen können. Dies

9 Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die »Historisierung des Nationalsozialismus«: Ein Briefwechsel, in: VfZG 36 (1988), S. 339–372, hier S. 341f.

10 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2. Aufl. 1997, S. 16.

11 Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981, S. 42 f.

12 Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599, hier S. 585 f. Vgl. ders., Deutschland nach dem Nationalsozialismus 1945–1990, in: Helmut König/Wolfgang Kuhlmann/Klaus Schwabe (Hg.), Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, S. 182–206, besonders S. 203–206.

wird vor allem mit dem Blick auf die Memoiren derjenigen deutlich, die als Professoren, als Assistenten oder als Studenten jene Jahre selbst erlebt haben. Aus dem ehrlichen Wunsch, aus den erschreckenden Erfahrungen des »Dritten Reiches« für die Zukunft zu lernen, erwuchs an den Universitäten ein ungeheurer kultureller Drang. Heute mögen wir die damalige Forderung etwa Friedrich Meineckes, es müsse eine Rückbesinnung auf Goethe und die klassische Musik geben, als hilflos bezeichnen und als etwas naiv belächeln – aber für die Professoren und Studenten der wieder gegründeten Universitäten war dies über alle Fakultätsgrenzen hinweg weit mehr als bloße »Erbauung«, sondern vielmehr ein Weg, Deutschland in einem Prozeß der Selbsterziehung wieder in die zivilisierte Welt zurückzuführen.

Meist begann der Neuanfang mit politisch unbelasteten Rektoren, die oftmals im »Dritten Reich« aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden waren. Unter Aufsicht der Besatzungsmacht und deren formal verantwortlichen, in der Regel kooperationswilligen Hochschuloffizieren wurde oftmals schon zum Wintersemester der Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen. Die Dozenten waren meist überdurchschnittlich alt oder sogar schon Emeriti – das war jedoch nicht weiter verwunderlich, denn in den Kriegsjahren hatte die Ausbildung schwere Defizite erlitten, und mit wissenschaftlich geringer qualifizierten Kräften wollte man einen Neubeginn nicht wagen. Außerdem waren gerade viele Assistenten und jüngere Professoren im »Dritten Reich« den neuen Machthabern gefolgt, zum Teil weil sie als Teil der »chancenlosen Generation« die Wissenschaft als ein Sprungbrett für ihre Karriere angesehen hatten, zum Teil weil sie mit Feuereifer der neuen Heilslehre gefolgt waren. Die Verpflichtung von ebenso bewährten wie unbelasteten Emeriti statt überstürzter Neuberufungen war auch aus diesem Grund das Motto in den ersten Monaten der Wiedereröffnung. Eher noch wurden bekannte Kollegen gerufen, die aus Ostdeutschland geflohen waren, beispielsweise aus Königsberg und Breslau. Und weil sich in der sowjetischen Besatzungszone schon recht früh eine Sowjetisierung der Hochschulen und das Ende der Freiheit von Forschung und Lehre abzeichneten, war eine Westwanderung von Dozenten zu beobachten, die den Universitäten in dieser Zeit zugute kam.

Für die Wiedereröffnung stellte sich die Frage, wer aus den Universitäten in die neue Zeit übernommen werden sollte. Der Prozeß dieser »Entnazifizierung« erwies sich als höchst komplex. Zunächst einmal kam es darauf an, in welcher Besatzungszone sich die jeweilige Universität befand. In der französischen Zone wurden von den Behörden in den ersten beiden Jahren nach Kriegsende viele Professoren wegen ihres Offiziersdienstgrades in der Wehrmacht, ihrer Mitgliedschaft in der SS oder ihrer Tätigkeit als HJ-Führer abgewiesen. Bei den Studenten sortierten die Franzosen übrigens gründlicher aus als bei den Hochschullehrern.

In der amerikanischen Zone sollte mit hohem bürokratischem Aufwand eine Art »Total-Durchleuchtung« durchgeführt werden. Oft wurde allein die Parteimitgliedschaft als Ausschlußkriterium angesehen. Da rund 60 bis 70 Prozent der Hochschullehrerschaft der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation angehört

hatten, kann man sich ausmalen, was das bedeutete: Im Zuge dieser rigiden Handhabung wurden zeitweise bis zu 50 Prozent der Dozenten entlassen. Als Beispiel mag die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen dienen. Noch 1940 waren hier 67 Professoren in Amt und Würden gewesen. Bei der Wiedereröffnung im April 1946 durften nur 33 Professoren zurückkehren. Dieses amerikanische Verfahren scheiterte schon bald an seinem kaum zu erfüllenden hohen Anspruch und den immensen bürokratischen Schwierigkeiten. Im Vergleich mit dem amerikanischen Verfahren war die britische Vorgehensweise pragmatischer.

Angesichts des Wirrwarrs und des schon zeitgenössisch so genannten »Fiasco« der Entnazifizierung¹³ wurde die Verantwortung für die Entnazifizierung schrittweise an deutsche Instanzen abgegeben. Dies wurde auf deutscher Seite mit einem Aufatmen quittiert, weil schon lange der von Theodor Heuss gelegentlich so genannte »alberne Schematismus«¹⁴ beklagt worden war, der die Entnazifizierung als undurchschaubar und unkalkulierbar hatte erscheinen lassen. Die Übergabe der Verantwortung für die Entnazifizierung wurde dadurch erleichtert, daß bei vielen Rektoren, Dekanen und Professoren 1945 ein ehrlicher Wille zu einem Neuanfang zu verspüren war – ein Neuanfang, der eine »Selbstreinigung« notwendig machte.

Daher gab es schon gleich 1945 überall zahlreiche Bemühungen, mit Hilfe verschiedener Kommissionen bzw. der Einsetzung von Ehrenräten, Schiedshöfen und Gutachterausschüssen eine Überprüfung des Lehrkörpers zu erreichen und die Entfernung nationalsozialistischer Dozenten durchzusetzen. Zum Teil fungierten als Gutachter sogar Studenten, die den zu Bewertenden aus den Jahren des Nationalsozialismus kannten. Allgemein war die Mitgliedschaft in SS, SD und Gestapo ein Indiz, daß ein Dozent nicht länger tragbar war. Die verschiedenen Bewertungskriterien differierten von Universität zu Universität; ihnen war jedoch gemein, daß überall der Eindruck vorherrschte, daß es aus innerer Kenntnis des Lehr- und Forschungsbetriebs heraus den Universitäten leichter falle, die Spreu vom Weizen zu trennen, als dies den oftmals jungen und unerfahrenen britischen, französischen und amerikanischen Besatzungsoffizieren mit ihren formalistischen Fragebögen möglich war.

In der Praxis erwies sich jedoch die Aktenlage als zu unergiebig, war die Beweislage zu dünn, war die Grauzone zu unbestimmt und die Zahl der zu Überprüfenden zu groß. Die Zweifelsfälle wiederum protestierten gegen angebliche Willkür und vermuteten reine Machtgelüste der Prüfer. Denkt man an die heutige Universität mit ihren Professoreneitelkeiten und Rankünen, bekommt man eine Vorstellung davon, in welchem Ausmaß diese internen Kommissionen in den

13 John Herz, *The Fiasco of Denazification in Germany*, in: *Political Science Quarterly* 63 (1948), S. 569–594.

14 Theodor Heuss, Hans Walz zum 80. Geburtstag, in: »Stuttgarter Zeitung« vom 21. März 1963.

Jahren 1945 und 1946 für reichlich böses Blut in den Fakultäten gesorgt haben. All dies trug dazu bei, daß an den deutschen Universitäten spätestens 1948 die Zeit der Entlassungswellen vorbei war.

Zu einem politischen »Comeback« führender Nationalsozialisten in größerem Umfang kam es dennoch nicht. Manche Universitätsprofessoren, die sich zwischen 1933 und 1945 besonders kompromittiert hatten, verloren ihre Lehrstühle – Martin Heidegger und Carl Schmitt waren nur zwei von sehr vielen. Zweifellos gab es unrühmliche Gegenbeispiele wie etwa den »Rassenforscher« Ottmar Freiherr von Verschuer, der 1951 Professor für Genetik in Münster und später Dekan der Medizinischen Fakultät wurde¹⁵. Es kam auch darauf an, wie stark eine Universität nationalsozialistisch kontaminiert worden war. Je weniger die NS-Ideologie auch personalpolitisch hatte in die jeweilige Universität eindringen können, desto weniger mußte auch entnazifiziert werden. Vergleichsweise stark geprägt vom NS-Geist, zumindest in einigen Fachgebieten, waren Universitäten wie Tübingen, Jena oder Königsberg, wie ohnehin die sogenannten »Grenzlanduniversitäten« wie Straßburg und Kiel sich als besonders empfänglich für die NS-Ideologie gezeigt hatten.

Unübersichtlicher wird es, wenn man den Blick auf die einzelnen Fakultäten lenkt. Hier erwiesen sich einige Fakultäten als besonders kompromittiert und wurden daher stark durchleuchtet. Der Berliner Historiker Michael Grüttner, der sich intensiv mit den Universitäten der Jahre von 1933 bis 1945 und den Jahren des Wiederaufbaus beschäftigt hat, hat kürzlich festgestellt: Wenn man ein Rangliste aufstellen würde, waren die Medizinischen Fakultäten am stärksten betroffen – am anderen Ende lagen die Katholischen Fakultäten. Bei den Medizinern waren nicht nur überproportional viele SS-Mitglieder zu finden, die nach 1945 speziell daraufhin untersucht wurden, ob sie wieder in die Universität zurückkehren durften. Zudem waren vor allem die Fächer Eugenik und Rassenkunde ein Beispiel für den Sündenfall der Wissenschaft, ganz zu schweigen von den Beteiligungen an der Euthanasiepolitik bzw. der angeblich wissenschaftlichen Begleitung von Verbrechen wie der T 4-Aktion. Trotzdem waren gerade die Medizinischen Fakultäten ein Beispiel, wie schwierig es war, zwischen kämpferisch-idealistischen Positionen und dem notwendigen Pragmatismus den Mittelweg zu finden. Denn auf die Mediziner, ob sie nun belastet waren oder nicht, konnte man gerade in den schwierigen Jahren von 1945 bis 1948 nicht verzichten. Fast überall waren die medizinischen Fakultäten die ersten, die wieder einen geregelten Dienst aufnahmen – ihnen oblag ganz praktisch die medizinische Fürsorge im zerstörten und durch Hunger und Mangelernährung gekennzeichneten Land.

15 Vgl. Carola Sachse, »Persilscheinkultur«. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 217–246.

Auch in den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und den Landwirtschaftlichen Fakultäten waren überproportional viele Suspendierungen zu verzeichnen. Recht unbelastet – es wurde gerade bereits erwähnt – waren die Katholischen Fakultäten. Der Nationalsozialismus hatte schließlich den Katholizismus neben Sozialdemokratie und Marxismus als seinen Hauptgegner betrachtet. Problematischer war die Lage bei den protestantischen Fakultäten, weil die Anhänger der ohnehin in der Minderheit befindlichen »Bekennenden Kirche« rasch vertrieben worden waren, die »Deutschen Christen« auch an die Universitäten hatten vordringen können und mancher Professor eine gewisse Affinität zu der braunen Heilslehre gezeigt hatte. Als erstaunlich resistent hatten sich – entgegen der häufig gehörten These von angeblich »furchtbaren Juristen«¹⁶ – die Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten gezeigt. Die Bonner Juristische Fakultät ist daher in einer Studie von Hans-Paul Höpfner gar als eine »Insel der Seligen« beschrieben worden,¹⁷ was allerdings in einer neueren biographisch angelegten Darstellung dahingehend ergänzt worden ist, die Fakultät sei zumindest »eine Insel der Tradition und der Wissenschaft« geblieben und habe sich letztlich als »resistent gegen die Gleichschaltung« erwiesen¹⁸.

In der Forschung wird in jüngster Zeit sehr heftig über die Integration belasteter Hochschullehrer gestritten. Es gab eine nicht geringe Zahl von Dozenten, die sich mit einer Nichtwiedereinstellung nicht zufrieden gaben – es folgte dann ein oft jahrelanger Streit vor den Verwaltungsgerichten um Ruhegehalt und Pensionsansprüche. Meist blieb der Versuch ergebnislos, auf Wiedereinsetzung zu klagen. Aber vor Pauschalurteilen muß auch in diesem Fall gewarnt werden. Es gibt genügend Fälle, in denen sich Universitäten und Ministerien erfolgreich gegen eine Emeritierung wehrten, um nämlich zu verhindern, daß ein Belasteter von seinem Recht Gebrauch machte, an der Universität Vorträge zu halten. Wenn man sich die Argumentation der Hochschulen und Verwaltungen ansieht, waren es häufig ganz pragmatische Überlegungen, diese »belasteten« Professoren wieder einzustellen. Die langen Prozesse waren zeit- und geldraubend, und weil den Klägern ohnehin Wartegeld zu zahlen war, war es eine schlichte ökonomische Überlegung, diese Personen auch als Lehrkräfte zu beschäftigen. Erst 1951 schuf der Artikel 131 des Grundgesetzes in dieser Hinsicht eine gewisse Rechtssicherheit. Daß dabei auch zweifelhafte Dozenten an die Universität zurückkehrten, ist unbestritten. Ein bitterer Beigeschmack bleibt angesichts dieser »pragmatischen« Vorgehensweise allein schon deshalb zurück, weil viele Gegner des NS-Regimes zur gleichen Zeit

16 Ingo Müller, *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987.

17 Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 247.

18 Mathias Schmoeckel (Hg.), *Die Juristen der Universität Bonn im »Dritten Reich«*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 43 bzw. 45.

noch ausgesprochen ungerecht behandelt wurden und um ihr Recht kämpfen mußten¹⁹. Eine von manchen befürchtete umfassende Re-Nazifizierung fand dennoch nicht statt. Die Wiedereinstellung von Belasteten beruhte vielfach auf reinem Opportunismus, Anpassungsfähigkeit oder gar reiner Bequemlichkeit, aber das sind menschliche Eigenschaften, die der Historiker als den Regelfall kennt. Während und nach der Entnazifizierung waren die Professoren genau wie die anderen Deutschen darauf bedacht, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Selbst ehemalige Parteimitglieder stellten sich bald sogar als heimliche Gegner des NS-Regimes dar. Wer seine Ansichten nicht änderte, schwieg zumindest und äußerte sich nicht politisch. Das Entscheidende war, daß die Universitäten nach 1945 keinen geistigen Nährboden für den Nationalsozialismus boten.

Die gescheiterte Remigration

Die Zahl der aus dem Exil zurückgekehrten Remigranten an deutsche Universitäten hielt sich in engen Grenzen. Die meisten wollten nicht zurück in das Land, das sie vertrieben hatte, dem vielleicht die eigene Familie zum Opfer gefallen war und das sie bei ersten Besuchen nach 1945 nicht immer mit offenen Armen empfing. Aber selbst wenn ein Rückkehrwille vorhanden war – und das war nicht der Regelfall – waren die Hürden hoch. Viele der Hochschullehrer, die man schon 1933 oder 1934 aus ihren Ämtern vertrieben hatte, waren inzwischen zu alt; außerdem waren die entsprechenden Professuren häufig inzwischen anders besetzt. Manchmal gab es für einen Remigranten als Notlösung eine »Gastprofessur«, aber das blieb die Ausnahme. Insgesamt wird man sagen können, daß die Rufe an diejenigen, die in der Emigration waren, nicht sehr laut waren. Die Hochschulen und ihre Verwaltungen setzten ihre anfänglichen Beschlüsse, vertriebene Kollegen wieder aufzunehmen, eher zögerlich um. Den potentiellen Remigranten schlug sogar teilweise Mißtrauen entgegen; sie galten vielen als Exekutoren der Besatzungsmächte. Hier sind deutliche Parallelen zu dem teilweise erbitterten politischen Streit zu erkennen, der zwischen denjenigen ausgetragen wurde, die ins Exil gegangen waren, und denjenigen, die auf dem Standpunkt beharrten, es sei viel schwieriger gewesen, unterrichtet, geforscht und dem NS-Regime von innen heraus standgehalten zu haben.

Ob ein stärkerer Anteil von Remigranten die Innovationsfreude an den Universitäten vergrößert hätte, ist übrigens eine Vermutung, die noch bewiesen werden müßte. Denn gerade in jüngster Zeit ist darauf verwiesen worden, daß die Einflüsse der Remigration nicht nur im Sinn einer »Amerikanisierung« oder »Westernisierung« gewirkt haben. Bisweilen war sogar gerade das Gegenteil der Fall: Vor allem manche aus dem Exil zurückkehrende Wissenschaftler reaktivierten natio-

19 Vgl. die Beiträge in Joachim Scholtyseck/Stephen Schröder (Hg.), *Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland*, Münster 2005.

nalstaatliche respektive konservative Traditionsbestände – wie etwa der Tübinger Historiker Hans Rothfels oder der Erlanger Religionswissenschaftler Hans-Joachim Schoeps. Und die älteren Emigranten waren in ihren Urteilen gegenüber ihren – zum Teil – belasteten Kollegen erstaunlicherweise oft viel milder und hatten auch wenig Interesse an der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Ganz im Gegenteil: Sie verteidigten vehement ihre Doktorväter gegen jegliche Angriffe. Etwas erfolgreicher war der Versuch, diejenigen an die Universitäten zurückzuholen, die – zumeist schon 1933 oder 1934 – die Universität hatten verlassen müssen und ein schwieriges Leben in der »inneren Emigration« geführt hatten.

Kontinuität und Wandel

Obwohl nach dem Ende des »Dritten Reiches« auch im Hochschulwesen die jeweiligen Besatzungsmächte versuchten, ihre jeweils spezifischen bildungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen, waren die universitären Kontinuitäten überall stärker. Die Erneuerung der Hochschulen des Westens knüpfte in den folgenden 15 Jahren an die Universitätstraditionen der Weimarer Zeit an. Das hing zweifellos auch mit dem bereits erwähnten vergleichsweise hohen Alter des Lehrkörpers zusammen. Viele Professoren, die an den neueröffneten Universitäten lehrten, waren in der Anfangsphase Emeriti, die zurückgerufen worden waren. Sie kannten die Universität der Weimarer Jahre, und eine grundstürzende Strukturänderung war von und mit ihnen nicht zu erwarten – das heißt, die Universität blieb ihrem Wesen nach im Bereich der Wissenschaft, also der Forschung und Lehre, dominiert vom Ordinarius, dem Lehrstuhlinhaber bzw. dem Institutsleiter. Es war eine bewußte Entscheidung für die Traditionen der Zeit vor 1933, die auch nicht umstritten war, weil die Studenten sie akzeptierten und die Ministerien sie tolerierten.

Die innere Autonomie der Universitäten, Fakultäten, Senat und Rektorat wurden wiederhergestellt, nachdem im »Dritten Reich« Senate und Fakultäten ihre Rechte eingebüßt hatten und die Rektoren den Anforderungen des »Führerprinzips« unterworfen worden waren. Gerade gegenüber den Ansprüchen der Länder waren die Universitäten mißtrauisch und pochten angesichts der jüngsten Erfahrungen auf ihr angestammtes Recht universitärer Selbstverwaltung, ablesbar an den Beschlüssen der schon Ende 1945 wieder zusammengetretenen nordwestdeutschen Rektorenkonferenz. Reformen mußte es allerdings schon deshalb geben, weil die Studentenzahlen rasch anstiegen und die Vermehrung der Dozentenzahlen eine Neuregelung der Verhältnisse der Dozentenkategorien dringlich machte. Die offiziellen Vertreter der Hochschulen, die Hochschulkonferenzen und auch der 1950 gegründete Hochschulverband nahmen sich in den frühen fünfziger Jahren dieses Themas verstärkt an – wobei gerade die Stellung der Nichtordinarien in der Selbstverwaltung umstritten blieb. Die vor allem von den Briten zu Anfang 1949 angeregte Diskussion um die Globalisierung des Haushalts, die Erweiterung

des Lehrkörpers, die Abschaffung des Privatdozententums und die Einführung von Hochschulräten²⁰ lief sich daher bald fest, weil die Rektoren lediglich eine »notwendige Anpassung« und eine organische Fortentwicklung, nicht jedoch einen radikalen Traditionsbruch wollten²¹.

Auch gegenüber den Ländern als den für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen staatlichen Instanzen behielten die Universitäten ihre angestammten Rechte, und zwar durchaus selbstbewußt, weil sie sich als »geistige Springfeder der kommenden Demokratie« verstanden²². Dieses Festhalten an den bewährten Strukturen der Zeit vor 1933 ließ sich nicht zuletzt daran ablesen, daß in der Nachkriegszeit die Neugründungen von Universitäten an den Fingern einer Hand abzuzählen waren: Zunächst unter französischer Aufsicht Mainz 1947, sodann Saarbrücken 1948, die FU Berlin ebenfalls 1948 – das war es schon. Ein »Restaurationsvorwurf« ist erstmals vom Publizisten Walter Dirks 1950 erhoben worden und hat dann vor allem seit 1968 weitverbreitete und vielfach unreflektierte Bedeutung erlangt. Ihm lag der Vorwurf zugrunde, die Universitäten der frühen Nachkriegszeit seien geprägt gewesen von Reformverweigerung, mangelnder Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ausgebliebener Fundamentalerneuerung. In der Forschung zur Universitätsgeschichte ist das bisweilen mit »intellektuellen Fluchten« umschrieben worden, oder es wird von »Strategien semantischer Umbauten« gesprochen,²³ bei denen die alten Denkstile der nationalsozialistischen Zeit beibehalten worden seien. Bernd Weisbrod hat sogar davon gesprochen, die Trennung von »den vermeintlich schwarzen Schafen« nach 1945 sei lediglich Indiz für »eine Deckung für die Selbstreinigungsrituale und Deutungskartelle« gewesen, »mit denen sich das ›Mandarinentum der deutschen Ordinarien‹ in der ›Abendröte der alten deutschen Universität‹ noch eine letzte Chance« eingeräumt habe²⁴. Wissenschaftlich scheint dieser Vorwurf von Entlastungs- und Schweigekartellen jedoch überzogen. Zutreffender, zumindest von der Tendenz her, scheint mir auch hier wiederum das Bild der Ambivalenz zu sein. Unter den seinerzeit schwierigen Ausgangsbedingungen gab es ein charakteristisches Oszillieren zwischen Beharrung und Fortschritt. Man begnügte sich mit der lieber nicht so genau überprüften Überzeugung, die Universitäten hätten die

20 Vgl. die Beiträge, die unter dem Titel »Diskussion um die Vorschläge zur Hochschulreform« in »Die Neue Zeitung« vom 29. Januar 1949 erschienen.

21 Zitiert nach Konrad H. Jaraus, Amerika – Alptraum oder Vorbild? Transatlantische Bemerkungen zum Problem der Universitätsreform In: H-Soz-u-Kult, vom 6. September 2002 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=204&type=diskussionen>).

22 Karl Jaspers, Die Verantwortlichkeit der Universitäten, in: »Die neue Zeitung« vom 16. Mai 1947.

23 Rüdiger vom Bruch, Kommentar und Epilog, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik (wie Anm. 14), S. 281–288, hier S. 285.

24 Bernd Weisbrod, Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: ebd., S. 11–35, hier S. 20.

NS-Zeit relativ unbeschadet überstanden und durch Entnazifizierung und Selbstreinigung seien die – wenigen – schwarzen Schafe schon 1945 herausgesiebt worden. Jetzt, unter demokratischen Vorzeichen, könne man sich daher wieder ganz in Humboldtscher Tradition der Forschung und Lehre widmen.

In den sechziger Jahren begannen die Universitäten, ihre eigene Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 wissenschaftlich zu untersuchen. Man kann beklagen, daß dies nicht schon direkt 1945 geschehen war, aber meine bisherigen Ausführungen haben vielleicht verständlich gemacht, warum das noch kaum möglich war. In den sechziger Jahren war die Bundesrepublik ein geistig und materiell gefestigter Staat, der nun sein Selbstverhältnis kritisch zu untersuchen begann, zumal inzwischen auch einige grundlegende wissenschaftliche Studien über die nationalsozialistische Herrschaft und die Strukturen des »Dritten Reiches« vorlagen; dies war auch eine unerlässlich Voraussetzung für eine kritische Analyse. Die Notwendigkeit einer Selbstbefragung wurde immer stärker artikuliert. Die erste Studentengeneration nach 1945, die das »Dritte Reich« aus eigener Erfahrung kannte und vielfach als Soldat den Zweiten Weltkrieg erlebt und erlitten hatte, war noch nationalistisch eingestellt; sie hätte auch nicht gewagt, die Zwangslage, die sie selbst verspürt hatte, ihren Professoren vorzuwerfen. Zwanzig Jahre später war das anders. Jetzt, in der Mitte der sechziger Jahre, beklagte der nach Kriegsende aus dem Exil zurückgekehrte Eric Voegelin, daß er die Veränderungen an den Universitäten als ein »schneckenhaftes Schleichen« empfinde²⁵. Vor dem Hintergrund dieses Umdenkens wurde an den Universitäten damit begonnen, selbstkritisch neues Licht auf die Jahre von 1933 bis 1945 zu werfen²⁶ – was die Folge hatte, daß der Zeitgeist jener Jahre im gleichen Atemzug auch die bisherige Ordinariatenuniversität umgestalten wollte. Der akkusatorische Unterton und das Unverständnis, vielfach auch das Nicht-Verstehen-Wollen der 68er waren jedoch nicht hilfreich. Daß eine ganze Hochschullehrer-Generation der Nachkriegszeit mit neomarxistischer Argumentation pauschal unter »Faschismus-Verdacht« gestellt wurde, zeigte vielmehr, daß eine wirklich objektive Beurteilung der Jahre des NS-Regimes und der Jahre des Wiederaufbaus noch immer nicht möglich war.

Den Darstellungen der sechziger Jahre über die Universitäten Berlin, München und Tübingen sind dann in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch Werke

25 Eric Voegelin, Die deutsche Universität und die Ordnung der deutschen Gesellschaft, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 241–282, hier S. 280.

26 Zu der einsetzenden Beschäftigung an den Universitäten vgl. die Beiträge der Ringvorlesungen in Tübingen 1963/64, Berlin und München 1966: Andreas Flitner (Hg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965; Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966; Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin, Berlin 1966.

über den Wiederaufbau der Universitäten gefolgt. Es gibt zwar noch keine umfassende Gesamtdarstellung, aber doch einige wichtige Werke, die sich etwa unter dem Titel »Nachkriegssemester« mit dem Studium in der Kriegs- und Nachkriegszeit befassen²⁷. Auch zu den Universitäten Münster, Heidelberg und Tübingen sind wichtige Lokalstudien entstanden,²⁸ und für Bonn ist im Jahr 2004 eine auf Aktenmaterial gestützte Magisterarbeit vorgelegt worden²⁹. Inhaltlich herrschten in fast allen Disziplinen der Wissenschaftslandschaft die Methoden, Schulen und Denkrichtungen aus der Zeit der Weimarer Republik vor. Vielfach wurden auch die seit 1933 abgebrochenen Traditionen bewußt wieder aufgenommen. Die Universitäten waren jedoch zugleich von einem Geist des Aufbruchs und des Neuanfangs geprägt, was gerade bei der Lektüre der Erinnerungen der Pioniere dieser Universitätserneuerung deutlich wird. Kennzeichnend dafür war ein Erschrecken über die Folgen des »Dritten Reiches«, über das, was an Bösem in einer scheinbar gefestigten zivilisierten Welt hatte geschehen können. Verbunden war dies mit einem im wesentlichen bürgerlich-konservativen Verständnis des Rechtsstaates, wie er sich in den ersten Nachkriegsjahren und der frühen Bundesrepublik entwickelte, und zwar unabhängig von konfessionellen Belangen, die von Region zu Region anders ausfallen mochten und den jeweiligen Universitäten ihre spezifische Prägung gaben. Insgesamt war das Forschungsleben intensiv und gerade in den Geisteswissenschaften ausgesprochen fächer- und disziplinenübergreifend. Das galt für die Existenzphilosophie mit Martin Heidegger und Karl Jaspers – Jaspers rief zudem in seiner Schrift »Die Idee der deutschen Universität« 1946 zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit auf; für die Philosophische Anthropologie mit Arnold Gehlen und Helmuth Plessner, für die Pädagogik mit Theodor Litt und Helmut Schelsky, schließlich auch für die Politische Wissenschaft mit Theodor Eschenburg, Dolf Sternberger, wenig später auch schon mit Karl Dietrich Bracher, das galt für die Kunstgeschichte mit Heinrich Lützelner und es galt für die Religionswissenschaft mit Gustav Mensching. Diese

27 Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller (Hg.), *Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit*, Stuttgart 1990.

28 Peter Respondek, *Besatzung, Entnazifizierung, Wiederaufbau* (wie Anm. 6); Steven P. Remy, *The Heidelberg Myth: The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge 2002; Sylvia Paletschek, *Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Tübingen*, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 393–408; daneben Corinne Defrance, *Les alliés occidentaux et les universités allemands 1945–1949*, Paris 2000.

29 Christian George, *Der Wiederaufbau des Lehrkörpers der Universität Bonn 1945–1947* (unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Bonn 2004, Exemplar im Universitätsarchiv).

Brückenschläge galten jedoch auch für die Naturwissenschaften, wenn man an Werner Heisenberg oder Carl Friedrich von Weizsäcker denkt.

Und noch etwas verband die verschiedenen Disziplinen und Fakultäten: Wenn man sich die Universitätslandschaft nach 1945 anschaut, war sie durch Gelehrte geprägt, denen daran gelegen war, die geistige Einheit Europas in christlich-humanistisch-abendländischer Perspektive sichtbar zu machen. Dieser Rückgriff erklärt sich nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus die Universitäten auch als Institution bedroht hatte. Die Universitäten besannen sich daher auf das Bewährte, gerade angesichts des Schocks, angesichts der Barbarei, der die deutschen Universitäten in ihrer Machtlosigkeit nichts hatten entgegensetzen können. Was könnte in Bonn diesen Rückgriff auf christlich-humanistische Bildungskonzepte besser belegen als der Hinweis auf Ernst Robert Curtius?

Was läßt sich abschließend über den Neuanfang der Universitäten nach 1945 sagen? Der universitären Lehre und Forschung war ein Erfolg beschieden, der im wahrsten Sinne des Wortes außerordentlich war. Nach der ideologischen Katastrophe des »Dritten Reiches« und den dramatischen mentalen und materiellen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges gelang es in kurzer Zeit, ein funktionierendes Universitätssystem wiederherzustellen, das auf der Grundlage der Freiheit der Wissenschaft agierte und seinen Anteil am geistigen und wirtschaftlichen Erfolg der Demokratie in der Bundesrepublik hatte. Meine Vermutung, die aber noch durch weitere Analysen überprüft werden müßte, ist, daß dieser Erfolg deshalb möglich war, weil die Universität in ihrer Gesamtstruktur *gerade nicht* radikal verändert wurde, sondern sich am Bewährten orientierte. Die später so oft gescholtene »Ordinarienuniversität« wurde, trotz aller Unvollkommenheiten und Veränderungsbedürftigkeiten, als wertvoller Besitz der Allgemeinheit noch geschätzt. Es war eine Universität, die – vor allem im Rückblick – sicherlich in manchem antiquiert erscheint, aber durch eine intensive Zusammenarbeit von Professoren und Studenten gekennzeichnet war. Und es war eine Universität, die trotz der schwierigen Zeiten in sich ruhte, die nicht geradezu besinnungslos von einer Reform zur nächsten gehetzt wurde.

Zu den zentralen Aufgaben des Historikers gehört die Kritik, und er darf irgendwelchen »Erfolgsgeschichten« nicht ohne Überprüfung der Quellen und Literatur glauben. Im Fall der deutschen Universitäten nach 1945 darf er freilich nach der kritischer Abwägung sagen, daß es gerechtfertigt ist, an diese Universitäten im Wiederaufbau zu erinnern, die sich unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen der Wissenschaft als eines »Lebensprinzips« verpflichtet fühlten und für viele Jahrzehnte den Erfolg der Bundesrepublik mitbegründet haben.

Christian George
Neubeginn in Trümmern
Die Universität Bonn von ihrer Zerstörung bis zur
Absetzung des ersten Nachkriegsrektors Heinrich M.
Konen

»The opening of the University of Bonn is not only an inspiration for us but also for whole of Western Germany; it is a signal, a hope, incitement for every one to do all he can in the work of reconstruction.«¹

Mit diesen Worten konnte Rektor Konen am 17. November 1945, nur ein Jahr nach Zerstörung der Universität und nur sechs Monate nach Kriegsende die Bonner Alma Mater feierlich wiedereröffnen. Damit war die erste Etappe des universitären Neubeginns vollendet. Doch bis dahin war es ein langer Weg mit vielen Hindernissen.

Der folgende Beitrag untersucht die Zeit des Neubeginns an der Universität Bonn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der zeitliche Rahmen wird von den beiden Wintersemestern 1944/45 und 1947/48 gebildet, die beide tiefe Zäsuren in der Bonner Universitätsgeschichte darstellen. Im Wintersemester 1944/45 wurde ein Großteil der Universitätsgebäude durch Bombenangriffe zerstört und der Universitätsbetrieb kam nahezu vollständig zum Erliegen. Dagegen war im Wintersemester 1947/48 der Wiederaufbau schon weit fortgeschritten und man konnte von einer allmählichen Normalisierung der Verhältnisse sprechen. Dennoch erlitt der Neubeginn einen schweren Rückschlag, als ein Konflikt zwischen Rektor Konen und der Militärregierung um die Zahl der zugelassenen Studenten eskalierte und letztlich zum Rücktritt Konens führte, der wie kein anderer den Wiederaufbau der Universität vorangetrieben hatte.

Einen besonderen Schwerpunkt dieses Beitrages bilden zum einen die Beziehungen der Universität zur britischen Militärregierung, zum andern die Entnazifizierung der Professoren und Dozenten. Gerade an diesen Themenkreisen wird auch auf universitätsgeschichtlicher Ebene die besondere Rolle der Nachkriegszeit als einer Übergangszeit zwischen Diktatur, Besatzung und politischer Eigenständigkeit deutlich.

1 Rede Konens anlässlich der feierlichen Wiedereröffnung der Universität am 17.11.1945, Universitätsarchiv [UA] Bonn UV 69–321.

Die Universität Bonn im Wintersemester 1944/45

Die Ereignisse des Krieges gingen auch an den Universitäten nicht spurlos vorüber. Bereits seit dem Wintersemester 1941/42 war in Bonn an eine geregelte Durchführung der Vorlesungen nicht mehr zu denken². Durch die Einziehung zur Wehrmacht ging die Zahl der Studenten und Dozenten deutlich zurück, darüber hinaus beeinflussten die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft zunehmend Forschung und Lehre. Besonders an den Universitäten in den Grenzgebieten trat seit 1944 noch die unmittelbare Bedrohung angesichts der vorrückenden alliierten Truppen hinzu. Als die militärische Lage für den Westen des Reiches immer bedrohlicher wurde, berief Reichserziehungsminister Rust eine Konferenz der Rektoren aller linksrheinischen Universitäten ein, auf welcher beschlossen wurde, den Lehrbetrieb an den Universitäten Köln, Bonn und Aachen mit Ausnahme der jeweiligen Medizinischen Fakultäten im Wintersemester 1944/45 völlig einzustellen³. Diese Planungen erwiesen sich für Bonn jedoch nur wenig später als obsolet, da die Zerstörungen durch den Bombenkrieg eine Fortführung des Universitätsbetriebes im Wintersemester ohnehin unmöglich machten.

In einem Rundschreiben des Erziehungsministeriums wurde am 30. Oktober die Verlegung der Bonner Fakultäten an Universitäten im Reichsinneren verfügt, die alle mit der Lehre zusammenhängenden Aufgaben der Bonner Fakultäten übernehmen sollten⁴. So waren für die Philosophische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät die Universität Göttingen, für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Berlin, für die Katholisch- und Evangelisch-Theologische Fakultät Freiburg und Tübingen sowie für die Landwirtschaftliche Fakultät Halle als aufnehmende Universitäten vorgesehen. Ausdrücklich wurde das Fortbestehen der verlegten Fakultäten von diesen Maßnahmen nicht berührt⁵.

2 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik der akademischen Jahre 1939/40 bis 1948/49, hg. v. Theodor Klauser, Bonn 1949 (Chronik der Universität Bonn Jg. 64, NF Jg. 53), S. 7.

3 UA Bonn PF 138-175 und PF 138-200, vgl. dazu Margret Lemberg, Schließung oder Verlegung. Die Kölner Universität im Wintersemester 1944/45, in: Geschichte im Westen, Jg. 15/1 (2000), S. 31–48, hier S. 32.

4 Rundschreiben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 30.10.1944, UA Bonn PF 138-175.

5 In den achtziger Jahren wurde in der Forschung diskutiert, ob die Universitäten geschlossen wurden oder auch über die Schlussphase des Krieges hinaus weiterbestanden (vgl. dazu: Waldemar Krönig/ Klaus-Dieter Müller (Hg.), Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990, S. 209). Für Bonn ist festzustellen, dass die Universität zwar vorübergehend ihren Lehrbetrieb einstellen musste, die Universität als Institution jedoch bestehen blieb, zu diesem Schluss kommt auch Manfred Heinemann, 1945. Universitäten aus britischer Sicht, in: Ders. (Hg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 42.

In der Agonie des Dritten Reiches bestand jedoch für solch weitausgreifende Planungen keine Möglichkeit der Umsetzung mehr. Im Januar 1945 verlegten zwar Rektorat und Kuratorium ihre geschäftsführende Leitstelle nach Adelebsen bei Göttingen⁶ und richteten an der Universität Göttingen einen Meldekopf für Evakuierungsfälle der Universität Bonn ein,⁷ die Verlegung ganzer Fakultäten konnte dagegen nicht mehr in die Tat umgesetzt werden. Es war vielmehr der Initiative einzelner Institute oder Professoren zu verdanken, dass in den Wirren der letzten Kriegsmonate einige wirksame Maßnahmen zur Rettung kostbarer Gerätschaften, Sammlungen oder Bibliotheken durchgeführt werden konnten. So lagerte beispielweise die Universitätsbibliothek 600.000 Bände an acht verschiedenen Orten außerhalb Bonns aus,⁸ der Geograph Karl Troll veranlasste die Evakuierung der Kartensammlung und der Bibliothek des Geographischen Seminars nach Mainfranken, kurz bevor das Seminar während eines Bombenangriffs zerstört wurde⁹.

Am 18. Oktober 1944, genau am 126. Jahrestag der Universitätsgründung, erfolgte der erste verheerende Luftangriff auf die bislang weitgehend unzerstört gebliebene Stadt Bonn¹⁰. Dabei wurden das Hauptgebäude und die Kliniken in der Theaterstraße schwer beschädigt. Auf einen Schlag waren die vier im Hauptgebäude untergebrachten Fakultäten (neben den beiden Theologischen auch die Philosophische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät) obdachlos geworden. Bei mehreren folgenden Bombenangriffen wurden bis zum Februar 1945 auch das Poppelsdorfer Schloss sowie einige Institute in der Nußallee schwer getroffen. Völlig zerstört wurden die Institute für Physiologie, Hygiene, Geographie, Botanik, Zoologie, Mineralogie, Pharmakologie, Pflanzenkrankheiten, Gerichtsmedizin sowie sämtliche Universitätskliniken mit Ausnahme der Augen- und Nervenklinik. Von allen Fakultäten hatte die Landwirtschaftliche die geringsten Zerstörungen zu beklagen. Der gesamte entstandene Schaden wurde 1949 auf etwa 50 Mio DM geschätzt. Von den insgesamt ca. 50 Gebäuden der Universität war nicht eines unbeschädigt geblieben¹¹.

6 Rektor Chudoba an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 17.1.1945, UA Bonn PF 138-164.

7 Rundschreiben des Kurators vom 17.11.1945, UA Bonn PF 138-200.

8 Chronik 1939/40 bis 1948/49 (wie Anm. 2), S. 112.

9 Vgl. Hans Böhm, Verlagerung und Rückführung des Instituts 1944/45, in: Ders. (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Geographie an der Universität Bonn, Bonn 1991 (Colloquium Geographicum 21), S. 301–311. Eine Übersicht über die Bergungsorte findet sich in UA Bonn PF 77-34.

10 Zur Bombardierung Bonns vgl. Helmut Vogt, Bonn im Bombenkrieg, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsbll. 38).

11 Vgl. die Berichte der Seminare und Institute, in: Chronik 1939/40 bis 1948/49 (wie Anm. 2), S.82 ff, eine Übersicht über die Zerstörungen gibt auch Manfred van Rey, Die

Die Neukonstituierung der Universitätsleitung

Im Frühjahr 1945 verließ der letzte nationalsozialistische Rektor, der Mineraloge Karl Franz Chudoba, angesichts der heranrückenden alliierten Truppen Bonn. Zuvor hatte er Theodor Brinkmann, Ordinarius für landwirtschaftliche Betriebslehre, zu seinem Stellvertreter ernannt. Durch die Nachfolge des politisch unbelasteten Brinkmann war die Grundlage für einen Neuanfang nach dem Ende des Nationalsozialismus gelegt. Unmittelbar nachdem amerikanische Truppen am 8. März 1945 das Bonner Stadtgebiet erobert hatten, nahm Brinkmann Kontakt zu ihnen auf und bat um Schutz der Universität bei den auf dem rechten Rheinufer noch bis Ende März andauernden Kampfhandlungen¹².

Noch im März richteten die Amerikaner als provisorische Stadtverwaltung ein *Fünfferrat* genanntes Gremium ein, dem auch die Aufsicht über die Universität übertragen wurde¹³. Diesem Fünfferrat gehörten neben dem späteren Oberbürgermeister Eduard Spoelgen unter anderem der Pathologe Wilhelm Ceelen, der für das städtische Gesundheitswesen zuständig war, und der Geologe Hans Cloos an, der mit dem Ressort Kultur betraut wurde¹⁴. Die Stadt musste nach dem Willen der Militärregierung auch die finanzielle Trägerschaft der Universität übernehmen bis diese Aufgabe im Herbst 1945 durch die Organe der neugeschaffenen Nordrhein-Provinz übernommen werden konnte¹⁵. Es zeigte sich, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt in den ersten Monaten nach Kriegsende sehr eng war. Grundlage für diese enge Beziehung war zum einen das gute persönliche Verhältnis zwischen dem späteren Rektor Koenen und Oberbürgermeister Spoelgen sowie die personelle Verzahnung zwischen Universität und Fünfferrat. Aber auch nach der Auflösung des Fünfferrates im August 1945¹⁶ setzte sich die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität dadurch fort, dass mehrere Professoren in städtischen Kommissionen und Ausschüssen mitarbeiteten oder als Stadtverordnete tätig waren¹⁷.

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: Bonner Universitätsbl. 1995, S. 29–44, hier S. 32 ff.

12 Chronik 1939/40 bis 1948/49 (wie Anm. 2), S. 8.

13 Eduard Spoelgen, Aus Bonns jüngster Vergangenheit. Erinnerungen von Eduard Spoelgen, in: Bonner Geschichtsbl. 15 (1961), S. 417–469, hier S. 462.

14 Stadtarchiv [StA] Bonn Pr 9/69.

15 Spoelgen, Vergangenheit (wie Anm. 13), S. 462, vgl. dazu auch Joachim Horn, Schwierige Orientierung. Die Neuanfänge der Universitäten, in: Klaus Honnef, Hans M. Schmidt (Hg.), Aus den Trümmern. Kunst und Kultur im Rheinland und in Westfalen 1945–52. Neubeginn und Kontinuität, Köln 1985, S. 487–491, hier S. 491.

16 Am 13.8. wurde Spoelgen zum Oberbürgermeister ernannt und eine ordentliche Stadtvertretung eingesetzt, die Tätigkeit des Fünfferrats war damit beendet, StA Bonn Pr 9/69.

17 Die Professoren Martini, Weizel, Lützel, Oertel, Fischer und Schmidt-Görg waren zeitweilig Mitglieder des Kulturausschusses (StA Bonn Pr 9/357), darüber hinaus gehörten die Professoren Ullrich, Nussbaum, Roth und Brinkmann weiteren städtischen

Den eigentlichen Beginn des Wiederaufbaus der Universität Bonn markiert der 12. April 1945. An diesem Tag versammelten sich auf Einladung Brinkmanns die Professoren Ethelbert Stauffer (Evangelisch-Theologische Fakultät), Wilhelm Neuß (Katholisch-Theologische Fakultät), Erwin von Beckerath (Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät), Erich von Redwitz (Medizinische Fakultät), Friedrich Oertel (Philosophische Fakultät), Hans Cloos (Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät) und Theodor Brinkmann selbst als Vertreter der Landwirtschaftlichen Fakultät zu der ersten Sitzung einer provisorischen Universitätsleitung. Dieses später als *Repräsentativ-Ausschuss* bezeichnete Gremium bestand damit aus sieben politisch unbelasteten Professoren, die jeweils als Vertreter ihrer Fakultät fungierten. Auf dieser ersten Sitzung wurde lediglich ein Beschluss gefasst: »Die Leitung der Verwaltung der Universität ist Sache des Rektors.«¹⁸

Damit hatte sich ein Gremium konstituiert, das sich selbst als Leitungsorgan in der Nachfolge des ehemaligen Senates der Universität verstand¹⁹. Äußerst fragwürdig musste jedoch die Legitimität eines solchen Gremiums erscheinen, da zunächst keine Bestätigung durch eine übergeordnete Stelle erfolgte. Auch die Legitimierung durch eine ordentliche Wahl wurde durch einen Erlass der Militärregierung, welcher die Durchführung von Plenarversammlungen untersagte, verhindert. Die Mitglieder des Repräsentativ-Ausschusses waren sich dieser Problematik durchaus bewusst und bemühten sich daher um schriftliche Bestätigung durch die übrigen Fakultätsmitglieder²⁰.

Noch im Mai 1945 wurde der Verwaltungsrat um vier Mitglieder erweitert: durch den 1934 entlassenen Physiker Heinrich Mathias Konen, den ebenfalls von den Nationalsozialisten vertriebenen Kunsthistoriker Heinrich Lützel, den Mediziner Wilhelm Ceelen und den Botaniker Johannes Fitting, der Hans Cloos als Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ablöste²¹.

Am 1. Juni erfolgte die offizielle Bestätigung des Board of Governors von Seiten der Militärregierung. Der Verwaltungsrat erhielt den Auftrag, »to properly safeguard, collect and preserve the property, equipment, instruments and library of the university. [...] This board is further authorized to make plans for the reorganisation, rebuilding and restaffing of the University preparatory to its reopening at some future date.« Eine Wiederaufnahme des Lehrbetriebes wurde jedoch aus-

Ausschüssen an, Prof. Weizel war 1946 SPD-Fraktionsführer im Stadtrat (StA Bonn Pr 10a/10).

18 Protokoll der »Sitzung des Senates« vom 12. April 1945, UA Bonn Senat 33-1.

19 In einem Rundschreiben Dekan Oertels vom 3.5.1945 heißt es, der Repräsentativ-Ausschuss sei »im wesentlichen nicht viel anderes [...] als der frühere Senat«, UA Bonn PF 138-163.

20 Rundschreiben des »vorläufigen Dekans« der Phil. Fak. vom 17.4.1945, UA Bonn PF 138-163.

21 Vgl. die in UA Bonn Senat 33-1 enthaltenen Protokolle.

drücklich untersagt: »This authorization does not include authorization to reopen any part of the university as an educational institution.«²²

Die Wiedereröffnung der Universität

Von Anfang an war es das Bestreben des Verwaltungsrates, die Universität baldmöglichst wiederzueröffnen. Im Laufe des Sommers 1945 wandelte sich die anfänglich reservierte Haltung der Briten und die Wiedereröffnung wurde auch von Seiten der Militärregierung bald energisch angegangen²³. Noch im Juli erließ die Militärregierung eine Verfügung zur Wiedereröffnung der Universitäten Münster, Köln, Bonn und Aachen und übersandte den Fakultäten einen Fragebogen zur räumlichen und personellen Situation, um die Möglichkeit einer Wiedereröffnung auszuloten²⁴.

In der Beurteilung der Lage zeigte sich die Universitätsleitung optimistisch und plante die Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes zum gewohnten Termin Mitte Oktober²⁵. Die Philosophische Fakultät ging dabei sogar davon aus, dass mit nur 24 politisch tragbaren Dozenten (gegenüber 95 Dozenten im WS 1944/45) der Vorlesungsbeginn zum Wintersemester möglich sei²⁶. Grund für diesen Optimismus war zum einen die Überzeugung von der wichtigen Rolle der Universität für den Wiederaufbau Deutschlands, zum anderen aber auch die Angst vor einer möglichen Schließung der Universitäten durch die Alliierten, die in den ersten Nachkriegsmonaten immer wieder durch kursierende Gerüchte genährt wurde²⁷.

Ende August besuchte eine britische Delegation die Universität, um sich vor Ort über die Möglichkeit der Wiedereröffnung zu informieren²⁸. Dabei wurden nicht nur die wiederhergestellten Gebäude in Augenschein genommen, sondern

22 UA Bonn UV 69-1.

23 Die von Balfourt erkannte Absicht der Amerikaner und Briten, die Universitäten erst nach Abschluss der Entnazifizierung wiederzueröffnen (Michael Balfourt, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959, S. 349), ließ sich an Hand der Quellen zur Universität Bonn nicht nachvollziehen.

24 Am 18.7.1945 meldet William Strong nach London: »a survey of universities is now being started to see what faculties can be opened« (British Documents on Foreign Affairs Part III, Series F, Vol. 7, S. 193); Unterlagen zur Beantwortung des Fragebogens befinden sich in UA Bonn PF 138-164 und UV 69-27.

25 Memorial vom 28.8.1945, verfasst von Rektor und Senat, UA Bonn UV 69-1.

26 Stand des Lehr- und Verwaltungspersonals der Philosophischen Fakultät, UA Bonn UV 69-27.

27 Vgl. dazu die Bemerkung Konens auf der Senatssitzung vom 8.9.1945, UA Bonn, Senat 33-1.

28 Leiter der Delegation war James Mark, Beauftragter der Deutschlandabteilung des Foreign Office, später Sekretär des Deutschlandministers Lord Pakenham, vgl. Heinemann, Universitäten (wie Anm. 5), S. 49.

auch der Stand der politischen Überprüfung des Lehrkörpers²⁹. Obwohl der britische Besuch den Optimismus der Universitätsvertreter zu bestätigen schien,³⁰ kamen der Delegation offenbar Zweifel, ob die Universität in der Lage sei, den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen. Man verständigte sich letztlich darauf, den Wiedereröffnungstermin nach hinten zu verschieben. Am 15. Oktober sollte zunächst mit der Immatrikulation begonnen, der Vorlesungsbetrieb erst am 6. November aufgenommen werden³¹. Dass auch dieser Termin äußerst knapp gewählt war, zeigte sich in einem Schreiben der Medizinischen Fakultät vom 15. Oktober, in welchem Dekan von Redwitz dem Rektor mitteilte, »daß die Medizinische Fakultät Anfang November nicht aktionsfähig sein kann.«³² Zwar hatte der Dekan auf Anregung der Militärregierung bereits im Juli 1945 einen separaten Antrag auf Wiedereröffnung gestellt,³³ die Erwartung, dass schnell Klarheit über die Zusammensetzung des Lehrkörpers gewonnen und die noch vorhandenen Lücken zügig geschlossen werden könnten, hatte sich jedoch auf Grund des schleppenden Zulassungsverfahrens zerschlagen.

Neben der politischen Überprüfung der Professoren und Dozenten stellte die Bewältigung der enormen Menge der Studienbewerber die Universität vor eine weitere Herausforderung. Nur 2500 Studenten durften nach Vorgabe der Militärregierung aufgenommen werden. Die Zahl der Bewerber lag mit rund 12.000 deutlich höher³⁴. Wie die Professoren und Dozenten mussten auch die Studenten politisch überprüft werden. Dazu kam, dass eine möglichst gerechte Auswahl aus der großen Zahl der Bewerber getroffen werden sollte. Neben der politischen Unbedenklichkeit wurden daher auch verschiedene andere Faktoren, wie Heimatort, Mitarbeit am Aufbau der Universität, Semesterzahl, Qualifikation und während der NS-Zeit erlittene Benachteiligungen berücksichtigt³⁵.

Allen diesen Schwierigkeiten zum Trotz wurde zum Wintersemester 1945/46 der Vorlesungsbetrieb in allen Fakultäten wieder aufgenommen. Davon ausgenommen waren nur einige Veranstaltungen der Zahnmediziner sowie die chemischen Praktika, die auf Grund der noch fehlenden Gasversorgung nicht stattfinden

29 Koenen an den Vorsitzenden des Gutachterausschusses von Weber am 20.8.1945, UA Bonn UV 139-325.

30 Koenen rechnete nach dem Besuch mit einer Wiedereröffnung zum 15.10., Koenen an Spoelgen am 22.8.1945, StA Bonn N 2/128; Lützelner wertet das Gespräch als »sehr erfolgreich«, Lützelner an Oertel am 28.8.1945, StA Bonn NL Lützelner 94.

31 Militärregierung an den Oberpräsidenten am 24.9.1945, Landesarchiv NRW, Hauptstaatsarchiv [HStA] Düsseldorf NW 53-379, p. 15.

32 Dekan von Redwitz an Rektor Koenen am 15.10.1945, UA Bonn UV 69-36.

33 Verwaltungsratsprotokoll 19.7.1945, UA Bonn Senat 33-1.

34 UA Bonn UV 69-1.

35 Punktesystem zur Bewertung der Bewerber, UA Bonn MF 68-11.

konnten³⁶. Die feierliche Eröffnung der Universität erfolgte am 17. November mit einem Festakt im Saal des Collegium Leoninum unter Anwesenheit des Chefs der britischen Militärregierung in der Nordrhein-Provinz, General Barraclough, und des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, Robert Lehr³⁷.

Heinrich Mathias Konen als erster Nachkriegsrektor

Die entscheidende Persönlichkeit in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte der Universität Bonn war der Physiker Heinrich Mathias Konen. Er amtierte bereits in der Weimarer Republik als Rektor, wurde jedoch von den Nationalsozialisten wegen seiner Mitgliedschaft in der Zentrumsparterie 1934 in den Ruhestand versetzt³⁸. Seine weitreichenden politischen Beziehungen ließen ihn zusammen mit seiner politischen Unbedenklichkeit nach dem Krieg als einen geeigneten Mann für eine führende Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben erscheinen. Im März 1945 verzichtete Konen auf das Angebot der Amerikaner, die Leitung der Bonner Stadtverwaltung zu übernehmen, um sich ganz seiner Aufgabe in der Universität zu widmen³⁹. Seit Juni 1945 amtierte Konen als Vizepräsident des Verwaltungsrates, im Juli übernahm er das Amt des provisorischen Rektors: Am 5. Juli 1945 hatte Brinkmann dem Verwaltungsrat seinen Rücktritt mitgeteilt, diesen aber zurückgezogen, nachdem ihm der Verwaltungsrat nachdrücklich das Vertrauen ausgesprochen hatte⁴⁰. Dennoch wurde der Rücktritt wenig später rechtskräftig, nachdem »der Militärgouverneur durch Zufall das Abschiedsgesuch des bisherigen Präsidenten erhalten und daraufhin den bisherigen Vizepräsidenten mit der Nachfolge betraut« hatte⁴¹. Damit stand Konen nach 1929/30 und 1931 zum dritten Mal an der Spitze der Bonner Alma Mater.

Im Dezember 1946 übernahm Konen darüber hinaus das Amt des Kultusministers im Kabinett Amelunxen⁴². Mit dieser Entscheidung tat sich Konen keineswegs leicht: Am Tag nach der Bestätigung des Kabinetts schrieb er in einem ausführli-

36 Eine Übersicht der gehaltenen Veranstaltungen findet sich in: Christian George, Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis der Universität Bonn für das Wintersemester 1945/46, in: Chronik der akademischen Jahren 2002/2003 und 2004/2005, Bonn 2005, S. 348–377.

37 Chronik 1939/40 bis 1948/49 (wie Anm. 2), S. 8.

38 UA Bonn PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

39 Spoelgen, Vergangenheit (wie Anm. 13), S. 419.

40 Senatsprotokoll vom 5.7.1945, UA Bonn Senat 33-1.

41 Senatsprotokoll vom 19.7.1945, UA Bonn Senat 33-1; bereits am 10.7.1945 hatte Gouverneur Pirie brieflich sein Bedauern über den Rücktritt Brinkmanns ausgedrückt, UA Bonn UV 139-308.

42 Am 5. Dezember wurde das neue Landeskabinett mit Konen als Kultusminister von der Militärregierung genehmigt, HStA Düsseldorf NW 53-389 (1), p. 540; seit Anfang des Jahres war Konen bereits Mitglied des nichtexekutiven Provinzialrates der Nordrhein-Provinz gewesen, HStA Düsseldorf NW 53-362.

chen Brief an Adenauer, er sehe bei sich zwar den nötigen Idealismus, nicht aber die erforderliche physische Konstitution für die Übernahme des Kultusministeriums zusätzlich zum Bonner Rektorat. Auf letzteres mochte er aber in keinem Fall verzichten, da er sicher nicht ganz zu Unrecht davon ausging, dass er »diese Geschäfte z. Zt. besser kann als alle meine Kollegen in Bonn und sehr viele Kollegen an anderen Orten.«⁴³ Er äußerte zudem die Befürchtung, im Amt des Kultusministers zu versagen und bat Adenauer daher, einen anderen Kandidaten auszuersuchen. Hier zeigt sich, dass Konen seine Fähigkeiten durchaus realistisch einzuschätzen wusste und nicht der Machtmensch war, als der er in der Forschung zum Teil erscheint⁴⁴. Trotz aller Bedenken debütierte er am 17. Dezember im Kabinett⁴⁵.

Aus der Übernahme des Kultusministeriums ergab sich eine amtsrechtlich bedenkliche Doppelrolle Konens, da er dadurch zu seinem eigenen Vorgesetzten wurde und als Minister Erlasse für die Universität geben konnte, der er als Rektor vorstand. Der Senat sah jedoch zunächst die Vorteile, die sich aus dieser Konstellation für die Universität ergeben könnten und begrüßte die Ernennung Konens zum Kultusminister einhellig⁴⁶. Die Briten dagegen betrachteten Konens Doppelfunktion anfänglich skeptisch. Ihre Bedenken richteten sich aber vor allem gegen eine vermutete zweifache Besoldung Konens und konnten mit dem Hinweis auf den Ehrenamtcharakter des Rektoramtes zerstreut werden⁴⁷.

Die Befürchtungen Konens hinsichtlich seiner Befähigung zum Kultusminister erwiesen sich schnell als berechtigt. Zwar blieb er auch unter dem neuen Ministerpräsidenten Karl Arnold Kultusminister, in seiner Amtsführung erwies er sich jedoch als zurückhaltend und inaktiv. Er trat im Kabinett kaum in Erscheinung, so dass die Opposition gegen ihn auch von Seiten der eigenen Partei immer stärker wurde⁴⁸. Ebenso mehrten sich innerhalb der Universität im Laufe des Jahres 1947

43 Konen an Adenauer am 6.12.1945, UA Bonn PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

44 U.a. bei Walter Först: *Geschichte Nordrhein-Westfalens*. Band 1: 1945–1949, Köln, Berlin 1970, S. 283 f.; Karl Theodor Schäfer: *Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818–1960*, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), S. 238.

45 Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernennungsperiode und erste Wahlperiode), eingel. u. bearb. v. Michael Alfred Kanther, Siegburg 1992 (Veröffentl. d. staatl. Archive des Landes NRW, Reihe K: Kabinettsakten 1), S. 40.

46 Senatsprotokoll vom 13.12.1946, UA Bonn Senat 33-2.

47 *Weekly Political Summary* Nr. 49 vom 28.12.1946, *British Documents on Foreign Affairs* Part IV, Series F, Vol. 7, S. 387.

48 Nach Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973 (Veröffentl. d. staatl. Archive des Landes NRW, Reihe C: Quellen und Forschungen 1), S. 376 arbeitete Adenauer gezielt am Sturz Konens und bot im Oktober 1947 Amelunxen das Amt des Kultusministers an.

die Stimmen, die ein gleichzeitiges Amtieren als Rektor und als Kultusminister kritisch betrachteten⁴⁹. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät verlieh ihrer Befürchtung Ausdruck, dass nach der überraschenden Entlassung des Prorektors Kipp durch die Briten die Arbeitsbelastung für Konen zu groß werden würde und dadurch die Interessen der Universität nicht mehr in ausreichendem Umfang gewahrt werden könnten⁵⁰. Konen reagierte auf diese Kritik, indem er dem Ministerpräsidenten sein Portefeuille zur Verfügung stellte⁵¹. Es sollte jedoch noch bis Dezember 1947 dauern, bis mit Christine Teusch eine Nachfolgerin gefunden werden konnte. Nach seiner insgesamt glücklosen Amtszeit betrachtete niemand seinen Rücktritt als schweren Verlust⁵². Es kann sogar angenommen werden, dass Konen selbst – nach der Einschätzung seiner Fähigkeiten zu Beginn der Amtszeit – sein Ausscheiden nicht bedauerte und hoffte, seine Kräfte nun ganz der Universität widmen zu können.

Die britischen Universitätsoffiziere und der Rücktritt Konens

Das Bildungswesen bildete einen Schwerpunkt in der britischen Besatzungspolitik. Nach dem Konzept der ›Re-Education‹ sollten die Deutschen zu Demokraten erzogen und nationalsozialistisches und militaristisches Gedankengut aus den Köpfen verbannt werden⁵³. Eine besondere Rolle in diesem Konzept spielten die Universitäten als Ausbildungsstätten der künftigen deutschen Elite. Zur Überwachung des Bildungswesens und besonders zur Organisation der Entnazifizierung an den Universitäten wurde Anfang 1946 an jeder Hochschule ein Education Control Officer (ECO) eingesetzt⁵⁴. Im März 1946 trat mit Captain Olaf Brann auch der erste Bonner ECO seinen Dienst an⁵⁵.

In der Bonner Universitäts-Zeitung umriss Captain Brann seine Aufgabenbereiche: Im Mittelpunkt stehe der physische Wiederaufbau und die Lösung der damit verbundenen Schwierigkeiten. Als zentrale geistige Aufgabe nannte Brann »die etwas delikate Pflicht, Ihnen [den Dozenten und Studenten der Universität]

49 Im August weigerte sich Dekan Weizel, sein Amt anzutreten, bis die Angelegenheit geregelt sei, Senatsprotokoll vom 7.8.1947, UA Bonn Senat 33-3.

50 Schreiben der Fakultät an den Rektor vom 1.8.1947, UAB UV 69-144, ebenso Aktenvermerk Thyssen in HStA Düsseldorf NW 16-47 p. 8.

51 Am 7.8.1947, UA Bonn PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

52 Kabinettsprotokolle (wie Anm. 45), S. 41.

53 Zum britischen Re-Education-Konzept vgl. die Beiträge im Sammelband: Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, hg. v. Manfred Heinemann, Stuttgart 1981 (Veröff. d. Hist. Komm. d. Dt. Ges. f. Erziehungswiss. 5).

54 Manfred Heinemann, Vorwort, in: Ders. (Hg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 9–10, hier S. 9.

55 Am 14.3.1946 wurde Brann dem Senat vorgestellt, UA Bonn Senat 33-2.

eine Mannigfaltigkeit von Gedankengut, das Ihnen lange Zeit verschlossen war, wiederum zuzuführen.«⁵⁶ Diese konstruktive Beschreibung seiner Aufgaben darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ECOs als Vertreter der Militärregierung der Universitätsleitung übergeordnet waren und sie vor allem in Personalangelegenheiten weitreichende Kompetenzen besaßen. Jede Zulassung eines Dozenten oder Studenten ging durch ihre Hände, sie lasen alle Fragebögen, stellten eigene Untersuchungen an und gaben die Dokumente dann an Public Safety (Special Branch), die für die Entnazifizierung zuständige Militärbehörde, weiter⁵⁷.

Dennoch ist Branns Arbeitsauffassung typisch. Die ECOs bemühten sich in der Regel um eine enge Zusammenarbeit mit Rektor und Senat ›ihrer‹ Hochschule. Die Zusammenarbeit verlief insgesamt freundschaftlich und vertrauensvoll, so dass die ECOs oftmals als Fürsprecher ›ihrer‹ Universität bei Public Safety (Special Branch) auftraten, deren Mitarbeiter auf Grund ihrer oft geringen Kenntnis der deutschen Verhältnisse zu einer formalistischen Zulassungspolitik neigten und Professoren mit lediglich einer *technical membership* in der NSDAP die Zulassung häufig verweigerten⁵⁸.

ECO Brann blieb nur wenige Monate in Bonn. Bereits in der Senatssitzung am 9. Juli 1946 stellte er Robert Pender als seinen Nachfolger vor. Zudem fiel Brann wegen einer Erkrankung längere Zeit aus, so dass der Kölner ECO Harry Beckhough die Bonner Angelegenheiten mit übernehmen musste⁵⁹. Auch Pender blieb nur kurze Zeit in Bonn, bevor er im September die Leitung der University Section bei der Erziehungsabteilung der Militärregierung in Bünde übernahm⁶⁰. Seine Nachfolge trat im Oktober 1946 Ronald Gregor Smith an, der sicherlich bedeutendste der Bonner ECOs. Smith war evangelischer Theologe und als Übersetzer der Schriften Karl Barths und Martin Bubers hervorgetreten. Unter Smith etablierte sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung. Durch seine nachsichtige Amtsführung legte er die Grundlage für die großzügige Immatrikulationspolitik Konens, die zu dessen Amtsenthebung unter Smiths Nachfolger Kirk führen sollte.

In Smiths Amtszeit fiel eine grundlegende Änderung der Stellung der ECOs, welche von den Briten Anfang 1947 vollzogen wurde, als sie den deutschen Behörden die Verantwortung im Bildungs- und Erziehungswesen übertrugen. Dadurch verloren die ECOs die Befehlsgewalt über die Hochschulen und übten nur

56 Bonner Universitäts-Zeitung [BUZ] Jg. 1 (1946) Nr. 3, S. 1.

57 Geoffrey Bird, *The Universities*, in: Arthur Hearnden (Hg.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978, S. 146–157, hier S. 148.

58 Ebd.

59 Harry Beckhough, *The Role of the British University Control Officer in Post-War Germany*, in: David Phillips (Hg.), *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983, S. 76–89, hier S. 78.

60 Corine Defrance, *Les alliés occidentaux et les universités allemands 1945–1949*, Paris 2000 (CNRS Histoire), S. 48.

noch beratende Tätigkeit aus. Sinnfällig wurde die gewandelte Funktion durch den Wegfall des Wortes »Control« in der Amtsbezeichnung. Die ECOs wurden nun als University Education Officer (UEO) bezeichnet⁶¹. Auch wenn die Machtübergabe von vielen ECOs nicht als Einschnitt empfunden wurde,⁶² verlagerten sich doch ihre Aufgaben im Folgenden mehr auf das Knüpfen von Verbindungen zwischen ihrer deutschen Universität und dem Ausland⁶³.

Trotz dieser gewandelten Rolle bestand die Militärregierung auf der Einhaltung der von ihr erlassenen Vorgaben, insbesondere in Fragen der Auswahl der Studenten. Dies zeigte sich, als George A. Kirk im November 1947 das Amt des Bonner Erziehungsoffiziers übernahm. Das bislang harmonische Verhältnis zwischen UEO und Rektor und Senat veränderte sich nachhaltig. Kirk verstand sich weniger als Vermittler zwischen Universität und Besatzungsmacht, sondern vertrat unnachgiebig die Position der Militärregierung und brachte wenig Verständnis für die Bonner Belange auf. Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme initiierte Kirk eine Untersuchung des undurchsichtigen Bonner Immatrikulationsverfahrens⁶⁴. Die Universitätsverwaltung hatte auf Grund der zahlreichen unterschiedlichen Immatrikulationslisten die Übersicht bei der Zulassung der Studenten verloren,⁶⁵ so dass es nicht möglich war, eine vollständige Liste aller immatrikulierten Studenten zu erstellen. Diese war aber erforderlich, da die Militärregierung auf der strikten Einhaltung des festgesetzten Numerus clausus bestand.

Im November 1947 ging eine Kommission der Militärregierung den vermuteten Unstimmigkeiten nach. Ohne Rektor Konen zu informieren, wurden die Dekane und Prodekane sowie einige Studenten befragt⁶⁶. Als Ergebnis der Untersuchung stellte die Kommission fest, dass die Anzahl der Studenten deutlich die durch Numerus clausus geregelte Gesamtzahl überschritt. Dies wurde Konen zur Last gelegt, der persönlich über ein Zulassungskontingent verfügen konnte und zudem über die Zwangsgasthörerregelung die Zahl der offiziellen Studenten reduziert hatte⁶⁷. Zudem wurde die politische Überprüfung der Studenten als unzulänglich

61 Bird, *The Universities* (wie Anm. 57), S. 152.

62 Ergebnis einer Fragebogenerhebung unter ehemaligen ECOs, David Phillips, *The University Officers of the British Zone*, in: Ders. (Hg.), *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983, S. 51–75, hier, S. 60 f.

63 Ebd., S. 53; ebenso DeFrance, *Les alliés occidentaux* (wie Anm. 60), S. 225.

64 Senatsprotokoll vom 4.12.1947, UA Bonn Senat 33-3.

65 Scheumann an Rektor Noth am 10.3.1948, UA Bonn UV 69-33.

66 Brief Konens an Kirk vom 30.11.1947, UA Bonn PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

67 Nach dieser Regelung wurden vollimmatrikulierte Studenten im Examenssemester zwangsexmatrikuliert und sofort wieder als Gasthörer außerhalb des Numerus Clausus zugelassen. Diese Regelung wurde am 20.12.1945 von der Militärregierung bestätigt, UA Bonn UV 69-333; vergleichbare Regelungen waren auch an anderen Universitäten üblich, vgl. für die TH Braunschweig, Rainer Maaß, *Die Studentenschaft der Techni-*

angesehen, da eine stichprobenartige Untersuchung von Studienbewerbern der zahnärztlichen Abteilung ergeben hatte, dass sich unter den 16 zugelassenen Studenten vier Berufsoffiziere, zwei NSDAP-Mitglieder, ein Mitglied der NS-Frauenschaft, ein NSDAP-Anwärter und ein SS-Anwärter befanden⁶⁸. Dass die Zahl der Bonner Studenten höher war als von der Militärregierung erlaubt, war in Universitätskreisen ein offenes Geheimnis und auch ECO Smith bekannt, der auf dem Fachschaftsfest der Zahnmediziner im Sommer 1947 eine entsprechende Bemerkung machte⁶⁹. Die Verantwortung dafür sah man, zumindest in der Studentenschaft, die den »antibürokratischen Einfallsreichtum« Konens rühmte, nicht beim Rektor⁷⁰.

Am 1. April 1948 wurde Konen offiziell von allen Amtspflichten entbunden⁷¹. Noch kurz vor dem Ende seiner Amtszeit hatte ihm die Universität Bonn für seine Verdienste um den Wiederaufbau den Ehrendokortitel verliehen⁷². Mit Konen verlor die Universität die bestimmende Gestalt der Wiederaufbauzeit, sein Rücktritt stürzte die Bonner Alma Mater in die schwerste Krise der Nachkriegszeit.

Die Entnazifizierung des Lehrkörpers

Wie kaum ein anderes Thema bestimmte die Entnazifizierung die ersten Nachkriegsjahre und so ist es wenig verwunderlich, dass die historische Forschung sich diesem Thema schon seit langem widmet⁷³. Die politische Reinigung an den deutschen Hochschulen erfährt jedoch erst in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit

schen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (Historische Studien 453), zugl. TH Braunschweig Diss. 1996, S. 78 und für die Universität Köln Karin Kleinen, Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln, Weimar, Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 17), zugl. Univ. Köln Diss. 2003, S. 110.

68 Erklärung der Militärregierung, in: BUZ Nr. 31 vom 25.1.1948, S. 1.

69 Protokollbuch des AStA zum 6.6.1947, UA Bonn AStA 47-1.

70 Erinnerung des Studenten Manfred Seidler, UA Bonn Slg. Wiederaufbau 2 p. 3, vgl. auch Protokollbuch des AStA zum 9.6.1947, UA Bonn AStA 47-1.

71 UA Bonn PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

72 Am 15.10.1947, Chronik 1939/40 bis 1948/49 (wie Anm. 2), S. 79.

73 U.a. Otto Bachof, Die »Entnazifizierung«, in: Andreas Flitner (Hg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 195–216; Justus Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969; Krüger (wie Anm 14), Irmgard Lange (Bearb.), Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976 (Veröff. d. staatl. Archive des Landes NRW; Reihe C: Quellen und Forschungen 2); Clemens Vollnhals (Hg.), Entnazifizierung. Die politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991 (dtv Dokumente 2962).

der Historiker⁷⁴. Für Bonn konnten Horn und Defrance grundlegende Forschungsergebnisse vorlegen⁷⁵.

In dem hier betrachteten Zeitraum bis zum Wintersemester 1947/48 gliedert sich die Entnazifizierung in zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Phasen: Die erste Phase reichte vom Beginn der Besatzung bis zum Januar 1946. In dieser Zeit lag die Verantwortung für die Entnazifizierung ausschließlich bei den Briten. Diese Phase war darüber hinaus von großen regionalen Unterschieden in der Umsetzung des Verfahrens geprägt, die sich aus dem Mangel an konkreten Durchführungsbestimmungen ergab.

Die zweite Phase wurde im Januar 1946 eingeleitet, als mit Erlass der Direktive 24 das Entnazifizierungsverfahren erstmals zonenweit einheitlich geregelt und eine Beteiligung deutscher Stellen am Verfahren vorgesehen wurde.

Phase 1: April 1945 – Januar 1946

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Universität Bonn war klar, dass der bestehende Lehrkörper nicht ohne personelle Veränderungen übernommen werden konnte. Die Entlassung aller ehemaligen Parteimitglieder in der Bonner Stadtverwaltung hatte dem Verwaltungsrat schon im April 1945 den akuten Handlungsbedarf vor Augen geführt⁷⁶. Zwar stieß die rigorose Vorgehensweise der Amerikaner zunehmend auf die Kritik der Briten, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft einen höheren Stellenwert beimaßen. An der grundsätzlichen Absicht der Briten, den Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten auszuschalten, darf jedoch nicht gezweifelt werden⁷⁷. Alle Dozenten der Universität bedurften der politischen Überprüfung und der Zulassung durch die Militärregierung, bevor sie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten.

Es fehlten in der ersten Phase der Entnazifizierung jedoch konkrete Durchführungsbestimmungen. Aus der dadurch entstehenden rechtlichen Unsicherheit ergaben sich große regionale Unterschiede in der Handhabung des Verfahrens in-

74 Hans-Uwe Feige, Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig, in: ZfG 42 (1994), S. 795–808; Sylvia Paletschek, Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Tübingen, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, Stuttgart 2002, S. 393–408; Steven P. Remy, *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge 2002; Silke Seemann, *Die politische Säuberung des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945–1957)*, Freiburg 2002.

75 Joachim Horn, *Der Wiederaufbau der Universität Bonn 1945–1947*, Univ. Bonn, masch. Staatsarb., 1981, S. 29–42 und 63–72, Defrance, *Les alliés occidentaux* (wie Anm. 60), S. 98 ff.

76 Vgl. hierzu Spoelgen, *Vergangenheit* (wie Anm. 13), S. 423.

77 Dies betraf insbesondere das Bildungswesen, in dem die Briten eine Überprüfungsquote von ca. 90% erreichten, vgl. Vollnhals, *Entnazifizierung* (wie Anm. 73), S. 29.

nerhalb der britischen Zone. Deutsche Behörden verstanden es zum Teil, die durch die unklare Rechtslage entstandenen Freiräume als Chance für eine Selbstreinigung zu nutzen⁷⁸. Auch in Bonn ging der Verwaltungsrat der Universität daran, die Reinigung des Lehrkörpers aus eigener Kraft voranzutreiben.

Eine erste Initiative zur Selbstreinigung stellte im Mai 1945 Konens Vorschlag zur Einrichtung eines »Ehrenrates« zur Vorprüfung aller ehemaligen Parteimitglieder im Professorenkollegium dar⁷⁹. Nur wenig später legte Heinrich Lützeler dem Verwaltungsrat einen Entwurf über die Konstituierung einer Ehrenkommission vor, der am 28. Juni der Rechtskommission in überarbeiteter Form übergeben wurde⁸⁰. Zwei Fassungen dieses Lützeler-Entwurfes sind überliefert,⁸¹ die nur in Detailfragen voneinander abweichen. Beide sahen einen Gerichtshof mit vier Beisitzern und einem Berufsrichter an der Spitze vor und räumten dem Betroffenen das Recht auf einen Verteidiger ein. Der Gerichtshof sollte über die politische Tragbarkeit des Betreffenden entscheiden und diese Entscheidung mit einem Vorschlag, welche Maßnahmen gegen die Person zu ergreifen seien, an die zuständige deutsche Regierung weiterleiten. Obwohl der Entwurf mit der Beteiligung eines Berufsrichters und der Möglichkeit abgestufter Sanktionen einige Mängel, die dem später etablierten Entnazifizierungsverfahren anhafteten, nicht aufwies, sah er in völliger Verkennung der politischen Situation keinerlei Beteiligung der Militärregierung an dem Verfahren vor. Keiner der beiden Entwürfe ist im Verwaltungsrat zur Abstimmung gelangt.

Am 12. Juli wandte sich Konen an den Militärgouverneur und legte dar, wie der Senat die Reinigung des Lehrkörpers weiterzuführen gedachte. Danach sollten alle Mitglieder von SS, SD und Gestapo grundsätzlich als untragbar angesehen werden, die einfachen Parteimitglieder zunächst von Gehaltszahlungen ausgeschlossen, ihre Fälle jedoch individuell überprüft werden⁸². Der Militärgouverneur akzeptierte diese Vorgehensweise, wies aber ausdrücklich daraufhin, dass die Entscheidung über die politische Tragbarkeit allein Angelegenheit der Militärre-

78 Klaus-Dietmar Henke, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbsterstörung, politische Säuberung, »Entnazifizierung«, Strafverfolgung, in: Ders., Hans Woller (Hg.), Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21–83, hier S. 44. Derartige Initiativen zur Selbstentnazifizierung sind, wie die neuere Forschung gezeigt hat, durchaus nicht so außergewöhnlich wie bislang angenommen, vgl. dazu Jörg D. Krämer: Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, 898), zugl. Bonn Univ. Phil. Diss. 2001, S. 61 ff.

79 Senatsprotokoll vom 30.5.1945, UA Bonn Senat 33-1.

80 Senatsprotokolle vom 21.6. und 28.6.1945, UA Bonn Senat 33-1.

81 UA Bonn UV 69-164 und UV 69-2; auch enthalten in StA Bonn NL Lützeler Nr. 94, hier mit Anmerkungen von Dr. Reich und Prof. Oertel.

82 Schreiben vom 27.7.1945, UA Bonn UV 69-1.

gierung sei. Hier wurde eindeutig klar, dass auch, wenn die Initiative von deutschen Stellen ausging, die Militärregierung unter keinen Umständen gewillt war, sich die letztendliche Entscheidungskompetenz aus der Hand nehmen zu lassen.

Statt dieser weit ausgreifenden und letztlich nicht realisierbaren Pläne zur Überprüfung des Lehrkörpers wurde eine andere Möglichkeit der internen Säuberung in Form einer Verwaltungsratskommission in die Tat umgesetzt. Am 24. Mai 1945 richtete der Verwaltungsrat die so genannte Nachrichtenkommission ein, die sich am 6. Juni konstituierte⁸³. Die Leitung wurde dem Psychologen Siegfried Behn übertragen, weitere Mitglieder waren der Astronom Friedrich Becker und der Kunsthistoriker Heinrich Lützeler⁸⁴. Die Aufgabe der Kommission bestand zunächst in der allgemeinen Sammlung und Verbreitung von Nachrichten, sowohl für den inneruniversitären Gebrauch als auch für die Information der Öffentlichkeit⁸⁵. Schon sehr früh war allerdings klar, dass das politische Verhalten der Universitätsangehörigen in der NS-Zeit das zentrale Thema der Informationsbeschaffung darstellte. Dazu wurden zunächst die noch vorhandenen Akten der Fakultäten und des Rektorats gesichtet, später auch gezielt Ermittlungen in konkreten Einzelfällen durchgeführt⁸⁶.

Durch diese Arbeitsweise zog die Nachrichtenkommission in steigendem Maße die Anfeindungen der betroffenen Professoren auf sich. Insbesondere der Philosoph Erich Rothacker fühlte sich durch die Arbeit der Kommission massiv angegriffen. Seinen Fachkollegen Siegfried Behn verdächtigte er, ihn von seinem Lehrstuhl verdrängen zu wollen und sah sich gar einer großen Aktion gegenüber, die das Ziel verfolgte, alle protestantischen Dozenten von der Universität Bonn zu entfernen⁸⁷. Allen diesen Verdächtigungen und Beschuldigungen zum Trotz sprach sich die Nachrichtenkommission in ihrem Gutachten für die Zulassung Rothackers aus⁸⁸. An diesem Konflikt wird deutlich, wie verantwortungsvoll und zugleich undankbar die Rolle der Nachrichtenkommission war.

83 UA Bonn UV 139-318.

84 UA Bonn UV 69-2.

85 Verwaltungsratsprotokoll vom 10.8.1945, UA Bonn Senat 33-1.

86 Vgl. dazu die Tätigkeitsberichte der Nachrichtenkommission in UA Bonn UV 139-309 und UV 139-318.

87 Rothacker an Rechtsanwalt Haubrich am 27.2.1947: »Meine Situation war schon 1945 dadurch erschwert gewesen, dass ein Kollege (Konvertit) [gemeint ist Siegfried Behn, d.V.] die wütendsten Anstrengungen machte, mich aus meinem Psychol. Institut zu verdrängen und dass er dabei die Unterstützung des mit ihm liierten Rektors sowie bestimmter konfessioneller Kreise fand. Infolgedessen ist meine Angelegenheit in bedenklicher Weise in die grosse Aktion verflochten, die Universität Bonn von protestantischen Dozenten zu ›reinigen‹.« Universitäts- und Landesbibliothek [ULB] Bonn NL Rothacker V,1.

88 Lützeler an Konen am 28.8.1945, UA Bonn UV 139-318.

Ende Dezember 1945 betrachtete die Nachrichtenkommission ihre Arbeit als beendet⁸⁹. Im März 1946 sprach sich der Senat daher für die Auflösung der Kommission zum Ende des Wintersemesters aus und hob hervor, dass durch die Arbeit der Kommission der Einfluss universitätsfremder Kreise ausgeschaltet werden konnte⁹⁰. Hier wurde das zentrale Ziel der Universität deutlich, ihre Angelegenheiten nach Möglichkeit intern, ohne Beteiligung außeruniversitärer Institutionen zu regeln.

Angesichts der angestrebten Wiedereröffnung der Universität zum Wintersemester drängte der Verwaltungsrat im Sommer 1945 bei der Militärregierung auf eine offizielle Beteiligung an der Entnazifizierung, um das schleppende Verfahren zu beschleunigen⁹¹. Im ausdrücklichen Einvernehmen mit den Briten richtete der Verwaltungsrat daher am 12. Juli parallel zur Nachrichtenkommission einen Gutachterausschuss unter der Leitung des Strafrechtlers Hellmuth von Weber ein⁹². Dieser Ausschuss sollte im Gegensatz zur Nachrichtenkommission nicht zur internen Informationsbeschaffung, sondern zur Erstellung von Gutachten dienen, die von der Militärregierung als Grundlage für ihre Entscheidung im Entnazifizierungsverfahren genutzt werden sollten⁹³. Diese Vorgehensweise wurde von der britischen Militärregierung anerkannt, die Mitwirkung von Universitätskommissionen bei der Vorbereitung der Entscheidungen nachdrücklich begrüßt⁹⁴. Die ausschließliche Verantwortlichkeit für das gesamte Verfahren behielten sich die Briten jedoch ausdrücklich vor.

Dass der Gutachterkommission die Anerkennung durch die britische Militärregierung bereits im Spätsommer 1945 gelang, kann als Erfolg gewertet werden, da die offizielle britische Gesetzgebung eine Beteiligung deutscher Stellen am Entnazifizierungsverfahren erst ab Januar 1946 vorsah.

Phase 2: Januar 1946 – Ende 1947

Bereits im Herbst 1945 war immer deutlicher geworden, dass eine erfolgreiche und gerechte Entnazifizierung ohne deutsche Beteiligung für die Briten nicht zu

89 Behn an Konek am 21.12.1945, UA Bonn UV 139-318.

90 Senatsprotokoll vom 4.3.1946, UA Bonn Senat 33-2.

91 Konek an Militärgouverneur am 12.7.1945, UA Bonn UV 69-1.

92 Verwaltungsratsprotokoll vom 12.7.1945, UA Bonn Senat 33-1, seit September 1945 war auch die Bezeichnung Prüfungsausschuss in Gebrauch.

93 Das genaue Verfahren wurde auf der Verwaltungsratssitzung vom 26.7.1945 geregelt, UA Bonn Senat 33-1.

94 Schreiben der Militärregierung vom 27.7.1945, UA Bonn UV 69-1; vgl. auch die Protokolle der 1. Hochschulkonferenz in Göttingen am 26./27.7.1945, Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948, hg. v. Manfred Heinemann, bearb. v. Siegfried Müller, Hildesheim 1990 (Geschichte von Bildung und Wissenschaft, Reihe C: Editionen 1), Bd. 1, S. 71.

leisten war. Die Situation in Deutschland hatte sich für die Briten als komplizierter erwiesen als sie zunächst angenommen hatten. Eine rein schematische Beurteilung nach Parteimitgliedschaft, wie sie zu Beginn der Besatzungszeit praktiziert wurde, erwies sich als nicht tragfähig, da sie den tatsächlichen Verhältnissen oftmals nicht gerecht wurde. Eine Beteiligung deutscher Stellen an der Entnazifizierung sowie eine klare und eindeutige Regelung des Verfahrens erwiesen sich zunehmend als unvermeidbar. Mit Erlass der Directive Nr. 24 am 12. Januar wurde daher eine zonenweit einheitliche Rechtsgrundlage für die Entnazifizierung geschaffen, die erstmals eine Beteiligung deutscher Stellen am Verfahren vorsah⁹⁵. Nur wenige Tage später folgte mit der Zonen-Instruktion Nr. 3 eine Durchführungsverordnung für die Direktive Nr. 24, die vorsah, dass von deutscher Seite auf Kreisebene Entnazifizierungshauptausschüsse als beratende Körperschaften gebildet werden sollten. Die Hauptausschüsse ihrerseits sollten so viele Unterausschüsse für bestimmte Berufsgruppen, einzelne Großbetriebe oder Behörden einsetzen, wie für die schnelle und durchgreifende Entnazifizierung ihres Gebietes erforderlich war. Die Unterausschüsse reichten die von ihnen erstellten Gutachten mitsamt den Fragebögen an den Hauptausschuss weiter, der wiederum die Fragebögen mit einer eigenen Stellungnahme an Public Safety (Special Branch) weiterleitete⁹⁶. Damit war die Grundlage für eine weitreichendere Beteiligung der Deutschen an der Entnazifizierung geschaffen und eine Basis für die Etablierung eines geregelten und effizienten Verfahrens gelegt.

In Bonn verzögerte sich die Bildung des städtischen Hauptausschusses, obwohl Stadtkommandant Brown bereits im April eine zügige Wahl angemahnt hatte⁹⁷. Schwierigkeiten ergaben sich ebenso bei der Bildung der Unterausschüsse. Diese wurden zwar im Juni gewählt, der Hauptausschuss verweigerte ihnen jedoch die Anerkennung und ernannte an Stelle der gewählten Mitglieder in einigen Fällen andere Vertreter⁹⁸. Auch wurde von Seiten der Stadtverwaltung Kritik an der Arbeit des Hauptausschusses laut, da die Entnazifizierung durch die Querelen bei der Einsetzung der Unterausschüsse nicht in Gang kam⁹⁹. Ende August entschloss sich die Militärregierung zum Eingreifen und setzte einen neuen Hauptausschuss ein¹⁰⁰. Aber auch der Arbeitsbeginn des neu eingesetzten Ausschusses zog sich wegen

95 Abgedruckt bei Beate Ruhm von Oppen (Hg.), *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, London 1955, S. 102–106.

96 Zonen-Instruktion Nr. 3 vom 17.1.1945, abgedruckt in Lange, *Entnazifizierung in NRW* (wie Anm. 73), S. 233–241.

97 Tätigkeitsbericht des Entnazifizierungsausschusses vom 20.4.1948, StA Bonn Pr 10/635; Major Brown am 5. April an die Stadtverwaltung, StA Bonn Pr 10/766.

98 Verwaltungskonferenz am 22.7.1946, StA Bonn Pr 9/219.

99 Protokolle der Verwaltungskonferenzen im Juni 1946, StA Bonn Pr 9/219.

100 Besprechung Spoelgens mit Major Brown am 23.8.1946, StA Bonn Pr 16/19, am 3.9. wurde das Ergebnis in der Verwaltungskonferenz bekannt gegeben, StA Bonn Pr 2/219.

interner Kompetenzstreitigkeiten bis Ende Oktober hin¹⁰¹. Erst Anfang November konnte der Ausschuss unter dem neuernannten Vorsitzenden Radermacher endgültig seine Tätigkeit aufnehmen, gut neun Monate nachdem durch die Zoneninstruktion Nr. 3 erstmals die Einrichtung deutscher Ausschüsse angeordnet worden war. Durch die so entstandenen Verzögerungen war die Entnazifizierung in Bonn stark in Rückstand geraten. Im Januar 1947 stauten sich beim Hauptentnazifizierungsausschuss 30.000 unbearbeitete Fälle¹⁰².

Inzwischen hatte Bonn mit Major Troughton einen eigenen Überprüfungsoffizier erhalten, der die Entnazifizierung überwachen sollte¹⁰³. Nachdem im Sommer 1947 gegenseitige Vorwürfe der Parteilichkeit im Entnazifizierungsverfahren von SPD und CDU sowie der gegen den Vorsitzenden Dreesen gerichtete Vorwurf, er habe in sein eigenes Verfahren eingegriffen, die Arbeit des Ausschusses überschatteten,¹⁰⁴ richtete Troughton einen geharnischten Brief an den Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses, in dem er feststellte, dass sich die Entnazifizierung in einem erschreckenden Zustand befände¹⁰⁵. Erst nach der Neuwahl des Ausschusses im Juni 1947 scheint dann das Verfahren in geordneten Bahnen verlaufen zu sein¹⁰⁶. So konnte der Ausschuss im Oktober mitteilen, dass die Entnazifizierungsarbeiten schätzungsweise bis Ende Februar 1948 zu einem Abschluss gekommen sein würden¹⁰⁷.

Am 28. Juni 1946 richtete die Universität einen eigenen Unterausschuss des städtischen Hauptausschusses ein, nachdem zuvor ihre Bemühungen um Beibehaltung des etablierten Verfahrens der Überprüfung durch die Gutachterkommission in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Militärregierung gescheitert waren. Als Mitglieder wurden die Professoren von Weber, von Redwitz, Becker, Neuß, Heyer, Ceelen, Schlingensiepen und Schütz gewählt¹⁰⁸. Damit alle Fakultäten im Ausschuss vertreten waren, wurde wenig später Prof. Braubach als Mitglied der Philosophischen Fakultät nachberufen¹⁰⁹. Auf Druck der Militärregierung und gegen den Widerstand des Senats wurden darüber hinaus zwei Bonner Bürger in den Ausschuss aufgenommen¹¹⁰.

101 Verwaltungskonferenz vom 21.10.1946, StA Bonn Pr 9/219.

102 Die Universitäten in der britischen Zone Deutschlands. Bericht der Delegation der britischen Association of University Teachers. Beilage zur Monatsschrift »Die Sammlung«, Jg. 3 (1948) H. 2, Übersetzung aus »The Universities Review« Jg. 19 (1947), H. 3, hier Abs. 27.

103 Besprechung am 9.4.1947, StA Bonn N 11/12.

104 StA Bonn N 11/12 und N 11/40.

105 Schreiben Troughtons vom 28.6.1947, StA Bonn N 11/12.

106 Sitzung der Stadtvertretung am 27.6.1947, StA Bonn Pr 9/69, p. 286.

107 Entnazifizierungsausschuss an Oberstadtdirektor am 29.10.1947, StA Bonn N 10/190.

108 UA Bonn PF 138-161.

109 UA Bonn UV 139-322.

110 Senatsprotokoll vom 26.6.1946, UA Bonn Senat 33-2.

Schon eine Woche später ergab sich jedoch die Notwendigkeit zu einer Umgestaltung der Ausschüsse, da die Militärregierung die Vorschriften über die Besetzung der Ausschüsse geändert hatte. Da der in Bonn gewählte Ausschuss deutlich mehr Mitglieder hatte als nach der neuen Vorschrift notwendig waren, verständigte man sich auch in Anbetracht der großen Zahl der zu bearbeitenden Fragebögen darauf, mehrere Ausschüsse zu bilden¹¹¹. Insgesamt wurden an der Universität Bonn drei Unterausschüsse des städtischen Entnazifizierungshauptausschusses eingerichtet: je einer für Studenten und Dozenten und einer für Beamte und Angestellte der Universität¹¹². Zum Vorsitzenden des Dozentenausschusses wurde der Astronom Friedrich Becker ernannt¹¹³.

Doch wie im Hauptausschuss verlief auch die Arbeit des universitären Ausschusses nicht ohne Komplikationen. Im November 1946 trat der stellvertretende Vorsitzende, der Dermatologe Otto Grütz, von seinem Amt zurück, da er sich der Aufgabe nicht gewachsen sah. Auslösend für diese Einsicht war die Bearbeitung des Falles des Bonner Psychiaters Kurt Pohlisch, der nach Grütz »das Gebiet der Beihilfe zu Kapitalverbrechen nahe berührt«¹¹⁴. Ebenso ergaben sich schon bald Unstimmigkeiten zwischen dem universitären und dem städtischen Entnazifizierungsausschuss. Im März 1947 waren die Meinungsverschiedenheiten so groß geworden, dass sich der universitäre Ausschuss zum Rücktritt gezwungen sah, da er für die letztendlich getroffenen Entscheidungen nicht mehr die Verantwortung übernehmen wollte¹¹⁵. In der Rücktrittsbegründung beklagte Friedrich Becker, dass der Hauptausschuss nahezu alle Nichtzulassungen abgeändert habe, so dass das Verfahren einer Amnestie gleichkäme¹¹⁶. Der städtische Ausschuss neigte offenbar zu einer großzügigeren Handhabung der Entnazifizierung als der Universitätsausschuss, der mit großer Ernsthaftigkeit vorging und strenge Maßstäbe anlegte. Eine besondere Brisanz erhielt die Nachsichtigkeit des städtischen Ausschusses dadurch, dass mit Einführung des Kategorisierungsverfahrens¹¹⁷ die in die Kategorie V Eingestuften einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung erhielten. Der Senat wies daher nachdrücklich darauf hin, dass es für die Universität von großer Be-

111 Senatsprotokoll vom 9.7.1946, UA Bonn Senat 33-2.

112 UA Bonn UV 139-307.

113 Becker wird auf der Senatssitzung vom 10.10.1946 erstmals als Vorsitzender genannt, UA Bonn Senat 33-2.

114 Grütz an Konen am 13.11.1946, UA Bonn UV 139-322, Pohlisch war als Gutachter am nationalsozialistischen Euthanasieprogramm beteiligt, vgl. dazu Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006, S. 200 ff.

115 Friedrich Becker an Konen am 29.3.1947, UA Bonn UV 139-322.

116 Rücktrittsbegründung vom 4.4.1947, UA Bonn UV 139-322.

117 Nach Erlass der Zonenpolitikanweisung Nr. 38 vom 9.9.1946 mussten alle Personen nach Vorbild der amerikanischen Zonen in die Kategorien I (schwer belastet) bis V (unbelastet) eingestuft werden, Lange, Entnazifizierung (wie Anm. 73), S. 35.

deutung sei, dass eine Kategorisierung nach V nur nach einem entsprechenden Urteil des universitären Ausschusses erfolgen könne¹¹⁸.

Der Senat sprach dem zurückgetretenen Ausschuss nachdrücklich das Vertrauen aus und bat ihn, trotz aller Widrigkeiten weiterzuarbeiten. Inzwischen hatte der Ausschuss gemeinsam mit Major Troughton eine Lösung gefunden, die eine stärkere Beteiligung der Militärregierung vorsah. Danach sollte nun auch das Votum des Unterausschusses der Militärregierung zugeleitet und diesem mehr Gewicht beigemessen werden¹¹⁹. Nach dieser Intervention der Militärregierung erklärte sich der Ausschuss bereit, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. An dem gespannten Verhältnis zwischen universitärem und städtischem Ausschuss änderte sich jedoch nur wenig, so dass sich Friedrich Becker im April 1948 gezwungen sah, endgültig sein Amt als Vorsitzender des Ausschusses niederzulegen¹²⁰. Zu diesem Zeitpunkt war die Entnazifizierung bereits in ihre dritte Phase eingetreten, die hier nicht weiter behandelt werden kann¹²¹.

Mit dem erzwungenen Rücktritt Konens einerseits und der Übergabe der Verantwortung für die Entnazifizierung an deutsche Stellen andererseits bildet der Jahreswechsel 1947/48 einen Einschnitt in der Bonner Universitätsgeschichte. Zu diesem Zeitpunkt begannen sich die Verhältnisse an der Universität allmählich wieder zu normalisieren. Die schlimmsten Kriegsschäden waren beseitigt, viele Institute hatten wieder eine zumindest provisorische Unterkunft gefunden und der Lehrkörper hatte in den meisten Fakultäten wieder den zahlenmäßigen Stand der Vorkriegszeit erreicht. Dennoch zog sich der Wiederaufbau in baulicher wie in personeller Hinsicht noch bis weit in die fünfziger Jahre hin.

Wohl kaum ein Thema ist in der Nachkriegszeit so kontrovers diskutiert worden wie die Entnazifizierung. Das Urteil war quer durch alle gesellschaftlichen und politischen Lager nahezu einhellig ablehnend. »Es gibt wohl kaum einen Deutschen, mag er politisch stehen wo er will, der nicht heilfroh ist, wenn dieses Trauerspiel [...] endlich sein Ende findet«, schrieb die Zeitschrift »Der Bund« 1949 über die Entnazifizierung¹²². In Bonn war es vor allem die durch die nur schleppende Arbeitsaufnahme des Hauptausschusses sowie durch die andauernden Querelen mit dem universitären Unterausschuss verursachte Langsamkeit des

118 Stellungnahme des Senats vom 1.10.1947, UA Bonn PF 138-161.

119 Becker an Konen am 9.6.1947, UA Bonn UV 139-322; vgl. auch Senatssitzung am 1.7.1947, Senat 33-3.

120 UA Bonn UV 139-322.

121 Mit der Verordnung Nr. 110 vom Oktober 1947 wurde das Verfahren völlig in deutsche Hände übertragen und die Landtage damit beauftragt, eigene Gesetze zur Entnazifizierung auszuarbeiten, Amtsblatt der Militärregierung NRW Nr. 20, S. 608-613

122 Der Bund 3. Jg. (1949) Nr. 12, S. 2, zitiert nach Robert Fritsch, Entnazifizierung. Der fast vergessene Versuch einer politischen Säuberung nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4/72, S. 11-30, hier S.23.

Verfahrens, die im Zentrum der Kritik sowohl von Seiten der Universität und des Stadtrates als auch von Seiten der Militärregierung stand.

Hinsichtlich der Durchführung unterscheidet sich die Beurteilung der Entnazifizierung durch die Forschung von den Urteilen der Zeitgenossen nur wenig. Das Verfahren der Entnazifizierung war zweifellos ein »so trostloses Kapitel deutscher und englischer Verwaltungsgeschichte, wie es kaum vorstellbar ist«¹²³. Dennoch fällt das Urteil über den Erfolg der Entnazifizierung trotz aller Schwächen des Verfahrens aus größerem zeitlichem Abstand betrachtet differenzierter aus. In Bonn ging der Anteil der politisch belasteten Dozenten in allen Fakultäten deutlich zurück. Fast 40% der Ordinarien verloren ihre Stellung,¹²⁴ wobei hier die Unterschiede zwischen den einzelnen Fakultäten beträchtlich waren. Von Entlassungen besonders betroffen waren die stark belastete Evangelisch-Theologische und die Medizinische Fakultät. Insgesamt betrachtet kann die Entnazifizierung an der Universität Bonn in den Jahren 1946–1947 als Erfolg gewertet werden, da der Einfluss der ehemaligen Nationalsozialisten weitgehend zurückgedrängt werden konnte und keinem der Exponenten des Nationalsozialismus die Rückkehr an die Bonner Alma mater gelang. Zu einem politischen ›Comeback‹ führender Nationalsozialisten in größerem Umfang ist es an den Universitäten nicht gekommen, eine Renazifizierung fand nicht statt, da sich die Belasteten nach 1945 als genauso anpassungsfähig erwiesen wie 1933¹²⁵.

Der wesentliche Aspekt der Entnazifizierung aus heutiger Sicht ist sicher die erzwungene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Ein schlichtes Übergehen zur Tagesordnung war nicht möglich, jeder war gezwungen, über sein Verhalten Rechenschaft abzulegen. Die Entnazifizierung hat auch an der Universität Bonn daher maßgeblich zum Gelingen des demokratischen Neubeginns beigetragen.

123 Lange, Entnazifizierung (wie Anm. 73), S. 58.

124 Defrance, Les alliées occidentaux (wie Anm. 60), S. 108.

125 Vgl. Cornelia Rauh-Kühne, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70, hier S. 69.

Gerd Kleinheyer

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät nach der Stunde Null

Der Wiederbeginn der juristischen Fakultätsarbeit nach Ende des 2. Weltkrieges sei im folgenden unter zwei Blickwinkeln betrachtet.

Zum einen sei ein – sicher unvollständiger – Blick auf die Fakultätsinterna und die Situation des Lehrkörpers geworfen. Hierfür muß ich mich auf die Quellen stützen, die sich heute in den Akten der Fakultät, insbesondere den Protokollen der Fakultätssitzungen, darüber hinaus den erstaunlich ergiebigen Vorlesungsverzeichnissen erschließen lassen. Daß dabei der rechtswissenschaftliche Zweig unserer Fakultät im Vordergrund steht, erklärt sich sozusagen aus meiner Herkunft. Ich habe nämlich im WS 1950/51 das Jurastudium in Bonn begonnen, damals nach meinem Empfinden lange nach Kriegsende, rückblickend aber noch eine so kurze Zeit nach dem Ende des Kriegsgeschehens, dass ich mir heute wie ein Zeitzeuge vorkomme – man muß ja nur lange genug leben, um unweigerlich zum Zeitzeugen zu werden. In dieser Rolle als Zeitzeuge möchte ich eine zweite Perspektive beisteuern, nämlich den Blick auf die Situation der Studierenden, in der Hoffnung, dass mich meine Erinnerung nicht im Stich lässt.

1. Die Fakultät

a) Die örtliche Unterbringung

Wie auch viele andere Bereiche der Universität war die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät durch die Zerstörung des Universitäts-Hauptgebäudes beim Luftangriff vom 18. Oktober 1944 (sinnvollerweise am Jahrestag der Gründung) schwer betroffen worden. Sie fand eine behelfsmäßige Unterkunft dann in Bad Godesberg im Otto-Kühne-Pädagogium, wo sie das 3. und 4. Stockwerk beziehen konnte – eine bis einschließlich WS 50/51 andauernde, nicht durchweg beglückende Lösung, wie ich als Studienanfänger noch ein Semester hindurch erfahren konnte. Die Bibliothek war im 4. Obergeschoß untergebracht, konnte aber wegen der Raumenge nicht als Präsenzbibliothek betrieben werden – für Juristen ein schweres Handicap. Grosse Erleichterung daher, als Karl Theodor Kipp, damals Dekan, in der Vorlesung zum Allgemeinen Teil des BGB verkündete, die Fakultät werde im kommenden SS 1951 den Hofgartenflügel des Hauptgebäudes beziehen und dort außer den Hörsälen auch eine Seminarbibliothek mit 200 (!) Arbeitsplätzen zur Verfügung haben. In Godesberg waren die Hörsäle im 3. Stock des Päd-

gogiums untergebracht. Das zwang zur Ausnutzung des knappen Raums durch vollen Vorlesungsbetrieb auch an den Nachmittagen und dem Samstagvormittag; außerdem hatte die Fakultät ein evangelisches Gemeindehaus in einer Seitenstrasse der Ueberstrasse angemietet, von uns Studenten kurz als »Halleluja-Schuppen« apostrophiert. Im Hof des Pädagogiums hatte der Repetitor Paul Schneider eine Baracke angemietet, aus der heraus er mit rauer Stimme an die andere Seite des Jurastudiums erinnerte. Eine Teilnahme am allgemeinen Universitätsleben war den Godesberger Studenten kaum möglich; auch wenn sie in Bonn wohnten, hatten sie täglich, oft sogar zweimal, die Strecke von Bonn nach Bad Godesberg mit der Straßenbahn oder – billiger – mit dem Fahrrad zurückzulegen. Die im »Mater-nus« in Bad Godesberg eingerichtete Mensa, vor den Zeiten der legendären »Ria«, wurde von den Studenten kaum wahrgenommen – also ging man in die Bonner Mensa in der Nassestrasse, wo es im Obergeschoß aus dem Blechnapf eine Suppe für -,25 DM gab, im 1. Stock vornehmer ein richtiges Essen für ca 1,- DM aufwärts.

Mit dem Umzug ins Hauptgebäude endete dieses Provisorium, das zuweilen eine Einschränkung des Vorlesungsbetriebes erzwungen hatte, wenn das Pädagogium zeitweise – wohl mangels Kohle – nicht beheizt werden konnte. Für die Studenten begann eine neue Zeit; zusammen mit den Philosophen, Historikern, Philologen und den Theologen beider Konfessionen im Hauptgebäude untergebracht, konnten sie nun unter Ausnutzung der Freistunden ein wenig »universitas litterarum« schnuppern, eine Möglichkeit, die im Zeichen der heutigen Dezentralisation leider wieder verloren gegangen ist – für die Juristen und Volkswirte mit der Auslagerung ins Juridicum 1967.

b) Der Lehrkörper

Während das Protokoll der Fakultätssitzung vom 19. Juli 1944 6 juristische Mitglieder, darunter 5 Ordinarien, als anwesend vermeldet, weiter 1 Mitglied als entschuldigt und 2 im Heeresdienst, das letzte Protokoll vom 6. Februar 1945 nur noch vier Juristen und 1 Mitglied als entschuldigt, sind zur Sitzung der Engeren Fakultät am 30. März 1946 4 Ordinarien erschienen, ein weiterer entschuldigt. Ein Protokoll vom 27. Februar 1946 ist verlorengegangen. Nicht mehr genannt werden nach dem Krieg Erich Bley und Karl August Eckhardt. Mit dem sehr kleinen Kreis von 5 Ordinarien nahm die Fakultät nach dem Kriege also ihre Lehrtätigkeit wieder auf. Schon im selben Jahr verstärkte sie sich allerdings durch zwei Habilitationen, und im SS 1948 wies das Vorlesungsverzeichnis neben 2 Emeriti 4 juristische Ordinarien, 1 Honorarprofessor, 1 apl. Professor, 5 Dozenten und Privatdozenten und 3 Lektoren auf. Damit ließ sich das Lehrprogramm dann wohl bewältigen.

Trotz weiter bestehender personeller Engpässe blieb die Fakultät sehr zurückhaltend gegenüber der Wiederverwendung von Kollegen, die durch ihr Verhalten vor Kriegsende politisch belastet erschienen. Das galt vor allem für den Prozes-

sualisten Erich Bley, der sich durch wohl sehr forsche antisemitische und nationalsozialistische Parolen in seinen Vorlesungen hervorgetan hatte. Nach glimpflichem Ausgang seines Spruchkammerverfahrens wird Bley dann zwar seit SS 52 im Vorlesungsverzeichnis wieder als Emeritus geführt, ist aber im Hörsaal nicht mehr in Erscheinung getreten. Der zweite Problemfall war Karl August Eckhardt, dessen Wiederverwendung die Fakultät am 8. November 1947 kategorisch ablehnte – aus nachvollziehbaren Gründen, war Eckhardt doch als SS-Mann für die Fakultät Mitglied der Dozentenführung gewesen und vielen durch seine hochschulpolitischen Aktivitäten in unliebsamer Erinnerung geblieben. Gegen Ende 1948 kam es zwischen Hermann Conrad, dem damaligen Inhaber des Lehrstuhls für Deutsche Rechtsgeschichte, und Karl August Eckhardt zu einer Vereinbarung über die Aufteilung der Bibliothek des ehemaligen deutschrechtlichen SS-Instituts. Eckhardt richtete nach dieser Verhandlung an Conrad die Frage: »Und was machen Sie, wenn eines Tages die SS Rechenschaft verlangt und die Bücher wieder zurückfordert?«. Dieser Vertrag findet sich übrigens heute noch im Institut für deutsche Rechtsgeschichte; zahlreiche ältere Bücher in diesem Institut tragen denn auch noch den SS-Stempel auf dem Deckblatt.

Andererseits bemühte sich die Fakultät recht systematisch, aus rassistischen oder politischen Gründen von den Nazis verfolgte Wissenschaftler für Bonn zu gewinnen; früheren Kollegen wie dem Romanisten Eberhard F. Bruck, der seit SS 1949 wieder als Emeritus geführt wurde, oder dem Kriminologen Hans von Hentig, der im WS 1951/52 wieder zum Ordinarius berufen wurde, suchte man in Anknüpfung an ihre frühere Zugehörigkeit zum Lehrkörper ihren damaligen Status wieder einzuräumen; andere bedeutende Gelehrte wie der Strafrechtler Max Grünhut (seit WS 52/53), der Nestor der Romanisten Fritz Schulz (seit WS 51/52), der Rechtsvergleicher Andreas Bertalan Schwarz (seit SS 51), der Wirtschaftrechtler Rudolf Isay (seit SS 52) und der Staatsrechtler Erich Kaufmann (seit SS 51) wurden als Honorarprofessoren gewonnen; auch die Berufung des übrigens in Bonn geborenen Kanonisten Stephan Kuttner, obwohl erst zum SS 60 erfolgt, möchte ich noch in diesem Zusammenhang erwähnen; mit ihm sollte wohl auch die für Deutschland fast verlorene Historische Kanonistik wieder angesiedelt werden. Den damaligen Studenten bot sich so die Möglichkeit, eine Reihe bedeutender Gelehrter an ihrer Universität persönlich kennenzulernen, und die Fakultät hätte den Studenten wohl nicht eindringlicher vor Augen führen können, welche immense Schäden die Nationalsozialisten der deutschen Wissenschaft zugefügt hatten.

c) Beratungsthemen

Aus den Beratungsgegenständen der Fakultät möchte ich nur einige besonders zeittypische herausgreifen:

aa) Bei der Bearbeitung der ersten Immatrikulationsanträge waren einige Zweifelsfragen aufgetreten, zu denen die Fakultät um ihren Rat gefragt wurde, darunter

- a) wie die Zugehörigkeit zur HJ und
- b) wie die Überführung aus der HJ in die Partei zu bewerten seien.

Die Fakultät nahm dazu am 30. März 1946 Stellung. Die Mitgliedschaft in der HJ wurde als für die in Betracht kommenden Altersgruppen unausweichlich angesehen, sollte also wohl als nicht – besonders – belastend gewertet werden. Bei der Überführung aus der HJ in die Partei sei der Betreffende damit allein noch nicht Parteigenosse und auch nicht im eigentlichen Sinne Parteianwärter geworden; es komme vielmehr darauf an, ob der Betreffende die ohne sein Zutun, oft sogar hinter seinem Rücken und während seiner Abwesenheit vollzogene Überweisung in seinen eigenen Willensentschluß aufgenommen und gebilligt habe. Dafür reiche es noch nicht aus, dass er eine ihm übersandte Mitgliedskarte ohne Widerspruch hingenommen habe. Er müsse vielmehr Mitgliedsbeiträge gezahlt oder insbesondere den Eid auf Hitler abgeleistet haben. Daß dies nicht der Fall gewesen sei, habe allerdings der Betreffende darzutun. M.E. ein sogar hübsches Beispiel für juristisch-differenzierendes Herangehen an ein Sachproblem!

bb) Am 11. Dez. 1947 befaßte sich die Fakultät mit dem Vorwurf des Landesverrats gegen den Staatsrechtler Richard Thoma, der von einigen SPD-Abgeordneten im NRW-Landtag in einer großen Anfrage erhoben worden war. Thoma habe zu einem vom Landtag verabschiedeten Gesetz ein Gutachten für die Militärregierung erstattet, woraufhin der Gebietsbeauftragte diesem Gesetz die Zustimmung verweigert habe. Gegen den Widerspruch einiger Mitglieder stellte die Fakultät in einer Entscheidung klar, dass das Gutachten Thoma sich nicht gegen ein beschlossenes Gesetz, sondern zur Orientierung der Abgeordneten gegen einen Fraktions-Gesetzesentwurf gerichtet habe, protestierte aber im übrigen dagegen, dass die wissenschaftliche Kritik von Gesetzen und Verordnungen unterbunden werden solle.

cc) In den Sitzungen vom 19.2. und vom 5.3.1947 hatte sich die Fakultät mit zwei Gutachtaufträgen zu befassen. Die Landesregierung wollte eine Stellungnahme zur völkerrechtlichen Lage der deutschen Kriegsgefangenen. Die Meinungen prallten aufeinander. Während die einen solche Gutachten für inopportun und es angesichts der völkerrechtswidrigen deutschen Kriegsführung für ausgeschlossen hielten, den Siegermächten Verletzungen des Völkerrechts vorzuhalten, bestanden die anderen auf der besonderen Verpflichtung der Fakultät, zu einer streng völkerrechtlichen Frage Stellung zu nehmen und den Siegermächten »ein Scheinargument aus der Hand zu schlagen«. Ähnlich verliefen die Fronten zum zweiten Gutachtauftrag, mit dem die Stadt Bonn klären lassen wollte, inwiefern die Besatzungsmächte zur Beschlagnahme von Wohnraum befugt seien.

dd) Am 20. Juli 1949 wandte sich die Fakultät gegen den Vorschlag der Göttinger Fakultät, eine gemeinsame Erklärung der westdeutschen Fakultäten zu den Nürnberger Prozessen abzugeben, und schlug stattdessen eine Fakultätsübergreifende

Fachtagung von Sachverständigen vor, deren Referate als persönliche Erklärungen deutscher Fachgelehrter publiziert werden sollten.

2. Die Studentenschaft

a) Zulassungsbeschränkungen

aa) Erst seit dem SS 1948 enthielt das Vorlesungsverzeichnis Mitteilungen für Studierende. Daraus kann man Immatrikulationsbedingungen für das SS 48 entnehmen. Neben Reifezeugnis, Lebenslauf und polizeilichem Führungszeugnis waren vorzulegen die Arbeitsbefreiungsbescheinigung und die Einsatzbereitschaftserklärung. Mit der ersteren, die beim Heimatarbeitsamt zu beantragen war, begegnen wir der Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes; die zweite Bescheinigung erinnert daran, dass von den Studierenden die tätige Mitwirkung beim Wiederaufbau der Universität erwartet wurde. Beide Bescheinigungen – und damit die entsprechenden Anforderungen – entfielen wohl zum WS 49/50. Weiterhin erforderlich war wegen der Beschränkung der Studentenzahl die förmliche Zulassung, über die der jeweilige, wohl auf Fakultätsebene angesiedelte Immatrikulationssausschuß entschied.

bb) Für das SS 49 war der numerus clausus auf eine Semesterquote von 95 Juristen und 42 Volkswirten festgesetzt – angesichts der Raumnot im Pädagogium Godesberg wohl vertretbar. Schon im März 1949 hatte allerdings die Fakultät die Heraufsetzung auf 840 Juristen (Semesterquote 140) und 360 Volkswirte (Semesterquote 60) beantragt und am 29. Juni 1949 dann die völlige Abschaffung des numerus clausus vorgeschlagen; sie hatte weiter festgestellt, die unbezahlte studentische Ersatzarbeit als Voraussetzung für die Immatrikulation solle – und könne – nicht mehr gefordert werden; ein m. E. frühzeitiger Niederschlag des Freiheitsgrundrechtes des Bonner Grundgesetzes vom 23. Mai 1949.

b) Die Zusammensetzung der Studentenschaft

aa) Das Alter der Studierenden wies kurze Zeit nach dem Kriege eine viel stärkere Spreizung auf, als wir das heute gewohnt sind. Zu den Kriegsteilnehmern, die bei Wiederbeginn des Vorlesungsbetriebes ihr Studium begannen oder fortsetzten, kamen in den nächsten Jahren die allmählich heimkehrenden Kriegsgefangenen bis hin zu den Spätheimkehrern. Naturgemäß gingen diese Studenten mit einer ernsteren Einstellung an ihr Studium heran, andererseits aber auch mit Lebensfreude und Optimismus, waren sie doch dem schrecklichen Kriegsgeschehen, das so viele Opfer gefordert hatte, glücklich entronnen. Auch jene aber, die nach dem Abitur unmittelbar mit ihrem Studium beginnen und die, noch unbehelligt von der Wehrpflicht, als sog. »Weiße Jahrgänge« dem Examen zustreben konnten, leisteten sich kaum wesentliche »Freisemester«. Dafür war die Finanzdecke, von weni-

gen Kindern wohlhabender Eltern abgesehen, zu dünn; das Stipendienwesen war bis zu den Anfängen des »Honnefer Modells« noch ganz unterentwickelt, und die Möglichkeiten, sich durch Ferien- oder Semesterarbeit zusätzliche Geldquellen zu erschließen, waren sehr begrenzt. Ich selbst war im Frühjahr 1951 heilfroh, einen Bürojob für 250,-- DM bei 48 Wochenstunden ergattert zu haben und im Herbst dieses Jahres verdiente ich als Hilfsarbeiter in einer Papierfabrik 1,14 DM pro Stunden zuzüglich eines übertariflichen Zuschlages von 0,03 DM, also 234,-- DM im Monat.

Andererseits wurden Studiengebühren erhoben:

<i>Allgemeine Studiengebühr</i>	80,00 DM
<i>Erneute Einschreibung</i>	15,00 DM
<i>Erstmalige Einschreibung</i>	30,00 DM
<i>Kolleggeld je Wochenstunde</i>	2,50 DM
<i>Sozialabgaben</i>	26,80 DM

Vor Kriegsende hatten die Sätze gelautet

<i>Allgemeine Studiengebühr</i>	80,00 RM
<i>Sozialabgaben</i>	29,80 RM

Daneben Ersatzgelder und Aufnahmegebühren

bb) Das genaue Zahlenverhältnis der Altersgruppen könnte nur durch Rückgriff auf die persönlichen Daten der einzelnen Studenten ermittelt werden, was mir nicht möglich war. Wohl aber enthalten die Vorlesungsverzeichnisse ab SS 49 Übersichten über die Zahl der Studierenden im vorangegangenen Semester und über die Zahlen der männlichen und weiblichen Studierenden. Rechtswissenschaft studierten danach im Winter 48/49 707 männliche und 36 weibliche Studenten. Dieser Frauenanteil von knapp 5 % steigerte sich dann bis SS 50 auf 77 gegenüber 831 Männern oder etwa 8,5 %. Im SS 54 studierten neben 1222 Männern 157 Frauen Rechtswissenschaft; das entsprach einem Frauenanteil von knapp 11,5 %. Zum Vergleich: am 1. Juni 2005 waren von 4039 Studenten 1896 weiblich, mithin fast 47 %. Man kann also wohl behaupten, dass in den juristischen Vorlesungen kurz nach Wiederbeginn ein vom heutigen sich sehr unterscheidendes Klima herrschte. Ich selbst kann mich aus meiner Studienzeit überhaupt nur an fünf oder sechs Kommilitoninnen erinnern, und wären nicht die Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften in den gemeinsamen Vorlesungen hinzugekommen, wäre das Bild einigermaßen trostlos gewesen.

cc) Auch in anderer Hinsicht herrschte unter den Studenten zumindest äußerlich ein anderes Klima. Man siezte sich, das Du kam allenfalls nach monatelanger Bekanntschaft sowie innerhalb von Studentenverbindungen oder sonstigen Vereinigungen in Betracht. Immerhin ließ das Distanzierungsprobleme nicht aufkommen.

c) Der Studienbetrieb in der Nachkriegszeit

Zum Inhalt der Lehrveranstaltungen möchte ich mich mit einigen kurzen Andeutungen begnügen.

aa) Die nationalsozialistische Gliederung des Vorlesungsstoffes in Geschichte, Volk, Stände und Staat, Rechtsverkehr und Rechtsschutz wurde nach Kriegsende aufgegeben und im Vorlesungsverzeichnis durch die Einteilung in Vorlesungen, Übungen und Seminare ersetzt.

bb) Die Veranstaltungen des zivilrechtlichen Bereichs wiesen eine nahezu ungebrochene Kontinuität zur Vorkriegszeit und zur Zeit vor Kriegsende auf. Nationalsozialistische Lieblingsthemen wie das Bodenrecht wurden unter diesem Titel nicht wieder aufgegriffen; allerdings mussten wir uns noch mit dem Höferecht und der Erbhofgesetzgebung beschäftigen. Die Kriegsfolgen brachten es mit sich, dass auch das Verschollenheitsrecht intensiv vorgetragen wurde, eine ehrwürdige und auch didaktisch recht ergiebige Materie, die heute in den Vorlesungen keine Rolle mehr spielt. Das Wirtschaftsrecht nahm nach dem Kriege allmählich wieder breiteren Raum ein. Im Handels- und Wertpapierrecht flossen die herkömmlichen Quellen, und auch das Gesellschaftsrecht konnte nach Reinigung von den wirtschaftlichen Instrumenten der Nazizeit auf herkömmlicher Quellenbasis betrieben werden; im Aktienrecht allerdings hat das Führerprinzip trotz Novellierungsansätzen bis heute seine Spuren hinterlassen.

cc) Im Strafrecht hat der Wiederbeginn nach 1945 wohl auch kaum Probleme bereitet. Die typisch nationalsozialistischen Entartungen bezogen sich nicht auf die klassischen Materien von Verbrechen und Strafe und hatten wohl schon im Vorlesungsbetrieb vor dem Kriegsende kaum eine Rolle gespielt. Die Rückkehr zu den rechtsstaatlichen Grundprinzipien, vor allem zum Grundsatz »nulla poena sine lege« und zum Rückwirkungsverbot, konnte sich im Lehrbetrieb reibungslos vollziehen. Rückblickend allerdings habe ich den Eindruck, dass diese Prinzipien als zu selbstverständlich dargeboten und ihre Missachtung in der Nazizeit uns zu wenig eindringlich vor Augen geführt wurde.

dd) Im öffentlichen Recht ergab sich mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes im Mai 1949 eine positive Grundlage für die Staatsrechtslehre. Bis dahin begnügte man sich im Staatsrecht eher mit Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. Noch ungünstiger war die Situation im Verwaltungsrecht. Hier fehlten bis weit in die 50er Jahre bundeseinheitliche Regelungen, so dass im Lehrbetrieb auf die dogmatisch durchdachten Polizeigesetze der Länder aus der Zeit vor 1933 zurückgegriffen wurde. Für das Verfahrensrecht, heute die wichtigste Teilmaterie aus diesem Bereich, musste auf unterschiedliche Militärregierungsverordnungen zurückge-

griffen werden, hier in Bonn auf die MRVO Nr. 165 für die britische Zone, mit deren gesetzgeberischen Unzulänglichkeiten wir uns herumzuschlagen hatten.

ee) Ganz abgesehen von diesen Schwierigkeiten und dem Mangel an brauchbarer Studienliteratur, dem erst in den 50er Jahren durch erste moderne Lehrbücher abgeholfen wurde, kämpften die Studenten damals mit einem weiteren Problem: es gab keine Studienberatung, die diesen Namen verdient gehabt hätte; man war auf den Rat älterer Kommilitonen angewiesen. Es gab keine Arbeitsgemeinschaften, wie sie heute einen wesentlichen Teil des Grundstudiums ausmachen. In den Übungen für Anfänger wurde wenig Wert darauf gelegt, methodische Anleitungen für die Anfertigung von Rechtsgutachten zu geben. In der BGB-Übung wurde, so erinnere ich mich gut, die Anfertigung von Klausuren besprochen, als sämtliche Klausuren bereits geschrieben waren – man hatte dann eben Glück gehabt oder konnte sich nun auf die Wiederholung im nächsten Semester freuen.

ff) Trotz alledem – die Mindeststudienzeit von damals sechs Semestern wurde wohl nur selten um mehr als ein Semester überzogen. Hingegen ging die Intensivierung der Anfängerschulung in den nächsten Jahren einher mit einer zeitweise exorbitanten Verlängerung der Durchschnittsstudienzeit. Man kann da, wenn man etwas skeptisch veranlagt ist, sogar einen Kausalzusammenhang vermuten.

gg) Kaum ein Handicap bereitete den Studierenden die Wohnungsfrage, und das, obwohl die Wohnbebauung in Bonn durch Bombenangriffe schwer gelitten hatte und es selbstverständlich noch lange keine Wohnheime gab. Es muß also die Bonner Bevölkerung gewesen sein, die Studentenbuden in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellte. Das waren zwar teilweise bescheidene Mansardenquartiere, die dann aber auch erschwinglich waren. Diese Aufnahme der Studierenden in Privatquartieren zählt für mich zu den erstaunlichsten Belegen für die Verbundenheit der Bonner mit ihren Studenten und für das Fort- und Wiederaufleben einer jahrzehntelangen Tradition, mit der man in Bonn, aber auch in den anderen alten Universitätsstädten rechnen konnte.

Ralf Forsbach

Der Kampf um Gerechtigkeit

Zur Erneuerung der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn nach dem Ende der NS-Herrschaft

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Bonn am 9. März 1945 und der Übernahme der Militärregierung durch die Briten am 28. Mai 1945 konnte man kaum von einem Interregnum an der Universität sprechen¹. Rasch etablierte sich ein Kreis von Professoren aus allen Fakultäten, die sich um die Reorganisation der Universität mühten. Für die Medizinische Fakultät gehörten der Chirurg Erich von Redwitz und der Pathologe Wilhelm Ceelen der Gruppe an². Ceelen wurde auch zum kommissarischen Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Bonn ernannt, schied aber nach den ersten Weichenstellungen im August 1945 bereits aus dieser Stellung aus, »um den Wiederaufbau des Pathologischen Institutes zu übernehmen«³. Eine wichtige Rolle spielte in jener unmittelbaren Nachkriegszeit zudem der Physiologe Ulrich Ebbecke, der sich um eine zügige Wiederaufnahme der Lehre und eine Normalisierung der wissenschaftlichen Kommunikation bemühte⁴. Schon 1947 organisierte Ebbecke den ersten Nachkriegskongress der Deutschen Physiologi-

1 Vgl. Helmut Vogt, Neue Quellen zur britischen Besetzung des Raumes Bonn 1945–1949, in: Bonner Geschichtsblätter, 39 (1989/1992), S. 429–449, S. 433 ff.; Hanns Jürgen Küsters/Hans Peter Mensing (Hg.), Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945, München 1986 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, 4), S. 64 ff.; Frank-Lothar Kroll, Kriegsende und Neubeginn am Rhein. Zur Entwicklung des Bonner Kulturlebens in der Besatzungszeit 1945–1948, in: Reiner Pommerin (Bearb. u. Hg.)/Frank-Lothar Kroll (Mitarb.), Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen gesammelt von Anneliese Barbara Baum, Bonn 1991 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, 50), S. 35–69, S. 38 ff.; Stadtverwaltung Bonn (Hg.), Bonn 1945–1950. Fünf Jahre Stadtverwaltung, Bonn 1951, S. 27 ff.

2 Vgl. Corine Defrance, Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000, S. 85.

3 Universitätsarchiv [UA] Bonn, PA Ceelen, Lebenslauf Ceelen, 27.5.1946.

4 Dass auch Ebbecke um seinen Ruf kämpfen musste, zeigen einige Dokumente in UA Bonn, PA 1623 Ebbecke, unter anderem ebd., Ebbecke an Rektor, 2.7.1949.

schen Gesellschaft in Bonn und knüpfte die internationalen Beziehungen neu⁵. Das wohl einflußreichste Fakultätsmitglied war aber Paul Martini, der langjährige Direktor der Medizinischen Klinik. Er nahm maßgeblich Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Fakultät nach dem Ende des NS-Regimes.

Denn neben der allgemeinen Reorganisation stand die Frage nach dem Umgang mit den nationalsozialistischen Dozenten im Vordergrund. Unter dem Vorsitz des Universitätsrichters Hellmuth von Weber wurde zunächst ein interner Entnazifizierungsausschuss gebildet, dessen Arbeit bis Anfang 1947 zur Entlassung von 23 Hochschullehrern führte⁶. Die »Entnazifizierung«, auch »Entnazisierung« genannt, ist von Anfang an mit großer Skepsis betrachtet worden, obwohl selten die Frage nach einer Alternative befriedigend beantwortet wurde⁷. Paul Martini, selbst Gutachter im entsprechenden Universitätsausschuss, resümierte denn auch 1948, es seien »von beiden Seiten aus unzählige Fehler gemacht worden [...], was bei einem solch grossen Verfahren [...] gar nicht anders zu erwarten« gewesen sei. »Die einen« seien »unverdient unter die Räder gekommen«, »die anderen« hätten »eine noch unverdientere Wiederauferstehung erfahren«⁸. Erich von Redwitz stöhnte:

5 UA Bonn, PA 1623 Ebbecke, Dekan Hamperl an Kultusminister NRW durch Rektor, 18.7.1958, Durchschrift (Original in HStA Düsseldorf, NW 15/245). Vgl. ebd., NW 15/245, Redemanuskript des Kultusministers, o.D. [1958].

6 Vgl. Manfred van Rey, Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: Bonner Universitätsblätter 1995, S. 29–45, S. 40.

7 Mit John Gimbel bereits in den 1960er und Lutz Niethammer in den 1980er Jahren fand die pauschale negative Beurteilung der »Entnazifizierung« ihr Ende. Vgl. Forschungsberichte und Einschätzungen in: Timothy R. Vogt, *Denazification in Soviet-Occupied Germany*. Brandenburg, 1945–1948, Cambridge, MA/London 2000, S. 12 ff. sowie Angela Borgstedt, *Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Politische Säuberung im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang*, Konstanz 2001 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 5), S. 11 ff. und S. 261 ff. – Zu der »recht zurückhaltend durchgeführten Entnazifizierung der Ärzteschaft« vgl. Thomas Gerst, *Neuaufbau und Konsolidierung: Ärztliche Selbstverwaltung und Interessenvertretung in den drei Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1995*, in: Robert Jütte (Hg.), *Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 195–242, S. 198 ff., Zitat S. 199. Zum Forschungsstand vgl. auch den meinungsfreudigen Beitrag von Peter Chroust, *Demokratie auf Befehl? Grundzüge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen*, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.), *Berater der braunen Macht, Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt am Main 1999, S. 133–149, hier S. 133 f. Vgl. zudem Helmut Böger/Gerhard Krüger, *Berühmte und berichtigte Bonner. 40 Porträts*, Wuppertal 1991, S. 139 ff. Noch sehr verfahrenskritisch argumentiert Otto Bachof, *Die »Entnazifizierung«*, in: Andreas Flitner (Hg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen*, Tübingen 1965, S. 195–216, passim.

8 UA Bonn, MF-PA 150 Kantorowicz, Martini an Quincke, 6.6.1948.

»Die wildesten Nazis werden zu Mitläufern erklärt, und Leute, [...], die doch wirklich Widerstand geleistet haben, werden verfeimt.«⁹

1945 hatte die Bonner Medizinische Fakultät »das Glück, sechs von den Entnazifizierungsbestimmungen nicht betroffene Ordinarien zu besitzen«, was die Wiederaufnahme der Vorlesungen erleichterte¹⁰. Im Sommersemester 1946 waren noch neun von den 17 ordentlichen Professoren im Amt, die im letzten Kriegessemester an der Medizinischen Fakultät gelehrt hatten. Dies entspricht 53 Prozent, der zweitniedrigsten Rate nach der Evangelisch-Theologischen Fakultät (37 %) – vor Katholisch-Theologischer (90 %), Philosophischer (57 %), Rechts- und staatswissenschaftlicher (64 %), Mathematisch-naturwissenschaftlicher (69 %) und Landwirtschaftlicher Fakultät (65 %)¹¹.

Vor allem Paul Martini, Erich Freiherr von Redwitz und Wilhelm Ceelen gehörten denn auch zu denjenigen, deren Gutachten zum Verhalten einstiger NS-Parteigenossen besonders beliebt waren. Zumindest für den Historiker sind sie in ihren Nuancen wertvoll. Diese drei Professoren verzichteten auf allzu exkulpationsbereite, mit Bitternis über die Gegenwart und auch Selbstmitleid gepaarte Papiere, wie sie etwa ihr zwar parteiloser, aber doch sehr häufig im Sinne der NSDAP handelnder Kollege, der ehemalige Dekan Philipp Stöhr ausstellte. Der Anatom Stöhr schrieb beispielsweise in einem Gutachten über den einstigen Direktor der Medizinischen Poliklinik, Friedrich Tiemann, wer »von Hitler bei Beginn seiner Führerzeit einen grossen Erfolg für Deutschlands Zukunft erhofft« habe, sei der gleiche Fehler wie den Anhängern Hindenburgs, Papens oder Schleichers unterlaufen: »Denn schliesslich zeigte sich in Deutschland um das Jahr 1933 und danach [sic] keiner der führenden Männer imstande, Deutschlands Geschichte zum Besseren zu wenden.«¹² Deshalb schien Stöhr die Mitgliedschaft in der NSDAP eine lässliche Sünde. Stöhr ging soweit, das Gutachten für den SS-Sanitätsobsturmführer Friedrich Tiemann mit den folgenden Sätzen zu schließen: »Im Hinblick auf die lange Gefangenschaft, die Professor Tiemann durchgemacht hat, scheint es mir nunmehr angebracht, unter seine politische Vergangenheit einen trennenden Strich des Vergessens zu ziehen und ihn da frei wirken zu lassen, wo er seine Fähigkeiten zum Nutzen der Allgemeinheit am besten entfalten kann. Dass Deutschland zu seiner Gesundung fähige Köpfe jeder politischen Partei und nicht

9 UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Redwitz an Rektor Konen, 5.7.1947.

10 Johannes Steudel, Erich Freiherr von Redwitz als Dekan der Medizinischen Fakultät, in: Alfred Gütgemann/Werner Wachsmuth/Johannes Steudel, In Memoriam Erich Freiherr von Redwitz. Reden gehalten am 13. Februar 1965 bei der Gedenkfeier der Medizinischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1966 (Alma mater 21), S. 28–40, S. 35.

11 Vgl. Defrance, Alliés (wie Anm. 2), S. 108.

12 HStA Düsseldorf, NW 1053-112, Gutachten Stöhr, 21.2.1947, Abschrift.

nur blossen Nichtparteigenossen heute mehr als je benötigt, brauche ich in diesem Zusammenhang wohl nicht weiter auseinanderzusetzen.«¹³

Gerade wegen dieser zweifellos vorherrschenden Neigung zu Vergessen und Exkulpation mussten sich die während des »Dritten Reichs« tätigen Universitätsprofessoren beinahe alle einem peniblen Prüfungsprozess unterziehen und oft mehrere Jahre auf einen endgültigen Entscheid warten. Noch vor der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 überprüfte die britische Besatzungsmacht mit Hilfe von Fragebögen die Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die vor 1938 eine höhere Position als die eines Büroangestellten eingenommen hatten¹⁴. Nach der Einigung auf ein einheitliches Verfahren der Siegermächte in Potsdam und dem Erlass der Kontrollratsverordnung Nr. 24 vom 12. Januar 1946 waren erneut Fragebögen auszufüllen, die von den Besatzungsbehörden überprüft wurden. Dabei erhielten sie von deutschen Entnazifizierungsausschüssen Unterstützung. Am 1. Oktober 1947 wurden die Entnazifizierungsausschüsse weitgehend eigenständig und fungierten nunmehr im Auftrag der Länder. Die Überprüften wurden einer von fünf Kategorien zugeordnet: I – Hauptschuldiger, II – Belasteter, III – Minderbelasteter, IV – Mitläufer, V – Entlasteter. Erst 1951 ermöglichte Artikel 131 des Grundgesetzes, der die Rechtsverhältnisse der am 8. Mai 1945 ausgeschiedenen

13 HStA Düsseldorf, NW 1053-112, Gutachten Stöhr, 21.2.1947, Abschrift.

14 Vgl. zum Verfahren in der britischen Zone bzw. Nordrhein-Westfalen Volker Zimmermann, NS-Täter vor Gericht. Düsseldorf und die Strafprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, Düsseldorf 2001 (Juristische Zeitgeschichte NRW, 10), S. 27 ff. sowie Irmgard Lange, Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, 2), passim; Peter Klefisch (Bearb.), Die Kreisleiter der NSDAP in den Gaue Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, Düsseldorf 2000 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Quellen und Forschungen 45), S. 25 ff.; Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 30); Clemens Vollnhans (Hg.)/Thomas Schlemmer (Zusammenarb.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, passim; Wolfgang Krüger, Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, zugl. Univ. Düsseldorf Diss. phil. 1981; Ian Turner, Denazification in the British Zone, in: ders. (Hg.), Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones, 1945–55, Oxford u.a. 1989, S. 239–267; vgl. zudem Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. bearb. u. erw. Aufl. Bonn 1991, S. 78 ff. und Friederike Reutter, Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit, Heidelberg 1994 (Buchreihe der Stadt Heidelberg 5), S. 77 ff.

und nicht wieder in einer ihrer früheren Stellung entsprechenden Position tätigen Beamten ordnete, klare gesetzliche Regelungen¹⁵.

Tabelle: 1945/46 entlassene oder suspendierte Professoren der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn (Quelle: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf)¹⁶

Name	Fach
Balters, Wilhelm	Zahnheilkunde
Büttner, Wilhelm	Gynäkologie
Klövekorn, Heinrich	Dermatologie
Meyer, Eckart	Pathologie
Panse, Friedrich	Psychiatrie
Pohlisch, Kurt	Psychiatrie
Proell, Friedrich	Kieferchirurgie
Riehm, Wolfgang	Augenheilkunde
Siebke, Harald	Gynäkologie
Tiemann, Friedrich	Innere Medizin
Weiland, Paul	Hygiene
Wiebe, W.	Röntgenforschung

Auch der Medizin war »Persilscheinkultur« zur Entlastung von NS-Tätern nicht fremd¹⁷. In Bonn scheint sich diese aber nur in Einzelfällen zu einem Problem entwickelt zu haben. Und wie immer man den durch das Jahr 1945 bezeichneten Bruch nennen mag: In der Bonner Medizinischen Fakultät gab es trotz der nicht zu unterbrechenden Patientenversorgung eine Art »Neuanfang«¹⁸. Jedenfalls hat man sich mit der Belastung der Kollegen durch ihr Verhalten in der NS-Zeit befasst, wenn auch manches abschließende Urteil sehr nachsichtig erscheint. Einen beson-

15 Vgl. Frank-Rutger Hausmann: Einführung, in: Frank-Rutger Hausmann (Hg./)Elisabeth Müller-Luckner (Mitarb.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 53), S. VII–XXXV, S. VII. Das Grundgesetz kennt freilich keine Paragraphen.

16 HStA Düsseldorf, NW 25-220, Liste, o.D.

17 Vgl. vorrangig zu Otmar von Verschuer Carola Sachse, »Persilscheinkultur«. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, 20), S. 217–246, passim.

18 Zu einem gegenteiligen Ergebnis für das Fach Physik an der Göttinger Universität kommt beispielsweise Klaus Hentschel/Gerhard Rammer, Kein Neuanfang: Physiker an der Universität Göttingen 1945–1955, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48 (2000), S. 718–741, passim.

deren hier nicht näher betrachteten Sündenfall stellt die 1952 erfolgte Umhabilitierung des 1954 zum außerordentlichen Professor ernannten Physiologen Siegfried Ruff nach Bonn dar. Ruff, der im »Dritten Reich« nicht mit der Universität Bonn verbunden war, ist an den im Rahmen der Luftfahrtforschung durchgeführten Medizinexperimenten im Konzentrationslager Dachau beteiligt gewesen¹⁹.

Blickt man in die unmittelbare Nachkriegszeit, also in die ersten Wochen und Monate nach dem Ende der NS-Herrschaft in Bonn, findet man bereits alle wesentlichen Elemente, die die Diskussion über Schuld, Verstrickung und Widerstand in den Jahren, ja Jahrzehnten bestimmen sollte. Dabei ging der Wunsch nach rückhaltloser Aufklärung oft mit der Bereitschaft einher, im Wissen um menschliches Versagen Nachsicht zu üben. Bereits am 19. April 1945 schilderte Paul Martini der Militärregierung die Situation an seiner Klinik und die Dilemmata, vor denen die jungen Wissenschaftler in der NS-Zeit gestanden hatten²⁰. Recht unverblümt sprach er damals den Alliierten die Berechtigung ab, über »jede Konzession im moralischen Gebiet« zu urteilen: »Von denen [...], die noch nicht die Feuerprobe auf ihre eigene Immunität gegenüber den Druck- und Erpressungsmitteln einer Tyrannis abgelegt haben, haben nur wenige das Recht, von sich zu behaupten, dass sie diese Probe mit Sicherheit besser bestanden hätten. Homo sum, nil humani a me alienum puto«²¹.

Martinis Argumentation erinnert damit zwar schon sehr an viele NS-Täter, die nachgeborenen Historikern das Recht zur Aufdeckung von NS-Unrecht absprachen, doch ging es Martini in erster Linie darum, Universität und Fakultät eine möglichst weitgehende Autonomie zu erhalten. Mit dieser Absicht legte er im Juli 1945 eine neunseitige Denkschrift vor, in der er zwar auch an Opfer erinnerte, sich aber zugleich eindrucksvoll gegen die These einer Kollektivschuld wandte²². Martini glaubte an die Selbstheilungskräfte, auch an der Universität: »Diejenigen, die sich der Weltanschauung und Haltung der N.S. Partei rückhaltlos ergeben hatten, werden in keinem Falle tragbar sein, für die Militärregierung nicht, für uns aber erst recht nicht. Eine weitere Gruppe, bei der erheblichen Zweifel obwalten, wird sich damit abfinden müssen, vorerst über die Geschicke der Universität nicht mitsprechen zu dürfen. Die Mitglieder einer letzten Gruppe werden so wenig

19 Vgl. Rolf Seeliger (Zusammensteller), Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, H. 1, München 1964, S. 59 f.; Ernst Klee, Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, 4. Aufl. Frankfurt am Main 1997, S. 217 ff.

20 MHI Bonn, NL Martini, Ernährungsgutachten, Martini an Captain Luebbers/Militärregierung, 19.4.1945, Abschrift.

21 MHI Bonn, NL Martini, Ernährungsgutachten, Martini an Captain Luebbers/Militärregierung, 19.4.1945, Abschrift.

22 MHI Bonn, NL Martini, Ernährungsgutachten, Martini an Militärregierung, 24.10. [hdschr. Korrektur: »Juli«] 1945, Abschrift; ebd., Oberpräsident Fuchs/Düsseldorf an Martini, 8.9.1945, Abschrift.

belastet sein, dass ihre Rehabilitierung voraussichtlich auch von der Militärregierung rasch zu erreichen wäre.«²³

Martinis klare Positionsbestimmung, sein Differenzierungsvermögen und sein Einsatz in enger Kooperation mit dem Rektor und zeitweiligen Kultusminister Heinrich Konen trug maßgeblich dazu bei, dass die Medizinische Fakultät bereits im Oktober 1945 und bald darauf die gesamte Universität offiziell wieder ihre Arbeit aufnehmen konnten und sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen trotz mancher Rückschläge allmählich verbesserten²⁴.

Seine grundsätzliche Haltung und seine Position erlaubten es Martini, mehr oder minder erfolgreich für ehemalige Parteimitglieder einzutreten, die er als minderbelastet ansah. Insbesondere im Fall des letzten Kriegsdekans Werner Schulemann wies er auf die nur NSDAP-Mitgliedern zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hin, gegen den Nationalsozialismus vorzugehen. Im Januar 1946 riet er Colonel Donnelly von der Abteilung Public Health der Düsseldorfer Militärregierung zur Milde: »Wenn man die akademischen Lehrer aller Länder und Zeiten auf die Schwächen ihres Charakters und auf die Gefahren ihrer Lehrmeinungen hin prüfen würde und alle diejenigen, die zu grösseren Bedenken Anlass geben, jetzt noch nachträglich ausschalten könnte, so wäre das Gesicht der Erde verändert und die Folgen unabsehbar. Die Geschichte lässt z.B. kaum einen Zweifel, dass Francis Bacon in den letzten 12 Jahren, sofern er in Deutschland gelebt hätte, aus Opportunitätsgründen den Weg in die Partei gefunden hätte und jetzt entlassen worden wäre. Erst recht hätte jetzt Thomas Hobbes automatisch verhaftet werden müssen, allein schon wegen seiner Schrift *De Cive* und wegen des *Leviathan*. Immerhin ist eine totale Ausschaltung bei den Inhabern von Lehrstühlen, die philosophischer, historischer und ähnlicher Natur sind, z.Zt. grossenteils unvermeidbar. Unvergleichlich weniger dringlich ist dagegen die Ausschaltung in einem Fach, das rein auf die Suche nach neuen Heilmitteln ausgerichtet ist, zumal wenn nach dem Verbot der Lehrtätigkeit erst recht keine Gefährdung der Erziehung mehr übrig bleibt.«²⁵

Ob Martinis Bewertungen von Personen, die in enge Verbindung mit nationalsozialistischen Gewaltakten gekommen waren, immer so ausfielen, dass sie strengen moralischen Massstäben genügen, wird auch künftig zu diskutieren sein. So setzte er sich nach Kriegsende für die Berufung des Hygienikers und späteren

23 MHI Bonn, NL Martini, Ernährungsgutachten, Martini an stellvertretenden Rektor Brinkmann, 20.6.1945, Abschrift.

24 Ausdrücklich wird Martini freilich im Dankschreiben des Oberpräsidenten an die Militärregierung nicht erwähnt (MHI Bonn, NL Martini, Correspondenz A-D, Oberpräsident an Donnelly/Militärregierung, 5.10.1945). Zahlreiche Dokumente zum Wirken Martinis in der Nachkriegszeit finden sich in: MHI Bonn, NL Martini, Klinik, Universität 1945–47.

25 HStA Düsseldorf, NW 355-193, Martini an Donnelly/Miltär-Regierung, Abt. Public Health, 27.1.1946.

Dekans Hermann Eyer nach Bonn ein, der an der Ostfront mit Fleckfieberforschungen befasst war und dem die Zerstörung polnischen Kulturguts vorgeworfen wurde²⁶.

Doch die Ursprünge der bereits erwähnten Fälle Eyer und Ruff lagen außerhalb von Bonn. Problematischer war das Versagen der Verantwortlichen im Fall des Psychiaters Kurt Pohlisch. Als förderndes SS-Mitglied und T 4-Gutachter, der per Federstrich geistig Behinderte oder psychische Kranke in den Tod geschickt hatte, war er einer der am stärksten belasteten Professoren der Universität.

Pohlischs Verteidigungsstrategie war klar²⁷. Er gestand eine scheinbar geringe Zahl von Toten in seinem Verantwortungsbereich zu, um sein Wirken, das angeblich Schlimmeres verhüten sollte, als milde erscheinen zu lassen. Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn mußte nach dem Ende des NS-Regimes nicht entscheiden, in welchem Maße Pohlisch zu büßen hatte. Sie mußte allein darüber befinden, ob er weiter sein Fach an der Fakultät vertreten sollte. Es zeigte sich, dass die Universitätsangehörigen Verständnis für Pohlisch aufbrachten.

In einer ersten Bewertung übernahm der Vorsitzende des universitätsinternen Prüfungsausschusses Hellmuth von Weber Pohlischs Argumentationsmuster: »Er hat bei der Wahl, durch Begutachtung bei der Tötung einer kleinen Zahl Geisteskranker mitzuwirken, oder durch Untätigbleiben den Tod einer grossen Zahl nicht zu verhindern, sich für das kleinere Übel entschieden. Diese Gewissensentscheidung kann ich ihm nicht vorwerfen.«²⁸ Große Hoffnungen konnte der mittlerweile zum ersten Nachkriegsdekan ernannte Erich von Redwitz Pohlisch jedoch nicht machen. »Die Siebung« werde nach »sehr strengen Gesichtspunkten vorgenommen«; gerade Psychiater würden »aufs genaueste geprüft«²⁹.

Trotz der immer wieder erkennbaren Bereitschaft zur Milde und Nachsicht wollte auch Dekan Erich von Redwitz Kurt Pohlisch auf keinen Fall mehr an der Universität sehen. Dies war um so mehr angezeigt, als es eine geradezu idealtypische Gegenfigur zu Pohlisch gab. Diese hatte sich den Nationalsozialisten verweigert, humane Wege in der Psychiatrie gesucht und war ein *homme des lettres*: Der hochgebildete Hans Gruhle korrespondierte unter anderem mit Max Weber, Riccardo Huch und Karl Jaspers³⁰. Gruhle hatte nach dem Tod von Arthur Hübner im

26 Vgl. Klee, *Auschwitz* (wie Anm. 19), S. 343 ff. Zur Personalie Eyer und Eyers Berufung siehe MHI Bonn, NL Martini, Akte Eyer sowie ebd., Anklage, Verteidigung und Gutachten nach dem Krieg.

27 Siehe als frühes Beispiel UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Pohlisch an Laubenthal, 6.8.1945, Abschrift sowie für die Zeit nach 1945 ebd., »Äusserungen über meine Tätigkeit als Psychiater und Neurologe«, 25.3.1946.

28 UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Weber/Prüfungsausschuss an Dekan MF, 20.1.1946.

29 UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Redwitz an Pohlisch, 7.2.1946, Durchschlag.

30 Hans Walter Gruhle wurde am 7. November 1880 in Lübben/Lausitz geboren. Er besuchte von 1890 bis 1899 die Gymnasien Oels und Dresden. Das Studium in Leipzig, Würzburg und München schloss er 1904 mit dem Staatsexamen in München ab. Von

Sommersemester 1934 den neurologisch-psychiatrischen Lehrstuhl vertreten und war damals der Favorit der Fakultät für die Nachfolge Hübners gewesen. Doch die NSDAP hatte von seiner politischen Haltung gewußt, die Bonner Berufungsliste verworfen und Kurt Pohlisch durchgesetzt. Formal war Gruhle nie berufen und somit auch nicht seines Amtes enthoben worden. Im kollektiven Gedächtnis aber blieb Gruhle als Gegenpol zu Pohlisch so sehr in Erinnerung, dass ihn die Medizinische Fakultät nach einem einstimmigen Beschluß im Herbst 1945 per Boten zur Rückkehr nach Bonn bat – als Ordinarius und Klinikdirektor³¹. Gruhle entsprach dem Ansinnen, lehrte bereits im Sommersemester 1946 in Bonn und glaubte sich im Sommersemester 1947 auch formal berufen, als ihn der zum Kultusminister aufgestiegene Rektor Konen wiederholt, in Düsseldorf und in Bonn, empfing³². Einen Ruf nach Berlin lehnte er unterdessen ab³³. Doch schriftlich wurde Gruhle die Bonner Berufung nie bestätigt³⁴. Dies hatte Folgen, als 1952 das Land Nord-

1931 an war Gruhle Oberarzt an der Universitätsnervenlinik Heidelberg. Von dort wurde er 1934 zum kommissarischen Direktor der Bonner Nervenlinik berufen. Nach dem dortigen Ausscheiden noch im selben Jahr und Zwischenstationen unter anderem in Stuttgart war Gruhle von 1936 bis 1939 Direktor der Heilanstalt Zwiefalten und von 1940 bis 1945 Direktor der Heilanstalt Weissenau bei Ravensburg. Bis 1952 stand er dann der Psychiatrischen und Nervenlinik Bonn vor, eine Stellung, die er für Kurt Pohlisch räumen musste. Nach Pohlischs Tod füllte er sie 1955/56 nochmals vertretungsweise aus. – Gruhle war mit seiner Frau Ada verheiratet und hatte zwei Kinder. – Gruhle trat nie in die NSDAP ein. Er war jeweils etwa ab 1938 Mitglied des Reichsbundes der deutschen Beamten, von NSV, NS-Reichskriegerbund, Deutschem Roten Kreuz und Reichsluftschutzbund. Er gab an, sich an seine Wahlentscheidung im November 1932 nicht mehr erinnern zu können und im März 1933 nicht gewählt zu haben. Er wurde im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V eingestuft. – Gruhle starb am 3. Oktober 1958. – Quellen: HStA Düsseldorf, NW 1049-54235; ebd., NW 15-258; BA Berlin, BDC-Dossier Gruhle; UA Bonn, MF-PA 91 Gruhle. – Literatur: Max Müller, Erinnerungen. Erlebte Psychiatriegeschichte 1920–1960, Berlin u.a. 1982, S. 211 ff.; Kurt Kollé, Hans W. Gruhle 1880–1958, in: [Johannes] Steudel/[Nikolaus] Mani (Hg.), Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Medizin, Bonn 1992 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, o.Bd.), S. 323–329.

- 31 HStA Düsseldorf, NW 15-258, Gruhle an Dekan MF Bonn, 23.5.1950, Abschrift (Original in: UA Bonn, MF-PA 91 <1> Gruhle).
- 32 HStA Düsseldorf, NW 15-258, Gruhle an Dekan MF Bonn, 23.5.1950, Abschrift (Original in: UA Bonn, MF-PA 91 <1> Gruhle).
- 33 HStA Düsseldorf, NW 15-258, Gruhle an Dekan MF Bonn, 23.5.1950, Abschrift (Original in: UA Bonn, MF-PA 91 <1> Gruhle). – Siehe auch: UA Bonn, MF-PA 91 (1) Gruhle, Martini an Redwitz, 3.4.1947.
- 34 Zu den jahrelangen Bemühungen, »eine beide Teile ehrende Lösung« zu finden, so Dekan Hermann Eyer in einem Schreiben an das Kultusministerium am 28. Februar 1951, vgl. zahlreiche Dokumente in: HStA Düsseldorf, NW 15-258 und auch in den Personalakten Gruhle im UA Bonn.

rhein-Westfalen gegen seinen Willen per Gerichtsbeschluss verpflichtet wurde, Kurt Pohlisch auf seinen Lehrstuhl zurückkehren zu lassen. In zwei Prozessen 1948 und 1950 war Pohlisch frei gesprochen worden, weil man seine Deutung übernahm, er habe Schlimmeres verhindert. Fürsprecher Pohlischs waren der erste Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Heinrich Held, sowie Ernst Lemmer, der Zweite Vorsitzende der CDU. Präses Held prangerte im Oktober 1950 das »Pohlisch zugefügte Unrecht und die durch die Anklage erlittene Einbuße seines Rufes« an, forderte wörtlich »Wiedergutmachung« und verlangte Pohlischs Einsetzung »in seine Professur«³⁵. Die Bonner Medizinische Fakultät änderte nunmehr ihre Meinung, hob am 20. Februar 1951 ihren Unvereinbarkeitsbeschluss von früherer SS-Mitgliedschaft und Lehre auf und forderte zugleich per Fakultätsbeschluss die Wiedereinsetzung Pohlischs³⁶. Dagegen versuchte die Landesregierung weiterhin, die Studierenden vor einem Professor zu bewahren, der aus welchen Motiven auch immer Psychatriepatienten in den Tod geschickt hatte. Sie tat dies unter anderem unter Berufung auf ein Schreiben Otto Löwensteins, des 1933 von der Universität Bonn und der Provinzialanstalt vertriebenen jüdischen Psychiaters, der nun in den USA zu Ruhm gelangt war. Löwenstein warnte ausdrücklich vor den negativen Folgen einer erneuten Anstellung Pohlischs für »die Wiedereingliederung der deutschen Psychiatrie in das internationale Wissenschaftsgefüge«³⁷.

Doch musste das Land Nordrhein-Westfalen Pohlisch rückwirkend zum 1. April 1949 sein altes Ordinariat überlassen³⁸. Am 26. September 1952 teilte der Rektor dem Kultusministerium mit, die Zahlungen an Pohlischs vermeintlichen Nachfolger Gruhle seien »mit Ende September 1952 einzustellen«³⁹. Aufmerksame Beobachter waren entsetzt. Gruhles Schüler Karl Jaspers, für den sich der Fall als Machtkampf zwischen Ministerien und Ämtern darstellte, hatte bereits im Sommer 1948 nicht ohne Pathos dem Dekan mitgeteilt: »Solche Männer wie Gruhle sind doch einfach unersetzliche Kostbarkeiten. Nur die noch vorhandenen For-

35 HStA Düsseldorf, NW 15-258, Präses Held an Kultusministerium/Düsseldorf, 27.10.1950. Held erhielt keine Antwort und erinnerte über ein Jahr später an seine Intervention (ebd., Held an Teusch, 11.2.1952).

36 UA Bonn, MF-PA Pohlisch, Dekan Dirscherl an Kultusminister NRW, 21.1.1952, Durchschrift.

37 ALVR Brauweiler, MF 14, Nr. 16969, Löwenstein an Sozialminister NRW, 5.8.1951.

38 UA Bonn, PA 7058 Pohlisch, Öffentliche Sitzung der 2. Kammer des Landesverwaltungsgerichts Düsseldorf, 19.6.1952 (auch in: HStA Düsseldorf, NW 15-258). Als Zeuge vor Gericht trat Wilhelm Dirscherl auf. – Siehe die zahlreichen Dokumente in: HStA Düsseldorf, NW 15-258; ALVR Brauweiler, MF 14, Nr. 16969.

39 HStA Düsseldorf, NW 15-258, Rektor/Bonn an Kultusminister/Düsseldorf, 26.9.1952. Siehe auch: UA Bonn, MF-PA 91 (2), Finanzminister Weitz/Düsseldorf an Dekan Eyer, 20.12.1950; ebd., Dekan MF an Finanzminister Weitz/Düsseldorf, 19.1.1951, Durchschlag.

scher können vielleicht über das grosse Erziehungsvakuum hinweg unsere Überlieferung wahren. Solche Männer sind nicht ohne weiteres da.«⁴⁰

Es zeugt von Gruhles menschlicher Größe, dass er – obwohl er zweimal demselben nationalsozialistischen Psychiater hatte weichen müssen – nach Kurt Pohlischs Tod 1955/56 erneut bereitwillig eine Vertretung in Bonn übernahm. Gruhle, dem längst der Beiname »Gewissen der Psychiatrie« zuerkannt worden war, starb im Oktober 1958⁴¹. Im offiziellen Nachruf der Universität – unter dem Medizinhistoriker und polyglott gebildeten Rektor Johannes Steudel – fand die Konkurrenzsituation zu Pohlisch erstaunlicherweise Erwähnung. Auch hieß es dort, Gruhle habe seine Wissenschaft in einer Weise verfolgt, die sich für seinen »akademischen Entwicklungsgang beschämenderweise hinderlich« ausgewirkt hätte⁴².

Wenn man, wie es hier geschieht, einzelne Biographien in den Vordergrund rückt, stellt sich selbstverständlich die Frage der Repräsentanz. Leicht ist man geneigt, dieser Frage auszuweichen, weil die einzelnen Schicksale so unterschiedlich geartet sind und der im Titel erwähnte »Kampf um Gerechtigkeit« auf ganz unterschiedliche Art und Weise geführt worden ist. Deshalb sei ein kurzer abschließender Streifzug durch die Fakultät der vierziger und fünfziger Jahre angefügt.

Kurt Pohlischs engster Bonner Mitarbeiter war Friedrich Panse, ebenfalls Nationalsozialist, »Euthanasie«-Gutachter, Förderer einer Elektroschockbehandlung bei renitent erscheinenden Patienten und psychisch angeschlagenen Frontsoldaten sowie engagiert lehrender Rassenhygieniker. Er gelangte in der Bundesrepublik an die Medizinische Akademie Düsseldorf. Auch in diesem Fall tat die Düsseldorfer Landesregierung alles, um eine Anstellung zu verhindern – ebenso vergeblich. Als das Land 1953 zu Panses Anstellung gerichtlich verpflichtet worden war, zeigte sich der neue Geist der Bonner Fakultät, der so in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht denkbar gewesen wäre. Der Gerichtsmediziner und Dekan Herbert Elbel gratulierte Panse überschwänglich und sprach ihm »im Namen der Fakultät zum Ausgang des Verwaltungsgerichtsverfahrens den herzlichen Glückwunsch« aus. Er brachte die »Freude darüber« zum »Ausdruck«, dass Panse »jetzt wieder in aller Form Mitglied unserer Gemeinschaft geworden« sei⁴³. Um es klar zusammenzufassen: Der für den Tod mehrerer Psychiatrie-Patienten direkt verantwortliche Panse erhielt 1953 die Glückwünsche eines Bonner Dekans, der 1928 den NS-Studentenbund in Innsbruck mitbegründet und sich 1935 um die Aufnahme in die SS bemüht hatte.

40 UA Bonn, MF-PA 91 (2) Gruhle, Jaspers an Dekan MF, 29.7.1948. Siehe auch ebd., Dekan Martini an Jaspers, 11.9.1948.

41 UA Bonn, MF-PA 91 (2) Gruhle, Nachruf, o.D. – Vgl. Müller, Erinnerungen(wie Anm. 30), S. 457 ff.

42 UA Bonn, MF-PA 91 (2) Gruhle, Nachruf, o.D.

43 UA Bonn, MF-PA 110 Panse, Dekan an Panse, 1.7.1953, Durchschlag.

In diese Reihe passt der Direktor der Frauenklinik Harald Siebke, von 1933 an Mitglied der NSDAP, der die Verantwortung für in seiner Klinik vorgenommene Zwangssterilisierungen trug. Im Entnazifizierungsverfahren galt er dem städtischen Untersuchungsausschuss als »gläubiger Nationalsozialist«, der »dank seiner hervorragenden Stellung eine moralische Stütze der Partei in Bonn« gewesen sei⁴⁴. Hingegen befürwortete der Universitätsausschuss auf weitgehend identischer Informationsgrundlage »die Belassung von Professor Siebke in seinem Amt«⁴⁵. Nach vielen widersprüchlichen Entscheidungen, Suspendierungen und Wiederzulassungen war er von 1948 bis 1964 wieder Klinikdirektor in Bonn. Er blieb in Kontakt mit seinem Duzfreund, dem einstigen Rektor der NS-Musteruniversität Straßburg, Karl Schmidt, und versuchte, ihm zu einer ordentlichen Emeritierung zu verhelfen⁴⁶. Siebke war freilich auch das einzige Fakultätsmitglied, von dem bekannt ist, dass es nach dem Ende des NS-Regimes seinen Rücktritt anbot.

Neben Pohlisch, Panse und Siebke ist für Bonn das Beispiel des SS-Mitglieds und Internisten Friedrich Tiemann zu nennen. Er erreichte 1954 sein Ziel, auf den seit seiner Suspendierung vakanten Lehrstuhl zurückzukehren. Von 1938 an war Tiemann Direktor der Medizinischen Poliklinik. Er schadete Kollegen; bei Doktorgradentziehungen und Verwaltungsangelegenheiten, die emigrierten Juden hätten hilfreich sein können, entschied er sich häufig gegen Opfer und Antragsteller. Den Entnazifizierungsüberprüfungsausschuss der Stadt Bonn überzeugten 1948 die Tiemann entlastenden Argumente, nicht aber die Fakultät⁴⁷. Tiemann, der lange interniert war und nach seiner Entlassung in der Inneren Abteilung des Krankenhauses Waldbröl eine Anstellung fand, betrieb über Jahre seine Wieder-

44 UA Bonn, PA 7855 Siebke, »Anlage zum Fragebogen Siebke«, Stellungnahme des Bonner Entnazifizierungsausschusses Bleibtreu, Claessen, Gatermann, Becker, Grütz, o.D.

45 UA Bonn, PA 7855 Siebke, Gutachten des Universitätsprüfungsausschusses von Weber/von Redwitz/Ceelen, Sitzung vom 7.9.1945. – Positive Voten ebd. auch von Otto Grütz (Abschrift, o.D.), Elisabeth Thomas (an Redwitz, 15.10.1946, Abschrift; Original ebd., MF-PA Siebke), der DRK-Schwesterschaft »Köln« (an Redwitz, 14.10.1946, Abschrift; Original ebd., MF-PA Siebke). Die frühere Assistenzärztin Elisabeth Thomas betont, dass »sicher« auch ihre ebenfalls nicht der NSDAP beigetretenen »Mitassistentinnen« Baisch, Hemeling und Kuhlmann Siebke entlasten würden.

46 UA Bonn, MF-PA Schmidt, Schmidt an Siebke, 17.7.1958 (»Lieber Harald«); ebd., Siebke an Dekan Hamperl, 22.7.1958. – Siehe auch HStA Düsseldorf, NW 15-243 zur erwogenen Berufung von Walther Benthin als Nachfolger Siebkes.

47 HStA Düsseldorf, NW 1053-112, Rechtsanwalt W. Wassermeyer/Bonn an Entnazifizierungsüberprüfungsausschuss Bonn, 22.11.1948; HStA Düsseldorf, NW 1037/BIII-3791, Entscheidung des Entnazifizierungsüberprüfungsausschusses Bonn, 27.12.1948 mit Bestätigung des Sonderbeauftragten für Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen, 6.1.1949; MHI Bonn, NL Martini, Akte Tiemann, Verhandlung des Berufungsausschusses Bonn am 29.11.1948, Abschrift; UA Bonn, PA 9778 Tiemann, Entlassungszeugnis, 19.1.1949, Abschrift.

einsetzung auf seinen Bonner Lehrstuhl, der aufgrund des schwebenden Verfahrens nicht neu besetzt werden konnte. 1954 erreichte Tiemann sein Ziel, obwohl es die Fakultät wie 1949 unter Hinweis auf Tiemanns SS-Mitgliedschaft abgelehnt hatte⁴⁸. Die Grundlagen hierfür waren 1951 geschaffen worden. Das Land Nordrhein-Westfalen wurde durch ein Urteil des Landesverwaltungsgerichts Düsseldorf am 11. Mai verpflichtet, Tiemann »wieder einzustellen«⁴⁹. Drei Monate zuvor, am 20. Februar 1951, hatte die Fakultät ihren grundsätzlichen Beschluss über die Unvereinbarkeit von Lehramt und früherer SS-Mitgliedschaft aufgehoben⁵⁰. Bis zu seiner Emeritierung 1968 leitete Tiemann dann die Poliklinik⁵¹.

Ähnlich verlief der Fall des Direktors der Augenklinik, des SS-Untersturmführers Wolfgang Riehm, der letztlich, am 21. Oktober 1948 vom Entnazisierungs-Hauptausschuss des Stadtkreises Bonn »völlig entlastet« und »in die Gruppe V« eingestuft wurde⁵². Da an Riehms Geradlinigkeit und seiner Menschenfreundlichkeit im Umgang mit der unmittelbaren Umgebung kaum Zweifel bestanden, gab es durchaus Überlegungen, den einstigen Klinikdirektor wieder in die Universität einzugliedern. Damit aber wurde der Grundsatz berührt, älteren ehemaligen SS-Angehörigen auf keinen Fall die Rückkehr an die Medizinische Fakultät zu erlauben.

In seinem Bestand gefährdet war der Grundsatz noch nicht, Paul Martini signalisierte Riehm in einem Gespräch am 14. November 1948 aber doch, »dass nicht aller Tage Abend sei« und keineswegs ausgeschlossen sei, »dass er [...] nach Jahren wieder in die Fakultät aufgenommen werden könnte«⁵³. Zugleich machte Martini jedoch deutlich, dass eine Eingruppierung in die Entnazifizierungsstufe V der Unbelasteten auf »eine Einrichtung der Alliierten« zurückgehe und nicht un-

48 UA Bonn, PA 9778 Tiemann, Dekan Grütz an Rektor, 1.1.10.1949, Abschrift, unter Verweis auf die Fakultätssitzung vom 30.9.1949; ebd., Martini an Kultusministerin Teusch, 7.12.1949, Durchschlag (Abschrift in: MHI Bonn, NL Martini); ebd., PA 9778 Tiemann, i.V. Busch/Kultusministerium NRW an Rektor Bonn, 11.8.1954.

49 UA Bonn, PA 9778 Tiemann, Urteil der 2. Kammer des Landesverwaltungsgerichts Düsseldorf vom 11.5.1951.

50 MHI Bonn, NL Martini, Akte Tiemann, MF Bonn an Landgericht Düsseldorf, Entwurf, o.D.; vgl. Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academia Bonnensis 12), S. 297.

51 Rainer Düsing/Peter Walger, Medizinische Poliklinik, in: Heinz Schott (Hg.), Universitätskliniken und Medizinische Fakultät Bonn 1950–2000. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Neuanfangs auf dem Venusberg, Bonn 2000, S. 292–294, hier S. 293; vgl. x, Porträt des Tages. Prof. Dr. Friedrich Tiemann, in: General-Anzeiger, 30.11.1979.

52 UA Bonn, MF-PA Riehm, Dekan Grütz an Rektor, 29.1.1949, Abschrift.

53 UA Bonn, MF-PA Riehm, Aktenvermerk Martinis, 18.11.1948.

bedingt die Grundlage für eine Wiedereinsetzung in Ämter bilde, derer man nach dem Ende des NS-Regimes enthoben worden sei⁵⁴.

Am 28. Januar 1949 erklärte die Medizinische Fakultät in einer mit 14 gegen 2 Stimmen verabschiedeten Stellungnahme: »Die Fakultät ist durchaus bereit, Herrn Prof. Riehm die persönliche Integrität insofern zuzubilligen, als er an den Handlungen und Gesinnungen dieser Organisation [der SS, R.F.] offenbar keinen Anteil genommen hat. Die Fakultät ist sich aber gleichwohl der hohen Verantwortung und Gefahr für den Ruf der Universitäten im In- und Auslande bewusst, die darin liegt, dass frühere Angehörige dieser berüchtigten Organisation, die die Ehre und das Ansehen der deutschen Wissenschaft vernichtet oder zum mindesten auf das schwerste geschädigt hat, wieder in akademischen Lehrkörpern Aufnahme finden. Sie ist der Überzeugung, dass die wohlwollende Beurteilung der Einzelperson und des Einzelfalles ihre Grenzen finden muss an der grundsätzlichen Verpflichtung der Universität, in einer nach aussen erkennbaren Form von jener geistigen Einstellung abzurücken, die die deutsche Wissenschaft in einen, [wenn] überhaupt, dann nur schwer und langsam wieder gutzumachenden Verruf gebracht hat. [...] Die Fakultät kann sich daher aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entschliessen, der Wiederaufnahme früherer SS-Angehöriger in den Lehrkörper ihre Zustimmung zu geben, soweit es sich um ältere, hauptamtlich angestellte gewesene Hochschullehrer handelt.«⁵⁵ Die Fakultät bedauerte ausdrücklich, dass von übergeordneten Instanzen zu diesem Problemfeld keine Richtlinien vorgelegt worden seien⁵⁶.

Riehm akzeptierte diesen Grundsatzentscheid nicht und bat im November 1949 Dekan Ullrich »nochmals um eine wohlwollende Prüfung der Sachlage«⁵⁷. Ihm antwortete umgehend und mit der Bitte um Diskretion Paul Martini. Er riet zu Geduld, da »im Augenblick [...] die Zeit noch nicht reif« sei⁵⁸. Bestehe Riehm auf einer Behandlung seiner Angelegenheit, müsse das Ergebnis zu seinem, Martinis, Bedauern negativ ausfallen⁵⁹. Als Riehm ein halbes Jahr später »unter dem Druck der äußeren Verhältnisse« erneut um eine Rückkehr in seinen »wissenschaftlichen Beruf« bat, lehnte Dekan Ullrich ab⁶⁰. Die Fakultät fand sich jedoch bereit, maßvolle Empfehlungsschreiben aus der Feder Ullrichs an die Dekane in Erlangen und

54 UA Bonn, MF-PA Riehm, Aktenvermerk Martinis, 18.11.1948: »Deshalb kann sich die Fakultät wie auch das Ministerium nicht darauf einlassen, aus den Einstufungen absolut bindende Voraussetzungen zu ziehen.«

55 UA Bonn, MF-PA Riehm, Dekan Grütz an Rektor, 29.1.1949, Abschrift.

56 UA Bonn, MF-PA Riehm, Dekan Grütz an Rektor, 29.1.1949, Abschrift.

57 UA Bonn, MF-PA Riehm, Riehm an Dekan Ullrich, 7.11.1949, Abschrift.

58 UA Bonn, MF-PA Riehm, Martini an Riehm, 11.11.1949, Abschrift.

59 Ebd.

60 UA Bonn, MF-PA Riehm, Riehm an Ullrich, 25.6.1950.

Würzburg zu richten⁶¹. Nachdem Riehm im April 1951 durch Kultusministerin Teusch formell in den Ruhestand versetzt worden war, setzte sich im Mai 1951 Dekan Hermann Eyer sogar in einem Schreiben an das bayerische Kultusministerium für Riehm ein⁶². Alle diese Bemühungen waren nicht von Erfolg beschieden, so dass man Riehm 1953 zumindest einen besoldeten Lehrauftrag erteilen wollte. Doch das Düsseldorfer Kultusministerium bewilligte lediglich eine Vergütung von 100 DM monatlich, was die Fakultät »als unwürdig« empfand und um eine Erhöhung der Vergütung auf 250 DM bat⁶³. Riehm aber kehrte »nicht mehr nach Bonn zurück«⁶⁴.

Der Fall des SS-Untersturmführers Wolfgang Riehm hatte in der Medizinischen Fakultät immer wieder Erinnerungen an die Wiederzulassung von Ferdinand Roth geweckt. Auch Roth war SS-Mitglied, jedoch erst 1908 geboren. Allein aufgrund seines noch als jugendlich angesehenen Alters war man bei Roth auch schon vor 1951 nachsichtig. Die universitätsinterne Prüfungskommission hatte aufgrund der Fürsprache seines Chefs Wilhelm Ceelen keine Bedenken gegen seine Weiterbeschäftigung, hielt freilich eine »Lehrtätigkeit« für »nicht tragbar«⁶⁵. Im Januar 1946 stimmte die Militärregierung der Weiterbeschäftigung Roths zu⁶⁶. In Kategorie IV »entnazifiziert«, wurde ihm am 17. Juli 1948 die *Venia legendi* wiedererteilt⁶⁷. Zuvor hatte Ceelen sich noch deutlicher erklärt. Die Bestätigung Roths in der Assistentenstelle von Seiten der englischen Militärregierung sei »oh-

61 UA Bonn, MF-PA Riehm, Dekan Ullrich an Riehm, 15.7.1950, Durchschrift. – Ebd., Dekan Ullrich an Dekan MF Erlangen, 15.7.1950: »In einer Stellungnahme zu seinem Entnazifizierungsverfahren hat die Fakultät Herrn Riehm trotz seiner formalen Zugehörigkeit zur S.S. eine persönliche Integrität insofern zugebilligt, als er an den zersetzenden Gesinnungen und Handlungen dieser Organisationen offenbar keinen Anteil genommen hat. [...] Gegen seinen Freispruch von der aktiven Mitgliedschaft bei einer verbrecherischen Organisation bestehen daher keine Erinnerungen [sic; gemeint wohl Einwendungen], sodass wir es begrüßen würden, wenn ihm als verdienstvollem Forscher und beliebtem Lehrer wieder ein seinen ärztlichen Fähigkeiten und menschlichen Qualitäten entsprechendes Tätigkeitsfeld eröffnet werden könnte.«

62 UA Bonn, PA 5314 Langenbeck, gez. Teusch/Kultusminister an Universitätshauptverwaltung Bonn, 4.4.1951, Abschrift; ebd., MF-PA Riehm, Dekan Eyer an Staatsrat Meinzolt/ Kultusministerium München, 22.5.1951, Durchschrift.

63 UA Bonn, MF-PA Riehm, Dekan MF an Kultusministerium Düsseldorf, 11.4.1953, Durchschrift.

64 Manfred Spitznas, Augenklinik mit Poliklinik, in: schott Universitätskliniken (wie Anm. 51), S. 188–192, hier S. 189.

65 UA Bonn, MF-PA Roth, Gutachten des universitätsinternen Prüfungsausschusses von Weber/von Redwitz/Ceelen, 7.9.1945 (auch in: HStA Düsseldorf, NW 1049/53289).

66 UA Bonn, PA 7575 Roth, Ceelen an Kuratorium, 5.2.1946.

67 UA Bonn, PA 7575, Mitteilung an Dekan MF, 5.4.1948; ebd., Rektor an Universitätshauptverwaltung, 17.7.1948. Siehe auch: HStA Düsseldorf, NW 1049/53289, Einreichungsbescheid der Militärregierung, 24.3.1948.

ne Rückfrage erfolgt«⁶⁸. Ceelen fuhr fort: »Wenn der Weber-Ausschuss, dem ich selbst angehört habe, seine Zulassung als Dozent damals nicht beantragte, so beruhte dies auf einem Beschluss des Senats, der bestimmt hatte, dass Angehörige der SS der Militärregierung vorläufig nicht als Dozenten in Vorschlag gebracht werden dürften. – Herrn Roth haftet der äussere Makel der SS an, aber schliesslich ist ja doch die innere Einstellung und Haltung ausschlaggebend.«⁶⁹ Nur eine maßgebliche Stimme fand sich, die Roth deutlich skeptischer sah, die von Ernst Derra. Er wisse, dass Roth noch im Sommer 1945 für den Nationalsozialismus eingetreten sei und die »Kriegslage vollkommen falsch« beurteilt habe – was Roth mit einer Gesprächsaussage vom Dezember 1944 gegenüber Bruno Schuler zu widerlegen suchte⁷⁰. Der Fall Roth setzte im Vorfeld des Grundsatzbeschlusses vom Januar 1949 eine erste Orientierungsmarke, die Paul Martini im November 1948 folgendermaßen umschrieb: »Die Fakultät hat bei der Wiederzulassung des Dozenten Dr. Roth beschlossen, dass sie nur bei früheren Assistenten, bzw. jüngeren Fak.[ultäts]angehörigen bereit wäre, eine Wiederaufnahme von Angehörigen der SS in Erwägung zu ziehen, dass sie es aber auf die Dauer ablehnt, Lehrstuhlinhaber, die der SS angehört hatten, wieder aufzunehmen.«⁷¹ Mit Entscheid vom 18. Dezember 1949 wurde Roth dann sogar »als völlig entlastet in die Kategorie V eingereiht«⁷². 1950 setzte sich die Fakultät für die Ernennung Roths zum außerplanmäßigen Professor ein⁷³.

68 HStA Düsseldorf, NW 1049/53289, Ceelen an Becker, 21.1.1948.

69 Ebd.

70 HStA Düsseldorf, NW 1049/53289, Erklärung Derras, 28.8.1945; ebd., Roth an Becker, 20.1.1948.

71 UA Bonn, MF-PA Riehm, Aktenvermerk Martinis, 18.11.1948.

72 UA Bonn, PA 7575 Roth, Dekan MF an Rektor, 9.5.1950.

73 UA Bonn, PA 7575 Roth, Dekan MF an Rektor, 9.5.1950. – Zahlreiche weitere Entlassungszeugnisse zugunsten Roths in: HStA Düsseldorf, NW 1049/53289 (u.a. von Bruno Schuler, 31.1.1948, Martha Triller, 15.2.1948 sowie den pathologischen Assistenten Huyeng, 31.1.1948 und Gerstel, 27.1.1948) und ebd., NW 1037 A/Reg/Nr. 10740. Dabei offenbaren sich Widersprüche im Detail. So erklärt die Privatsekretärin Hertha Bleibtreu am 19. Juli 1949 (ebd., NW 1049/53289) zum 8./9. November 1938: »Roth wurde als damaliger Assistent des Institutes gegen Mittag durch die SS telephonisch in die Stadt beordert. Erst nach Zubilligung seitens seines Chefs, Herrn Prof. Ceelen hat er das Haus verlassen. Nach 20 bis 30 Minuten war Herr Dr. Roth bereits wieder im Institut. Die Zeit reicht aus, um einen Hin- und Rückweg von der Theaterstrasse bis in die Remigiusgasse zurückzulegen. Er hat mir noch am Vormittag über die Vorgänge in der Stadt berichtet und seinem Abscheu gegenüber den vorgefallenen Gewalttätigkeiten offenen Ausdruck verliehen. Dr. Roth hat danach seinen Dienst im Institut versehen und sich zur Mittagspause und abends nach Dienstschluss in seine Wohnung begeben. In der übrigen Zeit war er im Institut anwesend.« Dagegen schreibt Ceelen (ebd., Ceelen an von Weber, 4.9.1945): »An diesem Tag wurde Roth infolge des angeordneten ›Grossalarms‹ der SS gegen Mittag aus dem Institut telephonisch abgerufen und sagte mir,

Ganz ähnlich wie der Fall Roth ist der des 1910 geborenen Neurochirurgen Peter Röttgen, der seit 1933 der SS angehörte. Die Militärregierung erlaubte Röttgens Weiterbeschäftigung zunächst im Range eines Assistenten für jeweils mehrmonatige Zeitabschnitte⁷⁴. Bis 1948 arbeitete er ohne Bezüge, operierte aber »mehrere hundert Hirntumoren«⁷⁵. Nach der Entlastung Röttgens im Entnazifizierungsverfahren erneuerte die Fakultät am 15. Oktober 1948 seine *Venia legendi*⁷⁶. Bereits 1949 setzte sich Dekan Otto Ullrich für Röttgens Ernennung zum außerplanmäßigen Professor ein, zumal die Kollegen von Redwitz, Ebbecke und Gruhle sein medizinisches Können würdigten⁷⁷. Diese erfolgte 1950. 1965/66 wurde Röttgen Dekan der Medizinischen Fakultät⁷⁸.

Dennoch wäre es verfehlt, den Eindruck aufkommen zu lassen, als sei die Medizinische Fakultät der fünfziger Jahre ausschließlich von Altparteigenossen geprägt und die Nachsicht gegenüber NS-Tätern grenzenlos gewesen. Es ist aber festzuhalten, dass die Bereitschaft zur Nachsicht seit 1950 wuchs. Alte Parteigenossen hatten keine Hemmungen mehr, Ämter wie das des Dekans zu übernehmen. Von 1945 bis 1950 standen NS-Gegner oder doch wenigstens Nichtparteigenossen der Fakultät vor, von 1950 bis 1969 war die frühere NS-Mitgliedschaft der Dekane, nicht selten verbunden mit Mitgliedschaften in der SA oder sogar SS, die Regel. Dies ist nicht in individuell-denunziatorischer Absicht gesagt. Wir wissen

dass er annehme, die jüdischen Geschäfte sollten von den SS-Leuten vor Ausplünderungen geschützt werden. Er selbst hat auch den ganzen Nachmittag hindurch in Zivil vor einem zerschlagenen Geschäft Wache gehalten und hierdurch Plünderungen verhütet. Als er den wahren Sachverhalt erfuhr, war er in hohem Mass enttäuscht und empört.« – Die nicht nur in Bonn verbreitete anzutreffende Meinung, »die Ausschreitungen der Reichskristallnacht« seien »nicht von einheimischen, sondern von auswärtigen Kräften durchgeführt worden« (so Edith Ennen, *Die jüdische Gemeinde in Bonn. Ein Beitrag zur Geschichte des Judentums im Rheinland*, in: *Bonner Geschichtsblätter*, 29 <1977>, S. 81–94, S. 93 f.) ist nur teilweise zutreffend. Tatsächlich wurden die örtlichen SA- und SS-Leute alarmiert. Für das Beuel benachbarte (Niederkassel-)Mondorf liegt ein Zeitzeugenbericht vor, der die Täterschaft Auswärtiger ausdrücklich negiert (vgl. Heinrich Brodessa, *Mondorf im Dritten Reich*, Neunkirchen 2003, S. 7). In Bonn kam es offenbar vielfach zu einem Zusammenwirken von auswärtigen, freilich rheinischen und heimischen SS-Leuten, die vornehmlich als Anstifter fungierten. Vgl. Otto Neugebauer, *Der Pogrom vom 10. November 1938 in Bonn*, in: *Bonner Geschichtsblätter*, 19 (1965), S. 196–206, S. 200 f.

74 UA Bonn, PA 9548 Röttgen, Bestätigung der Militärregierung, 22.2.1946; ebd., Rektor Konen an Kuratorium, 16.4.1946, Abschrift.

75 UA Bonn, PA 9548 Röttgen, Röttgen an Hauptverwaltung der Universität, 1.8.1950.

76 UA Bonn, PA 9548 Röttgen, Dekan Martini an Rektor Noth, 16.10.1948. – Siehe die zahlreichen Entlastungszeugnisse in HStA Düsseldorf, NW 1049-51751.

77 UA Bonn, PA 9548 Röttgen, Dekan Ullrich an Rektor, 19.12.1949, Durchschlag.

78 Zu Röttgens Nachkriegsleistungen vgl. Johannes Schramm, *Neurochirurgische Klinik*, in: Schott (wie Anm. 51), S. 284–291, hier S. 284 ff.

alle, dass die Parteimitgliedschaft allein nur wenig über die NSDAP-Treue aussagt – und doch ist die statistische Größe nicht ohne Aussagekraft.

Tabelle: Dekane der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn 1945–1969

(Quelle: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; Bundesarchiv Berlin)

1945–1947	<i>Erich Freiherr von Redwitz</i>	<i>Oppositioneller kein NSDAP-Mitglied Zwangssterilisationen im Verantwortungsbereich</i>
1947–1948	<i>Paul Martini</i>	<i>Oppositioneller kein NSDAP-Mitglied</i>
1948–1949	<i>Otto Grütz</i>	<i>Oppositioneller kein NSDAP-Mitglied</i>
1949–1950	<i>Otto Ullrich</i>	<i>kein NSDAP-Mitglied</i>
1950–1951	<i>Hermann Eyer</i>	<i>SA 1933, 1935 NSDAP 1935 Leiter des Krakauer Instituts für Fleckfieberforschung beim Oberkommando des Heeres; Aufenthalt in Versuchsstation KZ Buchenwald (Beteiligung Menschenversuche wahrscheinlich)</i>
1951–1952	<i>Wilhelm Dirscherl</i>	<i>kein NSDAP-Mitglied</i>
1952–1953	<i>Herbert Elbel</i>	<i>NSDAP 1932, SS 1937</i>
1953–1954	<i>Johannes Müller</i>	<i>kein NSDAP-Mitglied</i>
1954–1956	<i>Gustav Korkhaus</i>	<i>NSDAP 1935</i>
1956–1957	<i>Robert Janker</i>	<i>NSDAP 1933 Wissenschaftl. Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen Karl Brandt 1944</i>
1957–1958	<i>Herwig Hamperl</i>	<i>NSDAP 1937, SA 1937</i>
1958–1959	<i>Alfred Gütgemann</i>	<i>SA 1933, NSDAP 1937</i>
1959–1960	<i>Hans-Jörg Weitbrecht</i>	<i>?</i>
1960–1961	<i>Robert Domenjoz</i>	<i>kein NSDAP-Mitglied</i>
1961–1962	<i>Horst Habs</i>	<i>Reiter-SS 1933, NSDAP 1937, SS 1940, SS-Untersturmführer 1941</i>
1962–1963	<i>Bernhard Langenbeck</i>	<i>NSDAP 1933, SS 1933 SS Obersturmführer</i>
1963–1964	<i>Heinz Hungerland</i>	<i>?</i>
1964–1965	<i>Adolf Heymer</i>	<i>NSDAP 1937, SA 1933</i>
1965–1966	<i>Peter Röttgen</i>	<i>NSDAP 1933, SS 1933</i>
1966–1968	<i>Arthur Leinbrock</i>	<i>NSDAP 1937</i>
1968–1969	<i>Gerhard Piekarski</i>	<i>NSDAP 1937, SA 1933–1935</i>

Wenn man über diese Nachkriegsjahre spricht, über das Maß der individuellen Verantwortung und Schuld, über den Kampf von Menschen, die vom Nationalsozialismus profitiert hatten, um neue und prominente Ämter, aber auch über diejenigen, die sich nach bestem Wissen und Gewissen um Gerechtigkeit bemühten, sollte die Gruppe derjenigen nicht vergessen werden, die vieles oder alles verloren hatte. Manchmal hat man bei der Lektüre der Quellen den Eindruck, als hätten die in der Nachkriegszeit Agierenden angesichts der Nöte ihrer eigenen Zeit sehr rasch das weit schlimmere Schicksal der NS-Opfer verdrängt. Denn eine Nachkriegszeit gab es auch für die überlebenden Universitätsangehörigen, die ihre Stellung in Studium und Beruf während des Nationalsozialismus verloren hatten und sich nun mühsam um Rehabilitierung und eine zumindest teilweise materielle sogenannte »Entschädigung« bemühen mußten. Einzelfälle, deren Verlauf nur selten befriedigen kann, können nachgezeichnet werden⁷⁹. Schwieriger ist es, das Leid von Menschen zu erfassen, die durch die Universitätsmedizin geschädigt wurden, ohne Universitätsangehörige zu sein, und nur eine schwache Aussicht auf materielle Hilfe hatten. Sie wurden häufig zu einem Opfer der allgemeinen Schwäche des »Wiedergutmachungssystems« nach 1945.

Wladimir Lindenberg, als Assistent des fanatischen Nationalsozialisten und Bonner Psychologen Walter Poppelreuter ins Konzentrationslager verbracht, hat diese Situation aus der Sicht der medizinischen Gutachter 1957 beschrieben – ohne dass ein unwissender Leser erahnen könnte, wie sehr Lindenberg nicht nur als Mediziner, sondern auch als Bonner NS-Opfer persönlich betroffen war. Lindenberg, der die Forschungsleistungen Poppelreuters durchaus nicht verhehlte und sie sogar öffentlich benannte, kritisierte in der ihm eigenen Nüchternheit die Fragwürdigkeit des gutachterlichen Systems⁸⁰: »Es gibt [...] eine Gruppe von Menschen in unserer Gegenwart, die den Gutachter vor unlösbare Probleme stellt, nicht so sehr wegen der Diagnose, als vielmehr wegen der völlig unangemessenen Gesetzgebung. Es handelt sich um viele Fälle der Wiedergutmachung, um Juden, politische Häftlinge verschiedener diktatorischer Systeme, Menschen, die Unbeschreibliches nicht nur in körperlicher, seelischer und wirtschaftlicher Hinsicht erlitten haben, die noch dazu einer jahrelangen Diffamierung und Diskriminierung unterlagen. Es heißt zwar im Gesetz, daß Schäden an Gesundheit des Leibes oder der Seele wiedergutmacht werden müssen, doch wird es dem Gutachter schwer fallen, Rechtes zu finden. Wenn es sich um Organschäden handelt, so mag man einen Ausgleich in den Prozenten der Erwerbsminderung festlegen. Bei seelischen

79 Vgl. zum Komplex »Entschädigung« die unkritische juristische Darstellung Hermann-Josef Brodesser/Bend Josef Fehn/Tilo Franosch/Wilfried Wirth, Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte – Regelungen – Zahlungen, München 2000, passim.

80 Wladimir Lindenberg, Neurosen, in: Hermann Buddensieg, Mensch oder Homunculus? Erwägungen zur Begutachtung, Köln 1957, S. 10–16, S. 12 (Erwähnung Poppelreuters).

Schäden müßte es sich um eine Geisteskrankheit handeln, die aber nicht als entschädigungspflichtig anerkannt wird, da man Geisteskrankheiten als anlagebedingt betrachtet. Handelt es sich um eine Neurose, so ist sie nach unseren Gesetzen nicht entschädigungspflichtig. Also müssen wir Menschen abweisen, von denen wir nur von ungefähr ahnen können, was sie in Lagern wie Auschwitz, Mauthausen, Maidanek, Ravensbrück, Belsen, Bergen, Oranienburg oder Moor erlitten haben. Manche sind ungebrochen herausgekommen und haben ihr Leben wieder meistern können, manche sind aber seelisch zerbrochen, ohne geisteskrank zu werden. [...] Andere Fälle betreffen Juden, die durch alle Erniedrigungen und Qualen gegangen sind, denen die Kinder und Geschwister vergast worden sind, und die sich von dem Erlebten nicht zu erholen vermögen. Sie sind nicht körperlich krank, auch für sie erscheint mir die Diagnose der Psychopathie oder reaktiven Psychose oder Neurose einfach als unangemessen: sie kennzeichnet den Zustand nicht gerecht. [...] Wir müssen den Mut und das Gewissen haben, unsere Grenzen zu kennen, und wir sollten bei jeder Begegnung mit dem Menschen, am meisten, wenn wir als Ärzte für den Beruf fremde, gewissermaßen richterliche Funktionen des Gutachters übernehmen, gewissenhaft, behutsam und ehrfürchtig an diese Aufgabe herantreten.«⁸¹

Zu schließen ist mit einem Hinweis auf das, was auch Gegenstand dieses Beitrags hätte sein können. Nicht die Rede war vom Leid derjenigen, die als Patienten Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen an der Bonner Universitätskliniken überlebt haben; von den zerstörten wissenschaftlichen Karrieren, weil sich hoffnungsvolle Assistenzärzte nicht zu Forschungen in einer Tyrannis entschließen konnten; von denjenigen, die ihr Studium abbrechen mussten oder gar nicht erst haben studieren dürfen; von denjenigen, denen trotz erbrachter Leistungen akademische Grade vorenthalten oder entzogen worden waren und sich nun mühsam um Rehabilitierung bemühen mußten, vielfach aber auch darauf verzichteten. Die Rede war auch nicht von den im Ganzen hochnotpeinlichen, viele Aktenordner füllenden juristischen Auseinandersetzungen um sogenannte »Wiedergutmachungsbescheide«, die vertriebene jüdische Hochschullehrer wie der in die Türkei emigrierte Alfred Kantorowicz oder der Psychiater Otto Löwenstein führen mußten, um materielle Teilentschädigungen zu erfahren.

81 Lindenberg, Neurosen (wie Anm. 80), S. 15 f.

Laura Hannemann

»Sehr fleißig und im Examen recht gut«

Displaced Persons an der Universität Bonn 1945–1950

Als die Universität Bonn am 31. Oktober 1945 erfuhr, dass die britische Militärregierung ihre Wiedereröffnung zum 6. November genehmigt hatte, wurde sie zugleich darüber informiert, dass 10% der zur Verfügung stehenden 2500 Studienplätze für »DPs and PWX« zu reservieren seien¹. Wer aber waren diese Displaced Persons, die vom Wintersemester 1945/46 an einen nicht unerheblichen, aber heute vielfach in Vergessenheit geratenen Teil der Bonner Studentenschaft stellten? Es handelt sich, folgt man der ersten offiziellen Definition der Militärregierung, um »Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen«², um Kriegsgefangene, KZ-Insassen, Zwangsarbeiter und Flüchtlinge, die im Frühjahr 1945 von alliierten Truppen befreit oder in Deutschland aufgefunden worden waren und deren Zahl auf knapp 11 Millionen geschätzt wird³. Viele wurden unmittelbar

1 Vgl. HQ Military Government, Regierungsbezirk Cologne, an Rektor of Bonn University & Rektor of Cologne University, 31. Oktober 1945, in: Universitätsarchiv Bonn (UA Bonn), UV 69/338.

2 SHAEF: Administrative Memorandum No. 39, 18. November 1944, zit. nach: Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer, Göttingen 1985 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 65), S. 16.

3 Vgl. Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 41f. Die Geschichte der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Bonn während des Krieges ist erst ansatzweise erforscht. Seit den 1990er Jahren hat sich insbesondere die Bonner Geschichtswerkstatt um ihre Aufarbeitung bemüht, vgl. Johanna Seebacher, »Europäische Arbeiter schaffen für den Sieg«. Zwangsarbeit 1939-1945, in: Bonner Geschichtswerkstatt Heft 5 (Juni 1991), S. 4–7; Verschleppt nach Bonn. Fotos und Dokumente zur Geschichte der Zwangsarbeit in Bonn, in: Bonner Geschichtswerkstatt Heft 5 (Juni 1991), S. 11–22; Jolanta Altman-Radwanska, Kriegsgefangene Polen in Bonn und Umgebung im II. Weltkrieg. Hardthöhe einmal anders, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.), »Es treibt mich die Nötigung des Lebens...«. Fremde in Bonn. Ein historisches Lesebuch, Bonn o.D., S. 66–74. Anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion eröffneten der Verein an der Synagoge und die Bonner Geschichtswerkstatt am 22. Juni 1991 eine kleine Ausstellung zum Thema Zwangsarbeit in Bonn, vgl. Faltblatt: Verschleppt nach Bonn. Sowjetische Zwangsarbeiter im »Dritten Reich«. Schüler der Gesamtschule Beuel gingen dem Thema im Rahmen einer Projektwoche nach, vgl. Jochen Teichler/Gisela

nach Kriegsende repatriiert⁴, doch nicht wenige verweigerten sich der Rückkehr in eine Heimat, die die ihre nicht mehr war – sei es, weil sie nunmehr kommunistisch geprägt war wie Polen oder weil sie ihre Unabhängigkeit verloren hatte und von der Sowjetunion besetzt worden war wie die baltischen Republiken. Polen, Esten, Letten und Litauer stellten denn auch die größten Nationalitätengruppen. Angewiesen auf Hilfestellungen seitens der Militärregierung oder internationaler Organisationen wie der *United Nation Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA) harrten sie in Deutschland aus, bis sie dem Werben der Heimatländer zur Rückkehr nachgaben oder bis sich ihnen ein Weg ins Ausland, meist nach Übersee, eröffnete.

Dieses Leben »im Wartesaal«⁵ behagte den wenigsten. Nach den langen Kriegsjahren sehnten sich gerade die jungen Leute, deren Ausbildungswege durch die Kriegsereignisse vielfach unterbrochen waren, danach, sie schon hier und jetzt fortzusetzen und eine qualifizierte Ausbildung zu erwerben⁶. In nahezu jedem größeren DP-Lager entstanden Schulen für die Kinder, Ausbildungsgänge für die

Gebauer-Nehring, Spurensicherung – Projekt »Fremdarbeiter« in Beuel 1939–1945, in: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW/Gesamtschule Bonn-Beuel (Hg.), Eine Schule geht aus sich heraus, Bonn 1987, S. 65–75; vgl. auch Norbert Schloßmacher (Hg.), »schlagen gut ein und leisten Befriedigendes...«. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bonn 1940–1945, Bonn 2006 (Veröffentlichung des Stadtarchivs Bonn 65). Mit Schröder sei allerdings darauf verwiesen, dass im Frühjahr 1945 große Wanderbewegungen unter den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen stattfanden. Bei den Bonner DPs handelte es sich also nicht notwendigerweise um jene, die zuvor in der Bonner Umgebung Zwangsarbeit geleistet hatten, vgl. Stefan Schröder, »Displaced persons« im Rheinland – das Nachkriegsschicksal befreiter Zwangsarbeiter in regionaler Perspektive, in: Geschichte im Westen 18 (2003), S. 180–204, S. 182.

- 4 Vgl. etwa Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 59–84. Zur Rückführung sowjetischer Kriegsgefangener vgl. Polian 2001, S. 96–142.
- 5 Angelika Königseder/Juliane Wetzels, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994.
- 6 Nach Bentwich übten 5% der DPs (ca. 50.000) intellektuelle Berufe aus, einige Tausend sollen Akademiker gewesen sein, vgl. Norman Bentwich, The Rescue and Achievement of Refugee Scholars. The Story of Displaced Scholars and Scientists 1933–1952, The Hague 1953 (Studies in Social Life 1), S. 64; Holborn spricht für das Jahr 1948 von 10–12,5% (ca. 40.000) Intellektuellen bzw. »Professionals«, vgl. Louise W. Holborn, The International Refugee Organization. A specialized agency of the United Nations. Its history and work 1946–1952, London/NewYork/Toronto 1956, S. 190. Zum besonders hohen Akademikeranteil bei den Balten (nahezu 75% aller Lehrer und Universitätsprofessoren und 80% der Ärzte und Intellektuellen sollen aus dem Baltikum geflohen sein) vgl. Angelika Eder, Die baltische Universität 1946 bis 1949, in: Baltica 10 (1997), S. 9–27, S. 11, Mark Wyman, DP. Europe's Displaced Persons, 1945–1951, Philadelphia 1989, S. 119.

etwas Älteren⁷. Eine vollwertige Universitätsausbildung aber, wie sie in manchen Kriegsgefangenenlagern möglich gewesen war, war kaum zu gewährleisten. Nur in ganz wenigen Fällen und oftmals nur für kurze Zeit gelang es, studienwillige Displaced Persons an einem Ort zu sammeln und sie unter Anleitung erfahrener Dozenten aus ihren eigenen Reihen ans akademische Leben heranzuführen. So entstand vorübergehend in den Gebäuden des Deutschen Museums in München eine »UNRRA-Universität«⁸. In Hamburg und später Pinneberg gründete sich eine Baltische Universität (oder doch zumindest ein »DP study centre«), mit mehr als 1000 Studenten und – man kann angesichts der heutigen Schüler-Lehrer-Relationen nur staunen – sage und schreibe 200 Lehrkräften⁹. Und in München siedelte

- 7 Vgl. Andreas Rinke, *Le grand retour. Die französische Displaced-Persons-Politik*, Diss. Phil. Universität Hannover 1999, S. 226f., Karl Liedke, *Gesichter der Zwangsarbeit. Polen in Braunschweig 1939–1945*, hrsg. vom Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., 2. Aufl., Braunschweig 1998, S. 186f.; Eder (wie Anm. 6), S. 12f.; Bernhild Vögel, *Entwurzelt. Displaced Persons im Salzgittergebiet*. Unter Mitarbeit von Andreas Ehrhardt hrsg. vom Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V., Salzgitter 1994, S. 147, 155–159; Daria Markus, *Education in DP Camps*, in: Wsevolod W. Isajiw/Yury Boshyk/Roman Senkus (Hg.), *The Refugee Experience. Ukrainian Displaced Persons after World War II*, Edmonton 1992, S. 185–200, hier S. 196; Gabriele Dietz-Görrig, *Displaced Persons. Ihre Integration in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*, Masch. Diss. Phil. Universität Düsseldorf 1992, S. 82–86, S. 143f.; Wyman (wie Anm. 6), S. 99–102; Holborn (wie Anm. 6), S. 232–235; M.V. Ambrose, *Educational and Recreational Activities Report in UNRRA D.P. Camps in Germany and Austria (ERO No. 13)*, 26. Oktober 1946, in: *United Nations Archives S-1021-0019-04*, S. 1–4. Zum polnischen Schulwesen in Deutschland vgl. inbes. Anna D Jaroszy ska-Kirchmann, *Patriotism, Responsibility, and the Cold War: Polish Schools in DP Camps in Germany, 1945–1951*, in: *The Polish Review* 47 (2002), No. 1, S. 35–66; Kowalczyk Władysław, *Szkolnictwo polskie w Niemczech, 1945–1948*, Warschau 1961. Zu Bildungsmöglichkeiten in Lagern jüdischer DPs vgl. Juliane Wetzel, *Jüdisches Leben in München 1945–1951. Durchgangsstation oder Wiederaufbau?*, München 1987 (*Miscellanea Bavarica Monacensia* 135), S. 84–87, 301–305; Jacqueline Giere Dewell, *Wir sind unterwegs, aber nicht in der Wüste. Erziehung und Kultur in den jüdischen Displaced Persons-Lagern der amerikanischen Zone im Nachkriegsdeutschland 1945–1949*, Diss. Phil. Universität Frankfurt a.M. 1993, S. 171–173, S. 321–439; Susanne Dietrich/Julia Schulze-Wessel, *Zwischen Selbstorganisation und Stigmatisierung. Die Lebenswirklichkeit jüdischer Displaced Persons und die neue Gestalt des Antisemitismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, Stuttgart 1998 (*Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart* 75), S. 67–76.
- 8 Vgl. Bernhard Zittel, *Die UNRRA-Universität in München 1945–1947*, in: *Archivalische Zeitschrift* 75 (1979), S. 281–301; Jacobmeyer (wie Anm.2), S. 200, S. 300 Anm. 115; »Die UNRRA-Universität in München«, in: *Göttinger Universitätszeitung [GUZ]* 2, Nr. 9 (10. Mai 1946).
- 9 Insgesamt sollen in Pinneberg mehr als 2600 baltische Studenten »durchgeschleust« worden sein, vgl. Wagner (wie Anm. 6), S. 18. Vgl. Hannes Harding, *Displaced persons*

sich schließlich mit der Freien Ukrainischen Universität ein »Relikt der Emigrationswelle aus Russland nach dem 1. Weltkrieg«¹⁰ an und ließ München zu einem Zentrum des ukrainischen intellektuellen Lebens in der Diaspora werden¹¹. Die Mehrzahl der studienwilligen Displaced Persons aber strebte eine Zulassung an den *deutschen* Universitäten an. Allein in der britischen Zone rechnete die Militärregierung mit ca. 3000 Studenten aus Polen oder den baltischen Republiken¹². Die tatsächlichen Zahlen sind umstritten. Während beispielsweise Proudfoot im Sommer 1946 1236 DP-Studenten in der britischen Zone zählt, weiß die UNRRA zur gleichen Zeit von 1710 (zzgl. weiterer 964 an DP-eigenen Bildungseinrichtungen). Fasst man die drei westlichen Zonen zusammen, werden die Abweichungen noch augenfälliger. Die Rede ist dann von 1517 bei Jaroszy ska-Kirchmann, 3317 (zzgl. der 3342 an DP-eigenen Bildungseinrichtungen) bei Ambrose oder gar 10.000 bei Holborn, die allerdings auch Österreich mit im Blick hat. Zuverlässige Aussagen

(DPs) in Schleswig-Holstein 1945–1953, Frankfurt am Main/u.a. 1997 (Kieler Werkstücke, Reihe A, Bd. 16), 159–164; Patrick Wagner, Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945–1958, Hamburg 1997, S. 61; Ernst Dammann, Erinnerungen an die Baltische Universität in Pinneberg, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 26 (1992), S. 109–114; Vögel (wie Anm. 7), S. 149; Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990 (Veröffentlichung der HIS Hochschul-Informations-System GmbH), S. 113, Anm. 192; Report on the Structure and Academic Work of the Baltic University, Pinneberg near Hamburg, Masch. Pinneberg 1947; Erinnerung an die baltische Universität. Vorlesungen vor 50 Jahren im Museum für Hamburgische Geschichte aufgenommen, in: Uni HH. Berichte und Meinungen aus der Universität Hamburg 27 (1996), Nr. 3, S. 23; »Die baltische Universität«, in: GUZ 2 (7. Februar 1947), Nr. 5. In verschiedenen deutschen Universitätsbibliotheken findet sich darüber hinaus mit den »Contributions of Baltic University Hamburg« die Schriftenreihe der Baltischen Universität.

10 Krönig (wie Anm. 9), S. 55.

11 Vgl. Lubomyr R. Wynar, Ukrainian Scholarship in Postwar Germany, 1945–52, in: Wsevolod W. Isajiw/Yury Boshyk/ Roman Senkus (Hg.), The Refugee Experience. Ukrainian Displaced Persons after World War II, Edmonton 1992, S. 311–337, S. 323f.; »Freie ukrainische Universität in München«, in: GUZ 3 (24. September 1948), Nr. 20. Zu den drei DP-Universitäten vgl. ferner Krönig (wie Anm. 9), S. 55, S. 113; Wyman (wie Anm. 6), S. 122–128; Bentwich (wie Anm. 6), S. 64–66. Darüber hinaus gab es weitere Bildungseinrichtungen, wie das Polish Technical College in Esslingen, das technische Kolleg in Regensburg oder das Ukrainian College of Economics, vgl. Bentwich (wie Anm. 6), S. 65; PWST Alumni Association, Inc. (Hg.), The Polish Technical College in Esslingen/Germany 1945–1949. Based on the Polish original by Boleslaw Budzyn, Cracow 1996, S. 18–29; Wynar (wie Anm. 11), S. 328f.; Jaroszy ska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 47f.

12 Vgl. Military Government Education Control Instruction No. 27, 1. November 1945, in: Hochschularchiv RWTH Aachen (HA Aachen).

lassen sich deshalb wohl nicht treffen¹³. Diese Studenten mussten zumindest für eine Weile an einer deutschen Hochschule untergebracht werden¹⁴.

Die Haltung der Militärregierung und der international zuständigen Gremien, der UNRRA und ihrer Nachfolgeorganisation, der *International Refugee Organization* (IRO), zu den DP-Studenten war gespalten. Einerseits erwarteten sie von Deutschland größtmögliche Anstrengungen, das den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zugefügte Leid wettzumachen, und unterstützten ihrerseits Bestrebungen der Displaced Persons, ihren Aufenthalt in Deutschland bestmöglich zu nut-

13 Vgl. Holborn (wie Anm. 6), S. 427; Jaroszynska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 46 f.; Malcolm J. Proudfoot, *European Refugees 1939–52. A Study in Forced Population Movement*, London 1957, S. 265f.; M.V. Ambrose, *Educational and Recreational Activities Report in UNRRA D.P. Camps in Germany and Austria* (ERO No. 13), 26. Oktober 1946, in: *United Nations Archives S-1021-0019-04*, S. 5.

14 Hinweise auf DP-Studenten an deutschen Universitäten finden sich bislang nur vereinzelt, meist in regionalgeschichtlichen Studien, vgl. Vögel (wie Anm. 7), S. 148; Liedke (wie Anm. 7), S. 191–194; Wagner (wie Anm. 9), S. 60f., Wagner (wie Anm. 6), S. 14, S. 25; *Jahrbuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 2* (1949), S. 218, *Jahrbuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 3* (1950), S. 276; Rinke (wie Anm. 7), S. 225. Vgl. allgemein Schröder (wie Anm. 3), S. 193f., Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 82, S. 86–88; Jaroszynska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 46f.; Wyman (wie Anm. 6), S. 121f.; Holborn (wie Anm. 6), S. 233f.; Proudfoot (wie Anm. 12), S. 264–266.; George Woodbridge, *UNRRA. The history of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration*, 3 Bde., New York 1950 II, S. 526; M.V. Ambrose, *Educational and Recreational Activities Report in UNRRA D.P. Camps in Germany and Austria* (ERO No. 13), 26. Oktober 1946, in: *United Nations Archives S-1021-0019-04*, S. 5. Vgl. ferner die Berichte der ECOs und die Diskussionen auf den Nordwestdeutschen und Süddeutschen Hochschulrektorenkonferenzen, in: Manfred Heinemann (Hg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952*, Teil 1: Die Britische Zone, bearb. von David Phillips, Hildesheim 1990 (Edition Bildung und Wissenschaft, Reihe B, Bd. 1) (zit. als Heinemann 1990a), S. 114, S. 175, S. 179; ders. (Hg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952*, Teil 2: Die US-Zone, hrsg. unter Mitarbeit von Ullrich Schneider, Hildesheim 1990 (Edition Bildung und Wissenschaft, Reihe B, Bd. 2) (zit. als Heinemann 1990b), S. 29, S. 130; ders. (Hg.), *Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948*, 2 Bde., bearb. von Siegfried Müller, Hildesheim 1990 (Edition Bildung und Wissenschaft, Reihe C, Bd. 1) (zit. als Heinemann 1990c), S. 79f., S. 103, S. 215, S. 221, S. 266, S. 326f., S. 348, S. 378; ders. (Hg.), *Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949*, bearb. von Klaus-Dieter Müller, Michael Reinbold und Thomas Heerich, Berlin 1997 (Edition Bildung und Wissenschaft, Bd. 3), S. 125, S. 126, S. 181. Die bislang aufschlussreichste Darstellung findet sich bei Stefan Schröder, *Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945–1951*, Münster 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen. Geschichtliche Arbeiten zur Westfälischen Landesforschung 22), S. 277–290, für die Universität Münster.

zen. Andererseits stand die mehrjährige lokale Bindung, die ein Hochschulstudium mit sich brachte, der Verwirklichung der obersten Ziele der mit den Displaced Persons befassten Stellen entgegen: Repatriierung bzw. später Resettlement. Während UNRRA und IRO im Bereich der Grundschul- und Schulbildung nach und nach durchaus Verantwortung übernahmen und überdies kürzere Ausbildungslehrgänge und die allgemeine Erwachsenenbildung förderten, blieb ihr Engagement im akademischen Bereich eng begrenzt. Aus dem Widerspruch zwischen dem Wunsch, das berufliche Fortkommen der DPs zu erleichtern, und dem festen Willen, eine rasche Rück- oder Auswanderung voranzutreiben, vermochten sich Militärregierung wie UNRRA bzw. IRO nicht zu lösen¹⁵.

Die Briten waren zunächst davon überzeugt, »that as far as University education is concerned, DPs and PWX, especially those of Allied nations, have a claim on the facilities of German Hochschulen, pending repatriation¹⁶. In einer Zeit, in der nur ein Drittel der deutschen Bewerber angenommen werden konnte¹⁷, forderten sie die wiedereröffnenden Hochschulen dazu auf, 10% ihrer verfügbaren Plätze für diese beiden Gruppen zu reservieren¹⁸. Da die Anordnung zunächst nur als Zwischenmaßnahme gedacht war, durch die der Zeitraum bis zur Repatriierung überbrückt werden sollte, sollten Displaced Persons bevorzugt werden, die im Studium schon fortgeschritten waren, während solche, die in der Wehrmacht gedient hatten oder anderweitig Beiträge zur deutschen Kriegsanstrengung geleistet

15 Zur Haltung von UNRRA und IRO vgl. Woodbridge 1950 II (wie Anm. 14), S. 514, S. 518, S. 525–529, III, S. 400–404; Robert Gregg Wilfong, UNRRA and displaced persons, Diss. Phil. Harvard University 1966, S. 212–216; Holborn (wie Anm. 6), S. 233f.

16 Military Government Education Control Instruction No. 27, 1. November 1945, in: HA Aachen.

17 Vgl. Heinemann 1990a, S. 41–60, S. 56f.

18 Da die Wohnungsfrage meist mitentscheidend für die Festsetzung der Studentenzahlen gewesen war, konnten die 10% allerdings oft auf die Gesamtzahl der Studierenden aufgeschlagen werden, da die Displaced Persons in Lagern untergebracht waren und den ohnehin knappen Wohnraum in den kriegszerstörten Städten nicht weiter beanspruchten. Die 10%-Quote für die Displaced Persons musste also nicht notwendigerweise zu Lasten deutscher Studenten gehen. So konnten in Bonn die 250 Plätze für baltische und polnische DPs auf die Gesamtzahl der zugestandenen Studienplätze (2500) aufgeschlagen werden, vgl. Protokoll der Senatssitzung, 10. November 1945, 13. Dezember 1945, in: UA Bonn UV Senat 33/1. Vgl. auch Heinemann 1990a (wie Anm. 14), S. 41–60, S. 56f. Ohnehin scheinen die DP-Studenten beim Numerus Clausus der jeweiligen Universitäten nicht mitgerechnet worden zu sein, vgl. Hochschulkonferenz Bonn (24./25. September 1946), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 221; »Anweisung Nr. 8 vom 9. April 1947, hrsg. vom Hauptquartier der Kontrollkommission für Deutschland«, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II). Weitere Studenten konnten bei der Universität Göttingen zugelassen werden.

hatten, vom Studium ausgeschlossen wurden¹⁹. Ohnehin lag die Entscheidung über die Zulassung bzw. Auswahl der Displaced Persons nicht bei den einzelnen Universitäten, sondern bei der britischen *Abteilung für Verschleppte und Kriegsgefangene*, der PWDP Division, die sich mit den Nationalvertretungen der DPs beriet und auch für die Unterbringung der DP-Studenten in geeigneten Lagern zu sorgen hatte²⁰. «Ein Einspruchsrecht bei fehlender Eignung oder mangelhaften Sprachkenntnissen der DPs stand den Universitäten nur indirekt zu, indem diese Fälle mittels des zuständigen britischen Education Control Officer der PWDP Division zur Diskussion gestellt werden konnten.»²¹

Als größte der wiedereröffneten Hochschulen in der britischen Zone nahm die Universität Bonn mehr Displaced Persons auf als jede andere Hochschule in der britischen Zone²². Bereits im Wintersemester 1945/46 hatten sich 175 Polen, Li-

19 Diese Regelung traf meist baltische DPs, vgl. Schröder (wie Anm. 14), S. 278. Einen Sonderfall stellten jene ausländischen Studenten dar, die in den Bestimmungen der Militärregierung über die »DP-Studenten« keine Beachtung fanden. Die Universität Bonn setzte sich nachdrücklich für diese »fähige[n], wissensdurstige[n] junge[n] Leute« aus 19 verschiedenen Nationen ein und bat um die Erlaubnis, zusätzlich zu den 250 Studienplätzen für Balten und Polen weitere 100 Studienplätze für andere, meist süd- und osteuropäische, Nationalitäten einrichten zu dürfen, vgl. [Universität Bonn], Briefentwurf, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II). Offenbar aber mussten diese anderen Nationalitäten wie deutsche Bewerber gezählt werden, vgl. Protokoll der Senatssitzung, 13. Dezember 1945, in: UA Bonn UV Senat 33/1. Vgl. auch Hochschulkonferenz Göttingen (26./27. September 1945), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 79f.; Hochschulkonferenz Bünde i.W. (17./18. Dezember 1945), in: ebd., S. 103.

20 Zum Vorschlagsrecht der Nationalvertretungen, vgl. [Universität Bonn] an das Litauische Komitee Detmold, 21. Januar 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II); Schröder (wie Anm. 14), S. 278. Anträge auf Zulassung, die die Hochschulen bereits direkt von Verschleppten oder Kriegsgefangenen entgegengenommen hatten, mussten an die Militärregierung weitergeleitet werden, vgl. Walker (HQ Military Government North Rhine Province) an Oberpräsident North Rhine Province, 9. November 1945, in: HA Aachen; Hochschulkonferenz Göttingen (26./27. September 1945), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 79f.; Hochschulkonferenz Bünde i.W. (17./18. Dezember 1945), in: ebd., S. 79 f., 103.

21 Schröder (wie Anm. 14), S. 278. Allerdings war schon im November 1945 präzisiert worden: »Studenten müssen Kenntnis des Deutschen haben«, vgl. HQ Military Government North Rhine Province an den Oberpräsident North Rhine Province, 16. November 1945, in: HA Aachen.

22 Für die Hochschulen in der britischen Zone wurden die für DPs zu reservierenden Studienplätze wie folgt festgelegt (Polen/Balten): Bonn 150/100, Köln 90/60, Hamburg 135/95, Kiel 90/60, Münster 65/45, Brunswick Technical School 60/40, Hannover Technical 36/24, Düsseldorf 42/28, Hannover Veterinary 21/14, vgl. Brownbridge (Chief Welfare Officer UNRRA HQ) an Corps District Welfare Officers, 21. Februar 1946, in: United Nations Archives S-0405-0010-02. Damit standen zu Beginn 60% der Studienplätze polnischen DPs zur Verfügung, 40% den baltischen DPs, später veränder-

tauer, Letten und Esten immatrikuliert. Zum Sommersemester 1946 stieg ihre Zahl auf 315 an und erreichte im Wintersemester 1946/47 mit 348 Studenten ihren höchsten Stand. Noch im Winter 1948/49 wurden 303 DPs gezählt²³. Angesichts der heutigen Massenuniversitäten vermögen wir über diese Zahlen zu lächeln. Damals aber stellten die Displaced Persons dank der Quote ca. 10% der Bonner Studentenschaft.

Diese Quotenregelung brachte eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich. Mal war der vorgeschriebene Prozentsatz zu hoch, mal zu niedrig, um dem Bedarf der DPs gerecht zu werden. In Hamburg war der Andrang polnischer Studenten so groß, dass ein numerus clausus für die polnischen Bewerber eingeführt wurde²⁴. In Clausthal wiederum hatte die Hochschule aufgrund geringer Bewerberzahlen alle Kandidaten aus Reihen der Displaced Persons aufnehmen müssen, also auch solche, »die gar nicht das Deutsche beherrschen und daher in den Prüfungen notwendigerweise versagen müssen.«²⁵ Auch in Bonn waren im ersten Semester einige Plätze frei geblieben²⁶. Dies änderte sich aber rasch. Schon im Mai 1946 musste die Universität die Kontroll-Kommission und das Hauptquartier der UNRRA bei der Kontroll-Kommission bitten, von weiteren Studiengenehmigungen für das laufende Semester abzusehen²⁷. Sie achtete fortan auch peinlich darauf, dass das Studium der DPs mit fest definierten Anforderungen verbunden war. So war es beispielsweise nicht möglich, lediglich für Prüfungen an die Universität Bonn zu kommen, ohne zuvor dort immatrikuliert gewesen zu sein: »Für Displaced Persons bestehen in Bonn zur Ablegung der Examen (Diplom, Promotion usw.) keine

te sich das Verhältnis zugunsten der Balten. Für Bonn wurden entsprechend 150 Plätze für Polen veranschlagt, je 35 für Litauer und Letten und 30 für Esten, vgl. »Ausländische Studenten der Universität Bonn im Wintersemester 1945/46«, 18. März 1946«, in: UA Bonn UV 69/338. Allerdings gab es auch jugoslawische und ukrainische DP-Studenten in Bonn, vgl. Chairman of the DP-Students Camp Committee an den Rektor der Universität Bonn, 16. März 1947, in: Universitätsarchiv Bonn UV 69/176 (II).

23 Vgl. »DP-Studenten an der Uni Bonn, Ordentliche und Gasthörer«, WS 1945/46–WS 1948/49, in: UA Bonn UV 69/55. Eine alphabetische Liste der Bonner DPs für das SS 1946 findet sich etwa im HStA, vgl. »Verzeichnis der DP-Studenten mit Immatrikulationsdaten«, in: HStA NW 25 Nr. 155 (I).

24 Vgl. Hochschulkonferenz Hamburg (22./23. April 1947), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 326.

25 Ebd., S. 326.

26 Von den 250 reservierten Plätzen waren noch 75 frei, und zwar 48 für Polen, 9 für Litauer, 11 für Letten und 7 für Esten, vgl. »Ausländische Studenten der Universität Bonn im Wintersemester 1945/46«, 18. März 1946, in: UA Bonn UV 69/338. Die Universität Bonn trat daraufhin an die jeweiligen Nationalkomitees heran und bat um Auffüllung dieser Plätze, vgl. etwa [Universität Bonn] an das Litauische Komitee Detmold, 21. Januar 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

27 Vgl. Konen (Universität Bonn) an Militärregierung Bonn, 25. Mai 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

Sonderbestimmungen. Es gelten für sie im wesentlichen die gleichen Bedingungen wie für die deutschen Studenten, die vor dem Abschlussexamen mindestens zwei Semester hier immatrikuliert sein müssen.«²⁸

Was studierten die unfreiwilligen Gäste? Auch wenn sich eine Reihe von Studenten für philologische Fächer einschrieb, zeigt die Aufteilung der DP-Studenten nach Fakultäten und Fächern doch, dass sie sich tendenziell stärker für eine medizinische Ausbildung interessierten, gefolgt von natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Von den 175 DP-Studenten, die im Wintersemester 1945/46 an die Universität Bonn kamen, entschieden sich allein 63 für das Studium der Medizin, 26 für Ökonomie, 15 für Philologie, aber nur jeweils einer für Kunstgeschichte oder Musik²⁹. Noch ein Jahr später bildete die medizinische Fakultät 44% aller Bonner DP-Studenten aus, die beiden theologischen Fakultäten gemeinsam hingegen nur 1,65%³⁰. Ein ähnlich starkes Interesse an naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern, an »handfesten« Berufen lässt sich in der Nachkriegszeit auch bei deutschen Studenten konstatieren³¹. Die Displaced Persons trafen ihre Wahl zudem vor dem Hintergrund ihres Emigrationswunsches: Wirtschaftswissenschaftliche Fächer verhießen die Chance zum Wiedereinstieg in normale gesellschaftliche Verhältnisse, zum Wiederaufbau einer Existenz. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse schienen von Vorteil, weil sie in andere Sprachen und Länder transferierbar waren. Geisteswissenschaftliche wie juristische Studien

28 Konen an die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz, 2. November 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Vgl. die entsprechende Umfrage: Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz an die Rektoren der in der Britischen Zone gelegenen Hochschulen, 24. Oktober 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

29 Ferner studierten 15 Chemie, 14 Pharmazie, 14 Landwirtschaft, 10 Jura, 6 Mathematik, 4 Physik, 3 Dentistik, 2 katholische Theologie und einer Gedodäsie, vgl. »Ausländische Studenten der Universität Bonn im Wintersemester 1945/46«, 18. März 1946, in: UA Bonn UV 69/338. Der Frauenanteil unter den DP-Studenten lag zur gleichen Zeit bei 30%, fiel danach aber allmählich auf 20% ab, vgl. »DP-Studenten an der Uni Bonn, Ordentliche und Gasthörer«, WS 1945/46–WS 1948/49, in: UA Bonn UV 69/55.

30 Vgl. »D.P.-Studenten im Wintersemester 1946/47«, 2. September 1946, in: UA Bonn UV 69/338. Und dies, obwohl die 10%-Quote sich nicht auf die Gesamtzahl der Studierenden bezog, sondern auf jede Fakultät getrennt Anfindung sollte, vgl. Military Government Education Control Instruction No. 27, 1. November 1945, in: HA Aachen. Offenbar wurde diese Regelung anfangs aber nicht beachtet und konnte sich erst in späteren Erlassen durchsetzen, vgl. Hochschulkonferenz Bad Driburg (14. Februar 1947), Hochschulkonferenz Hamburg (22./23. April 1947), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 266, 327.

31 Zur Medizin vgl. etwa IA&C Division Military Government Instruction No. 121 (also known as Education Control Instruction No. 78), 16. Oktober 1946, in: UA Bonn UV 69/338.

hingegen waren womöglich zu eng an den deutschen Kultur- und Rechtsraum gebunden, um damit in anderen Ländern einen Arbeitsplatz finden zu können³².

Wo genau die DP-Studenten in Bonn untergebracht waren, lässt sich im Detail nicht rekonstruieren. Üblicherweise sollte den DP-Studenten erlaubt werden, eine Abteilung ihres ehemaligen oder eines nahegelegenen Lagers als Studentenwohnheim zu belegen³³. Offenbar beherbergten Lager in der Moltke- und in der Mozartstraße einige DP-Studenten³⁴, auch in den ehemaligen Kasernen in Duisdorf waren zeitweise polnische Studenten untergebracht³⁵. Der Großteil der Studenten scheint im Oberkasseler Ernst-Kalkuhl-Gymnasium gelebt zu haben. Das geht aus einem Brief hervor, den die DP-Studenten im März 1947 an den Rektor der Universität und das Britische Rote Kreuz richteten, um einen Umzug von Oberkassel ins fast 40 Kilometer entfernte Brauweiler (bei Pulheim, nordwestlich von Köln) und damit »the almost complete cutting off«³⁶ der DP-Studenten von der Universität Bonn zu verhindern. Zu weit sei von dort die Anreise (unter den damaligen Verkehrsverhältnissen geschätzte 6 Stunden pro Strecke), zu hoch die Anforderung des Studiums, um Stunden auf Sammeltransporte warten zu können, und zu unterschiedlich der Stundenplan der einzelnen Studenten, um Sammeltransporte überhaupt sinnvoll durchzuführen. Stattdessen schlugen die DP-Studenten sieben Orte in Bonn und Umgebung vor, die ihnen für eine Unterbringung geeigneter erschienen, und zwar in der Argelanderstraße, in der Koblenzerstraße 104, in der Körner-

32 Vgl. Proudfoot (wie Anm. 12), S. 431; Jaroszy ska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 47, S. 57; für Münster Schröder (wie Anm. 14), S. 281. Jura war auch insofern ein Sonderfall, weil das Referendarexamen für die meisten (auswanderungswilligen) DPs uninteressant war und nur das Dokorexamen für sie in Frage kam, vgl. Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät an den Rektor der Universität Bonn, 26. Juli 1949; ähnlich Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 88.

33 Vgl. Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 82; »Anweisung Nr. 8 vom 9. April 1947, hrsg. vom Hauptquartier der Kontrollkommission für Deutschland«, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II); Zonal Executive Offices, Control Commission for Germany (British Element), Zonal Executive Instruction No. 83, 16. Mai 1949, in: HStA NW 41 Nr. 543; Spezielle UNRRA Studentenwohnheime sind etwa aus Frankfurt, Erlangen, Marburg und Heidelberg bekannt, vgl. M.V. Ambrose, Educational and Recreational Activities Report in UNRRA D.P. Camps in Germany and Austria (ERO No. 13), 26. Oktober 1946, in: United Nations Archives S-1021-0019-04, S. 5.

34 Vgl. Universität Bonn, Sekretariat, an Leiter des D.P.-Camps Moltkestraße, 8. September 1949, 20. September 1949; Universität Bonn, Sekretariat, an Leiter des D.P.-Camps Mozartstraße, 12. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

35 Vgl. Brief an den Town-Major von Bonn, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II). Sie wurden am 16. Juli 1946 von den polnischen DPs geräumt, vgl. Bettina Bab, Displaced Persons. »Entheimatete Personen im Duisdorfer Ausländerlager« in: Bonner Geschichtswerkstatt, Hg. (wie Anm. 4), S. 75–80.

36 Chairman of the DP-Students Camp Committee an Rektor der Universität Bonn, 16. März 1947, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

straße 3 und 12, in den Baracken auf dem Venusberg oder in Duisdorf, sowie im Ramersdorfer Schloss bzw. – wie gehabt – im Lager Oberkassel. Was aus diesen Vorschlägen im einzelnen geworden ist, ist leider nicht mehr nachzuvollziehen. Doch spricht einiges dafür, dass später von Brauweiler aus tatsächlich nur die Verwaltung und Versorgung der Bonner (und Kölner) DP-Studenten erfolgte, nicht aber ihre eigentliche Unterbringung³⁷.

Das Alltagsleben der DP-Studenten und ihre Integration in den studentischen Alltag ist aus den wenigen erhaltenen Akten schwer zu rekonstruieren. Allenfalls die *Bonner Universitäts-Zeitung*, die seit Mai 1946 alle zwei Wochen erschien, berichtete ab und an über die ausländischen Kommilitonen. Sie beschränkten sich demnach keineswegs darauf, ihr Studium rasch zu absolvieren und dann schnellstmöglich das ungeliebte Gastland zu verlassen, sondern brachten sich und ihre Nationalkulturen ins Universitätsleben ein. Im Oktober 1946 etwa luden sie zu einem Bunten Abend in den Theatersaal des Studentenheimes ein. Von dem geselligen Abend erhoffte sich der Vorsitzende des »Vereins ausländischer Studenten« nichts Geringeres als einen »Beitrag zur Völkerverständigung³⁸. In dem mit Fahnen vieler Länder farbenprächtig ausgeschmückten Theatersaal boten estnische, lettische und litauische Künstler, »teilweise von internationalem Ruf³⁹, vor den Augen der Bonner Dozenten und Studenten, aber auch Vertretern der Militärregierung ein Programm vornehmlich klassischer Komponisten dar.

»Neben Liszt, Chopin, Gounod und Mozart kamen besonders auch Werke baltischer und nordischer Komponisten zur Aufführung, die ein eindrucksvolles Bild von der Mentalität der baltischen Völker hinterließen. Ein begeistertes Publikum forderte immer wieder Zugabe und dankte durch starken Beifall und ein wahres Blumenmeer. [...] Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit, sich persönlich mit den Künstlern zu unterhalten und versäumten es nicht, der Aufforderung zum Tanze Folge zu leisten.«⁴⁰

37 Vgl. Josef Wißkirchen, Stadt Pulheim. Geschichte ihrer Orte von 1914 bis zur Gegenwart, Köln 1992 (Sonderveröffentlichung des Vereins für Geschichte und Heimatkunde e.V. Pulheim 7), S. 262 Anm. 28; Schröder (wie Anm. 3), S. 190f., S. 194. Vgl. auch Chairman of the DP-Students Camp Committee an Rektor der Universität Bonn, 16. März 1947, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Nach einer russischen Quelle gehörten im Januar 1949 vier DP-Lager zum DP-Sammelbereich Brauweiler: die Studentenhäuser Köln, Bonn und Aachen sowie Brauweiler selbst, vgl. Polian (NS-Dokumentationszentrum Köln) an Lutz (HA Aachen), 24. Juli 2001, in: HA Aachen. Die Tagesordnungspunkte des Senates erwähnen ferner eine eigene »Polen-Mensa« in Bonn, vgl. Senatsprotokoll der Philosophischen Fakultät, 21. Dezember 1945, in: UA Bonn Senat 33/1. Spezielle Studienräume waren für die Studenten der Rechtswissenschaften vorhanden, vgl. Brief an den Town-Major von Bonn, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II).

38 »Baltische Künstler spielen für Studenten«, in: Bonner Universitätszeitung [BUZ] Nr. 7 (18. Oktober 1946), S. 10.

39 Ebd.

40 Ebd.

Auch anlässlich des 29. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Litauens, dem 16. Februar 1947, boten die litauischen Studenten ihren Kommilitonen ein kulturelles Programm dar und gaben mit Auftritten eines gemischten Chores, mit Volkstänzen und Solisten »ein eindrucksvolles Bild von der Mentalität und dem Leben des litauischen Volkes«⁴¹. Wie ihre Landsleute in den DP-Lagern oder den DP-eigenen Bildungseinrichtungen hielten sie auf diese Weise ihre bedrängten Nationalkulturen lebendig⁴². In einer Zeit, in der die baltischen Länder ihre Selbständigkeit durch die sowjetische Okkupation verloren hatten, geriet die kulturelle Selbstvergewisserung allerdings rasch zu einer politischen Demonstration. Auch beim Auftritt der Bonner DPs schwangen politische Untertöne mit: Die Sehnsucht nach der Heimat und der Ruf nach Freiheit, so heißt es in der Universitätszeitung, seien besonders in den Liedern, an welchen Litauen so überreich sei, zum Ausdruck gekommen⁴³. Ein historischer Vortrag erinnerte an das »starke Aufblühen Litauens während seiner Unabhängigkeit von 1918 bis 1940«. Das Mitgefühl der Bonner Alma Mater, behauptete zumindest der Dekan der philosophischen Fakultät, sei den litauischen Studenten sicher.

Inwieweit sich die Displaced Persons über dieses kulturelle Engagement hinaus zu einer besonderen Interessengemeinschaft zusammenschlossen und vereinsmäßig organisierten, bleibt ungewiss. An der Universität Göttingen existierte seit Oktober 1945 eine »Polnische Studentenvereinigung«⁴⁴, in Braunschweig entstand eine »brüderliche Hilfe der polnischen Studenten an der TH Braunschweig«⁴⁵, in München schlossen sich jüdische DPs zum »Verband der jüdischen Studenten der Überlebenden des Naziregimes«⁴⁶ zusammen und in Mainz hatten ausländische Studenten aus dem europäischen Osten im November 1947 die »DP Studenten-

41 »Litauisches Unabhängigkeitsfest«, in: BUZ Nr. 17 (19. März 1947), S. 9.

42 Vgl. Damman (wie Anm. 9), S. 113; Harding (wie Anm.9), S. 164; Markus (wie Anm.7), S. 194; Jaroszy ska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 60f.; Wyman (wie Anm. 6), S. 156–177; Wynar (wie Anm.11), S. 326f.; »Freie ukrainische Universität in München«, in: GUZ 3 (24. September 1948), Nr. 20.

43 Vgl. »Litauisches Unabhängigkeitsfest«, in: BUZ Nr. 17 (19. März 1947), S. 9.

44 Vgl. »Studentische Gruppen XXV«, in: GUZ 3, Nr. 10 (23. April 1948). Zu ihren Aufgaben gehörten »Hilfe für die Mitglieder und zwar in materieller, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht, Pflege der akademischen Tradition, Organisation des Kultur- und Bildungslebens innerhalb und außerhalb der Vereinigung, Gestaltung des geselligen Lebens im Sinne internationaler Verständigung.« Allein im WS 1947/48 veranstalteten sie fünf Konzerte.

45 Vgl. Liedke (wie Anm. 7), S. 194.

46 Vgl. Wetzel (wie Anm. 7), S. 306–313, Juliane Wetzel, »Mir szejnen doh«. München und Umgebung als Zuflucht von Überlebenden des Holocaust 1945–1948, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 327–364, S. 346, Krönig (wie Anm. 9), S. 55.

Union« gebildet⁴⁷. In diesem Rahmen seien auch die »Polish Catholic University Association ›Veritas« und der »Baltische Christliche Studentenbund« erwähnt⁴⁸. In Bonn bildeten die Displaced Persons offenbar einen Teil des »Vereins ausländischer Studenten«, der mit zwei Studenten im ASTA vertreten war⁴⁹, scheuten sich nicht, gemeinsam für ihre Belange bei Oberbürgermeister und Stadtrat einzutreten⁵⁰ und blieben über die Bonner Universitätszeitung auch über die Situation ihrer DP-Kollegen an anderen Bildungseinrichtungen informiert⁵¹.

Der Bonner Rektor Heinrich Konen wusste seinen Kollegen auf der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz denn auch nur Gutes über seine Bonner DP-Studenten zu berichten: »Sie wohnten zusammen und fügten sich sehr gut ein.«⁵² Anders als etwa der Rektor in Clausthal, der darüber klagte, dass die Displaced Persons an seiner Bergakademie »in jeder Weise eine Sonderstellung«⁵³ einnähmen und auch an den Semestralprüfungen nicht teilnahmen, berichtete Konen: »Im ganzen waren die DPs sehr fleißig und im Examen recht gut, allerdings nur bei genügenden deutschen Sprachkenntnissen und der nötigen Vorbildung.«⁵⁴ Die gelungene Integration und hohe Leistungsbereitschaft der in Bonn studierenden DPs führte Konen auf eine Bonner Besonderheit zurück: Die Universität Bonn hatte mit Zustimmung der britischen Militärregierung zwei ihrer Dozenten zu DP-Tutoren ernannt – und ließ sie unter den polnischen Displaced Persons wohnen.

47 Vgl. »DP Studenten-Union«, in: BUZ Nr. 28 (25. November 1947), S. 10.

48 Vgl. Jaroszy ska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 58; Jāzeps Urdze, Der Baltische Christliche Studentenbund, in: Baltisches Jahrbuch (1984), S. 53f.; Austrā, [Nachruf auf] Jazeps Urdze (1909–1985), Paulis Urdze (1920–1985), in: Baltisches Jahrbuch (1985), S. 168–174, S. 169f.; Edmunds Hofmanis, Einige Gedanken über die Anfangsjahre des Baltischen Christlichen Studentenbundes, in: Baltisches Jahrbuch (1987), S. 92–102.

49 Vgl. »Die ›neue Regierung«, in: BUZ Nr. 37/38 (11. Juni 1948), S. 3. In einem Brief des AStA an den Rektor ist sogar von einem eigenen AStA-Vertreter der DP-Studenten die Rede, vgl. AStA Bonn an den Rektor der Universität Bonn, 30. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

50 So protestierten sie gegen eine Unterbringung in Brauweiler und die Haltung der Stadtvertretung in der Erneikeil-Frage, vgl. Chairman of the DP-Students Camp Committee an Rektor der Universität Bonn, 16. März 1947, in: UA Bonn UV 69/176 (II); DP Students of the Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn an den Bürgermeister der Stadt Bonn, 16. Juni 1948, in: UA Bonn UV 069/176 (II).

51 So berichtete die BUZ u.a. über einen Hungerstreik der baltischen UNRRA-Studenten der Universität Heidelberg anlässlich des Beginns der Moskauer Konferenz und die mögliche Verlegung der baltischen Universität bei Hamburg nach Eastport, vgl. »In den Hungerstreik getreten«, in: BUZ Nr. 18 (6. Mai 1947), S. 9; »Baltische Universität nach den USA?«, in: BUZ Nr. 29/30 (15. Dezember 1947), S. 16.

52 Hochschulkonferenz Hamburg (22./23. April 1947), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 327.

53 Ebd., S. 326.

54 Ebd., S. 327.

Diese beiden, ein Russe und ein Pole, mit den slawischen Sprachen und dem Unterrichtswesen der östlichen Länder bestens vertraut, waren verantwortlich für alle Belange der DPs. Sie hatten zusammen mit einer Prüfungskommission des polnischen DP-Gymnasiums Köln-Mühlheim das Vorwissen der ausländischen Studenten zu prüfen, da es den Displaced Persons und insbesondere den polnischen DPs oftmals an schriftlichen Nachweisen über ihren bildungsmäßigen Werdegang, an Zeugnissen und Studienbüchern, mangelte und Übersetzungsschwierigkeiten auftraten⁵⁵. Sie sorgten für die Unterbringung und hielten durch regelmäßige Kontrollen ein wachsameres Auge auf den Studienverlauf ihrer Schützlinge⁵⁶.

Konens Bericht darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Displaced Persons auch in Bonn keine gern gesehenen Gäste waren. Die DP-Studenten wurden in Konflikte hineingezogen, die sich aus dem konflikträchtigen Zusammenleben zwischen Bonner Bevölkerung und Displaced Persons ergaben. Ein gewisser Neid über die vergleichsweise gute Versorgung der ehemaligen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, Besorgnis über die vermeintlich hohe Kriminalität der DPs, die Überreste einer fremdenfeindlichen Mentalität, wie sie in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Propaganda befördert worden war, und verdrängte Schuldgefühle vermischten sich zu einer zuweilen aggressiven Stimmung, die sich immer wieder in Auseinandersetzungen zwischen der Bonner Bevölkerung und den Displaced Persons entlud⁵⁷.

55 Vgl. [Universität Bonn], Briefentwurf, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II). Im Sommer 1946 beschloss die fünfte Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz dann eine »Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise« einzurichten und sie u.a. mit der Begutachtung von DP-Zeugnissen zu betrauen, vgl. Hochschulkonferenz Bünde i.W. (16. August 1946), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 215; Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise an die Kultusministerien und Innenministerien der deutschen Länder der drei Westzonen, 12. April 1948, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 130. Zur eingeschränkten Anerkennung von Reifezeugnissen, die an DP-eigenen Gymnasien abgelegt wurden, vgl. Kultusminister NRW an alle Universitäten, Hochschulen und Pädagogischen Akademien des Landes NRW, 27. August 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

56 Vgl. Brief an den Town-Major von Bonn, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II).

57 In Bonn hatten neben Überfällen im Kottenforst, Racheakten an früheren Arbeitgebern und Einbrüchen in Gehöften v.a. die Ermordung dreier Patres und einer Nonne auf dem Kreuzberg für Aufsehen gesorgt, die eigene Schuld an der Existenz des DP-Problems und die missliche Lage der DPs wurde meist verdrängt. Tatsächlich lag die Kriminalitätsrate der DPs kaum über der deutschen. Für Bonn vgl. Bab (wie Anm. 35), S. 76–80. Für die weitere Umgebung vgl. etwa Wißkirchen (wie Anm. 37), S. 218f., S. 223, S. 256–259. Zur Einordnung der Vorfälle vgl. Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 46–53, S. 209–218, Wagner (wie Anm. 9), S. 8f., S. 74–76, Wyman (wie Anm. 6), S. 167–169. Dass die Ressentiments der Deutschen in der Regel stärker gegen Polen als gegen Balten gerichtet waren, betonen Schröder (wie Anm. 3), S. 197, Wagner (wie Anm. 9), S. 65, S. 80, Wyman (wie Anm. 6), S. 127f.

Im Sommer 1948, als die Militärregierung erwog, Displaced Persons in die Gebäude der ehemaligen Ermeikeilkaserne und damit ins Zentrum der dichtbesiedelten und von Wohnraumbeschlagnahmung ohnehin stark gebeutelten Stadt zu verlegen, brach in der Stadtvertretung ein Sturm der Entrüstung los. Parteiübergreifend nahmen die Stadtverordneten gegen eine solche Einquartierung in der Südstadt Stellung. Die Bevölkerung von Bonn und Umgebung habe, so hieß es mit Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit in einer außerordentlichen Sitzung, »noch gut die unglückselige Zeit in Erinnerung, in der die [damals] in der Duisdorfer Kaserne untergebrachten displaced Persons plündernd und mordend durchs Land zogen.«⁵⁸ Sie hätten die Bonner »eine lange Zeit gequält, Bonns Nachbargebiete gefährdet.« Die Rede war von »Asozialen« und »sogenannten« Zwangsverschleppten. Von »heilige[m] Zorn« übermannt ließen sich die Stadtverordneten zu regelrechten Drohgebärden hinreißen. »Wir werden gegebenenfalls weniger um den Schutz der Bevölkerung zu kämpfen haben«, ließ sich ein Stadtverordneter vernehmen, »als um den Schutz dieser Banden, denn die Bevölkerung wird es sich nicht mehr gefallen lassen, daß Frauen nicht nach 8 Uhr abends auf die Straße gehen können und daß diese Banden die uns benachbarten Landkreise, die zu uns gehören, ausrauben.« Ein anderer Stadtverordneter mahnte: »Unsere Bürger sind kein Freiwild für lästige Ausländer und wir lassen es nicht zu, daß man sie uns zusammenschlägt wie rüdische Hunde.«

Besonders empört zeigten sich die Bonner deshalb, weil die Gebäude der Ermeikeilkaserne schon seit einiger Zeit verplant gewesen waren: sie sollten nach ihrer Freigabe den Bonner Schulen zur Verfügung gestellt werden, die durch die Kriegszerstörungen viel Unterrichtsraum eingebüßt hatten und nur unter schwierigen Bedingungen ihren Unterricht hatten fortsetzen können. Sollten nun die dringend benötigten Unterrichtsräume für diese »Landplage« Verwendung finden? Hatte die Unterbringung »arbeitsscheuer Elemente«, »heimat- und bodenfremde[r] Horden« Vorrang vor der Erziehung der deutschen Jugend? Müsse man nicht bei dem Gedanken verzweifeln, »dass die Stadt Bonn als Kulturzentrum des Westens noch einmal zum Tummelplatz lichtscheuer Elemente werden soll«? Werde nicht der Zustrom von Touristen in die Fremdenverkehrsstadt Bonn verebben, »wenn bekannt werde, daß die Stadt in Zukunft diese Räuber und Verbrecher in ihren Mauern beherbergt«? Sei es »zu verantworten, in der in allen Erdteilen bekannten Beethovenstadt, der Pflegestätte weltbedeutender wissenschaftlicher Forschung und Kultur, der Stadt der Universität und anderer beachtlicher Unterrichts- und Bildungsinstitute [...] die Kasernierung heimat- und arbeitsloser Menschen vorzunehmen?« In Zeiten des Kalten Krieges und der Umorientierung nach dem Dritten Reich verbanden sich schließlich kulturkämpferische mit politischen Motiven. In

58 Niederschrift über die außerordentliche Sitzung der Stadtvertretung am Sonntag, dem 6. Juni 1948, um 12 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses, Bottlerplatz, in: Stadtarchiv Bonn Pr 9/317. Alle folgenden Zitate ebd.

einer Zeit, in der das Land von Reden und Schriften widerhallte, »daß die westliche Kultur gegen den Osten geschützt werden müsse und daß alle zusammen helfen müßten zu diesem Ziel. Auch wir Deutschen«, schien den Stadtverordneten die Einquartierung der (osteuropäischen) DPs schlicht undenkbar. Die Verlegung der Displaced Persons in die Ermeikeilkaserne wurde zum »Prüfstein«⁵⁹ für die ehrlichen Absichten der drei westlichen Besatzungsmächte gegenüber Westdeutschland stilisiert – mit Erfolg, denn die geplante Verlegung in die Ermeikeilkaserne wurde nicht umgesetzt⁶⁰.

Die Debatte, die nicht nur in den Sitzungen der Stadtvertretung, sondern auch in den Lokalzeitungen geführt wurde⁶¹, hinterließ gerade unter den DP-Studenten ihre Spuren. Sie fühlten sich durch die Bemerkungen der Stadtrepräsentanten verletzt. In einem Schreiben an den Bonner Stadtrat beklagten sie den »spirit of intolerance and hatred«⁶², der in den Verlautbarungen der Stadtvertreter zum Ausdruck gekommen sei. »We fail to see how this demonstration can possibly serve the general efforts of all civilized nations to build up a peaceful world.«⁶³ Punkt für Punkt versuchten sie, die Vorwürfe der Stadtverordneten zu widerlegen. Insbesondere setzten sie sich gegen die kollektive Verurteilung der Displaced Persons zur Wehr. Wie konnten die Deutschen, die nach dem Kriege leidenschaftlich gegen die Kollektivschuldthese ankämpften, nun bereitwillig mehr als eine Million Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern über einen Kamm scheren und sie mit einzelnen Kriminellen gleichsetzen, mit denen sie oft nicht mehr verband als die Bezeichnung »DP«?

»Do not these remarks show an extreme exaggeration, which has grown on the grounds of hatred? Since March 1946 as foreign students of the Rheinische Friedrich-Wilhelms-University in Bonn we have had many opportunities to meet German students and teachers and many German people living in Bonn have since become close friends of ours. This peaceful co-operation has helped to overcome all inhuman hardness and tragic memories under which our nations have been suffering during the war under the German Regime in those days.«⁶⁴

59 Ebd.

60 Vgl. »Wendung zum Guten«, in: Rheinische Zeitung (12. Juni 1948); Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, dem 10. Juni 1948, um 17 Uhr, im Sitzungssaal des Stadthauses, Bottler-Platz, in: Stadtarchiv Bonn Pr 9/137.

61 Vgl. etwa »Bonn will keine landfremden Nichtstuer«, in: Rheinische Zeitung (9. Juni 1948); »Ein Prüfstein für die Besatzungsmacht«, in: Rheinische Zeitung (9. Juni 1948). Dort findet sich auch der Text der gemeinsamen Entschließung der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung, vgl. »Verschonen Sie diese Stadt vor einem Unheil«, in: Rheinische Zeitung (9. Juni 1948).

62 DP Students of the Rheinische Friedrich-Wilhelms-University in Bonn an den Bürgermeister der Stadt Bonn, 16. Juni 1948, in: UA Bonn UV 069/176 (II).

63 Ebd.

64 Ebd.

Dem Stadtrat war in seiner Entrüstung über die kulturlosen, »landfremde[n] Nichtstuer«⁶⁵ offenbar entgangen, dass Bonn seit nunmehr drei Jahren eine nicht zu unterschätzende Anzahl angehender Akademiker aus den osteuropäischen Ländern beherbergte. Er entschuldigte sich bei den DP-Studenten: Man habe nicht beabsichtigt, »to insult peaceful hard-working DP students in Bonn«⁶⁶. Ob sich auch der Vorsitzende der demokratischen Hochschulgruppe zu einer Entschuldigung durchrang, bleibt ungewiss. Der intolerante Ton seiner Proteste gegen die Unterbringung von Displaced Persons in der Ermekeilkaserne hatte jedenfalls den Unwillen des britischen *Education Control Officer* Kirk erregt. Als verantwortliches Mitglied der akademischen Gemeinschaft könne es nicht sein Wunsch sein, die Anstrengungen von Rektorat, Senat und Militärregierung um verbesserte Beziehungen zu akademischen Gemeinden außerhalb Deutschlands durch seine Bemerkungen zu konterkarieren. »The tone of your protest«, schrieb Kirk an den Vorsitzenden, »is to me as distasteful as ›Der Stürmer‹.«⁶⁷

Unterdessen hatte die Universität anderweitige Probleme zu lösen: Allein im Wintersemester 1945/46 hatte sie aufgrund der Studiengebühren- und Kolleggeldfreiheit der DP-Studenten Gebührenauffälle in Höhe von fast 34.000 RM zu beklagen⁶⁸. Wer sollte für die Kosten des DP-Studiums aufkommen? In der Erziehungs-Kontroll-Anweisung Nr. 27 hieß es dazu lediglich:

»DPs and PWX will not pay any fees. The Hochschule will, however, keep a record of DP and PWX students and of the fees which would normally have been due from them. Later instructions will be issued as to how the resulting debit in the books of the Hochschule will be met. It is not intended that Hochschulen should bear the cost themselves. Provision of funds for essential

65 Niederschrift über die außerordentliche Sitzung der Stadtvertretung am Sonntag, dem 6. Juni 1948, um 12 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses, Botterplatz, in: Stadtarchiv Bonn Pr 9/317.

66 Kirk (ECO) an Chairman (Demokratische Hochschulgruppe Universität Bonn), 31. Juli 1948, in: UA Bonn UV 069/176 (II).

67 Ebd. Schon zwei Jahre zuvor hatte sich ein deutscher Student verpflichtet gefühlt, seine Kommilitonen zu bitten, Menschen nicht mehr ausschließlich nach ihrer Nationalität zu beurteilen, sondern nach ihrem Charakter und ihren Fähigkeiten. Man müsse im Ausland »zuerst den Menschen sehen«. Ein deutscher Student etwa, »der mit dem polnischen Kommilitonen aus dem DP-Camp eine fachliche Frage diskutiert«, obwohl die polnische Regierung die deutschen Interessen angreife, habe bereits die richtige Haltung gefunden, vgl. Stud. Jur. Hans Oppenheimer, Über die deutsche Haltung anderen Völkern gegenüber, in: BUZ Nr. 3 (18. Juni 1946), S. 7.

68 Vgl. Rektor der Universität Bonn an den Oberpräsidenten der Nord-Rhein-Provinz, Abt. Kultur, 12. Juni 1946, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 155 (I). Die Belastung des Staates durch das DP-Studium wurde in der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz denn auch als Argument gegen eine allgemeine Schulgeld- und Kolleggeldfreiheit vorgebracht, vgl. Hochschulkonferenz Bad Driburg (12./13. Juni 1947), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 348.

expenses, incidental to normal student activities, will also be given favourable consideration.«⁶⁹

Später wurde dieser Abschnitt dahingehend eingeschränkt, dass die Gebührenfreiheit nicht gelte, wenn überzeugend nachgewiesen werde, dass die Studenten, ihre Eltern oder die für ihren Unterhalt gesetzlich verpflichteten Personen in der Lage seien, die Gebühren zu zahlen⁷⁰. Allerdings gab es weder in Bonn noch anderswo einen solchen Fall, so dass in der Praxis an der Gebührenfreiheit für DPs festgehalten wurde⁷¹. Die Frage, wer den Hochschulen die dadurch entstandenen Ausfälle erstatten würde, wurde über viele Jahre hinweg vertagt. Erst im Frühjahr 1952 konnte der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen den Hochschulen mitteilen, dass sich die britische Besatzungsmacht nach längeren Verhandlungen dazu bereitgefunden habe, die Kosten auf den britischen Besatzungshaushalt zu übernehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Ausfälle allein an der Universität Bonn auf beachtliche 146.692 DM summiert⁷².

Ähnlich schwierig gestaltete sich die Frage der Unterhaltszahlungen. Seit März 1946 erhielten die Bonner DP-Studenten auf Anweisung der Militärregierung eine Unterstützung von wöchentlich 43 RM, welche die Universität theoretisch bei übergeordneten Behörden reklamieren konnte⁷³. Doch auch diese Regelung warf

69 Military Government Education Control Instruction No. 27, 1. November 1945, in: HA Aachen.

70 Vgl. Zonal Executive Offices, Control Commission for Germany (British Element), Zonal Executive Instruction No. 83, 16. Mai 1949, in: HStA NW 41 Nr. 543. Schon 1947 hatte die Militärregierung angeordnet, dass DPs nunmehr die gleichen Gebühren zu zahlen hätten wie deutsche Studenten in gleichen Einkommensverhältnissen, vgl. Finance Section, Governmental Sub-Commission, HQ C.C.G. (BE) an All HQ Regions, 3. September 1947, in: HStA NW 89 Nr. 182, doch wurde diese Anweisung von den meisten Universitäten (auch Bonn) nicht zur Kenntnis genommen, vgl. die Korrespondenz in: HStA NW 25 Nr. 155 (II).

71 Vgl. Kultusminister NRW an den Finanzminister NRW, 27. Januar 1950, in: HStA NW 89 Nr. 182; Dundas-Grant (ECO Bonn), 22. November 1949, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II): »Die von den DP-Studenten ausgefüllten Vordrucke [...] sind sorgfältig geprüft worden und haben ergeben, dass sie die Gelder nicht zahlen können.«

72 Vgl. Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 15. April 1952, in: HStA NW 60 Nr. 1020.

73 Vgl. Public Expenditure Branch, Finance Division Main HQ, C.C. for Germany (BE) an HQ PWDP Division, Main HQ, 28. Februar 1946, in: HStA NW 25 Nr. 155 (I); Military Government, 210 Detachment Bonn an den Rektor der Universität Bonn, 9. April 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Tatsächlich blieb lange ungeklärt, wer die Mittel für die Unterhaltszahlungen letztlich bereitstellen würde. Die Universitäten erhielten zunächst Vorschussmittel aus dem Notstandshaushalt, um ihre Ausgaben zu decken, vgl. Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 18. März 1947, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Seit dem 1. Oktober 1948, also nach der Währungsreform, wurde der Betrag in gleicher Höhe in DM ausgezahlt. Er stellte eine Maximalsumme dar,

viele Fragen auf. Mussten die DP-Studenten zum Beispiel von dieser Beihilfe Beiträge zum *student welfare scheme* leisten?⁷⁴ Hatten sie nunmehr aus diesen Mitteln eigenständig die Studiengebühren und Kolleggelder zu bestreiten?⁷⁵ Konnte die Universität, wenn das nicht der Fall war, auch diese Gelder bei den genannten Stellen einfordern?⁷⁶ Und wer beglich die Prüfungsgebühren?⁷⁷ So technokratisch uns diese Fragen heute erscheinen wollen, für die mittellosen Displaced Persons waren sie von großer, wenn nicht entscheidender Bedeutung. An der Uni-

konnte aber nur mit Zustimmung der Militärregierung verringert werden, vgl. Chief PWDP Officer an N.N., o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (II).

- 74 Dazu die Militärregierung: »DP students are entitled to a grant from the University authorities and it is thought reasonable that students should pay from this any voluntary subscriptions to clubs etc. They should not, however, be compelled to subscribe to insurance schemes«, vgl. University ECO Bonn an Rektor der Universität Bonn, 9. April 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Im SS 1949 wurden die DP-Studenten in die Akademische Krankenkasse aufgenommen und zur Unfallversicherung gemeldet und mussten dafür wie die deutschen Studenten Sozialabgaben zahlen (ausgenommen Beiträge für den Wiederaufbau der Universität), vgl. Rektor der Universität Bonn an Botley bzw. an die Quästur, 18. März 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Mit Rücksicht auf die unerwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DP-Studenten im SS 1949 wurden ihnen die Sozialabgaben für das Akademische Hilfswerk und die Studentenbücherei erlassen, so dass sie lediglich die übrigen Sozialabgaben (u.a. für Krankenkasse, Unfallversicherung und Pflichtuntersuchungen) zu zahlen hatten, vgl. Rektor der Universität Bonn an die Universitätskasse, die Quästur, den Kommandanten des DP-Lagers und das Sekretariat, 28. Mai 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II).
- 75 Vgl. [Universität Bonn] an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Abteilung »Kultur«, 9. Juli 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II); Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Vermerk, 22. Juli 1946, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 155 (I).
- 76 Vgl. Rektor der Universität Bonn an den Oberpräsidenten der Nord-Rhein-Provinz, Abt. Kultur, 12. Juni 1946, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 155 (I).
- 77 Seit April 1949 wurden den DPs die Prüfungsgebühren unter Auflagen erstattet: »Der zu zahlende Betrag ist nur für einen Versuch bei jedem Examen bestimmt, das abzulegen ist, damit der Student in die Lage versetzt wird, den zur Zeit studierten Universitätsbildungsgang abzuschließen«, Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster u.a., 11. April 1949; Klauer an Botley, 12. April 1949, in: UA Bonn, UV 69/176 (II). Detaillierte Aufstellungen über die in Bonn anfallenden Prüfungsgebühren finden sich im Universitätsarchiv, vgl. etwa »Prüfungsgebühren der D.P.-Studenten im Sommersemester 1949«, Anhang zu: Rektor der Universität Bonn an die Ärztliche und zahnärztliche Vorprüfungskommission, u.a., 11. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I). Ebd. finden sich Bescheinigungen einzelner DPs über die Höhe der zu erstattenden Prüfungsgebühren –über sie ließe sich wohl ansatzweise die Zahl abgelegter Prüfungen und damit erfolgreicher Studien erschließen. Ob auch Promotionsgebühren erstattet werden sollten, blieb unklar und wurde erst am 2. August 1949 zugunsten der DPs geklärt, vgl. Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 2. August 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

versität Bonn unterblieb die Auszahlung der Unterstützungsgelder im Frühsommer 1946 volle 18 Wochen lang, »weil keine Mittel zur Verfügung standen und Zweifel herrschte, ob die Auszahlung fakultativ oder obligatorisch ist.«⁷⁸ Erst als die Militärregierung im Juli 1946 energisch nachhakte, kamen die Zahlungen in Bonn wie auch an anderen Universitäten der Nord-Rheinprovinz allmählich in Gang⁷⁹.

Besonders oft diskutiert wurde die Frage, ob die Unterstützungszahlungen auch in den Semesterferien fortgezahlt werden sollten. Mal hieß es seitens der Militärregierung, während der Ferien entfele der Anspruch der DP-Studenten auf die Beihilfen⁸⁰, mal bat sie mit dem Argument um Fortsetzung der Zahlungen, dass DP-Studenten anders als ihre deutschen Kommilitonen in den Ferien nicht nach Hause zurückkehren könnten, sondern in ihren Studentenunterkünften blieben und ihre Ausgaben sich folglich nicht veränderten⁸¹. Mitunter musste jeder einzelne DP-Student den Nachweis erbringen, dass er während der Semesterferien seinen wissenschaftlichen Studien nachging⁸². Die Bescheinigungen, die einzelne Profes-

78 [Universität Bonn] an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Abteilung »Kultur«, 9. Juli 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Vgl. Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Vermerk, 22. Juli 1946, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 155 (I). Die zu zahlenden Beträge beliefen sich inzwischen auf 216.720 RM. Selbst bei den ECOs sorgten die zahlreichen Erlasse zur finanziellen Seite des DP-Studiums inzwischen für Verwirrung und gingen mitunter auch ganz einfach verloren, vgl. Kurator der Universität Münster an die Kultusministerin NRW, 21. November 1949, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II). Dort, wo ECOs durch Trainingskurse auf ihr Aufgabenfeld vorbereitet wurden, wurden auch Fragen der DP-Studenten behandelt, vgl. Phillips, David: *The Work of the British University Officers in Germany*, in: Heinemann 1990a (wie Anm. 14), S. 11–40, S. 16–18. Meist aber blieb die Vorbereitung der ECOs auf ihren Job völlig unzureichend: »Mangels eigener Erfahrung oder Vorgabe löste jeder [ECO] die Aufgabe auf seine eigene Weise«, Heinemann 1990b (wie Anm. 14), S. XII.

79 Vgl. Walker (Deputy Regional Commissioner North Rhine Province) an die Rektoren der Universitäten Köln u.a., 4. Juli 1946, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

80 Vgl. Finanzministerium NRW an Universität Bonn, 19. August 1947; Brooker an die Universität Bonn, 13. April 1948; Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 11. April 1949, in: UA Bonn, UV 69/176 (II).

81 Vgl. Brooker (Chief PWDP Officer, Land PWDP Department, HQ Land NRW) an den Finanzminister NRW, 13. April 1948; Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 28. April 1948; Chief PWDP Officer an N.N., o.D. Danach herrschte sowohl bei der Universität als auch bei den DPs Verwirrung über die Sachlage, vgl. Kirk (ECO Bonn) an Chief Education Officer, HQ Land North Rhine-Westphalia, 15. April 1948; Universitätskasse und Quästur an Rektor der Universität Bonn, 23. Juli 1948; Finanzminister NRW an Universität Bonn, 23. Juli 1948, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

82 So hieß es etwa im August 1949, »daß die monatlichen Unterstützungen auch während der Ferien an solche Studenten gezahlt werden können, die im Staatsexamen stehen und an Doktoranden, wenn sie während dieser Zeit zum Zwecke ihrer Studien an der Aka-

soren und Fakultäten dementsprechend für die DP-Studenten ausstellten, stellen einen Großteil der Bestände, die über die DP-Studenten in Bonn überhaupt noch erhalten sind⁸³.

In verschiedenen Etappen verschärften sich die Bestimmungen, die das Universitätsstudium der Displaced Persons regelten. Zunächst gab die UNRRA, die im Frühjahr 1946 die Zuständigkeit für das DP-Erziehungswesen von der Militärregierung übernommen hatte, im Sommer 1946 einen »Plan für das Studium zwangsverschleppter Personen« heraus, der das Zulassungsverfahren schematisierte und genauere Richtlinien für die Auswahl weiterer DP-Studenten benannte:

- a) DP, die als repatriierbar anzusehen sind, müssen einen triftigen Grund nachweisen, weshalb sie zum Zwecke ihres Studiums in Deutschland bleiben müssen.
- b) Alle deutschen Studenten, die eine Universität besuchen, müssen das Abitur haben. DP Bewerber müssen einen diesem vergleichbaren Bildungsstand erreicht haben und hierfür Beweise beibringen.
- c) Bewerber, die die deutsche Sprache nicht fließend beherrschen, werden nicht berücksichtigt.⁸⁴

Darüber hinaus mussten die DP-Kandidaten neben Angaben zu ihrem persönlichen Werdegang in einem Bewerbungsbogen auf deutsch und englisch u.a. erörtern, wie sie später ihren Lebensunterhalt zu verdienen beabsichtigten, warum sie eine akademische Ausbildung einer beruflichen vorzogen (also de facto ihr Resettlement erschwerten), versichern, die deutsche Sprache mit Leichtigkeit sprechen, lesen, schreiben und verstehen zu können, und dem ganzen schließlich einen Bericht des UNRRA Welfare Officers oder des Lagerkommandanten über die Dienste des DP für die Lagergemeinschaft und seine sonstigen Qualitäten beifügen. Auch bereits immatrikulierte Studenten mussten entsprechende Formulare ausfüllen, durften aber in der Regel weiterstudieren, wenn sie einen positiven Bericht der Universitäten über ihre Fortschritte vorlegen konnten⁸⁵. Nach wie vor konnten sich die DP nicht direkt bei den Hochschulen bewerben; die Entscheidung über

demie anwesend sein müssen«, Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 2. August 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I). Die Notwendigkeit der Unterstützungszahlungen hatte der ECO zu bescheinigen. Vgl. dazu auch Sekretariat der Universität Bonn an Leiter des DP-Camps Moltkestraße, 8. September 1949, 17. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

83 Vgl. etwa die Bescheinigungen des Ärztlichen und zahnärztlichen Prüfungsausschusses, 3. März 1950, des Chemischen Instituts, Prof. Dr. M. v. Stackelberg, 7. März 1950, oder des Phonetischen Instituts, 5. März 1950, in: UA Bonn UV 069/361.

84 »Plan für das Studium von Zwangsverschleppten Personen«, Anhang zu: ECO Regierungsbezirk Aachen ans Rektorat der TH Aachen, 29. August 1946, in: HA Aachen.

85 Vgl. Walker (Deputy Regional Commissioner North Rhine Province) an Medical Academy Düsseldorf und Kunstakademie Düsseldorf, 7. August 1946, in: HStA Düsseldorf NW 25 Nr. 155 (I).

die Zulassung (oder Wiederzulassung) zum Studium erfolgte vielmehr zentral, bei einem von der UNRRA eingesetzten Komitee, in dem neben dem Vertreter der UNRRA drei Balten und drei Polen, aber nur ein Repräsentant der deutschen Universitäten vertreten waren. Erst in einem zweiten Schritt wurden dann auch die Hochschuloffiziere und Universitäten zur Sichtung der bereits befürworteten Anträge herangezogen⁸⁶.

1947, als die Displaced Persons in der britischen Zone nur noch einen Anteil von 1% an der Gesamtbevölkerung ausmachten und sich die UNRRA aus der DP-Verwaltung zurückzog, wurde die 10%-Quote für Neuimmatrikulationen auf 2% gesenkt, die Auswahl der Neuzugänge noch einmal geändert⁸⁷. Immer mehr DPs wurden aufgrund ungenügender Leistungen, Nichterscheinen bei Vorlesungen oder Nichtvorlegen von Leistungsnachweisen exmatrikuliert⁸⁸ oder verloren, weil sie den Nachweis über ein ordnungsgemäßes Studium nicht erbracht hatten, ihre Beihilfen⁸⁹. Die Kontrollen wurden schärfer. Da die Hoffnung auf eine vollständige Repatriierung der DPs inzwischen hatte aufgegeben werden müssen, übten die internationalen Organisationen nun immer offener Druck aus, um die verbliebenen DPs zur Auswanderung zu bewegen. Das Resettlement löste die Repatriierung als übergeordnetes Ziel der internationalen DP-Politik ab. Das DP-Bildungswesen sollte in diesem Rahmen dazu beitragen, DPs durch Sprachkurse und kurze Lehrgänge in praktischen, nicht-akademischen Berufsfeldern auf die Auswanderung

86 Vgl. Abbott (Deputy Regional Commission North Rhine Province) an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, u.a., 10. August 1946, in: HStA NW 25 Nr. 155 (I); »Plan für das Studium von Zwangsverschleppten Personen«, Anhang zu: ECO Regierungsbezirk Aachen ans Rektorat der TH Aachen, 29. August 1946, in: HA Aachen. Zur problematischen Auswahl der polnischen Vertreter in diesem Gremium durch das Polish Education Office vgl. Schröder (wie Anm. 14), S. 282.

87 Vgl. die »Anweisung Nr. 8 vom 9. April 1947, hrsg. vom Hauptquartier der Kontrollkommission für Deutschland«, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II); Hochschulkonferenz Bad Driburg (12./13. Juni 1947), in: Heinemann 1990c (wie Anm. 14), S. 326f. Die Auswahl neuer Studenten erfolgte nunmehr über einen gemeinsamen Universitätszulassungsausschuss, der in jedem Land der britischen Zone eingerichtet wurde und sich aus gleich vielen Vertretern der DPs und der Universitäten unter dem Vorsitz eines Beauftragten des britischen Regional Commissioner zusammensetzte. Bereits eingeschriebene DPs konnten bei zufrieden stellendem Studienverlauf weiterstudieren.

88 So für Münster Schröder (wie Anm. 14), S. 286. Allerdings wurden 1947 in der medizinischen Fakultät auch deutsche Studenten exmatrikuliert, wenn sie den wissenschaftlichen Anforderungen nicht entsprachen, um angesichts des hohen Andrangs in der Medizin und Zahnmedizin Begabteren Platz zu machen, vgl. »Zeitweilige Exmatrikulationen in der medizinischen Fakultät«, in: BUZ Nr. 22 (8. Juli 1947), S. 9.

89 Vgl. Sekretariat der Universität Bonn an Botley, 25. März 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II); Sekretariat der Universität Bonn an den Rektor, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

vorzubereiten und die Vermittelbarkeit der DPs beim Resettlement zu erhöhen⁹⁰. Akademische Studien passten da kaum ins Konzept⁹¹.

Im Frühjahr 1949 wurden die Unterstützungszahlungen für DP-Studenten in der britischen Zone mit Ausnahme Aachens auf 25 DM herabgesetzt⁹². Wenige Monate darauf ordnete die Militärregierung die sofortige Exmatrikulation all jener an, »who are not working well and are not seriously concerned with examinations«⁹³, und forderte zu diesem Zwecke von den Bonner Fakultäten Berichte über jeden einzelnen DP-Studenten an, die darüber Auskunft geben könnten, »wer auf Grund des bisherigen Studienverlaufs (Ergebnis der Zwischenprüfung, Semesterzahl, Dauer der Promotionsarbeit usw.) nicht die Gewähr zu einem ordnungsmäßigen Studienabschluss«⁹⁴ biete. Kurz darauf sollten dann bereits alle DP-Stu-

90 Zum »Vocational Training«, das anders als das Studium als Instrument der Resettlement-Politik begriffen und folglich gefördert wurde, vgl. etwa Harding (wie Anm.9), S. 165–170; Holborn (wie Anm. 6), S. 272–274, S. 282–289.

91 Vgl. Schröder (wie Anm. 14), S. 287, Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 87. Zu den Auswirkungen dieses Strategiewechsels auf die DP-eigenen »Universitäten« vgl. Wagner (wie Anm. 6), S. 22f., Harding (wie Anm.9), S. 159, S. 163.

92 Vgl. Assistent ECO an den Rektor der Universität Bonn, 6. April 1949; Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 11. April 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II). An der TH Aachen erhielten die DP-Studenten wöchentlich 40 DM, weil sie »für sich selbst für Verpflegung und Unterkunft zu sorgen« hatten. Der Rektor der Universität Bonn hatte bereits im Januar 1949 »über das allzuhohe Taschengeld der DP-Studenten« geklagt und beim Kultusminister für dessen Herabsetzung plädiert. Doch das Kultusministerium hielt es (noch) »nicht für tunlich, diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen«, auch wenn »die Zuwendungen an die DP-Studenten hoch sind im Vergleich zu den Beihilfen, die wir unseren Studenten gewähren können.« Vgl. Theodor Klausner an den Kultusminister NRW, 21. Januar 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II); Kultusminister NRW an den Rektor der Universität Bonn, 12. Februar 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II). Bis heute wird der Lebensstandard der DP-Studenten im Vergleich zu den deutschen Studenten sehr unterschiedlich beurteilt, vgl. etwa Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 86; Jaroszynska-Kirchmann (wie Anm. 7), S. 46f.; Schröder (wie Anm. 14), S. 288. Eine frühere Anweisung der Militärregierung, die Unterstützungszahlungen und Gebührenregelungen für DPs nunmehr an deutsche Verhältnisse anzupassen, wurde offenbar nie umgesetzt, vgl. Finance Section, Governmental Sub-Commission, HQ C.C.G. (BE) an All HQ Regions, 3. September 1947, in: HStA NW 89 Nr. 182.

93 Newton (University Officer) an den Rektor der Universität Bonn, 6. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

94 Rektor an alle Fakultäten, 7. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I). Die sehr unterschiedlichen Berichte der Fakultäten über ihre DP-Studenten finden sich in: UA Bonn UV 69/176 (I), vgl. etwa Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät an den Rektor der Universität Bonn, 26. Juli 1949: »Das juristische Studium erweist sich für D.P. Studenten als sehr schwierig. Bisher hat noch keiner das Studium mit Erfolg abgeschlossen.« Nur zwei Studenten seien vielversprechend. »Bei den übrigen Juristen erscheint es zweifelhaft, ob sie ihr Studium ernsthaft betreiben oder in Wahrheit nur auf

denen, die bis Ende des laufenden Sommersemesters nicht ihre Abschlussprüfung ablegen könnten oder die mit Sicherheit ihre Examina nicht bestehen würden, aus dem Studium ausscheiden und in ein spezielles Lager überführt werden. »Das trifft auch auf die DP-Studenten zu, die an sich fleissig sind, die aber in ihrem Studium noch nicht so fortgeschritten sind, dass sie bis zum Ende des Wintersemesters 49/50 ein Examen ablegen können.«⁹⁵ Auch die Unterstützungszahlungen an DP-Studenten wurden mit dem Ende des Sommersemesters eingestellt und nur noch an jene fortgezahlt, die ihre Studien bis zum Ende des Wintersemesters 1949/50 mit dem Staatsexamen oder einer Promotion abschließen konnten⁹⁶. Militärregierung und IRO machten einen letzten gemeinsamen Versuch, die verbliebenen DPs zur Auswanderung zu bewegen. Nur einigen wenigen gelang es, bis zum Sommer 1950 die Unterstützung der IRO zu behalten oder auf eigene Kosten ihr

den Termin ihrer Auswanderung warten«. Vgl. hingegen Dekan der Evangelisch-theologischen Fakultät an den Rektor der Universität Bonn, 18. Juli 1949: »Die uns genannten D.P.-Studenten bieten nach unserem Eindruck alle drei die Gewähr für ordnungsmässigen Studienabschluss.«

95 Rektor an die sieben Dekane, 28. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I). In der ersten Augustwoche sollte eine britische Kommission nach Bonn kommen, um die Studienverhältnisse der DP-Studenten zu überprüfen. Bis dahin sollten die DP-Studenten bei ihrem jeweiligen Dekanat vorsprechen, ihre Studienverhältnisse überprüft werden und eine Liste jener angefertigt werden, die für ein Weiterstudium bis Ende Februar in Frage kamen, vgl. Sekretariat der Universität Bonn an den Leiter des D.P. Camps, 17. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I); »Nominal roll of DP students belonging to students hostel Bonn, who can take their final examination or are working on the doctor degree«, Anhang zu: Seedhouse (Assistant University Officer) an den Rektor der Universität Bonn, 18. August 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I).

96 Vgl. Sekretariat der Universität Bonn an den Leiter des D.P. Camps, 17. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I); Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 7. Dezember 1949, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II); Vgl. Finanzminister NRW an die Universitäten Bonn, Köln, Münster, u.a., 24. April 1950, in: HStA NW 60 Nr. 1020. Der Bonner Hochschuloffizier forderte am Ende des WS 1949/50 von den Bonner Fakultäten Berichte über den Stand der Dinge an. Diese Berichte enthalten i.d.R. namentliche Listen jener DPs, die im Laufe des Wintersemesters ihre Studien beendet hatten, ausgewandert waren oder in nächster Zukunft ihre Prüfungen abzulegen gedachten und geben auch Auskunft über die Art der abgelegten Prüfungen. Sie finden sich in: UA Bonn UV 69/361. Auf die schwierige Lage derjenigen, die seit Sommer 1949 keine Unterstützung mehr erhielten und doch ihr Studium in Bonn noch beenden wollten, machten der AStA und der Verein Studentenwohl e.V. aufmerksam, vgl. AStA Bonn an den Rektor der Universität Bonn, 30. Juli 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I); Vermerk, 11. August 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I); Studentenhaus Verein Studentenwohl e.V. an den Kultusminister NRW, 10. November 1949, 26. November 1949, in: HStA NW 25 Nr. 155 (II).

Studium fortzusetzen⁹⁷. Die Zahl der DP-Studenten fiel bald ab. Während im WS 1948/49 noch 303 DPs in Bonn studierten, waren es im Herbst 1949 offiziell nur noch 71⁹⁸. Immer öfter konnte die Universitätskasse die Beihilfen nicht zustellen, weil der »Empfänger abgereist«⁹⁹ war, wurden Bonner DP-Studenten, die ihre Beihilfen nicht abgeholt hatten, in Transit- oder Emigrationslagern ausfindig gemacht, in denen sie sich auf eine Überfahrt etwa nach Amerika, Kanada, Australien oder in südamerikanische Länder vorbereiteten¹⁰⁰. Immer häufiger finden sich auf den Listen der Bonner DP-Studenten neben einzelnen Namen Vermerke wie »fertig, ausgewandert«¹⁰¹ oder »emigriert«¹⁰¹.

Am 1. Juli 1950 gingen die wenigen verbliebenen DPs in deutsche Zuständigkeit über¹⁰². Seitdem verlieren sich ihre Spuren an der Universität Bonn. Mit dem *Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet* wurden sie deutschen Staatsangehörigen in vielen Bereichen, auch in Bildungsfragen, gleichgestellt und konnten sich fortan um ähnliche Vergünstigungen bemühen wie ihre

97 Immerhin stellten Bonner Universitätseinrichtungen einzelnen DP-Studenten noch im Juni 1950 Bescheinigungen über ihre Förderungswürdigkeit aus. Ca. 60 solche Bescheinigungen finden sich in: UA Bonn UV 69/363.

98 Vgl. Rektor der Universität Bonn an die Kultusministerin NRW, 19. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

99 Universitätskasse an das Sekretariat der Universität Bonn, 2. September 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (II).

100 Vgl. die Übersicht über jene DP-Studenten, die zwecks Emigration in ein Transitlager übersiedelt sind oder sich in Hospitälern befinden (ohne Titel), 11. Juli 1949, oder die »Nominal roll of DP students who finished their final examinations«, o.D., in: UA Bonn UV 69/176 (I); Rektor der Universität Bonn an N.N., 7. Juni 1949, in: UA Bonn UV 69/176 (I). In diesen Fällen wurden die Beihilfen in die Transitlager (meist Paderborn, Münster oder Wentorf) überwiesen. Die entsprechende Einzelfallkorrespondenz (Zahlungsanweisungen, Adressänderungen, etc.) macht einen nicht unerheblichen Teil der DP-Akten des UA Bonn aus, vgl. UA Bonn UV 69/176 (I).

101 »Liste der DP-Studenten«, [März 1950], in: UA Bonn UV 69/361. Ihr Weg in die Emigration ist nur in den seltensten Fällen nachzuvollziehen. Für einige wenige Absolventen der Baltischen Universität in Pinneberg und der Universität Hamburg gelang das Wagner (wie Anm. 6), S. 25f. Zur Problematik personenbezogener Forschung im Bereich der DP-Geschichte generell vgl. Stefan Schröder, *Disparate Quellenlage. Die Displaced Persons*, in: Wilfried Reininghaus/ Norbert Reimann (Hg.), *Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien*, Bielefeld 2001, S. 196–205, S. 200f.

102 Für Nordrhein-Westfalen vgl. Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950*, eingeleitet und bearb. von Michael Alfred Kanther, 2 Bde., Siegburg 1992 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe K, Bd. 1), S. 949–952.

deutschen Kommilitonen¹⁰³. Einige von ihnen mögen im Begegnungszentrum des »Baltischen Christlichen Studentenbundes« eine Zuflucht gefunden haben, das 1949 zunächst auf dem zerstörten Flughafen Hangelar und ab 1952 im früheren Schloss des Grafen von Westerholt, im »Haus Annaberg«, entstand und sich jener baltischen DP-Studenten in Deutschland annahm, die – wie etwa die Tbc-kranken Studenten der ehemaligen Baltischen Universität Pinneberg – nicht hatten auswandern können oder wollen. Das angeschlossene Studentenwohnheim dieser Institution, die auf christlich-ökumenischer Grundlage um Verständnis zwischen Letten, Litauern, Esten und Deutschen wirbt und sich als Tagungsort und Anlaufstelle für Gäste aus allen drei baltischen Staaten fest etabliert hat, bietet noch heute etwa 40 Studenten Unterkunft, von denen etwa ein Drittel aus dem Baltikum stammt¹⁰⁴.

Jene, die ihr Studium in Deutschland beenden konnten, hatten diesen Weg gegen erhebliche Widerstände durchsetzen müssen. Ihre Heimatländer hatten sie zur raschen Rückkehr, die Flüchtlingsorganisationen zu Repatriierung oder Emigration bewegen wollen. Sprachbarrieren und Anerkennungsfragen hatten den Studienbeginn erschwert und nun, da sie das Zeugnis in der Tasche hatten, verwehrte ihnen die Einwanderungspolitik vieler Staaten den Neuanfang. Arbeiter, nicht Akademiker waren gefragt. Die UNO sprach von einem regelrechten Boykott der Aufnahmeländer gegen Akademiker, einem »embargo against brains«¹⁰⁵, auch weil die Einwanderungsländer mitunter große Schwierigkeiten bei der Anerkennung der Studien machten:

»The special skills of lawyers, journalists, teachers, and other professional people are more or less deeply rooted in one national language and culture and are difficult to transplant. In the case of these people and of doctors, engineers, and so fourth, members of the same profession in resettlement countries are often reluctant to recognize their qualifications, out of fear that refugee professionals will lower standards, both of performance and compensation. Some groups – doctors, nurses, other medical workers, engineers – have only a new language and modifications of technique to learn in a new country.

103 Vgl. §§13-16 des »Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951«, in: Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), Der Ratgeber für heimatlose Ausländer. Rechte und Pflichten nach dem Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951, Bonn 1952, S. 86f. Damit ging die Bundesregierung über das hinaus, was in Art. 22 der »Internationalen Convention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951« vorgesehen war, vgl. ebd., S. 101. Vgl. ferner Dietz-Görrig (wie Anm. 7), S. 87f.

104 Belegt ist jedenfalls, dass sich lettische Studenten aus Aachen, Norddeutschland, Hannover und Bonn an der Aufbauarbeit in Hangelar beteiligt haben. Vgl. Urdze (wie Anm. 48), S. 53f.; Hofmanis 1987 (wie Anm. 48), S. 95–97.

105 United Nations, Department of Public Information (Hg.), What the United Nations is doing for Refugees and Displaced Persons, Lake Success, N.Y., 1948, S. 9.

Others, notably lawyers, have little hope of continuing their practices without complete re-training in the country of resettlement. These difficulties represent a virtual »embargo against brains« enforced by the immigrant-receiving nations. Thus, the very intellectual qualifications which distinguish these specialists from their fellow-refugees become a handicap in their efforts to begin a new life.«¹⁰⁶

Die IRO richtete eine eigene Abteilung für das Resettlement der Akademiker ein¹⁰⁷; die »forgotten elite«¹⁰⁸, insbesondere die Älteren unter ihnen, gehörte neben Behinderten und Kranken zu den schwer vermittelbaren Gruppen, dem so genannten »hard core« der DPs¹⁰⁹.

Immerhin hatten sich die DP-Studenten durch ihr Studium der Monotonie des Lagerlebens, dem »systematischen Anpassungs- und Entmündigungsdruck«¹¹⁰, dem »Problem der Fremdbestimmung«¹¹¹ ein Stück weit entziehen können. Eine »willenlose Masse«¹¹², als die die Displaced Persons damals wie heute vielfach betrachtet wurden, waren die DP-Studenten nicht. Selbstbewusst forderte der estnische Jurastudent Heinz Vambola Tarmo bei seinen deutschen Kommilitonen jenes Fair Play ein, zu dem er selbst in Estland erzogen worden war, sein offener Brief entbehrt der kritischen Untertöne dabei nicht. Und doch schätzte er sich glücklich, an der Universität Bonn studiert zu haben, »wo so freundliche Studenten, wo so wohlwollende und entgegenkommende Wissenschaftler und Professoren, wo so schöne Umgebung und echtrheinisches Volk unser Studium erleichtern.«¹¹³

Ein kleiner Epilog: Jahre, nachdem die meisten DP-Studenten die Universität Bonn verlassen hatten, kamen noch einmal DP-Wissenschaftler nach Bonn, um in der jungen Bundeshauptstadt eine Heimstatt für ihr »Baltisches Forschungsinstitut« zu finden. 1949 von den in Deutschland verbliebenen Dozenten der »Balti-

106 Ebd., S. 9. Die IRO soll entsprechend einige DPs ermutigt haben, ihren akademisch-intellektuellen Bildungshintergrund zu verschweigen und sich als Arbeiter um das Resettlement zu bemühen: »no country in the world, he added, is interested in an intellectual who has been educated outside of that particular country's boundary, unless that intellectual has passed the rigid examinations of that country«, vgl. Wyman (wie Anm. 6), S. 193.

107 Vgl. Holborn (wie Anm. 6), S. 303f., S. 426–428. Hier findet sich auch ein erfolgreiches Beispiel des Resettlements von Studenten, vgl. S. 399. Zur Berufsstruktur der DPs im Jahre 1948 vgl. S. 305–309.

108 Bentwich (wie Anm. 6), S. 66f., Proudfoot (wie Anm. 12), S. 430.

109 Vgl. United Nations, Department of Public Information (wie Anm. 104), S. 9.

110 Jacobmeyer (wie Anm. 2), S. 250.

111 Ebd., S. 20.

112 Norddeutsche Sektion des Verbandes Polnischer Flüchtlinge, 22. November 1952, zit. nach: Wagner (wie Anm. 9), S. 7.

113 Stud. Jur. Heinz Vambola Tarmo, Gedanken eines estnischen Studenten, in: BUZ Nr. 3 (18. Juni 1946), S. 6f.

schen Universität« Pinneberg gegründet, zog das Institut 1952 nach Bonn um und widmete sich hier zwanzig Jahre lang der Förderung baltischer Wissenschaftler, baltischer Studierender an deutschen Universitäten und der Veröffentlichung der Forschungen baltischer Gelehrter in den noch heute zugänglichen »Commentationes Balticae«¹¹⁴. Mit den Dozenten zogen etwa 10.000 Bücher der »Baltischen Universität« von der Elbe an den Rhein¹¹⁵; sie gingen später in die Bestände des Seminars für Osteuropäische Geschichte über, sind aber inzwischen, wie man munkelt, mangels Nutzer ins Altpapier gewandert. Das kleine Institut, das in den Jahren 1963–1972 in den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Bonn als »angegliedertes Institut« geführt wurde und dessen Forscher mitunter auch Lehrveranstaltungen an der Universität anboten, wurde 1972 aufgelöst¹¹⁶ – und geriet damit ebenso in Vergessenheit, wie die DP-Studenten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Bonn studiert hatten.

114 Vgl. Tätigkeitsbericht des Baltischen Forschungsinstituts für das Haushaltsjahr 1953/54, in: *Commentationes Balticae I* (1953), S. 225–228, S. 225; Wagner (wie Anm. 6), S. 21, S. 27.

115 Da es an Mitarbeitern und Geldmitteln fehlte, lagen die Bestände der Baltischen Universität allerdings jahrelang ungeordnet brach und wurden erst 1958/59 sortiert und aufgestellt, vgl. Tätigkeitsbericht des Baltischen Forschungsinstituts für das Haushaltsjahr 1957/58, in: *Commentationes Balticae VI/VII* (1957/58), S. 393–398, S. 398; Tätigkeitsbericht des Baltischen Forschungsinstituts für das Haushaltsjahr 1958/59, in: *Commentationes Balticae VI/VII* (1957/58), S. 399–405, S. 404.

116 Die Auflösung des Instituts soll in Zusammenhang zur Neuen Ostpolitik Willy Brandts erfolgt sein, teilte der letzte Leiter des Instituts, Professor Jekabs Ozols, der Verfasserin am 23. März 2006 telefonisch mit.

Thomas Becker
Zeiten des Hungers
Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität

Im Gespräch mit Zeitzeugen und beim Lesen von Erinnerungen aus den ersten Semestern der Nachkriegszeit im zerstörten Bonn drängt sich immer wieder ein Begriff auf: Hunger. Hunger, das war in erster Linie die Erfahrung existentieller Not, das war die Knappheit von Nahrungsmitteln, das war Hunger, wie man ihn im ursprünglichen Sinne des Wortes versteht. Wahrscheinlich war niemals eine andere Studentengeneration so sehr von Nahrungsmangel, Kleidermangel und Wohnraumnot betroffen wie diese. Hunger, das war aber darüber hinaus ein kennzeichnendes Lebensgefühl, das in einem übertragenen Sinne alle anderen Lebensbereiche umfasste. Neben der Sorge um die tägliche Ernährung stand ein ungeheurer Hunger nach Bildung und Studium, die staunende Erfahrung des unbeschränkten Zugangs zu Wissen, zu Literatur und Kunst, die nach der zwölfjährigen geistigen Quarantäne des Naziregimes wie ein Wunder erschien. Und neben diesem Hunger nach Bildung stand gleichberechtigt der Hunger nach Leben, der junge Leute nach den schrecklichen Erfahrungen von Front, Flucht oder Bombennächten nun nach Freude, Lachen, Tanzen und Ausgelassenheit suchen ließ. Und zuletzt stand neben dem Wunsch nach Bildung und nach Freude auch die Suche nach einer neuen Sinnggebung für das eigene Leben und für das Zusammenleben der ganzen Gesellschaft, also der Hunger nach Orientierung in einer zerstörten und unübersichtlichen Welt. Diese verschiedenen Aspekte studentischen Lebens in der Zeit des Wiederaufbaus der Universität Bonn, zu denen man sicher noch andere hinzuzählen könnte, seien hier nacheinander betrachtet. Als Grundlage für die Ausarbeitung dienten dabei Zeitzeugenberichte, die in der Sammlung »Wiederaufbau« des Bonner Universitätsarchivs gesammelt sind oder in verschiedenen Veröffentlichungen des Bonner General-Anzeigers oder des Bonner Stadtarchivs publiziert worden sind, und die zeitgenössischen Äußerungen von Bonner Studentinnen und Studenten in der von Mai 1946 bis Mai 1949 existierenden »Bonner Universitäts-Zeitung«. Mit anderen Worten: In diesem Beitrag werden überwiegend Impressionen wiedergegeben, die nur Schlaglichter werfen können auf eine sehr vielschichtige Zeit, deren wissenschaftliche Aufarbeitung für die Universität Bonn gerade erst in ihren Anfängen steckt.

Hunger nach Nahrung, Wohnung und Kleidung

»It was while I was waiting to talk with Dr. Klett, the secretary of the Student's Help Committee, that I saw something of the real tragedy of the present situation. The majority of the students have to receive help. There are problems of accommodation, of clothing and nourishment, which are dark shadows over the paths of learning.«¹

Mit diesen Worten beschreibt der englische Geistliche Rev. William Hodgkins den Lesern der Zeitschrift »Christian World« im Jahre 1949 die Situation der Bonner Studierenden. Auch vier Jahre nach Kriegsende waren die drängenden Existenz bedrohenden Probleme für Studierende noch nicht endgültig behoben. Immerhin war 1949 schon die ärgste Not überwunden, die Wirtschaft lief wieder an, die Universitätsbauten und auch die Privatquartiere für die »Budensuchenden« standen in zunehmendem Maße wieder zur Verfügung. Dass der Reverend aus dem selbst noch Not und Mangel leidenden England dennoch mit Schrecken auf die Situation der Bonner Studenten reagierte, zeigt die Größe der Not und Bedürftigkeit, die in den Jahren nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« unter den jungen Männern und Frauen geherrscht hat, die sich an der Alma Mater Bonnensis eingeschrieben hatten.

Das erste Problem, das es nach der Wiedereröffnung der Universität Bonn im November 1945 zu lösen galt, war die Frage der Ernährung der zurückkehrenden Studierenden. Die Versorgungslage in der nördlichen Rheinprovinz, die unter britischer Besatzung stand, war schlechter als in stärker agrarisch geprägten Gebieten. Allein zur Deckung der gültigen Rationen fehlten hier in den Jahren 1945 und 1946 30% der Milch- und 90% der Getreideprodukte². Durch die Zonenrandlage im äußersten Süden der britischen Besatzungszone und durch die im März 1945 erfolgte Sprengung der Bonner Rheinbrücken durch die zurückweichenden deutschen Truppen war die Stadt sowohl von ihrem rechtsrheinischen Einzugsbereich als auch von ihrem südlichen Hinterland abgeschnitten. Der sofort einsetzende Fährverkehr über den Rhein war nur ein ungenügender und sehr störanfälliger Ersatz³. Das Ergebnis war eine Versorgung, die noch unter dem Standard in vergleichbaren Städten der britischen Besatzungszone lag. Nach dem Hungerwinter 1946/47 sank die Zuteilungsrate für Normalverbraucher unter 715 Kalorien. Die damals 12jährige Anne Kubitzki erinnerte sich: »Als wir nach Bonn zurück-

1 William Hodgkins, Art. »Bonn Revisited«, in: Christian World, July 7, 1949, p. 2. Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau, Nr. 16.

2 Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948), in: Dietrich Höroldt (Hg.), Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, Bonn 1989 (Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden, Bd. 4), S. 437–638, hier S. 635.

3 Allein 1947 kam der Fährbetrieb an insgesamt 47 Tagen völlig zum Erliegen. S. H. Fehre, Bonn im Spiegel der Zahlen, in: Bonner Geschichtsblätter 6 (1952), S. 121–148, hier S. 141.

kamen, ging die entsetzliche Hungerei los. Nachts standen wir schon abwechselnd um Brot, schon ab 3 Uhr.«⁴ Der Hunger war allgegenwärtig, und er zwang auch die Studenten, die sich ab dem Wintersemester 1945/46 wieder einfanden, einen Teil ihrer Zeit damit zu verbringen, Essen zu organisieren, um überleben zu können. Die ASten der Universitäten Bonn, Köln, Aachen und der Medizinischen Akademie Düsseldorf richteten daher im Sommer 1946 einen Appell an die Öffentlichkeit:

»Der größte Teil der Studierenden ist hier nicht mehr in der Lage, sein Studium ordnungsgemäß zu betreiben. Um allein die markenmäßig zustehenden Lebensmittel einkaufen zu können, verliert der Student mehrere Tage durch Schlangestehen vor den Geschäften. Das Essen in den öffentlichen Küchen ist denkbar unzureichend und schlecht. Neben der Herabsetzung des Gesundheitszustande bestehen für die Ausbildung der Studierenden selbst große Gefahren.«⁵

In der ersten nach dem Krieg wieder erschienen Chronik der Universität aus dem Jahre 1949 ist zu lesen: »Die erste und wichtigste Arbeit war nach dem Zusammenbruch die Einrichtung neuer Mensen. Drei in privater Hand befindliche Gaststätten konnten gefunden werden, die sich dem Verein Studentenwohl zur Verfügung stellten. Zwei liegen in Bonn, und eine, für die juristische Fakultät, in Godesberg.«⁶ Der mittägliche Eintopf, der erst nach den ausländischen Hilfslieferungen der Jahre 1947 und 1948 einigermaßen nahrhaft ausfiel, konnte freilich den Kalorienbedarf der jungen Menschen nicht decken. Erfindungsreichtum und Schwarzmarktaktivitäten derer, die sich dazu in der Lage sahen, waren die eine, Mangelernährung und Krankheit jener, die nicht über Kontakte oder Organisationsstalent verfügten, waren die andere Konsequenz aus dieser Situation. In einer großen Reihenuntersuchung wurden im Jahr 1947 die Auswirkungen der Hungerzeiten bei Studierenden und Lehrenden festgehalten. Dabei stellte sich heraus, dass nur 15,4% der Studierenden normalgewichtig waren. Bei 52,5% der untersuchten Studenten (insgesamt wurden 4147 von 4368 Studenten untersucht) lag ein Untergewicht von 10–20% vor. Das war zwar nicht gut, aber noch nicht alarmierend. Doch bei mehr als einem Drittel (39.1%) lag die Unterernährung bei 20–30% und bei 2.1% der Untersuchten sogar noch darüber. Eine derartige Mangelernährung konnte zu gravierenden Gesundheitsrisiken führen. Vor allem Tbc war ein ernstes Problem, und so zeigte sich auch, dass bei 69 Studenten eine Tuberkulose vorlag, in der Hälfte der Fälle offen. 455 Studenten hatten Herzbeschwerden,

4 Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, gesammelt von Anneliese Barbara Braun, bearbeitet und herausgegeben von Reiner Pommerin unter Mitarbeit von Frank-Lothar Kroll, Bonn 1991, S. 161.

5 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 5 vom 17. Juli 1946, S. 5.

6 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Chronik der akademischen Jahre 1939/40 bis 1948/49 und Bericht über das akademische Jahr 1948/49, herausgegeben von dem derzeitigen Rektor Prof. Dr. Theodor Klauser, Bonn 1949, S. 119 f.

187 Magen- und Darmbeschwerden, 518 rheumatisch-neuralgische Beschwerden (was wohl weniger der Mangelernährung als der schlechten Unterbringung und dem Mangel an Heizmaterial geschuldet war). Bei den Studentinnen (1112 von 4147 Probanden) wiesen 317 (28,5% der Frauen) Menstruationsstörungen auf, die wohl als Hunger-Amenorrhoe zu deuten sind. Die Ernährungslage bei den Professoren sah nicht wesentlich besser aus. Es gab zwar deutlich mehr normalgewichtige Dozenten als Studenten (29,9%), doch auch hier waren zwei Drittel als unterernährt anzusehen. Schwach untergewichtig waren 45,4%, weitere 24,2% wiesen ein Untergewicht von 20–30% und 1,5% sogar von mehr als 30% auf⁷. Wie sich aufgrund dieser auch an den anderen Hochschulen der britischen Zone durchgeführten Reihenuntersuchung zeigte, kamen die Bonner Studenten trotz der schlechten Ernährungslage der Stadt im Verhältnis noch gut weg. In der Akademie Düsseldorf wurden 50% der Studenten wegen Mangelernährung als gesundheitsgefährdet betrachtet, gleiches galt für die RWTH Aachen, wo 80% untergewichtig und 50% dadurch gesundheitsgefährdet waren, nicht anders in den Pädagogischen Akademien Aachen, Bonn und Wuppertal⁸. »Die meisten Studenten kommen morgens ohne Frühstück zur Hochschule oder haben nur trockenes Brot« hieß es daher in einer Besprechung über die Verteilung von ausländischen Spenden im Jahre 1947⁹.

Die Situation eskalierte mit dem Ansteigen der Studentenzahlen ab dem SS 1946 einerseits und dem strengen Winter 1946/47 andererseits. Kälte und Hunger führen bei manchen Studenten zu Verzweiflungstaten. »Es hört nicht auf«, notierte der Student und spätere Journalist Antonius John in sein Tagebuch, »Die Zahl der Verhungerten und Erfrorenen erhöht sich ständig. Kein Mensch weiß, wie viele Menschen im Januar und Februar den Tod gefunden haben. Es gibt immer mehr Selbstmorde«¹⁰. Und doch wurde es besser. Das Ausland, dem die Lage der deutschen Zivilbevölkerung nicht verborgen geblieben war, begann mit Nahrungsmittel- und Kleiderspenden die ärgste Not zu lindern. Besonders bemerkenswert war die »Speckspende«, eine Gabe des irischen Volkes an die Studierenden der britischen Zone, bei der jeder bedürftige Student insgesamt 2 kg Räucherspeck erhalten sollte. Die Weiterleitung der Spende oblag dem Internationalen Roten Kreuz. Auf seine Veranlassung hin wurden in den einzelnen Hochschulen »Speckkomi-

7 Alle Angaben s. Gernot Rath, Bericht der Universität Bonn, in: Studium Generale 1 (1948, Heft 6, S. 383–388, hier S. 386 f. Ein Sonderdruck befindet sich im Universitätsarchiv Bonn, MF 68 Nr. 8, p. 94v–96r.

8 Protokoll über die Besprechung mit Vertretern der Hochschulen und den DRK-Kreisverbänden über die Speisung der gesundheitsgefährdeten Studenten am 24.4.1947 in Düsseldorf, Mannesmannhaus, Zi. 410, in: Universitätsarchiv Bonn, UV 69 Nr. 172.

9 Ebenda, Äußerung von Herrn Reinartz, Universität Bonn.

10 Antonius John, Als Heimkehrer, Student und Kleinakteur, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg. Sonderdruck der im General-Anzeiger veröffentlichten Serie, Bonn 1986, S. 11–16, hier S. 11.

tees« gebildet, deren Aufgabe die Organisation der Verteilung war. In intensiven Diskussionen mit dem IRK und dem Düsseldorfer Ministerium einigte man sich auf eine Abgabe in Form einer Eintopf-Speisung in den Mensen, wozu die Schweizer Hilfsorganisation »Don Suisse« die erforderlichen Zutaten in Form von 10.000 Kg Bohnen und 10.000 kg Erbsmehl für die nordrhein-westfälischen Hochschulen beisteuerte. Die Zusammensetzung der Suppe wurde auf diesen Ministerialbesprechungen auch gleich geregelt, indem festgelegt wurde, dass auf einen halben Liter Suppe 100 Gramm Bohnen oder 50 Gramm Erbsmehl und 25 Gramm Speck zu rechnen sei¹¹. Die Universität Bonn hatte sich nach längerem Bedenken dieser Verteilungsform gefügt. Die Bonner Pädagogische Akademie jedoch nicht. Im Verein mit anderen Pädagogischen Akademien ging sie eigenmächtig an die Verteilung der irischen Speckseiten an die Studierenden und auch an die Professoren. So konnte die Geschichtspräsidentin Klara Marie Faßbinder der staunenden Familie Ihrer Schwester ein prächtiges Stück Speck aus Irland präsentieren, das der neunköpfigen Hausgemeinschaft ein wenig gegen den Hunger helfen konnte¹². Das Internationale Rote Kreuz freilich hatte für dieses Vorgehen keinerlei Verständnis und bestrafte die Pädagogischen Akademien durch Streichung der Hülsenfrucht-Zuteilung¹³. Die Hilfslieferungen aus dem Ausland setzten sich fort. Der Rektor Theodor Klauser bemerkte in seiner Rede zur Eröffnung des akademischen Jahres 1949/50: »aus Amerika, aus der Schweiz, aus Schweden, aus Dänemark und Norwegen kamen Lebensmittel. Besonders dankbar muß die Schwedenspeisung des Schwedischen Roten Kreuzes seit Sommer 1948 und die im WS 1948/49 einsetzende Hooverpeisung erwähnt werden, die seit der Währungsreform dem größten Teil der Studenten und manchem Dozenten ein billiges nahrhaftes Mittagsgesicht bot.«¹⁴ Ein kulinarisches Fest war das allerdings nicht, die Hoover-Spende bestand nach der Erinnerung von Helge Scholz, Tochter des Althistorikers Friedrich Oertel und seit dem Wintersemester 1945 Studentin in Bonn, aus einer »ziemlich undefinierbare[n] Suppe, die aber immerhin den Magen für einige Stunden füllte.«¹⁵ Und darauf kam es ja an. Manchmal gestaltete sich

11 Universitätsarchiv Bonn, UV 69 Nr. 172, Protokoll vom 24.4.1947, Punkt 3.7.

12 Freundliche Mitteilung von Herrn Rudolf Becker. Die jüngste Schwester von Klara Marie Faßbinder war mit dem Zingsheimer Bürgermeister Josef Becker verheiratet, der wegen seiner standhaften kirchentreuen Haltung 1935 zwangspensioniert worden war und seitdem in Duisdorf bei Bonn lebte. Zum Haushalt gehörten seit dem »Dritten Reich« die drei ebenfalls zwangspensionierten Schwestern seiner Frau und seine überlebenden vier Kinder. Der älteste Sohn Hans-Georg war 1945 gefallen.

13 Universitätsarchiv Bonn, UV 69 Nr. 172. Zur Geschichte der »Speckspende« erscheint in den Bonner Universitätsblättern demnächst ein Aufsatz von Johannes Arens, »Die irische Speckspende von 1947«. Ich bin Herrn Arens für die vorzeitige Überlassung des Manuskripts sehr dankbar.

14 Chronik der Universität Bonn (wie Anm. 5), S. 12.

15 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 6.

der Umgang mit der zusätzlichen Speisung, die man in der Mensa ergattern konnte, recht schwierig, so hochwillkommen die zusätzlichen Kalorien auch waren, welche die Studenten für den Moment ein wenig besser stellten als den Normalverbraucher: »Einmal gab es in der Nassestraße pro Kopf einen Hering. Natürlich hatte ich kein Einwickelpapier, so trug ich den festen Außenbordkameraden an der Schwanzflosse nach Hause. Unterwegs wurde ich ständig angehalten und gefragt, auf welchem Abschnitt der Lebensmittelkarte denn Hering ›aufgerufen‹ worden sei. Die enttäuschten Gesichter, wenn ich sagte, der Fisch stamme aus der Studentenspeisung!« So die Erinnerung des Journalisten und Schriftstellers Werner Hörnemann, 1947 Student der Germanistik¹⁶. Eine Bierzeitung eines Einsatzstudenten-Trupps im März 1948 definierte in Erinnerung an diese Aktion: »Hering – äußerst kleine sprotenähnliche Fischart mit durchdringendem Geruch, die kiloweise gegen einen freiwilligen Obolus auch an Einsatzstudenten abgegeben wurde.«¹⁷ Die engagierten Rotkreuz-Helferinnen, die für die Essensausgabe der Studentenspeisungen verantwortlich waren, die seit 1947 aus ausländischen Spendenaktionen kamen, hatten schwer zu leiden unter der häufig geäußerten Ungeduld und Unzufriedenheit der frierenden und hungernden Studierenden. In einer Zeitungsnotiz der Bonner Universitäts-Zeitung wehrten sie sich:

»Ebenso selbstverständlich wie wir Helferinnen der DRK täglich die Suppe bereiten und austeilen – und es ist nicht einfach für uns Hausfrauen, uns gerade von 12–14½ Uhr aus dem Haushalt zu lösen, denn wenn die Helferin auch um ½ Uhr einen Teller Suppe bekommt, für die Familie zuhause muß doch gesorgt werden (da die Berufstätigen der Bereitschaft um diese Zeit gar nicht eingesetzt werden können, kommen nur Hausfrauen in Frage) – ebenso selbstverständlich haben wir uns für die Verteilung der Heringe zur Verfügung gestellt und haben sie 5 Tage je 4 Stunden lang in die unmöglichsten Gefäße gezwängt, gelegt, gepreßt, gerollt, haben sie in Fetzen Papier, in Manuskripte, Aktenbogen, Schulhefte, in Packpapier verpackt, ohne Widerspruch, höchstens mit einem Scherzwort oder mit einem Wort der Verwunderung, was man alles von uns verlangte.«¹⁸

Das offizielle Angebot, so sehr es sich auch seit 1947 verbesserte, war nicht dazu angetan, den Hunger der Studenten ausreichend zu stillen. Weitere Nahrungs- und Versorgungsquellen mussten her, um dem Bedarf gerecht zu werden. Dabei gingen die Studenten bisweilen die erstaunlichsten Wege. Manfred Seidler, der spätere langjährige Direktor des Bonner Beethoven-Gymnasiums, erinnert sich: »Student der Philosophie Wolfgang Becker lebt von einem Huhn auf seiner Bude: Das

16 Werner Hörnemann, Packpapier für Thomas Mann. Bücher gab es nach dem Krieg nur im Tausch gegen Altpapier, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg. Sonderdruck der im General-Anzeiger veröffentlichten Serie, Bonn 1986, S. 9 f.

17 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 18.

18 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 32 vom 10. Februar 1948, S. 9.

Huhn in einer Kiste unter seinem Bett wird am Morgen zum Scharren in den Hof geführt. Täglich legt es ein Ei. Pro Ei eine Players, für eine Players acht oder zehn Mark – je nach Angebot und Nachfrage. Das bringt im Monat den Unterhalt für Student und Huhn¹⁹. Viel war das natürlich nicht, und wer es sich leisten konnte und Talent dazu hatte, der versuchte sein Glück auf dem Schwarzmarkt in der Kasernenstraße.

Bevor man aber überhaupt als Student angenommen werden und durch Mensa, Freitische und Organisationstalent den Hunger im Bauch halbwegs bekämpfen konnte, musste die Hürde der Einschreibung genommen werden. Grundvoraussetzung dafür war die Zuzugserlaubnis. In einem Rundschreiben des Universitätssekretariats vom 3. Oktober 1945 hieß es: »Wer von auswärts kommt, braucht eine Zuzugserlaubnis für Bonn und Umgebung. Die Gemeinden erteilen diese auf Grund einer Bescheinigung der Universität, dass sie den Betreffenden zu immatrikulieren gedenkt. Auf Grund der Zuzugserlaubnis beschafft sich der Betreffende selbst eine Wohnung. Hat er sie gefunden, so wird die Immatrikulation vollzogen.«²⁰ Die Praxis der Universität war allerdings, zunächst einmal nachzufragen, ob der Neu-Student schon eine Wohnung in Aussicht habe, bevor sie eine Bescheinigung ausstellten. Ein Teufelskreis, der manchen jungen Menschen dazu zwang, erst einmal etliche Nächte im Splittergraben zu verbringen, bevor eine »Bude« gefunden war, die man dann mit endlich erteiltem Zuzugsschein auch mieten konnte²¹. »Tagelang standen die jungen Leute Schlange vor den Dienstzimmern der Dekane – hier im speziellen Fall auf dem Flur und im Treppenhaus der Wohnung von Professor von Redwitz –, um ihre besondere Situation darzulegen und die Zulassung zu erkämpfen. Nach einigen Stunden mußte ich oft die Antragsteller wieder nach Hause schicken, weil der Chef ja auch noch andere Aufgaben zu erledigen hatte« erinnert sich die Studentin Irmgard Brinkmann, die bei Redwitz als Dekanatssekretärin arbeitete²². Wohnraum war knapp. Bonn hatte, wie alle größeren Städte in der Region, massiv unter dem Bombenkrieg zu leiden gehabt. 43 Luftangriffe, darunter sechs äußerst schwere, hatten von ursprünglich 11.000 Wohnungen nur ein Zehntel völlig unbeschädigt belassen. Die Zerstörungen hatten das Stadtgebiet allerdings sehr ungleichmäßig betroffen. Während die alte Bonner Innenstadt, in der das Hauptgebäude der Universität lag, seit dem 18. Oktober 1944 fast vollständig zerstört war, hatten die unmittelbar angrenzenden Viertel und erst recht die Vorstädte erheblich weniger Schäden zu verzeichnen. Eine Totalzerstörung wiesen durchschnittlich nur 32,8% der gesamten Wohnflä-

19 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 2; teilweise abgedruckt in: Braun (wie Anm. 4), S. 225–228.

20 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 10.

21 John (wie Anm. 10), S. 11.

22 Zeitzeugenbericht von Irmgard Hönekopp, geb. Brinkmann, in: Braun (wie Anm. 4), S. 217.

che aus, doch im Innenstadtbereich waren es 95%. Sie war bei Kriegsende menschenleer, von 795 Wohnhäusern waren 44 nur noch teilweise und 706 gänzlich unbewohnt²³. Auch die Institutsbauten und das Schloss in Poppelsdorf sowie die Kliniken in der »Kuhl«, dem Viertel um die Stiftskirche, hatten große Schäden erlitten. Die Studenten mussten sich also zwangsläufig in weiterem Umkreis zur Universität ein Quartier suchen. Noch dazu eines, das »bezahlbar« war. Die ideale Miete bestand in dieser Zeit am ehesten aus »Kompensationsmitteln«, also etwa aus einem Pfund Butter pro Monat oder aus Obst, Gemüse, eingemachter Wurst oder Kartoffeln²⁴. Wer nicht so »zahlungskräftig« war und kein Privatquartier fand, der bekam mit etwas Glück einen Platz in einer Gemeinschaftsunterkunft, z.B. im »Studentenbunker« in Poppelsdorf, Trierer Straße 24. Das Leben dort war nicht unkompliziert. Der Schutzraum war in kleine Wohnkabinen unterteilt, die natürlich alle fensterlos waren²⁵. Zum Schlafen mußte man sich eine Matraze mitbringen oder zumindest einen frisch gefüllten Strohsack haben²⁶. Stromausfälle waren an der Tagesordnung. Glücklicher der, der zum Lernen noch eine Kerze bei sich hatte. Unangenehmer wurde es schon, wenn – wie in der ersten Aprilwoche 1946 – auch noch das Wasser abgestellt wurde. Der Bunkerwart Andreas Schulmeister, ein Original mit einem dressierten Affen, den er bisweilen auf seiner Schulter herumtrug und einer liebevollen, wiewohl rauen Art²⁷, bemühte sich um Verbesserungen, ohne gegen die entscheidenden Mängel etwas tun zu können. »Das Wohnen dort ist zwar billig, aber auf die Dauer der Gesundheit nicht zuträglich, da die Lüftung nur sehr mangelhaft ist und kein Tageslicht in die Kabinen tritt« heisst es in einem zeitgenössischen Bericht²⁸. Die Bonner Universitätszeitung macht es noch weit anschaulicher. Sie läßt einen der Einwohner von seinem Alltag erzählen. Student E. S. aus Zelle X, fünf Jahre in der Wehrmacht, seit einer Verletzung in Russland kriegsversehrt, nun 3. Semester Medizin:

»Das Leben im Bunker ist schön, prima jetzt im Winter. Vormittags von 8–12 kein Licht, das ist natürlich mies! [...] Essen, na ja. Das ist schwer. Einkaufen, Vorlesungen, kochen, waschen. Was es heute abend gibt? Kartoffeln und Kohl. Wie ich an Kartoffeln komme? Natürlich eingetauscht! Wofür? Für Bohnenkaffee. Ich koche hier auf elektrischem Kocher. Drei Leute an einem Flur können gleichzeitig kochen. Wenn einer mehr kocht, knallt die Sicherung durch. [...] Hier der letzte im Flur macht soeben sein medizinisches Staatsex-

23 Fehre (wie Anm. 3), S. 138.

24 Universitätsarchiv Bonn. Slg. Wiederaufbau, Nr. 2 und Nr. 18. Zur Bereitschaft der Bonner Bevölkerung, Studenten bei sich aufzunehmen, s.o. S. 271 den Beitrag von Prof. Kleinheyer.

25 Rath (wie Anm. 7), S. 387.

26 So die Erinnerungen des Studenten Ernst Haux. S. Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 10, S. 1 f..

27 »und überhaupt, wenn was is: Pollezei bin ich hee«, s. ebenda, S. 2

28 Rath (wie Anm. 7), S. 387.

amen und lernt Tag und Nacht. Nur manchmal kommt er aus seiner ›Zelle‹ heraus und sieht nach, ob Tag oder Nacht herrscht. [...] Stolpern Sie nicht! Da liegt eine Schachtel; – hier wohnt ein Kollege. Vormittags ist er in der Vorlesung, nachmittags und bis in die Nacht hinein repariert er Radioapparate und regeneriert mit selbstgebauter Anlage Radioröhren.«²⁹

Einen Vorteil hatte der miefige Bunker, der in den Wintern der ersten Nachkriegsjahre nicht zu unterschätzen war: Es war warm dort. Die Studentin Charlotte Löllmann zog sogar von einer Dachkammer in der Kölnstraße freiwillig in den Poppelsdorfer Studentenbunker, Das lag einmal an der günstigen Miete und der kostbaren Wärme, andererseits auch an der fröhlichen Gemeinschaft, die sich hier fand³⁰.

Die Möglichkeiten, die Wohnverhältnisse in den Bunkern zu verbessern, waren aufgrund der allgemeinen Versorgungsprobleme sehr begrenzt, auch ein am 5. Juni 1946 anberaumtes Gespräch im Universitäts-Wohnungsamt wegen der schwierigen Verhältnisse im Poppelsdorfer Bunker brachten keine Abhilfe. Allerdings waren nur ca. 16% der Studierenden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Etwa die Hälfte aller Studierenden wohnten um 1946 in Privatquartieren, ein Fünftel pendelte von zuhause. Über die restlichen Studierenden gibt es keine Angaben. Die hohe Quote von 20% Fahrstudenten, die täglich auch über weitere Strecken von zuhause in die Universität pendelten, hatte auch etwas mit der Bewilligungspolitik der Militärregierung und des städtischen Wohnungsamtes zu tun, wie das Akademische Wohnungsamt in der Universitäts-Zeitung schrieb: »Studenten haben in ihrer Universitätsstadt kein Wohn-, sondern nur Gastrecht. Sie behalten Wohnrecht und damit auch Wohnraum am Heimatort.«³¹

Bonn stand insgesamt besser da als etwa das schwer vom Bombardement betroffene Köln. Während in Köln im Wintersemester 45/46 das angestrebte Ziel, für 550 Studierende Quartiere zu vermitteln, nicht erreicht werden konnte, weil nur 312 Wohnungen gefunden werden konnten,³² so gelang es dem Akademischen Wohnungsamt im selben Zeitraum, 500 Wohnungen in Bonn und 200 weitere im benachbarten Bad Godesberg zu vermitteln³³. Die durch das Akademische Wohnungsamt zu vermittelnden »Buden« kamen aus der Zuteilung von sogenanntem »unterbelegtem Wohnraum«, den das Städtische Wohnungsamt der Universität in

29 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 12/13 vom 21. Januar 1947.

30 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau, Nr. 15.

31 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 6 vom 1. August 1946.

32 Doreen vom Hagen, Die Wohnsituation der Studierenden, in: Zwischen »Endsieg« und Examen. Studieren an der Universität Köln 1943–1948. Brüche und Kontinuitäten, verfasst und herausgegeben von Margit Szöllözi-Janze und den TeilnehmerInnen des Hauptseminars »Studieren in Trümmern – die Universität Köln in Kriegs- und Nachkriegszeit«, Nümbrecht 2007, S. 71–77, hier S. 71 f.

33 Friedrich Oertel, Art. »Studentenfürsorge«, in: Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 1 vom 16. Mai 1946, S. 3.

entsprechendem Umfang zur Verfügung stellte, indem es den Wohnungseigentümern bzw. Mietern Sperrbescheide für die Weitergabe der Zimmer zusandte. »Unterbelegt« war eine Wohnung dann, wenn in ihr weniger als eine Person pro vorhandenem Zimmer (außer Flur, Badezimmer und Vorratskammer) lebte. Kinder unter 12 Jahren wurden dabei nur halb gezählt³⁴.

Die Anzahl sagt natürlich nichts über die Qualität aus, auch in den Privatquartieren kämpfte man mit Platzmangel, Stromrationierung und Wasserknappheit. Viele Frauen, deren Männer gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft waren, benötigten dringend die Mieteinnahmen in Form von Geld oder Lebensmitteln, um über die Runden zu kommen, und gaben daher einen Teil des eigenen Wohnraums ab. Ein Student, der im Godesberger Villenviertel untergekommen war, berichtet darüber in seinen Erinnerungen: »Der Mietwert der Unterkunft [...] war allerdings – auch unter Beachtung der damals üblichen geringen Ansprüche – recht bescheiden.« Er »konnte seine Unterkunft, das frühere Wohnzimmer seiner Wirtin, nur erreichen, indem er die Küche, die der Wirtin auch als Wohn- und Schlafzimmer diente, durchschritt und sich durch einen kleinen – mit Küchenschirer voll besetzten – Abstellraum zwängte, der anstelle der Durchreiche zum früheren Wohnzimmer eine Tür erhalten hatte.« Diesen Zugang galt es auch zur Nachtzeit im Dunkeln zu finden. In dem Zimmer fand man »eine schlaaffe Couch als Nachtlager, einen runden Tisch und einen Sessel«³⁵. Damit war das Zimmer noch recht gut ausgestattet, zumal es nicht mit weiteren Kommilitonen geteilt werden musste, wie das oft der Fall war³⁶.

Das Wohnraumangebot wuchs in den Jahren nach den ersten Krisen Jahren der Nachkriegswirtschaft ab 1948 schnell wieder an. Lag das Wohnungsdefizit, gemessen an der Zeit vor dem Krieg, 1945 noch bei 51%, so war es Ende 1949 auf 26% gefallen³⁷. Die Studenten und Studentinnen bekamen allerdings Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Durch die im Verhältnis zu anderen Großstädten in der britischen Besatzungszone relativ geringen Bombenschäden zog die Stadt eine ganze Reihe von Behörden, Dienststellen und Wirtschaftsverbänden an, deren Personal ebenfalls Wohnraum benötigte. Dies alles geschah noch vor der Gründung des Parlamentarischen Rates und der Erhebung zur provisorischen Bundeshauptstadt. Von allen nordrheinischen Stadtkreisen hatte Bonn daher das schnellste Bevölkerungswachstum aufzuweisen, obwohl die Stadt offiziell zum Sperrge-

34 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 7 vom 18.10.1946. Je mehr Räume eine Wohnung hatte, desto stärker wuchs die Anzahl der unterzubringenden Personen. Während in einer 4-Zimmer-Wohnung 4-5 Personen unterzubringen waren, waren es in einer 8-Zimmer-Wohnung oder einem entsprechenden Haus schon 12 Personen.

35 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 18, S. 127.

36 Für Köln war das, wie eine Umfrage vom WS 1946/47 ergab, sogar der Normalfall. Vgl. von Hagen (wie Anm. 24), S. 74.

37 Fehre (wie Anm. 3), S. 146.

biet für Flüchtlinge erklärt worden war³⁸. Trotzdem gelang es dem Akademischen Wohnungsamt in bewundernswerter Weise, bis zum Frühjahr 1948 dem größten Teil der fast 6.000 Studierenden ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Die Bilanz vom März 1948 sieht folgendermaßen aus:

764 Studenten	belegter und genehmigter Wohnraum
135 Studenten	belegter und nicht genehmigter Wohnraum
2175 Studenten	unterbelegter Wohnraum
580 Studenten	Gemeinschaftsunterkünfte
720 Studenten	Fahrstudenten (168 davon müßten in Bonn untergebracht sein
725 Studenten	in Bonn beheimatet
380 Studenten	in Godesberg beheimatet
650 Studenten	in Godesberg wohnhaft
120 Studenten	im Landkreis Bonn untergebracht (Beuel usw.) ³⁹

Ein Dach über dem Kopf war das Eine, eine warme Stube das Andere. Das Heizungsproblem war vor allem im Winter 1946/47 gravierend. Um dem halbwegs steuern zu können, richtete der Verein Studentenwohl in den Mensen Wärmehallen für die Studierenden ein. Dadurch hatten diejenigen, die in ungeheizten Zimmern wohnten, einen Ort, an dem sie lernen und sich auf ihre Prüfungen vorbereiten konnten, ohne durch die grimmige Kälte immer wieder vom Schreibtisch weggetrieben zu werden⁴⁰. Auch von Bonner Bürgern kam hier Abhilfe. So stellte das beliebte Café Rittershaus in der Kaiserstraße 1d, unmittelbar gegenüber der Wirkungsstätte des legendären Repetitors Schneider, der im selben Jahr seine Tätigkeit aufnahm, im Winter 1947/48 von 18:00 bis 22:00 Uhr seine Räume als Wärmehalle den Studierenden unentgeltlich zur Verfügung⁴¹. Neben den Wärmehallen waren es auch die Seminarbibliotheken und Übungsräume, in denen Wärme, Gemeinschaft und Studienmöglichkeiten warteten – solange die Heizvorräte dafür vorhanden waren. Studentische Einsatztrupps halfen daher nicht nur beim Trümmerräumen und beim Wiederaufbau der Universitätsgebäude, sondern sie fuhren auch zum Holzeinschlag in den Kottenforst, um Brennmaterial zu besorgen⁴². Aber gerade im eiskalten Winter 1946/47 reichte der Vorrat oft nicht lange genug aus.

38 Ebenda, S. 144, 147.

39 Aufzählung von stud. jur. et phil. W. Hastenrath im AstA-Bericht der Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 34 vom 26. März 1948.

40 Chronik der Universität Bonn (wie Anm. 5), S.120, Bericht des Akademischen Hilfswerkes.

41 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 14 vom 4. Februar 1947, S. 7.

42 Joachim Horn, Der Wiederaufbau der Universität Bonn 1945–1947. Wissenschaftliche Arbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien o.O. [Bonn], o.J [1981] (Exemplar in Universitätsarchiv Bonn, Bibliothek, Sign.: Bf Hor), S. 49–52.

»Im Geologischen Institut war oftmals nur das Assistentenzimmer geheizt. Hörsaal, Bibliothek und Arbeitszimmer blieben kalt.«⁴³

Essen, Schlafplatz und warme Stube waren nicht die einzigen Existenzprobleme, mit denen Studentinnen und Studenten der ersten Nachkriegsgeneration sich herumzuschlagen hatten. In einem Aufruf des AStA vom 4. November 1946 heißt es:

»Schauen Sie sich in den Hörsälen um, Sie werden die Sorgen unserer notleidenden Studenten aus den Gesichtern lesen. Sie werden beobachten, dass ein großer Teil unserer Kommilitonen so mangelhaft bekleidet ist, dass er gesundheitlich aufs ärgste gefährdet ist. Gewiß, wir haben alle an Kleidung eingeübt, tragen unsere Pennälerhosen und Kommissjacksen. Machen wir trotzdem einen letzten, großen Klamotten-Appell, beweisen wir, daß wir Nachkriegs-Studenten sind, die in der ärgsten Not dennoch entschlossen sind, sich ein neues Leben aufzubauen.«

Der Aufruf, mit dem die Studenten-Selbsthilfe ins Leben gerufen werden sollte, stellte die prekäre Kleiderfrage in den Vordergrund. Kleidung war schon in den letzten Kriegsmonaten zu einer Mangelware geworden. Man behalf sich, wie man nur konnte. Die damalige Studentin Helge Oertel erinnert sich: »Die Kleidung war in der ersten Zeit sehr phantasievoll, oft überlegte man, wozu der Stoff eines Kleides wohl ursprünglich gedient haben mochte! Ich entsinne mich, wie stolz ich darauf war, einen Wollpullover zu besitzen [...], dazu eine ehemalige Strandhose meiner Mutter und einen alten Militär-Gummimantel meines Bruders – das Ganze mit einem Riemen zusammengehalten.«⁴⁴ Da die meisten der männlichen Studierenden aus der Kriegsgefangenschaft in die Universität gekommen waren, hatten Sie noch ihre Uniformen. Gefärbte Wehrmachtsmäntel und Soldatenstiefel bestimmten daher das Erscheinungsbild in den kalten Hörsälen. Bei den Mädchen kamen in den wärmeren Monaten – sofern noch vorhanden – die umgearbeiteten Dirndl und Trachtenjacken des Reichsarbeitsdienstes wieder in Gebrauch⁴⁵.

So wie bei der Ernährungslage kam auch beim Kleidungsproblem Abhilfe aus dem Ausland. Im Jahr 1947, dem Jahr in dem auch die irische Speckspende und die schwedische Sonderspeisung für gesundheitsgefährdete Studierende und Dozenten (die sog. »Schwedenspeisung«) die Notsituation entspannten, wurde von einer ehemaligen Absolventin der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Frau Dr. Anna Sjörgen, in Stockholm eine privaten Spendenaktion für Angehörige der Philosophischen und der Evangelisch-Theologischen Fakultät durchgeführt, zu der z.B. auch das Sammeln von Damenschuhen gehörte⁴⁶. Das schwedische Mili-

43 Zeitzeugenbericht von Horst Uhrig, in: Braun (wie Anm. 4), S. 218–224, hier S. 222.

44 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 6; zu den Militärmänteln s. John (wie Anm. 10), S. 12: »Es herrschte die gefärbte Militäruniform vor. Für das obligatorische Färbeverfahren waren drei Grundfarben vorgeschrieben – dunkelbraun, dunkelgrün, tiefblau.«

45 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau, Nr. 3, S. V2.

46 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 29730 vom 15. Dezember 1947, S. 18.

tär zog nach und spendete 425 Paar Militärschuhe, von denen allerdings ca. 100 erst einmal der Reparatur bedurften⁴⁷. Die Währungsreform brachte für Studenten nicht nur Erleichterungen, denn nicht jeder hatte sich schnell genug von der Schattenwirtschaft auf bezahlte Einkünfte umstellen können, und die Preise für Essen, Wohnung und Nahrung stiegen schnell an. Daher war auch nach der Währungsreform karitative Hilfe noch gefragt. Pulloverspenden wie im November 1948 wurden daher dankbar aufgenommen⁴⁸. Natürlich gab es diese Hilfe, die aus dem Ausland für deutsche Schüler und Studenten eintraf, nicht nur in Bonn. Eine Umfrage an der Universität Köln im bitterkalten Wintersemester 1946/47 hatte ergeben, dass 16% der Studierenden keinen Mantel, 23% keine Handschuhe und 25% nur ein einziges Paar Schuhe besaßen. Auch hier halfen ausländische Spenden, z.B. Schuhe aus England⁴⁹. Um nicht nur von Spenden abhängig zu sein, mehr noch, um die empfangenen Kleider überhaupt passend zu machen, waren Möglichkeiten um Umarbeiten und Schneidern dringend erforderlich. Auch hier half der »Verein Studentenwohl«, indem er ab 1947 eine Nähstube einrichtete, die von Studentinnen (und in seltenen Fällen auch von Studenten) benutzt wurde. Eine Schusterwerkstatt ergänzte bald das Hilfsangebot.

Hunger nach Bildung und Studium

Neben der Stillung der existentiellen Bedürfnisse zum Überleben spielte der dringende Wunsch nach Bildung von Anfang an für die neue Studentengeneration, die nach dem Zusammenbruch die Universität Bonn bevölkerte, eine enorme Rolle. Das war nicht nur das Bedürfnis nach einem geregelten und möglichst schnell zu absolvierendem Studium, sondern generell der Hunger nach geistiger Nahrung und die Sehnsucht nach dem Ausbruch aus der Käseglocke der intellektuellen Isolation, in der Deutschland aufgrund der nationalsozialistischen Kulturpolitik gesteckt hatte. Wer 1945 sein Studium begann, war bei der nationalsozialistischen Machtübernahme höchstens in der Sexta gewesen. Nun tat sich eine neue Welt auf: »Wir lasen unentwegt – alles was es aus der bislang verboten gewesenen Literatur der Welt gab, Hemingway war fast ein Idol, Faulkner in den von Hand zu Hand gehenden, zerfledderten rororo-Zeitungsdrucken, heute Kleinodien des Antiquariats. Wir schrieben Kurzgeschichten ab und Gedichte und verschenkten »Handschriften« zum Geburtstag« (Manfred Seidler)⁵⁰. Aber an neue Literatur zu kommen war gar nicht so einfach. Buchhandlungen wie Gilde oder Bouvier gab es zwar, aber sie hatten die Bücher nur sehr selten im freien Verkauf:

47 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 37/38 vom 11. Juni 1948, S. 10.

48 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 41 vom 10. November 1948, S. 5.

49 Catrin Schneider, die »Kleidungsnot« der Kölner Studierenden, in: Szöllözi-Janze (wie Anm. 32), S. 84–86, hier S. 85.

50 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 2, S. 5.

»man mußte beim Bücherkauf Altpapier abliefern, damit neue Bücher gedruckt werden konnten. Doch woher Altpapier nehmen? Zwar gab es Zeitungen, praktisch für jede Partei eine, und es gab viele Parteien damals. Aber diese Zeitungen erschienen nur zwei- oder dreimal pro Woche und hatten nur einen Umfang von vier Seiten. [...] Ich hatte es auch hier etwas besser. Meine gute Tante Hedwig, bei der ich in der Martinsstraße wohnte, hatte eine Marotte, die uns jetzt sehr zugute kam: sie sammelte Packpapier und hatte das jahrzehntelang getan. [...] Auf meine Bitte hin gab sie mir eineinhalb Kilo Packpapier ab, und ich zog damit strahlend zu Carl Kaysers Gildebuchhandlung um die Ecke. Dort stand eine alte Küchenwaage auf der Theke; mein Packen wurde gewogen und für gut befunden (und das Papier, Vorkriegsqualität, bestaunt). Ich zahlte den Preis, für den ich auf dem schwarzen Markt am Bahnhof nicht einmal drei Zigaretten bekommen hätte, und war überglicklicher Besitzer von Thomas Manns ›Lotte in Weimar‹. Noch auf der Straße begann ich zu lesen, rempelte die Leute an und wurde angerempelt. Ich habe es kaum gemerkt, die Literatur hatte mich am Kragen.«⁵¹

In kleinen und größeren Diskussionszirkeln, in organisierten Veranstaltungen und spontanen Freundeskreisen wurde der neue Zugang zur Kultur gesucht und gefunden. Die neue intellektuelle Erfahrung der Freiheit im Zugang zu Literatur, Theater, Musik und Kunst machte einen tiefen Eindruck auf die jungen Menschen, die nun die Universität besuchten. Aber es waren nicht nur die Angebote einer erwachenden Kultur allein, die in den Freizeitstunden die Gemüter mit Staunen erfüllten. Auch die Universitätsveranstaltungen selbst, das Zuhören in den Vorlesungen und das Diskutieren in den Seminaren, löste Staunen und Begeisterung aus. Der spätere Historiker Konrad Repgen, Bonner Student seit dem ersten Nachkriegssemester 1945/46, erinnert sich an das Erlebnis der ersten Vorlesungen:

»Wir alle kamen aus dem totalitären Hitler-Deutschland, wo das politische Risiko einer jeden öffentlichen Äußerung vorbedacht sein wollte. Jetzt traten unsere akademischen Lehrer offen vor ihnen unbekannte Menschen hin und erklärten: ›Aus den Gründen a, b und c löse ich das Problem x und beantworte die Frage y wie folgt. Und dies ist wahr.‹ Eine solche allein auf die nachkontrollierbare Sache bezogene Gedankenführung war für mich und war für viele von uns etwas unerhört Neues. Es wurde mit befreiender Zustimmung quittiert.«⁵²

Das Vorlesungsangebot war natürlich zunächst einmal sehr eingeschränkt. Christian George ist es vor einigen Jahren gelungen, das Vorlesungsverzeichnis für das

51 Hörnemann (wie Anm. 16), S. 10.

52 Konrad Repgen, Dank und Rückblick, in: Fünf Jahrzehnte Geschichtswissenschaft in Bonn. Konrad Repgen zum 80. Geburtstag, Bonn 2003 (Bonner Akademische Reden 87), S. 39–53, hier S. 44.

erste Bonner Nachkriegssemester zu rekonstruieren⁵³. Aus den 15 Professoren, die sich beim Einmarsch der amerikanischen Truppen in Bonn im März 1945 noch in der Stadt befunden hatten, waren im Verlauf des Sommers wieder über einhundert Professoren und Dozenten geworden, die sich um die Zulassung zur Lehre bemühten. Eine sofortige Zulassung gab es nicht, wie z.B. der schon seit 1928 amtierende – und politisch gänzlich unbelastete – Historiker Max Braubach erleben musste, der seine Vorlesung über »Europas Staatengeschichte im Zeitalter des Absolutismus« ohne Genehmigung durch die Militärregierung in der größten Selbstverständlichkeit begann und sie erst einmal bis zur Erlangung der Zulassung am 28. Februar 1946 ruhen lassen musste⁵⁴. Braubach war es, der nicht zögerte, die unmittelbare Vergangenheit auch innerhalb der Universität zum Thema zu machen, indem er in einer Artikelserie in der Bonner Universitäts-Zeitung zum Nationalsozialismus im Allgemeinen und zum 20. Juli 1944 im Besonderen schrieb und auch in einer Übung zur neuzeitlichen Geschichte ab dem Sommersemester 1946 diese Themen behandelte⁵⁵. Der letzte Teil seiner dreiteiligen Artikelserie in der »BUZ« stand direkt neben dem Nachruf Walter Holtzmanns auf den 1939 ins englische Exil getriebenen Bonner Mediävisten Wilhelm Levison († 17.01.1947), unter dem der Hinweis stand: »Das historische Seminar lädt zu einem Vortragsabend auf Freitag, den 21. Februar, 18 Uhr c.t. im Kunstmuseum, Hörsaal I. Es spricht Dr. Paul Franken: Zur Vorgeschichte des 20. Juli 1944.«

Die Studienbedingungen waren natürlich weit von dem entfernt, was sonst unter einem geregelten Studium verstanden worden war. Das begann schon mit dem Mangel an Raum. Die Professoren der ersten Stunde, die nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« den Mut gefunden hatten, die Universität gleich wieder aufzurichten und neu zu organisieren, hatten sich am 12. April 1945 als »Verwaltungsrat« zusammengetan und sich zu provisorischen Dekanen ihrer jeweiligen Fakultäten ernannt⁵⁶. Die Dekanate waren aber genauso zerbombt wie die übrigen Universitätsgebäude, weshalb in den Fällen, in denen ihre Privatwohnungen noch standen, die Dekane ihre Wohnzimmer kurzerhand zu Dekanaten umfunktionierten. Das Dekanat der Katholisch-Theologischen Fakultät befand sich in der Wohnung von Wilhelm Neuss in der Humboldtstraße 9, die angehenden evangelischen Theologen stellten sich in der Gneisenaustraße 21 bei Professor Stauffer vor, die

53 Christian George, Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis der Universität Bonn für das Wintersemester 1945/46, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik für die Akademischen Jahre 2003/04 und 2004/05, Bonn 2005, S. 348–377.

54 Universitätsarchiv Bonn, Bestand UV 69 Nr. 8 und UV 139 Nr. 161, vgl. George (wie Anm. 53), S. 374 f.

55 Max Braubach, Zur Geschichte und Beurteilung der deutschen Katastrophe, in: Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 12/13 vom 21. Januar 1947, S. 10 f., Nr. 14 vom 4. Februar 1947, S. 8 f., Nr. 15 vom 18. Februar 1947, S. 8. S. auch Max Braubach, Literatur zum »20. Juli«, in: Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 17 vom 19. März 1947, S. 8.

56 S. dazu auch den Beitrag von Christian George in diesem Band.

Medizinstudenten gingen zu von Redwitz in die Beethovenstraße 41. Besser war es den Landwirten ergangen, die noch einige Institutsgebäude in der Meckenheimer Allee, vor allem die Häuser Nr. 104 und 106, zur Verfügung hatten. Die Juristen und Wirtschaftswissenschaftler hatten gar keine Bleibe mehr in Bonn, sie waren komplett ins »Päda« nach Bad Godesberg ausgelagert worden, wo auch das Dekanat seine Heimstätte fand⁵⁷. Am meisten belastet war wohl die Privatwohnung des Althistorikers Friedrich Oertel. Er hatte nicht nur das Dekanat der großen Philosophischen Fakultät in sein Haus genommen, sondern auch noch sechs weitere universitäre Einrichtungen, nämlich das Seminar für Alte Geschichte, die Bücherbergungsaktion, die Zentralstelle für die Zusammenstellung des Gesamtkatalogs der Seminarbüchereien, die Lagerstelle für Care-Pakete und Schwedenspenden, das Akademische Wohnungsamt und den Verein »Studentenwohl«, das spätere Studentenwerk⁵⁸. Heinrich Lützel hat daher das Oertel'sche Haus einmal die »Vereinigten Oertel-Werke« genannt⁵⁹. Die vielen Studentinnen und Studenten, die dort ein- und ausgingen und die wegen der vielen verschiedenen Institutionen, die dort untergebracht waren, manchmal stundenlang warten mussten, nannten das Haus bisweilen auch die »Wartburg«⁶⁰. Viel anders war die Situation in den anderen Wohnzimmer-Dekanate aber auch nicht⁶¹.

Die Vorlesungen fanden dort statt, wo man noch einen Platz fand oder wo man durch freundliches Entgegenkommen untergebracht werden konnte. Die Evangelischen Theologen und die Geisteswissenschaften, denen genauso wie den Juristen und Wirtschaftswissenschaften ihr Unterbringungsort – das Hauptgebäude im alten Residenz-Schloss – vollständig genommen worden war, teilten sich die beiden Hörsäle, die man im Akademischen Kunstmuseum auf dem Hofgarten einrichten konnte. Die Katholische Theologie konnte auf die beiden Priesterseminare, das Leoninum und das Albertinum, ausweichen. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät war, wie erwähnt, in Bad Godesberg im Pädagogium Otto Kühne. Die Mediziner hatten es am schwersten, sie verstreuten sich über die verschiedenen Ausweichquartiere für die Kliniken, eigene und fremde Institutsgebäude (z.B. Chemisches Institut) oder auch das Akademische Kunstmuseum oder das »Päda«. Leichter war es da für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und für die Landwirtschaftliche Fakultät, bei denen im relativ geschlossenen Bereich zwischen Meckenheimer und Endericher Allee noch mehr an benutzbaren größeren Räumen übrig geblieben war, so dass der Betrieb zumindest aufgenommen

57 Alle Angaben s. Universitätsarchiv Bonn, Dienstbibliothek, Vorlesungsverzeichnis SS 1946.

58 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 6, S. 3.

59 Heinrich Lützel, Bonn am Rhein, so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1980, S. 25.

60 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 6, S. 3.

61 S. dazu oben Anm. 22 den Bericht der damaligen Dekanatssekretärin Irmgard Brinkmann, verheiratete Hönekopp.

werden konnte⁶². Doch auch hier waren die Verhältnisse noch weit vom erforderlichen Standard entfernt. Die nötigen Gerätschaften und Chemikalien fehlten, ja nicht einmal der Strom war zuverlässig vorhanden. Dort, wo man nur ein Katheder brauchte, im Akademischen Kunstmuseum, war die Situation ähnlich schwierig: »An den Wänden im Akademischen Kunstmuseum saß mancher in den Regalen an den Wänden und fiel herunter, vor Schwäche oder sobald der alte Theodor Litt seine Tirade unterbrach wegen des Schnarchers da oben.«⁶³

Die Vorlesungen wurden mit dankbarem Interesse und teilweise mit Begeisterung aufgenommen. Es gab aber durchaus auch kritische Stimmen, die in manchen Vorlesungen den Bezug zur Gegenwart und zur unmittelbaren Vergangenheit vermissen. Etwa der Student, der in der Vorlesung bei der theoretischen Erörterung der Frage nach dem Vorrang des Gewissens vor dem Befehl aufstand, seine peinigenden Erlebnisse vom Niederbrennen eines russischen Dorfes schilderte, in dem seine Einheit sich mit den Bewohnern angefreundet hatte und fragte: »Herr Professor, was hätten Sie getan, das Dorf angezündet oder sich an die Wand stellen lassen?«⁶⁴ Die Bonner Universitäts-Zeitung, die mit ihren »BUZ-Fragen« immer wieder für Nachdenken und Diskussion unter ihrer Leserschaft sorgte, stellte 1948 die Frage nach »Vorlesungen, die wir schon lange vermissen«. An der vergleichsweise geringen Resonanz lässt sich ablesen, dass die meisten Studentinnen und Studenten mit dem Angebot zufrieden waren, doch alle, die sich kritisch äußerten, hatten vor allem das Bedürfnis, die Fragen der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit zu behandeln. Gefordert wurden Vorlesungen über moderne Strömungen der Philosophie, über Marxismus, über moderne Literatur, über die Bedeutung der Naturwissenschaften für die Theologie, über die Bedeutung des Judentums für die deutsche Kultur, über Naturheilverfahren oder Sozialmedizin⁶⁵.

Hunger nach Leben

In diesen Wünschen nach einem Aufbruch in neue Welten des Denkens und der Wissenschaft zeigt sich ein weiteres Kennzeichen der Studentengeneration der ersten Nachkriegsjahre. Wir wollen es hier etwas plakativ mit »Hunger nach Leben« bezeichnen. »Die Stimmung war insgesamt positiv. Nach der ›Stunde Null‹ waren wir so voller Optimismus, der Aufbauwille war ungeheuer, und von uns jungen Menschen wurde auch jede Gelegenheit zu Freude und Übermut genutzt. Die einzelnen Institute und Fachrichtungen wetteiferten miteinander, wer den originellsten und witzigsten Karnevalsball veranstaltete.«⁶⁶ Besonders fröhlich

62 Alle Raumangaben s. Vorlesungsverzeichnis SS 1946.

63 Manfred Seidler, »Jetzt muß alles anders und besser werden«, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs (wie Anm. 10), S. 37–41, hier S. 40.

64 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 3, S. 1.

65 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 34 vom 26. März 1948, S. 4.

66 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 6, S. 3.

ging es im Studentenbunker in Poppelsdorf zu. »An warmen Sommertagen beschwätzen sie [die studentischen Bewohner] den Hauswart, er möge erlauben, daß getanzt wird. Wenn er zustimmte, wurde ein Klavier von der Bergseite her auf das Dach des Bunkers gehievt und aufgestellt. Einer der Studenten spielte vorzüglich Klavier und improvisierte den ganzen langen Abend lang bis in die Nacht alte Schlager, Swing, Be-Bop Rhumba etc. es war ein Vergnügen, an dem auch mancher Poppelsdorfer sich erfreute und mitmachte.«⁶⁷ Mancher Anwohner jedoch nicht. Ein Protestschreiben der Anwohner bezüglich der andauernden Lärmbelästigung spricht von einer Zweckentfremdung auf der Linie eines »vorstädtischen Tanzunternehmens«. Die Attraktion ging weit über die Bunkerstudenten und andere Poppelsdorfer hinaus, sobald sich eine gewisse Regelmäßigkeit entwickelte.

»Und so sah man jeden Mittwochabend im Sommersemester Scharen junger Menschen nach Poppelsdorf hinausziehen. [...] Der unschöne Zweckmäßigkeitskoloss hatte sich eine weithinleuchtende bunte Randborde zugelegt, und dies waren lauter junge Mädchen in ihren besten, noch geretteten Sommerkleidchen, ringsum auf der Rampe sitzend, um sich zwischen zwei Tänzen auszuruhen und den guten, erstaunlich guten und meist sogar neuen Witzen eines Ansager-Kommilitonen zu lauschen. [...] Was tat es schon, dass der Boden rauh war und vier große Eisenhaken manches Paar zum Stolpern brachten, man genoß nur die ungewöhnliche Fläche, den kühlenden Wind, die Sternenkuppe und das ganze Ungewöhnliche eines kleinen Festes im Freien.«⁶⁸

Ausgelassenheit und Feierfreude zeigten sich auch gern auf den Exkursionen des Geographen Carl Troll. Das Sommersemester 1946 etwa wurde mit einem Ausflug zum Kartstein in der Eifel. Bei der Kakushöhle, die man im offenen Lastwagen erreichte, wurde auf einer Holzplattform getanzt, am Abend dann ging das Fest in Vussem im Saal des Gasthofes Schneider weiter. Da man wegen der Ausgangssperre gar nicht zurückkehren konnte, wurde bis morgens um sieben weitergetanzt⁶⁹.

Hunger nach Orientierung

Die erste Seite der neuen Bonner Universitäts-Zeitung beschrieb am 16. Mai 1946 die Situation, aus der heraus beherzte Studentinnen und Studenten neue Wege zur Mitgestaltung des Universitätslebens suchten, als ein Heraustreten aus einer »allgemeinen Atmosphäre von Resignation, politischer Uninteressiertheit und nationalem Ressentiment«⁷⁰. Für viele, die in den ersten Semestern nach dem Krieg den Weg in die Universität fanden, war das Studium weit mehr als nur die Vorberei-

67 Universitätsarchiv Bonn, Slg. Wiederaufbau Nr. 15, S. 1.

68 Gaby Ettighofer, Tanz auf dem Bunker, in: Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 8 vom 4. November 1946, S. 11.

69 Zeitzeugenbericht Horst Uhrig (wie Anm. 43), S. 220.

70 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 1 vom 16. Mai 1946, S. 1.

tung auf ein erhofftes Berufsleben. »Die Universität war uns Ersatz für fehlende Staatlichkeit. Wir sahen in der Universität mehr als die akademische Forschungs- und Lehrstätte. Sie verkörperte in der zerbrochenen Welt ein sichtbares Ordnungsprinzip.«⁷¹ In den studentischen Zirkeln und Freundeskreisen fanden sich Anknüpfungspunkte für einen hoffnungsvollen Neuanfang, der nicht in der Resignation über das Elend der Gegenwart verharrte. Die Bonner Universitäts-Zeitung ist ein beeindruckendes Zeugnis dieser Aufbruchsstimmung inmitten von Trümmern und Not. Vor allem die Frage nach dem Umgang mit Demokratie und Meinungsfreiheit sind die großen und beherrschenden Themen, die sich wie ein roter Faden durch die Ausgaben der Zeitung ziehen. »Davon, ob es uns gelingt, den wahren Begriff in seinem ganzen Umfange und Gehalt auszuschöpfen und uns eigen zu machen, hängt Deutschlands Zukunft im weitesten Sinne ab« schreibt ein Jurastudent in der ersten Nummer der neuen Zeitung unter der Überschrift »Bekenntnis zur Demokratie«. Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Wesen der Demokratie, genauso aber auch die konkrete Umsetzung demokratischer Handlungsweisen im Aufbau eines studentischen Selbstverwaltungs-Gremiums, dem AStA, sind Gegenstand vieler Artikel in jeder einzelnen der 52 Nummern der Zeitung. Das leidenschaftliche Bekenntnis zur Demokratie zeigt sich auch beeindruckend im Nachruf auf den Philosophiestudenten Hellmut Tappen, einem der Redakteure der BUZ, der mit nur 22 Jahren im August 1947 an einer aus dem Krieg mitgebrachten Tuberkuloseinfektion gestorben war. Er hatte mit einer kleinen Gruppe von Studierenden engagiert die Bildung einer ersten Studentenvertretung vorangetrieben und war auch einer der Motoren für die Gründung der BUZ gewesen. »Mit unermüdlichem Eifer«, so formuliert es im Nachruf sein Kommilitone Martin Neuffer im Hinblick auf die BUZ, »focht er dafür, daß weder ein wissenschaftliches Organ daraus werden sollte noch ein unverbindliches Unterhaltungsblatt, sondern daß hier Bonner Studenten eine Möglichkeit gegeben werde, um mit vollem Ernst und persönlichem Einsatz über alle Probleme zu diskutieren, die uns am Herzen liegen (oder doch liegen sollten)«⁷². Bemerkenswert ist auch die rege Diskussion einzelner Artikel. Ganz besonders wird das auffällig an der Serie, die der Dozent für medizinische Psychologie, Dr. Carl Fervers, über »Die seelische Struktur des Studenten von heute und seine Neigung zu psychopathischen Reaktionen« schrieb. Sie rief heftige Proteste hervor, die sich durch das ganze Jahr 1946 zogen. Eine Vielzahl politischer Artikel beschäftigte sich mit der NS-Zeit, entweder direkt oder doch in der Rückbesinnung bei der Erörterung gegenwärtiger Themen, vielfach angeregt durch die schon erwähnten »BUZ-Fragen«. Eine Verdrängung der NS-Vergangenheit fand zumindest in denjenigen

71 John (wie Anm. 10), S. 14.

72 Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 25 vom 10. Oktober 1947, S. 4.

studentischen Kreisen, die sich zwischen 1946 und 1948 mit Artikeln und Leserbriefen in der BUZ engagierten, nicht statt⁷³.

Die Wahlen und auch die Arbeit des AStA wurde kritisch bäugt und begleitet⁷⁴. Er war sozusagen das Exerzierfeld, auf dem man die theoretischen Gedanken über Demokratie, Meinungs- und Gestaltungsfreiheit in die Tat umsetzen konnte. Weit distanzierter und kritischer stand man dagegen dem Engagement in politischen Parteien und auch der Bildung von parteipolitischen Hochschulgruppen gegenüber. Im Rückblick sieht so mancher damalige Student dies heute kritisch. Etwa Manfred Seidler, der über die damalige Debattierfreudigkeit nachdenklich anmerkt: »Wir genossen die Meinungsvielfalt und versäumten die Kontrolle des Nächstliegenden. Die Weltorientierung des Individuums war wichtiger als die unmittelbare Teilnahme an der Organisation des Gemeinwesens. [...] Wir waren Individual-Demokraten, delektierten uns am Grundsätzlichen, genossen die Freiheit, uns wo immer und woran immer ausrichten zu können und waren uns eher der Würde bewusst, die der Freiheit angemessen und zukommend sei, als der Mühsal, sie täglich politisch zu gewinnen.«⁷⁵ In der damaligen Situation aber überwog die Begeisterung über die neu gewonnenen Freiheiten des Lesens, Denkens, Redens und Schreibens. Es war, Trümmerwüste hin oder her, eine Zeit der Hoffnung und des Aufbruchs. »Trümmer ringsum, Hunger bis unter die Arme, Berufsaussichten gleich null, aber wir versanken in Literatur, mit roten Ohren, in höchster Spannung. Neue Welten taten sich da auf, neue Empfindungen, neue Ideen. Nie wieder hat mich Geschriebenes so um- und umgekrepelt wie damals. Wir waren glücklich. Das tausendjährige Reich war überstanden, den Krieg hatten wir mehr oder weniger heil überlebt, wir waren frei. Was hätte uns schon passieren können?«⁷⁶

73 So auch im Rückblick Konrad Repgen. S. Repgen (wie Anm. 52), S. 45 f.

74 Dies konnte auch schon einmal zu spöttischen oder bissigen Kommentaren führen wie der kleine Artikel des damaligen Geschichtsstudenten Konrad Repgen mit dem Titel »Der ›Geheime‹ AStA«: »Wie mußte jedes auch nur in seiner letzten Faser demokratisch denkende Gemüt aufatmen, als aus unserem PASTA (Provis. Allg. Stud.-Ausschuß) durch Wahl – die nicht, wie man in einer hiesigen Tageszeitung höchst befremdlich lesen konnte, eine getarnte Offiziersverschwörung war –, ein AStA entstand. Nur leider war die Wahl der letzte öffentliche Akt des AStA, der eigentlich von nun an ›GASTA‹ heißen mußte (Geheimer Allg. Stud.-Ausschuß), – und als solcher prinzipiell im Geheimen tagt.« Bonner Universitäts-Zeitung Nr. 18 vom 6. Mai 1947, S. 10.

75 Seidler (wie Anm. 53), S. 41.

76 Hörnemann (wie Anm. 16), S. 10

Michael Herkenhoff

Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek

»Es waren Jahre ohne stürmischen Optimismus aber voll intensiver Arbeit und wachsender Hoffnung. Was damals, als wir vor den Trümmern der UB standen, niemand auch nur zu denken gewagt hätte, wann einmal aus diesen Ruinen neues Leben wieder erstehen würde, ist hier in anderer Weise neue Wirklichkeit geworden«¹.

Mit diesen Worten fasste Karl Lebach, der Direktor der Bonner Universitätsbibliothek, 1949 die Ereignisse der zurückliegenden Jahre zusammen. In seinen Worten schwingt mit, was viele seiner Bonner Zeitgenossen angesichts von Bombenkrieg, Besatzung, Hunger und Schwarzmarkt, aber auch Währungsreform und beginnendem wirtschaftlichen Aufschwung empfunden haben mögen². In erster Linie spiegeln seine Bemerkungen aber die Geschichte der Universitätsbibliothek

-
- 1 UA Bonn Kl. Slg 38 (Karl Lebach). Manuskript »Gedacht als Entwurf einer Ansprache bei einer Einweihung des prov. Verwaltungsgebäudes am Hof 1948/49«, S. 1. Von dieser Rede – tatsächlich wurde sie wohl nie gehalten – existieren drei Fassungen. Eine handschriftliche Rohfassung von 41 Seiten (UA Bonn Kl. Slg. 38), eine darauf beruhende maschinenschriftliche Reinschrift (»Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn«) von 23 Seiten mit einer hs. Anmerkung Lebachs vom 21.12.1961 (UA Bonn Kl. Slg. 40) sowie eine hs. Redefassung von 20 Seiten (UA Bonn Kl. Slg. 38), aus der das erwähnte Zitat stammt. Lebach datiert die Rede auf Ende 1948, doch da in allen drei Fassungen Bezug auf die im Januar/ Februar 1949 abgeschlossene Neuaufstellung der Bestände genommen wird und sie anlässlich des im September 1949 vollzogenen Umzuges in das neue Verwaltungsgebäude der Bibliothek, das Bankhaus Schaaffhausen, verfasst worden ist, ist sie wahrscheinlich erst im Sommer 1949 konzipiert worden.
 - 2 Vgl. die entsprechenden Zeitzeugenberichte: Bonn im Bombenkrieg. Zeitgenössische Aufzeichnungen und Erinnerungsberichte von Augenzeugen, bearb. und hg. von Helmut Vogt, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsblätter 42); Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen gesammelt von Anneliese Barbara Baum, bearb. und hg. von Reiner Pommerin, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41); Bonn von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Mit Erinnerungsberichten von Zeitzeugen gesammelt von Anneliese Barbara Baum, hg. von Manfred von Rey, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsblätter 45/46). Grundlegend: Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, in: Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, Bonn 1989 (Geschichte der Stadt Bonn Bd. 4), S. 437 – 638.

in der Kriegs- und Nachkriegszeit wider³. Sie indizieren Zerstörung und Wiederaufbau, deuten aber auch auf Wandel und Veränderung hin. Denn die Bibliothek war – so drückt es Lebach aus – in »anderer Weise« wieder erstanden. Doch bevor der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek und die damit verbundenen Neuenerungen erläutert werden, zunächst eine kurze Skizzierung der Ausgangslage.

Die Bibliothek war bis 1944 im Ostflügel des Universitätshauptgebäudes untergebracht⁴. Links vom Koblenzer Tor (vom Belderberg) aus gesehen, befanden sich einige Verwaltungsabteilungen und der Lesesaal, über dem Koblenzer Tor das Geschäftszimmer, in dem auch die wichtigsten Kataloge aufgestellt waren. Rechts vom Koblenzer Tor schlossen sich bis zum Ostturm die Magazine der Universitätsbibliothek an: zunächst das fünfgeschossige, 1890–91 errichtete »Neue Magazin«, dann im 1. Stockwerk das aus drei Sälen bestehende »Alte Magazin«, der sogenannte Langbau. Die Bibliothek umfasste im Jahr 1944 über 680.000 Bände sowie mindestens 100.000 Dissertationen. Kommissarischer Leiter der Bibliothek war seit Sommer 1942 Dr. Paul Otto.

Angesichts des sich verschärfenden Luftkrieges wurde Ende 1942 mit der Auslagerung der Bestände begonnen. Maßgeblich war ein Erlass des Reichserziehungsministeriums vom 28. August 1942, in dem »Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Bibliotheken« verfügt wurden. In Bonn räumte man im Oktober 1942 wohl wegen besonderer Brandschutzgefahr zunächst die überfüllten Speicher und Mansardenräume und verlagerte die dort befindlichen Zeitungs- und Dublettenbestände in das universitätseigene Gut Melb auf dem Venusberg. Dissertationen und Universitätschriften sowie die wichtigsten Werke aus den Abteilungen Klassische Philologie, Kunst, Allgemeine Zeitschriften und Geschichte wurden in verschiedenen Kellern der Universität geborgen⁵. Die wertvollsten Handschriften, Inkunabeln und Drucke des 16. bis 18. Jahrhunderts verpackte man zwischen Dezember 1942 und Februar 1943 in Kisten und verbrachte sie an drei rechtsrheinische Bergungsorte: Schloss Crottorf und das Pfarrhaus des unmittelbar

3 Grundlegend: Charlotte Schürfeld, *Die Universitätsbibliothek Bonn 1921–1968. Erlebte Bibliotheksgeschichte*, Bonn 1974 (Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde 25). Vgl. ferner: Richard Mummendey, *Die Bibliothekare des wissenschaftlichen Dienstes der Universitätsbibliothek Bonn 1818 – 1968*, Bonn 1968 (Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde 19); *Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn*. Hartwig Lohse zum Abschied, hg. von Renate Vogt, Bonn 1993 (Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde 31).

4 Beschreibung Schürfeld (wie Anm. 3), S. 15 – 18, 22 – 26.

5 Schreiben des Universitätskurators Chudoba an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 30.11.1943. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz HA I, Rep. 76, Bl. 16 – 18. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich Herrn Frank Krosta (Mannheim). Die Akten der Bibliothek zur Auslagerung der Bestände 1942 – 1944 sind bei der Zerstörung des Universitätshauptgebäudes am 18.10.1944 verbrannt.

benachbarten Friesenhagen sowie in das Franziskanerkloster Marienthal bei Hamm an der Sieg. Nachdem am 1. April 1943 mit der Sicherheitsverfilmung des systematischen Bandkataloges begonnen worden war, wurden am 13. August 1943 auch zwei Eisenblech-Kisten mit den angefertigten Kleinbilddfilmen auf Schloss Crottorf ausgelagert.

Mit der weiteren Eskalation des Luftkrieges in Deutschland setzte im Dezember 1943 eine zweite, diesmal groß angelegte Auslagerungswelle ein. Diesmal wurden nicht nur die Zimelien, sondern große Bestandsgruppen abtransportiert. Da weit entfernte Bergungsorte schon aus Mangel an Treibstoff nicht in Frage kamen und die Bibliothek Wert darauf legte, ihre Bestände in erreichbarer Nähe zu haben, suchte man Ausweichstandorte in einem Umkreis von 50 – 60 km. Die Universitätsbibliothek mietete Räume in vier Landhäusern der näheren Umgebung – dem Haus Holzem bei Wachtberg-Berkum, den Häusern Enzen, Dürffenthal und Busch bei Zulpich – sowie dem Hotel »Start und Ziel« am Nürburgring an. Innerhalb von acht Monaten wurden knapp 260.000 Bände mit Möbelwagen an diese fünf Standorte ausgelagert, davon gut die Hälfte zum Nürburgring. Aufgrund der Masse der ausgelagerten Bestände konnten die Bücher nicht mehr in Kisten transportiert werden. An den Ausweichquartieren wurden sie bis zu einer Durchschnitthöhe von 1,50 m gestapelt und waren damit nicht mehr benutzbar⁶.

Die Auslagerung musste Anfang September 1944 abgebrochen werden, als die Alliierten sich der Reichsgrenze näherten. Einige Bestandsgruppen, deren Abtransport unsicher geworden war, brachte man noch in den Kellern der Universitätsbibliothek in Sicherheit. Den Alphabetischen Katalog im Erdgeschoss der Bibliothek schützte man durch eine Steinmauer. Im Magazin verblieben waren ca. 180.000 – 200.000 Bände. Diese hatte man größtenteils unter den Steinboden des Mittelgeschosses geschafft und glaubte, sie dadurch ausreichend gesichert zu haben⁷.

Diese Maßnahmen erwiesen sich aber als völlig unzureichend, als mit dem britischen Fliegerangriff am späten Vormittag des 18. Oktober 1944 die Katastrophe hereinbrach⁸. Das Universitätshauptgebäude wurde schwer getroffen, die darin befindliche Bibliothek vollkommen zerstört. Von den im Magazin verbliebenen Bänden konnten allein 20.000 geborgen werden. Neben den Büchern verbrannten der systematische Bandkatalog, der Schlagwortkatalog und der alphabetische Benutzerkatalog, unentbehrliche Handbibliotheken sowie die sich noch im Geschäftszimmer befindlichen Verwaltungsakten der Bibliothek⁹.

6 Aktennotiz Lelbachs vom 7.3.1947, S. 2. Akten der UB A/1.

7 Schürfeld (wie Anm. 3), S. 62.

8 Gebhard Aders, Der Luftangriff auf Bonn am 18. Oktober 1944, in: Bonn im Bombenkrieg (wie Anm. 2), S. 50- 72.

9 Die Schäden sind aufgelistet in Briefen Paul Ottos an den Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten vom 23.11.1944, an den Ministerialrat Kummer vom 2.12.1944 sowie

Nach dem 18. Oktober verlagerte die Universitätsbibliothek die Verwaltung in ihre landwirtschaftliche Abteilung in Poppelsdorf und führte dort zunächst den Betrieb weiter. Infolge der neuerlichen schweren Bombenangriffen auf Bonn in den Weihnachtstagen bat Paul Otto jedoch am 04. Januar 1945 den Rektor um die Erlaubnis, den Betrieb schließen zu dürfen. Zwei Tage später erhielten die Bibliotheksangehörigen die Erlaubnis, Bonn zu verlassen¹⁰. Letzten Bemühungen, über den Bonner Buchbindermeister Felix Schlösser im Januar und Februar 1945 ein Ausweichquartier für die noch verbliebenen Mitarbeiter (s.u.) und 6.500 Bände im Westerwald zu finden¹¹, kam die Besetzung Bonns durch amerikanische Truppen am 8. und 9. März 1945 zuvor.

Das Ende des Krieges stellte die deutschen Bibliotheken vor große Aufgaben, so wie sie Georg Leyh 1947 in seinem noch immer grundlegenden Werk über »Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg« beschrieben hat. Bezüglich der Bibliothekare schreibt er:

»Sie haben sich mitten unter den Trümmern der Gebäude dürftige Arbeitsräume geschaffen, sie sitzen da und dort noch in feuchten Kellerräumen fremder Gebäude zusammengedrängt, sie ordnen die Reste der verwüsteten, der dem Schutt entrissenen, der weitverstreuten Bücherbestände, sie stellen immer neue Lücken in diesen Beständen fest, sie haben die mühevollen Aufgabe, zerstörte Kataloge, ihr vornehmstes Arbeitsinstrument, wieder einzurichten; auf viele Jahre ist ihre Arbeit durch die eingetretene Katastrophe bestimmt«¹².

Die Bonner Verhältnisse unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen entsprachen dem von Leyh skizzierten Bild. Das alte Bibliotheksgebäude war zerstört, ebenso wichtige Kataloge. Ein Viertel des Buchbestandes war vernichtet, ein weiterer großer Teil ausgelagert, sein Schicksal ungewiss. Einige Bergungskeller waren feucht bzw. durch Bomben eingedrückt. Die dort gelagerten Bestände mussten evakuiert werden. Und all diese Aufgaben konnten nur mit wenig Personal geleistet bzw. koordiniert werden. Ende April 1945 waren in der Universitätsbibliothek nur sechs Mitarbeiter beschäftigt: drei wissenschaftliche Bibliothekare (Dr. Lelbach, Dr. Reich und Dr. Beinlich), eine Diplom-Bibliothekarin, ein Magazinverwalter und ein Heizer¹³. Im Laufe des Sommers kehrten zwar mehr und

an Rudolf Juchhoff vom 4.12.1944. Akten der UB A/1. Schilderung des Bombenangriffs und der Schäden auch bei Schürfeld (wie Anm. 3), S. 63–65.

10 Schürfeld (wie Anm. 3), S. 65f. An diesem Tag kündigt auch die Bibliotheksinspektorin Tobien beim Bonner Postamt das Schließfach, »da die Universitätsbibliothek Bonn geschlossen wird«. Akten der UB L/8.

11 Akten der UB N/1. S.a. Anm. 13.

12 Georg Leyh, Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947, S. 5f.

13 Personalaufstellung der UB auf Anfrage des Rektors vom 24.4.1945. Akten der UB G/5. Wahrscheinlich handelt es sich um die Mitarbeiter der Bibliothek, die nach dem 6.1.1945 Bonn nicht verlassen hatten. Beinlich war noch am 5.3.1945, also unmittelbar

mehr Bibliotheksangehörige nach Bonn zurück, konnten aber vorerst nicht eingesetzt und bezahlt werden und wurden erst allmählich wieder in den Dienst übernommen¹⁴. Da der bisherige kommissarische Direktor Paul Otto seinen Dienst nicht wieder antrat¹⁵, übernahm Dr. Karl Lelbach die Leitung der Bibliothek, zunächst stellvertretend, dann kommissarisch, schließlich ab dem 1. April 1946 hauptamtlich. Lelbach hatte während des Krieges die Auslagerung der Bestände organisiert. Nun war er für den Wiederaufbau der Bibliothek verantwortlich und zeigte sich dieser schwierigen Aufgabe mehr als gewachsen¹⁶. Ihm und seinen Mitarbeitern stellten sich in den nächsten Jahren drei zentrale Aufgaben, die es zu lösen galt.

- Die Rückführung der ausgelagerten Bestände
- Suche und Einrichtung eines neuen Bibliotheksgebäudes
- Grundsatzentscheidungen in Katalog- und Aufstellungsfragen

1. Die Rückführung der ausgelagerten Bestände

Nach Kriegsende galt das primäre Interesse der Bibliothek zunächst den ausgelagerten Büchern. Bereits am 4. April bat der kommissarische Rektor Theodor Brinkmann die Militärregierung um die Aufstellung eines Wachpostens am Hotel »Start und Ziel«, um die dort liegenden Bestände zu schützen¹⁷. Lelbach selbst konnte Mitte April 1945 die verschiedenen linksrheinischen Auslagerungsorte

vor dem Einmarsch der Amerikaner, in der Bibliothek tätig, Akten der UB G/14 (cf. Middendorf), und Reich ist schon für den 5.4.1945 wieder in Bonn bezuget, Akten der UB N/1, kann also Bonn eigentlich auch nicht verlassen haben.

14 Eine Personalaufstellung der Bibliothek vom 13.8.1945 verzeichnet noch immer nur sieben Beschäftigte, zugleich aber auch 11 in Bonn verfügbare, aber nicht eingesetzte Beamte und Angestellte. Die nächstfolgende Aufstellung vom 6.2.1946 listet 18 Beschäftigte auf. Nicht eingesetzte Mitarbeiter werden nicht mehr erwähnt. Akten der UB G/5. Zur Personalsituation im Sommer 1945 s.a. Schürfeld (wie Anm. 3), S. 74.

15 Die Angabe Mummendey (wie Anm. 3), S. 61 f., Paul Otto sei zum 30.9.1944 aus dem Dienst ausgeschieden, ist nicht korrekt. Otto amtierte als kommissarischer Leiter der Bibliothek bis zum 6.1.1945, hielt sich vom 9.1. – 21.6. in Heiligenstadt auf und meldete sich am 23.6.1945 wieder in Bonn zum Dienst. Seine Tätigkeit nahm er aufgrund verschiedener Krankheiten allerdings nicht wieder auf und stellte deshalb am 4.12.1945 einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand zum 1.2.1946, der bewilligt wurde. UA Bonn PA 6741.

16 Zu Lelbach vgl. Mummendey (wie Anm. 3), S. 80ff.; Schürfeld (wie Anm. 3), S. 71–73, sowie den Nachruf von Max Weisweiler, Karl Lelbach †, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 10, 1963, S. 192–194. Wichtiges Material zu Lelbach bieten die Personalakten: Akten UB I d, Fasz. 14, u. UA Bonn PA 5447.

17 Akten der UB N/1.

besichtigen und legte darüber der Militärregierung am 24. April einen detaillierten Bericht vor. Demnach ergab sich folgendes Bild.

- Die großen umfangreichen Bestände am Nürburgring waren gut erhalten und inzwischen durch einen Militärposten gesichert.
- In Haus Holzem waren Truppen einquartiert, und es war dadurch in zwei Räumen zu Beschädigungen und Verlusten gekommen.
- Das Haus Enzen war bis zum 15. April von Polen belegt worden. Auch dort waren Bücher beschädigt und vernichtet worden.
- Die Bestände aus Haus Dürffenthal waren am 18. März nach Aachen ins Suermondmuseum geschafft worden.
- Das Haus Busch war bisher von Einquartierung frei geblieben, die Bestände waren in tadellosem Zustand.

Angesichts der von ihm beobachteten Probleme ist es verständlich, dass Lelbach abschließend bat, das Haus Holzem nach dem Abzug der derzeitigen Besetzung nicht mehr neu zu belegen und die Häuser Enzen und Busch überhaupt unbelegt zu lassen¹⁸.

Wahrscheinlich durch den Bericht Lelbachs veranlasst, beschloss die Militärregierung am 16. Mai einen Ausschuss einzusetzen, der die Bergungs- und Rückführungsaktion für die Universitätsbibliothek und die Institutsbibliotheken regeln sollte. Dieser Ausschuss sollte aus zwei Mitgliedern bestehen. Prof. Oertel sollte mit einem Stab von Studenten und Assistenten als freiwillige Mitarbeiter die Bergungsaktion der Privatbibliotheken organisieren, denen man offensichtlich besonderen Wert für die Wiederaufnahme des akademischen Unterrichts beimaß. Lelbach wurde mit der Sicherungs- und Rückführungsaktion von Universitätsbibliothek und Institutsbibliotheken beauftragt. Als Quartier für diese Bestände wurde der Bunker an der Görrestrasse, der sogenannte Gronau-Bunker, bestimmt¹⁹. Im Anschluss an diese Sitzung übersandte Lelbach am 22. Mai der Militärregierung einen detaillierten Plan zur Rückführung, Sicherung und Aufstellung der Bücher.

18 Bericht an die Bonner Militärregierung vom 24.4.1945. Akten der UB N/1. Der Bericht Lelbachs wurde über Oberbürgermeister Spoelgen der Militärregierung zugestellt. Brief von Spoelgen an den Direktor der Universitätsbibliothek vom 30.4.1945. Akten der UB N/1.

19 Aktennotiz Dr. Busleys vom 17.5.1945. Akten der UB N/1. Zur Zerstörung der Institute und Seminare sowie ihrer Bibliotheken vgl. Chronik der akademischen Jahre 1939/40 bis 1948/49 und Bericht über das akademische Jahr 1948/49, hrsg. von Theodor Klausserh Bonn 1950, S. 82–111, sowie Manfred van Rey, Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: Bonner Universitätsblätter 1995, S. 29–44. Zumindest aus den Akten der Universitätsbibliothek lassen sich Aktivitäten Lelbachs hinsichtlich der Bergung und Rückführung der Seminar- und Institutsbibliotheken nicht belegen.

Darin legte er fest, welche Bestände noch an ihren Auslagerungsorten bzw. in Kellern verbleiben konnten und welche in den Gronau-Bunker überführt werden sollten. Dort sollte die Einlagerung aber so erfolgen, dass die Bücher geordnet aufgestellt und damit benutzbar waren²⁰. Er hatte damit einen Ablaufplan skizziert, der zwar die Arbeiten der nächsten Monate und Jahre bestimmen sollte, sich aber nicht so schnell und so glatt umsetzen ließ, wie er es wohl ursprünglich beabsichtigt hatte.

Die Arbeiten in Bonn ließen sich noch verhältnismäßig rasch erledigen. Bereits bis Ende Juli waren die z. Teil durch Bombeneinschläge eingedrückten, zum Teil feuchten Keller links und rechts vom Koblenzer Tor, unter dem Kuratorium und unter der Schlosskirche frei geräumt und die dort befindlichen Bücher und Dissertationen an verschiedene Orte in Bonn verbracht worden²¹. Weit schwieriger war es jedoch, die im Umland ausgelagerten Bestände nach Bonn zurückzuführen. Dies ist zum einen auf logistische Gründe zurückzuführen: für die Fahrten mussten Wagen, Arbeitskräfte, Verpflegung, vor allem aber Treibstoff organisiert werden. Viele Rücktransporte kamen nicht zustande bzw. mussten verschoben werden, weil kein Benzin oder Diesel zur Verfügung stand. Immerhin konnten die Bestände aus Haus Holzem wohl noch im Laufes des Sommers zurückgebracht und in den Gronau-Bunker überführt werden²². Die in Aachen eingelagerten Bestände kamen im Laufes des Winters zurück, da die dortige Stadtverwaltung die dafür in Anspruch genommenen Lagerräume selbst benötigte und deshalb um dringende Rückführung gebeten hatte²³.

Daneben sah sich die Bonner Universitätsbibliothek aber mit den neuen Realitäten der Nachkriegszeit konfrontiert. Obgleich die Bestände während des Krieges bewusst nur im engeren Umkreis von Bonn geborgen worden waren, so ergab sich dennoch nach dem Krieg das Phänomen, dass von den acht Auslagerungsorten nunmehr vier in der französischen Besatzungszone lagen: die drei Orte im rechtsrheinischen Umland, an denen sich die schon frühzeitig ausgelagerten, besonders wertvollen Handschriften, Inkunabeln und Alten Drucke befanden, sowie das Hotel »Start und Ziel« in der Eifel. Gerade die großen Bestände vom Nürburgring hatte Lelbach ja frühzeitig zurückholen wollen. Doch dies ließ sich nicht realisieren. Kein Bonner Fuhrunternehmer war im Juli 1945 bereit, Fahrten in die franzö-

20 Akten der UB N/1.

21 Berichte Lelbachs an die Bonner Militärregierung vom 2.7. und an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 30.7.1945. Akten der UB N/1.

22 Mit dem Rücktransport aus Holzem wurde am 19.6.1945 begonnen. Am 30.8. waren jedoch erst sechs Fahrten erledigt, vier standen noch aus. Berichte Lelbachs an die Militärregierung Bonn vom 2.7.1945 und an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 30.8.1945. Akten der UB N/1.

23 Der erste Transport aus Aachen traf im Dezember 1945 in Bonn ein. Abgeschlossen war die Rückführung spätestens am 11.3.1946. Von diesem Tag datiert das Dankschreiben an den Rektor der TH Aachen. Akten der UB N/1.

sische Besatzungszone zu unternehmen. Sie fürchteten, ihre Wagen könnten von französischen Truppen beschlagnahmt werden²⁴. Es schlossen sich offenkundig langwierige Verhandlungen an, in die auch Rektor Konen eingeschaltet war²⁵, über die sich aber zumindest den Akten der Universitätsbibliothek nichts Konkretes entnehmen lässt. Erst am 6. und 25. Oktober genehmigte die französische Militärregierung in zwei Erlassen den Rücktransport der an den vier Orten eingelagerten Bestände²⁶. Es sollte trotzdem noch ein Jahr dauern, bis die Bücher aus diesen Orten endgültig zurückgeführt waren. Die Bücher aus Haus Busch und Haus Enzen kamen schließlich im Oktober 1947 nach Bonn zurück.

Trotz dieser Mühen – so wird man festhalten können – kann man die Auslagerung und Rückführung der auswärts geborgenen Bestände als Erfolg bezeichnen. Nennenswerte Verluste scheinen, soweit man dies mit aller Vorsicht sagen kann, nicht eingetreten zu sein. Und auch die Rückführungsdauer von zwei Jahren ist kein schlechter Wert, bedenkt man, dass andere große wissenschaftliche Bibliotheken weit länger auf die Rückkehr ihrer ausgelagerten Bestände warten mussten, zumal wenn sich diese in der damaligen sowjetischen Besatzungszone befanden.

2. Suche und Einrichtung eines neuen Bibliotheksgebäudes

Ein zweites dringendes Problem im Frühjahr und Sommer 1945 war die Unterbringung der Bibliothek. Das alte Gebäude war komplett zerstört, an eine Wiederherstellung auf Jahre hinaus nicht zu denken. Vorläufig konnten die Räume der unversehrt gebliebenen Landwirtschaftlichen Abteilung der Bibliothek in Poppelsdorf genutzt werden. Dort konnten eine Bücherausleihe, ein Lesesaal mit 60 Sitzplätzen sowie ein Magazin zur Mitbenutzung zur Verfügung gestellt werden. Dazu kamen im benachbarten Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre drei Verwaltungsräume und ein Zimmer, das den großen alphabetischen Katalog enthielt²⁷. Obgleich die Universitätsbibliothek somit in die Lage versetzt war, den Leihverkehr aufrechtzuerhalten und mit Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes im Wintersemesters 1945 130.000 Bände für die Studenten und den Lehrkörper bereitzustellen²⁸, waren weitergehende Lösungen zwingend erforderlich. Man benötigte Magazinflächen für die rückgeführten Bestände und mehr bzw. größere

24 Aktenvermerk Dr. Busleys vom 28.7.1945 u. Bericht Lelbachs an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 30.7.1945. Akten der UB N/1.

25 Brief Heinrich Konens an Karl Lelbach vom 1.9.1945. Akten der UB N/1.

26 Akten der UB N/1.

27 Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn, S. 3. UA Bonn Kl. Slg. Nr. 40; Schürfeld (wie Anm. 3), S. 75.

28 Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn, S. 3. UA Bonn Kl. Slg. Nr. 40.

Verwaltungs- und Benutzerräume, da die in Poppelsdorf genutzten Zimmer sich schon sehr schnell als zu eng erwiesen²⁹.

Eine Lösung zeichnete sich im Universitätshauptgebäude ab. Bereits im Sommer 1945 nahm die Universität die Wiederherstellung des Flügels am Hof in Angriff und stellte der Bibliothek 300 qm im Bereich der ehemaligen Kasse, unmittelbar am Haupteingang, zu Verfügung. Damit hatte die Bibliothek genug Platz gewonnen, um mit Einbeziehung der darunter liegenden Keller 550.000 Bände aufzustellen³⁰. Überlegungen der Bibliothek, durch Einbeziehung weiterer benachbarter Räume im Hauptgebäude auch die Lesesäle und die Verwaltungsabteilungen zu konzentrieren³¹, kamen dagegen nicht zum Tragen. Darüber hinaus war schon im Frühsommer 1945 klar, dass die Unterbringung der Bibliothek im Flügel am Hof auch nur eine vorübergehende Lösung darstellen konnte, »ein Provisorium, das den Vorteil zentraler Lage, wenn auch auf engem Raum hat, und eine gewisse Dauer ohne die Notwendigkeit erneuten Wechsels, wenigstens für mehrere Jahre, verspricht«, wie es Lelbach am 28. Mai formulierte³².

Der Ausbau des neuen Magazins am Hof begann Anfang 1946. In den Parterreräumen wurden Leichtmetall-, in den darunter liegenden Kellern Holzregale aufgestellt. Ebenso wurden im Gronau-Bunker die bisher gestapelten Bücher sortiert und in Holzregale übergeführt. Magazinausbau und Aufstellung der Bestände zogen sich lange hin. Immerhin galt es große Mengen an Blechen, Holz und anderen Materialien zu beschaffen. Im Februar 1949 war die Einrichtung des Magazins und die Neuaufrichtung der Bücher dort und im Bunker abgeschlossen. Damit war der gesamte Bestand der Universitätsbibliothek – abgesehen von den Handschriften und den Inkunabeln – wieder benutzbar. Im Bunker an der Görresstraße befanden sich zum damaligen Zeitpunkt nur noch die Abteilungen Allgemeine Zeitschriften, Naturwissenschaften und Medizin³³.

Als neues Verwaltungsgebäude war in der Zwischenzeit das Haus des ehemaligen Schaaffhausenschen Bankvereins gegenüber der Universität gewonnen worden. Damit waren zwar Verwaltungs- und Benutzerräume einerseits, und Magazin andererseits nicht in einem Gebäude vereint, doch sie lagen dennoch relativ eng zusammen, quasi über die Straße. Der zentrale Standort der Universitätsbibliothek

29 Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn, S. 4. UA Bonn Kl. Slg. Nr. 40.

30 Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn, S.5. UA Bonn Kl. Slg. Nr. 40.

31 Bericht Lelbachs vom 28.5.1945 (»Zur Bergung, Rückführung und Aufstellung der Bestände der Universitäts-Bibliothek«), S. 6. Akten UB A/1; Bergung – Rückführung und Wiederaufstellung der U-B Bonn, S.5. UA Bonn Kl. Slg. Nr.40.

32 »Zur Bergung, Rückführung und Aufstellung der Bestände der Universitäts-Bibliothek«, S. 6. Akten der UB Bonn A/1.

33 Die Aufstellung geht aus einem Rundschreiben des Rektors vom 21.3.1949 hervor. Akten der UB A/1.

in der Stadt konnte damit gewahrt werden. Im Laufe des Jahres 1948 begann der Umbau des Bankhauses Schaaffhausen. Im September 1949 zogen die Bibliotheksangehörigen von Poppelsdorf in das neue Verwaltungsgebäude um. Spätestens mit der Räumung des Gronau-Bunkers ein gutes Jahr später und der Verlagerung der letzten noch dort befindlichen Bände in das Magazin am Hof kann die unmittelbare Nachkriegsgeschichte für die Universitätsbibliothek Bonn als abgeschlossen bezeichnet werden. Dass dieser letzte Akt ausgerechnet auf Drängen der Verwaltung des Deutschen Bundestages erfolgte, in dessen Besitz der Bunker inzwischen übergegangen war³⁴, kann als ein weiterer Schritt hin zur Normalität verstanden werden, deutet zugleich aber auch die neuen Verhältnisse in der künftigen Bundeshauptstadt an.

Doch kaum waren Bestände und Personal wieder zusammengeführt, wurde das Problem des Neubaus evident³⁵. Der erste Entwurf sah noch einen Wiederaufbau im Ostflügel des Schlosses vor, lediglich erweitert durch einen modernen nördlichen Anbau am Belderberg. Die Bibliothek wäre damit an ihren alten Platz zurückgekehrt. Diesem Plan standen konservatorische Bedenken entgegen wie auch der erweiterte Raumbedarf der Universität. Damit kam 1952 der zweite Entwurf zum Tragen, der die Errichtung eines neuen selbständigen Bibliotheksgebäudes an der Koblenzer Straße, der heutigen Adenauerallee, im Bereich der Lese vorsah und der schließlich zu dem von Fritz Bornemann und Pierre Vago geplanten, 1960 vollendeten neuen Bibliotheksgebäude führte³⁶.

Bereits 1909 hatte der damalige Bibliotheksdirektor Wilhelm Erman in einer Denkschrift die Notwendigkeit eines Neubaus begründet³⁷. Seine schon sehr weit gediehenen Pläne und Konzepte konnten aufgrund der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nach dem Ersten Weltkrieg nicht realisiert werden. Die völlig Zerstörung der Bibliothek im Zweiten Weltkrieg erzwang einen Neubau jedoch geradezu.

34 Schriftwechsel in den Akten der UB N/1.

35 Schreiben Heinrich Lützelers an Karl Lebach vom 31.5.1949: »... möchte ich noch einmal betonen, dass der von Ihnen im Hauptgebäude innegehabte Raum dringend für andere Zwecke benötigt wird, dass jedenfalls das Provisorium zeitlich stark begrenzt werden muß. ... Ich bitte Sie also, in Ihre Überlegungen die baldige Räumung des Universitätshauptgebäudes und die Errichtung eines Magazinbaus mit einzubeziehen.« Akten der UB T/1.

36 Zur Vorgeschichte des Neubaus von 1960 vgl. auch Viktor Burr, Die Problematik des Bibliotheksbaus und der Neubau der Bonner Universitätsbibliothek in: *Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen* N.F. 12, 1962, S. 186–196, bes. S. 186f.

37 Wilhelm Erman, Denkschrift über die Notwendigkeit eines Neubaus der Königlichen Universitäts-Bibliothek zu Bonn, Bonn 1910.

3. Grundsatzentscheidungen in Katalog- und Aufstellungsfragen

Kennzeichnend für die deutschen Bibliotheken im 19. Jahrhundert war die systematische Aufstellung der Bestände im Magazin. Hauptkatalog war der Realkatalog (systematischer Katalog) in Bandform, der zugleich als Standortkatalog, diente, also auch konkret nachweisen sollte, wo im Magazin ein bestimmtes Buch zu finden war. Realkataloge und systematische Aufstellung erwiesen sich aber mit dem raschen Anwachsen der Bibliotheksbestände in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der immer weiteren Differenzierung der Wissenschaften als zunehmend unzureichend. Die Systemstellen mussten ständig verfeinert werden, so dass die Signaturen komplizierter wurden, und in den Magazinen konnten die Bücher nicht lückenlos und damit effizient aufgestellt werden, weil praktisch an jeder Systemstelle Platz für die Neuanschaffungen vorgesehen werden musste³⁸.

Die eklatanten Schwächen des zwischen 1821 und 1857 entstandenen Bonner Realkataloges stellte Wilhelm Erman 1910 in einer Denkschrift heraus. Er bemängelte u.a. die Unhandlichkeit der umfangreichen Foliobände, die veraltete Systematik in vielen Gebieten und die komplizierten Signaturen, insbesondere das Fehlen von Individualsignaturen. Denn die Signaturschilder enthielten nur das Fachgebiet und die Seite des Realkataloges, auf der das Buch verzeichnet war, so dass also viele Bücher die gleiche Signatur haben konnten³⁹. Obgleich Erman die Schwächen des bisherigen Systems klar erkannte, hielten er und sein Nachfolger Erich von Rath an der Doppelfunktion des Realkatalogs als Sach- und Standortkatalog fest, ebenso an der systematischen Aufstellung der Bestände. Georg Leyhs 1912 publizierte Angriff auf das Dogma der Systematischen Aufstellung kanzelte Erman als Irrlehre ab⁴⁰. Und von Rath behielt auch noch dann Realkatalog und bisherige Aufstellungspraxis bei, als auf den Bibliothekartagen von 1929 und

38 Vgl. Uwe Jochum, *Kleine Bibliotheksgeschichte*, Stuttgart 1993, S. 133, sowie insbesondere Georg Leyh, *Aufstellung und Signaturen*, in: *Handbuch der Bibliothekswissenschaft* Bd. 2., hg von Georg Leyh, Wiesbaden 2. Aufl. 1958, S. 684–734.

39 Wilhelm Erman, *Denkschrift über die Neukatalogisierung der Bonner Universitätsbibliothek*, Leipzig 1910, S. 4f. Vgl. ferner zur Katalogsituation der Bibliothek: Renate Vogt, *Der Systematische Katalog*, in: *Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn* (wie Anm. 3), S. 42 – 76; Hans Dieter Gebauer und Manfred Weber, *Der Schlagwortkatalog*, in: *Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn* (wie Anm. 3), S. 77 – 129.

40 Georg Leyh, *Das Dogma von der systematischen Aufstellung*, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 29, 1912, S. 241–259; 30, 1913, S. 97–136. Dazu Wilhelm Erman, *Geschichte der Bonner Universitätsbibliothek (1818–1901)*, Halle 1918, S. 126: »Die Irrlehre von der Gleichgültigkeit der Anordnung und Aufstellung der Bücher, die neuerdings auch in Deutschland gepredigt wird, hat in Bonn niemals Eingang gefunden und wird hoffentlich auch in Zukunft ferngehalten werden.« Ähnlich auch Erman in seinen *Erinnerungen*. Wilhelm Erman, *Erinnerungen*, hg. von Hartwig Lohse, Köln u.a. 1994, S. 196 und 299.

1930 empfohlen wurde, unrevidierbare Realkataloge abzubrechen und von der systematischen zur mechanischen Aufstellung nach laufenden Signaturen, dem sogenannten Numerus Currens, überzugehen⁴¹. Beide Direktoren nahmen lediglich Änderungen an dem bestehenden System von Katalog und Aufstellung vor, in dem man Individualsignaturen einführte, Teile der Systematik erneuerte, den Katalog durch ein Schlagwortregister ergänzte und zusätzlich einen Schlagwortkatalog als Benutzerkatalog einführte⁴².

Nach dem Zweiten Weltkrieg war jedoch in Bonn eine grundsätzliche Neuorientierung hinsichtlich der Aufstellung und der Kataloge erforderlich. Ein Viertel des Buchbestandes war zerstört, so dass Realkatalog und tatsächlich vorhandener Bestand nicht mehr übereinstimmten. Da die Bibliothek mit dem ihr zugewiesenen beengten Platz bis zu einem Neubau auskommen musste, war eine kompakte, lückenlose Aufstellung zwingend erforderlich. Außerdem waren die 200 Folio-bände des Realkataloges verbrannt. Dieser war zwar verfilmt worden, aber vorerst waren die Filme noch auf Schloss Crottorf ausgelagert. Angesichts dieser Situation entschloss man sich an der Universitätsbibliothek Bonn zum Numerus Currens überzugehen.

Mit dieser Entscheidung stand die Bonner Universitätsbibliothek nicht allein. Im Oktober 1946 fand in Hamburg der erste Bibliothekartag der Britisch Besetzten Zone statt, auf dem Gustav Reich die Universitätsbibliothek Bonn vertrat. Nachdem Hermann Tiemann in seinem Vortrag die Einführung der mechanischen Aufstellung an der SUB Hamburg vorgestellt hatte⁴³, verzeichnet das Diskussionsprotokoll: »dass sich die Einsicht in die Notwendigkeit des Numerus Currens in der Aufstellung vollkommen durchgesetzt hat«⁴⁴.

Mit der Einführung des Numerus Currens in Bonn wurde im August 1947 begonnen⁴⁵. Man entschied sich für eine Aufstellung in vier Gruppen – Monographien, Zeitschriften und Serien (Z), minderwichtige Literatur aus dem Pflichtbereich (NR) und Universitätsschriften (U) – und unterteilte diese noch einmal in die drei Formate. (2°, 4°, 8°), so dass also insgesamt zwölf Aufstellungsgruppen entstanden. Auf die anfangs erwogene Verwendung der Zugangsverzeichnisse als

41 Gebauer/Weber (wie Anm. 39), S. 81f.

42 Vogt (wie Anm. 39), S. 52.

43 Hermann Tiemann, Vereinfachungen in der Aufstellung und Katalogisierung, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekartagung der Britischen Zone in Hamburg vom 22. – 24. Oktober 1946. Hamburg 1947, S. 51–59.

44 Ebda, S. 59. Vgl. auch Leyh (wie Anm. 38), S. 720.

45 Diese Berechnung von Gebauer/Weber (wie Anm. 39), S. 98, Anm. 110, wird gestützt durch die Akten der ULB. Danach erfolgten Bestellungen für Numerus Currens-Signaturschilder bei der Godesberger Firma Kirchfink am 13.6. und 26.7.1947 (Monographien, Zeitschriften und Serien) sowie am 5.3.1948 (Universitätsschriften). Akten der UB L/1.

Standortkatalog – offensichtlich über die Identität von Akzessionsnummer und Signatur⁴⁶ – verzichtete man. Statt dessen legte man für die Neuerwerbungen ab 1945 einen Systematischen Katalog sowie einen Standortkatalog an, und zwar beide in Zettelform.

Dieses neue System von Aufstellung und Katalog hatte allerdings ein Nachspiel. Am 2. Juni 1949 erhob der Senat Einspruch gegen die neue Aufstellungsform⁴⁷. Die Begründung war nur formaler Natur. Der Numerus Currens sei eingeführt worden, ohne dass der Senat und die erst Anfang 1949 neu begründete Bibliothekskommission konsultiert worden wären. Nachdem die Bibliothekskommission sich am 24. Juni einstimmig hinter Leibach gestellt hatte⁴⁸, äußerte der Senat ohne inhaltliche Ausführung am 30. Juni 1949 erneut seine Bedenken⁴⁹. Konsequenzen hatte dieser Einspruch jedoch nicht. Die Bibliothek hielt am Numerus Currens und damit am Prinzip der mechanischen Aufstellung fest. Doch warum stieß dessen Einführung überhaupt auf Widerspruch? Die deutschen Professoren besaßen in der Regel das Recht des Magazinzutritts und waren es gewohnt, anhand der systematischen Aufstellung an den für sie relevanten Stellen schnell die neuesten Titel zu finden. Dies war nach Einführung des Numerus Currens nicht mehr möglich. Dieser Sachverhalt wird aus einem Brief Walter Holtzmanns an Karl Leibach vom 18. Juni 1949 ersichtlich, in dem der Bonner Historiker sich klar für die mechanische Aufstellung aussprach und dem Bibliotheksdirektor seine Unterstützung anbot. An einer anderen Stelle in seinem Schreiben wird Holtzmann grundsätzlicher. Er führt aus,

»dass jetzt, wo unser altes Universitätsgebäude zerstört ist und an einen Neuaufbau und inneren und äußeren Neubau gedacht werden muß, die Rückkehr zur systematischen Aufstellung ein Schildbürgerstreich erster Ordnung wäre. Die Bonner UB hatte schon lange die Größenordnung überschritten, in welcher eine systematische Aufstellung noch zugelassen werden kann. Früher oder später wäre auch ohne die äußere Katastrophe, die über sie hereingebrochen ist, die Aufstellung nach Erscheinungsjahren und Formaten zur gebietserischen Notwendigkeit geworden.«⁵⁰

Die Bemerkungen Walter Holtzmanns beziehen sich zunächst einmal auf das Aufstellungsproblem, sie lassen sich aber auch in einem übertragenen Sinne ver-

46 Dieser ursprüngliche Plan lässt sich aus Schreiben Bonner Bibliothekare an verschiedene auswärtige Kollegen im Winter 1946/47, nach dem Hamburger Bibliothekartag, erschließen. Schreiben von Johannes Beinlich an den Direktor der SUB Hamburg vom 9.12.1946; Schreiben von Gustav Reich an Eppelsheimer (StUB Frankfurt) vom 18.1.1947; Schreiben von Johannes Beinlich an Schmitz (Bibliothek der TH Aachen) vom 23.1.1947. Akten der UB E/1.

47 UA Bonn Senatsprotokoll vom 2.6.1949, Nr. 20.

48 Brief Karl Leibachs an Rektor Klauser vom 25.6.1949. Akten der UB P/1.

49 UA Bonn Senatsprotokoll vom 30.6.1949, Nr. 21.

50 Akten der UB P/1.

stehen und mit den eingangs zitierten Worten Karls Lelbachs verbinden. 1945 war für die Universitätsbibliothek Bonn nach dem Verlust eines Viertels des Bestandes, der Vernichtung wichtiger Kataloge und der Zerstörung des alten Bibliotheksgebäudes eine Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen nicht mehr möglich. Der Krieg hatte neue Fakten geschaffen, und denen galt es Rechnung zu tragen. Es mussten Entscheidungen gefällt, oder besser gesagt, vorgezogen werden, die mittelfristig ohnehin zu treffen gewesen wären. Aufgrund des abzusehenden Bestandszuwachses wären auch ohne die Kriegseinwirkungen auf Dauer weder Realkatalog und systematische Aufstellung noch die Unterbringung der Bibliothek im Schloss zu halten gewesen. Wer kann sich heute schon die Universitäts- und Landesbibliothek mit ihren 120 Mitarbeitern und über 2.000.000 Medieneinheiten im Hauptgebäude vorstellen?

Die Metapher Wiederaufbau greift also für die Charakterisierung der Universitätsbibliothek in der Nachkriegszeit zu kurz. Sie war in »anderer Weise« wieder erstanden. Man kann dies auch als Neubeginn bezeichnen.

Autorenverzeichnis

Dr. Thomas **Becker**, Leiter des Archivs der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Priv.-Doz. Dr. Ralf **Forsbach**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Medizinhistorischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Prälat Prof. Dr. Erwin **Gatz**, Rektor des Campo Santo Teutonico, Vatikanstadt, geschäftsführender Direktor des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft.

Christian **George** M.A., Doktorand am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für rheinische Landesgeschichte.

Laura **Hannemann** M.A., Doktorandin am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Geschichte der Neuzeit.

Ruth **Heftrig** M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kunstgeschichte und Archäologien Europas Standort Kunstgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Dr. Michael **Herkenhoff**, Leiter des Dezernats für Handschriften und Altbestand an der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn.

Prof. Dr. Klaus **Hildebrand**, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Geschichte der Neuzeit.

Prof. Dr. Wolfram **Kinzig**, Ordinarius für Kirchengeschichte am Evangelisch-Theologischen Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abt. für Kirchengeschichte.

Prof. Dr. Gerd **Kleinheyer**, emeritierter o. Professor für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und deutsche Rechtsgeschichte am Institut für deutsche und rheinische Rechtsgeschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Prof. Dr. Walter **Purkert**, Koordinator der Hausdorff- Edition am Mathematischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Prof. Dr. Georg **Rudinger**, Professor für Psychologie am Institut für Psychologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Methodenlehre und Diagnostik.

Prof. Dr. Mathias **Schmoeckel**, Ordinarius für Bürgerliches Recht und Deutsche Rechtsgeschichte sowie Privatrechtsgeschichte der Neuzeit am Institut für deutsche und rheinische Rechtsgeschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, geschäftsführender Vorstand des Rheinischen Instituts für Notarrecht.

Prof. Dr. Joachim **Scholtyssek**, Ordinarius für neuere und neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Geschichte der Neuzeit.

Ralph **Stöwer** M.A., Doktorand am Institut für Psychologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Methodenlehre und Diagnostik.

Wiederabdruck

Zwei Beiträge konnten in dieses Buch mit aufgenommen werden, die schon an anderer Stelle abgedruckt worden sind.

1.

Klaus Hildebrand, Universitäten im »Dritten Reich«. Eine historische Betrachtung.

Der Erstabdruck erfolgte in: »Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn«, hrsg. von Klaus Borchard, Bonn 1999, S. 25–35 (Alma Mater. Beiträge zur Geschichte der Universität Bonn Bd. 88). Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung des Bouvier Verlags.

2.

Mathias Schmoeckel, Insel der Seligen? Der juristische Fachbereich der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn zwischen 1933 und 1945.

Der Erstabdruck erfolgte in: Mathias Schmoeckel (Hg.), Bonner Juristen im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 1–48. Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung des Böhlau Verlags.